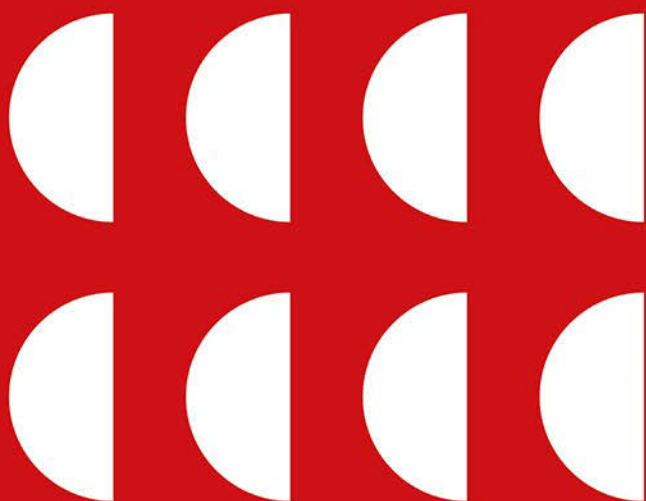


Lukas Geisler, Lars Hebisch, Helena Schäfer (Hg.)

UMKÄMPFTE UNIVERSITÄTEN

Organisierte Halbbildung
und kritische Wissensproduktion
in autoritären Zeiten



[transcript] Zukunft der Hochschule

Lukas Geisler, Lars Hebisch, Helena Schäfer (Hg.)
Umkämpfte Universitäten

Editorial

Die Hochschule befindet sich im Wandel: Studien- und Verwaltungsformen im Sinne des New Public Managements, die Digitalisierung sowie Forderungen nach mehr Diversität, Inklusion und Nachhaltigkeit stellen Forschung und Lehre vor große Herausforderungen.

Die Reihe **Zukunft der Hochschule** legt den Fokus auf die Risiken und Chancen dieser Entwicklungen und fragt nach der Zukunft unseres Hochschulsystems. Neben kritischen Perspektiven auf die neoliberalen Umstrukturierungsprozesse bietet sie Publikationen ein Forum, die Szenarien für eine sozial-ökologische Transformation der Hochschule entwerfen und nach inklusiveren Bildungszugängen und -formaten fragen. Zugleich ist dies der Ort in unserem Programm, an dem die Hochschulen mit außeruniversitären Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in Kontakt treten, um Strategien für einen partizipativen Wissenstransfer zu entwickeln.

Lukas Geisler lebt in Frankfurt am Main und arbeitet in der Schnittstelle von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zu (Anti-)Rassismus und Migration, der Klimakrise und dem Recht auf Stadt sowie zu kritischer Wissensproduktion innerhalb und außerhalb des akademischen Betriebs.

Lars Hebisch studierte Volkswirtschaftslehre, Philosophie und politische Theorie in Bayreuth und Frankfurt am Main. Er beschäftigt sich mit kritischen Theorien der kapitalistischen Gesellschaft.

Helena Schäfer hat Philosophie und Volkswirtschaftslehre in Bayreuth sowie Politische Theorie in Frankfurt am Main studiert. Sie arbeitet an und mit Texten, zurzeit als Volontärin beim Suhrkamp Verlag, zuvor als freie Journalistin.

Lukas Geisler, Lars Hebisch, Helena Schäfer (Hg.)

Umkämpfte Universitäten

Organisierte Halbbildung und kritische Wissensproduktion in autoritären Zeiten

[transcript]

Die Publikation wurde durch zentrale QSL-Mittel der Goethe-Universität finanziell unterstützt und ist Teil des Projektes Studentische Konferenz zum Sammelband »Organisierte Halbbildung«. Die QSL-Projektmittel Lehre dienen gemäß § 16 HessHG und Satzung der Goethe-Universität der Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2026 © Lukas Geisler, Lars Hebisch, Helena Schäfer (Hg.)

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt

Korrektorat: Emma Rotermund

Druck: Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839412961>

Print-ISBN: 978-3-8376-7816-1 | PDF-ISBN: 978-3-8394-1296-1

Buchreihen-ISSN: 2943-4882 | Buchreihen-eISSN: 2943-4890

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Einleitung
Lukas Geisler, Lars Hebisch & Helena Schäfer 9

**Teil I: Angriffe auf Universitäten, Wissenschaftsfreiheit
& autoritäre Tendenzen**

Rechte Angriffe auf Gender Studies in Deutschland und Österreich
Birgit Sauer 45

Wissenschaftsfreiheit und autoritärer Anti-Antisemitismus
Peter Ullrich..... 65

Mediale Konflikte um postkoloniale Studien und Antisemitismus in Deutschland
Aram Ziai 91

Der rebellische Konformismus professoraler Intellektueller
Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, die politische Rechte und der Kampf
um Hegemonie an Universitäten
Lukas Geisler..... 119

»Zeitgemäßer als je zuvor«
Ein Gespräch über Aufrüstung, die Zivilklausel und die Rolle von Universitäten
Baha Kirlidokme & Jonathan Beullens 155

Teil II: Wettbewerb, Beschäftigungsverhältnisse & Austeritätspolitiken

Arbeitsunsinn im akademischen Mittelbau

AG Arbeitsunsinn 181

Wettbewerb und Konformismus

Zu den Bedingungen kritischer Intellektualität an Universitäten

Tilman Reitz..... 201

Vier Jahre #IchBinHanna

Wissenschaftspolitische Visionen für das nächste Jahrzehnt

Kristin Eichhorn, Amrei Bahr & Sebastian Kubon 213

Dauerstellen für Daueraufgaben?

Wissenschafts- und tarifpolitische Perspektiven an Hochschulen und
Forschungseinrichtungen

Andreas Keller..... 227

Organisierte Knappheit und autoritäre Steuerung

Wie Unterfinanzierung und Wettbewerb den Hochschulen schaden

Tobias Cepok & Simone Claar 243

Teil III: Kritische Wissensproduktion, Bildungserfahrung & akademischer Exodus

Die Linke und die Hochschulen

Alex Demirović 265

Wissen, Kommunikation, Kooperation

Zur Inwertsetzung des Sozialen

Isabell Lorey 279

Ökologie als umkämpftes Feld

Rechte Diskursstrategien und die Verantwortung kritischer Wissenschaft

Daniela Gottschlich & Tobias Schmitt..... 293

Frühling an der Universität
Heterotopie als Erfahrungsraum für Bildung?
Asena Dizbay, Lisa-Marie Harling, Lena Labuwy-Stark, Stefan Schüller, Julia Weber & Nergis Yilmaz 309

Die verlassene Universität
Versuch, den akademischen Exodus zu verstehen
Ricarda Biemüller 335

Danksagung 359

Autor*innen und Mitwirkende..... 361

Einleitung

Lukas Geisler, Lars Hebisch & Helena Schäfer

Trotz eisiger Temperaturen und strömendem Regen haben sich ungefähr 500 Studierende und Beschäftigte der Goethe-Universität in Frankfurt am Main vor dem Präsidiumsgebäude für eine Kundgebung versammelt. Im Gebäude läuft eine Sitzung des monatlich tagenden Senats der Universität, an der an diesem Tag Ende November 2025 auch fast 50 Studierende teilnehmen. In den Fenstern des Nachbargebäudes ist in großen Lettern der Schriftzug »NO CUTS« zu erkennen. Auf den selbstgemalten Schildern der Protestierenden steht »Goethe-Uni ins Grab gespart« oder »Hier ruht die Vielfalt der Bildung«. Auf einem Banner steht »40.000 vs. Schleiff!« – 40.000 sind die Studierenden, Enrico Schleiff der Universitätspräsident.

Die Forderung des sich kurzfristig gegründeten Protestbündnisses *No Cuts at Goethe*, das aus Studierenden, Beschäftigten und Gewerkschaften besteht, lautet: Keine Kürzungen und mehr Mitbestimmung. Dazu hat das Bündnis eine Aktions- und Protestwoche mit Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Textlektüren und kulturellen Events organisiert. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden Stellenbesetzungen und Berufungen gestoppt und weitere Kürzungen von Personal sowie Sachmitteln anvisiert. Im Raum stehen Um- und Restrukturierungen von etwa 40 Prozent des gesamten Universitätshaushalts, Einsparungen in einer Größenordnung von mindestens zehn Prozent sind gewiss.¹ Dies würde massive Einschnitte für Studierende wie für Beschäftigte bedeuten. Ganze Studiengänge könnten gestrichen werden. Zudem wurde bekannt, dass das Präsidium in einer sich in der Abstimmung befindenden Rahmenordnung plant, eine Maximalstudienzeit einzuführen, die dazu füh-

1 Vgl. Fachschaft Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt: »#NO-CUTSATGOETHE. Zahlen und Fakten«, <https://www.nocutsatgoethe.de/zahlen-und-fakten-1>, Zugriff am 18.11.2025.

ren könnte, dass nach neun Semestern im Bachelor und sechs Semestern im Master eine Zwangsexmatrikulation droht.²

Hintergrund der Kürzungen und Umstrukturierungsmaßnahmen an der Goethe-Universität ist der im Juli 2025 unterzeichnete hessische Hochschulpakt, der von 2026 bis 2031 gilt.³ Nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hessen gehen die hessischen Hochschulen davon aus, dass sie in der Laufzeit des Pakts ein Finanzierungsdefizit von rund einer Milliarde Euro aufbauen werden, was ungefähr zehn Prozent ihres Gesamtpersonaletats entspricht.⁴ Bereits im Juli 2025 protestierten deshalb 3.500 Menschen gegen die Unterzeichnung des Hochschulpaktes.⁵ Die Präsident*innen der 14 hessischen Hochschulen unterschrieben den Pakt trotzdem. In anderen Bundesländern stehen ähnliche Kürzungen an (siehe *Simone Claar und Tobias Cepok* in diesem Band).

Diese Auseinandersetzungen um die Hochschulfinanzierung in Hessen kochen genau zu dem Zeitpunkt hoch, als wir uns verschiedene Versionen dieser Einleitung hin- und herschicken. Es ist ein trauriges Zeichen dafür, wie zeitgemäß es ist, gerade jetzt an einem Band über die Krise(n) der Universität zu arbeiten. Doch die Eskalation dieses Konflikts bettet sich in Entwicklungen ein, die in einer längeren Kontinuität stehen. Peter Fleming, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der University of Technology in Sydney, beschreibt in seinem 2021 erschienenen Buch *Dark Academia. How Universities Die* die neoliberale Universität, die er als unternehmerisches und bürokratisches System bezeichnet, das nach Logiken des Managements, der Kennzahlen und des Profits funktioniert. Er konstatiert eine hohe psychische Belastung bei

2 Vgl. Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) der Goethe-Universität: »Offener Brief gegen den vorgelegten Erstentwurf der Novellierung der Rahmenordnung«, <https://asta-frankfurt.de/2025-11/offener-brief-gegen-den-vorgelegten-erstentwurf-der-novellierung-der-rahmenordnung>, Zugriff am 18.11.2025.

3 Vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: »Hessischer Hochschulpakt 2026–2031«, https://wissenschaft.hessen.de/sites/wissenschaft.hessen.de/files/2025-07/hessischer_hochschulpakt_2026-2031.pdf, Zugriff am 18.11.2025.

4 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Frankfurt: »Widerstand gegen den neuen Hochschulpakt«, <https://www.gew-frankfurt.de/flz/artikel/details/widerstand-gegen-den-neuen-hochschulpakt>, Zugriff am 18.11.2025.

5 Vgl. Hessenschau: »Hochschulpakt: Demos an mehreren hessischen Unis gegen Kürzungen«, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hochschulpakt-demos-an-mehreren-hessischen-unis-gegen-kuerzungen-v2,demo-hochschulen-100.html>, Zugriff am 18.11.2025.

Studierenden und Forschenden – Burnout, psychische Erkrankungen und Selbstverletzungen seien nicht Randphänomene, sondern Ausdruck der tiefen strukturellen Misere. Über dieses System schreibt er:

»Das Problem ist nicht ein Mangel an besseren Modellen für die Leitung von Universitäten, insbesondere der öffentlichen. Davon gibt es reichlich [...]. Das Problem ist vielmehr, wie wir diese Modelle angesichts der tiefen Verankerung des derzeitigen Systems umsetzen können. Die Umwandlung der Hochschulen in Unternehmen ist so fortgeschritten (auf finanzieller, organisatorischer, individueller und subjektiver Ebene), dass eine Umkehrung unter den gegenwärtigen Umständen nahezu unmöglich erscheint. Anstatt sich zu wehren, haben die meisten Akademiker*innen lediglich Wege gefunden, in den Ruinen der Universität zu leben. Diese intensive Grundstimmung der Resignation, ob gerechtfertigt oder nicht, bildet den Hintergrund für das, was ich als *dark academia* bezeichne.«⁶

Für Fleming impliziert *dark academia* aber kein nostalgisches Bild der Universität als Elfenbeinturm. Es handelt sich vielmehr um ein analytisches Konzept, das ein System beschreibt, das äußerlich noch so tut, als sei es aufklärerischen Bildungsidealen verpflichtet, aber innerlich von unternehmerischer Rationalität, Kontrolle und Entfremdung geprägt ist. In diesem System ist die Wissenschaft stark instrumentalisiert, ihr wird kein intrinsischer Wert beigemessen. Fleming warnt deshalb, dass dieser Zustand nicht nur die wissenschaftliche Autonomie bedroht, sondern auch die Demokratie, da kritisches Denken unter ökonomischem Druck steht.

Neu ist diese Analyse nicht. Bereits Mitte der 1990er Jahre diagnostizierte der Literaturwissenschaftler Bill Readings, dass die Universität eine »ruinierte Institution« ist.⁷ Er regte an, darüber nachzudenken, was es bedeutet, in diesen Ruinen zu leben ohne dabei in romantische Nostalgie zu verfallen: »In

6 Eigene Übersetzung: »The problem is not a lack of better models for governing universities, particularly public ones. There are plenty of those available [...]. The trouble is how we might realise them given how embedded the present system now is. Corporatisation has been so exhaustive (on a financial, organisational, individual and subjective level) that reversing it in the current context feels nearly impossible. Rather than fighting back, most academics have merely found ways to dwell in the ruins. This intense undercurrent of resignation, whether warranted or not, sets the scene for what I term *dark academia*.« (Fleming, Peter: *Dark Academia. How Universities Die*, London: Pluto Press 2021, S. 5.)

7 Readings, Bill: *The University in Ruins*, Cambridge: Harvard University Press 1996.

den Ruinen der Universität zu leben, ist der Versuch zu tun, was wir können, und gleichzeitig Raum für das zu lassen, was wir uns nicht vorzustellen vermögen.«⁸ Auch im deutschsprachigen Raum wurde der Zustand der Universitäten zahlreich kritisiert. Dabei reicht das Spektrum der Kritiker*innen vom Sozialwissenschaftler Alex Demirović bis hin zum Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Jürgen Kaube.⁹

Abgesänge auf die Universität hat es wohl schon immer gegeben. Seit mehr als 30 Jahren kreisen sie aber nun um das, was gemeinhin unter den Schlagworten unternehmerische Hochschule¹⁰, akademischer Kapitalismus¹¹, organisierte Halbbildung¹², Neoliberalisierung der Universität¹³ oder eben *dark academia* gefasst wird. Im Zentrum der Kritiken stehen also die Übertragung wirtschaftlicher und wettbewerblicher Logiken auf die Bildungsinstitutionen. Die meisten dieser Analysen haben ihre Richtigkeit, auch wenn sie unterschiedliche Schwerpunktsetzungen vornehmen. Denn viel ist nicht übrig von der for-

-
- 8 Eigene Übersetzung: »To dwell in the ruins of the University is to try to do what we can, while leaving space for what we cannot envisage to emerge.« (Readings, Bill: »Dwelling in the Ruins«, in: *University of Toronto Quarterly* 66.4 (1997), S. 589.)
 - 9 Siehe u.a. Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit. Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015; Kaube, Jürgen: »Zustand der Universitäten: Kritik ohne Vernunft«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.12.2023, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kommentar-zur-lage-de-r-universitaeten-kritik-ohne-vernunft-19388083.html>, Zugriff am 19.11.2025.
 - 10 Vgl. Fankel, Johanna: »Kritik der unternehmerischen Hochschule. Von Employability und ihren hochschulpolitischen Konsequenzen«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 197–210.
 - 11 Vgl. Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011.
 - 12 Vgl. Demirović, Alex: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion an Hochschulen. Ein Gespräch mit Martin Birkner«, in: Birkner, Martin (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 297–323, hier: S. 302. Siehe auch Münster, Lisa Marie: »Was ist Organisierte Halbbildung? Eine Annäherung an die Realität von Studierenden heute«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 29–42.
 - 13 Vgl. Belina, Bernd/Petzold, Tino/Schardt, Jürgen/Schipper, Sebastian: »Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität«, in: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1.1 (2013), S. 49–74.

distischen Gruppenuniversität, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Ordinari-enuniversität ablöste und zu ihrer Öffnung und Demokratisierung beitrug.

Gleichzeitig stehen Hochschulen heute auch vor neuen Herausforderungen: Im letzten Jahrzehnt hat die politische Rechte weltweit verstärkt die Universitäten in den Blick genommen und fährt Kampagnen gegen unliebsame, weil vermeintlich »linke« oder »woke« Wissenschaft. Diese Angriffe tragen zur Schwächung der neoliberalen Universität bei, die sich ohnehin in der Krise befindet, da prekäre Arbeitsbedingungen, Bürokratie und Einsparungen beginnen, die Funktionalität der Institution insgesamt ins Wanken zu bringen. Somit scheint es im Bereich des Möglichen, dass nach der neoliberalen Reorganisation der Hochschulen nun eine autoritäre folgt. Allerdings gibt es auch heute widerständige Praktiken: Es finden Kämpfe um Wissen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse, sowie um kritische Bildung und Lehrinhalte statt. Ebenjene widersprüchliche, gesellschaftliche Konstellation steht im Fokus dieses Sammelbands.

Die Universität als gesellschaftliches Verhältnis

Wenn wir in diesem Band die Auseinandersetzungen und Kämpfe um, in und an der Universität in den Blick nehmen, dann liegt dem ein spezifisches Verständnis davon zugrunde, was Universitäten und Hochschulen sind. Anschließend an die materialistische Staatstheorie begreifen wir die Universität »als ein historisches epistemologisches Terrain [...], das den Prozess der Erkenntnis, der Wissensverarbeitung und -verbreitung auf eine spezifische Weise organisiert«. ¹⁴ Damit ist gemeint, dass die Universität nicht als neutraler Ort der Bildung und Forschung verstanden werden kann, sondern eine gesellschaftlich vermittelte und durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse strukturierte Institution ist. Der Sozialphilosoph Martin Birkner betont, dass der gesellschaftliche Aufstieg der Wissenschaft dabei insbesondere mit der Verwissenschaftlichung des Kapitalismus zusammenhängt, in deren Zuge sie zur »ersten Produktivkraft« werden konnte.

14 Demirović, Alex: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform – jenseits von ›Bologna««, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität*, Zürich: diaphanes 2010, S. 393.

»Aber auch die verheerenden Auswirkungen, welche die willfährige Mit-täterschaft von Wissenschaftler:innen bei der Ausbeutung und Unterdrückung zeitigte – vom frühen Stadium des Kolonialismus über die Pathologisierung und Psychiatriierung marginalisierter Gesellschaftsgruppen bis hin zur mörderischen Komplizenschaft von Ärzt:innen und Naturwissenschaftler:innen mit der Vernichtungsmaschinerie der Nazis, aber auch bei der Entwicklung der US-amerikanischen Atombombe – rückten grundsätzliche Kritik von Wissenschaft [...] ins Zentrum [...]«.»¹⁵

Diese historische Verflechtung verdeutlicht, dass die Universität nie außerhalb gesellschaftlicher Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse stand und steht. Sie ist immer auch eine Produktivkraft, die soziale, ökologische und politische Ordnungen mit hervorbringt.

Als öffentliche Institutionen sind Universitäten Teil der staatlichen Apparatur und zugleich ein sozialer Raum, in dem gesellschaftliche Widersprüche sowohl bearbeitet als auch legitimiert und reproduziert werden.¹⁶ In Universitäten und Hochschulen verdichten sich ökonomische, politische und ideologische Kräfteverhältnisse, die bestimmen, welches Wissen produziert, anerkannt und verbreitet wird, und welches marginalisiert oder ausgeschlossen bleibt (siehe *Alex Demirović* in diesem Band). Die Universität muss also als *umkämpftes gesellschaftliches Verhältnis* verstanden werden, »das den Prozess der Wissenserzeugung und -vermittlung unter straffen und hierarchischen Bedingungen organisiert und deswegen auch als ein Apparat bezeichnet werden kann, der im Bereich des Wissens eine neue Form von Herrschaft etabliert«. ¹⁷ Dabei ist die Universität mitnichten der einzige Ort in der Gesellschaft, an dem Wissen produziert wird – auch die gesellschaftlichen Wissenspraxen selbst haben sich gewandelt (siehe *Isabell Lorey* in diesem Band) –, doch sie stellt eine zentrale Instanz in der gesellschaftlichen Organisation von Wissen dar. Ihre besondere Rolle liegt darin, dass sie die Trennung zwischen »Wissenschaft« und vermeintlich oder tatsächlich »nichtwissenschaftlichem« Wissen

15 Birkner, Martin: »Einleitung des Herausgebers«, in: Ders. (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 11.

16 Im deutschsprachigen Raum sind die meisten Hochschulen öffentlich, wenngleich in Teilen unter Beteiligung privatwirtschaftlicher Akteur*innen. In diesem Band geht es deshalb um das staatliche Hochschulsystem. Eine Betrachtung der Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen wäre interessant, gerade unter Berücksichtigung der Neoliberalisierung, bleibt jedoch eine Leerstelle dieses Bands.

17 Demirović: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen«, S. 394.

institutionell absichert und damit wesentlich dazu beiträgt, welche Formen von Erkenntnis als legitim gelten:

»Die Trennung vom praktischen Wissen der Laien wird durch eine besondere Disziplinierung der Wissenschaftler selbst erzwungen. Sie haben vom ersten Tag ihrer Ausbildung zu lernen, dass sie die Welt, in der sie leben, unter dem Blickwinkel, passives Objekt bloßer Anschauung zu sein, erfassen, gliedern und technisch beherrschen sollen. Die erste Lebenslüge des universitären Wissens ist insofern, dass es von sich behauptet, wertneutral zu sein.«¹⁸

In diesem Sinne wirkt die Universität nicht nur als Ort der Wissensproduktion, sondern auch als Instanz der Wissensordnung. Sie klassifiziert, selektiert und hierarchisiert Wissen und Subjekte gleichermaßen (siehe *Tilman Reitz* in diesem Band).

Wie andere Staatsapparate besitzt die Universität eine »relative Autonomie«¹⁹: Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Allerdings entbindet diese Freiheit nicht von der Treue zur Verfassung, wie es in Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt. Diese Formulierung verweist bereits auf die Widersprüchlichkeit der Wissenschaftsfreiheit. Sie garantiert einerseits die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gegenüber unmittelbaren politischen Eingriffen, bindet diese Freiheit jedoch zugleich an die bestehenden rechtlich-politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Staates. Mit der relativen Autonomie lässt sich dieses Spannungsverhältnis zwischen funktionaler Einbindung und partieller Eigenlogik der Universität innerhalb des staatlichen Ensembles beschreiben. Sie ermöglicht es, dass auch Formen kritischer Erkenntnis, theoretischer Reflexion und gesellschaftlicher Opposition hervorgebracht werden können. Gleichzeitig wirken ökonomische und politische Interessen über die Forschungsförderung und Drittmittelvergabe in die Wissenschaft hinein. Die Freiheit der Wissenschaft ist also eingebettet in gesellschaftliche Machtverhältnisse, die bestimmen, welche Themen förderwürdig erscheinen und welche Erkenntnisinteressen als legitim gelten.

Dass die Universität nicht vollständig in staatlichen und kapitalistischen Funktionslogiken aufgeht, verweist auf die doppelte Stellung der Universität

18 Demirović: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen«, S. 394.

19 Poulantzas, Nicos: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA 2002, S. 158.

im staats- und ideologietheoretischen Sinne: Einerseits ist sie Teil der »Reproduktionsapparate«²⁰, die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisieren, indem sie die ideologischen und technologischen Voraussetzungen für die Fortsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse schaffen. Wissenschaft ist somit »selbst von Politik und Staat durchzogen, sie nimmt die Form der Ideologie an, die in materiellen Praxen [...] organisiert ist«.²¹ Andererseits ist sie aber auch ein Terrain, auf dem diese Verhältnisse infrage gestellt, kritisiert und in bestimmten Momenten sogar transformiert werden können. Damit wird deutlich, dass es in den Auseinandersetzungen und Kämpfen um, in und an der Universität nicht bloß um Reformen einzelner Studiengänge, um Verwaltungsstrukturen oder um Fragen der Finanzierung geht. Es geht vielmehr um den gesellschaftlichen Charakter des Wissens selbst, um die Bedingungen, unter denen Wissen produziert und vermittelt wird, und um die Frage, wem dieses Wissen dient. Die Auseinandersetzungen sind insofern immer auch Kämpfe um Hegemonie: um die Deutung dessen, was als Wissen gilt, und welche Zwecke Bildung und Forschung erfüllen.

Die Universität, so wird deutlich, ist nicht nur selbst ein gesellschaftliches Verhältnis, sondern muss auch stets im Verhältnis zur gesamten Gesellschaft betrachtet werden. Dies zeigt sich besonders vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe, in Zeiten von »Tendenzen der Faszisierung«²² und globalen »faschistische[n] Dynamiken«²³, von Kriegen und Militarisierung, sowie angesichts wachsender sozialer Ungleichheit. An den Hochschulen spiegelt sich diese »multiple Krise«²⁴ wider in den Themen der Forschung und Lehre ebenso wie in den materiellen Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit, und damit auch in den Auseinandersetzungen um Ressourcen, Anerkennung und Teilhabe, in den Kämpfen um kritische Inhalte und gegen Prekarisierung.

20 Althusser, Louis: *Über die Reproduktion*, Hamburg: VSA 2012.

21 Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit. Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015, S. 149.

22 Becker, Lia: »Deutschland am Kipppunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faszisierung«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kipppunkt-becker/>, Zugriff am 05.11.2025.

23 Demirović, Alex: »Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie/>, Zugriff am 05.11.2025.

24 Demirović, Alex/Dück, Julia/Bader, Pauline/Becker, Florian: »Die multiple Krise – Krisendynamik im neoliberalen Kapitalismus«, in: Dies. (Hg.), *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA 2011, S. 11–28.

Aufgrund ihrer doppelten Stellung wird die Universität in der gegenwärtigen Krisenkonstellation einerseits zunehmend funktionalisiert, und bietet andererseits einen Raum für die kritische Auseinandersetzung mit ihr. So sollen an Universitäten beispielsweise die Grundlagen für die technologischen Innovationen gelegt werden, die für den sogenannten grünen Kapitalismus notwendig sind.²⁵ Auch wird die sicherheitspolitische oder gar Rüstungsforschung als Teil der Antwort auf die veränderte geopolitische Situation angesehen.²⁶ Andererseits entstehen innerhalb derselben Strukturen Räume der Kritik, in denen die gesellschaftlichen Ursachen der Krise selbst zum Gegenstand der Analyse werden: ökologische Zerstörung, autoritäre Formierung, kapitalistische Produktionsverhältnisse und »imperiale Lebensweise«²⁷. In der Universität werden also die hegemonialen Antworten auf Krisen formuliert und legitimiert, zugleich eröffnet eine ergebnisoffene und kritische Forschung aber auch alternative Perspektiven.

Angriffe auf Universitäten und Wissenschaft in autoritären Zeiten

Wer heute über autoritäre Angriffe auf Universitäten und Ressentiments gegenüber der Wissenschaft nachdenkt, denkt oft als Erstes an das, was zurzeit auf der anderen Seite des Atlantiks passiert. Das Vorgehen von Präsident Donald Trump und seiner Regierung ist eine beispiellose politische Intervention in das US-amerikanische Hochschulwesen: Wie der Politikwissenschaftler Terrence Casey darlegt, versucht Trump mit Exekutivanordnungen, mit Androhungen der Kürzung von Fördermitteln oder sogar dem möglichen Entzug der staatlichen Akkreditierung die Universitäten ideologisch neu auszurich-

25 Vgl. Wissen, Markus/Brand, Ulrich: »Emanzipatorische Perspektiven im ›Anthropozän‹. Über die Grenzen des grünen Kapitalismus und die Notwendigkeit einer radikalen Alternative«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 52.207 (2022), S. 263–281.

26 Reimann, Janina: »Bayerns Weg zur Förderung der Bundeswehr. Verteidigungs- oder Hochschulpolitik?«, in: *Verfassungsblog*, 29.01.2025, <https://verfassungsblog.de/bayern-bundeswehr-hochschule/>, Zugriff am 13.11.2025.

27 Brand, Ulrich/Wissen, Markus: »Imperiale Lebensweise«, in: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/Winterfeld, Uta von (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*, Bielefeld: transcript 2022, S. 393–398.

ten.²⁸ Konkret bezeichnet Trump die Hochschulen als »Bollwerke des Wokeismus«, die von vermeintlichen »marxistischen Fanatikern« betrieben würden, und nutzt bundesstaatliche Finanzierungsmechanismen, um Programme für »Diversity, Equity and Inclusion« abzuschaffen.²⁹ Zudem greift die Regierung massiv in die universitäre Autonomie ein. So wurden etwa die Columbia und die Harvard University wegen ihres Umgangs mit pro-palästinensischen Protesten und vermeintlichen oder tatsächlichen antisemitischen Vorfällen ins Visier genommen. Die Columbia University reformierte nach enormem Regierungsdruck ihre Lehrpläne und die Berufungspolitik, während die Harvard University sich weiter gerichtlich gegen den Entzug von rund 2,2 Milliarden US-Dollar an Fördergeldern wehrt. Die Trump-Regierung verlangt dort unter anderem Nachweise über »intellektuelle Diversität« und eine Überprüfung »ideologisch verzerrter« Fachbereiche.³⁰ Darüber hinaus ist geplant, Akkreditierungsagenturen zu überprüfen, was die inhaltliche Kontrolle über Studienprogramme weiter verstärken könnte. Casey bewertet dies als ideologischen Krieg gegen die Universitäten, der die föderale Bildungsfinanzierung als politisches Machtinstrument nutzt.

Doch auch im deutschsprachigen Raum mobilisiert die politische Rechte offensiv gegen vermeintlich linke Forschung und kritische Wissenschaften.³¹ Noch ist es in Deutschland zwar nicht so weit, dass die Alternative für Deutschland (AfD) an einer Regierung auf Landes- oder Bundesebene beteiligt ist. Sollte dies geschehen, dann könnte die AfD direkt auf die Vergabe von Fördermitteln und die Berufung von Professor*innen Einfluss nehmen – diese erfolgt zwar durch die jeweilige Hochschule, bedarf jedoch der formalen Zustimmung des zuständigen Landesministeriums. Auch durch die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung könnten dann potenziell Studierende gefördert werden.³²

28 Vgl. Casey, Terrence: »Trump Versus the Universities«, in: *Political Insight* 16.2 (2025), S. 4–7.

29 Casey: »Trump Versus the Universities«.

30 Casey: »Trump Versus the Universities«.

31 Vgl. Tagesschau: »Parteitag in Riesa. Weidel ist AfD-Kanzlerkandidatin«, 11.01.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/afd-weidel-riesa-100.html>, Zugriff am 04.11.2025.

32 Für weitere Informationen siehe Henschel, Anna: »Wie die AfD die Wissenschaft umbauen will«, in: *Wissenschaftskommunikation*, 09.07.2025, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/wie-die-afd-die-wissenschaft-umbauen-will-90051/>, Zugriff am 13.11.2025.

Doch die politische Rechte nimmt, auch ohne in der Regierung zu sein, Einfluss auf Universitäten und Wissenschaft. So lassen sich auch im deutschsprachigen Raum autoritäre Tendenzen und allmähliche Prozesse der Faszisierung beobachten.³³

Im ersten Teil dieses Bandes sind deshalb Beiträge versammelt, die verschiedene Aspekte dessen beleuchten, wie die autoritären Tendenzen in der Universität zu spüren sind. *Birgit Sauer* untersucht in ihrem Beitrag, wie sich autoritäre Rechte in Österreich und Deutschland gegen Gender Studies richten, indem sie Forschung und Forschende diffamieren, bedrohen und deren wissenschaftliche Legitimität in Frage stellen. Dass die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen ganz besonders ins Visier dieser Akteur*innen gerät, erklärt sie dadurch, dass das Hinterfragen patriarchaler Verhältnisse nicht in das rechtsautoritäre Weltbild passt. Auch wenn ein tatsächliches Verbot der Gender Studies aufgrund der verfassungsmäßigen Wissenschaftsfreiheit unrealistisch erscheint, werden mit den wiederholten Angriffen, Sauer zufolge, weitere strategische Ziele verfolgt: Sie dienen der Mobilisierung von Anti-Intellektualismus, der Erringung kultureller Hegemonie, der Eroberung politischer Macht auf demokratischem Wege und letztlich der Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit geht jedoch nicht allein von der autoritären Rechten aus. Die Konflikte an Hochschulen und Universitäten in der Folge des Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg in Gaza zeigten, dass auch die Parteien der sogenannten politischen Mitte nicht vor Eingriffen in die Autonomie der Universitäten zurückschrecken. Das wurde besonders deutlich in der sogenannten Fördergeldaffäre, in deren Verlauf das FDP-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung rechtswidrig prüfte, ob Unterzeichner*innen eines offenen Briefs, der sich gegen die Räumung eines palästinasolidarischen Protestcamps an der Freien Universität Berlin durch die Polizei aussprach,

33 Emanuel Kapfinger unterscheidet in seinem Aufsatz »Die Gegenwart des faschistischen Subjekts« zwischen Autoritarismus und Faschismus, und sieht in der gegenwärtigen Gesellschaft eben nicht nur autoritäre Kräfte, sondern auch faschistische Akteur*innen (vgl. Kapfinger, Emanuel: »Die Gegenwart des faschistischen Subjekts. Autoritarismus – Pseudosozialismus – eliminatorischer Faschismus«, in: Roepert, Leo (Hg.), *Kritische Theorie der extremen Rechten. Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co.*, Bielfeld: transcript 2023, S. 97–142).

förderrechtlich sanktioniert werden könnten.³⁴ Da offene Briefe durch die Meinungsfreiheit geschützt sind, muss eine solche Verknüpfung von politischen Äußerungen mit einer möglichen Kürzung der Forschungsförderung als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit betrachtet werden. *Peter Ullrich* ordnet diesen und andere Vorfälle in seinem Beitrag in den Kontext eines »autoritären Anti-Antisemitismus« ein. Dieser zielt weniger auf die Bekämpfung von Antisemitismus als auf die Regulierung politisch missliebiger Äußerungen. Ullrich betont, dass die Kritik des Antisemitismus selbst ein unverzichtbarer Bestandteil emanzipatorischer Gesellschaftsanalyse ist, weil unbestreitbar ist, dass Eskalationen im israelisch-palästinensischen Konflikt regelmäßig mit antisemitischen Vorfällen einhergehen – darunter solchen, die sich in spezifischer Weise gegen Israel richten. Er zeigt, dass es bei den Repressionen gegen palästinasolidarische Stimmen oder Positionierungen von Wissenschaftler*innen jedoch auch autoritäre Tendenzen gibt, die lediglich unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Antisemitismus operieren.

Nicht nur in diesem Kontext ist auch die mediale Berichterstattung über Wissenschaft und Forschung zu beleuchten. Wenn öffentliche Positionierungen von Wissenschaftler*innen nicht mehr als legitime Meinungsäußerungen gewertet werden, kann dies zu einer Verengung der akademischen Debatte selbst beitragen. So untersucht *Aram Ziai* in seinem Beitrag, wie unter anderem die feuilletonistische Kritik an postkolonialen Studien und verwandten Forschungsperspektiven zur Delegitimierung akademischer Disziplinen und Paradigmen beiträgt und bestimmte Formen kritischer Wissensproduktion systematisch unter Antisemitismusverdacht stellt. Er legt dar, wie rechte Interventionen zunächst weitgehend ohne Resonanz in der liberalen und linken Öffentlichkeit blieben. Dies änderte sich jedoch mit einer Bundestagsresolution, durch die der Vorwurf des Antisemitismus gegen postkoloniale Studien zunehmend in den Mittelpunkt der medialen Debatte rückte. Damit erreichte eine zuvor vor allem am rechten Rand vertretene Kritik an post- und dekolonialen Studien die sogenannte gesellschaftliche Mitte und wurde in weiten Teilen der Öffentlichkeit wie auch der politischen Institutionen hegemonial.

Ein anders gelagerter, aber ebenso gravierender Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit zeigt sich im neuen Hochschulinnovationsgesetz des Frei-

34 Vgl. Himmelrath, Armin: »Eine Vielzahl an neuen Fragen. Union beantragt Sondersitzung zur Fördergeldaffäre«, in: *Spiegel Online*, 31.07.2024, <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/bettina-stark-watzinger-union-beantragt-sondersitzung-zur-foerdergeldaffaere-a-56fcc8e8-8e2d-4df4-a603-d5645b2f2127>, Zugriff am 18.11.2025.

staats Bayern.³⁵ Dieses Gesetz verpflichtet Hochschulen und Universitäten ausdrücklich dazu, Forschungsvorhaben durchzuführen, die dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsforschung zugerechnet werden, und verankert damit eine staatlich definierte Forschungspriorität im militärischen Sektor. Ein solcher Schritt markiert einen fundamentalen Bruch mit der bislang in Deutschland geltenden Tradition, die Ausrichtung der Forschung weitgehend der akademischen Selbstverwaltung zu überlassen. Indem die Politik Hochschulen verpflichtet, bestimmte Forschungsfelder zu bedienen und andere nachrangig zu behandeln, wird nicht nur in die autonome Schwerpunktsetzung der Universitäten eingegriffen, sondern auch das Selbstverständnis von Wissenschaft als einem Raum erkenntnisgeleiteter, nicht staatlich gelenkter Tätigkeit infrage gestellt. Besonders problematisch ist, dass diese Verpflichtung im Konflikt mit den an vielen Hochschulen verankerten Zivilklauseln steht, die Forschung ausschließen, die unmittelbar oder mittelbar militärischen Zwecken dient. Dies thematisiert *Baha Kirlidokme* im Interview mit *Jonathan Beullens* von der Zivilklauselinitiative Frankfurt in diesem Band. Das bayerische Gesetz zwingt die Hochschulen in ein Spannungsverhältnis zwischen rechtlicher Landesvorgabe und selbstgesetzten Leitlinien. Beullens legt dar, dass das auch langfristige Steuerungswirkungen entfalten kann, wenn Drittmittelstrategien, Personalpolitik und wissenschaftliche Ausrichtung zunehmend an sicherheitspolitischen Interessen ausgerichtet werden. Doch auch über Bayern hinaus, so Beullens, ist die Selbstverpflichtung der Wissenschaft auf zivile und friedliche Zwecke durch die generelle Aufrüstungsrhetorik bedroht.

Zudem lassen sich auch im Namen der Wissenschaftsfreiheit mitunter autoritäre Tendenzen ausmachen. Ein markantes Beispiel der letzten Jahre ist das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, das *Lukas Geisler* in den Fokus seines Beitrags nimmt. Er zeigt, wie das Netzwerk die Vorstellung einer angeblich von links getragenen »Cancel Culture« in der deutschen Wissenschaft konstruiert,

35 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Söder gegen Wissenschaftsfreiheit. Verbot der Zivilklausel«, 04.04.2024, <https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/verbot-der-zivilklausel>, Zugriff am 20.11.2025; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Hunderte klagen gegen Verbot von Zivilklauseln an Hochschulen und gegen Bundeswehr im Klassenzimmer«, 05.02.2025, <https://www.gew-bayern.de/presse/detailseite/hunderte-klagen-gegen-verbot-von-zivilklauseln-an-hochschulen-und-gegen-bundeswehr-im-klassenzimmer>, Zugriff am 20.11.2025.

durch die Andersdenkende unterdrückt würden. Die professoralen Intellektuellen des Netzwerks tragen ihm zufolge durch eine Form des »rebellischen Konformismus« dazu bei, autoritäre Tendenzen zu verstärken. Auf diese Weise werden die Universitäten zu Orten eines Hegemoniekampfes, an denen das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit von rechten Akteur*innen instrumentalisiert wird, um gesellschaftliche Machtverhältnisse zu erhalten oder zu verschieben, und zukünftige Eliten ideologisch zu prägen.

Widersprüche innerhalb der neoliberalen Strukturlogiken der Universität

Wissenschaften und Universitäten sind nicht nur *von außen* durch autoritäre Tendenzen gefährdet, auch die *internen* Funktionslogiken der universitären Wissensproduktion führen (immer mehr) zu Widersprüchen. Deutlich macht das zum Beispiel die im November 2025 unterzeichnete »Stockholmer Erklärung zur Reform des wissenschaftlichen Publizierens«, in der neue Qualitätsstandards für Veröffentlichungen gefordert werden.³⁶ Die Unterzeichner*innen begründen dies damit, dass sich durch den zunehmenden Karriere- und Publikationsdruck viele Forschende gezwungen sehen, möglichst viele Journalartikel zu veröffentlichen. Damit sei ein Anreizsystem entstanden, das Quantität über Qualität stellt. Die derzeitigen wissenschaftlichen Bedingungen haben so ein regelrechtes Geschäftsmodell hervorgebracht: sogenannte *Paper Mills*.³⁷ Dabei handelt es sich um kommerzielle Dienstleister, die wissenschaftliche Artikel gegen Bezahlung verfassen, fälschen oder manipulieren, oft inklusive erfundener Daten, gekaufter Autor*innenschaft, gefälschter Peer Reviews oder Fake-Journals. Das Phänomen sei besonders in der Medizin und in den Naturwissenschaften weit verbreitet. Eine aktuelle Studie zeigt, dass dieser wissenschaftliche Betrug zunehmend systematisch organisiert wird.³⁸ In der Stockholmer Erklärung wird konstatiert, dass gro-

36 Vgl. Vallbracht, Christine: »Forschende fordern Reformen im Publikationssystem«, in: *Forschung & Lehre*, 05.11.2025, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/forschende-fordern-reformen-im-publikationssystem-7378>, Zugriff am 20.11.2025.

37 Vgl. Byrne, Jennifer A./Abalkina, Anna/Akinduro-Aje, Olufolake/Christopher, Jana/Eaton, Sarah E./Joshi, Nitin/Scheffler, Ulf/Wise, Nick H./Wright, Jennifer: »A call for research to address the threat of paper mills«, in: *PLoS Biology* 22.11 (2024).

38 Vgl. Richardson, Reese A. K./Hong, Spencer S./Byrne, Jennifer A./Stoeger, Thomas/Nunes Amaral, Luís A.: »The entities enabling scientific fraud at scale are large, re-

ße Netzwerke aus Autor*innen, Herausgeber*innen und Vermittler*innen koordiniert zusammenarbeiten, um manipulierte oder gefälschte Artikel zu veröffentlichen. So würden Publikationen verkauft, Begutachtungsverfahren umgangen und ganze Fachzeitschriften oder Konferenzen gezielt für ihre Zwecke genutzt.³⁹ Künstliche Intelligenz (KI) verstärkt diese Tendenzen zusätzlich.

Die Stockholmer Erklärung fordert deshalb gemeinnützige Publikationsmodelle, unabhängige Kontrollmechanismen und qualitätsorientierte Anreizsysteme. Die Kontrolle über das wissenschaftliche Publizieren müsse wieder in die Hände der Forschungsgemeinschaft gelegt werden. Im Zentrum steht damit nicht nur der Kampf gegen Betrug im engeren Sinne, sondern eine grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Logik der Wissensproduktion, die auf Effizienz, Kennzahlen und Wettbewerbsdruck setzt.⁴⁰

Dass die wissenschaftliche Rationalität durch die neoliberale Umstrukturierung der Hochschullandschaft zerstört werde, diagnostizierte Demirović bereits im Jahr 2004, fünf Jahre nachdem die Bologna-Erklärung verabschiedet wurde.⁴¹ Der Begriff »Bologna« wird im deutschsprachigen Raum oft als Sammelbegriff für zahlreiche Entwicklungen im Hochschulbereich genutzt, auch wenn nicht alle direkt auf die Bologna-Erklärung zurückgehen. Die Reform entstand vor dem Hintergrund zunehmender europäischer Integration und Globalisierung. Sie spiegelte zudem ein neues Verständnis von Bildung wider, das eng mit wirtschaftspolitischen Zielen verknüpft ist. Dieses Verständnis wird oft als neoliberal bezeichnet, wobei unter Neoliberalisierung insbesondere die Einführung von marktähnlichen Wettbewerbsmechanismen

silient, and growing rapidly», in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 122.32 (2025).

39 Schätzungen zufolge sind heute ein bis drei Prozent aller wissenschaftlichen Artikel von Fälschungen betroffen, in manchen Fachgebieten könnten es bis zu zehn Prozent sein, insgesamt könnten weltweit hunderttausende Arbeiten aus solchen Quellen stammen (vgl. Vallbracht, Christine: »Integrität der Wissenschaft. »Der menschliche Anteil geht zusehends zurück«, in: *Forschung & Lehre*, 21.03.2024, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/der-menschliche-anteil-geht-zusehends-zurueck-6320>, Zugriff am 10.11.2025).

40 Vgl. Vallbracht: »Forschende fordern Reformen im Publikationssystem«.

41 Vgl. Demirović, Alex: »Wissenschaft oder Dummheit. Die Zerstörung der wissenschaftlichen Rationalität durch Hochschulreform«, in: *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 34.137 (2004), S. 497–514.

in der Wissenschaft verstanden wird.⁴² In diesem Zusammenhang formulierte Demirović seine Kritik wie folgt:

»Zu befürchten ist, dass die aktuellen Veränderungen der Wissenschaftlichkeit schaden und eine Haltung kalter, neoliberaler Halbbildung gefördert wird. Obwohl Reformen dringend notwendig und sinnvoll sind, werden die gegenwärtig verfolgten Pläne, die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen, Studienzeitverkürzung, Studiengebühren, Umstellung auf BA- und MA-Studiengänge, Förderung von Spitzenuniversitäten vielfach kontraproduktiv wirken, zu einer weiteren Aushöhlung und Verschulung der Hochschulen führen und gerade damit das schädigen, wofür sie institutionell eigentlich geschaffen und aufrechterhalten werden: die Wissenschaften und ihre Qualität.«⁴³

Zwar wurden aufgrund der studentischen Proteste 2008 und 2009 keine allgemeinen Studiengebühren eingeführt (oder direkt wieder zurückgenommen) und vieles entwickelte sich anders als Kritiker*innen es erwartet hatten.⁴⁴ Doch die Umstrukturierung der Hochschulen unter konservativen oder neoliberalen Vorzeichen lässt sich klar über mehr als drei Jahrzehnte verfolgen und wird heute, unter anderem durch die zunehmende Rolle von KI, weiter verdichtet.

Der staatlich geschaffene Wettbewerb um Studierende, Forschungsfinanzierung und akademische Karrieren erzeugt also einen permanenten Wettbewerbs- und Publikationsdruck, der nicht nur kritische Wissenschaft marginalisiert, sondern auch im Allgemeinen die Qualität der Wissenschaft erheblich beeinträchtigt. Die Beiträge des zweiten Teils widmen sich vor diesem Hintergrund den Kämpfen um die Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, den Bedingungen kritischer Wissensproduktion an Universitäten und gegenwärtigen Austeritätspolitikern an der neoliberalen Universität.

Tilman Reitz beschreibt in seinem Beitrag, dass sich an den Hochschulen eine besonders hartnäckige neoliberale Regierungsweise etabliert hat, die die Beteiligten vor allem durch Wettbewerbsmechanismen diszipliniert. Wenn

42 Vgl. Gutjahr, Clara: »Bologna«. Mehr als eine Erklärung«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 139–154.

43 Demirović: »Wissenschaft oder Dummheit«, in: PROKLA, S. 502.

44 Vgl. Unbedingte Universitäten: »Vorwort«, in: Dies. (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 9–11.

man verstehe, welche Auswirkungen dieser Prozess auf die eigene Arbeit und Haltung habe, könne dies helfen, gegen neue autoritäre Entwicklungen wirksamer vorzugehen. Dadurch dass sich quantifizierbare Leistungsindikatoren wie Publikationszahlen oder Drittmiteinnahmen durchsetzen konnten, habe sich eine quasi-tayloristische Produktionsweise von Wissen etabliert, in der akademische Arbeit zunehmend nach Effizienz- und Outputkriterien organisiert wird. Mit dieser Entwicklung sei ein spezifischer Typus von Intellektuellen an Universitäten und Hochschulen dominant geworden, die Bestätigungsintellektuellen. »Bestätigungsintellektualität« zeichnet sich, Reitz zufolge, dadurch aus, dass sie im eigenen politischen oder akademischen Lager vor allem das bestätigt, was dort ohnehin schon gedacht wird und damit Zustimmung sichert, Ressourcen mobilisiert und Wirksamkeit erzeugt, aber wenig Neues hervorbringt.

Die AG *Arbeitsunsinn* untersucht diese Arbeits- und Forschungsbedingungen mithilfe des Begriffs der »Bullshit-Jobs« des US-amerikanischen Kulturanthropologen David Graeber. Wie die AG *Arbeitsunsinn* zeigt, empfinden wissenschaftliche Mitarbeiter*innen im akademischen Mittelbau aufgrund der Ökonomisierung der Hochschulen durch Wettbewerbsmechanismen und Leistungsmessungen ihre Arbeit zunehmend als sinnlos. Sie geben an, mehr Zeit mit dem Schreiben von Anträgen und dem Präsentieren der Ergebnisse zu verbringen als mit der Forschung selbst. Zudem verhindere die ständige Unsicherheit kontinuierliches Arbeiten. Als Gegenmaßnahme fordert die AG *Arbeitsunsinn* daher unbefristete Stellen im Mittelbau und demokratischere Strukturen an den Hochschulen, um wissenschaftliches Arbeiten wieder sinnvoll gestalten zu können.

Die Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen werden auch von *Amrei Bahr*, *Kristin Eichhorn* und *Sebastian Kubon* in den Blick genommen. Sie legen dar, dass nahezu alle Wissenschaftler*innen in der sogenannten frühen Qualifikationsphase auf Grundlage befristeter Verträge arbeiten: Einer aktuellen Erhebung zufolge sind 90 Prozent der Wissenschaftler*innen ohne Professur unter 45 Jahren befristet angestellt. Die Autor*innen, die 2021 mit der Aktion #IchBinHanna eine breite Protestbewegung ins Leben riefen, haben die weit verbreitete prekäre Beschäftigungssituation in der deutschen Wissenschaft sichtbar gemacht. Seitdem kämpfen unter diesem Namen zahlreiche Wissenschaftler*innen gegen befristete Verträge, Kettenverträge und unsichere Karriereperspektiven, die keine Ausnahmen, sondern strukturprägende Merkmale des deutschen Hochschulsystems darstellen. Besonders betroffen

ist der sogenannte akademische Mittelbau, der den Großteil der Lehre und Forschung trägt, ohne Aussicht auf Dauerstellen oder planbare Karrierewege.

Diese strukturelle Prekarität ist nicht nur eine soziale Frage, sondern wirkt sich auch auf die Qualität und Unabhängigkeit wissenschaftlicher Arbeit aus: Sie fördert Konkurrenzdruck und die Anpassung an Drittmittellogiken, und hemmt langfristige Forschungsperspektiven. Die Debatte um #IchBinHanna markiert insofern einen Wendepunkt. Seither wurde das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das die rechtliche Grundlage für die befristete Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen bildet, nicht grundlegend reformiert, obwohl es im Zentrum der Kritik steht. In der Praxis bedeutet dies, dass viele Wissenschaftler*innen nach Jahren intensiver Forschung und Lehre das Hochschulsystem verlassen müssen. Die Forderungen nach planbaren Karrierewegen, Dauerstellen im Mittelbau und einer Entfristungskultur stoßen bislang lediglich auf symbolische Anerkennung.⁴⁵

Doch auch über die #IchBinHanna-Kampagne hinaus regte sich in den letzten Jahren Widerstand gegen die prekäre Beschäftigung an Hochschulen. Am 20. November 2023 streikten Beschäftigte an über 80 Hochschulen in ganz Deutschland. Ann-Kathrin Hoffmann und Marvin Hopp schildern ihre Eindrücke in dem Sammelband *Arbeitskämpfe an die Hochschulen!* wie folgt:

»Laufend wurden neue Fotos von versperrten Eingängen zu Hochschulgebäuden und Instituten sowie Bilder von Kolleg*innen an Streikposten geteilt. Dann erste offizielle Meldungen: Einschränkungen im Service, an einigen Hochschulen sogar Schließung von Hörsaalgebäuden und Mensen; etwas später stehen in Köln und Bonn die Teilchenbeschleuniger still. Es folgten Bilder von Campuskundgebungen, Videos, auf denen bunter Rauch über den Demonstrierenden aufsteigt, Medienberichte über die Proteste von Studierenden und Hochschulbeschäftigten, sogar eine Meldung auf Tageschau.de – und überall das gelbe Banner mit der gemeinsamen Forderung: »Schluss mit prekärer Wissenschaft!«⁴⁶

45 Siehe auch Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchBinHanna. Prekäre Wissenschaft in Deutschland*, Berlin: Suhrkamp 2022.

46 Hoffmann, Ann-Kathrin/Hopp, Marvin: »Ein überfälliger Aufbruch!«, in: Dies. (Hg.), *Arbeitskämpfe an die Hochschulen! Beschäftigungsbedingungen und Strategien gewerkschaftlicher Gegenmacht*, Hamburg: VSA 2025, S. 12.

Dass es so weit kam, ist, neben den prekären Beschäftigungsbedingungen, »jeder Menge Organisierung«⁴⁷ in den letzten Jahren geschuldet. *Andreas Keller* legt dar, dass die Gewerkschaften zunehmend Strategien der tarifpolitischen Auseinandersetzung verfolgen, weil es vor dem Hintergrund der anhaltenden Prekarisierung wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse kurzfristig erscheint, auf einen erneuten gesetzgeberischen Reformversuch des Sonderbefristungsrechts zu setzen. Entscheidend für tarifpolitischen Erfolg sei jedoch weniger die Qualität der Argumente als vielmehr das Maß an gewerkschaftlicher Organisation und kollektiver Handlungsbereitschaft unter den Beschäftigten. Erst wenn eine kritische Masse bereit ist, Arbeitskämpfe auch im Hochschulbereich zu führen, können nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. Dass tarifpolitische Initiativen durchaus Wirkung entfalten können, zeigt das von Keller beleuchtete Beispiel des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), der im Nachgang des Hochschulaktionstages 2023 ausgehandelt wurde.

Aktuell werden die prekären Arbeitsbedingungen jedoch noch durch tatsächliche und vermeintliche Sparzwänge verschärft. So diskutieren *Simone Claar und Tobias Cepok*, wie »organisierte Knappheit« und »autoritäre Steuerung«, also Unterfinanzierung und Wettbewerb, Hochschulen langfristig schaden. Wie anfangs am Frankfurter Beispiel der *No Cuts*-Proteste aufgerufen, stehen in einigen Bundesländern, wie Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin, Kürzungen im Hochschulsektor an. Claar und Cepok diagnostizieren, dass das Zusammenwirken von autoritärer Steuerung, künstlicher Wettbewerbsorientierung und struktureller Unterfinanzierung direkte Auswirkungen auf zentrale Aufgaben und die Qualität von Lehre und Forschung haben wird. Unter anderem werde auch der Betreuungsschlüssel weiter sinken.

Organisierte Halbbildung in der ungleichen Universität

Diese Bedingungen haben also auch für Studierende direkte Auswirkungen. Als »organisierte Halbbildung« beschreibt Demirović den Einfluss der Entwicklung der letzten 30 Jahre in Bezug auf die Wissensvermittlung.⁴⁸ Zwar

47 Hoffmann/Hopp: »Ein überfälliger Aufbruch!«, S. 12.

48 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 302.

studiert mittlerweile über die Hälfte eines Jahrganges, allerdings ist das Studium durch die Modularisierung, schlechte Betreuungsverhältnisse und eine Vielzahl an Leistungsprüfungen so strukturiert, dass oft gar keine Zeit bleibt, relevantes kritisches Wissen kennenzulernen und sich anzueignen. So kommt es zu einer »Erosion des Wissens und der Bildungserfahrung«,⁴⁹ Gleichzeitig müssen zwei Drittel bis drei Viertel der Studierenden in Deutschland neben dem Studium arbeiten, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken. Dies führt dazu, dass »eine neue Form des temporalen, funktionalen Proletariats« entsteht, das »effektiv Kapital« verwertet.⁵⁰ Zudem werden Studierende dadurch um »die Teilnahme an kollektiven Bildungs- und begrifflichen Prozessen gebracht«.⁵¹

Feingliedriger theoretisiert Lisa Marie Münster den Begriff der organisierten Halbbildung: Nach der Bologna-Reform und der Einführung der damit verbundenen neoliberalen Steuerungslogiken – Effizienz, Wettbewerb und Verwertbarkeit – wird Bildung formal weiterhin propagiert, praktisch jedoch auf messbare Outputs wie Leistungspunkte, Abschlusszeiten oder Karriereorientierung reduziert.⁵² Dies zeigt sich auf drei Ebenen: erstens in der institutionellen Organisation von Studium und Lehre, zweitens in der Gestaltung und Selektion von Inhalten und drittens in den Alltagspraxen der Studierenden und Lehrenden, die die Strukturen (re-)produzieren.⁵³

Zudem haben die derzeitigen Rahmenbedingungen Einfluss darauf, dass sich – trotz Gleichstellungs- und Diversitätspolitik – soziale Ungleichheit und institutionelle Diskriminierung fortschreiben. Hochschulen und Universitäten drücken sich durch eine starke soziale Selektivität aus. Sabine Hark und Johanna Hofbauer machen in diesem Bereich zwar eine »erhöhte Betriebsamkeit« aus, allerdings würden diese Bestrebungen bei weitem nicht ausreichen, »um Universitäten und Hochschulen sozial gerechter, inklusiver und diskriminierungsärmer zu gestalten«.⁵⁴ Weiter schreiben sie:

49 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 301.

50 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 302.

51 Demirović: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion«, S. 302.

52 Vgl. Münster: »Was ist Organisierte Halbbildung?«

53 Vgl. Münster: »Was ist Organisierte Halbbildung?«

54 Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna: *Die ungleiche Universität. Diversität, Exzellenz und Anti-Diskriminierung*, Wien: Passagen 2023, S. 99.

»Universitäten könnten zwar unzählige Aktivitäten etwa auf den Feldern der Frauenförderung, Mentoring, Bewerbungstrainings oder *managing diversity* vorweisen, schafften es bislang aber nicht, mit diesen Maßnahmen und Mechanismen institutionelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen.«⁵⁵ Denn Universitäten würden oft nach der Devise »tun, was gut aussieht und wenig kostet« arbeiten. Dies führe dazu, dass viele Universitäten eine »Anbau-Strategie« verfolgen, was Hark und Hofbauer als »strategisch zurückhaltend«⁵⁶ auffassen:

»Sie tun dies, indem sie vielerorts erst einmal eine neue Stelle für Diversity-Agenden schaffen. Vergleichbar zu universitären Gleichstellungsdokumenten und Diversity-Leitbildern setzt auch der Stellen-»Anbau« vermeintlich ein sichtbares Zeichen gegenüber der Umwelt: er demonstriert, dass die Organisation Verantwortung für ein neues Problem übernimmt. Dabei wissen alle, dass nicht die Stelle als solche für den organisationellen Wandel entscheidend ist, sondern ihre Ausstattung mit Entscheidungs- und Handlungskompetenzen, wieviel Macht ihr also eingeräumt wird, auf die Prozesse von Leistungsmessung und Leistungsbewertung sowie, vor allem, Rekrutierung transformierend einwirken können.«⁵⁷

Dieser entscheidende Unterschied zwischen Reden und Tun sei nicht zufällig:

»[E]r kann das Resultat sorgfältiger Überlegung darstellen, wie auf einen Konflikt zu reagieren ist – zwischen von außen herangetragenen widersprüchlichen Umwelterwartungen oder zwischen externen Anforderungen und internen Erwartungen. Universitätsleitungen können Stabstellen dann etwa nützen, um Gleichstellungsgovernance zu demonstrieren, zugleich aber potenzielle Ängste vor und Widerstand gegen Veränderung innerhalb der Organisation zu reduzieren, in dem die Stelle mit Aufgaben betraut wird, die niemandem weh tun, zugleich aber vorzeigbare Aktivitäten demonstrieren.«⁵⁸

Wie Hark und Hofbauer zeigen, bleibt in der Diversitätspolitik der Universitäten vieles auf Maßnahmen beschränkt, die vor allem nach außen Engagement signalisieren, ohne jedoch reale Macht- und Entscheidungsstrukturen

55 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 99f.

56 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 111.

57 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 112.

58 Hark/Hofbauer: *Die ungleiche Universität*, S. 113.

zu verändern. Gleichstellungsarbeit wird mitunter dafür genutzt, um externen Erwartungen gerecht zu werden, ohne die Machtverhältnisse zu hinterfragen oder zu verschieben. Katharina Hoppe u.a. nennen dies im Kontext eines konkreten Falles die »Nicht-Performativität von Antidiskriminierung«.⁵⁹

Wettbewerb auf die Spitze getrieben: Die Exzellenzstrategie

Eine weitere Facette der neoliberalen Reorganisation der Universitäten und Hochschulen ist die Fokussierung auf Exzellenz. Die »Exzellenzinitiative« startete 2005 als hochschulpolitisches Förderprogramm des Bundes und der Länder in Deutschland und wurde 2019 von der »Exzellenzstrategie« abgelöst.⁶⁰ Die Initiative wurde mit dem Ziel eingeführt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Universitäten zu stärken, Spitzenforschung zu fördern und die Profilbildung der Hochschulen voranzutreiben. Sie entstand in einem Kontext einer politisch gewollten Zunahme der Konkurrenz unter Hochschulen, insbesondere im Zuge des Bologna-Prozesses und der neoliberalen Umstrukturierung des Hochschulsystems. Sie sollte »Leuchttürme« der Forschung in Deutschland schaffen, die Sichtbarkeit deutscher Universitäten im internationalen Vergleich erhöhen sowie den Wettbewerb zwischen Hochschulen fördern.⁶¹

Der Literaturwissenschaftler und Schriftsteller Ottmar Ette beschreibt im 2013 erschienen *Bologna-Bestiarium*, was den Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative verbindet: »der entschlossene Versuch, die Zeit zu kontrollieren,

59 Hoppe, Katharina/Klingenberg, Darja/Thompson, Vanessa Eileen/Trautmann, Felix/Vorbrugg, Alexander: »Worüber wir reden, wenn wir mit jemandem nicht reden wollen. Zum Spannungsverhältnis von Rassismuskritik und Meinungsfreiheit an der Universität«, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 4.1 (2018), S. 167–176, hier: S. 172.

60 Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Zur Entstehung und den Hintergründen – ExStra – Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder«, <https://www.exzellenzstrategie.de/was-ist-die-extra-zur-entstehung-und-den-hintergruende-n/>, Zugriff am 11.11.2025.

61 Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative«, 2015, <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/DFG-WR-Bericht-Juni2015.pdf>, Zugriff am 11.11.2025.

zu beherrschen und wo irgend möglich zu beschleunigen«. ⁶² Am Ende sind beide aber bloß »Arbeit am Mythos«:

»Die Exzellenz als selbstinszenierte Intelligenz verbreitet dabei den Mythos der Effizienz, der gerade darum besteht, weil er sich nicht echt überprüfen lassen will. Durchlässigkeiten zwischen unterschiedlichen nationalen Bildungssystemen wollen nicht steigen, Studienabbrecherquoten wollen nicht sinken, Durchschnittszeiten für Dissertationen wollen nicht fallen. Umso besser: So folgt Reform auf Reform auf Reform. Und umso wichtiger ist die gezielte Arbeit am Mythos, an jenen Mythen des reformierten wissenschaftlichen Alltags, in denen Intelligenz und Exzellenz wie Naturphänomene erscheinen, weil sie in Form von Zeitmanagement und Akzeleration messbar zu sein vorgeben. Exzellenz wird dadurch erzielt, dass die Mittel ungleich verteilt werden.« ⁶³

Die Exzellenzstrategie ist aus diesen Gründen hoch umstritten. So fördert sie Ungleichheit im Hochschulsystem (»*the best and the rest*« ⁶⁴), verstärkt den Wettbewerbsdruck und die Ökonomisierung der Forschung, und benachteiligt kleinere und weniger forschungsstarke Hochschulen. Im neu aufgesetzten Programm der Exzellenzstrategie wird als Ziel der Exzellenzcluster und -universitäten die Förderung exzellenter Forschung und Institutionen genannt. Aufgrund dieser tautologischen Argumentation bezeichnet der Philologe Jürgen Paul Schwindt den Begriff Exzellenz als »transgenerische Vokabel«: »Exzellenz ist der Inbegriff des nicht diskursfähigen Wortes. Wir sollten es daher künftig mit einem Ausrufezeichen versehen: ›Exzellenz! (Fragen Sie nicht weiter!)« ⁶⁵

Im Kern geht es bei der Exzellenzstrategie um Bundesmittel, die an Wenige verteilt werden. ⁶⁶ Aktuell sind es 539 Millionen Euro jährlich, ab 2026 sollen

62 Ette, Ottmar: »Exzellenz(en), velociferische. Zum Bestiarium blendender Bologna-Eliten«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 107.

63 Ette: »Exzellenz(en), velociferische«, S. 109.

64 Ette: »Exzellenz(en), velociferische«, S. 109.

65 Schwindt, Jürgen Paul: »Exzellenz«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 101.

66 Der Bund trägt 75 Prozent der Förderung bei, den Rest müssen das jeweilige Land oder die Universität selbst bereitstellen.

sogar 687 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen.⁶⁷ Wie Tilman Reitz in einem Interview sagte, ist die Exzellenzstrategie insofern die »Spitze des Eisbergs« des derzeitigen Wissenschaftssystems: Zwar seien die Förderzeiträume mit sieben Jahren relativ lang, allerdings »treten die Forschungsinhalte [...] völlig gegenüber den Marketing-Strategien der Unileitungen zurück«.⁶⁸ Durch den Wettbewerb würden Hochschulen zudem in eine Hierarchie gepresst:

»Das bedeutet für alle, die im Exzellenzwettbewerb verlieren, massive Überbelastungen in der Lehre, während bei den wenigen Exzellenz-Gewinnern ironischerweise die ›besten‹ Forschenden in großem Umfang von der Lehre befreit und durch einen erweiterten Hofstaat von den Studierenden fern gehalten werden. Die Hierarchisierung schwächt aber nicht nur die Lehre, sie wird absehbar auch dazu führen, dass wohlhabende und gebildete Eltern ihre Kinder vermehrt an die ›Spitzenuniversitäten‹ schicken – also zu vergrößerter sozialer Ungleichheit. Die Universitäten in den USA oder in vielen Ländern Lateinamerikas geben hierfür ein deutliches Beispiel; der neue Wettbewerb schafft eine Art akademischen Feudalismus, in dem sozialer Status durch Hochschulbesuch weitergegeben wird.«⁶⁹

Die Exzellenzstrategie ist für Silke van Dyk und Tilman Reitz deshalb ein Symptom eines »akademischen Neo-Feudalismus«.⁷⁰ Darunter verstehen sie die ständisch-hierarchische Struktur des Hochschulsystems, in der Professor*innen als privilegierte Akteur*innen über weitreichende Macht und große Ressourcen verfügen, während der akademische Mittelbau in abhängige, prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingebunden bleibt. So verbinde das deutsche Hochschulsystem ökonomisierte Wettbewerbslogiken (Drittmittelkonkurrenz, Projektlogik) mit feudal-hierarchischen Strukturen (Lehrstuhlprinzip, persönliche Abhängigkeiten), was ein Ausbeutungssystem eigener Qualität entstehen lasse.

67 Vgl. Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt: »Exzellenzstrategie«, https://www.bmfr.bund.de/DE/Forschung/Wissenschaftssystem/Hochschulen/Exzellenzstrategie/exzellenzstrategie_node.html, Zugriff am 20.11.2025.

68 Bremisch, Marlis: »Für gute Forschung und Lehre – Interview mit Prof. Dr. Tilman Reitz«, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen, 12.10.2016, <https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/fuer-gute-forschung-und-lehre-interview-mit-prof-dr-tilman-reitz>, Zugriff am 11.11.2026.

69 Bremisch: »Für gute Forschung und Lehre«.

70 van Dyk, Silke/Reitz, Tilman: »Projektförmige Polis und akademische Prekarität im universitären Feudalsystem«, in: *Soziologie* 46.1 (2017), S. 62–73.

Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissensproduktion an Universitäten

Die Angriffe auf Universitäten, Disziplinen und Fächer, auf Wissensfelder und sogar auf einzelne – als »links« oder »kritisch« markierte – Wissenschaftler*innen, ebenso wie die staatlich verankerten Logiken des neoliberal reorganisierten Hochschulwesens, das selbst autoritäre Tendenzen hervorbringt oder zumindest deren Bedingungen schafft, können einen konsterniert zurücklassen. Denn sowohl das neoliberale Wissenschaftssystem als auch die autoritären Verheißungen einer anderen »Wissenschaft« – auf Nation, Familie und traditionelle Werte ausgerichtet – untergraben wissenschaftliche Rationalität, die auf Erkenntnis ausgerichtet ist. Die Universität zu einer demokratischen Institution der kritischen Wissenschaft zu machen, die wissenschaftlichen Standards folgt statt wirtschaftlichen Prinzipien, ist in der aktuellen autoritären Konjunktur daher mehr als geboten. Gleichzeitig erscheint eine solche Erneuerung blockiert, weil die Voraussetzungen, unter denen Forschung und Lehre heute stattfinden (Prekarisierung, Drittmittelabhängigkeit, Wettbewerb und Konkurrenz, sowie persönliche Abhängigkeiten), Konformität belohnen – ob in Form von Meinungsäußerungen von Wissenschaftler*innen oder in der Wahl der Forschungsthemen. Indem sie Wandel blockieren, machen die neoliberalen Steuerungslogiken die aktuellen Missstände erst zur Krise. Dementsprechend ist beispielsweise zu fragen, inwiefern die Berufung auf Wissenschaftsfreiheit, die lange eher von konservativer bis reaktionärer Seite bemüht wurde, die richtige Strategie für diejenigen ist, die für kritische Wissenschaft eintreten. Die doppelte Herausforderung besteht darin, sich weder in die Defensive des Status quo zurückzuziehen noch den autoritären Regress zu akzeptieren.

Damit knüpfen wir wissenschaftstheoretisch an die ältere Kritische Theorie an. Max Horkheimer formulierte in dem Aufsatz »Traditionelle und kritische Theorie« die Einsicht, dass kritische Wissenschaft nicht bloß beschreibend oder erklärend sein kann, wie in der sogenannten traditionellen Theorie (oder positivistischen Wissenschaft, wie Adorno sie nennen wird⁷¹), sondern immer auch ein Urteil über die gesellschaftliche Wirklichkeit als

71 Adorno, Theodor W.: »Einleitung zum ›Positivismusstreit in der deutschen Soziologie‹«, in: *Gesammelte Schriften* 8. *Soziologische Schriften I*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1972.

Ganze abgibt.⁷² Dieses Urteil enthält eine Existenzbehauptung: dass die bestehende Gesellschaft in ihrer historisch bestimmten Form tatsächlich so da ist. Zugleich impliziert es, dass diese Existenz veränderbar und kritikwürdig ist, denn »[j]eder ihrer Teile [der kritischen Theorie] setzt die Kritik und den Kampf gegen das Bestehende in der von ihr selbst bestimmten Richtung voraus.«⁷³ Dementsprechend gilt es, sich für eine kritische Wissenschaft einzusetzen, die – durch die Kraft ihrer Existenzurteile – »genauso Scheiben einwirft wie unsublimierte Aggression«.⁷⁴ Es geht also sowohl um ein emphatisches Eintreten für Wahrheit und Vernunft, die selbst gesellschaftliche Verhältnisse sind, als auch darum, für ihre Geltung im gesellschaftlichen Handgemenge zu kämpfen.⁷⁵

In diesem Sinne fragt *Alex Demirović* in seinem Beitrag nach dem Verhältnis der gesellschaftlichen Linken zur Hochschule. Er konstatiert, dass dieses Verhältnis oft von Enträuschung geprägt ist, mit der unterschiedlich umgegangen wird. Sich in der Konsequenz von der Universität abzuwenden, sei trotz der vielen Gründe, die Hochschulen zu kritisieren, aber der falsche Weg. Demirović plädiert dafür, die Frage einer egalitären Hochschulbildung nicht isoliert zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit der gesamten gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Wenn wissenschaftliche Bildung und Forschung allen offenstehen soll und zugleich die bisherige, auf migrantische Arbeitskräfte abgewälzte Trennung von Kopf- und Handarbeit überwunden werden muss, erfordere das eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung. Wissenschaftliche Tätigkeit und andere gesellschaftlich notwendige Arbeiten müssten so organisiert werden, dass alle an beiden Bereichen teilhaben können.

Während Demirović die Wissenschaft in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung betrachtet, untersucht *Isabell Lorey* in ihrem Beitrag die Rolle von Wissen als Produktionsfaktor im heutigen »kognitiven Kapitalismus«. Sie legt dar, dass die kapitalistische Produktionsweise sich seit der Krise des Fordismus grundlegend gewandelt hat, und Wissen, Kommunikation und Kooperation

72 Vgl. Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, in: *Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936–1941*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022, S. 201.

73 Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, S. 203.

74 Horkheimer, Max: »Theorie ist Aggression«, in: *Gesammelte Schriften. Band 14: Nachgelassene Schriften 1949–1972*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022, S. 224.

75 Siehe auch Demirović, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023, S. 9.

zu den zentralen Quellen der Wertschöpfung geworden sind. Vor diesem Hintergrund erscheint die neoliberale Transformation der Universität als Konsequenz eines sich verändernden Kapitalismus – die Hochschulen sind heute Teil der kapitalistischen Wertschöpfung und müssen dementsprechend auch deren Logiken folgen. Wissen wird diesem Verständnis nach aber nicht nur an Hochschulen produziert. Vielmehr ist es durch die digitale Infrastruktur im Überfluss vorhanden, wird aber zugleich künstlich knappgehalten – etwa durch Urheber- und Patentrechte sowie durch die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Um das verknappte Wissen zu kapitalisieren, werden immaterielle, affektive und emotionale Tätigkeiten in Wert gesetzt, die Lorey unter Kommunikation und Kooperation fasst. Angesichts dieses »Kognitiv-Werdens« des Kapitalismus fragt Lorey nach den Möglichkeiten, den Zugang zu den durch Wissen gemeinsam produzierten Produkten zu sozialisieren und zu kommunalisieren.

Die Wichtigkeit von Wissen im gegenwärtigen Kapitalismus hat auch die politische Rechte erkannt. *Daniela Gottschlich und Tobias Schmitt* sprechen in ihrem Beitrag darüber, dass dementsprechend auch die Ökologie zu einem umkämpften Feld wird. Sie fragen sich zudem, welche Implikationen die autoritären Tendenzen in den Hochschulen aber auch der weiteren Gesellschaft für kritische Wissenschaften haben. An Horkheimers Verständnis anschließend verstehen sie darunter das beständige Hinterfragen der bestehenden Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse, das eine bessere Welt ermöglichen soll. Im Kontext eines zunehmenden Autoritarismus können Diskursanalysen, Gottschlich und Schmitt zufolge, als methodisches Werkzeug dienen, um die Legitimation und Normalisierung rechter Narrative zu verstehen und zu dekonstruieren. Denn beispielsweise würden ökologische Debatten von rechten Akteur*innen strategisch genutzt, um Anschlussfähigkeit zu erzeugen und umweltpolitische Maßnahmen zu blockieren. Um autoritären Tendenzen entgegenzuwirken, brauche es jedoch nicht nur kritische Forschung. Auch durch transformative Lehrformate können Studierende kritisches Denken, Empathie und Handlungsfähigkeit vermittelt bekommen. Gottschlich und Schmitt plädieren deshalb dafür, Hochschulen zu »Möglichkeitsorten« für einen weiteren gesellschaftlichen Wandel zu machen.

Dass die Universität auch ein kollektives, affektives Lernumfeld sein kann, in dem neue Formen des gemeinschaftlichen Handelns erprobt werden, wird auch von *Asena Dizbay, Lisa-Marie Harling, Lena Labuwy-Stark, Stefan Schüller, Julia Weber und Nergis Yilmaz* hervorgehoben. Als Studierende der Bergischen Universität Wuppertal organisierten sie im Frühjahr 2024 eine dreitägige

Akademie, um die gesellschaftlichen Herausforderungen der Klimakrise zu diskutieren. In ihrem Beitrag greifen die Autor*innen die Organisation und Durchführung dieser Veranstaltung als alternative Bildungserfahrung auf. Sie untersuchen, wie eine solche innerhalb der Hochschule gemacht werden konnte, obwohl diese Institution eigentlich einen Ort der Halbbildung darstellt: dominiert von Prinzipien des Kompetenzerwerbs und der Leistungssteigerung. Dabei stellen sie fest, dass es auch heute Lücken und Nischen in der Universität gibt, in denen Bildungserfahrungen gemacht werden können, die von Offenheit und Differenz geprägt sind. Die Frühlingsakademie betrachten die Autor*innen als ein solches »Dazwischen« im universitären Verhältnis.

Dagegen versucht *Ricarda Biemüller* in ihrem Beitrag die historischen und gegenwärtigen Gründe für einen akademischen Exodus zu verstehen. Unter diesem Begriff fasst sie ein Paradox: Obwohl immer mehr Menschen an Universitäten studieren und arbeiten, haben sich viele innerlich von der Institution gelöst. Studierende, Lehrende und Forschende sind zwar körperlich präsent und erfüllen ihre Aufgaben, doch sie fühlen sich der Universität kaum noch verbunden, weil diese nur noch begrenzte Räume für wissenschaftliche Freiheit, intellektuelle Neugier und gemeinsame Orientierung bietet. Stattdessen dominieren Verwaltung, Leistungsdruck und formale Anforderungen. »Exodus« meint hier also nicht das tatsächliche Verlassen der Hochschule, sondern ein inneres Abschiednehmen.

Im Umkehrschluss verweist diese Verlassenheit gerade darauf, dass die Universität nicht notwendig so bleiben muss: Damit die verlassene Universität keine verlassene bleibt, gilt es, die Bedingungen des Lernens, Lehrens und Forschens so zu verändern, dass erneut Bindungen, Teilhabe und ein geteiltes Verständnis wissenschaftlicher Praxis entstehen können. Die Beiträge in diesem Teil zeigen also, dass trotz aller Krisenmomente vielfältige Ansätze kritischer Wissenschaften existieren.

Rückblick und Ausblick

Dieser Sammelband entstand im Nachgang der Tagung *Organisierte Halbbildung. Konferenz zur Kritik der neoliberalen Universität*, an der im Oktober 2024 über 1.000 Menschen teilnahmen. Drei Tage lang wurde in Workshops und parallel stattfindenden Podien gemeinsam über eine andere Universität gelernt, diskutiert und gestritten. In den Workshops stellten die Autor*innen

des kurz zuvor erschienenen Sammelbandes *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform* ihre Beiträge zur Diskussion. Darüber hinaus luden wir Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen, Publizist*innen und Studierende zu Podiumsdiskussionen ein, um über die Universität in der multiplen Krise der Gesellschaft zu diskutieren. Einige von ihnen sind in diesem Band mit Beiträgen vertreten und führen Diskussionen der Konferenz in dieser Form fort. Darüber hinaus konnten wir weitere Autor*innen für den Sammelband gewinnen.

Auch wenn der »Rechtsruck« bereits in aller Munde war, zum Zeitpunkt der Konferenz waren weder der Wahlsieg Trumps, noch die Neuwahlen in der Bundesrepublik oder die aktuelle Kürzungswelle absehbar. Der Fokus des Bandes auf die sich weiter verstärkenden autoritären Tendenzen bildete sich deshalb erst später, in der Absprache mit den Autor*innen heraus. Die Beiträge stellen so in vielerlei Hinsicht Momentaufnahmen dar. Sie reflektieren den Stand der Debatten über Universitäten in Deutschland und darüber hinaus im Jahr 2025 und zeigen gleichzeitig, dass die Bedingungen für ein alternatives Universitätssystem im Hier und Jetzt vorhanden sind. Damit ist gemeint: Weder ist entschieden, dass autoritäre Kräfte weiterhin Aufwind erleben oder sich die aktuelle Kürzungswelle als allgemeine Tendenz durchsetzt, noch dass sich die Situation automatisch zum Besseren wenden wird. Sicher ist nur, dass auch in den kommenden Jahren auf diesem Terrain Auseinandersetzungen um Emanzipation, ideologische Herrschaft und politische Macht geführt werden. Als »theoretische Praxis« ist dieser Band selbst Teil dieser Auseinandersetzungen.⁷⁶ Denn indem die Autor*innen sowohl die Angriffe auf Wissenschaftsfreiheit und Universitäten als auch die bestehenden Strukturen hinterfragen, setzen sie Impulse für eine solidarische und demokratische Gestaltung von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Frankfurt a. M./Berlin, November 2025

76 Broll, Mirko/Fleischmann, Eva (Hg.): »Kritische Theorie bedeutet, analytisch ›aufs Ganze‹ zu gehen.‹ Stephan Lessenich im Interview über Kritische Theorie als politische Praxis und das Verhältnis des IfS zu emanzipatorischen Bewegungen«, in: *Handeln in einer schlechten Welt. Zur Kritik im Handgemein*, Berlin: Bertz + Fischer 2024, S. 230.

Literatur

- Adorno, Theodor W.: »Einleitung zum ›Positivismusstreit in der deutschen Soziologie‹«, in: *Gesammelte Schriften 8. Soziologische Schriften I*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1972.
- Althusser, Louis: *Über die Reproduktion*, Hamburg: VSA 2012.
- Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchBinHanna. Prekäre Wissenschaft in Deutschland*, Berlin: Suhrkamp 2022.
- Becker, Lia: »Deutschland am Kippunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kippunkt-becker/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Belina, Bernd/Petzold, Tino/Schardt, Jürgen/Schipper, Sebastian: »Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1.1 (2013), S. 49–74.
- Birkner, Martin: »Einleitung des Herausgebers«, in: Ders. (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 9–17.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus: »Imperiale Lebensweise«, in: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/Winterfeld, Uta von (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*, Bielefeld: transcript 2022, S. 393–398.
- Bremisch, Marlis: »Für gute Forschung und Lehre – Interview mit Prof. Dr. Tilman Reitz«, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen, 12.10.2016, <https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/fuer-gute-forschung-und-lehre-interview-mit-prof-dr-tilman-reitz>, Zugriff am 11.11.2026.
- Broll, Mirko/Fleischmann, Eva (Hg.): »»Kritische Theorie bedeutet, analytisch ›aufs Ganze‹ zu gehen.« Stephan Lessenich im Interview über Kritische Theorie als politische Praxis und das Verhältnis des IfS zu emanzipatorischen Bewegungen«, in: *Handeln in einer schlechten Welt. Zur Kritik im Handgemenge*, Berlin: Bertz + Fischer 2024.
- Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt: »Exzellenzstrategie«, https://www.bmfr.bund.de/DE/Forschung/Wissenschaftssystem/Hochschulen/Exzellenzstrategie/exzellenzstrategie_node.html, Zugriff am 20.11.2025.

- Byrne, Jennifer A./Abalkina, Anna/Akinduro-Aje, Olufolake/Christopher, Jana/Eaton, Sarah E./Joshi, Nitin/Scheffler, Ulf/Wise, Nick H./Wright, Jennifer: »A call for research to address the threat of paper mills«, in: *PLoS Biology* 22.11 (2024).
- Casey, Terrence: »Trump Versus the Universities«, in: *Political Insight* 16.2 (2025), S. 4–7.
- Demirović, Alex: »Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie/>, Zugriff am 05.11.2025
- Demirović, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023.
- Demirović, Alex: »Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion an Hochschulen. Ein Gespräch mit Martin Birkner«, in: Birkner, Martin (Hg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien: Mandelbaum 2022, S. 297–323.
- Demirović, Alex: »Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform – jenseits von »Bologna««, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität*, Zürich: diaphanes 2010, S. 393–405.
- Demirović, Alex: »Wissenschaft oder Dummheit. Die Zerstörung der wissenschaftlichen Rationalität durch Hochschulreform«, in: *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 34.137 (2004), S. 497–514.
- Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit. Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Bader, Pauline/Becker, Florian: »Die multiple Krise – Krisendynamik im neoliberalen Kapitalismus«, in: Dies. (Hg.), *Viel-fachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA 2011, S. 11–28.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative«, 2015, <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/DFG-WR-Bericht-Juni2015.pdf>, Zugriff am 11.11.2025.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft/Wissenschaftsrat: »Zur Entstehung und den Hintergründen – ExStra – Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder«, <https://www.exzellenzstrategie.de/was-ist-die-extra/zur-entstehung-und-den-hintergruenden/>, Zugriff am 11.11.2025.
- van Dyk, Silke/Reitz, Tilman: »Projektförmige Polis und akademische Prekari-tät im universitären Feudalsystem«, in: *Soziologie* 46.1 (2017), S. 62–73.

- Ette, Ottmar: »Exzellenz(en), velociferische. Zum Bestiarium blendender Bologna-Eliten«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 105–110.
- Fachschaft Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt: »#NOCUTSATGOETHE. Zahlen und Fakten«, <https://www.nocutsatgoethe.de/zahlen-und-fakten-1>, Zugriff am 18.11.2025.
- Fankel, Johanna: »Kritik der unternehmerischen Hochschule. Von Employability und ihren hochschulpolitischen Konsequenzen«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 197–210.
- Fleming, Peter: *Dark Academia. How Universities Die*, London: Pluto Press 2021.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Hunderte klagen gegen Verbot von Zivilklauseln an Hochschulen und gegen Bundeswehr im Klassenzimmer«, 05.02.2025, <https://www.gew-bayern.de/presse/details/eite/hunderte-klagen-gegen-verbot-von-zivilklauseln-an-hochschulen-und-gegen-bundeswehr-im-klassenzimmer>, Zugriff am 20.11.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern: »Söder gegen Wissenschaftsfreiheit. Verbot der Zivilklausel«, 04.04.2024, <https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/verbot-der-zivilklausel>, Zugriff am 20.11.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Frankfurt: »Widerstand gegen den neuen Hochschulpakt«, <https://www.gew-frankfurt.de/flz/artikel/details/widerstand-gegen-den-neuen-hochschulpakt>, Zugriff am 18.11.2025.
- Gutjahr, Clara: »Bologna«. Mehr als eine Erklärung«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 139–154.
- Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna: *Die ungleiche Universität. Diversität, Exzellenz und Anti-Diskriminierung*, Wien: Passagen 2023.
- Henschel, Anna: »Wie die AfD die Wissenschaft umbauen will«, in: *Wissenschaftskommunikation*, 09.07.2025, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/wie-die-afd-die-wissenschaft-umbauen-will-90051/>, Zugriff am 13.11.2025.
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: »Hessischer Hochschulpakt 2026–2031«, https://wissenschaft.hessen.de/sites/wissenschaft.hessen.de/files/2025-07/hessischer_hochschulpakt_2026-2031.pdf, Zugriff am 18.11.2025.

- Hessenschau: »Hochschulpakt: Demos an mehreren hessischen Unis gegen Kürzungen«, 08.07.2025, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hochschulpakt-demos-an-mehreren-hessischen-unis-gegen-kuerzungen-v2,demo-hochschulen-100.html>, Zugriff am 18.11.2025.
- Himmelrath, Armin: »Eine Vielzahl an neuen Fragen. Union beantragt Sondersitzung zur Fördergeldaffäre«, in: *Spiegel Online*, 31.07.2024, <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/bettina-stark-watzinger-union-beantragt-sondersitzung-zur-foerdergeldaffaere-a-56fcc8e8-8e2d-4df4-a603-d5645b2f2127>, Zugriff am 18.11.2025.
- Hoffmann, Ann-Kathrin/Hopp, Marvin: »Ein überfälliger Aufbruch!«, in: Dies. (Hg.), *Arbeitskämpfe an die Hochschulen! Beschäftigungsbedingungen und Strategien gewerkschaftlicher Gegenmacht*, Hamburg: VSA 2025.
- Hoppe, Katharina/Klingenberg, Darja/Thompson, Vanessa Eileen/Trautmann, Felix/Vorbrugg, Alexander: »Worüber wir reden, wenn wir mit jemandem nicht reden wollen. Zum Spannungsverhältnis von Rassismuskritik und Meinungsfreiheit an der Universität«, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 4.1 (2018), S. 167–176.
- Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, in: *Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936–1941*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022.
- Horkheimer, Max: »Theorie ist Aggression«, in: *Gesammelte Schriften. Band 14: Nachgelassene Schriften 1949–1972*, Frankfurt a.M.: Fischer 2022.
- Kapfinger, Emanuel: »Die Gegenwart des faschistischen Subjekts. Autoritarismus – Pseudosozialismus – eliminatorischer Faschismus«, in: Roepert, Leo (Hg.), *Kritische Theorie der extremen Rechten. Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co.*, Bielefeld: transcript 2023, S. 97–142.
- Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011.
- Münster, Lisa Marie: »Was ist Organisierte Halbbildung? Eine Annäherung an die Realität von Studierenden heute«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 29–42.
- Poulantzas, Nicos: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA 2002.
- Readings, Bill: »Dwelling in the Ruins«, in: *University of Toronto Quarterly* 66.4 (1997).
- Readings, Bill: *The University in Ruins*, Cambridge: Harvard University Press 1996.

- Reimann, Janina: »Bayerns Weg zur Förderung der Bundeswehr. Verteidigungs- oder Hochschulpolitik?«, in: *Verfassungsblog*, 29.01.2025, <https://verfassungsblog.de/bayern-bundeswehr-hochschule/>, Zugriff am 13.11.2025.
- Richardson, Reese A. K./Hong, Spencer S./Byrne, Jennifer A./Stoeger, Thomas/Nunes Amaral, Luís A.: »The entities enabling scientific fraud at scale are large, resilient, and growing rapidly«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 122.32 (2025).
- Schwindt, Jürgen Paul: »Exzellenz«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013.
- Tagesschau: »Parteitag in Riesa. Weidel ist AfD-Kanzlerkandidatin«, 11.01.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/afd-weidel-riesa-100.html>, Zugriff am 04.11.2025.
- Unbedingte Universitäten: »Vorwort«, in: Dies. (Hg.), *Bologna-Bestiarium*, Zürich/Berlin: diaphanes 2013, S. 9–11.
- Vallbracht, Christine: »Blick nach Brüssel. Forschung soll EU wettbewerbsfähig machen«, in: *Forschung & Lehre*, 04.12.2024, <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/eu-will-mit-forschung-die-wettbewerbsfaehigkeit-st-eigern-6801>, Zugriff am 13.11.2025.
- Vallbracht, Christine: »Integrität der Wissenschaft. »Der menschliche Anteil geht zusehends zurück«, in: *Forschung & Lehre*, 21.03.2024, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/der-menschliche-anteil-geht-zusehends-zurueck-6320>, Zugriff am 10.11.2025.
- Vallbracht, Christine: »Forschende fordern Reformen im Publikationssystem«, in: *Forschung & Lehre*, 05.11.2025, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/forschende-fordern-reformen-im-publikationssystem-7378>, Zugriff am 20.11.2025.
- Wissen, Markus/Brand, Ulrich: »Emanzipatorische Perspektiven im »Anthropozän«. Über die Grenzen des grünen Kapitalismus und die Notwendigkeit einer radikalen Alternative«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 52.207 (2022), S. 263–281.

Teil I: Angriffe auf Universitäten, Wissenschaftsfreiheit & autoritäre Tendenzen

Rechte Angriffe auf Gender Studies in Deutschland und Österreich

Birgit Sauer

Die autoritäre Rechte ist in der Bekämpfung des dekonstruktivistischen Konzepts Gender global gut vernetzt: Der Kampf gegen Gender – und das heißt gegen die Auflösung einer hierarchisch-binären Zweigeschlechtlichkeit und von Heteronormativität, gegen Geschlechtergleichstellung oder gegen reproduktive Rechte – wird seit der UN-Frauenkonferenz 1995 in Beijing von einer Allianz aus konservativen Katholiken und Muslimen, von Evangelikalen, aber seit dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends auch von rechtsautoritären Parteien und Organisationen erbittert ausgefochten.¹ In einem globalen Anti-Gender-Verschwörungsnarrativ wird von autoritären Rechten² der Niedergang von staatlicher Ordnung, die Chaotisierung von Gesellschaften, der Kontrollverlust über den Alltag und eine Krise weißer Männlichkeit beschworen.³ Das Verbot von Gender Studies wird als Lösung dieser Problemsituationen vorgeschlagen.

Dass die Wissenschaft durch sogenannte alternative Fakten gefährdet ist und der offene wissenschaftliche Diskurs durch rechtsautoritäre Akteur*innen eingeschränkt werden soll, deutete sich bereits in der Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Expertise in der Covid-19-Pandemie an. Autoritär-rechte

-
- 1 Vgl. dazu zum Beispiel Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript 2015; Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*, London: Rowman & Littlefield 2017.
 - 2 Ich bevorzuge die Begriffe »autoritäre Rechte« oder »rechtsautoritäre Parteien« im Unterschied zu rechtspopulistisch, um deutlich zu machen, dass diese Akteur*innen das politische Ziel der Autoritarisierung verfolgen, wenn auch manche durchaus mit populistischen Mobilisierungsfiguren des »Wir da unten« gegen »die da oben« wettern.
 - 3 Vgl. Sauer, Birgit/Penz, Otto: *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2023.

Akteur*innen setzten sich sowohl in Deutschland, prominenter allerdings in Österreich, an die Spitze der Anti-Impf-Kampagnen. Sie erhofften sich, daraus antagonistisches Kapital gegen »die da oben«, die Regierungen, zu schlagen – und dies, obwohl sie anfangs einen starken und disziplinierenden »Impf-staat« befürworteten.

Doch steht auch und vor allem das akademische Fach Gender Studies unter rechtsautoritärem Beschuss. Seinen absurden Höhepunkt erfährt der autoritär-rechte Kampf gegen Gender derzeit in den USA, wo die Trump-Regierung Maßnahmen zur Gleichstellung – von Frauen, von ethnischen und rassistisierten Minderheiten oder Behinderten – verbietet und DEI-Politiken (*diversity, equity, inclusion*) als unrechtmäßig erklärt. Darüber hinaus wird die Suche nach wissenschaftlicher Erkenntnis durch eine Verbotsliste von Begriffen ad absurdum geführt: Wissenschaftliche Texte sollen nicht mehr veröffentlicht oder Forschungsprojekte nicht mehr gefördert werden, wenn sie Begriffe wie »advocacy, activism, equality, bias, biologically female, biologically male, BI-POC, divers, discrimination, female, feminism, inequality, inclusive, LGBTQ, race and ethnicity, political, women, women and underrepresented« enthalten.⁴ Diese Liste macht eigentlich jegliche soziologische und politikwissenschaftliche Forschung nahezu unmöglich, doch die Begriffsliste zeigt, dass vor allem Gender Studies, queer-feministische, anti-rassistische und post-koloniale Forschung verboten und eingeschränkt werden sollen.

Das rechtsautoritäre europäische Vorreiterland Ungarn hatte ebenfalls die Gender Studies seit längerem auf seiner Verbotsliste. Im August 2018 verfügte ein Dekret des ungarischen Wissenschaftsministeriums, dass die Akkreditierung des MA-Programms Gender Studies zurückgenommen werde mit dem Argument, dass der Arbeitsmarkt Menschen mit dieser Ausbildung nicht brauche.⁵

4 Yourish, Karen u.a.: »These Words Are Disappearing in the New Trump Administration«, <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/07/us/trump-federal-agencies-websites-words-dei.html>, Zugriff am 13.11.2025 und Johnson, Carolyn Y./Dance, Scott/Achenbach, Joel: »Here are the words putting science in the crosshairs of Trump's orders«, <https://www.washingtonpost.com/science/2025/02/04/national-science-foundation-trump-executive-orders-words/>, Zugriff am 13.11.2025.

5 Vgl. Pető, Andrea: »Attack on Freedom of Education in Hungary. The Case of Gender Studies«, in: *HAL Open Science* (2018), hier: S. 1; Barát, Erzsebet: »Paradoxes of the Right-Wing Sexual/Gender Politics in Hungary: Right-Wing Populism and the Ban of Gender Studies«, in: Takács, Judith/Möser, Cornelia/Ramme, Jennifer (Hg.), *Paradoxical Right-Wing Sexual Politics in Europe. Global Queer Politics*, Cham: Palgrave Macmillan 2022.

So weit gehen die autoritären Rechten in Deutschland und in Österreich noch nicht, auch wenn sich die Alternative für Deutschland (AfD) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) dem Kampf gegen Gender angeschlossen haben. Es geht diesen Akteur*innen zunächst darum, Geschlechterforschung und -forscher*innen zu diffamieren, ihnen zu drohen sowie ihnen die Berechtigung abzuspochen, wissenschaftlich tätig zu sein. Doch autoritäre Rechte attackieren Gender Studies insbesondere »als Ort der kritischen Thematisierung von Geschlechterverhältnissen und -konstruktionen«. ⁶ Gerade die ständige Infragestellung von historisch gewachsenen Selbstverständlichkeiten – eine zentrale Aufgabe von wissenschaftlicher Kritik – passt nicht in das rechtsautoritäre »Retrotopia«. ⁷ Die rechtsautoritären Akteur*innen wissen, dass sie ihre Forderung nach einem Verbot der Studiengänge und Forschungsrichtungen zu Gender Studies weder in Deutschland noch in Österreich werden umsetzen können, denn in beiden Ländern sind die Freiheit von Wissenschaft und Lehre in den Verfassungen gesichert. Daher dient die permanente Wiederholung eines solchen Verbots anderen oder weiteren Zwecken als nur – wenn freilich zentral – der Retraditionalisierung von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen oder der Mobilisierung von Anti-Intellectualismus und Ressentiment gegen wissenschaftliche Expertise. Angriffe auf Gender Studies sind vielmehr zentrale Elemente der politischen Strategie rechter Akteur*innen: der Erringung kultureller Hegemonie, der Eroberung politischer Macht (auf liberal-demokratischem Wege) und schließlich der Zerstörung von Demokratie, der Zerschlagung von (Rechts-)Staatlichkeit und der Durchsetzung autoritärer Strukturen. Dies will ich in meinem Text plausibilisieren und zudem deutlich machen, dass diese Strategie der autoritären Rechten in ein Genderfeindliches, sich autoritarisierendes Umfeld eingebettet ist.

Das Instrument der parlamentarischen Kleinen Anfrage

Autoritär-rechte Akteur*innen in Deutschland nutzen das Instrument der parlamentarischen Kleinen Anfrage im Bundestag wie auch in nahezu allen

6 Henninger, Annette u.a.: »Einleitung: Mobilisierungen gegen Feminismus und ›Gender‹. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft 6 (2021), S. 9–24, hier: S. 9.

7 Bauman, Zygmunt: *Retrotopia*, London: Polity 2017.

Landesparlamenten,⁸ um das universitäre Fach Gender Studies zu diskreditieren, zu delegitimieren und »ins Lächerliche« zu ziehen,⁹ aber auch um Vertreter*innen dieser Fachrichtung einzuschüchtern.

Kleine Anfragen sind als Instrumente parlamentarischer Kontrolle gedacht, vor allem aber dienen sie dazu, Aufmerksamkeit für ein Thema zu generieren. Die Kleinen Anfragen der AfD in Landtagen und im Bundestag zur Genderforschung erlauben es, »Antifeminismus in einen bürokratisch kontrollierten und legitimierten Diskurs einzubringen und so als ›sagbare‹ Positionen zu stärken«.¹⁰ Die Kleinen Anfragen sollen die »antifeministischen Strategien und Argumentationslinien der AfD grundlegend und auf parlamentarisch legitimierte Weise« hörbar machen.¹¹ Außerdem normalisieren diese parlamentarischen Interventionen als demokratisch legitimierte Verfahren die Anti-Gender-Ideologie der autoritären Rechten.¹² Die Kleinen Anfragen nach den aufgewendeten finanziellen Mitteln, nach Kosten »von Professuren, Personalstellen, Forschungsgeldern, Gleichstellungsmaßnahmen, Maßnahmen in Studium und Lehre« zielen darauf ab, der Genderforschung Verschwendung von Steuergeldern zu unterstellen¹³ und ihr mit dieser Begründung Gelder zu streichen. »Antidiskriminierung wird quantifiziert und als Bedürfnis von wenigen Menschen delegitimiert.«¹⁴ Neben der Geschlechterforschung selbst sollen die Kleinen Anfragen auch die Regierungen diskreditieren, wird in den Formulierungen der Anfragen doch unterstellt, dass deren »politischen und fiskalischen Entscheidungen in Bezug auf die Geschlechterforschung [...] haltlos« seien.¹⁵ Das AfD-Programm aus

8 Mauer, Heike: »Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen«, in: Kim, Songcheol/Selk, Veith (Hg.), *Wie weiter mit der Populismusforschung?* Baden-Baden: Nomos 2021, S. 271–292.

9 Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun/Neuber, Anke: »Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft 6 (2021), S. 108–122, hier: S. 114.

10 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 109.

11 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 109.

12 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 119.

13 Mauer: »Nichts als Wahn«, S. 282; Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 115.

14 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 115.

15 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 114.

dem Jahr 2016 verspricht bereits: »Förderung der ›Gender-Forschung‹ beenden«. ¹⁶ Und das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 wiederholt: »Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen.« ¹⁷ Konsequenz schließt sich daran die Forderung an, dass »[b]estehende Genderprofessuren [...] nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht mehr weiter verlängert werden« sollen. ¹⁸ Alice Weidel bellte beim AfD-Parteitag am 18. Januar 2025 während ihrer Kampfansprache ins Mikrofon, dass sie die Gender Studies abschaffen und alle Professor*innen rausschmeißen wolle. In ähnlicher Weise, wenn auch weit moderater, hält das FPÖ-Wahlprogramm zu den Nationalratswahlen im September 2024 fest: »Unsere Schulen und Universitäten dürfen nicht länger Experimentierfelder für Genderwahnsinn und Wokismus sein.« ¹⁹

Kurzum: AfD und FPÖ reiten – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – Attacken gegen Geschlechterforschung als Teil ihrer Anti-Gender-Strategie.

Der Anti-Gender-Studies-Komplex

Gabriele Dietze und Julia Roth prägten das Konzept des »rechtspopulistischen Komplexes«, um deutlich zu machen, dass ganz unterschiedliche Akteur*innen und Organisationen den rechten Diskurs teilen und anfeuern – also neben rechten Parteien und Organisationen auch religiöse Institutionen, wie manche Gruppen innerhalb der katholischen und orthodoxen Kirche oder Evangelikale. ²⁰ Auch die Attacken auf Gender Studies entspringen einem solchen

16 AfD: »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 52.

17 AfD: »Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag«, beschlossen auf dem 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, April 2021, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, Zugriff am 29.1.2025, S. 154.

18 AfD: »Programm für Deutschland«, S. 52.

19 FPÖ: »Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024«, Wien: FPÖ 2024, https://www.fpo.at/fileadmin/user_upload/Bund/Dokumente/NRW2024/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 55.

20 Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hg.): *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*, Bielefeld: transcript 2020, S. 9.

diskursiven Komplex, aus dem rechtsautoritäre Akteur*innen ihre Narrative ziehen: Die autoritäre Rechte kann mit ihren Attacken auf Geschlechterforschung nämlich auf einem lang vorbereiteten Feld agieren, gerieten doch die Gender Studies ins Visier konservativer, rechtslastiger beziehungsweise AfD-naher und religiöser Wissenschaftler*innen, die Teil des »antifeministischen Diskursfeldes« sind und sich »gegen die Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechterverhältnisse wenden«.²¹ Im Kontext der Anti-Gender-Mobilisierung entstand gleichsam ein »Anti-Gender-Studies-Komplex«. Marion Näser-Lather identifizierte in ihrer Studie der Jahre 2003 bis 2017 Wissenschaftler*innen, die sich in (populär-)wissenschaftlichen Texten gegen das Konzept Gender positionierten. Deren Publikationen ist gemein, dass sie Gender Studies als ideologisch und nutzlos betrachten, sie aber auch als Gefahr für die Gesellschaft dämonisieren.²²

Auch das »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« und die von dessen Protagonist*innen entfachten Debatten um »Cancel Culture« und Zensur an Universitäten schüren seit geraumer Zeit Misstrauen gegen Geschlechterforschung. Das Netzwerk unterstellt der Geschlechterforschung, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Sandra Kostner, die Sprecherin des Netzwerks, prägte den Begriff der »Agendawissenschaften«, mit dem sie deutlich machen will, dass bestimmte Wissenschaftsbereiche aufgrund ihres kritischen Impetus – den Kostner als Agenda zu delegitimieren sucht – wissenschaftliche Erkenntnis behinderten.²³ Diese Begriffsbildung fiel bei rechtsautoritären Anti-Gender-Agitator*innen auf fruchtbaren Boden: So heißt es im AfD-Regierungsprogramm für die Landtagswahl in Brandenburg: »[D]urch Agendawissenschaften wie Gender Studies und Postcolonial Studies haben die

21 Näser-Lather, Marion: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies. Argumentationen, Wirkungen und Kontexte einer »wissenschafts«-politischen Debatte«, in: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Anti-Feminismen. »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltem Potential?*, Bielefeld: transcript 2020, S. 105–148, hier: S. 115.

22 Näser-Lather: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies«, S. 114.

23 Kostner, Sandra (Hg.): *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10, Baden-Baden: Nomos 2022, S. 20ff.; Kostner, Sandra: »Wenn Wissenschaftler eine Agenda verfolgen: wie Macht und Moral an den Hochschulen die Erkenntnis ersetzen«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.1.2020, <https://www.nzz.ch/feuilleton/wissenschaft-wenn-macht-und-moral-die-erkenntnis-ersetzen-ld.1533154>, Zugriff am 13.11.2025.

Universitäten eine Politisierung erfahren. Die Wissenschaftsfreiheit muss gegen Angriffe politischer Korrektheit verteidigt werden.«²⁴

Alexander Zinn, Soziologe am Hannah-Arendt-Institut an der TU Dresden, rückt im Sonderband der »Zeitschrift für Politik« des »Netzwerks Wissenschaftsfreiheit«²⁵ queer-feministische Genderforschung anhand der Debatten um Kathleen Stock und Ulrich Kutschera in den Bereich der Religion, also des Glaubens statt des Wissen(-wollen)s, um ihr Wissenschaftlichkeit abzusprechen.²⁶ Er warnt zudem vor »linksidentitäre[m] Aktivismus« in Deutschland, der die Universitäten »sturmreif zu schießen« sich anschicke.²⁷ Insgesamt beschwört er die wissenschaftliche und politische Gefahr einer »postkolonial-queer-feministische[n] Gegen-Aufklärung«.²⁸ Damit liefert er dem Anti-Gender-Studies-Komplex wesentliche Erzählungen einer vermeintlich zerstörerischen Kraft dieser Forschungsrichtung aufgrund ihrer Unwissenschaftlichkeit und ihrer Politisierung.

Die autoritäre Rechte kann bei ihren Angriffen auf die Gender Studies zudem auf Widersprüche und Konflikte innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung selbst zurückgreifen, werden Gender Studies doch seit geraumer Zeit aus dieser akademischen Community heraus angegriffen. Prominent debattiert wurden die Einlassungen von Vojin Saša Vukadinović, einem Stipendiaten am Graduiertenkolleg »Geschlecht als Wissenskategorie« an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im 2017 erschienenen Sammelband »Beißreflexe« versetzte er den Gender Studies eine Breitseite,²⁹ die in der Zeitschrift »Em-

24 AfD: »Es ist Zeit für eine andere Politik. Regierungsprogramm für Brandenburg«, verabschiedet auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg Jüterbog 13.04.2024, https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/08/LTW24_RP.pdf 2024a, Zugriff am 01.12.2024, S. 45.

25 Kostner: »Wissenschaftsfreiheit«.

26 Zinn, Alexander: »Gefühlte Wahrheiten. Wie LGBT-Aktivismus die Wissenschaftsfreiheit bedroht«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 165–181, hier: S. 167.

27 Zinn: »Gefühlte Wahrheiten«, S. 180.

28 Zinn: »Gefühlte Wahrheiten«, S. 181.

29 Vukadinović, Vojin Saša: »»Antiimperialistischer Egalitarismus«. Akademisch-aktivistischer Beifall für globale Frauenverachtung und Schwulenhatz, in: L'Amour laLove, Patsy (Hg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*. Berlin: Querverlag, S. 146–159.

ma« reproduziert wurde – in seinem Artikel bezeichnet er die Gender Studies als »Sargnägel der Frauenemanzipation«.³⁰

Wie Vukadinović sind weitere Gender-ablehnende Wissenschaftler*innen Mitglieder im »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« und publizierten in dem bereits erwähnten Sonderband, darunter Barbara Holland-Cunz, eine der Mitbegründerinnen der deutschsprachigen geschlechterkritischen Politikwissenschaft. Sie spricht in ihrem Text den Gender Studies das Prädikat der Wissenschaftlichkeit ab. Sie identifiziert die »Fachgesellschaft Gender Studies« als einen »fachgesellschaftlichen Mainstream«, der – so implizit – andere Strömungen marginalisiere. Diesem und den »queer-feministischen Gender Studies« bescheinigt sie eine »sektiererische Hermetik« im Denken und einen Rückfall in den Aktivismus der frühen Frauenforschung, also einen »misslungenen Prozess der Verwissenschaftlichung«³¹ oder, anders ausgedrückt, die Unfähigkeit, Wissenschaft und Politik zu trennen.

Der Anti-Gender-Studies-Komplex bietet autoritär-rechten Akteur*innen gedankliche Munition in ihrem Kampf gegen Gender, gegen das dekonstruktivistische Konzept Gender und gegen Gender Studies.

Unwissenschaft, Politisierung und Ideologieverdacht

Drei zentrale Narrative kennzeichnen autoritär-rechte Attacken auf Gender Studies: Sie seien erstens keine Wissenschaft, weil zweitens politisiert und drittens seien sie Ideologie. Der autoritär-rechte Vorwurf, Gender Studies seien unwissenschaftlich, begleitet die Frauen- und Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum seit ihrer Entstehung in den 1970er Jahren.³² Das »boundary work« der Abgrenzung zwischen Unwissenschaft und Wissenschaft soll die Gender Studies aus dem akademischen Raum der Wissenschaft

30 Vukadinović, Vojin Saša: »Gender Studies. Die Sargnägel des Feminismus?« in: *Emma*, 40.4 (2017), S. 66–69.

31 Holland-Cunz, Barbara: »Affiziert von den aktivistischen Anfängen. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Konstitutionsphase der Gender Studies«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 147–164, hier: S. 164.

32 Köhnen, Manfred: »Der Unwissenschaftlichkeitsvorwurf – Zum Alleinvertretungsanspruch eines speziellen Wissenschaftsverständnisses«, in: Frey, Regina u.a., *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung 2014, S. 51–64.

ausschließen.³³ »Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Ihre Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist.«³⁴ Mit dem Unwissenschaftsvorwurf ist in der rechtsautoritären Rhetorik – mit explizitem Bezug auf das »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« – eine Politisierungsunterstellung ganz unmittelbar verknüpft. Am 4. Juni 2023 stellte die AfD im Bundestag beispielsweise den Antrag, »Agendawissenschaften« durch den Wissenschaftsrat zu evaluieren – kurz bevor der Wissenschaftsrat seine »Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland«³⁵ veröffentlichte. In diesem Antrag behauptet eine Gruppe von Abgeordneten der AfD: »Die Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens und wissenschaftlicher Argumentation, wie Objektivität, Ehrlichkeit, Überprüfbarkeit, Reliabilität [Verlässlichkeit], Validität, Verständlichkeit, Relevanz, logische Argumentation, Originalität, Nachvollziehbarkeit, Fairness und Verantwortung, werden insbesondere in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften in zunehmendem Maße von einem ›Wissenschaftlertyp‹ umgedeutet, der als ›Agendawissenschaftler‹ (Sandra Kostner) charakterisiert werden kann.« Dieser Wissenschaft gehe es »nicht um Erkenntnisfortschritt im Sinne eines erweiterten Verständnisses seines Forschungsgegenstandes«. Vielmehr wolle diese Wissenschaft »mittels Indienstnahme von Forschung und Lehre ein ideologiegeleitetes gesellschaftspolitisches Programm voran[...]bringen.«³⁶

Diese Anschuldigung teilen die Gender Studies freilich mit weiteren emanzipatorisch-kritischen Forschungs- und Lehrrichtungen – eben weil sie Wissenschaft mit einem gesellschaftstransformatorischen Anspruch verknüpfen, so zum Beispiel die Neue Soziale Bewegungsforschung, Forschungen über die Klimakatastrophe oder kapitalismuskritische soziale Ungleichheitsforschung und dekoloniale Ansätze. Im Antrag im Deutschen Bundestag erwähnt die AfD folgende Fächer: »In den Kontext dieser ›Agendawissenschaften‹ gehören, um nur die wichtigsten Zweige zu nennen, die Postcolonial Studies, die Disability

33 Köhnen: »Der Unwissenschaftlichkeitsvorwurf«, S. 39.

34 AfD: »Programm für Deutschland«, S. 52.

35 Wissenschaftsrat: »Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland«, Köln: Wissenschaftsrat 2023, <https://doi.org/10.57674/9z3k-1y81>, Zugriff am 15.11.2025, S. 81.

36 Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode: »Antrag: Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen«, 4.7.2023, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007565.pdf>, Zugriff am 15.11.2025, S. 1.

Studies, die Critical Whiteness Studies, die Queer Studies und – als Leitwissenschaft der ›Agendawissenschaften‹ – die Gender Studies.«³⁷

Die Narrative des »Netzwerks Wissenschaftsfreiheit« über die vermeintliche Politisierung der Gender Studies als reine Ideologie fanden Eingang in autoritär-rechte Parteiprogramme: Die AfD stimmt in den Alarmismus der Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch politische Korrektheit und »linke Identitätspolitik« ein.³⁸ »Radikale Aktivisten« für »Frauen, ›LGBTQI-Personen‹, Muslime, Schwarze und andere ›People of Color‹« starteten »einen Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre«.³⁹ Der Begriff der »Agenda-forschung« ist in AfD-Programmen dafür die Chiffre – ganz im Sinne des »Netzwerks Wissenschaftsfreiheit«. Die AfD begreift Geschlechterforschung als Ideologielieferantin für das, was rechte Parteien in ihrem Kampf gegen Gender generell verfolgen – sei dies geschlechtergerechte Sprache, Gleichstellung oder sexuelle Diversität. Gender-Forscher*innen instrumentalisierten Forschung für ihre vermeintlich ideologischen Ziele, so die rechte Erzählung, wie Heike Mauer am Beispiel der AfD-Kritik an der Verfassungsbeschwerde zur Dritten Geschlechteroption zeigt.⁴⁰ Die AfD unterstellte, dass Vertreter*innen der Legal Gender Studies, anstatt neutral Forschung zu betreiben, in diese Angelegenheit juristisch intervenierten und das Verfassungsgericht anriefen.

Die AfD benennt schließlich auch Verantwortliche für diese Entwicklungen in der Forschung: In ihrem Wahlprogramm für die EU-Wahlen 2024 lehnt sie einen »Europäischen Bildungsraum« ab, da die EU-Kommission häufig eine von »Lobbygruppen« »diktierte Agenda« aufnehme – zu der die AfD beispielsweise »Gender Mainstreaming« zählt.⁴¹ Dies fügt sich ein in ein rechtes Narrativ der Gender-Verschwörung. Um ein solches Verschwörungsnarra-

37 Deutscher Bundestag: »Evaluation sogenannter Agendawissenschaften«, S. 1.

38 AfD: »Alles für Thüringen! Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024«, https://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/2025/01/wahlprogramm_2024_web-min.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 43.

39 AfD: »Alles für Thüringen«, S. 43.

40 Mauer: »Nichts als Wahn«, S. 280; Näser-Lather kommt zu einem ähnlichen Befund in Bezug auf Gender-kritische Wissenschaftler*innen (Näser-Lather: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies«, S. 117).

41 AfD: »Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament«, beschlossen auf der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg, 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16-_AfD-Europawahlprogramm-2024-_web.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 48.

tiv zu konstruieren – also eine Erzählung von der Missachtung der Interessen der »kleinen Leute«, des »kleinen Mannes auf der Straße« oder »des Volks« –, greifen rechte Akteur*innen auf Vorstellungen zurück wie, dass die Gender Studies im Marxismus beziehungsweise im Kommunismus gründeten⁴² und daher die verfassungsmäßige Ordnung zerstören wollten. Der Begriff der »Lobbygruppen« verweist wiederum auf die Vorstellung von einer jüdischen Machtkonzentration, die mit den Gender Studies eine jüdische Weltherrschaft durchsetzen wollen – ein antisemitisches Motiv also.

Auch die österreichische FPÖ nahm den Diskursstrang der vermeintlichen Einschränkung der Denkfreiheit an Universitäten auf und fordert im Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2024: »Förderung der Meinungsfreiheit – Kampf gegen Zensur.«⁴³ Die Partei beklagt im Programm außerdem, dass die Wissenschaft darunter leide,

»dass sie zunehmend ideologisiert wird. Anstatt eines pluralistischen Klimas der Meinungsvielfalt und der Offenheit der Forschung herrscht an unseren Universitäten ein repressives Klima. Das haben all jene zu spüren bekommen, die während der Corona-Krise impfkritisch waren, aber auch all jene, die nicht ins Weltbild von Wokeness und Gender-Mainstreaming passen.«⁴⁴

Der FPÖ-Bildungssprecher Brückl kritisierte 2024 im Nationalrat die Regierungsparteien, denen er Komplizenschaft mit den politisierten und »unsinnigen« Gender Studies vorwirft:

»Es ist mehr als unverständlich, dass nun die ÖVP die autonomen Universitäten zwingt, sich den linken SDG-Zielen [Sustainable Development Goals, Anmerkung der Autorin] zu unterwerfen und andererseits aber, wenn es darum geht, den unsinnigen Gender-Zwang zu beenden, sich der grünen Argumentation unterwirft, dass das in der Autonomie der Universitäten liegen solle.«⁴⁵

42 Rosenkranz, Barbara: *MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*, Graz: Ares 2008, S. 93

43 FPÖ: »Festung Österreich«, S. 103.

44 FPÖ: »Festung Österreich«, S. 103.

45 FPÖ: »Lehrerbildung. ÖVP-Polaschek kann Bildung einfach nicht!«, 20.3.2024, <https://www.fpoe.at/medien/presse-meldungen/artikel/lehrerbildung-oevp-polaschek-kann-bildung-einfach-nicht>, Zugriff am 15.11.2025.

Auch er nutzt also die Kritik an einem universitären Fach für eine populistisch-antagonistische Rhetorik, nämlich der Zeichnung einer elitären Verschwörung, an der auch die österreichische Regierung beteiligt sei.

Von der Re-Biologisierung zur kulturellen Hegemonie: Warum eignet sich der Angriff auf Gender Studies für eine rechtsautoritäre Strategie?

Auch wenn die innerwissenschaftlichen Angriffe auf Gender Studies und das Beschwören einer durch Dekonstruktion entstandenen Krise der Wissenschaft als »Abwehrreaktion und Abgrenzungsbestrebung alter gegen neue Fächer« oder als »Verteilungskämpfe um Drittmittel« gelesen werden können,⁴⁶ so ist die Bedeutung für autoritär-rechte Hegemonie mindestens ebenso zentral.

Letztendlich stellen autoritär-rechte Akteur*innen die dekonstruktivistische Sicht auf Geschlecht deshalb in Frage, um eindeutige Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität ebenso wie die Vorstellung wieder herzustellen, dass Geschlecht natürlich sei und dass es also genau zwei biologisch distinkte Geschlechter, nämlich Mann und Frau gäbe, die sich wechselseitig (sexuell) begehren.⁴⁷

Im Regierungsprogramm der FPÖ-ÖVP-Regierung in der Steiermark, wo die FPÖ seit März 2025 den Landeshauptmann, also den Ministerpräsidenten stellt, wird zu Gender Studies nichts ausgeführt, allerdings wird die »geschlechterspezifische Gesundheitsversorgung« als förderungswürdig erwähnt.⁴⁸ Die sogenannte Gender-Medizin läuft allerdings Gefahr, die biologische Sicht auf zwei Geschlechter zu verstärken, weil sie darauf besteht, dass Frauen und Männer bei bestimmten Erkrankungen unterschiedliche Symptomatiken aufweisen und daher auch unterschiedliche Behandlungen brauchen. Diese Forschungs- und Behandlungsmethodik legt die autoritäre Rechte als biologischen Beweis von eindeutiger Zweigeschlechtlichkeit aus

46 Näser-Lather: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies«, S. 132, 134.

47 Vgl. auch Henninger u.a.: »Einleitung«, S. 9.

48 FPÖ/ÖVP: »Starke Steiermark. Sichere Zukunft. Arbeitsübereinkommen der FPÖ Steiermark und der Steirischen Volkspartei 2024–2029«, Graz: Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2024, S. 30, 40.

und betont daher die Förderungswürdigkeit der »geschlechtsspezifischen Gesundheitsversorgung«.

Geschlecht eignet sich allerdings neben dieser diskursiven Hervorhebung von heteronormativer Geschlechterbinarität auch besonders gut für rechte »Metapolitik«,⁴⁹ also für den Kampf um kulturelle Hegemonie auf dem Weg zu politischer Macht. Mit der Thematisierung, ja Skandalisierung von Gender und Gender Studies als unwissenschaftlich und irrational will die autoritäre Rechte das Bewusstsein, das Denken und Fühlen der Menschen beeinflussen und in ihrem politisch-strategischen Sinne verändern, also den »common sense« neu ausrichten (daher der häufige Bezug in rechtsautoritären Dokumenten auf den »gesunden Menschenverstand«), um Wählerstimmen zu gewinnen und politische Macht zu erringen.

Geschlecht eignet sich für diese Beeinflussung des »common sense« im weiteren Sinne, also über Fragen von Geschlecht hinausgehend, besonders gut, weil alle Menschen ein Geschlecht haben. Sie fühlen und leben mehrheitlich Zweigeschlechtlichkeit, die seit dem 19. Jahrhundert als natürlich präsentiert wird⁵⁰ und sich seither unhinterfragt in das Wissen und Empfinden, eben den sogenannten Alltagsverstand eingelagert hat. Der Bezug auf allein biologische Begründungen von Geschlecht, den AfD wie auch FPÖ immer wieder ins Feld führen, will an diese im Alltagsverstand der Menschen verankerte Idee einer Natürlichkeit von Geschlecht und der Existenz von genau zwei Geschlechtern anknüpfen. Gender und Gender Studies, die Dekonstruktion von Zweigeschlechtlichkeit, sollen als absurd und dem »normalen« Empfinden widersprechend erscheinen.

Um kulturelle Hegemonie zu erringen, sind emotionale beziehungsweise affektive Mobilisierungsstrategien besonders effektiv. Moralische Paniken beispielsweise verlangen einfache Lösungen. Geschlechterverhältnisse waren in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer hoch emotionalisiert, zum Beispiel in Form der Idee romantischer heterosexueller Liebe. Daher eignet sich Geschlecht für eine emotionalisierte Politisierung und für moralische Paniken besonders gut, wie beispielsweise Angst vor dem Verlust

49 Sellner, Martin: »Solidarität, Metapolitik, Hoffnung«, in: *Sezession*, 24.5.2019, <https://sezession.de/61209/solidaritaet-metapolitik-hoffnung>, Zugriff am 02.05.2025.

50 Hausen, Karin: »Die Polarisierung der ›Geschlechtscharaktere‹. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben«, in: Conze, Werner (Hg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart: Erst Klett 1976, S. 363–392.

von (Geschlechts-)Identität. Gender Studies – so haben autoritär-rechte Akteur*innen richtigerweise erkannt – stellen diese vermeintlich biologischen zweigeschlechtlichen Gewissheiten fundamental in Frage. Geschlecht bildet gewissermaßen einen »Triggerpunkt«, den autoritär-rechte »Polarisierungs-unternehmer« für ihre emotionalisierte Politisierung bedienen.⁵¹

Die gesamte Anti-Gender-Mobilisierung, besonders aber die Angriffe auf das dekonstruktive Konzept Gender und auf Gender Studies wollen also diskursiv eine solche Identitätsverunsicherung herstellen, damit eine moralische Panik provozieren, die über die Geschlechterpanik hinaus einen vermeintlichen Verlust von gesellschaftlicher und politischer Ordnung heraufbeschwört. Autoritär-rechte Akteur*innen können sich dann in dieser Situation als Retter aus der Verunsicherung präsentieren und damit ihre Vorstellungen von traditionellen Geschlechterverhältnissen, freilich auch einer natürlichen Ungleichheit der Geschlechter und daran anschließend sozialer Ungleichheit überhaupt im Alltagsverstand verankern.

Warum Attacken auf Gender Studies? Politische Ziele der autoritären Rechten

Die Gender Studies sind im deutschsprachigen Raum vergleichsweise prekär institutionalisiert, mit wenig Professuren und Ressourcen. Im Sommersemester 2023 hatten 173 Professuren an deutschen Hochschulen eine Voll- oder Teildomination in der Frauen- und/oder Geschlechterforschung.⁵² Warum also greifen rechte Akteur*innen ein so kleines Fach an? Im Folgenden möchte ich den größeren politischen Strategiekontext und die Ziele der autoritären Rechten diskutieren.

Die autoritäre Rechte wendet sich *erstens* ganz ohne Zweifel gegen eine geschlechterpolitische Befreiung, für die sie die Gender Studies (zurecht) verantwortlich macht. Geschlechterforschung entstand in der Tat im Kontext einer »wissenschaftspolitischen Emanzipationsbewegung [...], die sich als eine Demokratisierung von Wissenschaft, verstanden als eine Pluralisierung und Dezentrierung des männlichen (und weißen) wissenschaftlichen Subjekts« be-

51 Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2023, S. 351.

52 Wissenschaftsrat: »Empfehlungen«, S. 39.

griff.⁵³ *Zweitens* ist die Attacke auf Geschlechterforschung ein Stellvertreterkampf: Gender Studies stehen für kritische Wissenschaft insgesamt, die bekämpft werden soll. Denn diese hat sich die Aufgabe gestellt, nicht nur die undemokratischen Ziele der autoritären Rechten in Frage zu stellen, sondern auch den Entstehungskontext der Rechten, den Neoliberalismus, fundamental zu kritisieren und so die Grundlagen der Wahlgewinne der rechtsautoritären Parteien zu beseitigen. *Drittens* eignen sich Angriffe auf Universitäten für eine populistische Strategie des »Wir hier unten« gegen »die da oben«, bedienen diese Attacken doch anti-intellektuelle Ressentiments. Daher verwenden autoritär-rechte Akteur*innen auch stets die englischen Begriffe Gender und Gender Studies, um die sprachliche Unverständlichkeit für die Mehrheit der Menschen hervorzuheben.

Die autoritären Rechten in Deutschland und Österreich, freilich auch an anderen Orten der Welt, verfolgen schließlich *viertens* mit ihrem Kampf gegen das dekonstruktivistische Konzept Gender und gegen Gender Studies ein umfassenderes politisches Projekt – nämlich das Projekt der Entdemokratisierung und Autoritarisierung. Bereits die programmatischen Versprechen auf Eingriffe in universitäre Forschung und Lehre durch ein Verbot der Gender Studies sind undemokratisch und in beiden Ländern verfassungswidrig. Insbesondere kritische Wissenschaft wie die Geschlechterforschung, aber auch Klimaforschung und dekoloniale Studien, stehen deshalb im Zentrum rechtsautoritärer Attacken, weil deren Kritikanspruch dem Projekt der Entdemokratisierung gefährlich werden kann, geben diese Wissenschaftsrichtungen doch Anstöße zum Hinterfragen von vermeintlichen Wahrheiten und Fake News. Das Vertrauen in die Wissenschaft soll durch Angriffe auf kritische Wissenschaft wie Gender Studies untergraben werden, um auf diese Weise Institutionen gesellschaftlicher Selbstaufklärung auszuhöhlen.

Entdemokratisierung geht einher mit Autoritarisierung. Der Verunsicherungsdiskurs, der die rechtsautoritären Narrative gegen Gender wie ein Generalbass begleitet, führt gleichsam notwendig zu Vorschlägen von Versicherheitlichung, Kontrolle und Disziplinierung – konkret zum Verbot eines akademischen Faches. Der autoritäre Charakter der Rechten zeichnet sich durch diese Verknotung von Bedrohung, Kontrollverlust sowie Verunsicherung durch Gender Studies und dem Versprechen von Sicherheit durch Führung, Disziplin, Hierarchie, Unterordnung und Ausgrenzung von Geschlechterforscher*innen und kritischer Wissenschaft aus. Mit diesem

53 Mauer: »Nichts als Wahn«, S. 272.

Framing kann eine kurzfristige – autoritäre – Lösung, ein vermeintlicher Ausweg aus Unsicherheit, vorgeschlagen beziehungsweise Stabilität, zum Beispiel in hierarchischen Geschlechterverhältnissen, etabliert werden.

Derzeit verdichtet sich eine autoritäre Wende, die rechte Akteur*innen mit ihren Angriffen auf Gender Studies vorbereitet haben. Rechte Attacken auf Gender Studies und kritische Wissenschaft werden seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem Krieg in Gaza in Deutschland und Österreich, aber auch in den USA, flankiert und diskursiv unterstützt von autoritären Verböten mit dem Vorwurf des Antisemitismus. Auch wenn bundesdeutsche und österreichische Antisemitismusforscher*innen Judith Butler sowie weitere Vertreter*innen dekonstruktivistischer und dekolonialer Herangehensweisen schon länger mit dem Antisemitismus-Verdikt belegen, wird eine kritisch-offene wissenschaftliche Debatte mit dem Argument, Anti-Antisemitismus sei Staatsräson, und mit einem engen Verständnis von Antisemitismus an bundesdeutschen und österreichischen Universitäten nach dem 7. Oktober noch strikter unterbunden. Wie unterschiedlich die Akteur*innen und ihr Begehren nach Autoritarisierung auch sein mögen, zu befürchten ist, dass die Vorbereitungsdiskurse durch die autoritäre Rechte langfristig entdemokratisierende Früchte tragen.

Literatur

AfD: »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 15.11.2025.

AfD: »Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag«, beschlossen auf dem 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, April 2021, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, Zugriff am 29.01.2025.

AfD: »Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament«, beschlossen auf der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg, 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16-_-AfD-Europawahlprogramm-2024-_-web.pdf, Zugriff am 15.11.2025.

- AfD: »Es ist Zeit für eine andere Politik. Regierungsprogramm für Brandenburg«, verabschiedet auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg Jüterbog 13.04.2024, https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/08/LTW24_RP.pdf, 2024a, Zugriff am 1.12.2024.
- AfD: »Alles für Thüringen! Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024«, https://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/2025/01/wahlprogramm_2024_web-min.pdf, Zugriff am 15.11.2025.
- Barát, Erzsebet: »Paradoxes of the Right-Wing Sexual/Gender Politics in Hungary: Right-Wing Populism and the Ban of Gender Studies«, in: Möser, C., Ramme/Takács, J. (Hg.), *Paradoxical Right-Wing Sexual Politics in Europe. Global Queer Politics*, Palgrave Macmillan: Cham 2022.
- Bauman, Zygmunt: *Retrotopia*, London: Polity 2017.
- Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun/Neuber, Anke: »Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft 6 (2021), S. 108–122.
- Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode: »Antrag: Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen«, 04.07.2023, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007565.pdf>, Zugriff am 15.11.2025.
- FPÖ: »Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024«, Wien: FPÖ 2024, https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/Bund/Dokumente/NRW2024/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf, Zugriff am 15.11.2025.
- FPÖ/ÖVP: »Starke Steiermark. Sichere Zukunft. Arbeitseinkommen der FPÖ Steiermark und der Steirischen Volkspartei 2024–2029«, Graz: Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2024.
- FPÖ: »Lehrerbildung. ÖVP-Polaschek kann Bildung einfach nicht!«, 20.03.2024, <https://www.fpoe.at/medien/pressemeldungen/artikel/lehrerbildung-oevp-polaschek-kann-bildung-einfach-nicht>, Zugriff am 15.11.2025.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript 2015.
- Hausen, Karin: »Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben«, in: Conze, Werner (Hg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart: Ernst Klett 1976, S. 363–392.

- Henninger, Annette u.a.: »Einleitung: Mobilisierungen gegen Feminismus und ›Gender‹. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft Nr. 6 (2021), S. 9–24.
- Holland-Cunz, Barbara: »Affiziert von den aktivistischen Anfängen. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Konstitutionsphase der Gender Studies«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 147–164.
- Johnson, Carolyn Y./Dance, Scott/Achenbach, Joel: »Here are the words putting science in the crosshairs of Trump's orders«, <https://www.washingtonpost.com/science/2025/02/04/national-science-foundation-trump-executive-orders-words/>, Zugriff am 13.11.2025.
- Köhnen, Manfred: »Der Unwissenschaftlichkeitsvorwurf – Zum Alleinvertretungsanspruch eines speziellen Wissenschaftsverständnisses«, in: Frey, Regina u.a., *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung 2014, S. 51–64. https://www.boell.de/sites/default/files/gender_wissenschaftlichkeit_ideologie_2.aufgabe.pdf, Zugriff am 15.11.2025.
- Kostner, Sandra: »Wenn Wissenschaftler eine Agenda verfolgen: wie Macht und Moral an den Hochschulen die Erkenntnis ersetzen«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.01.2020, <https://www.nzz.ch/feuilleton/wissenschaft-wenn-macht-und-moral-die-erkenntnis-ersetzen-ld.1533154>, Zugriff am 14.11.2025.
- Kostner, Sandra (Hg.): *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10, Baden-Baden: Nomos 2022.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*, London: Rowman & Littlefield 2017.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2023.
- Mauer, Heike: »Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen«, in: Kim, Songcheol/Selk, Veith (Hg.), *Wie weiter mit der Populismusforschung?* Baden-Baden: Nomos 2021, S. 271–292.
- Näser-Lather, Marion: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies. Argumentationen, Wirkungen und Kontexte einer ›wissenschafts‹-politischen Debatte«, in: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Anti-Feminismen*.

- »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?, Bielefeld: transcript 2020, S. 105–148.
- Petó, Andrea: »Attack on Freedom of Education in Hungary. The case of gender studies«, in: *HAL Open science* (2018).
- Rosenkranz, Barbara: *MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*, Graz: Ares 2008.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto: *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2023.
- Sellner, Martin: »Solidarität, Metapolitik, Hoffnung«, in: *Sezession*, 24.5.2019, <https://sezession.de/61209/solidaritaet-metapolitik-hoffnung>, Zugriff am 2.5.2025.
- Vukadinović, Vojin Saša: »Antiimperialistischer Egalitarismus«. Akademisch-aktivistischer Beifall für globale Frauenverachtung und Schwulenhatz, in: *L'Amour laLove*, Patsy (Hg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*, Berlin: Querverlag, S. 146–159.
- Vukadinović, Vojin Saša: »Gender Studies. Die Sargnägel des Feminismus?«, in: *Emma*, 40.4 (2017), S. 66–69.
- Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland*, Köln: Wissenschaftsrat 2023, <https://doi.org/10.57674/9z3k-1y81>, Zugriff am 15.11.2025.
- Yourish, Karen u.a.: »These Words Are Disappearing in the New Trump Administration«, <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/07/us/trump-federal-agencies-websites-words-dei.html>, Zugriff am 13.11.2025.
- Zinn, Alexander: »Gefühlte Wahrheiten. Wie LGBT-Aktivismus die Wissenschaftsfreiheit bedroht«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 165–181.

Wissenschaftsfreiheit und autoritärer Anti-Antisemitismus

Peter Ullrich

Eine paradox anmutende Entwicklung vollzieht sich derzeit nicht nur in den USA unter der zweiten Trump-Administration, sondern auch in anderen Ländern, wenngleich dort (noch) auf etwas geringerem Intensitätsniveau: Der Kampf gegen Antisemitismus, beziehungsweise das, was sich als solcher aus gibt, entwickelt sich zu einem autoritären Instrument der Bekämpfung rechtsstaatlicher Grundsätze und liberaler Freiheiten, der Freiheit der Kunst, der Meinungsäußerung, der Versammlung und nicht zuletzt der Wissenschaft. Er wird – hier wie dort – unter anderem genutzt, um Organisator*innen palästinasolidarischer Proteste (und Migrant*innen überhaupt) zu verhaften und abzuschieben oder nicht ins Land zu lassen. Die Proteste selbst (zu einfachen Instanzen von Antisemitismus gemachte palästinasolidarische Demonstrationen und Camps) werden drangsaliert und unterliegen scharfer Repression. Dieser »Kampf gegen den Antisemitismus« führt zu massiven Mittelkürzungen für Bildungseinrichtungen, Kündigungen von Arbeitsverträgen, Veranstaltungsabsagen und geht bis zu Versuchen, selbst der Wissenschaft bestimmte Definitionen (von Antisemitismus) vorzuschreiben, also dem gesellschaftlichen Feld, das eigentlich dafür zuständig ist, Begriffe zu entwickeln und zu verwerfen, zu prüfen oder gegeneinander abzuwägen. Fast alle in diesem Sinne skandalisierten Vorfälle, Meinungen und Äußerungen weisen einen Bezug zu Israel oder dem israelisch-palästinensischen Konflikt auf. Schon deshalb ahnt man, dass es um Antisemitismus im umfassenden Sinne dabei womöglich gar nicht geht.

Paradox mutet diese Situation an, weil der Kampf gegen Antisemitismus weiterhin unhintergebarer Bestandteil einer linken Gesellschaftskritik ist und sein muss. Westliche Gesellschaften sind so tiefgreifend durch ihr (maßgeblich christliches) jüdenfeindliches Erbe geprägt, das zugleich in der extremen Rechten als Hintergrunderzählung für die migrationsfeindliche

Vordergrunderzählung einen neuen Aufschwung erlebt und auch in der Geschichte der politischen Linken Spuren hinterlassen hat. Auch Eskalationen im israelisch-palästinensischen Konflikt gehen immer wieder mit antisemitischen Vorfällen einher. Es *gibt* »israelbezogenen Antisemitismus«¹ oder »Antisemitismus gegen Israel«². Daher kann es der Kritik aktueller Ausprägungen des Anti-Antisemitismus keinesfalls um eine Abkehr von der Kritik des Antisemitismus, auch im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts, gehen. Die hier im Folgenden in Abgrenzung zu einer notwendigen *Kritik des Antisemitismus* zu analysierenden Tendenzen bezeichne ich als *autoritären Anti-Antisemitismus*.

Der autoritäre Anti-Antisemitismus ist eine gesellschaftliche Konstellation, in der eine Rhetorik des Anti-Antisemitismus dazu beiträgt (und die Funktion hat), eine offene Debatte über den Nahostkonflikt zu verhindern und palästinasolidarische oder israelkritische Positionen umfassend zu delegitimieren. Er ist auf der *kognitiven* oder *semantischen Ebene* gekennzeichnet durch eine extrem weitgehende Gleichsetzung von Palästinasolidarität, Israelkritik und Antizionismus einerseits und Antisemitismus andererseits. Das geschieht auf der Ebene der *Handlungsstrategien* durch eine autoritäre Verrechtlichung und Versicherheitlichung der Debatte und wird auf der *Akteursebene* durch eine breite Koalition von Akteuren aus allen gesellschaftlichen Feldern getragen, in der distinkte bis antagonistische ideologische Hintergründe vereint sind. Und er tritt oft in einer bestimmten *Sequenzialität* auf, in der ein Ereignis von meist eher vielfältigem oder widersprüchlichem Charakter zur klaren Instanz von Antisemitismus stilisiert und medial wie politisch heftig skandalisiert wird, um das »Problem« (Veranstaltung, Person etc.) zu beseitigen – durch Maßregelung, Verhinderung oder Ausschluss. Der autoritäre Anti-Antisemitismus ist damit ein Verstärker für Tendenzen der autoritären Formierung, auch weil es ihm gelingt, progressive Milieus in seine Agenda einzubinden. Darüber hinaus dient er in Teilen – auch hier sind die Entwicklungen in den USA nicht exzeptionell, aber besonders deutlich ausgeprägt – als direktes *Instrument*, um eine reaktionäre Agenda durchzusetzen.

1 Haury, Thomas: »Israelbezogener Antisemitismus«, in: Ullrich, Peter u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Bd. 8, Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart, Göttingen: Wallstein, 2024.

2 Holz, Klaus/Haury, Thomas: *Antisemitismus gegen Israel*, Hamburg: Hamburger Edition 2021, Regal; S. 14–17 in der cloud.

Genau aus diesem Grund, und nicht nur, weil Streitigkeiten um bestimmte Definitionen so einen wichtigen Aspekt der Diskussion bilden, steht die Wissenschaft und die Frage der Wissenschaftsfreiheit im Zentrum der Diskussion um Antisemitismus und den Israel-Palästina-Konflikt. So wie das Thema genutzt wird, um die postmigrantische Gesellschaft anzugreifen (dazu unten mehr), dient als Mittel eines reaktionären Kreuzzugs gegen unliebsame Fächer und Wissensbestände ganz besonders die postkoloniale Theorie, aber auch allgemein gegen als links, progressiv oder woke geltende Denktraditionen und (wissens)politische Positionierungen.

Zum Aufbau des Aufsatzes: Ich werde zuerst grundsätzlich in die Problematik der Wissenschaftsfreiheit und ihrer Bedrohungen einführen und dabei für sektoral spezifische Analysen plädieren, wobei sicherlich kaum Zweifel an der Grundtendenz bestehen, dass die Wissenschaftsfreiheit unter Druck steht. Im darauffolgenden Teil entfalte ich das Konzept des autoritären Anti-Antisemitismus systematischer. Daran schließen sich Darstellungen einiger besonders relevanter oder instruktiver Arenen des autoritär anti-antisemitischen Angriffs auf (nicht nur) Wissenschaftsfreiheit an: die Konflikte um Hörsaalbesetzungen an Hochschulen, die Absage wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie (als programmatische Grundlegungen) die Antisemitismus-Resolutionen des Bundestags. Im Fazit frage ich unter anderem nach noch bestehenden Möglichkeiten, sich gegen diese Tendenzen zur Wehr zu setzen und dabei nicht in die Falle zu tappen, auch die Antisemitismuskritik zu verwässern oder aufzugeben.

Umkämpfte und bedrohte Wissenschaftsfreiheit

Artikel 5, Abs. 3 des Grundgesetzes postuliert grundsätzlich und knapp: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei«. Das klingt, wie vieles im Grundgesetz, mehr nach einer kontrafaktischen Behauptung, deren komplexe Realität hinter dem großen Postulat zurückbleibt. Gerungen wird darum, was als geschützte Forschung und Wissenschaft gilt und wer entsprechend Träger*in dieser Freiheiten ist. Die Rechtsprechung und -auslegung schwankt, ob hier eigentlich nur ein »Superprofessor*innengrundrecht« vorliegt oder ob alle systematische, regelgeleitete Erkenntnisproduktion von seiner Schutzwir-

kung erfasst ist.³ Noch schwieriger wird die Frage nach der Weite des Schutzes, die dieses Grundrecht gewährt, wenn man es nicht nur im überkommenen Sinne als Abwehrrecht begreifen will, das staatlichen Ein- und Übergriffen entgegensteht (»Freiheit vor«), sondern es auch als Recht im Sinne von Ermöglichungsbedingungen begreift (»Freiheit zu«). In diesem emanzipatorischeren Rechtsverständnis, das sich nicht nur für formale Freiheiten interessiert, sondern für die *tatsächliche* Freiheit, etwas tun zu können, wäre der Schutzzumfang ungleich größer und daraus ableitbare Maßgaben noch unbestimmter.

Diese Andeutungen zur Unterbestimmtheit des Rechtsbegriffs der Wissenschaftsfreiheit sollen nur verdeutlichen, dass es sich vor allem hinsichtlich seiner Rechtswirklichkeit nie um etwas einfach Gegebenes oder nicht Gegebenes handelt, sondern um etwas dazwischen, etwas inhärent Relationales, Auszuhandelndes, Umkämpftes. Es gibt unterschiedliche Grade an Wissenschaftsfreiheit und dabei sehr spezifische Konstellationen: Freiheitsgrade für die einen müssen für die anderen nicht zwingend bestehen, was schon ein Vergleich der Steuerung verschiedener Disziplinen oder Organisationstypen (Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und andere) zeigt. Anstelle allgemeiner Erzählungen über Aufstieg oder Verfall der Wissenschaftsfreiheit gilt es deshalb meines Erachtens, jeweils konkrete Konstellationen genau in den Blick zu nehmen.

Im gegenwärtigen Diskurs über Wissenschaftsfreiheit, insbesondere aus Perspektive kritischer Wissenschaft, dominiert die pessimistische Sicht, dass Wissenschaftsfreiheit unter Druck steht. Dafür gibt es plausible Argumente. So sind links besetzte Professuren der 1970er und 1980er Jahre verschwunden – rechtzeitig organisierter »Nachwuchs« für kritische Perspektiven, geschweige denn explizit marxistische Positionen: Fehlanzeige. Ganz im Gegenteil scheint die Berufsverbotspraxis aus der Zeit des Kalten Krieges wiederzukehren; selbst deskriptive Konzepte wie »Profitmaximierung« generieren schon den Verdacht auf Verfassungsuntreue und entsprechenden Ausschluss.⁴

3 Dülcke, Dana (Hg.): *Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit Verhältnis von Wissenschaft und Politik*, BdWi-Studienheft 14, Marburg: BdWi-Verlag 2024; Gundling, Lukas C.: »Wider die Demokratisierung der Hochschulen? Zum Hochschul-Urteil von 1973«, in: Dülcke, Dana (Hg.), *Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit Verhältnis von Wissenschaft und Politik*, BdWi-Studienheft 14, Marburg: BdWi-Verlag 2024.

4 Frielinghaus, Jana: »Lisa Poettinger und andere: Die neue Welle gegen Linke«, in: *Neues Deutschland* vom 11.02.2025, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1188897.ber>

Schlimmer für die Wissenschaftsfreiheit *kritischer Wissenschaft* sind wahrscheinlich die grundlegenden Umwälzungen von Hochschule und Forschung in den letzten drei Jahrzehnten. Im Zeichen der Ökonomisierung der »Audit-Universität«⁵ wurden Prozesse in Gang gesetzt, die, so Tilman Reitz, die Phase beendeten, in der »die Form wechselseitiger Kritik vorherrschte«. Stattdessen wurde »das Prinzip organisierter Konkurrenz« zum neuen dominierenden Medium der Wissenschaft und Kritik »tendenziell zum bloßen Mittel für Wettbewerbserfolg herabgestuft«.⁶ Flankiert wurde die Ökonomisierung auf der Ebene miteinander konkurrierender Wissenschaftseinrichtungen durch eine massive Prekarisierung der Beschäftigung, namentlich durch die Aufblähung des Drittmittelsektors und das dauerbeschäftigungsfeindliche Wissenschaftszeitvertragsgesetz (siehe *Kristin Eichhorn, Amrei Bahr und Sebastian Kubon* in diesem Band). So sind weiterhin 90 Prozent der unter 45-jährigen Wissenschaftler*innen befristet beschäftigt.⁷ Der Preis: Armutsrisiko, Verhinderung von Familiengründung, Abhängigkeit, Machtmissbrauch, Stress und schwindende Attraktivität der Wissenschaft als Beschäftigungsfeld.⁸ Die Beschäftigten in der Wissenschaft haben sich an »prekäre Mobilität« gewöhnt, an die »durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse erzwungene beziehungsweise geforderte fast grenzenlose zeitliche und räumliche Verfügbarkeit der akademischen Wissensarbeiter*innen, die sie nomadisch zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen hin- und herspringen lässt, immer bereit, jede Möglichkeit zu ergreifen, ohne Rücksicht auf Bindungen jedweder Art.«⁹ Diese Bedingungen bringen individualistische,

ufsverbote-lisa-poettinger-und-andere-die-neue-welle-gegen-linke.html, Zugriff am 15.11.2025.

- 5 Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011.
- 6 Reitz, Tilman: »Von der Kritik zur Konkurrenz. Die Umstrukturierung wissenschaftlicher Konflikte und ihre Wissensseffekte«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4.2/3 (2016), S. 37–58.
- 7 Konsortium BuWiK (Hg.): *Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase 2025. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*, Bielefeld: wbv Publikation 2025, S. 125.
- 8 Ambrasat, Jens/Lüdtke, Denise/Yankova, Yoanna: *Forschungskulturen und Forschungsqualität im Berliner Forschungsraum. Berlin Science Survey Erhebungswelle 2024*, Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin 2024, <https://doi.org/10.18452/29605>, Zugriff am 15.11.2025.
- 9 Ullrich, Peter/Reitz, Tilman: »Raus aus der prekären Mobilität«, in: *Forum Wissenschaft* 2 (2018), S. 23–24.

selbstunternehmerische Subjektivitäten hervor und machen doch zugleich unselbständig. Einerseits beschränken sie aufgrund unvereinbarer Temporalitäten politisches Engagement und Beteiligung in der universitären Selbstverwaltung¹⁰ und andererseits verhindern sie aufgrund der Beschäftigungsunsicherheit die Bereitschaft zu Kritik. Befristete Beschäftigte äußerten in einer Befragung deutlich häufiger als nicht befristete, dass sie sich mit Kritik zurückhalten, um sich Beschäftigungsperspektiven nicht zu verbauen.¹¹ Prekarität schafft keine guten Bedingungen für Kritik (siehe *Tilman Reitz* in diesem Band).

Ähnlich wichtig für die gegenwärtige Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit wie die geschilderte Ökonomisierung scheinen mir Aspekte einer politischen Rechtsentwicklung in Hochschule und Forschung zu sein.¹² Dazu gehören die Bildung rechter Netzwerke wie des »Netzwerks Wissenschaftsfreiheit« (siehe *Lukas Geisler* in diesem Band), sowie die massiven Angriffe auf bestimmte Disziplinen, namentlich Gender Studies (siehe *Birgit Sauer* in diesem Band), Postkoloniale Studien oder kritische Polizeiforschung, aber auch auf die Wissenschaft generell. Akteure dieser Entwicklung sind also innerhalb und außerhalb des wissenschaftlichen Feldes zu finden, dort insbesondere bei der AfD, die gegen »alles mit Gender« ebenso zu Felde zieht wie gegen Studien zu illegaler Polizeigewalt oder dem Themenfeld Polizei und Rassismus. Sie versucht vor allem über parlamentarische Anfragen zu Stellendenominationen und Forschungsprojekten in diesen Feldern eine Prangerwirkung zu erzielen und legt damit zugleich den Grundstein für eine Erstellung von Feindeslisten. Aber auch der allgemeine Aufschwung von Wissenschaftsfeindlichkeit, beson-

-
- 10 Ullrich, Peter: »Organisierung und Mobilisierung im akademischen Kapitalismus. Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit prekär-mobiler Wissensarbeiter*innen«, in: Miege, Harald A. u.a. (Hg.), *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch* 2020, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2021; Graf, Angela u.a.: »Exit, Voice und Loyalty – (Un-)Möglichkeiten kollektiven Widerspruchs im akademischen Mittelbau in Deutschland«, in: *Leviathan* 48.2 (2020), S. 293–317.
 - 11 Kuhnt, Mathias/Reitz, Tilman/Wöhrle, Patrick: *Arbeiten unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine Evaluation von Befristungsrecht und -realität an deutschen Universitäten*, Dresden 2022, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-805117>, Zugriff am 15.11.2025, S. 82f.
 - 12 Fuchs, Christiane: »Hochschulen als rechtes Kampffeld?«, in: Dülcke, Dana (Hg.), *Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit Verhältnis von Wissenschaft und Politik*, BdWi-Studienheft 14, Marburg: BdWi-Verlag 2024.

ders im Klimadiskurs und sektoral in den sozialen Medien, die gegenwärtig weiterer Contentkontrolle entledigt werden, ist hier spürbar.

Beide hier als maßgeblich herausgestellten Aspekte – die neoliberale Ökonomisierung und die Rechtsentwicklung – finden in Zeiten aufkommenden Rechtsliberalismus und Autoritarismus in Deutschland und weltweit einen guten Nährboden. Die erschreckenden Entwicklungen in den ersten Wochen nach der Amtsübernahme von US-Präsident Donald Trump (massive Budgetkürzungen; Erstellung von Listen mit Wörtern, deren Verwendung von Forschungsförderung ausschließen soll; willkürliche Änderungen von Forschungstexten ohne Einwilligung der Autor*innen; direkte Erpressung missliebiger Hochschulen; Ausschlüsse und Deportationen politisch aktiver Studierender und so weiter) geben einen Vorgeschmack darauf, was angesichts übereinstimmender Tendenzen auch hierzulande droht.

Dennoch sollte auch erwogen werden, ob es *gegenläufige* Tendenzen zu diesem Verfallsnarrativ der Wissenschaftsfreiheit gibt. Hier kommen vor allem zwei Entwicklungen in den Sinn. Zu nennen wäre zum Ersten die weiter fortschreitende Ausdifferenzierung wissenschaftlicher Disziplinen und, dies parallelisierend, wissenschaftlicher Publikationsorgane, deren Anzahl exponentiell zu wachsen scheint.¹³ Diese extreme Ausdifferenzierung und damit entstehende (sub)disziplinäre Komplexität scheinen mir die durchaus beachtliche staatliche Steuerungsfähigkeit durch Mittelvergabe, Festlegung von Ausschreibungsinhalten und andere Hebel zumindest etwas zu begrenzen und Autonomiegewinne mit sich zu bringen. Zum Zweiten scheint die Ökonomisierung der Wissenschaft auch eine gewisse inhaltliche Indifferenz zu befördern. Wenn nur Publikationsoutput, eingeworbene Mittel und ähnliche Kennziffern zählen und eben nicht der Inhalt, also auch nicht die Kritik, kann das System sehr gut politisch kritische Stimmen verkraften, solange sie zu deren Generierung beitragen. Dafür stehen die durchaus gut im Wissenschaftssystem integrierten Stimmen bekannter gesellschaftskritischer und teils sogar offensiv aktivistischer Intellektueller (siehe *Tilman Reitz* in diesem Band).

13 Schmid, Antonia/Ullrich, Peter: »Publish and Perish. Publikationszwänge, selbstunternehmerische Wissenschaftssubjekte und Geschlecht«, in: Heitzer, Enrico/Schultze, Sven (Hg.), *Chimära mensura? Die Human-Animal Studies zwischen Schäferhund-Science-Hoax, kritischer Geschichtswissenschaft und akademischem Trendsurfing*, Berlin: Vergangenheitsverlag 2018.

Das Bestehen solcher quasi-strukturellen Freiräume bedeutet aber im Umkehrschluss keinesfalls, dass nicht massiv und auch äußerst autoritär interveniert und wissenschaftliche Autonomie beschnitten werden kann, wenn es entsprechende administrative Interessen gibt, die vielleicht sogar als »Staatsräson« außerhalb positiven Rechts begründet werden – und das mit zunehmender lapidarer Selbstverständlichkeit.¹⁴ Genau dies haben in der jüngeren Vergangenheit die Entwicklungen im Umgang mit dem Themenfeld Antisemitismus und Nahostkonflikt, insbesondere nach dem terroristischen Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023, mehr als deutlich gemacht. Sie führten zum Skandal der sogenannten Förderaffäre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), aber auch zu weiteren autoritären Angriffen auf die Freiheit von Wissenschaft und Kunst sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Während Deutschland im Academic Freedom Index mit dem Wert von 0,93 (von 1) für das Jahr 2023 insgesamt weit oben rangiert und als »fully free« eingeordnet wird, kommt doch der Bericht von *Scholars at Risk* für das Jahr 2024 nicht umhin, ausgerechnet dieses Themenfeld ausführlich als eines zu behandeln, in dem signifikante Verletzungen der akademischen Freiheiten zu verzeichnen waren. Der Bericht zählt eine Vielzahl konkreter Vorfällen auf, unter anderen die Beendigungen von Arbeitsverhältnissen, die Aberkennung von Preisen, Auftrittsverbote und -verhinderungen, hartes Policing studentischer Proteste und natürlich die schon erwähnte Förderaffäre. Mit dem Academic Freedom Index des Jahres 2025 ist Deutschland schon unter 0,9 und damit zugleich aus der Top-10-Prozent-Gruppe gefallen.¹⁵

14 Nur ein Beispiel solch affirmativen Bezugs aus der Wissenschaft selbst ist dieser lapidare und nicht weiter problematisierte Satz in einem Buch zu Polizei und Antisemitismus: »Die Ächtung und Bekämpfung des Antisemitismus ist in Deutschland Teil der Staatsräson.« (Kopke, Christoph/Salzborn, Samuel (Hg.): *Antisemitismus und Polizei. Das Beispiel Berlin*, Polizei – Geschichte – Gesellschaft, Band 5, Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft 2023, S. 7).

15 *Scholars at Risk*: »Free to Think 2024. Report of the Scholars at Risk's Academic Freedom Monitoring Project«, *Scholars at Risk*, 30.08.2024, <https://www.scholarsatrisk.org/resources/free-to-think-2024/>, Zugriff am 15.11.2025, S. 66ff.; Kinzelbach, Katrin/Lindberg, Staffan I./Lott, Lars/Panaro, Angelo Vito: »Academic Freedom Index 2025 Update«, 2025, https://academic-freedom-index.net/research/Academic_Freedom_Index_Update_2025.pdf, Zugriff am 15.11.2025.

Autoritärer Anti-Antisemitismus

Autoritärer Anti-Antisemitismus¹⁶ ist eine in Deutschland inzwischen weitgehend hegemoniale gesellschaftliche Konstellation, in der sich anti-antisemitischer Argumentationen bedient wird und die durch wesentliche Charakteristika gekennzeichnet ist, die im Folgenden ausgeführt werden.

Erstens: Kennzeichen der *kognitiven* oder *Wissensebene* ist die weitgehende Subsumtion der gesamten Palette von ›pro-palästinensischen‹, ›israelkritischen‹, ›antiisraelischen‹ oder ›antizionistischen‹ usw. Phänomenen unter Antisemitismus. Entsprechend wird versucht, sämtliche der erwähnten Distanz- und Feindschaftsphänomene primär antisemitismustheoretisch zu erklären und antisemitismuskritisch anzugehen, während sie bezüglich ihres realpolitischen Konfliktgehalts systematisch entleert werden.¹⁷ Das ist, wie Stefan Hirschauer richtig bemerkt, ein Kategorienfehler,¹⁸ das heißt ein Ausweichen der Deutungen auf eine nicht oder höchstens teilweise passende Kategorie, und wird mittels extrem weiter und unspezifischer, ›abstrakt-formaler Antisemitismusbegriffe‹¹⁹ argumentativ abgesichert, die sämtliche in dem Kontext beobachtbaren Distanz- und Feindschaftsphänomene *per*

- 16 Eine ähnlich Stoßrichtung der Kritik weisen auch andere Konzepte auf, namentlich »karzerale Wende im Kampf gegen Antisemitismus« (Thompson, Vanessa/Tuzcu, Pinar: »Intervention – »Policing Palestine Solidarity: Moral Urban Panics and Authoritarian Specters in Germany«, in: *Antipode Online* vom 15. Mai 2024, <https://antipodeonline.org/2024/05/15/policing-palestine-solidarity/>, Zugriff am 15.11.2025) und »karzeraler Anti-Antisemitismus« (Attia, Yael u.a.: »Für einen nicht-karzeralen Anti-Antisemitismus. Warum repressive Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus versagen – und welche Strategien besser funktionieren«, in: *the Diasporist* vom 06.03.2025, <https://thediasporist.de/de/fur-einen-nicht-karzeralen-anti-antisemitismus/>, Zugriff am 15.11.2025). Die Darstellung hier deckt also *nicht das gesamte Meinungsspektrum* zu dem Themenfeld ab.
- 17 Ullrich, Peter: »Identität, Differenz oder Affinität: Konzeptualisierungen des Verhältnisses von Antisemitismus und ›Israelkritik‹«, in: *Peripherie. Politik. Ökonomie. Kultur* 44.174/175 (2024), S. 204–13; Haury: »Israelbezogener Antisemitismus«.
- 18 Hirschauer, Stefan: »Wer definiert, was Antisemitismus ist?«, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 79.909 (2025), S. 47–57, hier: S. 49; ausführlich dazu Lintl, Peter/Ullrich, Peter: »Der Nahostkonflikt: Realkonflikt und Antisemitismus«, in: Ullrich, Peter u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein, 2024.
- 19 Ullrich, Peter: »Mit und ohne Juden – zwei Familien von Antisemitismusbegriffen«, in: Ullrich, Peter u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein 2024; Ullrich, Peter: »Probleme der Begriffsbildung und

definitionem zu Antisemitismus machen, aber den Realkonflikt und namentlich israelisch-zionistische Beiträge zu diesem als Quelle von Feindschaft negieren.

Zweitens: Die *Akteursebene* wird durch eine breite gesellschaftliche Koalition geprägt. Sie umfasst relevante Teile der Medien (wobei insbesondere konservativen Medien, namentlich der Springer-Presse, eine herausragende Bedeutung zukommt), der Politik,²⁰ der Zivilgesellschaft und der Behörden, teils sogar Unternehmen. Dabei sind, neben verschiedenen womöglich opportunistisch oder schlicht unreflektiert sich Beteiligten, mindestens zwei distinkte Motive und entsprechende diskursive Genealogien für diese Ausrichtung auszumachen. Das eine Motiv ist eine Haltung, die eine durchaus genuine Sorge um jüdische Menschen und eine hohe Aufmerksamkeit für Antisemitismus mit radikalen Universalisierungen der »Lehren aus der deutschen Geschichte« verbindet. Sie versteht sich selbst als antifaschistische Konsequenz aus dem Holocaust, entdeckt aber Faschismus in der Gegenwart konsequent im (pro-)palästinensischen Diskurs. Letztlich vermag diese Position zwischen dem nationalsozialistischen Judenboykott und dem Boykott Israels als Besatzungsmacht bestenfalls graduelle Unterschiede wahrzunehmen.²¹ Man findet sie gerade auch in der Zivilgesellschaft, ganz besonders häufig in der »anti-deutschen«, »israelsolidarischen« beziehungsweise »ideologiekritischen« Linken.

Die zweite Quelle ist ein genuin konservativer und rechter Diskurs, den die AfD seit Jahren propagiert und der sich mit weiten Teilen des liberalen und konservativen Mainstreams überschneidet. Hier verbindet sich eine Instrumentalisierung des Topos des »christlich-jüdischen Erbes« oder gar »Abendlands« mit antimuslimischen und notdürftig als antiextremistisch drapierten antilinken Ressentiments mit einer Staatsräson-Position, die bis

Definition von Antisemitismus«, in: Ullrich, Peter u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein 2024, S. 232ff.

20 Die Analyse des Abstimmungsverhaltens bei entsprechenden Bundestagsbeschlüssen offenbart eine sehr große Koalition, zu der nur große Teile der Linksfraction, der kurzzeitig bestehenden BSW-Gruppe und vereinzelte Abgeordnete von SPD und Grünen nicht gehören.

21 Ullrich, Peter: »BDS today is no different from the SA in 1933«. Juridification, Securitisation, and »Antifa«-isation of the contemporary German discourse on antisemitism«, in: Feldman, David/Volovici, Marc (Hg.), *Antisemitism, Islamophobia, and the Politics of Definition*, Palgrave Critical Studies of Antisemitism and Racism, Cham: Palgrave Macmillan 2023.

zu den Bemühungen um ›Wiedergutmachung‹ der Adenauer-Zeit zurückreicht und die instrumentell für die nationale Entlastung vom Holocaust, ganz besonders durch Externalisierung des Antisemitismus, ist.²²

Die einseitige Parteinahme beider aktuell zusammenkommenden Stränge zugunsten Israels und seiner jeweiligen Politik kann anscheinend durch keine noch so offen faschistische Haltung und Praxis der israelischen Exekutive ins Wanken gebracht werden. Dass beide bei der Identifikation der muslimischen, linken, »woken«, postkolonialen, (pro-)palästinensischen Gegner*innen einig sind, kaschiert sonstige Gegensätze zwischen diesen Lagern und ermöglicht entsprechende Querfronten. Der autoritäre Anti-Antisemitismus ermöglicht damit die Inklusion ansonsten eher liberaler oder progressiver Kräfte in ein autoritäres Projekt.

Drittens: Auf der Ebene der *Handlungsrepertoires* und *Regulationsstrategien* sind insbesondere die Verrechtlichung und Versicherheitlichung des Diskurses über den Israel-Palästina-Konflikt zu konstatieren.²³ Mittels administrativ und autoritär hergestellter Vereindeutigungen wird den ethischen und analytischen Ambivalenzen und Widersprüchen in diesem »multipel verletzten Raum«²⁴ beizukommen gesucht. Konkret erfolgt dies durch die staatliche Durchsetzung bestimmter Antisemitismusverständnisse, den restriktiven Umgang mit Protesten, die Ausweitung der geheimdienstlichen Beobachtung des Themas, über Fördermittelzuwendungen, rechtlich nicht maßgebliche, aber gleichwohl beträchtliche informelle Bindekraft erzielende einseitige Bundestagsresolutionen, Verschärfungen im Staatsbürgerschafts- und Einbürgerungsrecht und die Kriminalisierung von Symbolen und Slogans. So wird dieses ethisch-politisch komplexe Themenfeld in ein Ordnungsproblem

22 Tzuberi, Hannah: »Reforesting« Jews. The German State and the Construction of ›New German Judaism‹, in: *Jewish Studies Quarterly* 27, Nr. 3 (2020), S. 1–26; Tzuberi, Hannah/Piberger, Patricia: »Sprechen im Bildraum der Vergangenheit. Die ›jüdische Stimme‹ in Debatten über Antisemitismusdefinitionen«, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 31 (2022), S. 251–264; Marwecki, Daniel: *Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson*, Göttingen: Wallstein 2024; Bodemann, Y. Michal (Hg.): *Die erfundene Gemeinschaft. Erinnerungspolitik, Staat und Judentum in Deutschland*, Berlin: Verbrecher 2025).

23 Ullrich: »BDS today is no different from the SA in 1933«. Juridification, Securitisation, and ›Antifa‹-isation of the contemporary German discourse on antisemitism«.

24 Foroutan, Naika: »Pro-Palästina-Proteste in Berlin: Wer, wenn nicht Studierende – wo, wenn nicht an Universitäten?«, in: *Der Tagesspiegel Online* vom 14.05.2025, <https://www.w.tagesspiegel.de/wissen/pro-palastina-proteste-in-berlin-wer-wenn-nicht-studierende--wo-wenn-nicht-an-universitaeten-11644694.html>, Zugriff am 21.02.2025.

transformiert und entsprechender administrativer Abfertigung zugeführt. Diese Verrechtlichung und Versicherheitlichung wird immer deutlicher von einer regelrechten moralischen Panik (*moral panic*) unterstrichen,²⁵ in der Palästinenser*innen und ihre Unterstützer*innen als die die moralische Ordnung der Gesellschaft bedrohenden *folk devils* erscheinen.

Viertens: Es sei auch noch auf eine spezifische *Sequenzialität* vieler Fälle von autoritärem Anti-Antisemitismus hingewiesen. Sie folgt weitgehend einem Muster, das »typisch ist für antisemitische Skandale«.²⁶ Innerhalb dieses Musters wird ein Ereignis zum antisemitischen *Vorfall*, der als Antisemitismusvorwurf medial angeprangert wird. Dem folgen politische Distanzierungen mitsamt Forderungen nach resoluten Konsequenzen. Soziale Medien wirken als Verstärker der Verbreitung und der Schärfe dieser Deutungen. Vonseiten der Kritisierten wird der erhobene Vorwurf üblicherweise zurückgewiesen. Statt realer Vermittlung über eine intersubjektive Klärung der Sachverhalte und ihrer inneren Widersprüche, werden die Skandale in den »allermeisten Fällen mit einem Reinigungsritual abgeschlossen [...], das einen Rücktritt (wie bei der Findungskommission zur documenta 2027) oder eine öffentliche Buße (wie im Fall der HU-Präsidentin Geraldine Rauch) einschließt«.²⁷

Damit sind vier zentrale Dimensionen des autoritären Anti-Antisemitismus benannt: die Subsumtion unterschiedlichster Phänomene unter den Begriff des Antisemitismus, die breite gesellschaftliche Koalition, die Verrechtlichung und Versicherheitlichung des Themas und schließlich das Ablaufschema der Skandalisierung. Es sei aber darauf hingewiesen, dass nichts an dieser Konstellation gänzlich neu ist. Der deutsche Diskurs zu den relevanten Themen ist – gerade nach dem Holocaust – grundsätzlich extrem partikularistisch erinnerungspolitisch überformt.²⁸ Insbesondere in der »Berliner Republik« genannten Ära etablierten sich mit dem Staatsprojekt des Kampfes ge-

25 Thompson/Tuzcu: »Intervention – »Policing Palestine Solidarity«; Porta, Donatella della: »Moral Panic and Repression. The Contentious Politics of Anti-Semitism in Germany«, in: *Partecipazione e Conflitto* 17.2 (2024), S. 276–349; zum Konzept selbst Cohen, Stanley: *Folk Devils and Moral Panics. The creation of the Mods and Rockers*, London: Routledge, 2011.

26 Benz, Wolfgang: *Was ist Antisemitismus?*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung/ München: C.H. Beck, 2004, S. 11.

27 Weyand, Jan: »Soziologie des Antisemitismus«, in: *Soziologie* 54.2 (2025), S. 192–197.

28 Ullrich, Peter: »Antisemitismus, Shoah und »deutsche Verantwortung« (Nach)Wirkungen des Nationalsozialismus im medialen Nahostdiskurs«, in: *Standpunkte international* 18 (2010), https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/St

gen Antisemitismus und für jüdisches Leben die ideologischen Voraussetzungen²⁹ für einen Anti-Antisemitismus, der immer deutlicher autoritäre Züge annahm. Als Meilensteine in diesem Prozess vor dem 7. Oktober 2023 sind unter anderem zu nennen: die Verabschiedung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus durch die International Holocaust Remembrance Alliance und ihre zunehmende Durchsetzung ab 2016; der Beginn der geheimdienstlichen Überwachung der Bewegung »Boycott, Divestment and Sanctions« (BDS) ab circa 2017; die Annahme der ersten kommunalen Beschlüsse gegen die BDS-Bewegung, die zu einer Vielzahl an Veranstaltungsabsagen oder -verschiebungen führte (unter anderem in München 2017); insbesondere die Bundestagsresolution »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen« (Drucksache 19/10191) aus dem Jahr 2019 sowie die mehrjährige Verbotsspraxis in Bezug auf Nakba-Demonstrationen in Berlin.³⁰

Vor den Ereignissen um den 7. Oktober 2023 stand eindeutig BDS im Zentrum einer damals noch etwas kleineren *moral panic*. Die massive Zunahme der auftretenden Konfliktfälle und Skandale sowie die immense Verdichtung der Regulierung dieses Konfliktfeldes, die seit den Ereignissen um den 7. Oktober 2023 zu beobachten sind, können nicht mehr nur als rein quantitative Ausweitung betrachtet werden. Sie führten zu einer tiefen Verankerung des autoritären Anti-Antisemitismus in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern.

Autoritärer Anti-Antisemitismus in Aktion: Aspekte des Angriffs auf die Wissenschaftsfreiheit

Zur empirischen Verdeutlichung der beschriebenen Struktur und ihrer Auswirkungen im Feld der Wissenschaft und auf die Wissenschaftsfreiheit seien hier einige zentrale Schauplätze erläutert, insbesondere der Umgang mit palästinasolidarischen Protestaktionen und Veranstaltungen, die sich kritisch

andpunkte_international/Standpunkte_Int_18-2010.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 1–6; Marwecki, *Absolution?*

29 Bodemann, Y. Michal: *Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung*, mit Geis, Jael, Berlin: Rotbuch 1996; Tzuberi: »Reforesting Jews«; Tzuberi/Piberger: »Sprechen im Bildraum«; Bodemann: *Die erfundene Gemeinschaft*.

30 Arzt, Clemens/Bosch, Alexander: »Pro-Palästina Demos nicht erlaubt? Ethnographische und rechtliche Anmerkungen«. in: *Cilip/Bürgerrechte und Polizei* 133 (2023), <https://www.cilip.de/2023/11/02/pro-palaestina-demos-nicht-erlaubt-ethnographische-und-rechtliche-anmerkungen/>, Zugriff am 15.11.2025.

mit Gaza befassen, an deutschen Hochschulen sowie die Bundestagsresolutionen gegen Antisemitismus.

Durch verschiedene Proteste und vor allem die Hörsaalbesetzungen durch palästinasolidarische studentische Gruppen gerieten die Hochschulen ins Zentrum der Debatte.³¹ Vorgänge an Hochschulen wurden dadurch zum wesentlichen Schauplatz des Nahost- und Antisemitismusstreits. Auch wenn sich die einzelnen Proteste in ihrem Charakter und Verlauf unterscheiden, durchzieht die Berichterstattung ein Muster, das die kognitive Dimension des autoritären Anti-Antisemitismus klar repräsentiert. Weite Teile sind geprägt durch mehr richtende als berichtende Artikel, über »Judenhasser« (Welt), »Judenhasser-Mobs« (BILD), die »antisemitisch motiviert« (Tagespiegel) sind. Darlegungen der eigenen (gänzlich anderslautenden) Ziele der Protestierenden hingegen gibt es recht wenig. Die Diffamierungsschwelle lag so niedrig, dass Dozent*innen, die sich in einem Offenen Brief gegen die gewaltvolle polizeiliche Räumung des ersten palästinasolidarischen Protestcamps an der Freien Universität (FU) Berlin wandten und einen anderen – hochschulangemessenen – Umgang mit dem Konflikt forderten (ohne sich mit den Zielen des Protestes gemein zu machen), in den Fokus gerieten. Als mutmaßliche Unterstützer*innen der wie geschildert skandalisierten Proteste wurden sie in den Springer-Medien als »UniversITÄTER« präsentiert. Die Auswahl derjenigen Personen, die nicht nur aufgelistet wurden (die Springer-Medien veröffentlichten die Namen *aller* Unterzeichner*innen), sondern auch steckbriefartig mit Fotoporträt abgebildet wurden, macht deutlich, wie sich themenspezifische mit allgemeinen Angriffen verbinden. Ein großer Teil der Abgebildeten steht prototypisch für die rechten Feindbilder: Migrant*innen, Vertreter*innen von Gender Studies und Postkolonialismus, sowie aus der Liste der Unterzeichnenden scheinbar willkürlich herausgesuchte Personen, die weder einen stärkeren inhaltlichen Bezug noch eine Rolle in der Organisation des Offenen Briefes hatten, was so aufgefasst werden kann (und den

31 Zum Überblick über die Campusproteste in Berlin, die gegen sie eingesetzten repressiven und subtil-kontrollgesellschaftlichen Methoden und zur Einordnung dieser Proteste in den Kontext bedrohter Wissenschaftsfreiheit vgl. Mauthofer, Lilian/Grimm, Jannis Julien: »Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Palästina-Solidarität: Deutsche Hochschulen als umkämpfte Räume«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 38.1 (2025), S. 150–68; Ullrich, Peter: »Hochschulproteste zum Gaza-Krieg, autoritärer Anti-Antisemitismus und das Ende der Kritik«, in: Hawel, Marcus/Kalrmring, Stefan/Schlosser, Nina (Hg.), *Wozu noch kritische Wissenschaft*, Bd. 15. Work in Progress. Work on Progress, Hamburg: VSA 2025.

Unterzeichner*innen signalisierte), dass sich *potenziell alle* im Fadenkreuz sehen müssen.

Die FU-Besetzung war einerseits der Präzedenzfall für den sich später andernorts wiederholenden repressiven Umgang mit palästinasolidarischen Hörsaalbesetzungen unter massivem medialen wie politischen Druck, der auch weiterhin dafür sorgt, dass tief in die Hochschulautonomie eingegriffen wird. Andererseits war sie der Ausgangspunkt der Fördermittellaffäre, in deren Rahmen das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der FDP-Ministerin Bettina Stark-Watzinger rechtswidrig die straf- und förderrechtliche Sanktionierung der Unterzeichner*innen des oben erwähnten Offenen Briefes prüfte. Auch im Kontext anderer Berliner Hochschulbesetzungen kam es zur Drohung mit Mittelkürzungen für ganze Hochschulen,³² was angesichts ohnehin anstehender massiver Einsparungen im Bereich Bildung und Kultur in Berlin ein vermutlich recht scharfes Schwert darstellt. Wie massiv die Repression gegen individuelle Teilnehmer*innen der Proteste sein kann, verdeutlichte eine Zuspitzung im April 2025: Das Land Berlin hat vier Aktivist*innen, die wohl an einer kurzen militanten Besetzung des Präsidiums der FU Berlin beteiligt waren, ausweisen lassen – sogar gegen massive rechtliche Einwände seitens der Verwaltung und gestoppt schließlich vorerst nur durch gerichtliche Intervention. In drei der vier Ausweisungsbegründungen wurde nach Informationen des Rechtsbeistands der Betroffenen zur Legitimation die pro-israelische »Staatsräson« bemüht, eine rechtlich eigentlich völlig nichtige, aber gleichwohl extralegal hoch wirksame Konstruktion aus dem Handbuch des Autoritarismus. Drei der ausgewiesenen sind zudem EU-Bürger*innen, die eigentlich Freizügigkeit genießen, die nur in absoluten Ausnahmefällen eingeschränkt werden kann. Sie alle haben ihren Lebensmittelpunkt und ihre Partner*innenschaften in Deutschland.

Die hier wirksame politische Entschlossenheit, inklusive der Bereitschaft, die Grenzen des Rechts zu überdehnen oder zu übertreten, verdeutlicht auch ein anderer Fall – die Besetzung der Alice-Salomon-Hochschule (ASH) in Berlin. Bei dieser Besetzung handelt sich eigentlich um einen »gut« verlaufenen Fall, in dem die Hochschulleitung vieles richtig gemacht hat und mit Interventionen und Begleitung in der gesamten Breite (Raum geben und begrenzen, bestimmte Parolen entfernen, Grenzüberschreitungen dokumentieren und teils zur Anzeige bringen, Gespräche und Veranstaltungen durchführen) den

32 Ullrich: »Hochschulproteste zum Gaza-Krieg«.

Konflikt in eine Prozessualität überführte, die ihn potenziell im hochschulischen Rahmen bearbeitbar machte. Dennoch (oder gerade deshalb) gab es die typischen Angriffe, die von medialer Hetze bis hin zu deutlich artikuliertem politischen Druck reichten (massive Polizeipräsenz gegen den Wunsch der Hochschulpräsidentin, Drohung mit Disziplinarmaßnahmen und, wie oben schon erwähnt, mit Mittelkürzungen). Der zentrale Effekt für derart in den Blick geratene Studierende und Wissenschaftler*innen: Verbreitung von Unsicherheit und Angst.

Manche Besetzungen, auch die an der ASH, waren durchaus durch martialische Gesten, radikale antizionistische Parolen und teilweise durch Zerstörungen von Eigentum gekennzeichnet (unter anderem ein historischer Hörsaal an der Humboldt-Universität), was einen Teil der Härte erklären mag, die ihnen entgegenschlug. Doch die autoritären Reaktionen beschränken sich keineswegs auf Fälle militanter Eskalation. Auch genuin akademische Formate unterliegen derartiger Einflussnahme. Die Liste der Absagen und Verbote für Veranstaltungen ist mittlerweile lang. Auch hier soll ein besonders drastischer Fall das Grundmuster verdeutlichen. Zwei Mal innerhalb weniger Tage wurde Anfang 2025 die UN-Sonderberichterstatteerin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, an deutschen Hochschulen eingeladen. Zunächst hatte die Ludwig-Maximilians-Universität München eine geplante Diskussionsveranstaltung mit ihr abgesagt. Als Gründe wurden Sicherheitsbedenken und ein drohender »Meinungskampf« genannt, wahrscheinlich auch, weil die Veranstaltenden, die »Decolonial Practices Group«, als zu politisch und zu wenig wissenschaftlich galt. An der FU Berlin wollte eine Gruppe von Professor*innen diese Flanke absichern. Auch sie wollten mit Francesca Albanese diskutieren – langfristig vorbereitet, in klar professoral-wissenschaftlichem Setting und in Absprache mit der Hochschulleitung. Neben Albanese, die nicht nur international bekannte Anwältin der Rechte der Palästinenser*innen ist, sondern selbst promovierte Juristin und Expertin für Völkerrecht, sollte Eyal Weizman sprechen, Architekt und Leiter der Rechercheagentur »Forensic Architecture«. Doch Volker Beck, der Vorsitzende der »Deutsch-Israelischen Gesellschaft«, die konservative »Werteinitiative« und der israelische Botschafter Ron Prosor griffen die Veranstaltung an. Letzterer fragte Presseberichten zufolge den Präsidenten der FU in einer E-Mail: »Ist die Freie Universität ein Trainingscamp für Hamas-Anhänger?«³³ Das griffen Kampa-

33 Heine, Hannes: »Eine Schande, spricht Albanese dort«: Israels Botschafter schreibt an Berlins FU-Präsidenten wegen Vortrags von UN-Politikerin«, in: *Der Tagesspiegel Online*

nenjournalist*innen von Springer bis Tagesspiegel auf. Und wie bei jedem Konflikt dieser Art in den letzten Monaten wurde diese Linie von den höchsten Stellen der Berliner Landespolitik unterstützt: Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und die Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) griffen – am Ende erfolgreich – sowohl die Veranstaltung als auch die geplante Rednerin massiv an und übten so immensen politischen Druck auf die FU aus, vor dem das Präsidium eingeknickte. Der an Holzschnittartigkeit kaum zu übertreffende Vorwurf dieser Koalition lautete wie üblich: Antisemitismus und Unterstützung der Hamas.

Was hier beispielhaft in seinem praktischen Vollzug erläutert wurde, findet seine programmatische Grundierung besonders prägnant und besonders prägend in zwei Resolutionen des Deutschen Bundestages. Spätestens mit dem Beschluss »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen« scheint sich das Instrument der Bundestagsresolution als zentral für den staatlichen Umgang mit dem Thema etabliert zu haben. Resolutionen dieser Art sind Meinungskundgaben des Parlaments und insofern nicht rechtsverbindlich (und nur für die jeweilige Legislatur gültig).³⁴ Zugleich gehören sie zum wachsenden Korpus an themenfeldbezogenen »Quasi-Gesetzen«,³⁵ die informelle Wirkungen und Bindekraft entfalten. Das liegt an der herausgehobenen Stellung des Bundestages als gesetzgebender Körperschaft und in dem Isomorphismus, der von solchen Beschlüssen ausgeht. Die Problembeschreibungen und -deutungen sowie die Regulierungsansätze gleichen sich stark und dienen als Blaupausen für ähnliche Anstrengungen auf anderen Ebenen. Zu den inzwischen wohl etablierten Phrasen dieser Textsorte gehört das Bekenntnis zu Israels Sicherheit als Teil der deutschen Staatsräson und die Verteidigung israelischer Kriegshandlungen (und damit auch der eklatanten Kriegsverbrechen) als legitime Selbstverteidigung.

Der 20. Deutsche Bundestag hat in Reaktion auf die Zuspitzungen des Konflikts in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023 zwei Resolutionen verabschiedet, eine grundsätzliche (»Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben

vom 11.02.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/eine-schande-wenn-albanese-dort-spricht-israels-botschafter-schreibt-an-berliner-fu-prasidenten-wegen-vortrags-von-un-politikerin-13182232.html>, Zugriff am 15.11.2025.

34 Nur sich selbst kann der Bundestag mit Entschlüssen etwas auferlegen.

35 Gould, Rebecca Ruth: »Legal Form and Legal Legitimacy: The IHRA Definition of Antisemitism as a Case Study in Censored Speech«, in: *Law, Culture and the Humanities* 18.01 (2018), S. 153–186.

in Deutschland schützen, bewahren und stärken«, Drucksache 20/13627, beschlossen am 7. November 2024) und eine speziell für das Feld Bildung an Schulen und Hochschulen (»Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegnetreten sowie den freien Diskursraum sichern«, Drucksache 20/14703, beschlossen am 29. Januar 2025) – auch wenn beide Resolutionen den Wissenschaftskontext thematisieren. Beide konstatieren einen massiven Anstieg des antisemitischer Vorfälle und eine entsprechende Bedrohungslage für Jüdinnen*Juden und entwickeln davon ausgehend Vorschläge ganz im Sinne des autoritären Anti-Antisemitismus. Palästinasolidarische Proteste erscheinen in der Deutung als Antisemitismus »unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung« (Drucksache 20/14703, S. 2). Antisemitismus wird dabei vor allem bei muslimischen Migrant*innen (»in erschreckendem Ausmaß«, Drucksache 20/13627, S. 2) verortet und damit externalisiert. Entsprechend wird das Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht als wesentlicher Hebel bei der Bekämpfung des Antisemitismus ausgemacht.

Die Resolution hat viel Kritik erfahren,³⁶ unter anderem für ihre isolierte Behandlung des Themas Antisemitismus außerhalb der vielfältigen Bezüge zu anderen Konfliktthemen wie Rassismus und Nahostkonflikt; die Verengung der – an sich berechtigten – Forderungen nach Vertiefung von Forschung und Lehre auf Antisemitismus und jüdisch-israelische Geschichte, während Palästina, die Palästinenser*innen, die Konfliktregion und der Nahostkonflikt nicht genannt werden; die Befeuerung eines Sicherheitsdiskurses durch Forderung nach harter Rechtsdurchsetzung, der die Hochschule als pädagogischen Raum bedroht und pädagogischer Problembearbeitung zuwiderläuft; Eingriffe in die subjektive Wissenschaftsfreiheit, durch »chilling effects«; die alleinige Ausrichtung auf die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus.

36 Vgl. v.a. Jensen, Uffa: »Stellungnahme zum geplanten Bundestagsantrag ›Antisemitismus und Israelfeindschaft an Schulen und Hochschulen entschieden entgegnetreten sowie den freien Diskursraum sichern‹ (F98-24, in der Version erhalten am 5.11.2024)«, 2024, <https://etosmedia.de/wp-content/uploads/2024/11/Stellungnahme-Hochschulresolution.pdf>, Zugriff am 15.11.2025; Allianz für Kritische und solidarische Wissenschaft: »Stellungnahme zum geplanten Bundestagsantrag ›Antisemitismus und Israelfeindschaft an Schulen und Hochschulen entschieden entgegnetreten sowie den freien Diskursraum sichern‹ (F98-24, in der Version erhalten am 05.11.2024)«, 2025, https://krisol-wissenschaft.org/wp-content/uploads/2025/01/KriSol_Stellungnahme-Bundestagsresolution_07.01.25.pdf, Zugriff am 15.11.2025.

Beide Resolutionen sind geradezu prototypische Ausdrücke des autoritären Anti-Antisemitismus: Auf der Basis reduktionistischer bis falscher Antisemitismusdiagnosen für heterogene Phänomene von Israelfeindlichkeit und unter dem Phantasma einer drohenden »antisemitischen Deutungshoheit über den Nahost-Konflikt« (Drucksache 20/14703, S. 2) werden unter Bezug auf hehre Motive (»Nie wieder«) härteste Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen gegen die ausgemachten Problemakteure gefordert und jegliche Ambivalenz oder Komplexität des Konfliktfeldes beiseite gewischt. Das gipfelt im erneuten Abarbeiten beider Resolutionen am Fetisch des autoritären Anti-Antisemitismus, der in Deutschland weitgehend marginalen BDS-Bewegung,³⁷ »sowie ähnlich gesinnte[r] Bewegungen«, die »in deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen keinen Platz« (Drucksache 20/14703, S. 6) haben oder gleich durch ein Betätigungs- oder Organisationsverbot kriminalisiert werden sollen (Drucksache 20/13627, S. 3).

Die Widersprüche dieser jede Komplexität und Widersprüchlichkeit neigenden Staatsräson-Moral sind inzwischen so evident, dass auch – oder gerade? – (fachlich) gar nicht so einschlägige Beobachter*innen des Diskurses, wie der Soziologe und Geschlechterforscher Hirschauer, zu prägnanten Analysen dieser Entwicklungen und ihrer Ursachen kommen, die am besten ohne Re-Formulierung wiederzugeben sind:

»Unser Land ist auf die Frage fixiert, wie es in Sachen Israel moralisch vor sich selbst und den Nachkommen seiner Opfer dasteht. Wir sind daher angesichts der irreversiblen Verbrechen gegenüber jüdischen Menschen einerseits angemessen aufmerksam für Antisemitismus, andererseits geradezu unfähig zu einem der aktuellen Politik Israels auch nur halbwegs angemessenen Zorn – wie er auf Pro-Palästina-Demonstrationen artikuliert wird. Deswegen hat der Bundestag in großer Einigkeit eine politische Moral installiert, die diesen Zorn tabuisiert. Die Resolution gibt den Begriff Antisemitismus als eine undifferenzierte Diffamierungsvokabel gegen Personen frei, die sich in einer unerwünschten verbalen Schärfe oder unerwünschten affektiven Lautstärke gegen die unerträgliche Politik Israels im Nahen Osten wenden. Diese staatlich verordnete Moral ist international nicht mehr vermittelbar. Sie ist provinziell geworden.«³⁸

37 Brumlik, Micha: »Unter BDS-Verdacht. Der neue McCarthyismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8 (2019), S. 13–16; Ullrich: »BDS today is no different from the SA in 1933«.

38 Hirschauer: »Wer definiert, was Antisemitismus ist?«.

Für einen feldgemäßen Umgang

Der autoritäre Anti-Antisemitismus zeitigt vielseitige Effekte. Diese umfassen konkrete Benachteiligungen von Hochschulangehörigen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die ins Visier geraten und Finanzmittel, Arbeitsverträge oder gar den Aufenthaltstitel verlieren. Er verändert auch die Praktiken im wissenschaftlichen Feld, wo Backgroundchecks, unter anderem von Social-Media-Verhalten, vor Einladungen normal werden, während *moral panic entrepreneurs* dort systematisch nach Skandalisierungsgeeignetem suchen. Immer mehr zieht damit eine spezifische, themenbezogene Angst in das Feld der Wissenschaft ein. Man spürt sie in floskelhaftem Reden ebenso wie in Rückzügen aus der öffentlichen Debatte, manchmal im verzweifelten, wenngleich zum Scheitern verurteilten Bemühen um Ausgewogenheit, grundsätzlich im gegenseitigen Misstrauen und in der Spaltung zwischen privat und öffentlich Artikuliertem, im durch die sozialen Medien verstärkten Dauerskandalisieren und im fehlenden Austragen eines produktiven Streits zwischen differenten Positionen.

Schon vor Jahren hat Micha Brumlik die Diskussion um BDS mitsamt ihrer disziplinarischen und subtil-kontrollgesellschaftlichen Drohungen an den McCarthyismus, die US-Kommunistenhatz der 1950er Jahre, erinnert.³⁹ Das Wirken des autoritären Anti-Antisemitismus in der Gegenwart entspricht diesem noch viel deutlicher. Der Dauermodus des Antisemitismusskandals senkt die Schwellen dessen, was noch akzeptabel oder zumindest diskussionswürdig erscheint, kontinuierlich herab. Debatten werden so ganz praktisch unmöglich gemacht, und dabei sind gerade sie so wichtig bei diesem Thema und seiner faktischen Komplexität. Denn diese Komplexität erfordert zuerst die eigentlich fast banale Anerkennung, dass der Konflikt religiöse, kulturelle, ökonomische, politische, koloniale, nationalistische, rassistische, antisemitische und viele weitere Dimensionen hat. Diese sind nicht mit einfachen Gut/Böse-Unterscheidungen zu erfassen und ebenso wenig mit der Leitunterscheidung antisemitisch/nicht antisemitisch.

Der andauernde Versuch, Positionen *mit deutlicher Kritik am Handeln der israelischen Regierung* in diesem Konflikt *und seinen historischen und ideologischen Hintergründen* auf Antisemitismus zu reduzieren, führt dazu, dass die Diskussion auf eine Metaebene ausweicht. Dann geht es nur noch um die Form der

39 Brumlik: »Unter BDS-Verdacht«.

Kritik, und der Diskurs der deutschen Staatsräson muss sich nicht mit der Sache selbst befassen: der Möglichkeit und Realität von Kriegsverbrechen, Segregation, rassistischer Formierung oder gar Völkermord, *verursacht von Israel, dem Deutschland – aus nachvollziehbaren historischen Gründen – ein Verbündeter sein möchte*.

Noch einmal sei betont: Die Kritik des autoritären Anti-Antisemitismus bedeutet nicht, dass es keinen zu bekämpfenden, auch israelbezogenen Antisemitismus gäbe. Ganz im Gegenteil: Dafür stehen Markierungen von Wohnhäusern mit Davidsternen, der versuchte Brandanschlag auf ein Berliner Gemeindehaus, »Judenpresse«-Rufe gegen Journalist*innen, vielleicht auch manche radikal-antizionistische Hörsaalbesetzer*innenparole – ganz zu schweigen vom genuinen Antisemitismus von Konfliktakteuren wie der Hamas oder des iranischen Regimes. Es kann in dieser Hinsicht kein Herausreden oder Ausruhen geben. Doch in der gegenwärtigen Situation kann auch nicht mehr unschuldig kritisch über Antisemitismus gesprochen werden, ohne zugleich die falschen Vorwürfe und Instrumentalisierungen des Anti-Antisemitismus aufzurufen. Dieser stellt gegenwärtig eines der zentralen ideologischen Kampffelder dar, auf denen ein autoritärer Umbau der deutschen Gesellschaft vorangetrieben und gleichzeitig als gutes Anliegen camouffliert wird. Progressive Kräfte, die dieses Moment ignorieren oder aus antisemitismuskritischer und israel-solidarischer Perspektive übersehen, vor welchen reaktionären Karren sie sich selbst gespannt haben, verraten ihren eigenen universalistischen Anspruch auf Befreiung mindestens ebenso wie die Hamas-Apologet*innen.

Dem entgegenzusteuern macht Interventionen auf verschiedensten Ebenen notwendig, deren Grundlage die Kritik der gegenwärtigen autoritären Verhärtungen darstellt, beziehungsweise ein (leider so seltener) gefestigter Universalismus, der die politisch-moralischen Widersprüchlichkeiten des israelisch-palästinensischen Konflikts erster und zweiter Ordnung nicht negiert. Eine solche Position müsste anerkennen, dass es um einen »multipel verletzten Raum«⁴⁰ geht, mit nicht eindimensional verteilten Rollen und Erfahrungen von Täter- und Opferschaft, von Leid und Leiden lassen. Zweifelsohne ist auch Forschung zu *allen* relevanten Konfliktdimensionen gefordert, aber vor allem braucht es ein aktives Sich-der-Situation-Stellen, und zwar in den genuinen Medien der Wissenschaft: in Publikationen, in der Lehre, in öffentlichen Vortragsreihen und Diskussionen – in der Form des

40 Foroutan: »Pro-Palästina-Proteste in Berlin«.

organisierten Aufeinandertreffens von Positionen. Diese Auseinandersetzung braucht einerseits geschlossenen Formate, um Suchen und Tasten und Sich-Irren-Dürfen zu ermöglichen, um pädagogische Prozesse ohne Ausschluss-ängste anzustoßen, um intellektuellen Mut und Offenheit zurückzugewinnen und um das verklausulierte Sprechen wieder zu verlernen. In der Pflicht sind hier die Institutionen der Wissenschaft selbst, die nicht glauben dürfen, der Konflikt ließe sich aussitzen oder verdrängen, und die zugleich ihre gesellschaftliche Reputation hinter solche Prozesse stellen und sie damit absichern könnten.

Wer die gegenwärtige Debatte kennt, weiß, dass schon kleine Schritte sehr schwierig sind, dass Gegenwind gegen jedwede geäußerte Position quasi unvermeidlich ist, und dass, angesichts der hohen Solidarisierungserwartungen, in der schlechten Verdopplung des nationalistischen Ausgangskonflikts durch Solidaritätsakteure von beiden Seiten der Boden für Reflexion und (Selbst-)Kritik nicht gut bestellt ist. Wenn aber nicht einmal die Wissenschaft es schafft,⁴¹ mit den in diesem gesellschaftlichen Feld zur Verfügung stehenden Mitteln von systematischer Wissensproduktion und Reflexion wenigstens ein paar förderliche Impulse gegen den politischen Autoritarismus zu setzen und damit womöglich die eigenen (legitimatorischen) Grundlagen zur Disposition zu stellen, wer dann? Aktuell sind an den Hochschulen, wie ich gezeigt habe, die Bedingungen dafür nicht gut und erodieren weiter. Der zunehmende Autoritarismus, der in diesem Kontext als autoritärer Anti-Antisemitismus erscheint, gefährdet die Wissenschaftsfreiheit und damit die Wissenschaft selbst.

Literatur

Allianz für Kritische und solidarische Wissenschaft: »Stellungnahme zum geplanten Bundestagsantrag ›Antisemitismus und Israelfeindschaft an Schulen und Hochschulen entschieden entgegentreten sowie den freien Diskursraum sichern« (F98-24, in der Version erhalten am 05.11.2024)«, 2025, https://krisol-wissenschaft.org/wp-content/uploads/2025/01/KriSol_Stellungnahme-Bundestagsresolution_07.01.25.pdf, Zugriff am 15.11.2025.

41 Ullrich, Peter: »Für einen sozialwissenschaftlichen Blick auf Antisemitismus und palästinasolidarische Proteste«, in: *Soziologie* 54, Nr. 3 (2025), S. 299–306.

- Ambrasat, Jens/Lüdtke, Denise/Yankova, Yoanna: *Forschungskulturen und Forschungsqualität im Berliner Forschungsraum. Berlin Science Survey Erhebungswelle 2024*, Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin 2024.
- Arzt, Clemens/Bosch, Alexander: »Pro-Palästina Demos nicht erlaubt? Ethnographische und rechtliche Anmerkungen«, in: *Cilip/Bürgerrechte und Polizei* 133 (2023), <https://www.cilip.de/2023/11/02/pro-palaestina-demos-nicht-erlaubt-ethnographische-und-rechtliche-anmerkungen/>, Zugriff am 15.11.2025.
- Attia, Yael u.a.: »Für einen nicht-karzeralen Anti-Antisemitismus. Warum repressive Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus versagen – und welche Strategien besser funktionieren«, in: *the Diasporist* vom 6. März 2025, <https://thediasporist.de/de/fur-einen-nicht-karzeralen-anti-antsemitismus/>, Zugriff am 15.11.2025.
- Benz, Wolfgang: *Was ist Antisemitismus?*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung/München: C.H. Beck, 2004.
- Bodemann, Y. Michal (Hg.): *Die erfundene Gemeinschaft. Erinnerungspolitik, Staat und Judentum in Deutschland*, Berlin: Verbrecher 2025.
- Bodemann, Y. Michal: *Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung*, mit Geis, Jael, Berlin: Rotbuch 1996.
- Brumlik, Micha: »Unter BDS-Verdacht. Der neue McCarthyismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8 (2019), S. 13–16.
- Cohen, Stanley: *Folk Devils and Moral Panics. The creation of the Mods and Rockers*, London: Routledge, 2011.
- Dülcke, Dana (Hg.): *Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit Verhältnis von Wissenschaft und Politik*, BdWi-Studienheft 14, Marburg: BdWi-Verlag 2024.
- Foroutan, Naika: »Pro-Palästina-Proteste in Berlin: Wer, wenn nicht Studierende – wo, wenn nicht an Universitäten?«, in: *Der Tagesspiegel Online* vom 14.05.2025, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/pro-palastina-proteste-in-berlin-wer-wenn-nicht-studierende--wo-wenn-nicht-an-universitate-n-11644694.html>, Zugriff am 21.02.2025.
- Frielinghaus, Jana: »Lisa Poettinger und andere: Die neue Welle gegen Linke«, in: *Neues Deutschland* vom 11. Februar 2025, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1188897.berufsverbote-lisa-poettinger-und-andere-die-neue-welle-gegen-linke.html>, Zugriff am 15.11.2025.
- Fuchs, Christiane: »Hochschulen als rechtes Kampffeld?«, in: Dülcke, Dana (Hg.), *Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit Verhältnis von Wissenschaft und Politik*, BdWi-Studienheft 14, Marburg: BdWi-Verlag 2024.

- Gould, Rebecca Ruth: »Legal Form and Legal Legitimacy: The IHRA Definition of Antisemitism as a Case Study in Censored Speech«, in: *Law, Culture and the Humanities* 18.01 (2018), S. 153–186.
- Graf, Angela u.a.: »Exit, Voice und Loyalty – (Un-)Möglichkeiten kollektiven Widerspruchs im akademischen Mittelbau in Deutschland«, in: *Leviathan* 48.2 (2020), S. 293–317.
- Gundling, Lukas C.: »Wider die Demokratisierung der Hochschulen? Zum Hochschul-Urteil von 1973«, in: Dülcke, Dana (Hg.), *Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit Verhältnis von Wissenschaft und Politik*, BdWi-Studienheft 14, Marburg: BdWi-Verlag 2024.
- Haury, Thomas: »Israelbezogener Antisemitismus«, in: Peter Ullrich u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein, 2024.
- Heine, Hannes: »»Eine Schande, spricht Albanese dort: Israels Botschafter schreibt an Berlins FU-Präsidenten wegen Vortrags von UN-Politikerin«, in: *Der Tagesspiegel Online* vom 11.02.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/eine-schande-wenn-albanese-dort-spricht-israels-botschafter-schreibt-an-berliner-fu-prasidenten-wegen-vortrags-von-un-politikerin-13182232.html>, Zugriff am 15.11.2025.
- Hirschauer, Stefan: »Wer definiert, was Antisemitismus ist?«, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 79.909 (2025), S. 47–57.
- Holz, Klaus/Haury, Thomas: *Antisemitismus gegen Israel*, Hamburg: Hamburger Edition 2021.
- Jensen, Uffa: »Stellungnahme zum geplanten Bundestagsantrag »Antisemitismus und Israelfeindschaft an Schulen und Hochschulen entschieden entgegengetreten sowie den freien Diskursraum sichern« (F98-24, in der Version erhalten am 5.11.2024)«, 2024, <https://etosmedia.de/wp-content/uploads/2024/11/Stellungnahme-Hochschulresolution.pdf>, Zugriff am 15.11.2025.
- Kinzelbach, Katrin/Lindberg, Staffan I./Lott, Lars/Panaro, Angelo Vito: »Academic Freedom Index 2025 Update«, 2025, https://academic-freedom-index.net/research/Academic_Freedom_Index_Update_2025.pdf, Zugriff am 15.11.2025.
- Konsortium BuWiK (Hg.): *Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase 2025. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*, Bielefeld: wbv Publikation 2025.

- Kopke, Christoph/Salzborn, Samuel (Hg.): *Antisemitismus und Polizei. Das Beispiel Berlin, Polizei – Geschichte – Gesellschaft*, Bd. 5, Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft 2023
- Kuhnt, Mathias/Reitz, Tilman/Wöhrle, Patrick: *Arbeiten unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine Evaluation von Befristungsrecht und -realität an deutschen Universitäten*, Dresden 2022, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-gucosaz-805117>, Zugriff am 15.11.2025.
- Lintl, Peter/Ullrich, Peter: »Der Nahostkonflikt: Realkonflikt und Antisemitismus«, in: Ullrich, Peter u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein, 2024.
- Marwecki, Daniel: *Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson*, Göttingen: Wallstein 2024.
- Mauthofer, Lilian/Grimm, Jannis Julien: »Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Palästina-Solidarität: Deutsche Hochschulen als umkämpfte Räume«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 38.1 (2025), S. 150–68.
- Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011.
- Porta, Donatella della: »Moral Panic and Repression. The Contentious Politics of Anti-Semitism in Germany«, in: *Partecipazione&Conflitto* 17.2 (2024), S. 276–349.
- Reitz, Tilman: »Von der Kritik zur Konkurrenz. Die Umstrukturierung wissenschaftlicher Konflikte und ihre Wissensseffekte«, in: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4.2/3 (2016), S. 37–58.
- Schmid, Antonia/Ullrich, Peter: »Publish and Perish. Publikationszwänge, selbstunternehmerische Wissenschaftssubjekte und Geschlecht«, in: Heitzer, Enrico/Schultze, Sven (Hg.), *Chimära mensura? Die Human-Animal Studies zwischen Schäferhund-Science-Hoax, kritischer Geschichtswissenschaft und akademischem Trendsurfing*, Berlin: Vergangenheitsverlag 2018.
- Scholars at Risk: »Free to Think 2024. Report of the Scholars at Risk's Academic Freedom Monitoring Project«, Scholars at Risk, 30.08.2024, <https://www.scholarsatrisk.org/resources/free-to-think-2024/>, Zugriff am 15.11.2025.
- Thompson, Vanessa/Tuzcu, Pinar: »Intervention – »Policing Palestine Solidarity: Moral Urban Panics and Authoritarian Specters in Germany«, in: *Antipode Online* vom 15. Mai 2024, <https://antipodeonline.org/2024/05/15/policing-palestine-solidarity/>, Zugriff am 15.11.2025.
- Tzuberi, Hannah: »»Reforesting« Jews. The German State and the Construction of »New German Judaism«, in: *Jewish Studies Quarterly* 27.3 (2020), S. 1–26.

- Tzuberi, Hannah/Piberger, Patricia: »Sprechen im Bildraum der Vergangenheit. Die ›jüdische Stimme‹ in Debatten über Antisemitismusdefinitionen«, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 31 (2022), S. 251–264.
- Ullrich, Peter: »Antisemitismus, Shoah und ›deutsche Verantwortung‹. (Nach)Wirkungen des Nationalsozialismus im medialen Nahostdiskurs«, in: *Standpunkte international* 18 (2010), https://www.rosalux.de/fileadmin/r/ls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_international/Standpunkte_Int_18-2010.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 1–6.
- Ullrich, Peter: »BDS today is no different from the SA in 1933«. Juridification, Securitisation, and ›Antifa‹-isation of the contemporary German discourse on antisemitism«, in: Feldman, David/Volovici, Marc (Hg.), *Antisemitism, Islamophobia, and the Politics of Definition*, Palgrave Critical Studies of Antisemitism and Racism, Cham: Palgrave Macmillan 2023.
- Ullrich, Peter: »Für einen sozialwissenschaftlichen Blick auf Antisemitismus und palästinasolidarische Proteste«, in: *Soziologie* 54.3 (2025), S. 299–306.
- Ullrich, Peter: »Hochschulproteste zum Gaza-Krieg, autoritärer Anti-Antisemitismus und das Ende der Kritik«, in: Hawel, Marcus/Kalrmring, Stefan/Schlosser, Nina (Hg.), *Wozu noch kritische Wissenschaft*, Bd. 15. Work in Progress. Work on Progress, Hamburg: VSA 2025.
- Ullrich, Peter: »Identität, Differenz oder Affinität: Konzeptualisierungen des Verhältnisses von Antisemitismus und ›Israelkritik‹«, in: *Peripherie. Politik. Ökonomie. Kultur* 44.174/175 (2024), S. 204–13.
- Ullrich, Peter: »Mit und ohne Juden – zwei Familien von Antisemitismusbegriffen«, in: Ullrich, Peter u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein 2024.
- Ullrich, Peter: »Organisierung und Mobilisierung im akademischen Kapitalismus. Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit prekär-mobiler Wissensarbeiter*innen«, in: Mieg, Harald A. u.a. (Hg.), *Wissenschaft als Beruf. Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2020*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2021.
- Ullrich, Peter: »Probleme der Begriffsbildung und Definition von Antisemitismus«, in: Ullrich, Peter u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein 2024.
- Ullrich, Peter/Reitz, Tilman: »Raus aus der prekären Mobilität«, in: *Forum Wissenschaft* 2 (2018), S. 23–24.
- Weyand, Jan: »Soziologie des Antisemitismus«, in: *Soziologie* 54.2 (2025), S. 192–197.

Mediale Konflikte um postkoloniale Studien und Antisemitismus in Deutschland

Aram Ziai

Seit zu Beginn des 21. Jahrhunderts post- und dekoloniale Perspektiven, die sich mit dem Kolonialismus und seinen Nachwirkungen beschäftigen, in den deutschsprachigen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zunehmend Anerkennung fanden, wuchs – sicher auch beeinflusst von den zahlreichen postkolonialen Städteinitiativen – das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an diesem Thema. Dies hat sich im letzten Jahrzehnt noch verstärkt, unter anderem durch die Rezeption internationaler Debatten um *Black Lives Matter* und *Rhodes Must Fall*, aber auch durch die offizielle Anerkennung des Völkermords an den Herero und Nama seitens der BRD 2021. Der Historiker Sebastian Conrad spricht von einer »Aufmerksamkeitsexplosion« für die koloniale Vergangenheit.¹ Parallel dazu lässt sich als Reaktion eine revisionistische Gegenbewegung beobachten, getragen von konservativen und rechten Publizist*innen, Politiker*innen und Politikwissenschaftler*innen, die mal die Befreiung vom Kolonialismus als eine Katastrophe darstellen, mal eine Rekolonisierung fordern oder den Kolonialismus generell als eine legitime und für die Kolonisierten vorteilhafte Herrschaftsform ansehen.² Die AfD hat unterdessen ihre For-

-
- 1 Conrad, Sebastian: »Erinnerung im globalen Zeitalter«, in: Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.), *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022, S. 31–58, hier: S. 31.
 - 2 Vgl. Stein, Hannes: »Die Entkolonisierung war eine Katastrophe«, in: *WELT online* vom 06.12.2015, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article149662414/Die-Entkolonisierung-war-eine-Katastrophe.html>, Zugriff am 12.11.2024; Martenstein, Harald: »Über Mittel gegen die Ursachen des Flüchtlingsstroms«, in: *ZEIT magazin* 41/2015 vom 08.10.2015, <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/41/harald-martenstein-ein-fluechtlinge-kolonialismus>; und Gilley, Bruce: »The Case for German Colonialism«, 11.12.2019, https://www.researchgate.net/publication/338555799_The_Case_for_German_Colonialism, Zugriff am 11.11.2024.

derung nach einer »differenzierten Aufarbeitung« der deutschen Kolonialzeit nicht nur mit einer Leugnung des Völkermords in Deutsch-Südwestafrika verbunden, sondern auch mit einem Angriff auf den »kulturmarxistisch inspirierte[n] Post- und Dekolonialismus«, der antiwestlich, realitätsfern und unwissenschaftlich sei und sich des »intellektuellen Terrors« bediene, um Meinungs-freiheit und Universalität zu unterminieren.³ Diese Vorwürfe der politischen Rechten blieben jedoch in der liberalen und linken deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet und folgenlos.

Das änderte sich jedoch deutlich in den folgenden Jahren, vor allem dadurch, dass die Vorwürfe gegen die postkolonialen Studien um ein entscheidendes Element erweitert wurden: den Antisemitismus.⁴ Dies geschah primär in Folge des Bundestagsbeschlusses von 2019 zur anti-israelischen Kampagne *Boycott, Divestment, and Sanctions* (BDS), wobei weder im Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen selbst noch im vorangegangenen AfD-Antrag der Zusammenhang zwischen Antisemitismus und postkolonialen Studien hergestellt wird.⁵ Im Zuge der öffentlich ausgetragenen Konflikte um Antisemitismus der nächsten Jahre änderte sich dies grundlegend. In vielen Medien – von der FAZ über den FOCUS und den SPIEGEL bis hin zur taz – wurden postkoloniale Studien für Antisemitismus verantwortlich gemacht.⁶ Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, ist

-
- 3 AfD-Fraktion: »Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 19/15784 (2019), <https://dserver.bundestag.de/btd/19/157/1915784.pdf>, Zugriff am 11.11.2024, S. 9f.
 - 4 Vgl. AfD-Fraktion: »Jetzt Konsequenzen aus dem Antisemitismus-Skandal auf der documenta ziehen – Förderung des Postkolonialismus umgehend einstellen«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 20/2598 (2022), <https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002598.pdf>, Zugriff am 11.11.2024.
 - 5 Vgl. CDU/CSU u.a.: »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 19/10191 (2019), <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>, Zugriff am 11.11.2024; und AfD-Fraktion: »BDS-Bewegung verurteilen – Existenz des Staates Israel schützen«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 19/9757 (2019), <https://dserver.bundestag.de/btd/19/097/1909757.pdf>, Zugriff am 11.11.2024.
 - 6 Vgl. Klein, Felix: »Akademischer Antisemitismus. Hierarchien des Hasses«, in: *FAZ online* vom 20.02.2022, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/akademischer-antisemitismus-hierarchien-des-hasses-felix-klein-19531381.html>, Zugriff am 21.02.2024; Fleischhauer, Jan: »Unsere Studenten lernen nur noch, unsere Werte zu verachten«, in: *FOCUS online* vom 09.12.2023, https://www.focus.de/politik/meinung/focus-kolumne-von-jan-fleischhauer-choreografie-der-wut_id_259476403.html;

überzeugt: »Der ungeniert zur Schau gestellte Antisemitismus in deutschen Hörsälen baut auf dem schiefen Theoriegebäude der postkolonialen Bewegung auf«. ⁷ Die Fundamentalkritik an den postkolonialen Studien, früher dem rechten Rand vorbehalten, hat über den Vorwurf des Antisemitismus offenbar die Mitte der Gesellschaft erreicht und bildet die herrschende Meinung weiter Teile der Öffentlichkeit sowie der Regierung.

Dieser Entwicklung gehe ich in dem vorliegenden Beitrag auf den Grund. Dabei zeichne ich zunächst einige der erwähnten Konflikte in den Medien nach und untersuche dabei, welche Verständnisse von Antisemitismus den Vorwürfen unterschiedlicher Akteure zugrunde liegen. Im anschließenden Teil baue ich auf diese Darstellung auf und versuche, anhand dreier Ansätze (entgrenzter Antisemitismusbegriff, deutscher Kontext, Eurozentrismus) ein Modell zu erarbeiten, um die neu gewonnene Hegemonie einer Fundamentalkritik an post- und dekolonialen Studien als antisemitisch zu verstehen, sowie deren Theorien für die Untersuchung der erwähnten Konflikte produktiv zu machen.

Konflikte um Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit

Es gab seit 2019 eine Vielzahl von Konflikten um Antisemitismus, von denen hier nur beispielhaft einige herausgegriffen werden, die ein überregionales Medienecho erfuhren und – zunehmend explizit – mit postkolonialen Studien in Verbindung gebracht worden sind. ⁸

Pfister, René: »Postcolonial Studies«: Wie der Hass auf Israel intellektuell veredelt wird«, in: *SPIEGEL online* vom 22.10.2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/postcolonial-studies-wie-der-hass-auf-israel-intellektuell-veredelt-wird-a-d22da2c-c61d-4793-a82b-875f9e6b0732>, Zugriff am 22.10.2023; und Cheema, Sabannur/Mendel, Meron: »Postkoloniale Theoretiker: Leerstelle Antisemitismus«, in: *taz.de* vom 25.04.2020, <https://taz.de/Postkoloniale-Theoretiker/!5678482/>, Zugriff am 11.11.2024.

7 Klein: »Akademischer Antisemitismus«.

8 Der Konflikt um die documenta 15 gehört gewiss auch dazu, wird aber an anderer Stelle ausführlich diskutiert (vgl. Ziai, Aram: »Konflikte um Antisemitismus bei der documenta 15. Zum Abschlussbericht des Expert*innen-Gremiums«, in: *PERIPHERIE* 174/175 (2024), S. 288–305).

Konfliktfall 1 – Antisemitismus bei Mbembe

Mit Antisemitismusvorwürfen konfrontiert wurde unter anderem der kamerunische Historiker und Sozialphilosoph Achille Mbembe, ein prominenter Vertreter der postkolonialen Studien, der auf der Ruhrtriennale 2020 die Eröffnungsrede zum Thema planetarische Solidarität halten sollte. Der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag von NRW, Lorenz Deutsch, kritisierte, dass Mbembe »die israelfeindliche BDS-Bewegung« unterstütze, während der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein Mbembes Antisemitismus durch Relativierung des Holocaust, Infragestellung des Existenzrechts Israels und Gleichsetzung des Staats Israels mit dem Apartheidsystem Südafrikas belegt sah.⁹ Die eher dem linksliberalen Lager zuzurechnende Publizistin Saba-Nur Cheema und der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, sekundierten, dass für Mbembe das Problem nicht die aktuelle israelische Regierungspolitik sei, die sie selbst kritisieren, sondern »die schiere Existenz des Judenstaats«.¹⁰ Über Mbembe hinausgehend, erweiterten sie ihre Kritik auf die postkolonialen Studien insgesamt, die Antisemitismus »nur als eine andere Form von Rassismus« verstünden und durch eine »fortgesetzte, völlig unreflektierte Dämonisierung Israels« zur Reproduktion antisemitischer Denkstrukturen sowie zur »Unfähigkeit, Antisemitismus als Problem ernst zu nehmen«, führten. In der Diskussion wurden verschiedene Begründungen des Antisemitismusvorwurfs genannt und zum Teil auch belegt. Klein sah den Holocaust dadurch relativiert, dass Mbembe in seinem Buch *Politik der Feindschaft* die ideologischen Hintergründe des südafrikanischen Apartheidsystems und die völkische Ideologie des NS als Manifestationen eines ähnlichen Musters begreift.¹¹ Andererseits würde er die Apartheid Südafrikas mit der israelischen Besatzungspolitik gleichsetzen. So wird quasi über die Bande Südafrika eine Gleichsetzung der Verbrechen Nazideutschlands und Israels diagnostiziert, was gemeinhin als Holocaustrelativierung gilt.

Der Holocaustforscher Michael Rothberg hat in seiner »Ethik des Vergleichs« vorgeschlagen, dieses Stilmittel in zweierlei Hinsicht genauer zu

9 Vgl. Jüdische Allgemeine: »Protest gegen Auftritt von Mbembe«, 17.04.2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/protest-gegen-auftritt-von-mbembe/>, Zugriff am 12.11.2024.

10 Cheema/Mendel: »Postkoloniale Theoretiker: Leerstelle Antisemitismus«.

11 Vgl. Mbembe, Achille: *Politik der Feindschaft*, Berlin: Suhrkamp 2017.

untersuchen.¹² Erstens: Erlaubt der Vergleich die Wahrnehmung von Unterschieden oder werden sie zum Verschwinden gebracht? Zweitens: Zielt der Vergleich auf Solidarität oder auf Spaltung und Konflikt zwischen Opfergruppen ab? Wer Mbembes Texte nach diesen Kriterien prüft, stellt zunächst fest, dass dieser betont, der Kampf gegen Antisemitismus sei »von absoluter Dringlichkeit« und an anderer Stelle postuliert: »An jedem der zahllosen Orte der Enteignung, des Traumas und der Verlassenheit ist das Gesicht der Menschheit als Ganzes entstellt. Nicht nur das einer Rasse, eines Stammes oder einer Religion.«¹³ Insofern wendet er sich mit seinem Vergleich gegen rassistische Ideologien jedweder Art und zielt nicht auf Konkurrenz, sondern auf Solidarität zwischen den Opfern verschiedener menschenverachtender Regime.

Wie steht es nun um die von Rothberg gestellte Frage nach dem Umgang mit Unterschieden? Tatsächlich schreibt Mbembe, dass »die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete [...] in mancherlei Hinsicht an das berüchtigte Modell der Apartheid« in Südafrika erinnern würde.¹⁴ Es werden eher die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede betont, aber begleitet von der Einschränkung auf die besetzten Gebiete, nicht im Hinblick auf den Staat Israel insgesamt. Auch sieht Mbembe die Politik der Apartheid – beziehungsweise des Trennungswahns – nicht nur in Israel, sondern überall dort am Werk, »wo gesellschaftliche Kräfte das Politische vornehmlich als tödlichen Kampf gegen unbeugsame Feinde verstehen«.¹⁵ Der Holocaust wird dabei in einem Zusammenhang mit Kolonialismus und Faschismus gesehen.¹⁶ Den inkriminierten Vergleich des südafrikanischen Apartheidregimes mit dem nationalsozialistischen Deutschland schränkt Mbembe ein, sie seien beide Manifestationen rassistischer Politik, aber »in einer ganz anderen Größenordnung«.¹⁷ Unterschiede werden also durchaus wahrgenommen und benannt. Somit ist, Rothbergs Kriterien zugrunde legend, der Vergleich weniger von einer Auslöschung von Unterschieden und einer Spaltung von Opfergruppen

12 Vgl. Rothberg, Michael: »Holocaust Remembrance and the Ethics of Comparison«, 18.09.2024, <https://www.massreview.org/node/11743>, Zugriff am 18.09.2024.

13 Mbembe, Achille: »Antisemitismus: Die Welt reparieren«, in: *DIE ZEIT* 18/2020 vom 25.04.2020, <https://www.zeit.de/2020/18/antisemitismus-achille-mbembe-vorwurf-e-holocaust-rechtsextremismus-rassismus>, Zugriff am 24.10.2024.

14 Mbembe: *Politik der Feindschaft*, S. 84f.

15 Mbembe: *Politik der Feindschaft*, S. 117.

16 Vgl. Mbembe: *Politik der Feindschaft*, S. 114.

17 Mbembe: *Politik der Feindschaft*, S. 89.

gekennzeichnet, sondern eher von Solidarität und Menschenrechtsuniversalismus.

Hinsichtlich der Frage des Existenzrechts Israels hat sich Mbembe klar positioniert: Es sei »grundlegend für das Gleichgewicht der Welt«, schreibt er in dem von Cheema und Mendel zitierten Artikel.¹⁸ Und selbst dort, wo Mbembe behauptet, die Besatzung Palästinas sei »the biggest moral scandal in our times«, betont er im selben Absatz auch das Recht Israels, »to live in peace«.¹⁹ Was die Boykott-Kampagne BDS angeht, betont Mbembe, dass er eine Kooperation mit Institutionen oder Individuen ablehnt, die in Verletzungen von Völker- oder Menschenrechten in den palästinensischen Gebieten verstrickt sind, aber explizit kein Mitglied von BDS sei.²⁰ Teile der Antisemitismusvorwürfe basieren somit auf nachweisbaren Positionen (Apartheid), andere jedoch auf kontingenten Interpretationen (Holocaustrelativierung) beziehungsweise auf ungenauen (BDS) oder inkorrekten Aussagen (Existenzrecht Israels).

Konfliktfall 2 – Antisemitismus im zweiten Historikerstreit

Antisemitismusvorwürfe wurden auch im Zuge des sogenannten zweiten Historikerstreits erhoben, der Auseinandersetzung um die Singularität des Holocaust.²¹ Der zunächst vor allem in den Feuilletons geführte Streit war angestoßen worden von postkolonialen Thesen zu Kontinuitätslinien zwischen dem Völkermord an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika und dem nationalsozialistischen Völkermord, der Forderung, den Vergleich des Holocaust mit anderen, vor allem kolonialen Völkermorden zu enttabuisieren, sowie nach einer »multidirektionalen Erinnerung«, und der Diagnose, es exis-

18 Mbembe: »Antisemitismus: Die Welt reparieren«.

19 Achille Mbembe, zitiert nach Carp, Stefanie: »Rassismus und deutscher Opportunismus. Wie Achille Mbembe für eine deutsche Provinzintrige missbraucht wurde«, in: Böckmann, Matthias u.a. (Hg.), *Jenseits von Mbembe – Geschichte, Erinnerung, Solidarität*, Berlin: Metropolis 2022, S. 25–44, hier: S. 29.

20 Vgl. Achille Mbembe, zitiert nach Carp: »Rassismus und deutscher Opportunismus«, S. 42. Es gibt allerdings keine formale Mitgliedschaft bei BDS.

21 Vgl. Friedländer, Saul u.a. (Hg.): *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkung zum neuen Streit über den Holocaust*, München: C.H. Beck 2022; Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.): *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022; und Zimmerer, Jürgen (Hg.): *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*, Ditzingen: Reclam 2023.

tiere ein »deutscher Katechismus« in der Erinnerungspolitik.²² In der Debatte wurden erneut Vorwürfe artikuliert, die postkolonialen Studien würden Antisemitismus den Weg bereiten.²³

Exemplarisch sollen zwei Argumentationen an dieser Stelle diskutiert werden. Die Journalistin Tania Martini verteidigt die These von der Singularität des Holocaust:

»Der Massenmord an den europäischen Juden war ein industrialisierter Massenmord und eben genau nicht primär getrieben von ökonomischen oder territorialen Interessen. Es ging nicht darum, andere gefügig zu machen oder zu unterwerfen, sondern unter Aufwendung größter Ressourcen einen Wahn in sinnloses Morden zu übersetzen. Das unterscheidet den Genozid an den Juden fundamental von den kolonialen Verbrechen.«²⁴

Diesen qualitativen Unterschied zu leugnen, wie es die postkolonialen Studien täten, bagatellisiere beziehungsweise relativiere den Holocaust. Um diese

22 Vgl. dazu jeweils Zimmerer, Jürgen: *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*, Berlin: Lit 2011; Zimmerer, Jürgen/Rothberg, Michael: »Erinnerungskultur: Enttabuisiert den Vergleich!«, in: *DIE ZEIT* 14/2021 vom 04.04.2021, <https://www.zeit.de/2021/14/erinnerungskultur-gedenken-pluralisieren-holocaust-vergleich-globalisierung-geschichte>, Zugriff am 30.04.2024; Rothberg, Michael: *Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*, Berlin: Metropolis 2021; und Moses, A. Dirk: »Der Katechismus der Deutschen«, in: *geschichte der gegenwart* vom 23.04.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>, Zugriff am 23.05.2021.

23 Vgl. Gerber, Jan-Georg: »Lockerung der Verengungen«, *jungle.world* vom 01.04.2021, <https://jungle.world/artikel/2021/13/lockerung-der-verengungen>, Zugriff am 11.11.2024; Martini, Tania: »Historikerstreit 2.0. Konjunktoren der Erinnerung«, in: *taz.de* vom 28.02.2022, <https://taz.de/Historikerstreit-20/!5835129/>, Zugriff am 12.11.2024; Sprügel, Guido: »Eine Vorstellung des Bandes ›Ein Verbrechen ohne Namen‹: Der Katechet des Unsinns«, in: *jungle.world* vom 10.02.2022, <https://jungle.world/artikel/2022/06/der-katechet-des-unsinns>, Zugriff am 12.11.2024; Bauer, Yehuda: »Einen Schlusstrich ziehen geht einfach nicht«, in: Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.), *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022, S. 123–136, hier: S. 135; Diner, Dan: »Über kognitives Entsetzen«, in: Friedländer, Saul u.a. (Hg.), *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkung zum neuen Streit über den Holocaust*, München: C.H. Beck 2022, S. 69–86; Friedländer u.a.: *Ein Verbrechen ohne Namen*, S. 20f.).

24 Martini, Tania: »Debatte um die Gedenkkultur. Diffuse Erinnerung«, in: *taz* vom 05.03.2021, <https://taz.de/Debatte-um-die-Gedenkkultur/!5751296/>, Zugriff am 10.09.2025.

Differenz zu fassen, prägte Dan Diner den Begriff des »Zivilisationsbruchs«. Für ihn widerlegte die Shoah die Annahme einer auf Rationalität aufbauenden Zivilisation, die eine »grundlose Massentötung [...] schon aus Gründen von Interessenkalkül und Selbsterhaltung der Täter ausschließt«. ²⁵ Deswegen gehe von der Shoah ein »mehr« an Schrecken, ein kognitives Entsetzen aus, das in anderen Genoziden nicht auftrete. ²⁶ Dieses Faktum sei aber für die postkoloniale Seite »eine als unerträglich empfundene Anmaßung«, und das Bestreiten der Singularität im zweiten Historikerstreit sei somit argumentativ nahezu identisch wie das im ersten – in dem es politisch auf die Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen zielte. ²⁷

Antisemitisch seien die postkolonialen Thesen also in dieser Sicht, weil sie die singuläre Qualität des Holocaust leugnen beziehungsweise bagatellisieren und Israel als Siedlungskolonie und Apartheidstaat statt als Zuflucht der Überlebenden verstehen. Diese Argumentation ist in verschiedener Hinsicht problematisch. Zum einen blendet sie hinsichtlich der vermeintlich grundlosen Vernichtung die Dimension der »Arisierung« und der materiellen Interessen gänzlich aus. ²⁸ Auch ignoriert sie das A. Dirk Moses zufolge in Genoziden häufig anzutreffende zweckrationale Muster, die Sicherheit der eigenen Gruppe durch die Vernichtung einer diese (real oder vermeintlich) bedrohenden anderen Gruppe zu erreichen. ²⁹ Zweitens ist in Diners Argumentation unschwer eine Naturalisierung utilitaristischen beziehungsweise nutzenmaximierenden Handelns zu erkennen. Diner zufolge rührt das kognitive Entsetzen daher, dass sich die Nazis auch nicht durch materielle Interessen vom Morden abhalten ließen, dies ist für ihn der irrationale Bruch der Zivilisation. Drittens erscheint Diners Rede vor dem Hintergrund außer-europäischer Gewalt- und Genoziderfahrungen eurozentrisch. Warum soll von der jahrhundertelangen Behandlung als Untermenschen, der Versklavung, der Folter, der willkürlichen und grausamen alltäglichen Gewalt, der

25 Diner, Dan: »Vorwort des Herausgebers«, in: Ders. (Hg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt a.M.: Fischer 1988, S. 7–14.

26 Diner: »Über kognitives Entsetzen«, S. 79.

27 Diner: »Über kognitives Entsetzen«, S. 78.

28 Vgl. Aly, Götz: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*. Frankfurt a.M.: S. Fischer 2005.

29 Vgl. Moses, A. Dirk: »Empire, Colony, Genocide. Keywords and the Philosophy of History«, in: Ders. (Hg.), *Empire, colony, genocide. Conquest, occupation, and subaltern resistance in world history*, New York: Berghahn 2008, S. 3–54.

Vernichtung ganzer Kulturen und den Genoziden im europäischen Kolonialismus³⁰ weniger Schrecken und Annahmen über Menschlichkeit erschütterndes Entsetzen ausgegangen sein?

Was die Fragen von Israel als Apartheidstaat und Siedlungskolonialismus angeht, ist zunächst die Ambivalenz zu konstatieren, die der palästinensische Intellektuelle Raef Zreik beschrieben hat: »Die Europäer sehen den jüdischen Flüchtling auf der Flucht, der um sein Leben ringt. Der Palästinenser sieht das Gesicht des kolonialen Siedlers, der sein Land übernimmt«. ³¹ Dass es im Zionismus um die Kolonisierung Palästinas und die Vertreibung der Palästinenser*innen gehe, sagten Zionisten wie Jabotinsky und Kaplan in den 1920er und 1930er Jahren offen. ³² Die israelische Direktorin des Simon-Dubnow-Instituts Yfaat Weiss bekräftigt dies: »Selbstverständlich waren sich alle Zionisten, die sich mit der Besiedlung Palästinas beschäftigt haben, dessen bewusst, dass es sich dabei um ein koloniales Unternehmen handelt«. ³³ Und die den Apartheidvorwurf untermauernden unterschiedlichen Rechtsnormen für Palästinenser*innen und Israelis, vor allem in den von Israel besetzten Gebieten, sind gleichermaßen von internationalen wie israelischen Menschenrechtsorganisationen ausführlich dokumentiert worden. ³⁴

30 Siehe Plumelle-Urbe, Rosa Amelia: *Weißer Barbarei. Vom Kolonialrassismus zur Rassenpolitik der Nazis*, Zürich: Rotpunktverlag 2004.

31 Raef Zreik zitiert nach Goldberg, Amos/Confino, Alon: »Debatte über den Denker Achille Mbembe: Die andere Seite der Gleichung«, in: *taz.de* vom 01.05.2020, <https://taz.de/Debatte-ueber-den-Denker-Achille-Mbembe/!5679420/>, Zugriff am 11.11.2024.

32 Vgl. Confino/Goldberg: »Vom Fluss bis zum Meer«; Shah, Anil: »Siedlerkolonialismus in Palästina«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 218/55.1 (2025), S. 199–209.

33 Yfaat Weiss zitiert nach Brumlik, Micha: *Postkolonialer Antisemitismus? Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger*, Hamburg: VSA 2021, S. 119.

34 Vgl. B'Tselem: »A regime of Jewish supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is apartheid«, 12.01.2021, https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid, Zugriff am 11.11.2024; Shakir, Omar: »A Threshold Crossed«, Human Rights Watch Report 2021, <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>, Zugriff am 04.04.2025; Amnesty International: »Israel's apartheid against Palestinians«, 01.02.2022, <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/02/MDE1551412022ENGLISH.pdf>, Zugriff am 11.11.2024. Dessen ungeachtet ist darauf hinzuweisen, dass in Israel selbst (nicht in den besetzten Gebieten) lebende palästinensische Menschen nahezu gleiche Rechte genießen, zumindest weitaus mehr als Schwarze unter der südafrikanischen Apartheid.

Beide Bezeichnungen – Apartheidstaat und Siedlungskolonialismus – sind dabei durchaus vereinbar mit der Feststellung, dass Israel eine Zuflucht für zahlreiche traumatisierte Holocaustüberlebende war und ist, auch wenn die verschiedenen politischen Lager die ihnen jeweils unbequeme Seite (Zuflucht einerseits, Siedlungskolonie andererseits) gerne ausblenden.

Konfliktfall 3 – Antisemitismus in den Reaktionen auf den 7. Oktober

Das Massaker der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen an israelischen Zivilist*innen im Rahmen der militärischen Offensive am 7. Oktober 2023 wurde in den sozialen Medien durch eine Reihe von Personen mit tatsächlicher oder zugeschriebener anti-, post- oder dekolonialer Positionierung gerechtfertigt. Am bekanntesten wurde ein Post der US-amerikanisch-somalischen Publizistin Najma Sharif, die schrieb: »what did y'all think decolonization meant? vibes? papers? essays? Losers.«³⁵ Es gab noch weitere Beispiele positiver Reaktionen, die die Aktion als Befreiungskampf deuteten oder zumindest als verständliche Reaktion auf die jahrzehntelange Besatzung. Teilweise wurde dabei auf Frantz Fanon Bezug genommen, der Gewalt als notwendiges Mittel zur Überwindung der gewalttätigen Kolonialherrschaft beschrieben hatte. Diese Reaktionen wurden nicht nur als mangelnde Empathie mit den (meist israelischen und oft jüdischen) Opfern des Massakers interpretiert, sondern als Antisemitismus. Gleichzeitig wurde Judenhass mit postkolonialer Theorie in Verbindung gebracht oder gleich als ihre Konsequenz angesehen.³⁶

Die Argumentationen hinsichtlich des Antisemitismus stützen sich dabei auf das bereits diskutierte Verständnis von Israel als Siedlungskolonie und Apartheidstaat. Damit verknüpft wird der postkolonialen Theorie vorgeworfen, die Welt rassistisch in weiße Täter und nichtweiße Opfer einzuteilen und Empathie nur für Letztere zu erlauben. Des Weiteren betreibe sie Gehirnwäsche an deutschen Unis, predige Hass auf den »Westen«, besonders auf jüdische Menschen und Israel, und sehe die Vorstellung, »westliche Werte« (Toleranz, Menschenrechte) seien gewalttätigen und Frauen steinigenden Re-

35 Sharif, Najma (@najmamsharif): »what did y'all think decolonization meant? vibes? papers? essays? losers.«, Tweet vom 13.11.2024, <https://x.com/najmamsharif/status/1710689657757769783>, Zugriff am 13.11.2024.

36 Vgl. Klein: »Akademischer Antisemitismus«.

ligionen überlegen, als koloniales Denken an.³⁷ Diese Vorwürfe sind bei einer näheren Betrachtung postkolonialer Theoretiker*innen wie Stuart Hall, Gayatri Chakravorty Spivak oder Edward Said haltlos und allenfalls im Hinblick auf einen Vulgärpostkolonialismus in sozialen Medien diskussionswürdig. Im Fall des 1935 im britischen Mandatsgebiet Palästina geborenen Edward Said stützt sich der Antisemitismusvorwurf auch auf den in einem Interview von ihm geäußerten Satz, dass »die Palästinenser unter israelischer Besatzung heute genauso machtlos sind wie die Juden in den 1940er-Jahren« und Suids »Umdeutung« des »zionistische[n] Projekt[s] zu einem Kolonialrassismus«, er sei schließlich »Stichwortgeber eines Geschichtsrevisionismus«, der Israel das Existenzrecht abspreche.³⁸ Unerwähnt bleibt oft, dass Said sich klar für eine Vermittlung zwischen zionistischen und palästinensischen Ansprüchen auf das umstrittene Land ausgesprochen hat und ein gleichberechtigtes Zusammenleben von jüdischen und arabischen Menschen in einem demokratischen säkularen Staat anstrebte.³⁹ Er erkannte auch die Funktion des Staates Israel als Zufluchtsort vor dem Naziterror an, bestritt aber, dass die Vertreibung und Entrechtung palästinensischer Menschen eine gerechtfertigte Entschädigung für das jüdische Leiden darstelle.⁴⁰ Somit setzte er durchaus die Opfer – jüdische damals, palästinensische heute –, nicht aber die Täter gleich. Und mit seiner Kritik an der Nakba – die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Rahmen der Staatsgründung Israels 1948 – stellte er Israel infrage, was in der hegemonialen Öffentlichkeit eindeutig als antisemitisch wahrgenommen wird.

Die mediale Empörung über die postkolonialen Studien war eng verknüpft mit der über propalästinensischen Aktivismus, vor allem im Kontext der Verteilung von Süßigkeiten auf Neuköllner Straßen am 7. Oktober. Die deutschen

37 Vgl. Klein: »Akademischer Antisemitismus«; Pfister: »Postcolonial Studies«; und Fleischhauer: »Unsere Studenten lernen nur noch, unsere Werte zu verachten«.

38 Matthies, Marcel: »Edward Said und die Judenfrage. Ein akademisches Modell für Israelhass«, in: *FAZ online* vom 01.10.2024, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/postkolonialismus-wie-edward-said-ein-akademisches-modell-fuer-den-israelhass-entwurf-110004530.html>, Zugriff am 12.11.2024.

39 Vgl. Said, Edward W.: »Imperial Continuity – Palestine, Iraq, and US policy«, Videoaufzeichnung der The Walker-Ames Lecture Series, University of Washington (2003), <https://www.youtube.com/watch?v=gtgeoJ1LihU>, Zugriff am 04.04.2025; und Said, Edward W.: »Zionism from the Standpoint of Its Victims«, in: *Social Text* 1 (1979), S. 7–58, hier: S. 52)

40 Vgl. Said: »Zionism from the Standpoint of Its Victims«, S. 48.

Behörden reagierten nicht nur mit dem Verbot der palästinensischen Organisationen Hamas und Samidoun⁴¹, sondern auch mit der Kriminalisierung von Kufiyas und der Parole »From the river to the sea, Palestine will be free«, die aufgrund einer (wahrgenommenen) Leugnung des Existenzrechts Israels als antisemitisch angesehen wird; teilweise wird sie als Äußerung genozidaler Absichten verstanden. Auch wurde nun verstärkt der BDS-Beschluss des Bundestags gegen propalästinensische beziehungsweise israelkritische jüdische Intellektuelle angewandt, die prominentesten unter ihnen waren Nancy Fraser und Masha Gessen. Im November 2024 verabschiedete der Bundestag eine Resolution zum »Schutz jüdischen Lebens in Deutschland«, gegen die Verfassungsrechtler*innen schwere Bedenken hinsichtlich der Beschneidung von Grundrechten äußerten – wie auch gegen die BDS-Resolution von 2019.⁴²

Hermeneutische Rekonstruktion

Im letzten Teil des Beitrags will ich versuchen, die oben beschriebene Konfliktkonstellation – eine in den letzten Jahren lagerübergreifende Verurteilung postkolonialer Theorien und Argumente in verschiedenen Bereichen als antisemitisch – hermeneutisch zu rekonstruieren beziehungsweise zu verstehen. Dabei wird auf drei Ansätze zurückgegriffen, die nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern einander ergänzen. Erstens geht es um einen entgrenzten Antisemitismusbegriff auf der Grundlage der Definition der IHRA, zweitens um den spezifisch deutschen Kontext (unter anderem in Folge des ersten Historikerstreits), drittens um Eurozentrismus und den Beitrag postkolonialer Theoriekonzepte.

Ansatz 1 – Entgrenzter Antisemitismusbegriff auf Grundlage der IHRA-Definition

In einer Reihe von Fällen wurde im vorangegangenen Abschnitt bereits darauf Bezug genommen, dass in den diskursiven Konflikten eine sehr weite

41 Vgl. Bundesregierung: »Faeser verbietet Hamas und Samidoun«, 02.11.2023, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/hamas-verbot-2234286>, Zugriff am 13.11.2024.

42 Vgl. Jäckels, Pauline: »Verfassungsrechtlich nicht haltbar«, in: *nd* vom 22.08.2024, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1184704.bundestagsresolution-zum-schutz-juedischen-lebens-verfassungsrechtlich-nicht-haltbar.html>, Zugriff am 13.11.2024.

Definition von israelbezogenem Antisemitismus angewandt wurde, die sich oftmals auf die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) stützt. Israelbezogener Antisemitismus ist nach Thomas Haury eine »Umwegkommunikation«, die das »Kommunikationstabu, sich offen jüdenfeindlich zu äußern, unterläuft«, indem sie quasi als Ersatz den Staat Israel kritisiert, dies allerdings auf der Grundlage antisemitischer Einstellungen und Projektionen tut.⁴³ Die IHRA definiert Antisemitismus als »eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.«⁴⁴ Die »bestimmte« Wahrnehmung wird allerdings nicht näher erläutert, stattdessen wird sie an einer Reihe von Beispielen illustriert, die mehrheitlich den Staat Israel betreffen. Eines dieser Beispiele für Antisemitismus ist: »Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, zum Beispiel durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen«. Der Rassismusbewurf – und die verwandten Vorwürfe Siedlungskolonialismus und Apartheidstaat – wird hier demnach als Leugnung des Rechts auf Selbstbestimmung jüdischer Menschen interpretiert. Trotz der ausführlich dokumentierten Evidenz dieser Vorwürfe werden sie hier als antisemitisch und somit als unberechtigt dargestellt. Die Möglichkeit, dass jüdische Selbstbestimmung auch in einem Staat mit völliger Gleichberechtigung palästinensischer Menschen gewährleistet sein könnte, wird nicht erwogen.

Als weiteres Beispiel für Antisemitismus führt die IHRA-Definition »Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten« an. Es wird also davon ausgegangen, dass alle Vergleiche dieser Art erstens falsch und zweitens von Judenhass motiviert sein müssen – ungeachtet möglicher Kriegsverbrechen der israelischen Armee oder generell der fundamental verschiedenen Kräfteverhältnisse (jüdische Menschen als unterdrückte Minderheit im NS-Regime versus jüdischer Staat als überlegene Militär- und

43 Haury, Thomas: »Israelbezogener Antisemitismus«, in: Danilina, Anna u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein 2024, S. 42–50, hier: S. 42f.

44 IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance): »Arbeitsdefinition von Antisemitismus«, 2016, <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>, Zugriff am 30.04.2024.

Besatzungsmacht im heutigen Nahostkonflikt). Der IHRA-Definition zufolge erübrigt sich auch eine Diskussion über die Kunstfreiheit im Zusammenhang mit Bildern der »Guernica Gaza«-Reihe: Sie erfüllen – zumindest, wenn von einem Vergleich der Opfer (jüdische/palästinensische Menschen) auf einen Vergleich der Täter (Wehrmacht/Israel Defense Forces) geschlossen wird – den Tatbestand des Antisemitismus nach der IHRA-Definition. Die mögliche Instrumentalisierung der Definition für entgrenzte Antisemitismusvorwürfe wird auch deutlich, wenn beispielsweise unterstellt wird, der ganze Nahostkonflikt sei von (israelbezogenem) Antisemitismus geprägt.⁴⁵ Damit wird nahegelegt, dass Hass auf jüdische Menschen, nicht etwa die zionistische Siedlungsbewegung und konkurrierende Ansprüche auf das Mandatsgebiet Palästina, ursächlich für den Konflikt verantwortlich seien. Auch lassen sich auf diese Weise sämtliche Verhandlungslösungen ausschließen, nur die Vertreibung und Vernichtung der Gegenseite würde Frieden bringen. In seinem Gutachten über die IHRA-Definition kommt der Antisemitismusforscher Peter Ullrich zu folgendem Schluss:

»Vor allem aufgrund ihrer handwerklichen Schwächen, ihrer defizitären Anwendungspraxis, ihres trotzdem teilweise verbindlichen rechtlichen Status und ihrer politischen Instrumentalisierbarkeit mit problematischen Implikationen für die Meinungsfreiheit kann die Verwendung der ›Arbeitsdefinition Antisemitismus‹ nicht empfohlen werden. ... [Sie ist] faktisch ein zur Willkür einladendes Instrument. Dieses kann genutzt werden, um Grundrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit, in Bezug auf missliebige israel-bezogene Positionen zu beschneiden.«⁴⁶

Im Unterschied dazu definiert die Jerusalem Declaration on Antisemitism den Begriff als »Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jü-

45 Vgl. Deitelhoff, Nicole u.a.: »Abschlussbericht. Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen«, 12.09.2023, https://www.documenta.de/files/230202_Abschlussbericht.pdf, Zugriff am 20.04.2024, S. 17.

46 Ullrich, Peter: »Gutachten zur ›Arbeitsdefinition Antisemitismus‹ der International Holocaust Remembrance Alliance«, in: *RLS Papers* 2/2019 (2019), <https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-ihra/>, Zugriff am 12.11.2024, S. 21.

dische)«⁴⁷ und verunmöglicht so, dass jeglicher Widerstand gegen den oder gar jede Kritik am jüdischen Staat per se als antisemitisch gedeutet werden kann, so wie es bei den Vorwürfen gegen die postkolonialen Studien bisweilen der Fall ist.

Ansatz 2 – Der spezifisch (west-)deutsche historische Kontext

Als zweiten Ansatz zum Verständnis der relativ plötzlich einsetzenden lagerübergreifenden und hegemonial gewordenen Gegnerschaft gegenüber den postkolonialen Studien möchte ich die (west-)deutsche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus anführen und das Bemühen, gerade von liberaler und speziell linker Seite, sich von den Verbrechen der Nazis durch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit und eine entsprechende politische Positionierung zu distanzieren. Im Unterschied zum staatlich verordneten Antifaschismus der DDR, musste in der BRD die kritische Distanz zum Nationalsozialismus und eine uneingeschränkte Zurückweisung des Antisemitismus über Jahrzehnte »hart erarbeitet« beziehungsweise gegen Widerstände erkämpft werden – ein Prozess, der bis heute nicht vollständig abgeschlossen ist.⁴⁸ Vier der »Schlachtfelder« dieses Prozesses möchte ich exemplarisch nennen: die Rede von Bundespräsident Weizsäcker, der 1985 erstmals als hochrangiger Politiker der BRD das Ende des zweiten Weltkriegs nicht als Niederlage, sondern als Befreiung charakterisierte; der (erste) Historikerstreit, in dem Jürgen Habermas Ernst Nolte und anderen Historiker*innen die Verharmlosung des Holocaust vorwarf, weil sie diesen mit den Verbrechen Stalins auf eine Stufe stellten beziehungsweise ihn als Reaktion auf diese charakterisierten und die Singularität des Holocaust affirmierten; die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die allerorts von Gegendemonstrationen begleitet wurde; sowie die Kontroverse um das Buch *Hitlers willige Vollstrecker* des Politikwissenschaftlers Daniel Goldhagen.⁴⁹ Diese Konflik-

47 JDA (Jerusalem Declaration on Antisemitism): »Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus«, 2021, <https://jerusalemdeclaration.org>, Zugriff am 30.04.2024.

48 Conrad: »Erinnerung im globalen Zeitalter«, S. 35.

49 Vgl. jeweils Neiman/Wildt: *Historiker streiten*; Reemtsma, Jan-Philipp: »Wehrmachtausstellung«, in: Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.), *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022, S. 101–122; und Goldhagen, Daniel Jonah: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin: Siedler 1996.

te können als Eckpunkte »für die Festschreibung eines postfaschistischen Konsenses in Deutschland« gesehen werden, der die Erinnerungspolitik des wiedervereinigten Gesamtdeutschlands sehr stark prägte.⁵⁰

Meine These ist nun, dass viele Liberale und Linke hierzulande in diesen Konflikten sozialisiert wurden und verinnerlicht haben, dass eine Infragestellung der Singularität des Holocaust und sein Vergleich mit anderen Menschheitsverbrechen (aber auch, als erinnerungspolitische Konsequenz, eine grundlegende Infragestellung der Existenz Israels) eine Strategie der politischen Rechten ist, die es erinnerungspolitisch von progressiver Seite unbedingt abzuwehren gilt. Dabei nehmen sie nicht wahr, dass es der postkolonialen Seite nicht darum geht, eine diesen postfaschistischen beziehungsweise postnationalsozialistischen Konsens infrage zu stellen, sondern darum, ihn auf andere rassistische Verbrechen und koloniale Völkermorde zu erweitern – im Sinne des »Nie wieder muss für alle gelten«; möglicherweise auch verbunden mit einer neuen Sprechposition für migrantische Deutsche ohne nationalsozialistische Verstrickung. Gegenüber diesen postkolonialen Bestrebungen kommt es sozusagen zu einem fehlgeleiteten Abwehrreflex, der im Kontext des Nahostkonflikts insbesondere von Seiten der israelischen Regierung, des Zentralrats der Juden in Deutschland und anderen pro-israelischen Akteuren nach Kräften unterstützt wird. Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 geschieht dies unter anderem mit dem Stilmittel der Gleichsetzung von Hamas mit den Nazis (das die aktuelle israelische Regierung oft verwendet), oder der Gleichsetzung oder zumindest Parallelisierung des ersten Historikerstreits mit dem zweiten⁵¹ – und eben auch mit der Brandmarkung postkolonialer Kritiken an Israel als Siedlungskolonie oder Apartheidstaat als antisemitisch.

Ansatz 3 – Eurozentrismus und koloniale Muster

Als dritter Ansatz zum Verständnis der lagerübergreifenden Verurteilung postkolonialer Studien als antisemitisch kommt der Eurozentrismus hinzu, von dem auch Liberale und Linke nicht immer frei sind; auch nicht von kolonialen Denk- und Handlungsmustern. Dies zeigt sich in der empörten Verteidigung der Überlegenheit des Westens sowohl in wissenschaftlicher als

50 Spehr, Christoph: *Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter*, München: Siedler 1999, S. 95.

51 Vgl. Diner: »Über kognitives Entsetzen«, S. 77.

auch in moralischer Hinsicht⁵², aber auch in spezifischeren Argumentationsmustern, die mithilfe der postkolonialen Theorie identifiziert werden können. Das möchte ich im Folgenden demonstrieren.

Der Westen und der rückständige Rest: Eines der grundlegenden Theoreme der postkolonialen Studien geht davon aus, dass die Subjektkonstruktion des Westens als aufgeklärt und fortschrittlich im hegemonialen Diskurs auf das Gegenbild eines rückständigen Anderen angewiesen ist, das es zu zivilisieren gelte.⁵³

Gerade im Kontext der gegenüber der documenta 15 geäußerten Antisemitismusvorwürfe wurden Stimmen laut, die besagten, man müsse sich nicht über Antisemitismus wundern, wenn man die Verantwortung für die Ausstellung Künstler*innen aus dem Globalen Süden überlasse. Dass »die Deutschen« die »Kontrolle« über die Ausstellung abgegeben haben, habe, so Der Spiegel, zur »größten kulturpolitischen Katastrophe in der Geschichte der Documenta« geführt.⁵⁴ Auch andere Beiträge zu dieser Debatte waren geprägt von dem Gegensatz zwischen dem aufgeklärten, antisemitismusbewussten, moralisch überlegenen Selbst und den rückständigen Anderen, von einem Othering.

Der Westen als Träger universellen Wissens und universeller Normen: Dem indischen Historiker Dipesh Chakrabarty zufolge ist »Europa« implizit das »theoretische Subjekt« in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften: »Seit Generationen haben Philosophen und Sozialwissenschaftler Theorien aufgestellt, welche für die gesamte Menschheit Gültigkeit beanspruchen. Formuliert wurden diese Aussagen allerdings [...] in relativer und bisweilen absoluter Unkenntnis der Erfahrungen der Mehrheit der Menschheit, das heißt derjenigen Menschen, die in nichtwestlichen Kulturen leben«.⁵⁵

52 Vgl. Pfister: »Postcolonial Studies«.

53 Vgl. Hall, Stuart: »Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht«, in: Ders., *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Hamburg: Argument 1994, S. 137–179, hier: S. 173f.

54 Knöfel, Ulrike/Padtberg, Carola/Rapp, Tobias: »Judenfeindlichkeit auf der Kunstausstellung in Kassel. Die größte kulturpolitische Katastrophe in der Geschichte der Documenta«, in: *DER SPIEGEL* 26/2022 vom 24.06.2022, <https://www.spiegel.de/kultur/antisemitismus-auf-der-documenta-war-es-ein-kontrollverlust-mit-ansage-a-21435bce-3663-4101-88c4-82e6e76f73ab>, Zugriff am 24.06.2022.

55 Chakrabarty, Dipesh: »Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte«, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2002, S. 283–312, hier: S. 283f.

Eine ähnliche Haltung war auch bei in den Kontroversen um die documenta 15 zu erkennen. Das Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung und zur Aufarbeitung der Antisemitismusvorwürfe gegen die postkoloniale Kunstausstellung bestand letztlich ausschließlich aus Personen mit europäischem beziehungsweise »westlichem« Hintergrund. Die einzigen Mitglieder mit nichtwestlichem Hintergrund (und Expertise in den postkolonialen Studien), der Kolonialhistoriker Facil Tesfaye und die später einbezogene Südostasienhistorikerin Elsa Clavé, sind aus dem Gremium ausgeschieden, weil sie ihre Perspektiven dort nicht vertreten sahen. Das hinderte den Rest der Kommission nicht daran, den Abschlussbericht auch ohne Perspektiven aus dem Globalen Süden zu verfassen.⁵⁶ Die eigenen Vorstellungen, Werte und Definitionen (was antisemitisch ist und was nicht) wurden dabei als universell angenommen, ohne sich auf einen Dialog über unterschiedliche Verständnisse von Antisemitismus einzulassen. Ermöglicht wurde dies durch die Annahme, der Westen sei befähigt, auf der Grundlage partikularer Erfahrung universell gültige Normen zu erkennen und zu formulieren.

Hegemoniales Hören und Nichthören: Wie die Literaturwissenschaftlerin Gayatri Spivak am Beispiel einer indischen Freiheitskämpferin, deren Suizid gegen alle Evidenz von ihrer Familie als Resultat einer tragischen Liebesgeschichte verstanden wurde, dargelegt hat, sind bestimmte Wahrnehmungsmuster so eingeübt, dass ihnen widersprechende Artikulationen von Subalternen schlichtweg nicht gehört beziehungsweise als etwas Anderes uminterpretiert werden.⁵⁷

Solche Fälle finden sich auch in Konflikten um den Antisemitismus der postkolonialen Studien wieder. Achille Mbembes mehrfache Bekenntnisse zum Existenzrecht Israels sind (wie oben dargestellt) in der medialen Debatte schlichtweg überhört – oder bewusst ignoriert – worden. Der Boykottaufruf von BDS wird mit dem nationalsozialistischen »Kauft nicht bei Juden!« identifiziert, obwohl er sich ausdrücklich gegen den Staat Israel und nicht gegen jüdische Menschen als solche richtet.⁵⁸

In ähnlicher Weise wird der Aufruf »Free Palestine from German guilt«, mit dem propalästinensische Gruppen Deutsche dazu aufrufen, die Schuld

56 Vgl. Deitelhoff u.a.: »Abschlussbericht«, S. 11.

57 Vgl. Spivak, Gayatri: »Can the Subaltern Speak?«, in: Williams, Patrick (Hg.), *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*, New York: Columbia University Press 1994, S. 66–111, hier: S. 104.

58 Vgl. CDU/CSU u.a.: »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten«, S. 2.

des Nationalsozialismus nicht durch unbedingte Solidarität mit Israel abzutragen und so die Palästinenser*innen dafür büßen zu lassen, mit einem Schuldabwehrantisemitismus, wie er zum Beispiel in der rechtsextremen Parole »Schluss mit dem Schuldskult« zum Ausdruck kommt, in einen Topf geworfen.⁵⁹ Während die erste Äußerung die Schuld der Deutschen an sich überhaupt nicht infrage stellt (und bisweilen auch von jüdischen Holocaustüberlebenden vertreten wird⁶⁰), ist die Schuldabwehr klare Zielrichtung der zweiten. Ein weiteres Beispiel: Der Slogan »From the river to the sea, Palestine will be free« wird einerseits als antisemitischer Mordaufruf verstanden, obwohl israelische Holocaustforscher auf die Vielzahl seiner Interpretationen aufmerksam machen⁶¹; andererseits sanktioniert das Innenministerium ihn als Kennzeichen der verbotenen Organisationen Hamas und Samidoun, obwohl er viel älter ist als diese. Und im Rahmen der Berichterstattung über die documenta 15 wurde in einer mindestens dreistelligen Zahl von überregionalen Zeitungsartikeln über die antisemitische Figur in dem Kunstwerk »People's Justice« berichtet; aber in den allerwenigsten von ihnen wurde dessen eigentliches Thema erwähnt, die Anklage des genozidalen Regimes unter Suharto, den Bundeskanzler Kohl seinen Freund nannte. Die Subalternen wurden in den Antisemitismuskonflikten ungewöhnlich oft überhört oder missverstanden.

Silencing: Mit diesem Begriff hat der Anthropologe Michel-Rolph Trouillot beschrieben, wie das für zeitenössische Menschen in Europa damals undenkbar historische Ereignis einer erfolgreichen antikolonialen Revolution durch versklavte schwarze Menschen in Haiti strategisch beschwiegen beziehungsweise zum Schweigen gebracht wurde.⁶² Einen Schritt weiter als das Überhören geht das aktive Verhindern der Artikulation palästinensischer und postkolonialer Stimmen mittels zahlloser Ausladungen, durch Auftrittsverbote und

59 Vgl. Deitelhoff u.a.: »Abschlussbericht«, S. 83, 89, 92.

60 Siehe Hass, Amira: »Germany, You Have Long Since Betrayed Your Responsibility«, in: HAARETZ vom 16.10.2023, <https://www.haaretz.com/opinion/2023-10-16/ty-article-opinion/premium/germany-you-have-long-since-betrayed-your-responsibility/0000018b-3487-d051-a1cb-3ddfazcf0000>, Zugriff am 12.11.2024.

61 Confino, Alon/Goldberg, Amos: »Vom Fluss bis zum Meer gibt es Raum für verschiedene Interpretationen«, in: PERIPHERIE 174/175 (2024), S. 233–241.

62 Vgl. Trouillot, Michel-Rolph: »Undenkbar Geschichte. Zur Bagatellisierung der Haitianischen Revolution«, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2002, S. 84–115.

Kündigungen unter Verweis auf die BDS-Resolution des Bundestags.⁶³ Abgesagt wurde unter anderem die auf der documenta 15 im Mai 2022 geplante Veranstaltungsreihe über Kunstfreiheit, Rassismus und Antisemitismus mit dem Titel »We need to talk«, nachdem der Zentralrat der Juden kritisiert hatte, nicht in die Planung eingebunden gewesen zu sein.⁶⁴ Abgesagt wurde im November 2022 ebenso eine vom Goethe-Institut in Tel Aviv geplante Buchdiskussion mit Amos Goldberg, Bashir Bashir und Charlotte Wiedemann unter dem Titel »Understanding the Pain of the Others«, als Reaktion auf den Protest der israelischen Regierung.⁶⁵ Und nicht zuletzt durfte die 2008 mit Förderung der evangelischen Kirche erstellte Ausstellung über die Nakba auf dem evangelischen Kirchentag 2023 (vor dem 7. Oktober) nicht gezeigt werden, ohne dass es begründete fachliche Einwände gegeben hätte.⁶⁶ Die Liste ließe sich fortsetzen.

Koloniale Differenz: Aimé Césaire hat bereits 1955 die These vertreten, dass aus Sicht der »westlichen Zivilisation« das unverzeihliche Verbrechen Hitlers nicht das Verbrechen gegen den Menschen an sich, sondern »das Verbrechen gegen den weißen Menschen« gewesen sei, die Anwendung kolonialer Praktiken, denen vorher nur Menschen in Europas Kolonien ausgesetzt waren, auf Europa.⁶⁷ Er prangerte das Messen mit zweierlei Maß und die unterschiedliche Gewichtung von Menschenleben an, die unter anderem dazu führte, dass koloniale Völkermorde nicht mit einer allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beantwortet wurden.

Dieses Muster wird auch im Nahostkonflikt kritisiert: Während das Existenzrecht Israels trotz seiner gewaltsamen Gründungsgeschichte in der deutschen Öffentlichkeit als unantastbar gilt⁶⁸, wurde und wird ein souve-

63 Vgl. Al-Taher, Hanna: »Deutsche Staatsräson und die Verunmöglichung Palästinensischer Realität«, in: *PERIPHERIE* 44 (2024), S. 250–259.

64 Vgl. Albrecht, Fabian: »Kassel: Documenta sagt Veranstaltungsreihe nach Antisemitismusvorwürfen ab«, in: *ZEIT ONLINE* vom 04.05.2022, <https://www.zeit.de/kultur/2022-05/documenta-antisemitismus-vorwurf-absage>, Zugriff am 13.11.2024.

65 Vgl. Poppe, Judith: »Protest von israelischer Regierung: Buchdiskussion gecancelt«, in: *taz* vom 11.11.2022, <https://taz.de/Protest-von-israelischer-Regierung/!5894515/>, Zugriff am 13.11.2024.

66 Vgl. Benz, Wolfgang (Hg.): *Erinnerungsverbot? Die Ausstellung »Al Nakba« im Visier der Gegenaufklärung*, Berlin: Metropol 2023.

67 Césaire, Aimé: *Über den Kolonialismus*, Berlin: Wagenbach 1968, S. 12.

68 Vgl. Pappé, Ilan: »The 1948 Ethnic Cleansing of Palestine«, in: *Journal of Palestine Studies* 36.1 (2006), S. 6–20.

räner palästinensischer Staat seit der Staatsgründung Israels verhindert, jahrzehntelange völkerrechtswidrige Besatzung geduldet und laut Internationalem Gerichtshof ein möglicherweise genozidaler Krieg durch deutsche Waffenlieferungen unterstützt. Im aktuellen Gaza-Krieg erkennt der Anthropologe Ghassan Hage »alle Kennzeichen der kolonialen Strafexpedition« wieder: Nachdem die Eingeborenen auf Vertreibung und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen mit der Ermordung von Kolonisierenden reagieren, setzen die Kolonisierenden »die fortgeschrittensten Tötungstechniken gegen eine weit unterlegene Militärmacht ein und gehen zu einem genozidalen Massaker mit dem Ziel über, den Eingeborenen eine Lektion zu erteilen, ›die sie nie vergessen werden‹. Das ist die Art, wie die Kolonisierenden immer ihre sehr besonderen Toten betrauert haben.«⁶⁹ Den rund 1.200 israelischen Toten vom 7. Oktober stehen seitdem rund 51.000 palästinensische Opfer des Gaza-Kriegs gegenüber.⁷⁰

Schluss: Eine postkoloniale Perspektive

Hinsichtlich der Fragestellung, wie die Ansicht, dass postkoloniale Studien antisemitisch seien, über unterschiedliche politische Lager hinweg hegemonial werden konnte, können die hier angeführten Ansätze (entgrenzter Antisemitismusbegriff, historischer Kontext der BRD, Eurozentrismus und koloniale Muster) zum Verstehen der Konstellation beitragen. Insbesondere die Perspektive der postkolonialen Theorie erweist sich als produktiv zum Verständnis ihrer eigenen Marginalisierung und der aktuellen diskursiven Konstellation – nur wenige werden gern mit den blinden Flecken ihres eigenen Selbstbilds konfrontiert. Eine postkoloniale Perspektive sollte sich allerdings mit Stuart Hall bewusst sein, dass klare Linien zwischen Gut und Böse schwer zu ziehen sind und der Politik binärer Oppositionen eine Absage erteilen.⁷¹

69 Hage, Ghassan: »Gaza und das bevorstehende Zeitalter des ›Kriegers‹«, in: *PERIPHERIE* 44 (2024), S. 179–185, hier: S. 181.

70 Vgl. Statista: »Todesopfer und Verletzte im Israel-Gaza-Krieg 2023–2025«, 16.04.2025, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terro-rkrieg-der-hamas-gegen-israel/>, Zugriff am 22.04.2025.

71 Vgl. Hall, Stuart: »When was ›the Postcolonial? Thinking at the Limit«, in: Chambers, Iain/Curtis, Lidia (Hg.), *The Post-Colonial Question. Common Skies, Divided Horizons*, London: Routledge 1996, S. 242–260, hier: S. 242.

Für unser Thema hieße dies meines Erachtens, dass die Unterschiede zwischen europäischem und zionistischem Kolonialismus, allen voran Antisemitismus als Motiv des letzteren, nicht außer Acht gelassen werden dürfen, genau wie die einzigartigen Aspekte des Holocaust zum Beispiel in Form der bürokratisch-industriellen Vernichtungsmaschinerie. Auch sollte im Hinblick auf den Nahostkonflikt selbstverständlich auch der Anteil arabischer Akteure (einschließlich der Hamas) am Leid der palästinensischen Menschen nicht unerwähnt bleiben, aber auch am Leid der jüdischen beziehungsweise israelischen Menschen durch Terroranschläge und nicht zuletzt das Massaker und die Geiselnahmen vom 7. Oktober 2023. Die Asymmetrie des Konflikts und die Parteinahme für die militärisch unterlegene und völkerrechtlich legitimere palästinensische Seite darf nicht, wie in manchen Beispielen des Vulgärpostkolonialismus auf den sozialen Medien, zu einer Empathielosigkeit mit israelischen Opfern führen. Auswege aus der Gewalt sind aus einer postkolonialen Perspektive nur denkbar, wenn ein Begreifen des Schmerzes der Opfer der anderen Seite und eine solidarische Verknüpfung der Leiderzählungen an die Stelle einer Opferkonkurrenz treten und jenseits der kolonialen Differenz zu Empathie und Gerechtigkeit führen.⁷²

Dieser Text erschien zuerst in der PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft (Ausgabe 219/55.2 [2025], S. 421–443).

Literatur

AfD-Fraktion: »BDS-Bewegung verurteilen – Existenz des Staates Israel schützen«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 19/9757 (2019), <https://dserver.bundestag.de/btd/19/097/1909757.pdf>, Zugriff am 11.11.2024.

AfD-Fraktion: »Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 19/15784 (2019), <https://dserver.bundestag.de/btd/19/157/1915784.pdf>, Zugriff am 11.11.2024.

72 Vgl. Wiedemann, Charlotte: *Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis*, Berlin: Propyläen 2022; und Rothberg: *Multidirektionale Erinnerung*. Dies müsste konsequenterweise auch den Verzicht auf den Vergleich von Opferzahlen beinhalten, der hier zur Verdeutlichung der Asymmetrie des Konflikts vorgenommen wurde.

- AfD-Fraktion: »Jetzt Konsequenzen aus dem Antisemitismus-Skandal auf der documenta ziehen – Förderung des Postkolonialismus umgehend einstellen«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 20/2598 (2022), <https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002598.pdf>, Zugriff am 11.11.2024.
- Albrecht, Fabian: »Kassel: Documenta sagt Veranstaltungsreihe nach Antisemitismusvorwürfen ab«, in: *ZEIT ONLINE* vom 04.05.2022, <https://www.zeit.de/kultur/2022-05/documenta-antisemitismus-vorwurf-absage>, Zugriff am 13.11.2024.
- Al-Taher, Hanna: »Deutsche Staatsräson und die Verunmöglichung Palästina'scher Realität«, in: *PERIPHERIE* 44 (2024), S. 250–259.
- Aly, Götz: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*. Frankfurt a.M.: S. Fischer 2005.
- Amnesty International: »Israel's apartheid against Palestinians«, 01.02.2022, <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/02/MDE1551412022ENGLISH.pdf>, Zugriff am 11.11.2024.
- Bauer, Yehuda: »Einen Schlusstrich ziehen geht einfach nicht«, in: Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.), *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022, S. 123–136.
- Benz, Wolfgang (Hg.): *Erinnerungsverbot? Die Ausstellung »Al Nakba« im Visier der Gegenaufklärung*, Berlin: Metropol 2023.
- Brumlik, Micha: *Postkolonialer Antisemitismus? Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger*, Hamburg: VSA 2021.
- B'Tselem: »A regime of Jewish supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is apartheid«, 12.01.2021, https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid, Zugriff am 11.11.2024.
- Bundesregierung: »Faeser verbietet Hamas und Samidoun«, 02.11.2023, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/hamas-verbot-2234286>, Zugriff am 13.11.2024.
- Carp, Stefanie: »Rassismus und deutscher Opportunismus. Wie Achille Mbembe für eine deutsche Provinzintrige missbraucht wurde«, in: Böckmann, Matthias u.a. (Hg.), *Jenseits von Mbembe – Geschichte, Erinnerung, Solidarität*, Berlin: Metropol 2022, S. 25–44.
- CDU/CSU u.a.: »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen«, *Deutscher Bundestag* Drucksache 19/10191 (2019), <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>, Zugriff am 11.11.2024.
- Césaire, Aimé: *Über den Kolonialismus*, Berlin: Wagenbach 1968.

- Chakrabarty, Dipesh: »Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte«, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2002, S. 283–312.
- Cheema, Saba-nur/Mendel, Meron: »Postkoloniale Theoretiker: Leerstelle Antisemitismus«, in: *taz.de* vom 25.04.2020, <https://taz.de/Postkoloniale-Theoretiker/!5678482/>, Zugriff am 11.11.2024.
- Confino, Alon/Goldberg, Amos: »Vom Fluss bis zum Meer gibt es Raum für verschiedene Interpretationen«, in: *PERIPHERIE* 174/175 (2024), S. 233–241.
- Conrad, Sebastian: »Erinnerung im globalen Zeitalter«, in: Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.), *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022, S. 31–58.
- Deitelhoff, Nicole u.a.: »Abschlussbericht. Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen«, 12.09.2023, https://www.documenta.de/files/230202_Abschlussbericht.pdf, Zugriff am 20.04.2024.
- Diner, Dan: »Vorwort des Herausgebers«, in: Ders. (Hg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt a.M.: Fischer 1988, S. 7–14.
- Diner, Dan: »Über kognitives Entsetzen«, in: Friedländer, Saul u.a. (Hg.), *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkung zum neuen Streit über den Holocaust*, München: C.H. Beck 2022, S. 69–86.
- Fleischhauer, Jan: »Unsere Studenten lernen nur noch, unsere Werte zu verachten«, in: *FOCUS online* vom 09.12.2023, https://www.focus.de/politik/meinung/focus-kolumne-von-jan-fleischhauer-choreografie-der-wut-id_259476403.html, Zugriff am 11.11.2024.
- Friedländer, Saul u.a. (Hg.): *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkung zum neuen Streit über den Holocaust*, München: C.H. Beck 2022.
- Gerber, Jan-Georg: »Lockerung der Verengungen«, *jungle.world* vom 01.04.2021, <https://jungle.world/artikel/2021/13/lockerung-der-verengungen>, Zugriff am 11.11.2024.
- Gilley, Bruce: »The Case for German Colonialism«, 11.12.2019, https://www.researchgate.net/publication/338555799_The_Case_for_German_Colonialism, Zugriff am 11.11.2024.
- Goldberg, Amos/Confino, Alon: »Debatte über den Denker Achille Mbembe: Die andere Seite der Gleichung«, in: *taz* vom 01.05.2020, <https://taz.de/Debatte-ueber-den-Denker-Achille-Mbembe/!5679420/>, Zugriff am 11.11.2024.

- Goldhagen, Daniel Jonah: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin: Siedler 1996.
- Hage, Ghassan: »Gaza und das bevorstehende Zeitalter des ›Kriegers‹«, in: *PERIPHERIE* 44 (2024), S. 179–185.
- Hall, Stuart: »Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht«, in: Ders., *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften* 2, Hamburg: Argument 1994, S. 137–179.
- Hall, Stuart: »When was ›the Postcolonial? Thinking at the Limit‹«, in: Chambers, Iain/Curtis, Lidia (Hg.), *The Post-Colonial Question. Common Skies, Divided Horizons*, London: Routledge 1996, S. 242–260.
- Hass, Amira: »Germany, You Have Long Since Betrayed Your Responsibility«, in: *HAARETZ* vom 16.10.2023, <https://www.haaretz.com/opinion/2023-10-16/ty-article-opinion/.premium/germany-you-have-long-since-betrayed-your-responsibility/0000018b-3487-d051-a1cb-3ddfazcf0000>, Zugriff am 12.11.2024.
- Haury, Thomas: »Israelbezogener Antisemitismus«, in: Danilina, Anna u.a. (Hg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Göttingen: Wallstein 2024, S. 42–50.
- IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance): »Arbeitsdefinition von Antisemitismus«, 2016, <https://holocaustremembrance.com/resource/s/arbeitsdefinition-antisemitismus>, Zugriff am 30.04.2024.
- Jäckels, Pauline: »Verfassungsrechtlich nicht haltbar«, in: *nd* vom 22.08.2024, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1184704.bundestagsresolution-zum-schutz-juedischen-lebens-verfassungsrechtlich-nicht-haltbar.html>, Zugriff am 13.11.2024.
- JDA (Jerusalem Declaration on Antisemitism): »Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus«, 2021, <https://jerusalemdeclaration.org>, Zugriff am 30.04.2024.
- Jüdische Allgemeine: »Protest gegen Auftritt von Mbembe«, 17.04.2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/protest-gegen-auftritt-von-mbembe/>, Zugriff am 12.11.2024.
- Klein, Felix: »Akademischer Antisemitismus. Hierarchien des Hasses«, in: *FAZ online* vom 20.02.2022, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/akademischer-antisemitismus-hierarchien-des-hasses-felix-klein-19531381.html>, Zugriff am 21.02.2024.
- Knöfel, Ulrike/Padtberg, Carola/Rapp, Tobias: »Judenfeindlichkeit auf der Kunstaussstellung in Kassel. Die größte kulturpolitische Katastrophe in der Geschichte der Documenta«, in: *DER SPIEGEL* 26/2022 vom 24.06.2022,

- <https://www.spiegel.de/kultur/antisemitismus-auf-der-documenta-war-es-ein-kontrollverlust-mit-ansage-a-21435bce-3663-4101-88c4-82e6e76f73ab>, Zugriff am 24.06.2022.
- Martenstein, Harald: »Über Mittel gegen die Ursachen des Flüchtlingsstroms«, in: *ZEIT magazin* 41/2015 vom 08.10.2015, <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/41/harald-martenstein-fluechtlinge-kolonialismus>, Zugriff am 12.11.2024.
- Martini, Tania: »Debatte um die Gedenkkultur. Diffuse Erinnerung«, in: *taz* vom 05.03.2021, <https://taz.de/Debatte-um-die-Gedenkkultur/!5751296/>, Zugriff am 10.09.2025.
- Martini, Tania: »Historikerstreit 2.0. Konjunkturen der Erinnerung«, in: *taz.de* vom 28.02.2022, <https://taz.de/Historikerstreit-20/!5835129/>, Zugriff am 12.11.2024.
- Matthies, Marcel: »Edward Said und die Judenfrage. Ein akademisches Modell für Israelhass«, in: *FAZ online* vom 01.10.2024, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/postkolonialismus-wie-edward-said-ein-akademisches-modell-fuer-den-israelhass-entwarf-110004530.html>, Zugriff am 12.11.2024.
- Mbembe, Achille: »Antisemitismus: Die Welt reparieren«, in: *DIE ZEIT* 18/2020 vom 25.04.2020, <https://www.zeit.de/2020/18/antisemitismus-achille-mbembe-vorwurfe-holocaust-rechtsextremismus-rassismus>, Zugriff am 24.10.2024.
- Mbembe, Achille: *Politik der Feindschaft*, Berlin: Suhrkamp 2017.
- Moses, A. Dirk: »Der Katechismus der Deutschen«, in: *geschichte der gegenwart* vom 23.04.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>, Zugriff am 23.05.2021.
- Moses, A. Dirk: »Empire, Colony, Genocide. Keywords and the Philosophy of History«, in: Ders. (Hg.), *Empire, colony, genocide. Conquest, occupation, and subaltern resistance in world history*, New York: Berghahn 2008, S. 3–54.
- Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.): *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022.
- Pappé, Ilan: »The 1948 Ethnic Cleansing of Palestine«, in: *Journal of Palestine Studies* 36.1 (2006), S. 6–20.
- Pfister, René: »Postcolonial Studies: Wie der Hass auf Israel intellektuell veredelt wird«, in: *SPIEGEL online* vom 22.10.2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/postcolonial-studies-wie-der-hass-auf-israel-intellektuell-veredelt-wird-a-d222da2c-c61d-4793-a82b-875f9e6b0732>, Zugriff am 22.10.2023.

- Plumelle-Urbe, Rosa Amelia: *Weißer Barbarei. Vom Kolonialrassismus zur Rassenpolitik der Nazis*, Zürich: Rotpunktverlag 2004.
- Poppe, Judith: »Protest von israelischer Regierung: Buchdiskussion gecancelt«, in: *taz.de* vom 11.11.2022, <https://taz.de/Protest-von-israelischer-Regierung/!5894515/>, Zugriff am 13.11.2024.
- Reemtsma, Jan-Philipp: »Wehrmachtsausstellung«, in: Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.), *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin: Propyläen 2022, S. 101–122.
- Rothberg, Michael: *Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*, Berlin: Metropol 2021.
- Rothberg, Michael: »Holocaust Remembrance and the Ethics of Comparison«, 18.09.2024, <https://www.massreview.org/node/11743>, Zugriff am 18.09.2024.
- Said, Edward W.: »Imperial Continuity – Palestine, Iraq, and US policy«, Videoaufnahme der The Walker-Ames Lecture Series, University of Washington (2003), <https://www.youtube.com/watch?v=tgteoJ1LihU>, Zugriff am 04.04.2025.
- Said, Edward W.: »Zionism from the Standpoint of Its Victims«, in: *Social Text* 1 (1979), S. 7–58.
- Shah, Anil: »Siedlerkolonialismus in Palästina«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 218/55.1 (2025), S. 199–209.
- Shakir, Omar: »A Threshold Crossed«, Human Rights Watch Report 2021, <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>, Zugriff am 04.04.2025.
- Sharif, Najma (@najmamsharif): »what did y'all think decolonization meant? vibes? papers? essays? losers.«, Tweet vom 13.11.2024, <https://x.com/najmamsharif/status/1710689657757769783>, Zugriff am 13.11.2024.
- Spehr, Christoph: *Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter*, München: Siedler 1999.
- Spivak, Gayatri: »Can the Subaltern Speak?«, in: Williams, Patrick (Hg.), *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*, New York: Columbia University Press 1994, S. 66–111.
- Sprügel, Guido: »Eine Vorstellung des Bandes ›Ein Verbrechen ohne Namen‹: Der Katechet des Unsinn«, in: *jungle.world* vom 10.02.2022, <https://jungle.world/artikel/2022/06/der-katechet-des-unsinn>, Zugriff am 12.11.2024.
- Statista: »Todesopfer und Verletzte im Israel-Gaza-Krieg 2023–2025«, 16.04.2025, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage>

- ge/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/, Zugriff am 22. 04.2025.
- Stein, Hannes: »Die Entkolonisierung war eine Katastrophe«, in: *WELT online* vom 06.12.2015, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article/149662414/Die-Entkolonisierung-war-eine-Katastrophe.html>, Zugriff am 12.11.2024.
- Trouillot, Michel-Rolph: »Udenkbare Geschichte. Zur Bagatellisierung der Haitianischen Revolution«, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2002, S. 84–115.
- Ullrich, Peter: »Gutachten zur ›Arbeitsdefinition Antisemitismus‹ der International Holocaust Remembrance Alliance«, in: *RLS Papers* 2/2019 (2019), <https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-ihra/>, Zugriff am 12.11.2024.
- Wiedemann, Charlotte: *Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis*, Berlin: Propyläen 2022.
- Ziai, Aram: »Konflikte um Antisemitismus bei der documenta 15. Zum Abschlussbericht des Expert*innen-Gremiums«, in: *PERIPHERIE* 174/175 (2024), S. 288–305.
- Zimmerer, Jürgen (Hg.): *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*, Ditzingen: Reclam 2023.
- Zimmerer, Jürgen: *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*, Berlin: Lit 2011.
- Zimmerer, Jürgen/Rothberg, Michael: »Erinnerungskultur: Enttabuisiert den Vergleich!«, in: *DIE ZEIT* 14/2021 vom 04.04.2021, <https://www.zeit.de/2021/14/erinnerungskultur-gedenken-pluralisieren-holocaust-vergleich-globalisierung-geschichte>, Zugriff am 30.04.2024.

Der rebellische Konformismus professoraler Intellektueller

Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, die politische Rechte und der Kampf um Hegemonie an Universitäten

Lukas Geisler

2021 hielt der heutige US-amerikanische Vizepräsident JD Vance eine Rede mit dem Titel: »Die Universitäten sind der Feind.« Seit Anfang 2025 attackiert die amerikanische Regierung die Universitäten mit allen Mitteln: durch politische Eingriffe in Hochschulgremien und Curricula, unter anderem durch Verbote von Critical Race Theory oder Gender Studies und die Abschaffung von DEI-Programmen (Diversity, Equity and Inclusion, auf deutsch etwa »Diversität, Gerechtigkeit/Chancengleichheit und Inklusion«), durch finanzielle Kürzungen und Förderdruck, durch bundesrechtliche Ermittlungen und Auflagen zur Forschungssicherheit, durch scharfe Rhetorik gegen sogenannte »linke Eliten« sowie durch eine administrative Überlastung (durch neue Compliance-Vorgaben und Berichtspflichten), die Lehre und Forschung lähmt.¹ Auch in Deutschland nimmt die politische Rechte die Universitäten oder bestimmte Fachrichtungen in den Blick: Alice Weidel, Co-Parteivorsitzende der AfD, verkündete auf dem Parteitag in Riesa Anfang 2025: »Wir schließen alle Gender Studies – und schmeißen alle diese Professoren raus.«² Als einstiege

-
- 1 Sentner, Irie: »Republicans have hated universities for years. Anti-war protests gave them a reason to punish them«, in: Politico, <https://www.politico.com/news/2025/03/11/trump-universities-protest-antisemitism-government-00224272>, Zugriff am 04.11.2025. Siehe auch Loick, Daniel: »US-Präsident Trump: Feindbild Universität«, in: *nd.Die Woche* vom 24.03.2025, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1190021.hochschulsystem-us-praesident-trump-feindbild-universitaet.html>, Zugriff am 04.11.2025.
 - 2 Tagesschau: »Parteitag in Riesa.Weidel ist AfD-Kanzlerkandidatin«, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/afd-weidel-riesa-100.html>, Zugriff am 04.11.2025.

markoliberal-rechtskonservative »Professorenpartei« gegründet, wandelte sie sich zu einer völkisch-nationalistischen Partei, die vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« eingestuft wird.³ Dabei zeigt auch der erneute internationale Blick, dass vermeintlich linke oder liberale Universitäten und vor allem die Gender Studies in den Blick autokratischer Staaten und rechter Bewegungen geraten (siehe auch *Birgit Sauer* in diesem Band). So habe Wladimir Putin die »Universitäten zu ideologischen Waffen gegen die vermeintlich westlichen Auswüchse des Feminismus umfunktionierte.«⁴ Mit Verweis auf weitere aktuelle Beispiele, wie in Ungarn und der Türkei, schreibt der US-amerikanische Philosoph Jason Stanley, dass nach faschistischem Verständnis Bildung vor allem »Stolz auf eine mythische Vergangenheit« erzeugen soll. Entsprechend werden jene akademischen Disziplinen hervorgehoben, die »hierarchische Normen und nationale Traditionen« bestätigen. Universitäten dienen aus dieser Perspektive weniger der Erkenntnis als der Indoktrination. Sie sollen nationalen Stolz vermitteln, insbesondere, wenn der Nationalismus »ethnisch aufgeladen« ist, also auf die angeblich »glorreichen Errungenschaften« der dominanten gesellschaftlichen Gruppe verweist.⁵

Dass die internationale Rechte den Kampf um die Hegemonie an den Universitäten teilweise erfolgreich führt, ist offenkundig. Der Zugriff auf wissenschaftliche Institutionen ist für autoritäre Regime wie auch für die politische Rechte von zentraler Bedeutung. Dies zeigt sich daran, dass sich Antiintellektualismus und Wissenschaftsfeindlichkeit gezielt gegen bestimmte Disziplinen und Themen richten, während andere Bereiche gefördert werden. Denn autokratische Systeme sind zugleich auf technisch-funktionales Wissen und auf Diskurse angewiesen, die den Anschein wissenschaftlicher Objektivität und Wahrheit erwecken. Für die internationale Rechte gelten Universitäten heute als »elitär« und »links«; tatsächlich sind sie jedoch Orte, an denen um gesellschaftliche Deutungsmacht gerungen wird, wie Jason Stanley verdeutlicht, wenn er den »Campus als Schlachtfeld« beschreibt.⁶

3 Rafael, Simone/Düker, Joe: »AfD. Von der Professorenpartei zur parlamentarischen Repräsentation des Rechtsextremismus«. in: CeMAS, <https://cemas.io/blog/afd-radikalisierung/>, Zugriff am 04.11.2025.

4 Stanley, Jason: »Der Campus als Schlachtfeld. Wie faschistische Politik den öffentlichen Diskurs zersetzt«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2024, S. 94.

5 Stanley: »Der Campus als Schlachtfeld«, S. 96.

6 Stanley: »Der Campus als Schlachtfeld«, S. 90.

Denn wer an Universitäten Einfluss ausübt, bestimmt mit, was als wissenschaftlich anerkannt wird und damit auch, welche Wissensformen zur Rechtfertigung politischer Herrschaft dienen. Doch während vor allem die Angriffe auf Universitäten »von außen«, also von Politik, Staat und Bewegung, in der öffentliche Debatte diskutiert werden, gerät aus dem Blick, dass Universitäten und ihre Angehörige weder historisch noch aktuell *per se* progressive Orte darstellten oder darstellen.

Im vorliegenden Beitrag möchte ich ein aktuelles Beispiel diskutieren: Das im Februar 2021 gegründete Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, das nach eigenen Angaben das Ziel verfolgt, »die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologisch motivierte Einschränkungen zu verteidigen«.⁷ Laut der öffentlich einsehbaren Mitgliederliste sind 750 Personen, hauptsächlich Professor*innen, Teil des Netzwerks.⁸ Zuerst möchte ich allerdings einen kursorischen Blick in die Geschichte deutscher Universitäten im 20. Jahrhundert in Verbindung mit der politischen Rechten werfen. Danach folgt eine kurze Beschreibung der neoliberalen Konjunktur und der Auswirkung auf die Reproduktion von professoralen Intellektuellen, um die Überlegungen gesellschaftstheoretisch zu fundieren. Darauf werden einzelne Fallbeispiele im Kontext des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit exemplarisch aufgerufen. Es geht mir dabei nicht darum, ein Psychogramm der behandelten Personen zu erstellen, sondern anhand dieser Fälle das Ringen um intellektuelle Hegemonie in der »multiplen Krise« zu begreifen.⁹ Zuletzt werden die Ergebnisse der Analyse auf das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit und die Gesellschaft als Ganzes bezogen. Letztlich argumentiere ich dafür, dass die Aktivitäten der untersuchten Fälle sowie des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit allgemein als rebellischer Konformismus professoraler Intellektueller charakterisiert werden können und die Berufung auf Wissenschaftsfreiheit als Instrument eines rechten Hegemoniekampfes um Universitäten angesehen werden muss, der über die Universitäten hinaus wirkt und zukünftig Einfluss auf die (Re-)Produktion von rechten Eliten maßgeblich Einfluss haben könnte.

7 Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Manifest«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest/>, Zugriff am 02.05.2025.

8 Vgl. Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Mitglieder«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/mitglieder/>, Zugriff am 02.05.2025.

9 Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline: »Die multiple Krise. Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus«, in: Dies. (Hg), *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA 2011, S. 11–28.

Die politische Rechte und die Universitäten im 20. Jahrhundert

Als 1918 das deutsche Kaiserreich zusammenbrach und die Deutsche Republik (heute bekannt als Weimarer Republik) ausgerufen wurde, waren die Universitäten einem Transformationsprozess ausgesetzt, aber auch von Kontinuität geprägt, wie Christoph Haker und Lukas Otterspeer ausführen:

»Die Hochschulen standen vor einer finanziell prekären Lage, Studierende hatten schlechte Berufsaussichten, und der Status akademischer Eliten wurde in Frage gestellt. Gleichzeitig änderte sich an den politischen Einstellungen ebendieser akademischen Elite wenig. Die neue Demokratie blieb vielen Professoren fremd, die in hohem Maße monarchistisch, patriarchal, klassistisch und autoritär sozialisiert waren.«¹⁰

Die professorale Mehrheit jener Zeit hielt am »monarchistischen, militaristischen und revanchistischen Zeitgeist« fest, tarnte diese Haltung jedoch als vermeintlich unpolitisch. Indem sie die Demokratisierung als »Politisierung« kritisierte, verteidigte sie im Grunde den überkommenen Status quo des Kaiserreichs. Für viele Studierende entwickelte sich die Universität dadurch zu einem Umfeld, in dem »völkische und nationalsozialistische Positionen« schon früh dominieren konnten. Viele Studierende zu dieser Zeit gehörten später zur »nationalsozialistische Führungselite«. So stellten Universitäten in der Weimarer Republik eine »Kontinuität des Althergebrachten« dar und waren mehrheitlich »Gegnerinnen gesellschaftlicher Demokratisierung«.¹¹

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 markierte das Ende der parlamentarischen Demokratie. Bereits am 3. März 1933 – im Vorfeld der Reichstagswahlen am 5. März wurden Unterschriften zugunsten Adolf Hitlers unter Hochschullehrern gesammelt – wurde eine erste Erklärung mit über 300 Unterschriften von Professoren und Privatdozenten¹² veröffentlicht, die die sogenannte Machtübernahme von Hitler öffentlich unterstützten.¹³ Im

10 Haker, Christoph/Otterspeer, Lukas: »Die Rolle von Hochschulen in autoritären Zeiten«, in: *Geschichte der Gegenwart* vom 05.10.2025, <https://geschichtedergegenwart.ch/die-rolle-von-hochschulen-in-autoritaeren-zeiten/>, Zugriff am 04.11.2025.

11 Haker/Otterspeer: »Die Rolle von Hochschulen«.

12 Hauptsächlich Männer, weshalb im Folgenden die maskuline Form verwendet wird.

13 Vgl. Grüttner, Michael: *Talar und Hakenkreuz. Die Universitäten im Dritten Reich*, München: C.H. Beck 2024, S. 79.

Herbst des gleichen Jahres, am 11. November 1933, legten deutsche Professoren und Hochschullehrer auf einer Festveranstaltung in Leipzig ein öffentliches Treuegelöbnis ab, um ihre Unterstützung für Adolf Hitler und den nationalsozialistischen Staat zu demonstrieren: Das sogenannte »Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat« wurde 1934 mit den Festreden veröffentlicht. Es unterschrieben ungefähr 900 Personen, darunter auch Martin Heidegger, Hans-Georg Gadamer oder Arnold Gehlen.¹⁴ Bis zum Ende des ersten Jahres der NS-Herrschaft wurden an deutschen Universitäten zahlreiche Hochschulangehörige entlassen, darunter hunderte ordentliche und außerordentliche Professoren, Honorarprofessoren, Privatdozenten sowie Assistenten und sonstige Mitarbeiter an Instituten, Museen und Bibliotheken. Etwa ein Drittel dieser Entlassungen erfolgte aus rassistischen Gründen. Besonders stark betroffen waren die Universität Berlin mit rund 30 Prozent des Personals und Frankfurt mit etwa 20 Prozent. Zeitungen berichteten damals häufig über Entlassungen, Beurlaubungen, Rücktritte und Selbsttötungen.¹⁵ Wie Christoph Haker und Lukas Otterspeer resümieren, war bis 1939 davon auszugehen,

»dass gegenüber dem nationalsozialistischen Regime eine grundsätzliche Befürwortung mit Skepsis in Bezug auf Detailfragen vorherrschend war. Diese Skepsis verflog in der Euphorie des Kriegsbeginns und wurde von zunehmender Identifikation abgelöst. Im Verlauf des Krieges fielen etwa in der medizinischen Forschung ethische Hemmnisse. Forschungsfelder wie Rassenkunde, völkische Wissenschaft oder Wehrmachtpsychologie erlebten einen Aufschwung und waren im Sinne angewandter Forschung unmittelbar am Regime beteiligt.«¹⁶

Der Historiker Michael Grüttner hebt dezidiert hervor, dass Universitäten keineswegs »Objekte nationalsozialistischer Herrschaft« waren, sondern die Gleichschaltung sowohl von außen als auch von innen vorangetrieben wurde: »In allen wissenschaftlichen Disziplinen exponierten sich Hochschulleh-

14 Vgl. Grüttner: *Talar und Hakenkreuz*, S. 83ff.

15 Vgl. Jäger, Siegfried: »Zur Widerständigkeit der Hochschullehrer zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft«, in: *Psychologie und Geschichte* 4.3/4 (1993), S. 221.

16 Haker/Otterspeer: »Die Rolle von Hochschulen«.

rer 1933/34 als aktivistische Vordenker einer neuen, nationalsozialistischen Wissenschaft.«¹⁷

Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 erlaubten die Alliierten die Wiedereröffnung der ersten Universitäten. Dabei waren die materiellen Probleme der Universitäten in der Westzone immens: Zwei Drittel ihrer Gebäude waren weitestgehend zerstört, es gab einen Mangel an Dozierenden. Dabei war die Lage der Studierenden zumeist von akuter Not geprägt, denn es fehlte nach den kriegsbedingten Zerstörungen und Auflösung der Bibliotheken sowie Büchervernichtungen durch das NS-Regime an Büchern.¹⁸ Der Sozialwissenschaftler Alex Demirović weist in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass die politisch-moralische Situation als das eigentliche Problem betrachtet wurde:

»Denn die Universitäten als Institutionen hatten sich nicht nur als nicht resistenzfähig gegen den Nationalsozialismus erwiesen. Vielmehr waren die Studenten vor und nach 1933 eine der wichtigsten Protagonistengruppen des NS-Regimes, zahlreiche Akademiker hatten sich als Ideologen an seine Spitze gestellt, ihm vielfach aus Eigeninitiative zugearbeitet oder, mehr als es vielleicht aus Furcht vor politischen Repressalien nötig gewesen wäre, sich der Diktatur in vorauseilenden Gehorsam angepaßt.«¹⁹

Zudem konnten »viele der im Zuge der alliierten Entnazifizierungspolitik entlassenen Hochschullehrer«²⁰ in die Universitäten zurückkehren. Unter ihnen waren – neben den bereits genannten Gehlen und Heidegger –, wie Christoph Haker und Lukas Otterspeer schreiben, der Jurist Erich Schwing, der Biologe Rainer Knußmann, der Soziologe und Ethnologe Wilhelm Mühlmann sowie von dem Humangenetiker Otmar von Verschuer.²¹ Ihr Weiterwirken zeige bei-

17 Grüttner: *Talar und Hakenkreuz*, S. 8.

18 Vgl. Demirović, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023, S. 92ff.

19 Demirović: *Der nonkonformistische Intellektuelle*, S. 94f.

20 Haker/Otterspeer: »Die Rolle von Hochschulen«.

21 Ein markantes Beispiel ist die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), bei der letzter geforscht hat: »Die Geschichte der MPG als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) geht bis in die Kaiserzeit zurück und hat eine lange Geschichte der Komplizenschaft mit dem NS. Bereits vor der Machtübernahme der NSDAP im Jahr 1933 gab es an einigen KWI Forschungen, die rassistische Überlegenheitsfantasien verwissenschaftlichten. Insbesondere das KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, heute Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte, war hier nicht

spielhaft, »dass Positionen, die bereits im Nationalsozialismus vertreten wurden, teils anders nuanciert auch das Wirken dieser Personen beziehungsweise des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Nachkriegszeit bestimmten.«²²

Die exklusiv-autoritären und von Kontinuität geprägten westdeutschen Universitäten begann sich ab den 1960er Jahren zu verändern. Ein markantes Beispiel dafür ist die 1961 erschienene Hochschuldenkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) »Hochschule in der Demokratie«. Darin forderte der SDS nichts weniger als eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen. Was heute als Selbstverständlichkeit progressiver Hochschulpolitik gilt, war damals ein radikaler Vorstoß in den stark hierarchisch geprägten Universitäten Westdeutschlands und -berlins.²³ In den 1960er Jahren kam es zur sogenannten Bildungsexpansion und tatsächlichen Transformation der Hochschulen: »Die Ersetzung der Ordinarien durch die Gruppenuniversität«²⁴ (auch fordistische Universität). Doch die »wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verstrickungen der deutschen Universitäten begann in Westdeutschland erst in den 1980er und 1990er Jahren«²⁵. Doch auch in dieser Zeit waren die Universitäten nicht frei von rechten Intellektuellen. Beispielsweise veröffentlichten 15 Professoren am 17. Juni 1981 das sogenannte »Heidelberger Manifest«. Ein solches Manifest, in dem Professoren ihre »Besorgnis« über das »deutsche Volk«, das zunehmend »unterwandert« werde, zum Ausdruck brachten, hatte

bloß involviert, sondern federführend. Es bestand aus den drei namensgebenden Abteilungen, die von namhaften »Rassentheoretikern« geleitet wurden, unter anderem von Eugen Fischer, Otmar von Verschuer und Fritz Lenz. Sie gehörten allesamt der frühen eugenischen Bewegung an und waren zentrale Figuren der Entwicklung, Verbreitung und später auch der politischen Umsetzung von NS-Ideologien wie der »Rassenhygiene«. Unter ihrer Leitung wurden an besagtem KWI Forschungen angestellt, die sich als wissenschaftliche Wegbereiter der Nürnberger Gesetze bezeichnen lassen.« (Caldarella, Altaira/Geisler, Lukas: »Aufarbeitungstheater«, in: *nd. Die Woche* vom 04.08.2023, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1175282.hochschulpolitik-in-frankfurt-aufarbeitungstheater.html>, Zugriff am 04.11.2025.)

22 Haker/Otterspeer: »Die Rolle von Hochschulen«.

23 Vgl. Bultmann, Torsten/Fuchs, Christiane/Käthner, Steffen (Hg.): *Hochschule in der Demokratie – Demokratie in der Hochschule. 60 Jahre SDS-Hochschuldenkschrift*, Marburg: BdWi-Verlag 2020.

24 Belina, Bernd/Petzold, Tino/Schardt, Jürgen/Schipper, Sebastian: »Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität«, in: *sub|urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 1.1 (2013), S. 49–74.

25 Haker/Otterspeer: »Die Rolle von Hochschulen«.

es, wie Andreas Wagner hervorhebt, seit dem »Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler« nicht mehr gegeben. Denn die Formulierungen im »Heidelberger Manifest« erinnern stark an die Rhetorik jener Erklärung aus dem November 1933.²⁶ Bereits ab 1980 gab es mehrere Leserbriefe, von einem der Unterzeichner, die in Zeitungen abgedruckt wurden, aus dem viele Formulierungen im Manifest übernommen wurden. Nachdem das »Manifest« publik wurde, berichteten viele deutsche Zeitungen kritisch darüber. Als Reaktion auf Kritik wurde eine veränderte Fassung von einer elfköpfigen Autorengruppe veröffentlicht. Die zweite Version »enthielt neben weitestgehend gleichlautenden Passagen den entsprechenden appellierenden Impetus und eine im Wesentlichen unveränderte Argumentationskette«.²⁷ Beispielsweise wird der Satz »Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden« in der zweiten Fassung des »Manifests« abgewandelt in: »Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich.«²⁸ In der zweiten Fassung findet also eine Verschiebung statt und das »Volk« wird durch »Integration« gefährdet, und zwar, weil es seine »Sprache«, »Kultur« oder »Religion« zu verlieren droht. Dies entspricht einer neorassistischen Argumentationsweise, die im Zuge der sogenannten Neuen Rechten aufkommt.²⁹

»Die Betrachtung des Heidelberger Manifests zeigt, dass mit der Abfassung versucht wurde, durch »Übersetzung« der rassistischen Begriffe in vermeintlich harmlosere Wortkonstruktionen diese Hüllen zu bilden, um das eigentlich rassistische Wesen des Textes möglichst zu verbergen. Die Untersuchung zeigt aber auch, dass die Verwendung der Argumente aus

26 Vgl. Wagner, Andreas: »Das »Heidelberger Manifest« von 1981. Deutsche Professoren warnen vor »Überfremdung des deutschen Volkes«, in: Klatt, Johanna/Lorenz, Robert (Hg.), *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*, Bielefeld: transcript 2014, S. 285–314, hier: S. 286.

27 Wagner: »Das »Heidelberger Manifest«, S. 289.

28 Burghart, Klaus/Link, Jürgen/Link-Heer, Ulla/Stauber, Evi: »»Heidelberger Manifest«. Historisch-kritische Ausgabe«, in: *kultuRRRevolution 2* (1983), S. 6–23.

29 Vgl. Balibar, Étienne: »Gibt es einen »Neo-Rassismus«?«, in: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (Hg.), *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Ambiguitäten*, Hamburg: Argument 2017, S. 23–38.

dem Heidelberger Manifest nicht mit der eigentlichen Publikation endet. Noch heute verweisen NPD-Verbände in ›zeitgemäßer Aufbereitung‹ des Sündenbock-Mythos' auf das Heidelberger Manifest.«³⁰

Inwiefern die sogenannte Neue Rechte im Nachgang des Mauerfalls 1989, der rassistischen Pogrome und des erstarkenden Nationalismus Anfang der 1990er Jahre auch an den Universitäten Fuß fassen konnte, untersuchte die Studie *Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren* von Alex Demirović (und Gerd Paul).³¹ Die Studie zu rechten Einstellungen unter hessischen Studierenden begann im Frühsommer 1993. Erste Überlegungen dazu hatten sich in einer Arbeitsgruppe am Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) ergeben: »Es ging um die Frage, ob es der Rechten gelingen könnte, sich zu ›intellektualisieren‹ und einen Zugang zu intellektuellen Milieus zu finden.«³² Dies folgte der Überlegung Étienne Balibars, dass dem Rassismus ein verkannter »Wille zum Wissen« inhärent ist.³³ Dabei waren die Universitäten für die sogenannte Neue Rechte besondere Orte, da sie versuchten, »auf die politische Orientierung der zukünftigen Eliten Einfluß [zu]nehmen«. Im Anschluss an die rechte Aneignung Alain de Benoists von Antonio Gramsci wollte die Neue Rechte durch die Neugründungen von Zeitschriften, wie »Junge Freiheit«, »Nation und Europa« oder »Criticón«, auf das kollektive Denken der sogenannten 1989er Generation Einfluss nehmen.³⁴ Diese Versuche, so resümiert in der Studie Demirović, konnten damals allerdings »als gescheitert gelten.«³⁵ Allerdings gäbe es eine Gruppe von 30 Prozent

30 Wagner: »Das ›Heidelberger Manifest‹«, S. 313.

31 Demirović, Alex/Paul, Gerd: *Demokratisches Selbstverständnis und Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1996. Siehe auch: Demirović, Alex/Paul, Gerd: »Eliten gegen die Demokratie? Studierenden zwischen demokratischem Selbstverständnis und rechtsextremen Ideologien«, in: Institut für Sozialforschung (Hg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1994, S. 59–90.

32 Demirović/Paul: *Demokratisches Selbstverständnis*, S. 9.

33 Balibar, Étienne: »Gibt es einen ›Neo-Rassismus?‹«, S. 26.

34 In der Neuen Rechten bezeichnet die »1989er Generation« eine intellektuelle Strömung, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges als kulturelle und politische Neuformierung der Rechten verstand. Sie stilisierte 1989 zum Gegenmythos zu 1968 und sah sich als metapolitische Avantgarde gegen die vermeintliche Hegemonie der Linken.

35 Demirović/Paul: *Demokratisches Selbstverständnis*, S. 11ff.

der hessischen Studierenden, die in der Tendenz mehr oder weniger ausgeprägtes autoritäres Potenzial besäßen, beziehungsweise sich so äußerten.³⁶ Dies sei eine Tendenz, die sich als gesamtgesellschaftliche Kontinuität für die Bundesrepublik bis in die 1990er Jahre ausmachen lasse.³⁷ Angesichts einer globalen »faschistische[n] Dynamik«³⁸ und »Tendenzen der Faschisierung«³⁹ in der Bundesrepublik bräuchte es eine neue großangelegte Studie zu Hochschulen und der politischen Rechten, die angesichts der aktuellen Entwicklungen die Frage neu stellt, inwiefern es der politischen Rechten gelingt, an den Universitäten Fuß zu fassen, und wie es um die Hegemonie an deutschen Universitäten tatsächlich bestellt ist.

Dieser kurze kursorische Blick in die Geschichte der deutschen Universitäten im 20. Jahrhundert verdeutlicht, dass diese »nicht [nur] als Treiber demokratischer Entwicklungen«⁴⁰ gelten können. Stattdessen offenbart sich eine Kontinuität von rechtem Denken von Studierenden wie von Professor*innen: Von der Weimarer Republik über die NS-Zeit bis in die späten 1990er Jahre lassen sich wiederholt Fälle beobachten, in denen akademische Autoritäten demokratische Prozesse ablehnten oder autoritäre Ideologien unterstützten. Selbst nach Demokratisierung und Entnazifizierung hielten bestimmte Positionen und Denkstile fort und beeinflussten das intellektuelle Klima. Universitäten fungierten somit nicht nur als Orte der Wissensproduktion, sondern auch als Resonanzräume für rechte Vorstellungen. Im Folgenden widme ich mich intellektuellentheoretischen Überlegungen in Verbindung mit der Krise des Neoliberalismus.

(Professorale) Intellektuelle in der Krise des Neoliberalismus

Spätestens seit 2015 mobilisiert die politische Rechte mit Bedrohungsszenarien, welche die Unsicherheiten der Menschen im Neoliberalismus (oder

36 Vgl. Demirović/Paul: *Demokratisches Selbstverständnis*, S. 216.

37 Vgl. Demirović, Alex: »Rechtsextremismus in der Bundesrepublik«, in: Institut für Sozialforschung (Hg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1994, S. 29–58.

38 Demirović: »Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?«.

39 Becker, Lia: »Deutschland am Kippunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung«, in: *Zeitschrift Luxemburg* (2024), <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kippunkt-becker/>, Zugriff am 05.11.2025.

40 Haker/Otterspeer: »Die Rolle von Hochschulen«.

Postfordismus) affektiv ansprechen, nicht nur gegen Arbeitssuchende und Arbeitslose, sondern vor allem gegen Geflüchtete. Die Konstruktion des gefährlichen Anderen richtet sich aktiv gegen tatsächlich oder vermeintlich Zugewanderte.⁴¹ Die Krise des Fordismus und des aufkommenden Neoliberalismus beschreibt dabei die Wandlung von einem Wohlfahrts- beziehungsweise Vorsorgestaat zum Wettbewerbsstaat, welche die gesellschaftlichen Beziehungen veränderte und in der Folge die Grundlage bildet für eine affektive Politik der Angst, die mit Forderungen nach Kontrolle und Sicherheit verbunden ist.⁴² Denn der Abbau des Wohlfahrtsstaates und der sozialen Absicherung, der in der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren begann und in Deutschland in den Hartz-IV-Reformen seinen deutlichsten Ausdruck fand, trug zur Verfestigung von sozialer Ungleichheit und damit Unsicherheit bei. Nach Demirović kann die Neue Rechte dabei selbst als Teil der Krise der fordistischen Regulierung betrachtet werden, nämlich in dem Sinne, dass sie »selbst ein Faktor bei der Auflösung des fordistischen Konsens« war.⁴³ Ähnliches, so möchte ich argumentieren, trifft auch auf die Krise des Neoliberalismus zu.

Denn der Abbau des Wohlfahrtsstaates verschiebt die Grenzen zwischen der Sphäre der Reproduktion und des Staates, der sich aus dieser Verantwortung zurückzieht und die soziale Sicherheit zunehmend auf das Individuum verlagert.⁴⁴ In Zeiten der Informalisierung der Entscheidungsstrukturen und Repräsentations- und Legitimationskrisen in liberalen Demokratien setzt die politische Rechte auf affektive Strategien in der Politik und betreibt erfolgreich eine »Repolitisierung durch Gefühle«.⁴⁵ Das heißt, Gefühle wie Sympathie, Antipathie, Authentizität, Empathie und die öffentlich inszenierte Person spielen im Vergleich zu sachlich rationalen Argumentationen eine zunehmend wichtige Rolle. So arbeitet die politische Rechte mit Bedrohungsszenarien, die durch den Neoliberalismus auf fruchtbaren Boden treffen und gleichwohl zur Krise des Neoliberalismus beitragen, wobei Intellektuelle eine hervorgehobene gesellschaftliche Stellung einnehmen.

41 Vgl. Sauer, Birgit/Penz, Otto: *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Frankfurt: Campus 2023, S. 50.

42 Vgl. Sauer/Penz: *Konjunktur der Männlichkeit*, S. 42f.

43 Demirović, Alex: »Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt ›Rassismus‹ in Ideologiekritik und Ideologietheorie«, in: Institut für Sozialforschung (Hg.), *Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1992, S. 21–54, hier: S. 47.

44 Vgl. Demirović: »Vom Vorurteil zum Neorassismus«, S. 43.

45 Demirović: »Vom Vorurteil zum Neorassismus«, S. 58.

Intellektuelle sind, Antonio Gramsci folgend, keine autonome gesellschaftliche Gruppe, sondern gekoppelt an eine gesellschaftliche Gruppe, ein Milieu oder eine Klasse.⁴⁶ Diese komplexe Ausformung drückt sich unter anderem in der vermittelten Beziehung der Intellektuellen zur Sphäre der Produktion aus. Durch die Spezialisierung der Gesellschaft und die gesellschaftliche Arbeitsteilung durch das Fortschreiten der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse wächst auch die Stellung und Notwendigkeit der Intellektuellen, während gleichzeitig die Spezialisierung der Intellektuellen zunimmt. Aufgabe der Intellektuellen der herrschenden Gruppe ist die Herstellung des Konsenses zwischen Herrschenden und Subalternen.⁴⁷ Intellektuelle wirken also organisierend und müssen daher im Kontext von gesellschaftlichen Kämpfen um Hegemonie betrachtet werden. Gerade in der Krise, wie der des Neoliberalismus, führen sie Kämpfe um Wahrheit und Deutung und formen gesellschaftliche Auseinandersetzungen so entscheidend mit. In der seit der globalen Finanzkrise von 2008/2009 zu beobachtenden »multiplen Krise«⁴⁸ finden Kämpfe um Hegemonie statt. Die politische Rechte nutzt dies, trägt allerdings auch selbst zur Krise des Neoliberalismus bei, indem sie auf eben jene affektive Politik zurückgreift und global gesehen an Einfluss gewinnt.

Alex Demirović teilt – von der Aufklärung zum Fordismus – (kritische) Intellektualität in vier Stadien ein.⁴⁹ Dabei ist zu betonen, dass es ihm um kritische Intellektualität geht, doch davon ist, wie wir sehen werden, abzuleiten, dass es im Zuge gesellschaftlicher Krisen und erstarkender Kämpfe um Hegemonie auch zur Reorganisation des Wissens und der Intellektuellen per se kommt.⁵⁰ Während traditionelle Intellektuelle, wie Kirchenmänner, bis zur Epoche der Aufklärung die Rolle von Intellektuellen in den feudalen Gesellschaften eingenommen haben, prägt sich in dieser ersten Phase eine

46 Vgl. Gramsci, Antonio: »(Organische) Intellektuelle«, in: Becker, Lia/Candeias, Mario/Niggemann, Janek/Stecker, Anne (Hg.): *Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte*, Hamburg: Argument 2013, S. 91–97, hier: S. 91.

47 Vgl. Gramsci: »(Organische) Intellektuelle«, S. 97.

48 Demirović u.a.: »Die multiple Krise«.

49 Vgl. Demirović, Alex: »Kritische Gesellschaftstheorie und ihre Bildungsbedingungen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus«, in: Büchert, Oliver/Wagner, Alexander (Hg.), *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie*, Marburg: BdWi-Verlag 2007, S. 63.

50 Vgl. Demirović: »Kritische Gesellschaftstheorie«, S. 65.

neue Form aus. »Als Wissenschaftler galten hier Physiker, Biologen, Mathematiker«⁵¹ und sie waren in »Lese- und Geheimgesellschaften sowie Cafés verbunden«.⁵² Diese Form habe sich in der zweiten Phase während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geändert:

»Die Universitäten wurden reformiert, die Ausbildung zielte auf die Qualifikation vorwiegend von Geistlichen, Juristen und Ärzten, der Beruf des Wissenschaftlers wurde etabliert. Es kommt zu einer Reorganisation des Wissens durch den Staat: das Wissen wird kanonisiert, Verfahren der Kontrolle, Prüfung und Lizensierung werden institutionalisiert und an der beruflichen Praxis von Beamtenlaufbahnen ausgerichtet.«⁵³

Schließlich markiere Karl Marx, mit vielen anderen, den Übergang zur dritten Phase von kritischer Intellektualität. Diese finde außerhalb der Universitäten statt: in der freien Presse, in der sozialdemokratischen Partei und in Gewerkschaften, nämlich durch Parteischulen und -presse sowie Buchpublikationen. Während der fordistischen, also der vierten Phase kritischer Intellektueller, finden diese Anstellungen an Universitäten statt: »Nach dem zweiten Weltkrieg kam es schließlich zur Eingliederung der kritischen Gesellschaftstheorie in die Universitäten, also die Reproduktion kritischen Wissens unter den Bedingungen von akademischer Lehre und Forschung«.⁵⁴

Zu einer erneuten Neuformierung des Wissens kam es durch die Krise des Fordismus, die spätestens durch die sogenannte Bologna-Reform ab 1999⁵⁵ die fordistische Universität in die (neoliberale oder) »unternehmerische Universität«⁵⁶ transformierte. Auch die Soziolog*innen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey diagnostizieren, dass durch den »Umbau der Hochschulen die typi-

51 Demirović: »Kritische Gesellschaftstheorie«, S. 63.

52 Demirović: »Kritische Gesellschaftstheorie«, S. 64.

53 Demirović: »Kritische Gesellschaftstheorie«, S. 65.

54 Demirović: »Kritische Gesellschaftstheorie«, S. 69.

55 Vgl. Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015; siehe auch Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.): *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024.

56 Fankel, Johanna: »Kritik der unternehmerischen Hochschule. Von Employability und ihren hochschulpolitischen Konsequenzen«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 197–210.

schen Foren der Intellektuellen« verloren gegangen seien.⁵⁷ Doch sie ergänzen noch weitere Gründe für die Krise von Intellektuellen. Beispielsweise machen sie auch den »Medienwandel (zuerst durch das Fernsehen, später durch das Internet)«⁵⁸ aus:

»Dieser Umbruch kann Statusängste freisetzen, die durch eine übersteigerte Identifikation mit verlorenen Wissensprivilegien kompensiert werden. Einem ähnlichen, wenn auch widersprüchlicheren Wandel unterliegt auch das Feld der Medien. [...] In Fernsehsendungen und Talkshows debattieren geschmeidige »Medienintellektuelle«, die vieles verkörpern, was mit klassischen intellektuellen Tugenden als unvereinbar gilt: Statt für universale Werte zu kämpfen, inszenieren sie sich selbst, statt fundierte Gesellschaftskritik zu üben, möchten sie Tabus brechen, statt alternativer Deutungsangebote bieten sie eher Unterhaltung.«⁵⁹

Und so erscheint es nicht erstaunlich, dass in der Krise des Neoliberalismus professorale Intellektuelle »bisweilen als regressive Gegner des sozialen Wandels« auftreten.⁶⁰ Die entsprechenden Intellektuellen gingen, so Amlinger und Nachtwey, ideologische Koalitionen ein, um ihren Machtverlust auszugleichen.⁶¹ Im Folgenden sollen zwei Fallbeispiele solcher Intellektueller im Kontext des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit näher untersucht werden. Zuvor gebe ich einen Einblick in das Netzwerk selbst, auf das ich nach den zwei Fallbeispielen wieder zurückkomme.

Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit und seine Mitglieder

Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, der im Januar 2021 gegründet wurde. Er versteht sich als Initiative zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gemäß Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes, betont also den Schutz vor politischer oder gesellschaftlicher Einflussnahme auf Forschung und Lehre. Allerdings ist das Netzwerk

57 Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver: *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp 2023, S. 211.

58 Amlinger/Nachtwey: *Gekränkte Freiheit*, S. 211.

59 Amlinger/Nachtwey: *Gekränkte Freiheit*, S. 214f.

60 Amlinger/Nachtwey: *Gekränkte Freiheit*, S. 210.

61 Vgl. Amlinger/Nachtwey: *Gekränkte Freiheit*, S. 210.

in der Kritik, weil es vor allem in Konflikten um »Cancel Culture«, Gender Studies, postkoloniale Theorie und kritischen Diversitätsdiskursen Positionen bezieht, die im Einklang mit der Agenda der internationalen politischen Rechten als konservativ bis hin zu reaktionär einordnet werden kann.⁶² Dies hebt auch die Historikerin Christiane Fuchs hervor, die insbesondere »Gender und Queer Studies, Postcolonial Studies und Antidiskriminierungsmaßnahmen an Hochschulen [...] [als] Zielscheibe der Attacken des Netzwerks« sieht.⁶³ Es arbeite sich aber keineswegs mit wissenschaftlicher Akririe und inhaltlich fundierter Kritik an missliebigen Forschungsansätzen und Disziplinen ab, sondern setze auf Polemik, verzerrte Darstellungen, einschüchternde Ad-hominem Angriffe und darauf, Personen öffentlich an den Pranger zu stellen. So imaginiere es eine von politisch linker Seite getragene »Cancel Culture« in der deutschen Wissenschaftslandschaft, mittels derer Andersdenkende unterdrückt würden.⁶⁴ Dass dies an den realen Kräfteverhältnissen an Universitäten vorbeigeht, hat der Sozialwissenschaftler Friedemann Vogel 2019 in der Causa Dieter Schönecker, der von Kollegen für die Einladung rechter Politiker zu einem Seminar kritisiert wurde⁶⁵ und mittlerweile Mitglied des Netzwerkes ist, deutlich gemacht:

»Die sogenannte ›linke Meinungsherrschaft‹ an Universitäten ist eine vor allem von konservativen Journalisten und Politikern vielverbreitete Chimäre, eine Behauptung, die – soweit ich sehe – nicht ein einziges Mal belegt wurde und die man mit Blick auf die hiesige Hochschullandschaft freilich negieren könnte: Der Großteil der deutschen Professor*innen ist tendenziell konservativ, auf Standesprivilegien bedacht, mal grüner, mal (neo)liberaler, oder versteht sich als unpolitisch. [...] Kurzum: Von einer ›linken‹ Hegemonie kann keine Rede sein.«⁶⁶

62 Vgl. Stanley: »Der Campus als Schlachtfeld«.

63 Fuchs, Christiane: »Hochschulen als rechtes Kampffeld? Rechte Angriffe und Instrumentalisierungen von Wissenschaftsfreiheit«, in: *BdWi-Studienheft* 14 (2024), S. 12–13, hier: S. 12.

64 Vgl. Fuchs: »Hochschulen als rechtes Kampffeld?«, S. 12.

65 Vgl. Schüttelz, Erhard/Taha, Nadine: »Streit um AfD-Vortrag an der Uni Siegen. Die Goldene Regel und die Meinungsfreiheit«, in: *Deutschlandfunk Kultur* vom 25.03.2019, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/streit-um-afd-vortrag-an-der-uni-siegen-die-goldene-regel-100.html>, Zugriff am 05.11.2025.

66 Vogel, Friedemann: »›Meinungsfreiheit‹ und ihre Grenzen an der Universität – Ein Kommentar«, in: *BdWi-Studienheft* 12 (2020), S. 56.

Kritiker*innen werfen dem Netzwerk vor, es betreibe eine Politisierung des Begriffs Wissenschaftsfreiheit, indem es strukturelle Diskriminierungen und Machtverhältnisse innerhalb der Wissenschaft ausblende und sich einseitig gegen progressive Positionen richte.⁶⁷

Ein Blick auf die Mitgliederliste des Netzwerk Wissenschaftsfreiheit verrät, dass die scharfe Kritik am Netzwerk Wissenschaftsfreiheit nicht aus der Luft gegriffen ist: Martin Wagener verstoße, wie der Fachbereichsrat seiner Hochschule in einer öffentlichen Stellungnahme von 2021 schreibt, »gegen minimale Standards wissenschaftlicher Methodik«.⁶⁸ Sein Buch »Kulturkampf um das Volk« wurde von einem Gericht als »reaktionär und in großen Teilen auch rechtsnational« eingestuft.⁶⁹ Egon Flaig hantierte in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) mit Begriffen aus »Carl Schmitts Mottenkiste«⁷⁰, eines NS-Juristen und Vordenker der Neuen Rechten. Paul Cullen werden »unwissenschaftliche [...] Äußerungen« und »[f]undamentalistische[...] Ansichten« zum Schwangerschaftsabbruch vorgeworfen.⁷¹ Werner J. Patzelt wird Nähe und Sympathien gegenüber AfD- und PEGIDA-Kreisen vorgeworfen, weshalb sich die Technische Universität Dresden in

67 Vgl. Schubert, Karsten: »Zwei Begriffe der Wissenschaftsfreiheit«, in: *Der Wiarda Blog* vom 03.04.2025, <https://www.jmwiarda.de/2024/04/03/zwei-begriffe-der-wissenschaftsfreiheit>, Zugriff am 05.11.2025. Siehe auch fzs: »Wider dem rechten Kulturkampf in der Hochschule, überall – für (gesellschafts-)kritische Wissenschaft«, <https://www.fzs.de/2023/08/06/wider-dem-rechten-kulturkampf-in-der-hochschule-ueberall-fuer-gesellschafts-kritische-wissenschaft/>, Zugriff am 05.11.2025.

68 Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung: »Stellungnahme des Fachbereichsrats des Fachbereichs Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zu Publikationen von Herrn Prof. Dr. Martin Wagener«, https://www.hsbund.de/DE/01_Hochschule/20_Fachbereiche_ZLB/08_Nachrichtendienste/ND_Stellungnahme.html, Zugriff am 05.11.2025.

69 Deutschlandfunk Kultur: »Staatliche Förderung des rechtsextremen Buches »Kulturkampf um das Volk« bleibt bestehen«, 05.09.2025, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/staatliche-foerderung-des-rechtsextremen-buches-kulturkampf-um-das-volk-bleibt-bestehen-104.html>, Zugriff am 05.11.2025.

70 Leinung, Mona: »Auf Gedeih und Verderb. Eine Erwiderung auf Egon Flaigs Lehren aus dem Ukrainekrieg«, in: *Merkur* vom 13.03.2025, <https://www.merkur-zeitschrift.de/2025/03/13/auf-gedeih-und-verderb-eine-erwiderung-auf-egon-flaigs-lehren-aus-dem-ukrainekrieg/>, Zugriff am 05.11.2025.

71 Münstersche Zeitung: »Vorwürfe gegen MVZ-Laborleiter. Bündnis schließt sich Kritik an Professor Cullen an«, in: *Münstersche Zeitung* vom 15.02.2021, <https://www.muensterschezeitung.de/lokales/staedte/muenster/buendnis-schliesst-sich-kritik-an-professor-cullen-an-1074147>, Zugriff am 05.11.2025.

einer offiziellen Stellungnahme äußerte, dass er »Politik und Wissenschaft derart vermischt habe, dass dem Ruf der TUD und der Fakultät dadurch geschadet wurde«. ⁷² Wie der Volkswirt Ronald G. Asch, der ehemalige AfD-Kandidat Ulrich van Suntum und dem Biologie-Didaktiker Hans Peter Klein schreiben viele weitere Mitglieder für (neu)rechte Medien wie Tichys Einblick oder die Junge Freiheit. ⁷³ Auf der anderen Seite gehe das Netzwerk rigoros gegen kritische Wissenschaftler*innen vor. ⁷⁴

Nach Fuchs handelt es sich bei dem Netzwerk um einen »Tummelplatz für Bürgerlich-Konservative, Reaktionäre und Ultraliberale«. ⁷⁵ Historisch vergleichbar ist das Netzwerk am ehesten mit dem Bund »Freiheit der Wissenschaft«, der 1970 gegründet wurde, zu seinen Hochzeiten 5.200 Mitglieder hatte und 2015 schließlich aufgelöst wurde. Der Historiker Nikolai Wehrs, der zum Bund geforscht hat, betont, dass die Professor*innenvereinigung mit »Verve gegen die Ausweitung der studentischen Mitbestimmungsrechte in der akademischen Selbstverwaltung« kämpfte. ⁷⁶ In einem größeren Zusammenhang betrachtet, lässt sich das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit als Teil einer international vernetzten politischen Rechten einordnen, die vergleichbare Agenden wie die Regierungen von Trump, Putin oder Orbán verfolgt: die Einflussnahme auf Universitäten als öffentliche Institutionen. Dabei fungieren Universitäten nicht nur als Schauplätze ideologischer Auseinandersetzungen, sondern als strategische Räume eines rechten Kampfes um Hegemonie, worauf ich anschließend zurückkomme. Die folgenden Fallbeispiele – Susanne Schröters (Forschungs-)Aktivitäten ⁷⁷ und Ulrich Vosgeraus Netzwerke in die

72 Technische Universität Dresden: »Stellungnahme zu den öffentlichen Anschuldigungen von Prof. Patzelt bezüglich einer nicht genehmigten Seniorprofessur«, <https://tu-dresden.de/tu-dresden/newsportal/news/stellungnahme-zu-den-oeffentlichen-anschuldigungen-von-prof-patzelt-bezueglich-einer-nicht-genehmigten-seniorprofessur>, Zugriff am 05.11.2025.

73 Vgl. Fuchs: »Hochschulen als rechtes Kampffeld?«, S. 13.

74 Vgl. Fuchs: »Hochschulen als rechtes Kampffeld?«, S. 13.

75 Fuchs: »Hochschulen als rechtes Kampffeld?«, S. 13.

76 Wehrs, Nikolai: »Bund Freiheit der Wissenschaft: reloaded? Vergleichende Überlegungen zum Professorenprotest des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit«, in: *Forum Wissenschaft* 2.38 (2021).

77 Aus Gründen der Transparenz möchte ich darauf hinweisen, dass ich mehrfach journalistische Artikel zu Veranstaltungen und zu einer Sachbuchpublikation von Susanne Schröter publiziert habe, siehe Geisler, Lukas: »Rassistische Wissenschaft an der Goethe-Universität?«, in: *MiGAZIN* vom 16.04.2023, <https://www.migazin.de/2023/04/16/rassistische-wissenschaft-goethe-universitaet-frankfurt/>, Zugriff am 02.05.2025; Geis-

politische Rechte – illustrieren exemplarisch, wie einzelne (ehemalige) Wissenschaftler*innen innerhalb dieses Kontextes Position beziehen oder selbst Teil rechter Netzwerke oder Teilnehmer*innen an Treffen dieser sind. Darauf folgt ein kurzer Blick in Schröters aktuelle Buchpublikation.

Stellvertretende Vorsitzende des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit ist Susanne Schröter, um die es seit Jahren Auseinandersetzungen an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. gibt.⁷⁸ Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) verortete sie sich »auf der linken Seite der bürgerlichen Mitte«.⁷⁹ Diametral zu dieser Aussage stehen ihre regelmäßigen Auftritte in Talkshows von neurechten Medien, wie der Sendung »Stimmt!« des Onlinemediums Nius, das vom ehemaligen Chefredakteur der Bild-Zeitung, Julian Reichelt, betrieben wird. Dort trat sie am 13. Mai 2024 auf, um mit anderen über die Themen »Kalifats-Demo, Gretas Juden-Hass, Trans-Wahn« zu diskutieren.⁸⁰ Susanne Schröter studierte von 1977 bis 1986 Anthropologie, Soziologie, Kultur- und Politikwissenschaften sowie Pädagogik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Insbesondere dem radikalen Feminismus der zweiten Welle der Frauenbewegung stand Schröter nach eigenen Angaben nahe und engagierte sich dafür.⁸¹ 1994 wurde sie im Fach Ethnologie promoviert, 1999 habilitierte sie sich. 2008 wurde sie Professorin für »Ethnologie kolonialer

ler, Lukas: »Palmer benutzt mehrmals N-Wort und relativiert den Holocaust«, in: MIGAZIN vom 28.04.2023, <https://www.migazin.de/2023/04/28/das-judenstern-palmer-n-wort/>, Zugriff am 02.05.2025; Geisler, Lukas: »Gleichschaltung, Umerziehung: Was sich für Ethnologin Schröter hinter Wokeness versteckt«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 06.04.2024, <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/eine-art-gegenaufklaerung-ethnologin-susanne-schroeter-ueber-wokeness-92984016.html>, Zugriff am 02.05.2025.

78 Vgl. Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Vorstand«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/vorstand/>, Zugriff am 02.05.2025.

79 Zoske, Sascha: »Ist Susanne Schröter rechtsextrem?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 05.06.2024, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/gegen-islamismus-ist-ethnologin-susanne-schroeter-rechtsextrem-19761863.html>, Zugriff am 30.09.2024.

80 Nius: »Kalifats-Demo, Gretas Juden-Hass, Trans-Wahn. Mit Gerald Ullrich, Susanne Schröter, Sabeth Blank, Harald Martenstein«, in: *Nius* vom 13.05.2024, <https://www.nius.de/episodes/kalifats-demo-gretas-juden-hass-trans-wahn-mit-gerald-ullrich-susanne-schroeter-sabeth-blank-harald-martenstein/041fec8-408b-4581-b1d0-8fcdc2c11d58>, Zugriff am 30.09.2024.

81 Vgl. Goethe Universität: »Goethe, Deine Forscher: Susanne Schröter, Ethnologin. Aktuelles aus der Goethe-Universität Frankfurt«, <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/menschen/goethe-deine-forscher-susanne-schroeter-ethnologin/>, Zugriff am 30.09.2024.

und postkolonialer Ordnungen« im Exzellenzcluster »Herausbildung normativer Ordnungen« an der Goethe-Universität Frankfurt. 2014 gründete sie das »Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam« (FFGI).⁸² 2023, nach ihrer eigentlichen Emeritierung, bekam sie eine sogenannte Goethe Research Professorship an der Goethe-Universität, die bis September 2025 lief.⁸³

Kontroversen um ihre Positionen begannen, zumindest sofern das retrospektiv nachvollziehbar ist, mit einem Interview in der FAZ vom 18. Januar 2016 über die Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015/16⁸⁴, dem ein Essay in der Tageszeitung Die Welt folgte. Auf Schröter reagierten damals unter anderem Helma Lutz, Professorin für Frauen- und Geschlechterforschung in Frankfurt und geschäftsführende Direktorin des Cornelia Goethe Centrums – dessen Mitglied Schröter selbst war –, und Meltem Kulaçatan, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität. Sie kritisierten an Schröters Aussagen und generell an der Debatte um besagte Silvesternacht vor allem: die Nutzung von kulturalistischen Narrativen zur Erklärung von patriarchaler Gewalt, beispielsweise »die Nutzung und Auslegung des arabischen Begriffs *taharrush jama'i* [umstrittener Begriff, der sexuelle Übergriffe auf Frauen durch Gruppen von Männern oder gemeinschaftliche Belästigung beschreibt], den Susanne Schröter zur Erklärung des Täterverhaltens heranzieht«.⁸⁵ Sie schließen ihre Ausführungen mit folgenden Worten:

»Sexuelle Gewalt gegen Frauen muss selbstverständlich umfassend geächtet und bestraft werden. Wenn aber eine Gesellschaft junge Männer aufgrund phänotypischer Merkmale als ›fremd und gefährlich‹ einstuft und un-

82 Vgl. Stefanie Hense: »Goethe, Deine Forscher: Susanne Schröter, Ethnologin. Aktuelles aus der Goethe-Universität Frankfurt«, in: *Goethe Universität* vom 09.07.15, <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/menschen/goethe-deine-forscher-susanne-schroeter-ethnologin/>, Zugriff am 30.09.2024.

83 Vgl. Grodensky, George: »Susanne Schröter macht weiter«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 17.07.2023, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-susanne-schroeter-macht-weiter-92407353.html>, Zugriff am 02.05.2025.

84 Thiel, Thomas: »Kölner Silvesternacht – Wie viel Islam steckt im sexuellen Übergriff?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.01.2016, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wie-viel-islam-steckt-im-sexuellen-uebergreif-gespraech-mit-der-islamexpertin-susanne-schroeter-14019218.html>, Zugriff am 30.09.2024.

85 Lutz, Helma/Kulaçatan, Meltem: »Wendepunkt nach Köln? Zur Debatte über Kultur, Sexismus und Männlichkeitskonstruktionen«, in: *UniReport* 3/16.49 (2016), S. 2.

ter Generalverdacht stellt, dann hat dies fatale Folgen für den sozialen Umgang des gesamten Gemeinwesens.«⁸⁶

Aus heutiger Sicht markiert dies einen Wendepunkt in Schröters Karriere als Wissenschaftlerin. Danach folgte unter anderem die von ihr im Jahr 2019 organisierte sogenannte ›Kopftuch-Konferenz‹ mit dem Titel »Das islamische Kopftuch – Symbol der Würde oder der Unterdrückung?« und 2023 die Konferenz »Migration steuern, Pluralität gestalten. Herausforderungen der Einwanderungspolitik in Deutschland«, bei der es zum Eklat um Boris Palmer kam. Der Tübinger Oberbürgermeister sagte damals mehrmals das N-Wort und zog einen Holocaust-relativierenden Vergleich. In der gleichen Zeit publizierte Schröter wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Bücher, die in der Fachwelt umstritten waren. Reinhard Schulze, emeritierter und renommierter deutsch-schweizerischer Islamwissenschaftler, konsterniert, dass »im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise« auch »das FFGI [...] in die rechte Ecke abgedriftet [ist]«. ⁸⁷ Im Artikel, in dem auch Schulze zu Wort kommt, fassen die Autor*innen die Causa Schröter folgendermaßen zusammen: »Hinter vorgehaltener Hand werfen diverse Islamwissenschaftler dem Zentrum vor, wenn überhaupt, dann nicht ergebnisoffen zu forschen. Das FFGI betreibe ›Populismus im Gewand der Wissenschaft‹.«⁸⁸

Einem breiteren Publikum bekannt wurde Ulrich Vosgerau durch die investigative Recherche von Correctiv mit dem Titel »Geheimplan gegen Deutschland«. Diese deckte auf, dass im November 2023 in einem Hotel bei Potsdam hochrangige Funktionär*innen der Alternative für Deutschland (AfD), Akteur*innen der außerparlamentarischen Rechten sowie vermögende Unternehmer*innen zusammenkamen. In dem Artikel heißt es, dass diesen Kreis ein strategisches »Gesamtkonzept, im Sinne eines Masterplans« leitete, mit dem Ziel der sogenannten »Remigration«. Unter diesem Begriff wurden nicht nur Geflüchtete oder Menschen ohne deutschen Pass thematisiert, sondern auch deutsche Staatsbürger*innen mit Migrations- oder Zuwanderungsgeschichte; explizit jene, die als »nicht-assimiliert« gelten würden und

86 Lutz/Kulaçatan: »Wendepunkt nach Köln?«, S. 2.

87 Matz, Greta/Köckler, Fiona/Bernhard, Pascal: »Islamdebatte nach dem Palmer-Eklat. Von welcher Wissenschaft ist hier die Rede?«, in: *Zenith* vom 25.05.2023, <https://magazin.zenith.me/de/gesellschaft/islamdebatte-nach-dem-palmer-eklat>, Zugriff am 30.09.2024.

88 Matz/Köckler/Bernhard: »Islamdebatte nach dem Palmer-Eklat«.

damit aus Sicht der Veranstaltungsteilnehmenden als Rückführungs- oder Ausweisungsziel infrage kamen. Die Treffen dokumentierten laut Correctiv Vorträge und Diskussionen, in denen Teilnehmer*innen »nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland« planten. Ulrich Vosgerau nahm an diesem Treffen teil.⁸⁹

Vosgerau ist ein deutscher Rechtsanwalt und habilitierter Staatsrechtslehrer mit Sitz in Berlin. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Passau und der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, war Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes und absolvierte sein Referendariat beim Kammergericht Berlin sowie an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Er ist seit 2004 als Rechtsanwalt zugelassen. 2006 promovierte er an der Universität Freiburg und 2012 habilitierte er an der Universität zu Köln mit der Lehrbefugnis für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sowie Rechtsphilosophie. Anschließend vertrat er mehrere Lehrstühle an Universitäten wie der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Leibniz Universität Hannover, der Universität Passau und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.⁹⁰ Vosgerau prägte 2015 im Kontext der Debatte um die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel den Ausdruck »Herrschaft des Unrechts«. In der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ist oder war er als stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums aktiv. Darüber hinaus übernimmt Vosgerau regelmäßig juristische Vertretung für die AfD, unter anderem in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu parteinahen Stiftungen sowie zur Parteifinanzierung. Ebenfalls trat er 2023 für den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke vor dem Landgericht Halle auf, als dieser wegen der Verwendung von NS-Kennzeichen angeklagt und verurteilt wurde.⁹¹ Nach dem Bekanntwerden seiner Teilnahme am Potsdamer Treffen durch die Correctiv-Recherche prüfte die Universität Köln mehrere Monate, ob es möglich sei, Vosgerau die Lehrbefugnis und damit den Titel

89 Vgl. Bensmann, Marcus/Daniels, Justus von/Dowideit, Anette/Jean Peters/Keller, Gabriela: »Geheimplan gegen Deutschland«, in: *Correctiv* vom 10.01.2024, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, Zugriff am 05.11.2025.

90 Vgl. Vosgerau, Ulrich: »Dr. iur. habil. Ulrich Vosgerau – Rechtsanwalt«, <https://www.vosgerau-legal.de/dr-ulrich-vosgerau/>, Zugriff am 06.11.2025.

91 Vgl. Rath, Christian: »Die Distanzierung von Ulrich Vosgerau«, in: *Legal Tribune Online* vom 18.10.2024, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vereinigung-deutscher-staatsrechtslehrer-distanzierung-ulrich-vosgerau>, Zugriff am 05.11.2025.

»Privatdozent« zu entziehen.⁹² Im Oktober 2024 gab der schließlich selbst die Lehrbefugnis auf.⁹³

Bis heute ist der Höcke- und AfD-Anwalt Mitglied in der CDU (soweit dies nachzuvollziehen ist). Auch wird er noch immer vom Netzwerk Wissenschaftsfreiheit als 692. Mitglied gelistet. Im Februar 2024 hieß es, dass man noch prüfe, was Vosgerau genau bei dem Treffen gesagt habe, sagte die Sprecherin des Netzwerks, Sandra Kostner.⁹⁴ Das Netzwerk hat sich seither nicht (erkennbar) öffentlich von Vosgerau distanziert. Dass Vosgerau nicht mehr regulär aktiv ist in Lehre und Forschung, sondern vor allem als Anwalt, Referent und Gutachter tätig ist, scheint für die Mitgliedschaft nicht entscheidend. Dabei setze, laut Angaben auf der Website, eine Mitgliedschaft eine solche »wissenschaftliche Tätigkeit voraus«.⁹⁵ Er publiziert vor allem bei der (neu)rechten Zeitung Junge Freiheit.⁹⁶

Bevor ich zu einem abschließenden Punkt des rebellischen Konformismus professoraler Intellektueller komme, möchte ich noch ein paar allgemeine Thesen aus Schröters Publikation »Der neue Kulturkampf« aufrufen. Der Begriff »woke« sei für Schröter, wie sie in ihrem Buch schreibt, eine »Religion, und in der Tat ähneln Rhetorik und Aktivitäten der woken Linken denen von Erweckungspredigern, werden sie von einer Mission getrieben, die auf eine vollkommene Umgestaltung der Gesellschaft abzielt.«⁹⁷ Ziel der »Woken« sei, Schröter zufolge, »eine Gleichschaltung der öffentlichen Debatte« und »mittlerweile infiltrieren woke Ideologien alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, inklusive der Wirtschaft«⁹⁸: »Dazu dienen einerseits Umerziehungsprogramme, die in Schulen, Verwaltungen und Unternehmen als Bildungs- und

92 Vgl. Gleisberg, Jan: »Nach Rechtsextremen-Treffen in Potsdam. Vosgerau bleibt Privatdozent an Uni Köln«, in: WDR vom 26.04.2024, <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/vosgerau-bleibt-doziert-an-uni-koeln-100.html>, Zugriff am 05.11.2025.

93 Vgl. Vosgerau, Ulrich: »Veröffentlichungen«, <https://www.ulrich-vosgerau.de/veroeffentlichungen/>, Zugriff am 06.11.2025.

94 Vgl. Henschel, Anna: »Ring um Wissenschaftsfreiheit«, in: *Wissenschaftskommunikation* vom 15.02.2024, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/ringen-um-die-wissenschaftsfreiheit-74867/>, Zugriff am 05.11.2025.

95 Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Mitglied/Unterstützer werden«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/kontakt/mitglied-werden/>, Zugriff am 05.11.2025.

96 Vgl. Vosgerau: »Veröffentlichungen«.

97 Schröter, Susanne: *Der neue Kulturkampf: Wie eine woke Linke Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft bedroht*, Freiburg: Herder 2024, S. 9.

98 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 11.

Fortbildungsmaßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung angeboten werden und nach Auffassung woke Akteure bald verpflichtend sein sollen.«⁹⁹ Um »die woke Agenda« voranzutreiben, würden »Nichtregierungsorganisationen mit staatlichen Geldern alimentiert«.¹⁰⁰ Schröter ruft dazu auf, dass die »liberal-konservative bürgerliche Mitte und die klassische Linke [...] nicht länger schweigen dürfen«, denn sie seien dazu aufgerufen, »unsere Demokratie gegen systematischen Gesinnungsterror und den schleichenden Aufbau eines neuen Überwachungsstaates zu verteidigen«.¹⁰¹

In ihrem Buch entwirft Susanne Schröter also ein Bedrohungsszenario, in dem eine vermeintlich »woke Linke« zentrale gesellschaftliche Institutionen – Wissenschaft, Bildung, Kultur und Medien – unterwandere und auf eine ideologische Gleichschaltung der öffentlichen Debatte hinarbeite. Ihr Buch ist somit weniger eine empirische Analyse als ein kulturkämpferisches Manifest, das liberale und konservative Milieus zur vermeintlichen Verteidigung der Demokratie gegen eine angeblich hegemoniale linke Ideologie aufruft. Doch wer behauptet, »Wokismus ist eine totalitäre Ideologie, die von den Universitäten über den vorpolitischen Raum in die Politik gelangt ist und sich auf dem Weg zur Staatsideologie befindet« und dass »Abweichler [...] durch Mobbing, Rufmord und die Zerstörung beruflicher Karrieren zur Raison gebracht und mittlerweile sogar in Meldeeinrichtungen erfasst«¹⁰² werden, erzeugt eine »moralische Panik«.¹⁰³ Wenn darüber hinaus noch von einem »Genderzwang« fabuliert wird, dann wird eine fiktive, mögliche Bedrohung und Benachteiligung konstruiert, die schlicht nicht zutrifft.¹⁰⁴ Gegenteiliges ist der Fall: Beispielsweise ist in Hessen das Gendern in der Kommunikation in der Verwaltung verboten.¹⁰⁵ Es ist besonders auffällig, dass Schröter in gewisser Weise eine Kritik übt, die die Neuaushandlung gesellschaftlicher Werte verhindern soll oder ein eher nostalgisches Zurück propagiert, wie an folgendem Zitat deutlich wird:

99 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 11.

100 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 11.

101 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 12.

102 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 196.

103 Hall, Stuart/Critcher, Chas/Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian: *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order*, London: Macmillan 1982.

104 Vgl. Sauer/Penz: *Konjunktur der Männlichkeit*, S. 158f.

105 Vgl. Hessenschau: »Hochschulen in Hessen. Landesregierung beschränkt Genderverbot an Unis auf Verwaltung«, 06.05.24, <https://www.hessenschau.de/politik/landesregierung-beschaenkt-genderverbot-an-unis-in-hessen-auf-verwaltung-1,genderverbot-hochschulen-100.html>, Zugriff am 05.11.2025.

»Es gibt Momente in der Geschichte, in denen offenkundig wird, dass Veränderungen bevorstehen. Das Volk beginnt zu murren, und im System der Macht zeigen sich Risse. Wenn politische Erzählungen ihre Überzeugungskraft verlieren, weil der schöne Schein bröckelt und das darunter Verborgene Furcht einflößt, kann es geschehen, dass auch den braven Bürger im häuslichen Biedermeier der Anflug des Rebellischen erfasst.«¹⁰⁶

Gleichzeitig bietet sie durch ihre eigene Biografie für ein gewisses Milieu, das sich einst selbst progressiv oder links gewöhnt hat, Begründungs- und Anknüpfungspunkte, die eigenen, rechten Ansichten, nicht als solche zu begreifen. Dementsprechend ist Schröter als Intellektuelle erfolgreich, Kategorien wie rechts und links zu verwischen. Nun ist sie dabei keine Einzelkämpferin, sondern Teil des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit.

Zusammenfassend zeigt sich, dass das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit nicht primär als Plattform für wissenschaftliche Debatten, sondern als politisch aktiviertes Milieu zu verstehen ist, das überwiegend konservative bis reaktionäre Positionen vertritt. Die Aktivitäten der Mitglieder des Netzwerks, die Polemik, gezielte Delegitimierung kritischer Forschung und mediale Inszenierung einschließen, dienen weniger der inhaltlichen Auseinandersetzung als der strategischen Durchsetzung einer rechten Agenda an Universitäten. Die Zusammensetzung der Mitglieder, darunter prominente Wissenschaftler*innen mit nachweisbaren Verbindungen zur AfD und zur Neuen Rechten, unterstreicht die enge Verzahnung zwischen akademischer Autorität und politischem Einfluss. Die Fälle Susanne Schröter und Ulrich Vosgerau illustrieren exemplarisch, wie Mitglieder in diesem Netzwerk agieren und ihr wissenschaftliches Renommee nutzen, um reaktionäre Positionen zu verbreiten. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Strukturen und Aktivitäten des Netzwerks als Ausdruck eines *rebellischen Konformismus professoraler Intellektueller* interpretieren, wie ich abschließend argumentieren möchte. Dieser steht in einer langen Kontinuität rechter Intellektueller an deutschen Universitäten. Genauso muss er im Kontext der globalen politischen Rechten betrachtet werden: Es ist ein Intellektuellentypus, der sich als Widerstand gegen vermeintliche ideologische Zwänge inszeniert, tatsächlich jedoch bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse stabilisiert. Unter dem Banner der »Wissenschaftsfreiheit« und »Meinungsvielfalt« wird so eine konservative

106 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 245.

Selbstvergewisserung betrieben, die an die kulturkämpferischen Diskurse der internationalen Rechten anschließt und sie akademisch legitimiert.

Der rebellische Konformismus professoraler Intellektueller

Universitäten stehen weltweit im Fokus politischer Kämpfe um Hegemonie, wobei die politische Rechte gezielt bestimmte Disziplinen angreift, insbesondere Gender Studies, postkoloniale Theorie und kritische Diversitätsdiskurse. In den USA, Deutschland und autokratischen Staaten wird unter dem Vorwand der Verteidigung von Wissenschaftsfreiheit oder gegen »Cancel Culture« mit politischen Eingriffen, finanziellen Kürzungen, Curriculumsvorgaben und rhetorischem Druck gearbeitet. Diese aktuellen Angriffe stehen in einer historischen Kontinuität. Bereits in der Weimarer Republik und während der NS-Zeit unterstützten Professor*innen autoritäre und nationalistische Ideologien, und auch in der Nachkriegszeit blieben bestimmte rechte Ideologeme präsent und nahmen von den Universitäten aus Einfluss auf die Gesellschaft. In der Krise des Neoliberalismus verschärfen sich gesellschaftliche Unsicherheiten, wodurch rechte Strategien besonders anschlussfähig werden, teils sind sie aber auch selbst Treiber der Krise. Rechte Intellektuelle inszenieren sich als widerständig gegen ideologische Zwänge, stabilisieren jedoch gleichzeitig bestehende Machtverhältnisse oder verschärfen diese gar. In der unternehmerischen Universität verlieren traditionelle Foren kritischer Intellektualität an Bedeutung, unter anderem durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und vermeintlichen oder tatsächlichen Statusverlust. Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit bündelt konservative und reaktionäre Positionen, delegitimiert wissenschaftliche Disziplinen, und Mitglieder nutzen dabei ihr wissenschaftliches Renommee. Fallbeispiele zeigen, wie individuelle Akteur*innen des Netzwerks öffentlich im Namen von Wissenschaftsfreiheit Positionen beziehen, dabei aber rechte Ideologeme verbreiten und gleichzeitig die Illusion wissenschaftlicher Neutralität wahren.

Mit dem Begriff des *rebellischen Konformismus professoraler Intellektueller* möchte ich einen spezifischen Intellektuellentypus fassen, der sich als kritisch und nonkonformistisch präsentiert, gleichzeitig aber ebenjene bestehende gesellschaftliche und ideologische Machtstrukturen stabilisiert. Anstelle einer emanzipatorischen Kritik an politischen und sozialen Verhältnissen bedienen sich diese Intellektuellen einer rhetorischen Inszenierung von Freiheit und Unabhängigkeit, die faktisch konservative, nationalistische oder neurech-

te Agenden propagiert. Diese Haltung wird besonders deutlich im Kontext des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit, dessen Mitglieder ihre vermeintliche wissenschaftliche Expertise und medialen Zugänge nutzen, um politische Debatten strategisch zu beeinflussen und die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben. Alex Demirović verweist in Bezug auf das »Manifest«¹⁰⁷ des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit aus dem Februar 2021 darauf, dass die Freiheit der Wissenschaft immer in einem staatlich vorgegebenen Korridor stattgefunden hat und stattfindet. Beim Netzwerk Wissenschaftsfreiheit handle es sich deshalb um »Konformismus bürgerlicher Intellektueller«. Demirović interpretiert das Netzwerk als Akteur einer Retorsionsstrategie: Es beanspruche Freiheit, um faktisch Unfreiheit zu praktizieren, und inszeniere sich als Opfer angeblicher Einschränkungen, während seine Mitglieder über privilegierte Zugänge zu meinungsbildenden Medien wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Neuen Zürcher Zeitung oder der Welt verfügten. Von dort aus engagierten sie sich seit Jahren im vermeintlichen Kampf gegen »politische Korrektheit« und »Cancel Culture«, um zugleich reaktionäre bis völkische Positionen zu propagieren.¹⁰⁸

Diese ideologische Ausrichtung erinnert an die Denkfiguren der sogenannten »Konservativen Revolution« von unter anderem Oswald Spengler¹⁰⁹ und steht zugleich in der Tradition der neurechten Rezeption Antonio Gramscis, wie sie insbesondere von Alain de Benoist entwickelt wurde. Charakteristisch ist dabei die Bezugnahme auf einen vermeintlichen »vorpolitischen Raum«, wie sie Susanne Schröter praktiziert.¹¹⁰ Diese Vokabel wurde in der Bundesrepublik insbesondere durch Götz Kubitschek, den Gründer des »Instituts für Staatspolitik« und Verleger des Antaios-Verlags, popularisiert. Dort erscheinen auch zentrale Texte der Nouvelle Droite, darunter de Benoists Konzept einer »Kulturrevolution von rechts«. Ziel dieser metapolitischen Strategie ist es, den vorpolitischen Raum zu besetzen, Diskursgrenzen zu verschieben und die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu erweitern. Genau dieses Projekt lässt sich, so die kritische Deutung, auch bei Mitgliedern des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit beobachten, die versuchen,

107 Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Manifest«.

108 Vgl. Demirović, Alex: »Die neue Wissenschaft«, in: *Forum Wissenschaft* 2.38 (2021), S. 7.

109 Vgl. Breuer, Stefan: *Anatomie der konservativen Revolution*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993.

110 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 158.

eine metapolitische Verschiebung im Sinne einer Kulturrevolution von rechts voranzutreiben.

Wie Alex Demirović ausführt, beansprucht die Neue Rechte für sich, non-konformistisch und demokratisch zu sein, und inszeniert sich gleichzeitig als Opfer angeblicher Verfolgung wegen ihrer »kritischen« Meinungen. Diese Selbstdarstellung dient dazu, traditionelle autoritäre Muster zu modernisieren: »Die Rechten ertragen Ambivalenzen nicht und nutzen die objektiven Widersprüche aus.«¹¹¹ In der Praxis bedeutet dies, dass ideologische Widersprüche nicht reflektiert, sondern gezielt instrumentalisiert werden, um politische Gegner*innen zu delegitimieren und den eigenen Einfluss zu konsolidieren. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich um reaktionäre Bewegungen handelt, deren Ziel eine völkisch geprägte Vergesellschaftung ist, in der Gewalt, Ausschlussmechanismen und hierarchische Strukturen systematisch verankert sind.¹¹² Aus dieser Perspektive wird deutlich, dass die rhetorische Inszenierung von (Wissenschafts-)Freiheit nicht als demokratische Praxis verstanden werden kann, sondern vielmehr Teil einer strategischen Instrumentalisierung ist. Bereits im fordistischen Kapitalismus, als Nonkonformismus als etwas Progressives galt, sagte die Adorno-Schülerin Elisabeth Lenk: »[D]er Nonkonformist pfeife auf die Welt, doch was er pfeife, sei ihre Melodie«.¹¹³ Die zentralen Merkmale des heute zu beobachtenden regressiven Nonkonformismus, wie er auch bei einigen Mitgliedern des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit zu beobachten ist, ist:

»Verteidigung von autoritärer Männlichkeit, Frauen- und Schwulenfeindlichkeit, Ignoranz gegenüber der Klimakrise, Rassismus, Empathieverlust, historischer Revisionismus. Lüge und Gewalt sind wichtige Merkmale dieser rechten Politik: einerseits wird der große Bevölkerungsaustausch beschworen, andererseits plant die Rechte selbst die Abschiebung von Millionen von Menschen und ist wieder einmal bereit zur Härte der notwendigen Grausamkeit.«¹¹⁴

111 Demirović, Alex: »Wie ein Steinwurf ins Fenster. Interview von Lukas Geisler«, in: *nd.Die Woche* vom 02.02.2024, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179717.kritische-gesellschaftstheorie-alex-demirovi%C4%87-wie-ein-steinwurf-ins-fenster.html>, Zugriff am 02.05.2025.

112 Vgl. Demirović: »Wie ein Steinwurf ins Fenster«.

113 Demirović: *Der nonkonformistische Intellektuelle*, S. 708.

114 Demirović: »Wie ein Steinwurf ins Fenster«.

Demirović argumentiert mit Adorno, dass es sich hierbei allerdings nicht tatsächlich um Nonkonformismus handeln würde, sondern, wie exemplarisch bei Susanne Schröter zu erkennen ist, muss der »Anflug des Rebellen« der scheinbar »braven Bürger im häuslichen Biedermeier«¹¹⁵ als *rebellischer Konformismus* charakterisiert werden. Somit können Schröter und andere Mitglieder des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit als rebellisch-konformistische Intellektuelle begriffen werden. Dabei – das sollte nicht missverstanden werden – sprechen Mitglieder des Netzwerk Wissenschaftsfreiheit nicht aus, was eine schweigende Mehrheit denkt, sondern sind als rebellisch-konformistische Intellektuelle daran beteiligt, das Unbehagen über gesellschaftliche Probleme zu formen und zu artikulieren. Der rebellische Konformismus professoraler Intellektuellen greift dabei auf affektive Potenziale zurück, die auch auf den Neoliberalismus selbst zurückgehen, doch ihre Lösungen sind keine Antworten auf die gesellschaftlichen Widersprüche. Auch wenn sie nicht – generell gesprochen, in Ausnahmefällen ist es anders – direkt für rechte Parteien werben, versuchen sie, Widersprüche dafür zu nutzen, die autoritären Tendenzen in der sogenannten bürgerlichen Mitte zu stärken. Somit werden diese Intellektuellen zu Steigbügelhaltern von Tendenzen der Faschisierung¹¹⁶ und einer globalen faschistischen Dynamik¹¹⁷.

Die Strategie der politischen Rechten in Bezug auf Universitäten funktioniert dementsprechend auf zwei Ebenen: *von außen* durch staatliche Eingriffe, politische Druckausübung und ideologische Kampagnen gegen bestimmte Fachrichtungen sowie *von innen* durch professorale Intellektuelle. Während die äußeren Angriffe Ressourcen, Curricula und institutionelle Rahmenbedingungen betreffen, erfolgt die innere Durchdringung durch rhetorische Inszenierung, ideologische Legitimation und die Einflussnahme auf das intellektuelle Klima. Universitäten werden so zu Schauplätzen eines rechten Hegemoniekampfes, in dem Wissenschaftsfreiheit als Diskursinstrument instrumentalisiert wird, um gesellschaftliche Machtverhältnisse zu reproduzieren und zukünftige gesellschaftliche Eliten ideologisch zu prägen. Der rebellische Konformismus professoraler Intellektueller ist damit nicht im Gegensatz zu den offensiven Angriffen von außen zu verstehen, sondern als komplementär. Diese Doppelstrategie der politischen Rechten hat sowohl historisch als auch international ihre Vorbilder. Wenn sich die Tendenzen auch in der Bundesrepu-

115 Schröter: *Der neue Kulturkampf*, S. 245.

116 Vgl. Becker: »Deutschland am Kipppunkt«.

117 Vgl. Demirović: »Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?«.

blik verstärken, hat der Kampf um die Hegemonie an deutschen Universitäten gerade erst begonnen. Welche antifaschistischen Gegenstrategien ihr wirksam entgegengesetzt werden können, muss praktisch erprobt werden.

Literatur

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver: *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp 2023.
- Balibar, Étienne: »Gibt es einen ›Neo-Rassismus?‹«, in: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (Hg.), *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Ambiguitäten*, Hamburg: Argument 2017, S. 23–38.
- Becker, Lia: »Deutschland am Kippunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung«, in: *Zeitschrift Luxemburg* (2024), <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kippunkt-becker/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Belina, Bernd/Petzold, Tino/Schardt, Jürgen/Schipper, Sebastian: »Die Goethe-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisierung der Universität«, in: *sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 1.1 (2013), S. 49–74.
- Bensmann, Marcus/Daniels, Justus von/Dowideit, Anette/Jean Peters/Keller, Gabriela: »Geheimplan gegen Deutschland«, in: *Correctiv* vom 10.01.2024, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Breuer, Stefan: *Anatomie der konservativen Revolution*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993.
- Bultmann, Torsten/Fuchs, Christiane/Käthner, Steffen (Hg.): *Hochschule in der Demokratie – Demokratie in der Hochschule. 60 Jahre SDS-Hochschuldenkschrift*, Marburg: BdWi-Verlag 2020.
- Burghart, Klaus/Link, Jürgen/Link-Heer, Ulla/Stauber, Evi: »Heidelberger Manifest«. Historisch-kritische Ausgabe«, in: *kultuRRévolution* 2 (1983), S. 6–23.
- Caldarella, Altaira/Geisler, Lukas: »Aufarbeitungstheater«, in: *nd.Die Woche* vom 04.08.2023, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1175282.hochschulpolitik-in-frankfurt-aufarbeitungstheater.html>, Zugriff am 04.11.2025.

- Demirović, Alex: »Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?«, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Demirović, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023.
- Demirović, Alex: »Die neue Wissenschaft«, in: *Forum Wissenschaft* 2/38 (2021), S. 4–7.
- Demirović, Alex: »Kritische Gesellschaftstheorie und ihre Bildungsbedingungen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus«, in: Büchert, Oliver/Wagner, Alexander (Hg.), *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie*, Marburg: BdWi-Verlag 2007.
- Demirović, Alex: »Rechtsextremismus in der Bundesrepublik«, in: Institut für Sozialforschung (Hg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1994, S. 29–58.
- Demirović, Alex: »Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt ›Rassismus‹ in Ideologiekritik und Ideologietheorie«, in: Institut für Sozialforschung (Hg.), *Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1992, S. 21–54.
- Demirović, Alex: »Wie ein Steinwurf ins Fenster«. Interview von Lukas Geisler, in: *nd. Die Woche* vom 02.02.2024, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179717.kritische-gesellschaftstheorie-alex-demirovi%C4%87-wie-ein-steinwurf-ins-fenster.html>, Zugriff am 02.05.2025.
- Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline: »Die multiple Krise. Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus«, in: Dies. (Hg.), *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA 2011, S. 11–28.
- Demirović, Alex/Paul, Gerd: *Demokratisches Selbstverständnis und Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1996.
- Demirović, Alex/Paul, Gerd: »Eliten gegen die Demokratie? Studierenden zwischen demokratischem Selbstverständnis und rechtsextremen Ideologien«, in: Institut für Sozialforschung (Hg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1994, S. 59–90.

- Deutschlandfunk Kultur: »Staatliche Förderung des rechtsextremen Buches »Kulturkampf um das Volk« bleibt bestehen«, 05.09.2025, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/staatliche-foerderung-des-rechtsextremen-buches-kulturkampf-um-das-volk-bleibt-bestehen-104.html>, Zugriff am 05.11.2025.
- Fankel, Johanna: »Kritik der unternehmerischen Hochschule. Von Employability und ihren hochschulpolitischen Konsequenzen«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 197–210.
- Goethe Universität: »Goethe, Deine Forscher: Susanne Schröter, Ethnologin. Aktuelles aus der Goethe-Universität Frankfurt«, <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/menschen/goethe-deine-forscher-susanne-schroeter-ethnologin/>, Zugriff am 30.09.2024.
- Thiel, Thomas: »Kölner Silvesternacht – Wie viel Islam steckt im sexuellen Übergriff?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.01.2016, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wie-viel-islam-steckt-im-sexuellen-uebergreif-gespraech-mit-der-islamexpertin-susanne-schroeter-14019218.html>, Zugriff am 30.09.2024.
- Fuchs, Christiane: »Hochschulen als rechtes Kampffeld? Rechte Angriffe und Instrumentalisierungen von Wissenschaftsfreiheit«, in: *BdWi-Studienheft* 14 (2024), S. 12–13.
- fzs: »Wider dem rechten Kulturkampf in der Hochschule, überall – für (gesellschafts-)kritische Wissenschaft«, <https://www.fzs.de/2023/08/06/wider-dem-rechten-kulturkampf-in-der-hochschule-ueberall-fuer-gesellschafts-kritische-wissenschaft/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Geisler, Lukas: »Gleichschaltung, Umerziehung: Was sich für Ethnologin Schröter hinter Wokeness versteckt«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 06.04.2024, <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/eine-art-gegenaufklaerung-ethnologin-susanne-schroeter-ueber-wokeness-92984016.html>, Zugriff am 02.05.2025.
- Geisler, Lukas: »Palmer benutzt mehrmals N-Wort und relativiert den Holocaust«, in: *MiGAZIN* vom 28.04.2023, <https://www.migazin.de/2023/04/28/das-judenstern-palmer-n-wort/>, Zugriff am 02.05.2025.
- Geisler, Lukas: »Rassistische Wissenschaft an der Goethe-Universität?«, in: *MiGAZIN* vom 16.04.2023, <https://www.migazin.de/2023/04/16/rassistische-wissenschaft-goethe-universitaet-frankfurt/>, Zugriff am 02.05.2025.
- Gleisberg, Jan: »Nach Rechtsextremen-Treffen in Potsdam. Vosgerau bleibt Privatdozent an Uni Köln«, in: *WDR* vom 26.04.2024, <https://www1.wdr.de>

- e/nachrichten/rheinland/vosgerau-bleibt-dozent-an-uni-koeln-100.htm
l, Zugriff am 05.11.2025.
- Gramsci, Antonio: »(Organische) Intellektuelle«, in: Becker, Lia/Candeias, Mario/Niggemann, Janek/Stecker, Anne (Hg.): *Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte*, Hamburg: Argument 2013, S. 91–97.
- Grodensky, George: »Susanne Schröter macht weiter«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 17.07.2023, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-susanne-schroeter-macht-weiter-92407353.html>, Zugriff am 02.05.2025.
- Grüttner, Michael: *Talar und Hakenkreuz. Die Universitäten im Dritten Reich*, München: C. H. Beck 2024.
- Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.): *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024.
- Haker, Christoph/Otterspeer, Lukas: »Die Rolle von Hochschulen in autoritären Zeiten«, in: *Geschichte der Gegenwart* vom 05.10.2025, <https://geschichtedergegenwart.ch/die-rolle-von-hochschulen-in-autoritaeren-zeiten/>, Zugriff am 04.11.2025.
- Hall, Stuart/Critcher, Chas/Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian: *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order*, London: Macmillan 1982.
- Henschel, Anna: »Ringens um Wissenschaftsfreiheit«, in: *Wissenschaftskommunikation* vom 15.02.2024, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/ringen-um-die-wissenschaftsfreiheit-74867/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Stefanie Hense: »Goethe, Deine Forscher: Susanne Schröter, Ethnologin. Aktuelles aus der Goethe-Universität Frankfurt«, in: *Goethe Universität* vom 09.07.15, <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/menschen/goethe-deine-forscher-susanne-schroeter-ethnologin/>, Zugriff am 30.09.2024.
- Hessenschau: »Hochschulen in Hessen. Landesregierung beschränkt Genderverbot an Unis auf Verwaltung«, 06.05.24, <https://www.hessenschau.de/politik/landesregierung-beschraenkt-genderverbot-an-unis-in-hessen-auf-verwaltung-v1,genderverbot-hochschulen-100.html>, Zugriff am 05.11.2025.
- Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung: »Stellungnahme des Fachbereichsrats des Fachbereichs Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zu Publikationen von Herrn Prof. Dr. Martin Wagener«, https://www.hsbund.de/DE/01_Hochschule/20_Fachbereiche_ZLB/08_Nachrichtendienste/ND_Stellungnahme.html, Zugriff am 05.11.2025.

- Jäger, Siegfried: »Zur Widerständigkeit der Hochschullehrer zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft«, in: *Psychologie und Geschichte*, 4.3/4 (1993), S. 199–228.
- Leinung, Mona: »Auf Gedeih und Verderb. Eine Erwiderung auf Egon Flaigs Lehren aus dem Ukrainekrieg«, in: *Merkur* vom 13.03.2025, <https://www.merkur-zeitschrift.de/2025/03/13/auf-gedeih-und-verderb-eine-erwiderung-auf-egon-flaigs-lehren-aus-dem-ukrainekrieg/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Loick, Daniel: »US-Präsident Trump: Feindbild Universität«, in: *nd.Die Woche* vom 24.03.2025, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1190021.hochschulsystem-us-praesident-trump-feindbild-universitaet.html>, Zugriff am 04.11.2025.
- Lutz, Helma/Kulaçatan, Meltem: »Wendepunkt nach Köln? Zur Debatte über Kultur, Sexismus und Männlichkeitskonstruktionen«, in: *UniReport* 3/16.49 (2016), S. 2.
- Matz, Greta/Köckler, Fiona/Bernhard, Pascal: »Islamdebatte nach dem Palmer-Eklat. Von welcher Wissenschaft ist hier die Rede?«, in: *Zenith* vom 25.05.2023, <https://magazin.zenith.me/de/gesellschaft/islamdebatte-nach-dem-palmer-eklat>, Zugriff am 30.09.2024.
- Münstersche Zeitung: »Vorwürfe gegen MVZ-Laborleiter. Bündnis schließt sich Kritik an Professor Cullen an«, in: *Münstersche Zeitung* vom 15.02.2021, <https://www.muensterschezeitung.de/lokales/staedte/muenster/bundnis-schliesst-sich-kritik-an-professor-cullen-an-1074147>, Zugriff am 05.11.2025.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Manifest«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest/>, Zugriff am 02.05.2025.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Mitglieder«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/mitglieder/>, Zugriff am 02.05.2025.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Mitglied/Unterstützer werden«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/kontakt/mitglied-werden/>, Zugriff am 05.11.2025.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit: »Vorstand«, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/vorstand/>, Zugriff am 02.05.2025.
- Nius: »Kalifats-Demo, Gretas Juden-Hass, Trans-Wahn. Mit Gerald Ullrich, Susanne Schröter, Sabeth Blank, Harald Martenstein«, in: *Nius* vom 13.05.2024, <https://www.nius.de/episodes/kalifats-demo-gretas-juden-hass-trans-wahn-mit-gerald-ullrich-susanne-schroeter-sabeth-blank-harald-martenstein/041fec8-408b-4581-b1d0-8fcd8c211d58>, Zugriff am 30.09.2024.

- Rafael, Simone/Düker, Joe: »AfD. Von der Professorenpartei zur parlamentarischen Repräsentation des Rechtsextremismus«, in: CeMAS, <https://cemas.io/blog/afd-radikalisierung/>, Zugriff am 04.11.2025.
- Rath, Christian: »Die Distanzierung von Ulrich Vosgerau«, in: *Legal Tribune Online* vom 18.10.2024, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vereinigung-deutscher-staatsrechtslehrer-distanzierung-ulrich-vosgerau>, Zugriff am 05.11.2025.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto: *Konjunktur der Männlichkeit Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Frankfurt: Campus 2023.
- Schröter, Susanne: *Der neue Kulturkampf: Wie eine woke Linke Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft bedroht*, Freiburg: Herder 2024.
- Schubert, Karsten: »Zwei Begriffe der Wissenschaftsfreiheit«, in: *Der Wiarda Blog* vom 03.04.2025, <https://www.jmwiarda.de/2024/04/03/zwei-begriffe-e-der-wissenschaftsfreiheit>, Zugriff am 05.11.2025.
- Schüttpelz, Erhard/Taha, Nadine: »Streit um AfD-Vortrag an der Uni Siegen. Die Goldene Regel und die Meinungsfreiheit«, in: *Deutschlandfunk Kultur* vom 25.03.2019, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/streit-um-afd-vortrag-an-der-uni-siegen-die-goldene-regel-100.html>, Zugriff am 05.11.2025.
- Sentner, Irie: »Republicans have hated universities for years. Anti-war protests gave them a reason to punish them«, in: Politico, <https://www.politico.com/news/2025/03/11/trump-universities-protest-antisemitism-government-00224272>, Zugriff am 04.11.2025.
- Stanley, Jason: »Der Campus als Schlachtfeld. Wie faschistische Politik den öffentlichen Diskurs zersetzt«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2024, S. 89–98.
- Tagesschau: »Parteitag in Riesa. Weidel ist AfD-Kanzlerkandidatin«, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/afd-weidel-riesa-100.html>, Zugriff am 04.11.2025.
- Technische Universität Dresden: »Stellungnahme zu den öffentlichen Anschuldigungen von Prof. Patzelt bezüglich einer nicht genehmigten Seniorprofessur«, <https://tu-dresden.de/tu-dresden/newsportal/news/stellungnahme-zu-den-oeffentlichen-anschuldigungen-von-prof-patzelt-bezuglich-einer-nicht-genehmigten-seniorprofessur>, Zugriff am 05.11.2025.
- Vogel, Friedemann: »Meinungsfreiheit und ihre Grenzen an der Universität – Ein Kommentar«, in: *BdWi-Studienheft* 12 (2020), S. 55–57.

- Vosgerau, Ulrich: »Dr. iur. habil. Ulrich Vosgerau – Rechtsanwalt«, <https://www.vosgerau-legal.de/dr-ulrich-vosgerau/>, Zugriff am 06.11.2025.
- Vosgerau, Ulrich: »Veröffentlichungen«, <https://www.ulrich-vosgerau.de/veroeffentlichungen/>, Zugriff am 06.11.2025.
- Wagner, Andreas: »Das ›Heidelberger Manifest‹ von 1981. Deutsche Professoren warnen vor ›Überfremdung des deutschen Volkes‹«, in: Klatt, Johanna/Lorenz, Robert (Hg.), *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Apells*, Bielefeld: transcript 2014, S. 285–314.
- Wehrs, Nikolai: »Bund Freiheit der Wissenschaft« reloaded? Vergleichende Überlegungen zum Professorenprotest des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit«, in: Forum Wissenschaft: *Umkämpfte Wissenschaftsfreiheit. Reale Bedrohung oder Mythos?* 2.38 (2021), S. 18–21.
- Zenthöfer, Jochen: »AfD-naher Staatsrechtslehrer gibt Lehrbefugnis auf«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 03.10.2024, <https://www.faz.net/aktuell/wissen/forschung-politik/hoeckes-ehemaliger-rechtsanwalt-legt-lehrbefugnis-an-uni-koeln-nieder-110024434.html>, Zugriff am 05.11.2025.
- Zoske, Sascha: »Ist Susanne Schröter rechtsextrem?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 05.06.2024, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/gegen-islamismus-ist-ethnologin-susanne-schroeter-rechtsextrem-19761863.html>, Zugriff am 30.09.2024.

»Zeitgemäßer als je zuvor«

Ein Gespräch über Aufrüstung, die Zivilklausel und die Rolle von Universitäten

Baha Kirlidokme & Jonathan Beullens

Die Debatte über Zivilklauseln an deutschen Hochschulen ist so alt wie die Bundesrepublik selbst. Während sich Universitäten seit Ende der 1940er Jahre immer wieder selbst dazu verpflichteten, dass Forschung und Lehre zivilen und friedlichen Zwecken dienen, werden Zivilklauseln heute hinterfragt: durch Politiken der Aufrüstung, globale Kriegsdynamiken und nicht zuletzt durch staatliche Gesetzesvorhaben wie in Bayern. Vor diesem Hintergrund führte der Journalist Baha Kirlidokme mit Jonathan Beullens von der Zivilklausel Initiative an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. ein Interview über die historischen Linien, die rechtlichen Grundlagen und den politischen Gehalt der Zivilklausel.

Baha Kirlidokme: Was ist eine Zivilklausel?

Jonathan Beullens: Die Zivilklausel ist eine freiwillige Selbstverpflichtung von Hochschulen, ihre Forschung und Lehre nur für zivile oder friedliche Zwecke zu leisten. Häufig werden beide dieser Schlüsselbegriffe aufgegriffen. Zivilklauseln sind meist in den Grundordnungen oder Satzungen der Hochschulen festgeschrieben und können unterschiedlich formuliert sein. An der Goethe-Universität heißt es zum Beispiel in der Präambel der Grundordnung, dass Forschung, Lehre und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen.¹ An anderen Hochschulen kann das anders aussehen. Der Geist einer Zivilklausel geht aber natürlich über das formal Niedergeschriebene hinaus. Zivilklauseln sind nicht als die reine Abwehr von Rüstungsforschung zu verstehen. Vielmehr

1 Vgl. Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. (Hg.): »Grundordnung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M.«, Frankfurt a.M. 2013, S. 2.

sind sie, wie Thorsten Bultmann, der Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), es gesagt hat, eigentlich der Anspruch, »an humanen Lösungen globaler Krisen und Konflikte mitzuwirken«.²

Wie kam die Zivilklausel nach Frankfurt?

Das ist eine spannende Geschichte. Senta Pineau vom bundesweiten Zivilklausel-Bündnis hat die allgemeine Geschichte der Zivilklauseln in vier Phasen eingeteilt.³ Die erste schließt unmittelbar an das Ende des Zweiten Weltkrieges an. Damals wurde der Technischen Universität Berlin (TU Berlin) von den Alliierten eine Zivilklausel auferlegt. Das war 1946, als direkte Konsequenz der Rolle dieser Universität im Faschismus. Diese Tatsache wurde vom Senat der TU Berlin 1991 bekräftigt.⁴ Die zweite Phase war im Rahmen der Friedensbewegung der 1980er Jahre. In einer Auseinandersetzung um die Rolle der Universität Bremen im US-amerikanischen »Star Wars«-Programm (*Strategic Defense Initiative*) unter Präsident Ronald Reagan gab diese sich die erste Zivilklausel seit den 1940ern.

Die dritte Phase verortet Pineau rund um das Jahr 1990, als sich der Ost-West-Konflikt durch die Auflösung der Sowjetunion scheinbar erledigt hatte. Da dachten natürlich viele, dass jetzt wo die Gefahr durch die »Massen des Ostens«⁵ weg war, das Ende der Geschichte gekommen sei, wie es damals der politische Theoretiker Francis Fukuyama ausdrückte.⁶ In den frühen 1990er Jahren bestand die Erwartung darin, dass mit der globalen Durchsetzung des ökonomischen und politischen Liberalismus eine Ära eintreten würde, in der der Systemkonflikt überwunden, ökonomische Integration vertieft und ein dauerhafter Frieden sowie allgemeiner Wohlstand gewährleistet wären. Das

2 Bultmann, Thorsten: »Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft«, Vortragstyposkript für die Veranstaltung des AK Zivilklausel der Universität Köln, 02.05.2013.

3 Vgl. Pineau, Senta: »Vortrag zur Geschichte der Zivilklauseln in Deutschland«, gehalten in Kassel im Oktober 2023 (unveröffentlichtes Manuskript).

4 Vgl. Technische Universität Berlin: »Zivilklausel der TU Berlin«, <https://www.tu.berlin/ueber-die-tu-berlin/organisation/rechtliches/richtlinien-leitlinien/zivilklausel>, Zugriff am 14.11.2025.

5 Schildt, Axel: »Horden aus dem Osten. Der Antikommunismus der Adenauer-Ära und wie er die politische Kultur der Bundesrepublik vergiftete«, in: *ZEIT Geschichte* 3/2015, S. 78.

6 Vgl. Fukuyama, Francis: »The End of History?«, in: *The National Interest* 16 (1989), S. 3-18.

hielt aber nur kurz an. Bereits 1990 begann der Zweite Golfkrieg. Bemerkenswert ist, dass der Senat der Universität Konstanz unmittelbar vor Ausbruch des Krieges eine Stellungnahme veröffentlichte, in der die Notwendigkeit einer friedlichen und diplomatischen Konfliktlösung betont wurde. Zugleich verabschiedete die Universität eine Zivilklausel, der sich in der Folge weitere Hochschulen anschlossen.⁷

Die vierte Phase begann Mitte der 2000er Jahre und war eng verknüpft mit den damaligen Bildungsprotesten – unter anderem gegen die Bologna-Reformen und die Einführung von Studiengebühren.⁸ Die Vorstellung einer ausfinanzierten Universität wurde als emanzipatorische Alternative zur neoliberalen Transformation im Sinne der unternehmerischen Hochschule entworfen. Damit rückte jedoch die Frage nach der gesellschaftlichen Zweckbestimmung verbesserter Studien- und Forschungsbedingungen ins Zentrum der Debatte: Diese sollten weder Effizienz- noch Standortlogiken folgen, sondern an Prinzipien ziviler Wissenschaft orientiert sein.⁹

In Frankfurt führte diese Frage zur Gründung eines Arbeitskreises, der die Implementierung einer Zivilklausel vorantrieb. Dieser besuchte fachbereichsübergreifend Vorlesungen, Seminare und sonstige Veranstaltungen, um Studierende zu mobilisieren und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Es wurde gefordert, dass ein Passus, die heutige Zivilklausel, in die Grundordnung der Goethe-Universität aufgenommen werden sollte. Eine klare Mehrheit der Universitätsangehörigen sprach sich daraufhin in einer Urabstimmung für die Aufnahme einer entsprechenden Klausel in die Grundordnung aus, die schließlich im Jahr 2013 eingeführt wurde. Die intensive Mobilisierung durch den Frankfurter Zivilklausel-Arbeitskreis führte dazu, dass diese Abstimmung eine deutlich höhere Beteiligung verzeichnete als die Wahlen zum Studierendenparlament.

7 Vgl. Senat der Universität Konstanz: »Protokoll Nr. 1/91« (1991).

8 Vgl. Bultmann, Torsten: »Der Bologna-Prozess ist gescheitert. Aber nicht nur einmal, sondern immer wieder«, in: *HLZ Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen* 4 (2015).

9 Vgl. Bultmann, Torsten: »Die Überwindung der ›unternehmerischen Hochschule‹. Von der BWL zur Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft«, in: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (Hg.), *Dossier 78: Zivilklauseln. Lernen und Forschen für den Frieden*, Beilage zu *Wissenschaft und Frieden* 2 (2015); in Zusammenarbeit mit AK Friedenswissenschaft der HAW Hamburg und AK Zivilklausel der Universität Köln.

Warum geschah dies so spät?

Die Goethe-Universität besitzt historisch bedingt einen tendenziellen Schwerpunkt in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Der Charakter dieser Wissenschaften erschwert die Greifbarkeit einer Zivilklausel. Bei den Technik- und Naturwissenschaften ist die Frage der Zivilität dagegen unmittelbar. So auch im Fall der Universität Bremen, die sich als erste Hochschule 1986 selbst eine Zivilklausel gab. Da ging es spezifisch um ein technisches Projekt zur Weltraumforschung und der konkrete technisch-naturwissenschaftliche Zusammenhang zum Militär war offensichtlich.

Zivilklauseln können unterschiedlich ausgelegt werden. Wie ist das in Frankfurt? Geht es um militärische Kooperation und Forschung oder stehen die anderen genannten, gesellschaftlichen Aspekte im Fokus?

Das Beispiel Frankfurt ist interessant, weil wir einerseits eine in der Grundordnung festgeschriebene Zivilklausel haben. Andererseits hat die Goethe-Universität auch andere Grundsatzdokumente, wie zum Beispiel das Nachhaltigkeitsverständnis, welches vom Senat verabschiedet wurde.¹⁰ Das Nachhaltigkeitsverständnis bezieht sich auf die UN-Nachhaltigkeitsziele, die *Sustainable Development Goals* (SDGs). Die umfassende Erfüllung der 17 Ziele – darunter die Abschaffung von Hunger, die Etablierung friedlicher und rechtsstaatlicher Institutionen, die Sicherstellung einer ausreichenden Wasserversorgung sowie eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels – setzt einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel voraus, der mit den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht vereinbar ist. Denn diese ist durch Konkurrenzmechanismen und profitorientierte Akkumulationslogiken geprägt, die im Widerspruch zu einer friedlichen und sozial-ökologischen Entwicklung stehen.

In der Kombination mit dem Nachhaltigkeitsverständnis lässt sich die Zivilklausel der Goethe-Universität nicht nur als formales Bekenntnis zu friedlicher und ziviler Forschung verstehen, sondern vielmehr als kritischer Bezugspunkt für eine Debatte über die Rolle von Wissenschaft und Hochschule bei

¹⁰ Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. (Hg.): »Nachhaltigkeitsverständnis für die Goethe-Universität«, <https://assets.uni-frankfurt.de/dam/pdf/strategy-papers/2023-nachhaltigkeitsverstaendnis-goethe-universitaet.pdf>, Zugriff am 06.02.2026.

der umfassenden Erfüllung der SDGs. Wir müssen also davon wegkommen, uns nur dann zu empören, wenn die Bundeswehr bei irgendwelchen Berufsmessen anwesend ist – das ist zwar richtig und notwendig, allerdings müssen wir diese Perspektive erweitern. Der Gestaltungsanspruch an unserer Universität ist ziviler Natur. Wir wollen zum Beispiel in den Gesellschaftswissenschaften nicht daran mitforschen, wie sich in den internationalen Beziehungen die Klimamigration möglichst gut regulieren lässt, was vermeintlich durch den Einsatz von Bundeswehrtruppen in Afrika unterstützt wird.¹¹ Vielmehr wollen wir, dass das grundsätzliche globale Nord-Süd-Gefälle auf den ökonomischen, politischen und ökologischen Ebenen aufgehoben wird. Das bedingt ein gänzlich neues Verständnis der Verwirklichung von Grundgesetz, Menschen- und Völkerrecht, wie es unmittelbar nach der Niederrichtung des deutschen Faschismus formuliert wurde.¹² So sehen Artikel 55 und 56 der Charta der Vereinten Nationen die Förderung von friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern unweigerlich verbunden mit Kooperation auf wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher, kultureller und bildungspolitischer Ebene.¹³

Es lässt sich aber auch argumentieren, dass eine Zivilklausel die Freiheit der Forschung einschränkt.

Dieses Argument wird insbesondere von rechten politischen Akteur*innen, etwa der AfD, aufgegriffen; so etwa in einer Kleinen Anfrage im Bundestag 2020, in der Zivilklauseln als verfassungswidrig kritisiert wurden, da sie angeblich die Forschungsfreiheit gemäß Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes beeinträchtigten.¹⁴ Demgegenüber betont der Staats- und Verfassungsrechtler Erhard Denninger, ehemaliger Rektor und Dekan des rechtswis-

11 Vgl. Flock, Pablo: »Stabilisierung im Sahel. Deutschland will Präsenz im Sahel behalten – trotz fehlender Schritte zur Demokratie«, in: *IMI-Analyse* 04/2024, 19.01.2024.

12 Vgl. Brückmann, Artur: »Erkämpft das Menschenrecht! Die Friedensstaatlichkeit des Grundgesetzes als Messlatte des Fortschritts«, in: *Forum Wissenschaft* 3 (2024).

13 Vgl. Vereinte Nationen: »Charta der Vereinten Nationen«, 26.06.1945, <https://unric.org/de/charta/>, Zugriff am 14.11.2025.

14 Vgl. Jongen, Marc/Frömming, Götz/Höchst, Nicole/Espendiller, Michael/Reichardt, Martin/Kleinwächter, Norbert/Lucassen, Rüdiger/Fraktion der AfD: »Weiterentwicklung Strategischer Studien sowie sicherheitspolitischer und geopolitischer Forschung«, Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag (Drucksache 19/21052), 14.07.2020, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/210/1921052.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.

senschaftlichen Fachbereichs der Goethe-Universität, dass die Freiheit von Forschung und Lehre nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern im Kontext der gesamten verfassungsrechtlichen Ordnung zu verstehen ist.¹⁵ Hierzu zählt insbesondere Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Unantastbarkeit der Menschenwürde garantiert und die universellen Menschenrechte explizit anerkennt. Darüber hinaus setzt Artikel 26 fest, dass jede Handlung, die geeignet ist und in der Absicht vorgenommen wird, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig ist. Das ist die konkrete Ausgestaltung des Friedensgebots in der Präambel des Grundgesetzes, nach dem sich die Bundesrepublik selbst verpflichtet, dem »Frieden der Welt zu dienen«.¹⁶

Das Grundgesetz sieht in Artikel 25 zudem die Bindung an das Völkerrecht vor. Dieses erzeugt »Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes«. Somit bindet das Grundgesetz auch an das allgemeine Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen: jede Androhung oder Anwendung von Gewalt ist damit verboten. Dies ist verbunden mit der Bestimmung, dass internationale Streitigkeiten durch friedliche Mittel beigelegt werden sollen. Hergeleitet wird diese Regelung aus den Zielen der Charta, darunter die Entwicklung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen Nationen sowie die Wahrung des Weltfriedens. Auch in der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) wird die Notwendigkeit einer friedensfördernden und zivilen Wissenschaft betont: »Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden«.¹⁷

Man muss sich letztlich, wenn von Wissenschaftsfreiheit gesprochen wird, auch fragen, wessen Freiheit gemeint ist (siehe *Lukas Geisler* in diesem Band). Im heutigen Wissenschaftssystem der Bundesrepublik gewinnen ökonomische Einflussfaktoren deutlich an Bedeutung für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess. Auf der strukturellen Ebene geht es hier um die seit

15 Vgl. Denninger, Erhard: »Zivilklausel und Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes: Was ist möglich?«, in: Nielebock, Thomas/Meisch, Simon/Harms, Volker (Hg.), *Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet*, Theodor Eschenburg-Vorlesung 2011, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 63.

16 Deiseroth, Dieter: »Das Friedensgebot des Grundgesetzes«, in: *vorgänge* 189.1 (2010), S. 103-112.

17 UNESCO: »Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur«, 16.11.1945, zuletzt geändert am 01.11.2001, <https://www.unesco.de/dokumente-und-hintergruende/dokumente/unesco/verfassung-der-organisation-fuer-bildung-wissenschaft-und-kultur/>, Zugriff am 14.11.2025.

Jahren anteilig zurückgefahrenen Grundfinanzierung und eine zunehmende Abhängigkeit von Drittmitteln (siehe *Simone Claar und Tobias Cepok* in diesem Band).¹⁸ Offen zur Schau gestellt wurde das in eindrucksvoller Weise durch den Fördermittelskandal Mitte 2024 unter der ehemaligen Wissenschaftsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) (siehe *Peter Ullrich* in diesem Band). Aber auch in einem 2024 veröffentlichten Papier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde unverhüllt die Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen als Hebel zur Einflussnahme charakterisiert.¹⁹

Dass die Forschung jedoch nie vollständig »frei« sein kann, ist mittlerweile auch dem Wissenschaftsrat ersichtlich.²⁰ Es gibt keine Forscherin, die in völliger Selbstbestimmtheit und gesellschaftlicher Isolation »ihre« Forschung betreibt. Wissenschaft folgt immer einer stärker oder schwächer ausgeprägten Zweckbestimmung, die aber in unterschiedlichem Maße gesellschaftlich-demokratisch erstritten werden kann.²¹ Es geht also darum, ebendiese Illusion der vermeintlichen Freiheit von Gesellschaftlichkeit abzuschütteln, und die tatsächlich notwendigen Debatten darüber zu führen, mit welchem Ziel wir eigentlich forschen und lernen. Tun wir das nicht, überlassen wir diese Aufgabe den Arbeitgeberverbänden, der fossilen Energieindustrie, Rüstungsindustrie, Finanzbranche, Chemie- und Pharmaindustrie und so weiter – denen also, die nur ihre Partikularinteressen im Blick haben. Dass die AfD, als demagogischer Handlanger dieser Interessen, Zivilklauseln verbieten möchte, liegt auf der Hand.²²

18 Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: »Grund- und Drittmittelfinanzierung von Hochschulen«, Förderatlas der DFG, <https://foerderatlas.dfg.de/stories/grund-und-drittmittelfinanzierung-von-hochschulen/>, Zugriff am 14.11.2025.

19 Vgl. Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel: »Kommentar zum »Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte Zeitenwende«, 24.08.2024, <http://zivilklausel.de/images/Kommentar%20BMBF.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.

20 Vgl. Wissenschaftsrat: »Wissenschaft und Sicherheit in Zeiten weltpolitischer Umbrüche«, Positionspapier (Drucksache 2485–25), Köln 2025.

21 Vgl. Kuczynski, Jürgen: *Die vertauschte Eule der Minerva. Der Wissenschaftler in der kapitalistischen Gesellschaft*, Berlin: Akademie-Verlag 1974.

22 Vgl. Fraktion der AfD: »Die weltpolitische Lage führt uns die Realität schonungslos vor Augen – keine Zivilklauseln an den staatlichen Hochschulen!«, Antrag im Landtag Nordrhein-Westfalen (Drucksache 18/8111), 20.02.2024, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-8111.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.

Im Jahr 2022 hat der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz kurz nach Russlands Angriff auf die Ukraine die sogenannte Zeitenwende ausgerufen. Anfang 2025 beschloss zudem die NATO eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben ihrer Mitgliedsstaaten auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ist eine Zivilklausel in Zeiten der internationalen Neuordnung überhaupt noch zeitgemäß?

Zeitgemäßer als je zuvor. Durch die globalen Kriegslogiken und die multiple Krise, die wir aktuell überall auf der Welt tagtäglich beobachten können, steigen die Rüstungsausgaben global.²³ Die gegenwärtige Dynamik ist geprägt von einer gegenseitigen Beobachtung der militärischen Aufrüstung benachbarter Staaten, die zu einer fortschreitenden Eskalation führt und als Abschreckungslogik beschrieben wird. Diese Logik basiert auf der Annahme, dass eine hinreichend starke militärische Kapazität Angriffe von außen verhindern könne. Bereits in den 1980er Jahren hat Dieter Senghaas den Irrtum dieser Konzeption klar formuliert: jede Aufrüstungsmaßnahme ist eine objektive Kriegsvorbereitung.²⁴ Entsprechend werden diese Maßnahmen von benachbarten Staaten wahrgenommen. Eine Aufrüstungsspirale ist das Resultat, das kollektive Gefühl von Unsicherheit und Misstrauen dominiert. Genau das sehen wir heute.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Frage, wie dieses Unsicherheitsgefühl systematisch adressiert werden kann, um einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken. Ich knüpfe dazu an die Mainauer Kundgebung von 1955 an. In dieser Erklärung legten Naturwissenschaftler und Nobelpreisträger dar, dass wir mit den Kernwaffen an einem Punkt angelangt sind, an dem wir unsere Konflikte nicht mehr militärisch lösen können. Deshalb müssten alle Nationen, wie es in der Erklärung heißt, »zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten«.²⁵ Die ernsthafte Umsetzung dieser Erklärung würde auch heute bedeuten, Abrüstungsmaßnahmen voranzutreiben und sich für eine nachhaltige Sicherheitsarchitektur einzusetzen, die Russland miteinschließt.

23 Vgl. Liang, Xiao/Tian, Nan/Lopes da Silva, Diego/Scarazzato, Lorenzo/Karim, Zubaida A./Guiberteau Ricard, Jade: »Trends in World Military Expenditure, 2024«, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Fact Sheet (2025).

24 Vgl. Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Frankfurt a.M.: Fischer 1972, S. 19.

25 Als Faksimile abgedruckt in Kraus, Elisabeth: *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*, Würzburg: Königshausen & Neumann 2001, S. 162.

Hierfür braucht es natürlich kritische Forschung. Ein historisch schönes Beispiel dafür ist die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), also die Vorgängerin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Sie wurde 1973 auch maßgeblich von der Universität Hamburg mitgestaltet. Bei der Konferenz trafen sich Wissenschaftler*innen aus Ost und West, um die brennenden Probleme der drohenden gegenseitigen Vernichtung sowie der ökonomischen Zusammenarbeit miteinander zu diskutieren. Es wurde die zentrale Fragestellung formuliert, wie ein Prozess der Entspannungspolitik initiiert und gefördert werden könnte.²⁶ Eine vergleichbare Initiative erscheint heute dringend geboten, insbesondere zur Überwindung der Blockade der heutigen OSZE nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, aber auch zur Überwindung der schwelenden Blockkonfrontation mit China. Vor diesem Hintergrund sollte insbesondere die Goethe-Universität, die einen Schwerpunkt auf Studien im Bereich der Internationalen Beziehungen legt, eine führende Rolle in diesem Diskurs übernehmen. Das kann aber nur in wissenschaftlicher Kooperation mit allen Ländern stattfinden, egal ob sie dem westlichen NATO-Staatenblock unter Führung der USA angehören beziehungsweise nahestehen oder nicht.

Wie sollten die Universitäten aufsolch eine Konferenz hinwirken, wenn auf der anderen Seite ein Russland steht, das eindeutig imperialistische Ziele verfolgt und nicht an Frieden interessiert ist? Ist so überhaupt eine Entspannungspolitik zu erreichen?

Ähnliche Argumente gab es auch in den 1980ern in den Diskussionen über den NATO-Doppelbeschluss, für den der Einfall der Sowjetunion in Afghanistan als einer von vielen Vorwänden genutzt wurde. Es ist allerdings anzunehmen, dass ein Großteil der russischen Bevölkerung grundsätzlich an Frieden interessiert ist, was als zentrale Voraussetzung für Deeskalationsbemühungen zu betrachten ist. Wichtig ist, dass der Aufrüstungsspirale zunächst kein Vorschub geleistet wird – exemplarisch wird dies an der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Wiesbaden deutlich, die aufgrund ihrer Reichweite und Erstschlagsfähigkeit eine erhebliche Bedrohung für Moskau darstel-

26 Vgl. Fischer-Appelt, Peter: *Die Universität als Kunstwerk. Beiträge aus sechs Jahrzehnten*, Band 22 der Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Berlin/Hamburg: Dietrich Reimer 2012.

len.²⁷ Unabhängig von individuellen politischen Positionen, etwa gegenüber der russischen Führung, für die ich keine Sympathien hege, ist aus strategischer Perspektive nachvollziehbar, dass eine solche Bedrohung, die von Mittelstreckenraketen ausgeht, zu einer Verstärkung der russischen Verteidigungskapazitäten führen wird und somit eine Spirale der gegenseitigen Aufrüstung befeuert. Gleiches gilt übrigens nicht nur für offensichtliche Angriffswaffen, sondern auch für vermeintliche Defensivanlagen. Jedes Raketenabwehrsystem kann und muss als Eingriff in das sensible »Gleichgewicht des Schreckens« gesehen werden. Entsprechend werden von allen Seiten Systeme entwickelt, um diese »Defensivanlagen« zu umgehen. Dass es eine Alternative zum Frieden gibt, ist spätestens seit dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki Wunschdenken. Der zermürbende Stellungskrieg – zu einem solchen gewandelt durch das Damoklesschwert der Kernwaffen – führt mittlerweile auch bei großen Teilen der ukrainischen Bevölkerung zu dem Wunsch nach einem baldigen Verhandlungsfrieden, wie wir zum Beispiel in einer aktuellen Gallup-Umfrage sehen können.²⁸

Es wird oft argumentiert, dass die Aufrüstung auch positive Effekte habe, ganz konkret das Sondervermögen der Bundesregierung für Infrastruktur. Wie kann man die Menschen, die von der Aufrüstung profitieren, davon überzeugen, dass sie dennoch falsch ist?

Erstmal müsste man sich genauer anschauen, wie diese Mittel verteilt werden. Das NATO 5-Prozent-Ziel sieht Investitionen in Höhe von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die militärische Infrastruktur vor. Das wären nach heutigem Stand allein schon 70 Milliarden Euro für Deutschland. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) hat bereits im Juni 2024 ein Papier veröffentlicht, in dem sie Deutschland als »Drehkreuz« charakterisierte und mindestens 30 Milliarden Euro zur »gezielten Erneuerung von militärischen Korridoren« forderte.²⁹ Das meint vor allem die Ertüchtigung von »Schienen, Straßen und Wasserwegen«. Bei Investitionen in die Bahn,

27 Vgl. Demirel, Özlem Alev/Wagner, Jürgen: »Frieden schaffen mit Angriffswaffen?«, IMI-Studie 2024/7, aktualisiert im Februar 2025, <https://www.imi-online.de/download/Mittelstreckenraketen-Feb-25.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.

28 Vgl. Gallup: »Ukrainian Support for War Effort Collapses«, <https://news.gallup.com/poll/693203/ukrainian-support-war-effort-collapses.aspx>, Zugriff am 14.11.2025.

29 Hartmann, Jannik: »Militärische Mobilität. Wie Deutschland seine Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft rüstet«, DGAP Policy Brief 12 (Juni 2024).

zum Beispiel, sollen Routen Vorrang haben, die als Militärkorridore genutzt werden können. Brücken und Straßen sollen nach Maßgabe des Schwerlasttransports für Panzer und anderes Kriegsgerät sowie vor allem hinsichtlich bereits erwähnter Korridore saniert werden. Die heutigen Regierungsparteien selbst schrieben in ihrem Bundestagsantrag zum Sondervermögen, dass es darum gehe, die »tatsächliche Fähigkeit, ein deutlich gesteigertes Verteidigungspotential auch zur Wirkung zu bringen«.³⁰ Das impliziert im Umkehrschluss, dass Investitionen in Bereiche wie Kindertagesstätten und Schulen tendenziell in der Verteilung der Mittel aus dem Sondervermögen vernachlässigt werden. Stattdessen ist mit einer höchst ungleichen Ressourcenverteilung zu rechnen, wobei finanzielle Mittel primär in jene Sektoren fließen werden, die für die strategische Bedeutung Deutschlands als NATO-Drehzscheibe von besonderer Relevanz sind. Deshalb würde ich sagen, dass Aufrüstung mitnichten eine Antwort auf die riesengroßen Infrastrukturdefizite ist, denn diese betreffen eben auch die soziale Infrastruktur wie die Pflege, Gesundheit, den sozialen Bereich oder Bildung.

*Die Investitionen in Aufrüstung werden von manchen Ökonom*innen auch als eine Form von militärischem Keynesianismus bezeichnet. Deutschland befindet sich in einer Wirtschaftskrise. Wenn man jetzt den Lohnabhängigen in der Fabrik eines Automobilzulieferers erzählt, die Produktion von Panzern könnte ihren Job retten, vielleicht sogar neue Arbeitsplätze schaffen, werden sie sich nur schwer davon überzeugen lassen, keine Sitze für Panzer zu bauen.*

Ich denke man muss den Menschen erstmal aufzeigen, dass diese Erzählung nicht stimmt. Im Zuge der Übernahme der Waggonwerke in Görlitz durch den Rüstungskonzern KNDS im Jahr 2025 wurde zunächst kommuniziert, dass Arbeitsplätze gesichert würden. Kurz darauf folgten jedoch Meldungen, die eine gegenteilige Entwicklung dokumentierten und auf bevorstehende Entlassungen hinwiesen.³¹ Die Rüstungsindustrie, das hat Jörg Huffschmid, ein mar-

30 Fraktionen der SPD und CDU/CSU: »Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h)«, Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag (Drucksache 20/15096), 10.03.2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015096.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.

31 Vgl. MDR Sachsen: »Alstom-Waggonbau Görlitz: Rüstungskonzern übernimmt Werk – Proteste vor Ort«, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/alstom-waggonbau-ruestungskonzern-demo-102.html>, Zugriff am 14.11.2025.

xistischer Wirtschaftswissenschaftler aus Bremen, in den 1980ern schon sehr eindrucksvoll empirisch belegt, ist eine äußerst schlechte Treiberin für Wirtschaftswachstum.³² Erstens zeichnet sich die Rüstungsindustrie im Vergleich zu anderen Industriezweigen durch einen deutlich geringeren Personalbedarf aus, was erklärt, warum in den von ihr übernommenen Bereichen vielfach Personalabbau zu beobachten ist. Zweitens erweist sich das Konzept eines militärischen Keynesianismus als nicht tragfähig: Der erhoffte konjunkturelle Impuls durch massive Rüstungsinvestitionen bleibt aus. Selbst Ökonom*innen aus dem neoklassischen Lager, die häufig arbeitgeberfreundlich argumentieren, unterstützen diese Sichtweise. So argumentieren Christian Mölling und Torben Schütz von der DGAP, dass Investitionen in Bildung und Infrastruktur weitaus effektiver für die Förderung wirtschaftlichen Wachstums sind als Rüstungsausgaben.³³ Gerade vor diesem Hintergrund ist die politische und industriennahe Kommunikation darauf ausgerichtet, Aufrüstung als Konjunkturmotor zu legitimieren, obwohl ihr realer ökonomischer Wert offenkundig nichtig ist.³⁴

Könnte also hier die Wissenschaft ansetzen?

Genau das muss die Rolle der Wissenschaft sein. Es braucht die wissenschaftliche Widerlegung dieser oben genannten Mythen. Eine zentrale Aufgabe kritischer Wissenschaften besteht darin, die strukturellen Macht- und Interessenkonstellationen, die den aktuellen Aufrüstungsdiskursen zugrunde liegen, analytisch offenzulegen und zu problematisieren. Dazu gehört auch, technokratische oder vermeintlich ökonomisch alternativlose Argumentationen auf ihre ideologischen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Implikationen hin zu untersuchen. Es sollten aber auch die Wechselwirkungen zwischen Aufrüstung, Ökonomie und politischer Steuerung im Kontext

32 Vgl. Huffscheid, Jörg (Hg.): *Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch*, Köln: Pahl-Rugenstein 1981.

33 Vgl. Mölling, Christian/Schütz, Torben: »Rüstung: Waffen sind gut für die Verteidigung, nicht für die Wirtschaft«, in: *Capital* 9 (2024), <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/ruestung--waffen-sind-gut-fuer-die-verteidigung--nicht-fuer-die-wirtschaft-35047328.html>, Zugriff am 14.11.2025.

34 Vgl. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: »Frieden und Sicherheit in Europa. Bericht der Enquetekommission »Frieden und Sicherheit in Europa – Gefahren erkennen, eindämmen und entgegen««, 24.01.2025, S. 58-59.

des stärker werdenden militärisch-industriellen Komplexes³⁵ angeschaut und gefragt werden, welche Folgen die Entwicklungen für die Gesellschaft und den Weltfrieden haben. Darüber hinaus braucht es Perspektiven für zivile Konfliktbearbeitung, bei der es auch darum gehen muss, emanzipatorische Gegenentwürfe zu formulieren.

Und welche Rolle könnten die Zivilklausel-Initiativen einnehmen?

Wie die ursprüngliche Einführung der Zivilklausel an der Goethe-Universität eine Aktion von unten war, muss die Erfüllung ihrer Bestimmungen auch von unten durchgesetzt werden. In Universitäten finden hegemoniale »Kämpfe um die Köpfe« statt. Es gilt, sich zu organisieren gegen den Druck von außen – aus der Politik und von anderen Akteur*innen in der Gesellschaft –, aber auch gegen den Druck aus dem neoliberalisierten Wissenschaftssystem selbst, wie er durch die Exzellenzstrategie ausgeübt wird.

Für die Zivilklausel-Initiativen bedeutet die Arbeit von unten ganz konkret die Organisation von Veranstaltungen, um die Frage zu klären, wie wir eigentlich in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen zu einem nachhaltigen Frieden beitragen können. Das beginnt beispielsweise schon damit, eine kritische Haltung in den Lehrveranstaltungen zu zeigen. Wenn in der Politikwissenschaft von der »regelbasierten Weltordnung« gesprochen wird, dann sollte man sich melden und fragen, was das eigentlich für ein Begriff ist, und woher er stammt. Ist die sogenannte »regelbasierte Weltordnung«, so könnte eine Nachfrage lauten, nicht einfach ein Konstrukt, das von westlichen Thinktanks aufgestellt wurde, um beliebige Interventionen von NATO-Staaten in andere souveräne Länder zu legitimieren? Es sollte darum gehen, Widersprüche zwischen den selbst propagierten Werten und Regeln und den tatsächlichen Handlungen offenzulegen. Ein weiterer Aspekt ist das Transparentmachen von Quellen der Forschungsfinanzierung. Das kann unter anderem in den universitären Gremien passieren. Das Wichtigste ist jedoch, einfach mit unseren Kommiliton*innen ins Gespräch zu kommen und mit ihnen über ihre Vorstellungen von Wissenschaft und gesellschaftlicher Veränderung zu diskutieren: Wofür studieren sie? In was für einer Gesellschaft wollen sie leben und arbeiten? Wie deuten sie den aktuellen Kriegskurs der Regierung und wie, glauben sie, sind sie davon betroffen? Was bedarf es ihrer Ansicht nach,

35 Vgl. Schmid, Fred: *Die »Zeitenwende« und der Militär-Industrie-Komplex*, isw report 140 (2024).

um die großen Menschheitsfragen wie Klimawandel, Armut, Hunger und soziale Ungleichheit zu lösen?

Wie groß ist da das Feedback oder auch der Rückhalt aus der Studierendenschaft?

Leider ist es in Frankfurt nach Einführung der Zivilklausel im Jahr 2013 zu einem Stopp der Aktivitäten der Initiative gekommen. Man hatte das kurzfristige Ziel der Einführung einer Zivilklausel in die Grundordnung erreicht. Es gab keine langfristige Strategie. Die Unterbrechung lässt sich aber ebenfalls darauf zurückführen, dass in den darauffolgenden Jahren ein schrittweiser Rückgang des Bewusstseins für die Thematik zu beobachten war. Auch seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs 2022 sind in der Studierendenschaft kaum substanzielle Veränderungen erkennbar, was darauf hinweist, dass das Verständnis für die Bedeutung der Zivilklausel bislang nur begrenzt entwickelt ist. Das gilt es zu ändern. Zum Beispiel haben wir in der Fachschaft Physik, in der ich aktiv bin, bereits häufiger über das Thema gesprochen. Am Anfang gab es noch ziemlich kontroverse Diskussionen, in denen das Argument dominierte, die »Verteidigungsfähigkeit« erfordere ausgereifte Technologien. Inzwischen hat sich die Stimmung jedoch deutlich verändert: Heute herrscht in der Fachschaft weitgehend Einigkeit darüber, dass die Zivilklausel einen sinnvollen und unterstützenswerten Anspruch formuliert. Im Allgemeinen merken wir aber ein zunehmendes Interesse unserer Kommiliton*innen an eingreifendem Handeln für eine Wissenschaft, die allen zugutekommt.

Wie gefährdet sind Zivilklauseln aktuell? In Bayern wurde 2024 das sogenannte Bundeswehrgesetz verabschiedet, das auch ein Verbot von Zivilklauseln beinhaltet.

Die Entwicklungen in Bayern sind in der Tat besorgniserregend. Dort wurde ein Landesgesetz verabschiedet, das die Kooperation zwischen Hochschulen und der Bundeswehr ausdrücklich vorsieht und zugleich die Implementierung von Zivilklauseln untersagt.³⁶ Das Gesetz stellt einen direkten Eingriff in die hochschulpolitische Autonomie dar und ist der Versuch, die Wissenschaft an sicherheits- und verteidigungspolitische Interessen des Staates anzubinden. Deshalb ist das Vorhaben mit einem sehr großen Aber verbunden. Es handelt sich um einen außergewöhnlichen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit. Die

36 Vgl. Bayerische Staatsregierung: »Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern«, in: *Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt* 14, 30.07.2024, S. 257.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Bayern bemüht gerade eine Popularklage gegen dieses Gesetz, da es nach ihrer Einschätzung und der anderer Expert*innen grundgesetzwidrig ist.³⁷ Die Vehemenz, mit der in Bayern das Primat des Militärischen durchgesetzt werden soll, ist daher auch ein sonderbarer Fall. Dennoch wird häufig unterschätzt, wie sorgfältig politische Akteur*innen ihre Maßnahmen taktisch absichern. So wurde in einer Stellungnahme der Bayrischen Rektorenkonferenz zum Gesetz explizit auf möglichen Widerstand durch die Studierendenschaft hingewiesen.³⁸

In Hessen schlägt die schwarz-rote Regierung ähnliche Töne an.

Das Land Hessen ist ein aufschlussreiches Fallbeispiel dafür, wie von der herrschenden Politik mit dem friedensbewegten Bewusstsein der Bevölkerung als Ergebnis von Faschismus und Weltkriegen umgegangen wird. Einerseits versucht die FDP in der Opposition die Regierung zu treiben, indem sie im Landtag eine Eins-zu-Eins-Kopie des bayerischen Gesetzes eingebracht hat. Das haben die Regierungsparteien aber abgelehnt.³⁹ Diese verfolgen offiziell einen weniger konfrontativen Ansatz, der nicht auf unmittelbare gesetzliche Zwänge abzielt, sondern auf eine graduelle Einflussnahme, um die Aufhebung bestehender Zivilklauseln zu erwirken. Ausdruck dessen sind wiederholte Bekundungen der Regierungskoalition, die die Formel beinhalten, dass die Universitätsleitungen bei der Überprüfung der Zivilklauseln unterstützt werden sollen.⁴⁰

37 Vgl. GEW Bayern: »Nein zum Bundeswehr-Gesetz«, <https://www.gew-bayern.de/themen/nein-zum-bundeswehrgesetz>, Zugriff am 14.11.2025.

38 Vgl. Universität Bayern e.V. Bayerische Universitätenkonferenz: »Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern«, 15.03.2024, https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Gesetzesmaterial/0000001484/0000000018.pdf, Zugriff am 14.11.2025, S. 4.

39 Vgl. Hauptausschuss des Hessischen Landtags: »Beschlussempfehlung und Bericht zum Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten Gesetz zur Stärkung der Bundeswehr in Hessen«, Drucksache 21/2321, 04.06.2025, <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/21/1/02321.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.

40 Vgl. CDU/SPD (Hessen): »Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode 2024–2029«, 18.12.2023, https://hessen.de/sites/hessen.hessen.de/files/2024-01/koalitionsvertrag_fuer_die_21._legislaturperiode.pdf, Zugriff am 14.11.2025, S. 108. Vgl. auch Fraktion der CDU/Fraktion der SPD: »Für eine tüchtige Verteidigungspolitik: Hessen leistet seinen Beitrag«, Antrag im Hessischen Landtag (Drucksache

Warum trauen sich die Regierungsparteien in Hessen nicht mehr?

Dies lässt sich dahingehend interpretieren, dass den politischen Akteur*innen bewusst ist, dass eine explizit prohibitive Regulierung erhebliche Widerstände seitens hochschulpolitischer Akteur*innen und zivilgesellschaftlicher Gruppen provozieren würde. Regierende in liberalen Demokratien sind strukturell darauf angewiesen, einen gewissen gesellschaftlichen Konsens zu erzeugen, um ihre Herrschaft zu stabilisieren – sowohl innerhalb der politischen Koalitionen als auch im Verhältnis zur Gesellschaft. Die Veränderung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse muss daher graduell erfolgen. Ein ab und zu losgelassener Testballon, wie ihn der Gesetzesentwurf der FDP darstellt, ist dem kein Hindernis. Dieser ist umgekehrt sogar förderlich, da die Regierung sich mit ihrer Position als »gemäßigt« zeigen kann. Dennoch gibt es aktuell erheblichen Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung, und wenn die Auseinandersetzung sich zuspitzt, wird sich zeigen, ob nicht doch zum Zwang per Gesetz zurückgegriffen werden wird, wie es die FDP schon länger fordert.⁴¹

Wo sind hier die Zusammenhänge mit der Neoliberalisierung der Hochschulen?

Der neoliberale Umbau der Universitäten hat seine Spuren im politischen Bewusstsein der Studierenden hinterlassen. Viele fühlen sich unter Druck gesetzt, ihr Studium in sechs beziehungsweise vier Semestern abzuschließen. Das Studium wird immer verschulter – man hat vorgegebene Studienpläne, von denen man nicht abweichen soll, und eine Vielzahl an Prüfungen. All das erschwert die politische Bildung. Studierende werden dadurch auch daran gehindert, sich an demokratischen Mitbestimmungsprozessen an ihrer Universität zu beteiligen. Denn wer hat eigentlich Zeit für all das, wenn der Druck zum Studium in Regelstudienzeit enorm ist, weil man nicht länger BAföG bekommt, oder wenn man neben dem Studium fast Vollzeit arbeitet? Das hinterlässt natürlich seine Spuren. Auch in der Art und Weise, wie Studierende die Universität als politischen Ort wahrnehmen. Sehr viele sehen ihre Hochschule eben nicht als Betrieb, in dem in kollektiver, selbstbestimmter und erfreulicher Arbeit der wissenschaftliche Erkenntnisprozess für eine emanzipatori-

21/2387), 17.06.2025, <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/21/7/02387.pdf>, Zugriff am 14.11.2025, S. 2.

41 Vgl. Hessischer Landtag: »Plenarprotokoll 21/37«, 27.03.2025, S. 2653.

sche und bessere Gesellschaft gefördert wird. Vielmehr wird die Universität darauf reduziert, lediglich der Ort zu sein, an dem sie ihre Ausbildung für einen künftigen Beruf absolvieren.

Gleichzeitig sehen sich Universitätsleitungen und Forschende aufgrund unzureichender Grundfinanzierung zunehmend gezwungen, Drittmittel für Forschungsvorhaben einzuwerben, um ihre wissenschaftlichen Aktivitäten aufrechterhalten und ausbauen zu können. Vor diesem Hintergrund eröffnen sich gerade für Akteur*innen wie die Bundeswehr oder Rüstungsunternehmen potenzielle Einflussmöglichkeiten, um über die Vergabe von Drittmitteln die Forschungsschwerpunkte und -agenden mitzugestalten.

*Aktuell lässt sich aber auch eine signifikante Veränderung in Bezug auf die Entpolitisierung vieler Studierender feststellen. Insbesondere im Kontext der militärischen Operationen der israelischen Armee im Gazastreifen, die von zahlreichen etablierten Wissenschaftler*innen inzwischen als Genozid eingestuft werden⁴², formierten sich an Universitäten verstärkt politisch aktive studentische Gruppen. Hier ließen sich doch sicherlich Kämpfe verbinden.*

Es ist zunehmend evident, dass das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen auch hierzulande nicht länger ignoriert oder relativiert werden kann. Innerhalb der gegenwärtigen Friedensbewegung nimmt die palästina-solidarische Bewegung eine besonders zentrale und mobilisierende Rolle ein, die insbesondere junge Mitmenschen prägt. Diese Strömung stellt derzeit den stärksten Ausdruck einer engagierten, basisorientierten Friedenspolitik dar und wirkt als bedeutender Impulsgeber für gesellschaftliche Debatten über Krieg und Frieden. Dieses Momentum gilt es zu verallgemeinern, und zwar indem die Debatte über eine bloße Verurteilung der Gewalthandlungen hinausgeführt wird. Es reicht nicht aus, allein die Forderung nach einem Ende des Krieges zu artikulieren. Vielmehr muss eine kritische Reflexion der Rolle des deutschen Staats und seiner politischen sowie ökonomischen Verflechtungen in den globalen Konfliktzusammenhängen erfolgen. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland als zweitgrößter Waffenlieferant Israels eine bedeutende Rolle in der materiellen Befeuerung des Krieges einnahm, ist es

42 Vgl. International Association of Genocide Scholars (IAGS): »Resolution on the Situation in Gaza«, 31.08.2025, <https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.

notwendig, die spezifischen Verantwortlichkeiten und Handlungsmöglichkeiten auf nationalstaatlicher Ebene zu analysieren. Zentral ist dabei die Frage, welchen Beitrag Deutschland nicht nur zur Beendigung dieses spezifischen Krieges, sondern zur Entschärfung von Kriegsdynamiken weltweit leisten kann. Eine solche Reflexion eröffnet Perspektiven für eine politisch-strategische Neuausrichtung hin zu einem umfassenden Humanismus, der sich am historisch erkämpften Menschen- und Völkerrecht orientiert.

Was ist der Beitrag, den deutsche Hochschulen dabei leisten können?

Da kommen wir wieder zur Zivilklausel-Frage. Um die Bewegung zu stärken, verfolgen wir gerade erste Ansätze zur bundesweiten Vernetzung zwischen den Initiativen. Zudem können die Initiativen Anträge in den Hochschulgremien stellen, dass sich ihre Universitäten beispielsweise für vereinfachte Visa-Verfahren für palästinensische und andere Studierende aus Kriegsgebieten einsetzen. Auch können wir uns um die Bereitstellung von Online-Lernplattformen und Gebrauchsmaterialien bemühen. Im Zuge der umfassenden Zerstörung der Hochschulen in Gaza durch Israel wurden auch sämtliche Labore vernichtet.⁴³ Das sind alles Punkte, wo wir hierzulande aus den Hochschulen heraus einen Beitrag leisten können, um den Wiederaufbau und auch den Frieden zu fördern. Wissenschaftliche Kooperationen sollten daher weltweit – insbesondere mit Universitäten im Globalen Süden – ausgebaut werden. Selbiges gilt natürlich für internationale Austauschprogramme. Aber dabei kann es nicht bleiben. Als gesellschaftliche Institutionen haben Hochschulen eine klare politische Bedeutung über den Wissensaustausch und Partnerschaften hinaus. Unsere Kolleg*innen und Kommiliton*innen werden in Gaza und im Westjordanland systematisch unterdrückt und ermordet,⁴⁴ zum beträchtlichen Teil mit deutschen Waffen.⁴⁵ Das Recht auf Bildung muss umfassend verwirklicht werden. Das ist unmöglich inmitten eines Genozids. Es liegt auch in unserer Verantwortung als Hochschulangehörige, sich aus

43 Vgl. OHCHR: »UN experts deeply concerned over ›scholasticide‹ in Gaza«, 18.04.2024, <https://www.un.org/unispal/document/un-experts-deeply-concerned-over-scholasticide-in-gaza-ohchr-press-release/>, Zugriff am 14.11.2025.

44 Vgl. OHCHR: »UN experts deeply concerned over ›scholasticide‹ in Gaza«.

45 Vgl. Hussain, Zain: »How top arms exporters have responded to the war in Gaza: 2025 update«, 03.10.2025, <https://www.sipri.org/commentary/topical-backgrounders/2025/how-top-arms-exporters-have-responded-war-gaza-2025-update>, Zugriff am 24.11.2025.

den Universitäten heraus für friedliche Konfliktlösungen und damit für ein sofortiges Ende von Waffenlieferungen einzusetzen.

Es gibt ein beeindruckendes Zitat aus einem offenen Brief von 120 palästinensischen Wissenschaftler*innen an die Weltgemeinschaft: »Bildung ist nicht nur ein Mittel zur Wissensvermittlung, sondern eine wichtige Säule unserer Existenz«. ⁴⁶ Dieses Gewicht muss man der Frage der Bildung – und auch der universitären Bildung – für eine Gesellschaft beimessen, wenn wir es ernst meinen mit dem Frieden.

Literatur

Bayerische Staatsregierung: »Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern«, in: *Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt* 14, 30.07.2024, S. 257.

Brückmann, Artur: »Erkämpft das Menschenrecht! Die Friedensstaatlichkeit des Grundgesetzes als Messlatte des Fortschritts«, in: *Forum Wissenschaft* 3 (2024).

Bultmann, Torsten: »Der Bologna-Prozess ist gescheitert. Aber nicht nur einmal, sondern immer wieder«, in: *HLZ Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen* 4 (2015).

Bultmann, Torsten: »Die Überwindung der ›unternehmerischen Hochschule‹. Von der BWL zur Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft«, in: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (Hg.), *Dossier 78: Zivilklauseln. Lernen und Forschen für den Frieden*, Beilage zu *Wissenschaft und Frieden* 2 (2015).

Bultmann, Torsten: »Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft«, Vortragstyposkript für die Veranstaltung des AK Zivilklausel der Universität Köln, 02.05.2013.

CDU/SPD (Hessen): »Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode 2024–2029«, 18.12.2023, https://hessen.de/sites/hessen.hessen.de/files/2024-01/koalitionsvertrag_fuer_die_21._legislaturperiode.pdf, Zugriff am 14.11.2025.

46 Gaza Academics & Administrators: »Open letter by Gaza academics and university administrators to the world«, in: *Al Jazeera*, 29.05.2024, <https://www.aljazeera.com/opinions/2024/5/29/open-letter-by-gaza-academics-and-university-administrators-to-the-world>, Zugriff am 14.11.2025.

- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: »Frieden und Sicherheit in Europa. Bericht der Enquetekommission ›Frieden und Sicherheit in Europa – Gefahren erkennen, eindämmen und entgegen‹«, 24.01.2025, S. 58-59.
- Deiseroth, Dieter: »Das Friedensgebot des Grundgesetzes«, in: *vorgänge* 189.1 (2010), S. 103-112.
- Demirel, Özlem Alev/Wagner, Jürgen: »Frieden schaffen mit Angriffswaffen?«, IMI-Studie 2024/7, aktualisiert im Februar 2025, <https://www.imi-online.de/download/Mittelstreckenraketen-Feb-25.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- Denninger, Erhard: »Zivilklausel und Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes: Was ist möglich?«, in: Nielebock, Thomas/Meisch, Simon/Harms, Volker (Hg.), *Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet*, Theodor Eschenburg-Vorlesung 2011, Baden-Baden: Nomos 2011.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft: »Grund- und Drittmittelfinanzierung von Hochschulen«, Förderatlas der DFG, <https://foerderatlas.dfg.de/stories/grund-und-drittmittelfinanzierung-von-hochschulen/>, Zugriff am 14.11.2025.
- Fischer-Appelt, Peter: *Die Universität als Kunstwerk. Beiträge aus sechs Jahrzehnten*, Band 22 der Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Berlin/Hamburg: Dietrich Reimer 2012.
- Flock, Pablo: »Stabilisierung im Sahel. Deutschland will Präsenz im Sahel behalten – trotz fehlender Schritte zur Demokratie«, in: *IMI-Analyse* 04/2024, 19.01.2024.
- Fraktion der AfD: »Die weltpolitische Lage führt uns die Realität schonungslos vor Augen – keine Zivilklauseln an den staatlichen Hochschulen!«, Antrag im Landtag Nordrhein-Westfalen (Drucksache 18/8111), 20.02.2024, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-8111.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- Fraktion der CDU/Fraktion der SPD: »Für eine tüchtige Verteidigungspolitik: Hessen leistet seinen Beitrag«, Antrag im Hessischen Landtag (Drucksache 21/2387), 17.06.2025, <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/21/7/02387.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- Fraktionen der SPD und CDU/CSU: »Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h)«, Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag (Drucksache 20/15096), 10.03.2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015096.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- Fukuyama, Francis: »The End of History?«, in: *The National Interest* 16 (1989), S. 3-18.

- Gallup: »Ukrainian Support for War Effort Collapses«, <https://news.gallup.com/poll/693203/ukrainian-support-war-effort-collapses.aspx>, Zugriff am 14.11.2025.
- Gaza Academics & Administrators: »Open letter by Gaza academics and university administrators to the world«, in: *Al Jazeera*, 29.05.2024, <https://www.aljazeera.com/opinions/2024/5/29/open-letter-by-gaza-academics-and-university-administrators-to-the-world>, Zugriff am 14.11.2025.
- GEW Bayern: »Nein zum Bundeswehr-Gesetz«, <https://www.gew-bayern.de/themen/nein-zum-bundeswehrgesetz>, Zugriff am 14.11.2025.
- Hartmann, Jannik: »Militärische Mobilität. Wie Deutschland seine Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft rüstet«, DGAP Policy Brief 12 (Juni 2024).
- Hauptausschuss des Hessischen Landtags: »Beschlussempfehlung und Bericht zum Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten Gesetz zur Stärkung der Bundeswehr in Hessen«, Drucksache 21/2321, 04.06.2025, <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/21/1/02321.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- Hessischer Landtag: »Plenarprotokoll 21/37«, 27.03.2025.
- Huffsichmid, Jörg (Hg.): *Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch*, Köln: Pahl-Rugenstein 1981.
- Hussain, Zain: »How top arms exporters have responded to the war in Gaza: 2025 update«, 03.10.2025, <https://www.sipri.org/commentary/topical-backgroundunder/2025/how-top-arms-exporters-have-responded-war-gaza-2025-update>, Zugriff am 24.11.2025.
- Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel: »Kommentar zum ›Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte Zeitenwende‹«, 24.08.2024, <http://zivilklausel.de/images/Kommentar%20BMBF.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- International Association of Genocide Scholars (IAGS): »Resolution on the Situation in Gaza«, 31.08.2025, <https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. (Hg.): »Grundordnung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M.«, Frankfurt a.M. 2013.
- Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. (Hg.): »Nachhaltigkeitsverständnis für die Goethe-Universität«, <https://assets.uni-frankfurt.de/>

- dam/pdf/strategy-papers/2023-nachhaltigkeitsverstaendnis-goethe-univ-ersitaet.pdf, Zugriff am 06.02.2026.
- Jongen, Marc/Frömming, Götz/Höchst, Nicole/Espendiller, Michael/Reichardt, Martin/Kleinwächter, Norbert/Lucassen, Rüdiger/Fraktion der AfD: »Weiterentwicklung Strategischer Studien sowie sicherheitspolitischer und geopolitischer Forschung«, Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag (Drucksache 19/21052), 14.07.2020, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/210/1921052.pdf>, Zugriff am 14.11.2025.
- Kraus, Elisabeth: *Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers*, Würzburg: Königshausen & Neumann 2001.
- Kuczynski, Jürgen: *Die vertauschte Eule der Minerva. Der Wissenschaftler in der kapitalistischen Gesellschaft*, Berlin: Akademie-Verlag 1974.
- Liang, Xiao/Tian, Nan/Lopes da Silva, Diego/Scarazzato, Lorenzo/Karim, Zubaida A./Guiberteau Ricard, Jade: »Trends in World Military Expenditure, 2024«, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Fact Sheet (2025).
- MDR Sachsen: »Alstom-Waggonbau Görlitz: Rüstungskonzern übernimmt Werk – Proteste vor Ort«, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bau-tzen/goerlitz-weisswasser-zittau/alstom-waggonbau-ruestungskonzern-demo-102.html>, Zugriff am 14.11.2025.
- Mölling, Christian/Schütz, Torben: »Rüstung: Waffen sind gut für die Verteidigung, nicht für die Wirtschaft«, in: *Capital* 9. September 2024, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/ruestung--waffen-sind-gut-fuer-die-verteidigung--nicht-fuer-die-wirtschaft-35047328.html>, Zugriff am 14.11.2025.
- OHCHR: »UN experts deeply concerned over ›scholasticide‹ in Gaza«, 18.04.2024, <https://www.un.org/unispal/document/un-experts-deeply-concerned-over-scholasticide-in-gaza-ohchr-press-release/>, Zugriff am 14.11.2025.
- Pineau, Senta: »Vortrag zur Geschichte der Zivilklauseln in Deutschland«, gehalten in Kassel im Oktober 2023 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Schildt, Axel: »Horden aus dem Osten. Der Antikommunismus der Adenauer-Ära und wie er die politische Kultur der Bundesrepublik vergiftete«, in: *ZEIT Geschichte* 3/2015, S. 78.
- Schmid, Fred: *Die »Zeitenwende« und der Militär-Industrie-Komplex*, isw report 140 (2024).
- Senat der Universität Konstanz: »Protokoll Nr. 1/91« (1991).

Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedenslosigkeit*, Frankfurt a.M.: Fischer 1972.

Technische Universität Berlin: »Zivilklausel der TU Berlin«, <https://www.tu.berlin/ueber-die-tu-berlin/organisation/rechtliches/richtlinien-leitlinien/zivilklausel>, Zugriff am 14.11.2025.

UNESCO: »Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur«, 16.11.1945, zuletzt geändert am 01.11.2001, <https://www.unesco.de/dokumente-und-hintergruende/dokumente/unesco/verfassung-der-organisation-fuer-bildung-wissenschaft-und-kultur/>, Zugriff am 14.11.2025.

Universität Bayern e.V. Bayerische Universitätenkonferenz: »Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern«, 15.03.2024, https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Gesetzesmaterial/0000001484/0000000018.pdf, Zugriff am 14.11.2025.

Vereinte Nationen: »Charta der Vereinten Nationen«, 26.06.1945, <https://unric.org/de/charta/>, Zugriff am 14.11.2025.

Wissenschaftsrat: »Wissenschaft und Sicherheit in Zeiten weltpolitischer Umbrüche«, Positionspapier (Drucksache 2485–25), Köln 2025.

Teil II: Wettbewerb, Beschäftigungsverhältnisse & Austeritätspolitik

Arbeitsunsinn im akademischen Mittelbau

AG Arbeitsunsinn

Wer an der Hochschule arbeitet, kennt sich mit Unsinn gut aus: Der akademische Mittelbau ist mehr damit beschäftigt, Finanzierungsanträge zu schreiben, als zu forschen. Studentische Hilfskräfte (SHKs) können sich nach der Unterschrift ihres Arbeitsvertrages direkt um einen neuen bemühen. Studienbüros sind damit beschäftigt, Lehre in das Korsett der Credit-Points zu pressen. Und Verwaltungsangestellte müssen das Elend der kaputtgesparten Universitäten verwalten. Verpackt werden diese Zustände durch eine PR-Sprache aus der Start-Up-Economy. Dabei ist mit der Universität als einer Institution, die mit Bildung und Forschung einen als sinnvoll anerkannten Auftrag hat, die Erwartung von gesellschaftlich relevanter, innovativer und kreativer Arbeit verbunden. Viele Beschäftigte an den Universitäten klagen jedoch darüber, dass sie nicht wegen, sondern trotz des Wissenschafts- und Hochschulsystems sinnvoll forschen und lehren können. Von den eigenen Erfahrungen als SHKs, Promovierende oder in Jobs in der universitären Verwaltung frustriert, fragten wir uns, warum wir von so viel Unsinn umgeben sind und wie wir das ändern können. Das Buch *Bullshit Jobs* des US-amerikanischen Kulturanthropologen David Graeber lieferte uns einen anschlussfähigen Deutungsrahmen für das flüchtige Gefühl unsinniger Arbeit und diverse Beispiele aus dem universitären Alltag, die uns bekannt vorkamen.¹ Vor diesem Hintergrund gründete sich im Jahr 2021 in Hamburg die *AG Arbeitsunsinn*.

Als erste Aktion veranstalteten wir regelmäßige Workshops in den Orientierungswochen der Universität Hamburg. Danach folgte ein zweisemestriges Projektseminar mit dem Ziel, eigene studentische Forschung über die subjektive Bewertung der Arbeit des Hochschulpersonals zu betreiben. Ausgehend von Graebers Konzept der Bullshit-Jobs lieferten die Workshops und Seminare

1 Siehe Graeber, David: *Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit*, Stuttgart: Klett-Cotta 2018.

spannende Diskussionen und Einblicke in die Arbeitswelten der Teilnehmenden. Sie bildeten die theoretische Grundlage für die Durchführung eigener Forschung. Die resultierende Studie basiert auf Interviews mit Doktorand*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen verschiedener Hochschulen und Instituten, welche uns etwas zum Sinn und Unsinn in ihrem Arbeitsalltag erzählten. Das Ergebnis dieser zwei Jahre mehr oder weniger intensiver Arbeit am Projekt ist die Broschüre *Arbeitsunsinn an der Universität*.²

Dieser Beitrag und wirft ein Schlaglicht auf verschiedene Aspekte der Arbeit im akademischen Mittelbau, welche unsere Befragten besonders mit Unsinns-Erfahrungen in Verbindung bringen – namentlich die Drittmittelförderung, die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen und die Praxis des *So-tun-als-ob*. Wir beginnen jedoch mit einer kurzen Einführung in Graebers Konzeption von Bullshit-Jobs und soziologischer Forschung zum Sinnerleben von Beschäftigten. Für Graeber sind Erfahrungen der Sinnlosigkeit an Hochschulen unter anderem Resultat von eingeführten Wettbewerbsmechanismen zur Organisation von Wissenschaft. Deshalb analysieren wir die Erfahrungen der Befragten im Hinblick auf solche Wettbewerbsmechanismen und deren negative Auswirkungen auf das Sinnerleben. Anschließend diskutieren wir, ob Graebers Konzept der Bullshit-Jobs eine ergiebige Interpretation dieser unsinnigen Aspekte und dem damit einhergehenden Gefühl der Alternativlosigkeit erlaubt. Das Kapitel schließt mit einer Evaluation von Graebers Vorschlag zur »Entbullshittisierung« und geht auf Reformvorschläge zur Personalstruktur im akademischen Mittelbau ein.

Bullshit-Jobs und die Sinnkrise der Arbeit

Im Fokus aktueller Diskussionen über die Zukunft der Arbeitswelt stehen meist die Flexibilisierung, zum Beispiel in Form des Home-Office, die Verdichtung von Arbeit mit einhergehendem Stress und die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses (Prekarisierung). Ein weiterer, zuvor vernachlässigter

2 Die Broschüre ist zu finden unter <https://arbeitsunsinn.wordpress.com/>. Außerdem empfehlen wir herzlichst den Podcast *Maulwurf der Vernunft*, der gleich zwei Folgen zum Thema Bullshit-Jobs an der Universität aufgenommen hat. Die Folgen heißen »Von Lakai*innen und Kästchenkreuzer*innen I + II«. Sie sind auf den gängigen Podcastern zu finden.

Aspekt hat dabei in den letzten Jahren an Relevanz gewonnen: die grundlegende Frage nach der Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit. Anzeichen dafür finden sich im Anwachsen der diesbezügliche Ratgeberliteratur (meist im Englischen unter *purpose*) und in der Diskussion um sogenannte Bullshit-Jobs. Der Frage, ob Arbeiter*innen und Angestellte ihre Arbeit vermehrt als sinnlos betrachten und welche Gründe dafür vorliegen, wird auch in der soziologischen Fachwelt nachgegangen.³ Besonders stechen hierbei Friedericke Hardering und der oben bereits angeführte David Graeber heraus, auf deren Ausführungen wir im Folgenden entsprechend gesondert eingehen werden. Hardering unterscheidet zunächst zwischen einer gesellschaftlichen und einer individuellen Sinnkrise der Arbeit. Erstere artikuliert sich in der Kritik der Erwerbsarbeit als »[z]entrale[m] Integrationsmechanismus« der Gesellschaft und in der Forderung der Aufwertung anderer Arbeitsformen wie zum Beispiel der Care-Arbeit.⁴ Die Sinnkrise der individuellen Arbeit bezieht sich dagegen auf die Bewertung des Sinns der eigenen Arbeit oder Tätigkeit:

»Während dies früher als ein Problem insbesondere geringqualifizierter und stark fragmentierter Tätigkeiten galt, finden sich mittlerweile auch Hinweise auf solche Problematiken aus hochqualifizierten Beschäftigungssegmenten: Auch Ärztinnen und Ärzte, Hochschullehrende [...] klagen mittlerweile darüber, dass sie durch zahlreiche neue, besonders administrative Aufgabenanteile gar nicht mehr zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen. Berichtet wird davon, dass für subjektiv wichtige Aufgaben immer weniger Zeit ist und gleichzeitig scheinbar sinnlose Arbeiten zunehmen.«⁵

Der Verweis auf die Hochschule als Ort, an dem sich die Bewertung der eigenen Arbeit zunehmend wandelt, ist insbesondere auch bei Graebers Theorie der Bullshit-Jobs zu finden. Anhand von Interviews mit Beschäftigten aus den Büros privatwirtschaftlicher Unternehmen sowie öffentlicher Institutionen stellt er in seinem 2018 erschienenen Buch die These auf, dass ein zunehmender Anteil der Beschäftigten ihre eigene Arbeit als sinnlos oder sogar schädlich bewerten. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sind die subjektiven Sichtweisen der Beschäftigten: Um von einem Bullshit-Job sprechen zu können,

3 Siehe hierzu Hardering, Friedericke: *Sinn in der Arbeit. Überblick über Grundbegriffe und aktuelle Debatten*, Wiesbaden: Springer VS 2020.

4 Hardering, Friedericke: »Die Suche nach dem Sinn: Zur Zukunft der Arbeit«, in: *Politik und Zeitgeschichte* 67/26 (2017), S. 4–10.

5 Hardering: »Die Suche nach dem Sinn«, S. 6.

müssen diese selbst der Überzeugung sein, dass ihr Job eigentlich nicht existieren sollte.⁶ Ausgehend davon entwickelt Graeber verschiedene Kategorien der Bullshit-Jobs und bezieht sich dabei des Öfteren auf Universitäten und ihre Beschäftigten. Als Beispiel für die Kategorie der Aufgabenverteiler*innen, die »Bullshit-Aufgaben an andere verteilen, Bullshit beaufsichtigen und sogar ganz neue Bullshit-Jobs schaffen« nennt er eine von ihm befragte Dekanin.⁷ Diese war für die Weiterentwicklung der »Hochschulstrategie« und deren Implementierung verantwortlich. Dabei war sie jedoch weder an den relevanten Entscheidungen der Universität beteiligt, noch verfügte sie über andere Ressourcen, um etwas verändern zu können. Die Mitarbeiter*innen, die von der Hochschule angestellt wurden und deren Vorgesetzte sie war, konnten nach ihrer Meinung wenig sinnvolle Aufgaben übernehmen – entweder, weil sie diese selbst übernehmen konnte, oder weil die erstellten strategischen Visionen, die gesammelten Daten und die geschriebenen Berichte sowieso nicht gelesen würden. Ihre Einschätzung lautete:

»diese Tätigkeit [ist] zu mindestens 90 Prozent Bullshit: Man füllt die Formulare aus, die von der Fakultätsdekanin geschickt werden, damit sie ihre Strategiepapiere schreiben kann, die dann die Befehlskette nach oben wandern. Man produziert Konfetti von Papierkrieg im Rahmen der Evaluierung und Überwachung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten.«⁸

Das zeigt, Graeber zufolge, dass in vielen Beschäftigungsverhältnissen nicht alle Tätigkeiten Bullshit sind, sondern nur ein (wachsender) Anteil. Er nennt dies *Teilweise-Bullshitjobs* und bezieht sich dabei auch auf seinen eigenen Beruf als Professor und Hochschullehrer, der zunehmend davon geprägt sei, »administrativen Papierkrieg zu erledigen.«⁹

Auch Hardering beschreibt das Phänomen des vermehrten Sinnverlustes der Arbeit sogenannter »hochqualifizierter Beschäftigter«. Der Fokus soziologischer Forschung zu Entfremdung und Sinn in der Arbeit lag zuvor meist in der Analyse sogenannter geringqualifizierter Beschäftigter, deren Arbeitswelt sich durch repetitive, oft durch Maschinen vorgegebene Arbeitsabläufe auszeichnet. Die Arbeit »höher qualifizierter« Beschäftigter wurde aufgrund »hoher Autonomiespielräume, komplexer Arbeitsinhalte und erkennbare[m]

6 Vgl. Graeber: *Bullshit Jobs*, S. 42.

7 Graeber: *Bullshit Jobs*, S. 96.

8 Graeber: *Bullshit Jobs*, S. 102.

9 Graeber: *Bullshit Jobs*, S. 59.

Nutzen der Tätigkeit mit einem hohen Sinnerleben assoziiert.«¹⁰ Diese Annahme wird jedoch zunehmend in Frage gestellt, nicht zuletzt aufgrund vermehrter psychischer Erkrankungen und Erschöpfungsgefühle im Dienstleistungssektor. So untersucht Hardering zwei Berufe in der professionellen Dienstleistungsarbeit: Mediziner*innen und Sozialarbeiter*innen. Ausgewählt wurden diese Berufsfelder, da sie sich durch eine »hohe formale Autonomie« auszeichnen, weil die Arbeit am gesellschaftlichen Nutzen ausgerichtet ist, beziehungsweise eine gewisse Anerkennung genießt, und weil sie durch Kundenkontakt geprägt ist, der Potenzial (und Risiko zugleich) für das Sinnerleben der Arbeit birgt. Es handelt sich um (relativ) ressourcenstarke Beschäftigte, deren Arbeit zum einen ein hohes Sinnerleben erwarten lässt, sich zum anderen jedoch auch stark gewandelt hat. Diese Kriterien treffen in einem gewissen Maße auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an Universitäten zu. Wissenschaft, beziehungsweise Forschung und Lehre, wird weiterhin oft als dem gesellschaftlichen Fortschritt zuträglich gedacht. Auch wird angenommen, der Kontakt mit Studierenden in der Lehrtätigkeit berge Sinnpotenziale in der Arbeit. Hardering findet in ihrer Studie, neben Klagen über die fehlende Sinnhaftigkeit auch dieser Berufe, dass das Erleben von Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit besonders dann gegeben ist, wenn zur gesellschaftlichen Anerkennung des Nutzens der Arbeit auch subjektive Erfahrungen der Selbstwirksamkeit hinzutreten.¹¹ Als zentrale Herausforderungen für das Sinnerleben in der Arbeit identifiziert sie Ökonomisierungs- und Selbststeuerungsprozesse, da »die Orientierung an qualitativen Ansprüchen unter diesen Bedingungen Gefahr [läuft], in Konflikt mit der gleichzeitig geforderten Marktorientierung zu geraten.«¹²

Mit unserer Forschung wollen wir – anschließend an die und inspiriert von den Untersuchungen von Hardering und Graeber – die Arbeitswelt des sogenannten akademischen Mittelbaus in Deutschland näher beleuchten. Der akademische Mittelbau besteht aus dem wissenschaftlichen Personal der Hochschulen, das keine Professur innehat. Darunter fallen hauptsächlich Doktorand*innen und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, die schon einen Dokortitel haben und als sogenannte Post-Docs an Hochschulen und Instituten

10 Hardering, Friederike: »Wann erleben Beschäftigte ihre Arbeit als sinnvoll? Befunde aus einer Untersuchung über professionelle Dienstleistungsarbeit«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 46.1 (2017), S. 39–54, hier: S. 39.

11 Vgl. Hardering: »Wann erleben Beschäftigte ihre Arbeit als sinnvoll?«, S. 52.

12 Hardering: »Wann erleben Beschäftigte ihre Arbeit als sinnvoll?«, S. 43.

arbeiten. Unsere These ist, dass ähnliche Ökonomisierungsprozesse wie die von Hardering herausgearbeiteten auch in der Wissenschaft zu beobachten sind und als Faktor für den zunehmenden Sinnverlust auftreten. Auf diese Prozesse wird im folgenden Abschnitt genauer eingegangen.

Unternehmerische Hochschule

Ökonomisierung kann oberflächlich verstanden werden als »Übernahme ökonomischer Handlungslogiken in nicht-ökonomischen Bereichen«. ¹³ So führten Reformen in den letzten Jahrzehnten zu der Anwendung marktwirtschaftlicher Steuerungsmethoden in öffentlichen Institutionen wie Krankenhäusern, Universitäten oder sozialen Einrichtungen. Diese Steuerungsmethoden setzen auf Wettbewerbsmechanismen sowie quantifizierte Leistungsmessung und haben zu einem Wandel der Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor im Allgemeinen, und insbesondere an Universitäten und Hochschulen, geführt. In der Bundesrepublik geschah dies durch verschiedene Reformen und Initiativen, wie dem Bologna-Prozess, der vermehrten Forschungsfinanzierung durch Drittmittel und der Exzellenzinitiative. Diese Ökonomisierung der Universitäten wird unter dem Begriff der »unternehmerischen Hochschule« diskutiert. ¹⁴

Wissenschaftler*innen und Hochschulen konkurrieren um Drittmittel. Dabei handelt es sich um finanzielle Zuwendungen an Hochschulen, Forschende und Fakultäten, die, wie der Name schon sagt, von Dritten kommen. Da die institutionelle Grundfinanzierung gering ist, müssen Wissenschaftler*innen und Hochschulen für ihre Forschung vermehrt zusätzliche Mittel bei öffentlichen oder privaten Geldgebern einwerben. Größter Geldgeber ist dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die sich in öffentlicher Hand befindet. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Hochschulen bedeutet dieses System, dass sie immer mehr Anträge an die DFG oder private Geldgeber schreiben müssen, um überhaupt forschen und arbeiten zu können. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen müssen also immer mehr Zeit für

13 Krebs, Moritz: »Ökonomisierung«, in: Dederich, Markus/Zirfas, Jörg (Hg.), *Optimierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Berlin/Heidelberg: Springer 2024, S. 65–71, hier S. 65.

14 Himpele, Klemens (Hg.): *Die unternehmerische Hochschule. Zwischen Bildungsanspruch und Standortsicherung*, Marburg: BdWi-Verlag 2014.

Forschungsanträge aufbringen, die zu einem großen Teil nicht einmal angenommen werden. All diese Anträge werden zudem von verschiedenen Stellen, zu denen auch Wissenschaftler*innen gehören, zeitintensiv begutachtet, um zu entscheiden, ob die Forschung finanziert wird.

Des Weiteren sind Stellen in der Wissenschaft – unabhängig von ihrer Finanzierung – meistens befristet (siehe auch Amrei Bahr, Kristin Eichhorn und Sebastian Kubon in diesem Band). Durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) verfügen akademische Institutionen über weitreichende Sonderbefristungsrechte, woraus sich eine Befristungsquote bei den Beschäftigten des akademischen Mittelbaus unter 45 Jahren von 92 Prozent ergibt. Ideologisch gerechtfertigt wird diese Befristung meist mit der Behauptung, größere Fluktuation auf den wissenschaftlichen Stellen würde zu neuen Ideen und Innovationen führen.¹⁵ Für Beschäftigte im akademischen Mittelbau hingegen wird, so das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss), sowohl »die berufliche Laufbahn (und damit die individuelle Lebensplanung) unberechenbar als auch die freie Ausübung wissenschaftlicher Arbeit (und damit deren Qualität) strukturell gefährdet«.¹⁶

Die Einführung von Wettbewerbsmechanismen im Wissenschaftssystem wird von vielen Autor*innen als Grund für die Entstehung einer neuen Bürokratie genannt. Alex Demirović spricht von einer Verschiebung der Tätigkeiten von Wissenschaftler*innen, die zunehmend mit dem Einwerben von Drittmitteln, der strategischen Erhöhung des eigenen Publikationsoutputs und der Außendarstellung der eigenen Forschung beschäftigt sind.¹⁷ Für Mathias Binswanger wird im Wissenschaftssystem zunehmend »Unsinn produziert« aufgrund der Kombination aus Leistungsmessungen und der Einführung »sinnloser Wettbewerbe«, die zu einem Verdrängungseffekt »von Forschung durch

15 Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchBinHanna. Prekäre Wissenschaft in Deutschland*, Berlin: Suhrkamp 2022.

16 NGAWiss: »Für faire Beschäftigung an deutschen Hochschulen! Forderungen des Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft«, <https://mittelbau.net/ngawiss-forderung-en/>, Zugriff am 27.10.2025.

17 »Evaluierung ist ein sehr zeitaufwendiger und kostenintensiver Prozess und führt zu einer neuern Art umfangreicher Bürokratisierung zu Lasten der Wissenschaft, zu einer Kontroll- und Zensurinstanz, die der eigentlichen Arbeit Geld und Zeit entzieht.« (Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015, S. 62.)

Bürokratie« führen.¹⁸ Die Ausrichtung der Universitäten nach »Effizienz, Elite und Evaluationen« führt für Sabine Hark und Johanna Hofbauer dazu, dass »Output über Erkenntnis, Marktgängigkeit über Bildung, Exzellenz über Gerechtigkeit« gestellt wird.¹⁹

Auch Graeber betont, dass Bürokratie nicht einfach ein Phänomen staatlicher Ineffizienz ist, sondern immer schon auch mit dem »freien Markt« einherging. Deregulierung und Liberalismus sind deshalb für ihn keine Abbaumechanismen der Bürokratie, sondern lassen Bürokratien entstehen. Diese Idee bezeichnet Graeber als »[e]hernes Gesetz des Liberalismus«.²⁰ Erhöhter bürokratischer Aufwand an Universitäten entsteht ihm zufolge deshalb nicht (nur) aufgrund staatlicher Regulation, sondern ist die »direkte Folge der Einführung unternehmensbezogener Managementtechniken, die stets als eine Möglichkeit der Effizienzsteigerung gerechtfertigt werden, indem auf allen Ebenen der Wettbewerb verankert wird«.²¹ Die Arbeit an Universitäten ändere sich dahingehend, »dass alle Beteiligten einen Großteil ihrer Zeit damit verbringen müssen, sich gegenseitig etwas zu verkaufen«, wie zum Beispiel:

»Anträge auf Forschungsmittel, Buchvorschläge, Beurteilungen von Stellen – und Stipendienbewerbungen unserer Studenten, Beurteilungen der Aussichten von Kollegen, Konferenz-Workshops; und die Universitäten, die mittlerweile als Marken gegenüber künftigen Studenten beworben werden müssen, liefern dazu ihre Beiträge.«²²

Mit der Bürokratisierung einher gehen Leistungsmessungen anhand von Kennzahlen zur Beurteilung der Beschäftigten und Hochschulen. Dies geschieht im deutschen Wissenschaftssystem unter anderem durch die Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) bei denen quantitative Kennzahlen wie

18 Binswanger, Mathias: *Sinnlose Wettbewerbe. Warum wir immer mehr Unsinn produzieren*, Freiburg/Basel/Wien: Herder 2010.

19 Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna: *Die ungleiche Universität. Diversität, Exzellenz und Antidiskriminierung*, Wien: Passagen 2023, S. 22.

20 »Jede Marktreform, jede Regierungsinitiative, die den Amtsschimmel bändigen und die Marktkräfte fördern will, resultiert in der Zunahme von Vorschriften, Verwaltungsarbeit und der vom Staat beschäftigten Bürokraten« (Graeber, David: *Bürokratie. Die Utopie der Regeln*, München: Goldmann 2017, S. 14).

21 Graeber: *Bürokratie*, S. 14.

22 Graeber: *Bürokratie*, S. 165.

die Anzahl der Publikationen, Lehr-Evaluationen durch Studierende oder die Höhe eingeworbener Drittmittel darüber entscheidet, welche Mittel Wissenschaftler*innen von den Universitäten bereitgestellt bekommen. Die Qualität der Forschung und Lehre durch Kennzahlen abzubilden ist der Versuch »das nicht Quantifizierbare zu quantifizieren« und hat zwei Effekte.²³ Zum einen muss ein Verwaltungsapparat aufgebaut werden, der sich vorrangig mit der Erarbeitung von Kennzahlen, deren Implementierung und Erhebung in den Hochschulen und dem Leistungsvergleich befasst. Christine Schwarz nennt diese Beschäftigten »Designers of Competition«, da sie mit der Aufgabe betraut werden, wettbewerbliche Mechanismen an den Hochschulen zu entwerfen, einzuführen und umzusetzen.²⁴ Zweitens wird die wissenschaftliche Arbeit zunehmend nach diesen Kennzahlen ausgerichtet, und es kommt zu einem Kurzschluss, den Mark Fisher folgendermaßen beschreibt:

»Wir haben es hier nicht mit einem direkten Vergleich der Arbeitsleistung oder der Ergebnisse von Arbeitnehmern zu tun, sondern mit der im ›Audit‹, im Prüfungswesen generierten Repräsentation dieser ›Performance‹ oder dieses Outputs. Hier kommt es zu einem unvermeidlichen Kurzschluss und die Arbeit richtet sich auf das Generieren und das Beschönigen dieser Repräsentationen anstatt auf die offiziellen Ziele der Arbeit selbst.«²⁵

23 Graeber: *Bullshit Jobs*, S. 375.

24 Schwarz, Christine: »Designers of competition at work. A neoliberal consensus-machine caught in the act«, in: *ephemera journal for theory & politics in organization* 20 (2020), S. 71–101. Dass diese Beschäftigten einen Bullshit-Job ausüben, verneint Schwarz explizit (vgl. S. 97). Vielmehr müssten sie konfligierende Ansprüche an ihre Arbeit aushandeln.

25 Fisher, Mark: *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift*, Hamburg: VSA 2013, S. 52; siehe dazu auch AG Arbeitsunsinn: »in der linken alles eher so mittel klasse«, in: *diskus – Frankfurter Student_innenzeitschrift* 125 (2025), S. 11–17. Auch bei Pascal Wolf findet sich diese Beobachtung in Bezug auf die Akkreditierung von Studiengängen, einem mit der Bologna-Reform eingeführten Qualitätssicherungsverfahren für Studium und Lehre: »Die Möglichkeit [...] in Akkreditierungsprozessen als Studiengang durchzukommen, wird dadurch enorm begünstigt, dass nie der Studiengang selbst, sondern hauptsächlich seine Dokumentation untersucht wird. Es wird nicht überprüft, ob Ziele, Inhalte und Abläufe eines Studiengangs tatsächlich umgesetzt werden, sondern lediglich, ob die Studiengangsleitung diese in umfangreichen Papierbergen niederschreiben kann.« (Wolf, Pascal: »Akkreditierungsversagen. Über die Qualitätssicherung in Studium und Lehre«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 203–210, hier S. 188.)

Ein Beispiel für diesen Effekt in der Wissenschaft sind sogenannte *predatory journals*, also Fachzeitschriften, die Artikel ohne jegliche Qualitätsabsicherung veröffentlichen oder diese nur simulieren, sowie als *paper mills* bezeichnete Unternehmen, die qualitativ minderwertige oder gefälschte wissenschaftliche Publikationen veröffentlichen.²⁶

Die Abhängigkeit von Drittmitteln und die Ausrichtung eigenen Arbeit nach Kennzahlen bestimmt die Arbeitswelt der – oft befristet beschäftigten – wissenschaftlichen Angestellten der unternehmerischen Hochschule. Insbesondere Graeber sieht in diesen Ökonomisierungsprozessen den Grund, dass die Arbeit an Hochschulen und in der Wissenschaft zunehmend »bullshittisiert« wird. Dieser These sind wir nachgegangen und haben uns die Frage gestellt: Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Erfahrungen von Sinnlosigkeit der eigenen Arbeit (Bullshit) im akademischen Mittelbau und den institutionellen Rahmenbedingungen der Forschung, die auf Wettbewerbsprinzipien gründen? Beantworten wollen wir diese Frage anhand der Interviews, die wir im Rahmen unseres Projektseminars mit Beschäftigten des akademischen Mittelbaus geführt haben.

Arbeitsunsinn im akademischen Mittelbau

Insgesamt führten wir sieben leitfadengestützte Interviews mit Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Fachrichtungen wie der Biologie, den Sozialwissenschaften und den Klimawissenschaften sowie aus verschiedenen akademischen Einrichtungen. Der Leitfaden beinhaltete Fragen zum Arbeitsalltag, zur Veränderung der eigenen Tätigkeiten, zum positiven und negativen Sinnerleben und zur Karriereperspektive in der Wissenschaft. Dabei zeigte sich, dass keine*r der Befragten seine*ihre Arbeit als Bullshit-Job im Sinne Graebers, also als insgesamt sinnlos oder unnötig bezeichnete. Die eigene Arbeit wurde oft dann als sinnstiftend bewertet, wenn sie mit dem Gefühl einherging, etwas mit der eigenen Forschung und Lehre zu bewirken. Die konkreten sinnvollen Tätigkeiten, die dabei genannt wurden, variieren: Es kann der Einfluss auf Studierende im Rahmen von Lehrveranstaltungen sein, die Rezeption der eigenen Forschung, das Voranbringen wissenschaftlicher Erkenntnis oder der politische Gehalt der eigenen Forschung. In den Interviews wurde aber auch

26 Noorden, Richard van: »How Big Is Science's Fake-Paper Problem?«, in: *Nature* 623 (2023), S. 466–467.

deutlich, dass besonders wenn es um das Drittmittelsystem und die befristete Beschäftigung geht, Erfahrungen der Sinnlosigkeit gemacht werden. Auf diese beiden Aspekte soll deshalb im Folgenden genauer eingegangen werden. Darüber hinaus diskutieren wir die steigende Relevanz der Außendarstellung der eigenen Forschung und die Praxis des *So-tun-als-ob*.

Drittmittel und Befristung: Ein zentraler Kritikpunkt an der Forschungstätigkeit auf Grundlage von befristeten Arbeitsverhältnissen und Projektlaufzeiten ist, dass diese ein kontinuierliches wissenschaftliches Arbeiten und Forschen an einem Thema verhindern. So berichtete eine wissenschaftliche Mitarbeiterin in Bezug auf das Sinnerleben ihrer eigenen Arbeit:

»Ich finde, dass diese merkwürdige Projektfinanzierung auch wirklich Wissenschaft teilweise den Sinn nimmt, weil dieses ständige befristete Angehen von Thematiken auch in sich thematisch einfach bescheuert ist.«

Die von uns befragten Post-Docs, deren Stellen durch Drittmittel finanziert wurden, befanden sich zur Zeit der Interviews entweder am Ende einer Projektlaufzeit oder waren ohne Anstellung auf der Suche nach einer neuen Stelle. Bei einer Befragten war zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht klar, ob sie in der nächsten Woche noch einen Arbeitsplatz haben würde, da dem Drittmittelantrag, von dem ihre Stelle abhing, noch nicht stattgegeben wurde. Die Nachwuchswissenschaftlerin berichtete, sie empfinde das Drittmittelsystem als »Lotteriespiel, weil die Anforderungen schwer zu durchschauen sind.« Ihrer Erfahrung nach sind die Förderkriterien oft intransparent und es komme aufgrund fachlicher Inkompetenz oder Unerfahrenheit innerhalb des Drittmittel-Systems zu Verwirrungen bei den verschiedenen Beteiligten des Förderungsprozesses (zum Beispiel Ministerien, Fördergesellschaften und Projektträger). Die interviewte wissenschaftliche Mitarbeiterin sieht langfristig keine Perspektive für eine Karriere im Wissenschaftssystem.

Auch der Arbeitsvertrag einer weiteren befragten Wissenschaftlerin sollte zum Zeitpunkt des Interviews am Ende des laufenden Monats enden. Darüber hinaus war ihre Beschäftigungsperspektive unsicher. Über den Drittmittelantrag, den sie gemeinsam mit ihrem vorgesetzten Professor gestellt hatte, war ebenfalls noch nicht entschieden worden. Diesen Zustand, den sie seit ihrer Anstellung im deutschen akademischen System ständig erlebte, beschrieb die Befragte als »Zittern und Bangen«. Der Prozess des Drittmittelantragschreibens sei eine zeitintensive und stressige Phase, die dazu führe, dass Forschung und Privatleben hintangestellt werden müssten. Auch die Begutachtung wür-

de lange dauern, beispielsweise weil keine Gutachter*innen gefunden werden können, sodass zwischen Antragstellung und der Entscheidung über den Antrag oft viel Zeit vergeht:

»Das sind sehr intensive Phasen. So kenne ich es eigentlich auch nur, dass man von einer Möglichkeit, von einer Chance erfährt, und ab dem Zeitpunkt ist dann wie so ein, wie soll ich sagen, da hört alles andere auf zu sein, und man fokussiert sich auf diese Antragstellung [...] und das sind dann Monate, die man da investiert. Und wie gesagt, alles andere hat dann aufgehört zu sein oder wurde dann einfach auf die Wartebank geschoben, alle anderen Forschungsprojekte.«

Das Antragschreiben wird notgedrungen gegenüber allen anderen beruflichen und zum Teil auch privaten Tätigkeiten priorisiert und hält die Wissenschaftler*innen von ihrer »eigentlichen« Arbeit, von Lehre und Forschung, ab.

Die interviewten Doktorand*innen auf grundfinanzierten Stellen bewerteten das Drittmittelsystem eher aus der Außenperspektive. Einer der Befragten zeigte sich froh darüber, nicht auf einer Drittmittelstelle, sondern einer Haushaltsstelle zu sitzen. Er habe deshalb weniger Probleme mit der Bürokratie und den Arbeitsbedingungen und müsse sich nicht, wie andere, zeitaufwendig um die Finanzierung der eigenen Stelle kümmern. Auch Stellen wie seine sind jedoch befristet. So stellte er fest, dass Verträge oft bereits zu dem Zeitpunkt enden, an dem man sich gerade erst eingearbeitet hat und die nötigen thematischen und organisatorischen Kenntnisse besitzt. Die vergangene Arbeit und der Wissenserwerb erscheinen dann rückwirkend als sinnlos, da die Arbeit nicht kontinuierlich weitergeführt werden kann und Wissen »verloren geht«. Dieses verloren gegangene Wissen müsse sich dann wieder von den neuen, befristet angestellten Wissenschaftler*innen erarbeitet werden. Und das gehe dann immer so weiter:

»Es wird von einem verlangt, sich die nötigen Skills anzueignen. Also da einen Antrag zu schreiben, eine Konferenz zu besuchen, einen Vortrag zu machen – und auch die ganze Bürokratie-Scheiße. In dem Moment, wo man das letztendlich kann, ist die Stelle vorbei. Das ist total albern. Dann werden halt wieder neue Doktoranden angestellt, die mögen genauso klug sein, aber die haben einfach noch nicht diese Ausbildung. Und die Leute, die ausgebildet wurden, die haben keine Stelle mehr. Das ist total bescheuert!«

Auch in Bezug auf das hochschulinterne Engagement in den Selbstverwaltungsstrukturen argumentierte eine Befragte ähnlich. Der Umstand, dass sie selbst und der Großteil ihrer Kolleg*innen nur für ein paar Jahre in den jeweiligen Hochschulen oder Fakultäten angestellt sind, machte es für die Befragte sinnlos, sich für eine Veränderung in den Universitätsstrukturen (zum Beispiel als Gleichstellungsbeauftragte) einzusetzen.

So-tun-als-ob im akademischen Wettbewerb: Als wichtige Fähigkeiten, die es im Wissenschaftsbetrieb braucht, wurden von den Befragten besonders bürokratische, kommunikative und außenwirksame Skills hervorgehoben: Das Antragschreiben für das Einwerben von Drittmitteln, das Präsentieren der Ergebnisse auf Konferenzen und das Zurechtfinden in universitärer Bürokratie. Innerhalb des Wissenschaftssystems, das dominiert ist von Wettbewerb, Prestige und Quantifizierung von Leistungen, wird also das *So-tun-als-ob* immer relevanter. Im Prüfungswesen des Drittmittel-Systems sehen sich viele gezwungen, ihren Fokus auf die Außendarstellung ihrer Forschung zu legen – und was dahintersteht wird zunehmend sekundär. Auf die Frage, was er für eine erfolgreiche Karriere in der Wissenschaft machen müsse, antwortete ein Doktorand:

»Dann müsste ich anfangen, aggressiv Drittmittel einzuwerben und mir Sachen ausdenken, für die ich Drittmittel einwerben kann, die es schon gibt, um mich als Mitarbeiter für zukünftige Stellen zu empfehlen, zum Beispiel als Professor. Das ist natürlich quatschig. Was ist das für eine Eigenschaft, dass man gut darin ist, Drittmittel einzuwerben? Man ist dann gut drin, Anträge zu schreiben, und da steckt sicherlich ein gewisser literarischer und intellektueller Skill drin, die zu ordnen, zu strukturieren und Sachen aufeinander anzupassen. Am Ende des Tages heißt das: Ich bin gut da drin, innerhalb eines Systems zu tricksen, auszunutzen, Sachen so zu formulieren, zu verpacken.«

Bestätigt wird dieser Eindruck von einer anderen Befragten auf einer Post-Doc-Stelle mit viel Erfahrung im Drittmittel-System. Auf ihrer Stelle widmete sie sich größtenteils dem Einwerben von Drittmitteln für ein Forschungsprojekt. Sie betonte die Wichtigkeit der Fähigkeit, sich nach den Ansprüchen der gerade von Fördergesellschaften nachgefragten Themen zu richten und die Expertise und Forschungsbezug zu diesem Thema zu übertreiben:

»Da würde ich jetzt sagen, bei dem Projekt hatte ich auch einen Prof, der da durchaus auch sehr fähig ist, sich mal kurz irgendwo zu verorten und sich im Zweifelsfall auch einfach so zu geben, dass er sich verortet.«

Dieses kurzfristige Simulieren von Wissen für Drittmittelanträge (*So-tun-als-ob*) empfindet sie als belastend:

»Da stelle ich mir tatsächlich Sinnfragen. Es fühlt sich auch während des Arbeitens nicht besonders sinnvoll an, jetzt schnell mal das Gefühl zu haben, ich muss irgendwie so ein gesamtes Feld im Blick haben, obwohl ich überhaupt nie richtig Zeit dazu hatte.«

Im Hinterkopf haben die Antragschreiber*innen zudem oft weniger das Forschungsthema als die anonymen Gutachter*innen, die über den Forschungsantrag entscheiden. Auf sie werden die Anträge zugeschnitten, unter Umständen auch entgegen der eigenen, fachlichen Einschätzung. Des Weiteren beschrieb ein wissenschaftlicher Mitarbeiter in Bezug auf eine vorherige Anstellung in einem Forschungsprojekt, dass die Präsentation der Forschungsergebnisse in Form von Berichten und Vorträgen so viel Zeit eingenommen hätte, dass dies zu Lasten der Qualität der Forschung ging:

»Ich habe unglaublich wenig Zeit, wissenschaftliche Literatur zu lesen. Das hatte wirklich ganz wenig Platz in den Projekten. In dem Projekt davor war es viel präsentieren, was wir gemacht haben. Präsentationen halten und einen Projektbericht schreiben. Ich habe wenig an Veröffentlichungen, die wissenschaftlich was zählen, gearbeitet, weil auch dafür meine Ressourcen so begrenzt waren. Im letzten Jahr war das eigentlich viel Kommunikationsarbeit in diesem Projekt.«

Die Zunahme von Kommunikationsarbeit, dem Präsentieren und Berichteschreiben sowie des *So-tun-als-ob* ist die Konsequenz daraus, dass Evaluationen, Bewertungen und Prüfungen im Wissenschaftssystem immer relevanter werden. Es entsteht eine Bürokratie aus Prüfer*innen, Gutachter*innen und Gremien, in der weniger die eigentliche Forschung im Zentrum steht, sondern wie gut diese in Präsentationen, Berichten und Anträgen *repräsentiert* wird. Wissenschaftler*innen konkurrieren um die knappen Drittmittel, die sie nur bekommen, wenn sie ihre Forschung bei den Gutachter*innen gut darstellen können. Aufgrund der Wettbewerbsstruktur geht es also zunehmend um die bessere Darstellung der eigenen Arbeit anstatt um die Forschung selbst. Das hat auch Konsequenzen für den Umgang unter Kolleg*innen:

»Forschung und Wissenschaft ist auch immer ein Bereich, in dem sehr viel Konkurrenz existiert. Es sind überwiegend Menschen, die sehr zielorientiert,

sehr zielstrebig sind, bestimmte Vorstellungen haben von ihrer Karriere, und das spiegelt sich halt auch im Zusammenleben wider. Also es gibt nicht selten den Ellbogen, Allüren et cetera.«

Die Befragte stellt einen Zusammenhang her zwischen dem hohen Konkurrenzdruck in der Wissenschaft und dem Charakter der Individuen, die sie betreiben. Das konkurrenzhaftere Verhalten werde von den institutionellen Spielregeln der Wissenschaft belohnt und erfordert, da Wissenschaftler*innen durch das Drittmittelsystem sowie das Befristungsverfahren nach dem WissZeitVG um knappe Mittel und Stellen kämpfen.

Laut Hardering sind die zentralen Kategorien sinnvoller Arbeit: Bedeutsamkeit, Zugehörigkeit, Entfaltung von Potenzialen und Authentizität.²⁷ Auf der Grundlage der Interviews zeigt sich jedoch, dass das Arbeiten unter den Bedingungen von Befristung und dem Drittmittelsystem keine dieser Kategorien erfüllt: Neben der Fokusverschiebung von der eigentlichen Forschungstätigkeit auf deren Beantragung erscheinen die Bewertungskriterien als intransparent und die Drittmittelvergabe als willkürlich. Vor diesem Hintergrund stellten die Befragten die Bedeutsamkeit ihrer Arbeit in Frage. Die Befristungslogik führt weiterhin dazu, dass keine langfristigen Arbeitszusammenhänge entstehen und die gemeinsame Organisation untergraben wird. Darunter litt das Zugehörigkeitsgefühl der Interviewpartner*innen. Zudem raubt der hohe zeitliche Aufwand und die mentale Beanspruchung, die mit dem Erhalt der eigenen Stelle einhergeht, die Zeit für das eigentliche Forschungsinteresse und das gründliche Durchdringen von Thematiken und hindert die Wissenschaftler*innen somit an der Entfaltung ihrer Potenziale. Zuletzt lässt das *So-tun-als-ob*, welches aus der Drittmittel-Logik resultiert, die befragten Wissenschaftler*innen auch an ihrer Authentizität zweifeln. Die Aussagen der Interviewpartner*innen machen also deutlich – um auf unsere Frage zurückzukommen –, dass sich das Drittmittelsystem und die Befristungen negativ auf das Sinnerleben der Befragten gegenüber ihrer Tätigkeit auswirkt.

27 Vgl. Hardering: *Sinn in der Arbeit*, S. 15.

Kapitalistischer Realismus und die »Entbullshittisierung« der Hochschulen

Wir haben nun den Bullshit, verstanden als Erfahrungen der Sinnlosigkeit, im akademischen Mittelbau identifiziert und können davon ausgehen, dass dieser (auch) durch Wettbewerbsmechanismen hervorgerufen wird. Die von Graeber aufgeworfene Frage nach dem Sinn und Unsinn von Arbeit und dessen Gründen erwies sich für uns als tauglich, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen.²⁸ Es bleibt jedoch fraglich, ob sein Deutungsangebot der Bullshit-Jobs über die Problemdefinition hinaus anschlussfähig ist. Graeber schlägt zur »Entbullshittisierung« der Universität eine präfigurative Politik vor, nach der die Ansprüche aus Verwaltung und Bürokratie einfach kollektiv ignoriert und sabotiert werden sollten. So wäre die Institution der Universität gezwungen, sich zu »entbullshittisieren«.²⁹

Dieser Vorschlag missachtet jedoch die Zwänge, in denen sich die Beschäftigten befinden. Durch die Interviews zeigt sich, dass sich die Befragten im Klaren darüber sind, was sich an ihrer Arbeit sinnlos – nach Bullshit – anfühlt und woher dies stammt. Es fehlt aber an einer alternativen Vorstellung zum Status quo. Sinnbildlich für die Ratlosigkeit gegenüber Alternativen zur konkurrenzbasierten Wissenschaft gilt die Beurteilung eines befragten Doktoranden zum Wettbewerb in der Lehre:

»Das kann die sehr frustrierende Seite dieser Studi-Interaktion sein, die manchmal so befriedigend ist, dass man das System verteidigt oder es manchmal vor den Studis verteidigen muss, obwohl man es auch nicht hundertprozentig fühlt, auch weil man keine Alternative jetzt präsentieren kann.«

Ähnliches beobachtet Schwarz in ihrer Studie zu Verwaltungsangestellten an deutschen Hochschulen. Zwar beginne der Konsens, Wissenschaft wettbewerbslich zu organisieren, zu bröckeln und werde zunehmend infrage gestellt, gleichzeitig fehle es jedoch an einem alternativen Konsens, der auf kollektivistischen Prinzipien fußt.³⁰ Aufgrund dieser fehlenden Alternative werde

28 Vgl. Graeber: *Bullshit Jobs*, S. 63.

29 Graeber, David: »Anthropology and the rise of the professional-managerial class«, in: *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 4 (2014), S. 73–88, hier S. 85.

30 Vgl. Schwarz: »Designers of competition at work«, S. 98.

der Wettbewerbs-Konsens »provisorisch« zu einer Simulation gemeinsamer Werte.

Am Werke ist hier das, was Fisher *kapitalistischer Realismus* nennt: dass die Vorstellung einer kohärenten Alternative zum Kapitalismus für viele unmöglich (geworden) ist.³¹ Trotz der Sinnlosigkeitserfahrungen in der eigenen Arbeit und der Identifikation von Wettbewerben um Stellen und Drittmittel als Ursache erscheint das Wettbewerbsprinzip als einzig vorstellbare Organisationsform für Wissenschaft. Der Kapitalismus funktioniert also auch, ohne dass für ihn Partei genommen wird. Das Resultat ist ein Doppelzustand, in dem Verachtung und Akzeptanz der kapitalistischen Verhältnisse gleichzeitig bestehen:

»Der kapitalistische Realismus wurde uns von Managern verkauft [...], die uns erzählen, dass nun alles anders ist: Das Zeitalter der organisierten Arbeiterklasse ist vorbei; die Macht der Gewerkschaften rückläufig; es regiert die Wirtschaft und wir müssen uns anpassen. Die Selbstüberwachung, die Arbeiter heutzutage immer häufiger übernehmen müssen – die Selbstbeurteilungen, Leistungsberichte und Logbücher –, ist, davon wurden wir überzeugt, ein kleiner Preis, den wir zu zahlen haben, um unsere Jobs zu behalten.«³²

Diesen Zustand zu durchbrechen ist eine zentrale Herausforderung linker und gewerkschaftlicher Hochschulpolitik. Die Frage nach dem Sinn der konkreten Tätigkeiten in Beruf und Studium an der Hochschule kann Ausgangspunkt für eine politische Organisation von Lehrenden, Forschenden, Studierenden und Angestellten in der Verwaltung sein.³³ Dafür braucht es einen organisier-

31 Vgl. Fisher: *Kapitalistischer Realismus*, S. 2.

32 Fisher, Mark: *K-punk. Ausgewählte Schriften 2004–2016*, Berlin: Edition TIAMAT 2020, hier S. 434. Im weiteren Verlauf der Textstelle bezieht sich Fisher explizit auf die Universität: »Nehmen wir das Research Excellence Framework (REF) – ein System, mit dem die Forschungsleistung von Akademikern in Großbritannien gemessen wird. Dieses massive System der bürokratischen Kontrolle wird von so gut wie allen, die sich ihm unterwerfen müssen, verachtet, aber bisher blieb jeder Widerstand dagegen symbolisch. Dieser Doppelzustand – in dem etwas zugleich verachtet, aber trotzdem akzeptiert wird – ist typisch für den kapitalistischen Realismus und besonders eindrucksvoll an den Universitäten, eine der vermeintlichen Bastionen der Linken.«

33 Nadia Abd El Hafez u.a. argumentieren ähnlich in Bezug auf weitverbreitete Praktiken des Schummelns unter Studierenden (vgl. Abd El Hafez, Nadia/Günther, Armin/Piening, Bernd: »Organisierte Halbbildung – Unorganisierter Widerstand? Schum-

ten Austausch, der alle Perspektiven einbezieht.³⁴ Über den Unsinn im Studium, in der Wissenschaft, bei der Arbeit zu reden und ihn auch öffentlich klar zu benennen ist zudem ein wichtiger Schritt für eine praktische Kritik der »unternehmerischen Hochschule«.

Die in den Interviews geäußerten Vorstellungen zu einer sinnvollen Arbeitsumgebung zielen besonders auf eine Reform der universitären Personalstruktur ab. Im Zentrum steht der Wunsch nach unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten im akademischen Mittelbau als gleichwertige Alternative zur Professur. Exemplarisch verdeutlicht dies die Aussage einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin:

»Ich glaube, was sich ändern muss, ist angesichts der knappen Finanzierungsmöglichkeiten, dass der Mittelbau gestärkt wird, also dass es nicht nur um Professuren gehen darf, sondern um jemanden wie mich. Ich muss nicht mehr Professorin werden, und ich werde das auch wahrscheinlich nicht mehr schaffen. [...] Aber ich denke, dass ich trotzdem einen guten Beitrag leisten könnte, auch ohne eine Professur.«

Im Diskussionspapier »Personalmodelle für Universitäten in Deutschland. Alternativen zur prekären Beschäftigung« stellt auch das NGAWiss ähnliche Forderungen und modelliert alternative Personalstrukturen für den akademischen Mittelbau. Bewertet werden diese entlang zentraler Kriterien wie Nachbesetzungschancen, Arbeitsbelastung und Selektionsdruck, Gleichberechtigung am Institut, Abbau struktureller Diskriminierungen und das Verhältnis von Lehre und Forschung.³⁵ Diese Kriterien überschneiden sich weitgehend mit Harderings oben genannten Kategorien sinnvoller Arbeit.

Die von den Interviewten geschilderten Mangelerfahrungen in diesen Bereichen lassen sich durch die im NGAWiss-Papier vorgestellten Modelle adressieren. Besonders das sogenannte *Lecturer*-Modell, das oberhalb der Promotionsstellen unbefristete Vollzeitstellen für Professor*innen und

meln im Studium nach Bologna«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 155–168).

34 So muss auch unsere empirische Arbeit, die auf den akademischen Mittelbau begrenzt war, durch weitere Forschung ergänzt werden, die auch andere Statusgruppen beziehungsweise Beschäftigtengruppen einbezieht.

35 Vgl. NGAWiss: »Forderungen des Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft«, S. 20–25.

gleichgestellte *Lecturer* vorsieht, könnte ein Ansatz sein.³⁶ In Hinblick auf die Bewertungskriterien Arbeitsbelastung, Gleichstellung und strukturelle Diskriminierung könnte des Weiteren eine egalitäre und demokratischere Personalstruktur dazu beitragen, dass wissenschaftliche Arbeit von dysfunktionalen Anforderungen entlastet wird. Sie würde auch institutionelle Räume schaffen, in denen sich kollektiver Widerstand gegen die Bullshittisierung von außen oder oben formieren kann. Gerade weil die aktuellen Arbeits- und Studienbedingungen Konkurrenz und Vereinzelung fördern, sollte für politische Maßnahmen gekämpft werden, die dazu führen, dass sich längerfristige solidarische Beziehungsweisen entwickeln können, die dazu beitragen, dass der Bullshit abgebaut wird. Dazu gehören zum Beispiel die Zunahme unbefristeter Arbeitsverträge und die Abschaffung professoraler und managerialer Hierarchien an den Universitäten, der Kampf gegen die Unterfinanzierung der Universität und die Reintegration zuvor ausgelagerter Tätigkeiten. Auch das Ende der Befristung und der Prekarität würde schließlich zur »Entbullshittisierung« beitragen.

Literatur

Abd El Hafez, Nadia/Günther, Armin/Piening, Bernd: »Organisierte Halbbildung – Unorganisierter Widerstand? Schummeln im Studium nach Bologna«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 155–168).

AG Arbeitsunsinn: »in der linken alles eher so mittel klasse«, in: *diskus – Frankfurter Student_innenzeitschrift* 125 (2025), S. 11–17.

Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchBinHanna. Prekäre Wissenschaft in Deutschland*, Berlin: Suhrkamp 2022.

Binswanger, Mathias: *Sinnlose Wettbewerbe. Warum wir immer mehr Unsinn produzieren*, Freiburg/Basel/Wien: Herder 2010.

Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015.

Fisher, Mark: *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift*, Hamburg: VSA 2013.

36 Vgl. NGAWiss: »Forderungen des Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft«, S. 13–15.

- Fisher, Mark: *K-punk. Ausgewählte Schriften 2004–2016*, Berlin: Edition TIAMAT 2020.
- Graeber, David: *Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit*, Stuttgart: Klett-Cotta 2018.
- Graeber, David: *Bürokratie. Die Utopie der Regeln*, München: Goldmann 2017.
- Hardering, Friedericke: »Die Suche nach dem Sinn: Zur Zukunft der Arbeit«, in: *Politik und Zeitgeschichte* 67/26 (2017).
- Hardering, Friedericke: *Sinn in der Arbeit. Überblick über Grundbegriffe und aktuelle Debatten*, Wiesbaden: Springer VS 2020.
- Hardering, Friedericke: »Wann erleben Beschäftigte ihre Arbeit als sinnvoll? Befunde aus einer Untersuchung über professionelle Dienstleistungsarbeit«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 46.1 (2017), S. 39–54.
- Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna: *Die ungleiche Universität. Diversität, Exzellenz und Anti-Diskriminierung*, Wien: Passagen 2023.
- Himpele, Klemens (Hg.): *Die unternehmerische Hochschule. Zwischen Bildungsanspruch und Standortsicherung*, Marburg: BdWi-Verlag 2014.
- Krebs, Moritz: »Ökonomisierung«, in: Dederich, Markus/Zirfas, Jörg (Hg.), *Optimierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Berlin/Heidelberg: Springer 2024, S. 65–71.
- NGAWiss: »Für faire Beschäftigung an deutschen Hochschulen! Forderungen des Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft«, <https://mittelbau.net/ngawiss-forderungen/>, Zugriff am 27.10.2025.
- Noorden, Richard van: »How Big Is Science's Fake-Paper Problem?«, in: *Nature* 623 (2023), S. 466–467.
- Schwarz, Christine: »Designers of competition at work. A neoliberal consensus-machine caught in the act«, in: *ephemera journal for theory & politics in organization* 20 (2020), S. 71–101.
- Wolf, Pascal: »Akkreditierungsversagen. Über die Qualitätssicherung in Studium und Lehre«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 203–210.

Wettbewerb und Konformismus

Zu den Bedingungen kritischer Intellektualität an Universitäten

Tilman Reitz

Für politisches und vielleicht für kritisches Denken insgesamt ist es wichtig zu wissen, wofür und wogegen man eintritt. In den Jahren nach der Covid-19-Pandemie scheinen sich diese Fronten geklärt zu haben: Emanzipation versus Autoritarismus, unabhängige und politisch wache Wissenschaft gegen staatliche Einschränkungen, sozial-ökologischer Umbau gegen die beschleunigte Zugrunderichtung des Planeten, ein aktiver Abbau ökonomischer, geschlechtlicher und rassistischer Unterordnung gegen den reaktionären Backlash. Sieht man näher hin, reichen die Probleme jedoch weit ins emanzipatorische Lager hinein – besonders in dessen akademischen Teil. Auch ökologisch motivierte Wissenschaftler*innen fliegen für Tagungen und Jobs um die Welt, auch kapitalismuskritische Professor*innen beschäftigen einen Hofstaat befristeten wissenschaftlichen Personals, gerade der sogenannte Nachwuchs bemüht sich vorrangig um professionellen Erfolg, auch dieser Erfolg wird durch Herkunftsprivilegien begünstigt, und wer kooptiert wurde, gehört selbst zu den Privilegierten.

Die reaktionäre Wissenschaftsfeindschaft der Gegenwart hat von der hierdurch beförderten, gegenüber den Absichten der Beteiligten tendenziell selbstständigen Doppelmoral erkennbar profitiert. Wenn etwa Geschlechtergerechtigkeit demonstriert werden muss, um Projektmittel einzuwerben, befördert das auch eine instrumentelle Haltung zum Thema, und der rechte Kampf gegen »Genderismus« kann Unbehagen daran leicht einspannen, selbst wenn er seinerseits Sprachregelungen und Folgebereitschaft verlangt. Um ein sinnvolles Gegensteuern möglich zu machen, soll mein Beitrag beleuchten, welche Kompromisse Intellektuelle an Universitäten in den letzten Jahrzehnten gezwungenermaßen oder auch allzu bereitwillig eingegangen sind, inwiefern ih-

re systemische Stellung die Substanz ihrer Beiträge beeinflusst und wo sie ihre politische und geistige Glaubwürdigkeit beeinträchtigt. Als Schlüssel werde ich ein bekanntes Argument nutzen: Die neoliberale Regierungsweise, die sich an den Hochschulen besonders hartnäckig festgesetzt hat, bringt oder hält die Beteiligten durch Wettbewerbe auf Linie. Wenn wir begreifen, was dieser Prozess bei uns angerichtet hat, werden wir vielleicht auch die neuen autoritären Trends aussichtsreicher bekämpfen können.

Was machen Universitäten mit Intellektuellen?

Dass es an Hochschulen (auch) Intellektuelle gibt, versteht sich fast von selbst – schließlich arbeiten dort Leute, die hauptsächlich mit Forschen, Unterrichten, der Pflege theoretischer und begrifflicher Bestände, also vorwiegend geistig beschäftigt sind. Zugleich fehlen im offiziellen Verständnis von Hochschullehrenden (und auch von Studierenden) fast notwendig zwei Züge, die für die moderne Sozialfigur der Intellektuellen entscheidend sind: politisches Engagement und die Überschreitung institutionell zugewiesener Rollen. Mit Antonio Gramsci würde man Intellektuelle eher in den Parteien, Gewerkschaften oder Unternehmerverbänden erwarten als an den Universitäten; sie legen nicht einfach die Welt aus, sondern wirken in ›organischer‹ Anbindung an Klasseninteressen darauf hin, Zustimmung für eine bestimmte soziale Ordnung und Unterordnung oder bestimmte Alternativen zu schaffen. Wissenschaft kann sich eine solche Funktion, selbst wenn sie faktisch der herrschenden Klasse dient oder staatstragend ist, zumindest nicht auf die Fahnen schreiben, da sie ja offiziell nur mit Wahrheit befasst ist und die Herrschaft in offen-parteilicher Ausrichtung nicht halb so gut legitimieren könnte. Zudem liegt auf der Hand, dass eine Institution ihren Mitgliedern nicht abverlangen kann, die eigenen Regeln zu missachten. Selbst in den Hochphasen moderner Kunst sind die Avantgarden, literarische Intellektuelle und Bohémiens *gegen* das angetreten, was institutionell in Museen oder vom Publikum erwartet wurde, und an den Hochschulen herrschen bis heute weit konservativere Standards. Wenn ein mit Staatspreisen ausgezeichnete(r) Schriftsteller öffentlich ein falsches Gerichtsurteil anklagt oder eine hoch angesehene, im Zweifelsfall staatlich beschäftigte Physikerin regelmäßig auf Demonstrationen spricht, nutzen sie ihre Stellung und ihre Kompetenzen für Zwecke, die so eigentlich nicht vorgesehen waren.

Es ist also nicht selbstverständlich, wenn einem bei der Frage nach Intellektuellen in der jüngeren Zeit vielleicht eher Professor*innen einfallen als andere geistig Tätige oder sogar Intellektuelle im Hauptberuf – eher Judith Butler, Jürgen Habermas oder Michel Foucault als Juli Zeh, Stefan Aust oder Steve Bannon. Die Frage, was Intellektuelle an der Universität tun (oder auch an anderen Hochschulen, die allerdings weniger Basisprestige und mutmaßlich weniger frei verfügbare Zeit bieten), wurde auch explizit gestellt. Russell Jacoby hat schon 1987 in *The Last Intellectuals* erklärt, dass die einmischungsfreudigen Professor*innen eine Art Verfallsprodukt der zuvor typischen öffentlichen Intellektuellen sind. Während Letztere vom publizistischen Markt leben konnten und mussten, beziehen die Ersteren ein festes Einkommen an einer öffentlichen Einrichtung, die ihnen hinreichend Freiraum lässt, sich auch anders zu engagieren. Für Jacoby brachte dieser Übergang große Verluste mit sich: Statt allgemeinverständlich für viele zu schreiben, richten sich die akademisierten Intellektuellen auf enge Fachpublika ein, die elegante und klare Stilistik weicht dem schwerfälligen Jargon der Disziplinen, und auch die thematische Beweglichkeit leidet. In Deutschland kommt hinzu, dass die Professur für gewöhnlich mit Verbeamtung, also mit staatlichen Loyalitätsgeboten einhergeht.

Derartige Schwierigkeiten wären vielleicht auszuhalten, wenn man mit Theodor W. Adorno »Draußen und Drinnen« als ähnlich beschränkte Räume sieht. Sicher gilt die Einsicht: »Wer dem beamteten Tiefsinn sich anvertraut, verfällt wie vor hundert Jahren dem Zwang, so naiv zu sein wie die Kollegen, von denen die Karriere abhängt.« Doch unter dem »außerakademischen [...] Druck des Marktes«¹ kann man womöglich nicht freier atmen und schreiben, weil man ständig die eigene Originalität verkaufen muss und sie im Sinn der Konsumierbarkeit nicht einmal übermäßig entwickeln darf:

»Der Prozess, dem ein literarischer Text, wenn nicht in automatischer Vorausschau seines Herstellers, so jedenfalls durch den Stab von Lektoren, Herausgebern, Umarbeitern, ghost writers in- und außerhalb der Verlagsbüros unterworfen wird, überbietet an Gründlichkeit alle Zensur.«²

1 Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1951/1971, S. 80.

2 Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a.M.: Fischer 1947/1988, S. 2f.

Selbst bei Intellektuellen wie Susan Sontag oder Jean-Paul Sartre, die ihre Texte vermutlich selbst in die publizierte Form gebracht haben, kann man fragen, inwieweit sie dem Publikum antizipierend Zugeständnisse gemacht und auf möglichst große Verkaufszahlen hingearbeitet haben. Die Frage stellt sich aktuell allerdings anders als in der Zeit Adornos oder Jacobys. Im Zeitalter der sozialen Medien, der werbefinanzierten Plattformen und Klickzahlenkonkurrenz sind die Freiräume marktbasierter Intellektueller vermutlich nicht größer geworden. Zwar sind formale Publikationshürden weggefallen, doch die Aufmerksamkeitsströme werden noch direkter ökonomisch gelenkt und genutzt als in der verlagskontrollierten Öffentlichkeit. Zugleich ist auch in die akademische Arbeit der Wettbewerb eingezogen – und hat Normierungen mit sich gebracht, die Butler, Foucault oder Habermas so noch nicht kannten. Diesen letzten Trend will ich im Folgenden näher betrachten, da nicht auszuschließen ist, dass er in eine Ära nach den akademischen Intellektuellen führt.

Disziplinierung durch Wettbewerb: eine kleine Übersicht

Ein erhöhter Wettbewerbsdruck an den Hochschulen wird relativ allgemein beobachtet. Die Leiter verschiedener deutscher Forschungsorganisationen gaben vor einigen Jahren der Sorge Ausdruck, dass jüngere Wissenschaftler*innen dadurch überfordert sein könnten:

»Neben [...] Publikationen in Journalen mit hohen Impact-Faktoren werden Vorträge auf ausgewiesenen Fachkonferenzen, renommierte Preise, hohe Drittmiteleinwerbungen, hervorragende Evaluationen der akademischen Lehrleistung, Erfolge im Wissenstransfer, Engagement und Erfahrung in der akademischen Selbstverwaltung, internationale Kooperation sowie Projektmanagement- und Führungserfahrung erwartet.«³

Der anschließende Lösungsvorschlag der Autoren ließ sich allerdings nur schwer vom festgestellten Problem unterscheiden: Es gelte »die Vielfalt der

3 Hacker, Jörg/Krull, Wilhelm/Lohske, Martin/Strohschneider, Peter: »Wie sich die Qualität der Auswahl verbessern lässt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12.07.2018, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/auswahl-von-forschern-wie-sich-die-qualitaet-der-auswahl-verbessern-laesst-15685958.html>, Zugriff am 15.6.2025.

Formen wissenschaftlichen Wettbewerbs – zwischen Ideen, Personen, Projekten, Preisen, Drittmitteln, Publikationen und Institutionen«⁴ zu stärken. Spannender ist wohl die Frage, welche Funktion die Vielzahl oder auch Vielfalt der Wettbewerbe, die fast sämtlich erst institutionell eingerichtet wurden, faktisch erfüllt.

Die offizielle Antwort ist bekannt: Die Konkurrenz soll Spitzenleistungen anreizen. Spätestens seit der Jahrtausendwende setzt man in Europa auf akademische Wettbewerbe, um im globalen ökonomischen Wettbewerb mithalten, wissenschaftlich die »besten Köpfe« zu gewinnen und die besten Resultate zu erreichen; eine typische EU-Schrift von 2002 hält fest: »Competition for funding on a European scale will stimulate the best research groups to perform even better and will help attract and retain the best young scientists.«⁵ In Deutschland bildet seit 2005 die Exzellenzinitiative das institutionelle Muster für dieses Ziel: In einer Art akademischem Antragsturnier sollen sich diejenigen durchsetzen, die man dann auch auf die Ergebnis-Olympiade schicken kann. Die Umsetzungen machen allerdings fragwürdig, ob das Mittel Wettbewerb für die erklärten Ziele geeignet ist. Dass ein Antragswettbewerb, in dem sich Erfolg an Forschungsmitteln statt an Resultaten bemisst, ein Publikationssystem, in dem die strategische Ausrichtung auf Zitationsmetriken gedeiht, oder ein oft jahrzehntelanger Kampf um die wissenschaftliche Berufsexistenz wirklich eine bessere Wissenschaft bringen, kann bezweifelt werden. Selbst der Vorsitzende des Wissenschaftsrats bemerkt inzwischen, »dass jemand, der keine Angst um seine Existenz hat, konzentrierter arbeitet als einer, der ständig um seine wirtschaftliche Grundlage fürchtet«⁶.

Zugleich ist eine ganz andere Wirkung zu beobachten, die bisweilen kritisch erörtert wird, vermutlich aber nicht allen Beteiligten unwillkommen ist: ein allseitiger »Konformitätsdruck« oder »Konformitätszwang«⁷. Zum einen macht der Wettbewerb als solcher gefügig. Wer sich andauernd nach vorgegebenen Kriterien mit anderen misst, neigt zu beflissener Regelbefolgung

4 Hacker u.a.: »Wie sich die Qualität«.

5 Flink, Tim: *Die Entstehung des Europäischen Forschungsrates. Marktimperative – Geostrategie – Frontier Research*, Weilerwist: Velbrück 2016, S. 197.

6 Wick, Wolfgang/Wiarda, Jan-Martin: »Ohne Kulturwandel wird es nicht gehen«, Interview, in: *Der Wiarda Blog* vom 31.07.2024, <https://www.jmwiarda.de/2024/07/31/ohne-kulturwandel-wird-es-nicht-gehen/>, Zugriff am 09.10.2024.

7 Hacker u.a.: »Wie sich die Qualität«.

oder zumindest dazu, die akademischen Institutionen nicht ständig infrage zu stellen oder nachlässig zu behandeln. Zum anderen sind die Kämpfe um knappe akademische Güter stark reguliert. Für Anträge wie für Publikationen, qualitative oder quantitative Begutachtungen und Bewertungen wurde ein engmaschiges Netz von Kontrollen geknüpft. Um aussichtsreich Forschungsmittel vom Europäischen Forschungsrat oder der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu beantragen, ist es ratsam, sich möglichst genau über Gutachtende und Fachkollegien zu informieren, Leitfragen, Vorannahmen und Literatur im Antrag auf sie abzustimmen, etablierte Forschungsmethoden zu wählen und drittmittelstarke Personen ins Antragsteam zu holen. Die Transferstellen der Universitäten geben dazu gern nützliche Hinweise, bieten Trainings an und raten notfalls zu weniger bekannten Programmen zu wechseln, bei denen die Erfolgsaussichten höher sind. Ganz ähnlich verhält es sich bei Veröffentlichungen. Wer einen Artikel publizieren will, sollte sich neben dem Impact-Faktor die Annahmequote der gewählten Zeitschrift ansehen und deren Gutachterstamm einschätzen; Beim Schreiben oder Fertigstellen des Artikels ist dann erneut eine Orientierung an jeweils üblichen Gliederungen, Fragestellungen, Thesen und Originalitätsniveaus geboten. Dass man sich möglicherweise vergriffen hat, bemerkt man im Reviewprozess. Welcher Text das Licht der Fachöffentlichkeit sieht, entscheidet sich am Verständnis oder Unverständnis von zwei oder drei anonymen Vertreter*innen der Fachgemeinschaft, die mit knapper Zeit, häufig aber in mehreren Runden Überarbeitungen verlangen und Argumentationen, denen sie nicht folgen können oder wollen, am Ende ablehnen. Nicht selten hilft es, die gutachtende Person zu erraten und deren eigene, im Review empfohlene Publikationen stärker zu berücksichtigen. Wer trotz allem scheitert, versucht es bei der Zeitschrift mit der nächstniedrigeren Reputation erneut und ist gewöhnlich kompromissbereiter geworden.

Insgesamt kann daher der oben zitierte Satz, mit dem Horkheimer und Adorno die Zwänge des kommerziellen publizistischen Markts schildern, mit leichten Modifikationen auch für die akademischen Wettbewerbe der Gegenwart gelten:

»Der Prozess, dem ein [...] [Manuskript oder Förderantrag], wenn nicht in automatischer Vorausschau seines Herstellers, so jedenfalls durch den Stab von [...] [Koautor*innen, Forschungs- und Transferabteilungen, Redakteur*innen und Reviewern], [...] [den zum Revise and Resubmit erneut aktivierten Autor*innen, Hilfskräften und Mitarbeitenden] in- und außer-

halb der [...] [Arbeitsbereiche, Journal-Redaktionen und -Plattformen] unterworfen wird, überbietet an Gründlichkeit alle Zensur.«

Eine neuere Formulierung des gleichen Sachverhalts verdeutlicht, dass man die akademischen Wettbewerbe der Gegenwart auch noch in anderer Weise mit ökonomischen Mechanismen vergleichen kann. Sie bilden eine quasi-tayloristische Disziplinierung:

»By using different combinations of [...] marketization, [...] intellectual work is parcelled in discrete sequences and routinized; ex-ante and ex-post forms of assessment are then used to measure the degree of conformity of each [...] academic [...] located along the production line. In this model of mass production, conformity is rewarded by allowing a tiny minority to move up the ranks, whereas non-conformity is strongly discouraged by the ease with which an individual could be replaced [...] by a growing number of part-time and temporary workers seeking a more secure position.«⁸

Weshalb sich dieser Disziplinierungsapparat ausgebildet hat, ist bisher nicht umfassend geklärt. Eine wichtige Rolle könnte gespielt haben, dass die akademische Forschung erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts sozusagen industrialisiert wurde; Norbert Bolz hatte bereits den Bologna-Prozess in diesem Sinn als Taylorisierung gedeutet.⁹ Ebenso wichtig ist aber wohl das Motiv, frühere Eliteinstitutionen in einer Phase, in der sie für einen großen Teil der Bevölkerung zugänglich werden, durchgreifend zu regulieren. Wenn die Universität insgesamt gut als »organized anarchy«¹⁰ zu beschreiben ist, speziell die Professor*innen lange als teils undiszipliniert, teils faul wahrgenommen wurden und sich mit der schubweisen Expansion des Hochschulsektors auch bei den Studierenden die anomischen Räume ausgeweitet haben¹¹, sind Gegenmaßnahmen zu erwarten. In jedem Fall *haben* die allgegenwärtigen Wettbewer-

8 Palumbo, Antonino/Scott, Alan: *Remaking Market Society. A Critique of Social Theory and Political Economy in Neoliberal Times*, New York: Routledge 2018, S. 177.

9 Vgl. dazu Reitz, Tilman: »Bologna kommt 100 Jahre zu spät. Taylorismus und Verwaltungsrationaltät in der Hochschulreform«, in: Adam, Christian/Müller, Jan/Thun, René/Warnecke, Willem (Hg.), *Die bedingte Universität. Die Institution der Wissenschaft zwischen ›Sachzwang‹ und ›Bildungsauftrag‹*, Stuttgart: Schmetterling 2009, 63–78.

10 Cohen, Michael D./March, James G./Olsen, Johan P.: »A Garbage Can Model of Organizational Choice«, in: *Administrative Science Quarterly* 17.1 (1972), S. 1–25.

11 Reitz, Tilman/Draheim, Susanne: »Die Rationalität der Hochschulreform. Grundzüge eines postautonomen Wissensregimes«, in: *Soziale Welt* 57/4 (2006), S. 373–396.

be die akademische Anarchie umfassend begrenzt, und entsprechend schwer haben es diejenigen, die sich an Universitäten immer noch als Intellektuelle betätigen wollen. Selbst wenn sie kritische Ansätze verfolgen und teilweise auch durchgesetzt haben – namentlich in der inzwischen ebenfalls bedrohten Forschung und Lehre zu Geschlechterverhältnissen, Rassismus, postkolonialen Perspektiven oder destruktiven Einsatzfeldern von Technik –, bedienen sie die normierten Formate und haben teilweise einfach zu wenig wettbewerbsfreie Zeit, um neue Gedanken und Ansätze zu erproben. Abschließend will ich fragen, welche Bewegungs- und Befreiungsmöglichkeiten unter diesen Bedingungen bleiben.

Preisgelder, Konfliktressourcen, Freiräume: Zur Neubestimmung akademischer Positionen

In der veränderten Situation an den Universitäten hilft es erneut zu reflektieren, was die Sozialfigur der Intellektuellen ausmacht. Eine Variante kann man wohl ausschließen: Diejenigen, die vorrangig dem Preisgeld akademischer Ressourcen und Positionen hinterherlaufen, sind nur sehr bedingt als kritische Intellektuelle zu brauchen, selbst wenn sie öffentlich teilweise diese Rolle spielen. Die Minimalkriterien, die sie mutmaßlich verfehlen, wurden eingangs benannt: eine im weitesten Sinn politische Wirkung in Kämpfen um Hegemonie und eine Praxis geistigen Experimentierens, die institutionelle Erwartungen sprengt. Für eine Einschätzung der ernsthaft kritischen Möglichkeiten ist wichtig zu sehen, dass diese beiden Qualitäten kollidieren können und dass sie tendenziell verschiedene Haltungen zu akademischen Ressourcen und Positionen nahelegen. Wer vorrangig das politisch Richtige durchsetzen will, muss sehr oft und zusammen mit möglichst vielen anderen das Gleiche sagen und möglichst viele institutionelle Mittel für den gewählten Zweck mobilisieren. Den typischen Diskurs solcher Figuren und ihres Publikums kann man als *Bestätigungsintellektualität*¹² bezeichnen – gesagt und gehört wird (im besten Fall noch einmal besser und effektiver), was alle im eigenen Lager eigentlich bereits wissen.¹³ Ein anderer, aus früheren Phasen

12 Diesen schönen Begriff verdanke ich Michael Makropoulos.

13 Zu den Beispielen zählen etwa viele allgemeine Aussagen über kapitalistische Ausbeutung, Umweltzerstörung, geschlechtliche und rassistische Diskriminierung, Unterprivilegierung und Unterdrückung. Wenn eine durchschnittlich gut informierte linke

bekannter Typ von Intellektuellen missachtet bei Bedarf auch die Erwartungen im eigenen Lager und verzichtet mehr oder weniger souverän auf konformitätsbasierte institutionelle Ressourcen. Diese Form kritischer Intellektualität ist stärker auf persönliche Besonderheit oder Unverwechselbarkeit ausgerichtet – und lebt auch von deren Marktwert. Hier ließe sich (um den Begriff erneut mit kritischem Index zu bilden) von *Originalitätsintellektualität* reden.

Beide Seiten müssen sich nicht gegeneinander wenden. Figuren wie Sartre sind wohl deshalb so klassisch, weil sie eine relativ verlässliche politische Haltung mit relativ großer geistiger Beweglichkeit verbunden haben. Wo die politische oder die neugierig-experimentelle Seite dominant wird, liegen jedoch die Vor- und Nachteile auf der Hand. Originalitätsintellektuelle lesen sich fast immer vergnüglich und anregend, können aber wie beispielsweise Hans-Magnus Enzensberger unmerklich politisch die Seiten wechseln oder, wie ein marxistischer Professor¹⁴ einmal über Jean Baudrillard sagte, zum »Clown der Bourgeoisie« werden. Bestätigungsintellektualität mag dagegen im Kampf um strategische Positionen wichtig sein, kann aber äußerst langweilig werden und möglicherweise entscheidende Veränderungen in der politischen Situation verpassen. Auch diese Vor- und Nachteile sind selbst bei klar zu verortenden Figuren wie Michel Foucault (betont unfestgelegt) oder Noam Chomsky (politisch weitgehend verlässlich) nicht immer eindeutig. Sie helfen jedoch zusätzlich, die strategische Situation der akademischen Intellektuellen zu beurteilen.

Entgegen vielfältiger Diagnosen zum »Konformismus des Andersseins« (Norbert Bolz) oder zur Vorherrschaft von »Singularität« (Andreas Reckwitz) ist anzunehmen, dass an den Hochschulen gerade nicht die Originalitäts-, sondern die Bestätigungsintellektualität die Oberhand gewonnen hat – oder vielmehr, gemessen an den 1960er und 70er Jahren, eine gewisse Bedeutung behält. Ein wichtiger Grund liegt wie angesprochen darin, dass sie sich mit dem Kampf um akademische Machtressourcen verbinden lässt. Man kann Exzellenzcluster zu den politischen Bedingungen von Ungleichheit oder zu Sklaverei und Abhängigkeit, Sonderforschungsbereiche zu »Sexdiversity« oder zum »Strukturwandel des Eigentums« einwerben, ohne auf kritische

Akademikerin ein Buch Nancy Frasers zum Kapitalismus oder ein Heft der Zeitschrift *LuXemburg* aufschlägt, lernt sie zu alledem wenig Neues.

14 Wolfgang Fritz Haug.

Akzente verzichten zu müssen, Zeitschriften dezidiert der Geschlechterforschung, der *Critical Sociology* oder den *Postcolonial Studies* widmen. Je nach politischer Rahmenlage wird man damit annähernd hegemonial, geduldet oder in riskanter Weise oppositionell sein. Im konkreten Kontext fällt es jedoch schwer, die Strukturzwänge akademischer Wettbewerbe auszuschalten: die prekäre Beschäftigung, die Ausrichtung auf Erfolgsmetriken und die Konformitätserzeugung im Review. Die Beiträge und Aktivitäten behalten daher den Beigeschmack, dass sie immer auch für den Betrieb gemacht sind, und selbst politische Bekenntnisse können erfolgsfunktional sein. Wenn engagierte Intellektuelle unter solchen Bedingungen mit Kolleg*innen und Studierenden den Bestätigungen austauschen, sind ihre Aussichten auf außerakademische Wirkung begrenzt oder sogar negativ.

Ein Wiederaufleben experimenteller, neugieriger, heterodoxer Intellektualität würde diese Aussichten nicht notwendig verbessern – und es scheint derzeit auch nicht zu erwarten zu sein. Bei weiteren politischen Rechtsverschiebungen und Sparvorgaben dürfte auch der Kampf um Ressourcen härter werden, sodass die Frage, ob und wie man sich Abweichung leisten kann, eher noch mehr ins Gewicht fällt. Gleichzeitig sind aber neue Einschätzungen und Strategien dringend geboten, wenn das Wechselspiel von strukturell angepasster Bestätigungsintellektualität und autoritären Abwehrreflexen gegen jede Art kritisch-akademischer Aufklärung nicht einfach immer fatalere Situationen hervortreiben soll. Vielleicht bringt also die politische Not die kritisch gesinnten Forschenden, Lehrenden und Studierenden dazu, an den Hochschulen wieder andere geistige Freiräume zu erobern, als es in der Phase neoliberal dominierter Kooptation möglich war.

Literatur

- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a.M.: Fischer 1947/1988.
- Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1951/1971.
- Cohen, Michael D./March, James G./Olsen, Johan P.: »A Garbage Can Model of Organizational Choice«, in: *Administrative Science Quarterly* 17.1 (1972), S. 1–25.
- Flink, Tim: *Die Entstehung des Europäischen Forschungsrates. Marktimperative – Geostrategie – Frontier Research*, Weilerwist: Velbrück 2016.

- Hacker, Jörg/Krull, Wilhelm/Lohske, Martin/Strohschneider, Peter: »Wie sich die Qualität der Auswahl verbessern lässt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12.7.2018, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/auswahl-von-forschern-wie-sich-die-qualitaet-der-auswahl-verbessern-laesst-15685958.html>, Zugriff am 15.06.2025.
- Jacoby, Russell: *The Last Intellectuals. American Culture in the Age of Academe*, New York: Basic Books 1987.
- Palumbo, Antonino/Scott, Alan: *Remaking Market Society. A Critique of Social Theory and Political Economy in Neoliberal Times*, New York: Routledge 2018.
- Reitz, Tilman: »Bologna kommt 100 Jahre zu spät. Taylorismus und Verwaltungsrationalität in der Hochschulreform«, in: Adam, Christian/Müller, Jan/Thun, René/Warnecke, Willem (Hg.), *Die bedingte Universität. Die Institution der Wissenschaft zwischen ›Sachzwang‹ und ›Bildungsauftrag‹*, Stuttgart: Schmetterling 2009, S. 63–78.
- Reitz, Tilman/Draheim, Susanne: »Die Rationalität der Hochschulreform. Grundzüge eines postautonomen Wissensregimes«, in: *Soziale Welt* (57/4) (2006), S. 373–396.
- Wick, Wolfgang/Wiarda, Jan-Martin: »Ohne Kulturwandel wird es nicht gehen«. Interview, in: *Der Wiarda Blog* vom 31.07.2024, <https://www.jmwia.rda.de/2024/07/31/ohne-kulturwandel-wird-es-nicht-gehen/>, Zugriff am 09.10.2024.

Vier Jahre #IchBinHanna

Wissenschaftspolitische Visionen für das nächste Jahrzehnt

Kristin Eichhorn, Amrei Bahr & Sebastian Kubon

Am 10. Juni 2025 wird die Aktion #IchBinHanna vier Jahre alt. Anlässlich eines Erklärvideos des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) haben wir damit die Prekarität der Arbeitsbedingungen in der deutschen Wissenschaft nachhaltig ins öffentliche Bewusstsein gebracht.¹ Ausgangspunkt waren die hohen Befristungszahlen, die der jüngste *Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase* (BuWiK) erneut eindrücklich dokumentiert: Immer noch sind 90 % der Wissenschaftler*innen ohne Professur unter 45 Jahren befristet angestellt – ein minimaler Rückgang gegenüber dem Vorgänger des BuWiK, dem *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs* (BuWiN) aus dem Jahr 2021.² Damit gilt weiterhin: Die Befristungsquoten in der Wissenschaft übersteigen die des allgemeinen Arbeitsmarkts um Längen – hier sind im Bundesdurchschnitt 7,5 % zu verzeichnen.³ Wir sind im Wissenschaftssystem also nach wie vor weit von dem entfernt, was eigentlich als ›Normalarbeitsverhältnis‹ gilt: die unbefristete Vollzeitstelle.

Zu rechtfertigen sucht man die hohen Befristungsanteile in der Wissenschaft einerseits mit dem Argument, es handle sich hierbei um Personal, das

1 Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchbinHanna*, Berlin: Suhrkamp 2022.

2 Vgl. Konsortium BuWiK: *BuWiK 2025. Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase*, Bielefeld: wbv Publikation 2025, S. 121.

3 Vgl. Statistisches Bundesamt: »Befristet Beschäftigte«, <https://www.destatis.de/DE/Temen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-4/befristet-beschaeftigte.html>, Zugriff am 24.04.2025.

sich weiterhin in der Qualifikation befinde und dessen Berufsausbildung folglich noch nicht abgeschlossen sei. Andererseits ist Wissenschaft heutzutage häufig projektorientiert; zahlreiche Gelder fließen also zeitlich begrenzt und zweckgebunden, was befristete Anstellungsverhältnisse begünstigt.⁴ Besonders zum ersten Argument haben wir uns in den vergangenen vier Jahren immer wieder geäußert: Während es für Promovierende noch zu einem gewissen Grad einleuchten mag (sofern diese tatsächlich Zeit haben, im Rahmen ihrer Stelle an ihrer Promotion zu arbeiten statt anderen Aufgaben nachzugehen, die zur Begründung einer Befristung nicht geeignet sind), ist es unplausibel, bereits promoviertes wissenschaftliches Personal als sich nach wie vor qualifizierenden ›Nachwuchs‹ zu infantilisieren und dessen Fachexpertise und jahrelange Erfahrung so rhetorisch zu marginalisieren.

Laut dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR)⁵ ist die Promotion der höchste berufsqualifizierende Abschluss. Die darauffolgenden Schritte, die zur Berufbarkeit auf eine Professur führen, sind nicht mehr als ›Ausbildung‹ zu betrachten, sondern stellen Formen der Weiterbildung innerhalb des ausgeübten Berufs dar. Sie dienen der brancheninternen Rekrutierung von Führungspersonal. Der unscharfe Qualifikationsbegriff im WissZeitVG umfasst einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts zufolge sämtliche Tätigkeiten, mit denen »eine wissenschaftliche oder künstlerische Kompetenz gefördert wird, die in irgendeiner Form zu einer beruflichen Karriere auch außerhalb der Hochschule befähigt«.⁶ Dies kann selbst auf das Schreiben eines Drittmittelanspruchs oder die Konzeption einer Lehrveranstaltung bezogen werden, sodass per Gesetz einer entgrenzten Befristungspraxis Tür und Tor geöffnet wird, die in anderen Bereichen, in denen es kein solches Sonderbefristungsrecht gibt, schlicht illegal ist.

4 Notwendig sind sie gleichwohl auch im Rahmen von Projektforschung nicht, denn aus diesen Mitteln lassen sich ebenfalls unbefristete Stellen schaffen, s. die Diskussionen zu Stellenpools und Drittmittelpooling. Vgl. Deutscher Bundestag: »Überblick und Quellenhinweise zu ausgewählten Fragen betreffend die Drittmittelbefristung nach dem WissZeitVG«, <https://www.bundestag.de/resource/blob/919908/d50d52d3121cb00ff06452af8988faad/WD-8-068-22-pdf.pdf>, Zugriff am 16.11.2025.

5 Vgl. dazu die Daten in Europäische Kommission: »Europäischer Qualifikationsrahmen«, <https://europass.europa.eu/de/europass-tools/europaeischer-qualifikationsrahmen>; Zugriff am 17.02.2025.

6 Bundesarbeitsgericht: »Urteil vom 2. Februar 2022 – 7 AZR 573/20«, <https://www.bundesarbeitsgericht.de/entscheidung/7-azr-573-20/>, Zugriff am 17.02.2025.

Dies steht der Zielsetzung des WissZeitVG klar entgegen, das eigentlich einer Eindämmung von Befristung in der Wissenschaft dienen sollte. Es bewirkt aber vielmehr, dass das unbefristete Anstellungsverhältnis an Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit wenigen Ausnahmen praktisch nicht (mehr) vorkommt. Wissenschaftliche Arbeitgeber reizen die gesetzlichen Befristungsmöglichkeiten weitestmöglich aus, um in dem Moment, wenn aus ihrer Sicht⁷ der Rechtsanspruch auf eine Entfristung zu befürchten ist, einen neuen Vertragsabschluss zu verweigern. Die Folge: Die meisten wissenschaftlichen Beschäftigten handeln sich (je nach individueller Situation und entsprechenden Befristungsmöglichkeiten) bis ins vierte oder fünfte Lebensjahrzehnt von Zeitvertrag zu Zeitvertrag, um dann – wissenschaftlich hochqualifiziert und hochspezialisiert, aber oft ohne nennenswerte Berufserfahrung in einer anderen Branche – zu einer beruflichen Neuorientierung gezwungen zu sein. Die ist in dieser Situation häufig alles andere als einfach und der späte erzwungene Wechsel auch aus Sicht potentieller Arbeitgeber alles andere als wünschenswert. Dass hier tatsächlich eine berufsqualifizierende Ausbildung stattfindet, die aus diesem Grund mit befristeten Arbeitsverträgen erfolgen darf, ist unter diesen Umständen schlicht eine lächerliche Behauptung.

Die Umbenennung des BuWiN in BuWiK trägt dieser Problematik Rechnung, indem nicht nur der problematische Nachwuchs-Begriff fallen gelassen, sondern auch die Gruppe der betrachteten Wissenschaftler*innen – in Anlehnung an das europäische *Framework for Research Careers* – auf die Gruppe der in den Phasen R1 und R2 befindlichen Personen verengt wurde.⁸ Damit erkennt der BuWiK immerhin an, dass es sich zwar bei Promovierenden (R1) und Wissenschaftler*innen in einer frühen Postdoc-Phase (R2) um Personen »in einer frühen Karrierephase« handelt, nicht jedoch bei »Established Researchers« ohne Lebenszeitprofessur (R3).⁹ Man sieht daran, dass in der Debatte sukzessive

7 Da diese Frage häufiger aufkommt, ist wichtig zu bemerken, dass niemand zum Vertragsabschluss gezwungen werden kann. Auch wenn keinerlei juristische Grundlage für eine Entfristungsklage bestehen würde, kann die Arbeitgeberseite aus dieser Sorge heraus einen (befristeten) Vertrag verweigern, ohne dass sich als Arbeitnehmer*in etwas dagegen tun ließe.

8 Vgl. dazu Konsortium BuWiK: *BuWiK 2025*, S. 66–76.

9 R2- und R3-Phase voneinander abzugrenzen, ist freilich nicht so leicht: Während zum Beispiel Habilitierte eindeutig der R3-Phase zugeordnet werden, orientiert man sich in anderen Fällen an den Jahren der Berufserfahrung oder anderen Kategorien. Vgl. zur Problematik Konsortium BuWiK: *BuWiK 2025*, S. 69–71.

Fortschritte erzielt werden – auch, wenn dies langsamer vonstatten geht, als es wünschenswert wäre.

Es bleibt nun Aufgabe des Gesetzgebers, dieser Einsicht in der Legislative endlich Rechnung zu tragen. Die im November 2024 zerbrochene Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP hatte zu Beginn ihrer Regierungszeit dazu angesetzt, eine Reform des WissZeitVG auf den Weg zu bringen. In dem Gesetzesentwurf, der nach langem Streit unter den Koalitionspartnern in die erste Lesung des Bundestags gegeben worden war, fanden sich durchaus Verbesserungen wie etwa die Festschreibung von Mindestvertragslaufzeiten.¹⁰ Im Kern jedoch taugte der Entwurf nicht dazu, Befristung wirklich nachhaltig einzudämmen, da er weder den Qualifikationsbegriff präzisierete noch von der Vorstellung abrückte, dass sich wissenschaftliches Personal bis zur Berufbarkeit in einer Phase der Ausbildung als »dringend benötigte [...] Fachkräfte [...] für Gesellschaft, Wirtschaft und den öffentlichen Dienst« befinde.¹¹

Um die Postdoc-Befristung wurde bis zuletzt gerungen. Nachdem zunächst eine Verkürzung der Höchstbefristungsdauer von sechs auf drei Jahre angedacht war, stand schließlich die Variante 4+2 im Gesetzesentwurf – wobei das parlamentarische Verfahren gestartet worden war, in der Hoffnung, diese auch nicht konsensfähige Lösung noch einmal zu überarbeiten.¹² Der

10 Deutscher Bundestag: »Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft«, Drucksache 20/11559, 29.05.2024, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011559.pdf>, Zugriff am 17.02.2025.

11 Mit dieser Aussage wurde die Qualifikationsbefristung von Seiten der Kanzlerinnen und Kanzler deutscher Universitäten 2028 in ihrer *Bayreuther Erklärung* pauschal als unabdingbar herausgestrichen – ohne Unterscheidung zwischen Studierenden, Promovierenden und erfahrenen Postdocs und unter Ausblendung der Tatsache, dass dem Fachkräftemangel leichter abgeholfen werden kann, wenn die benötigten Arbeitskräfte frühzeitig – und nicht erst nach jahrzehntelanger universitärer Anstellung – in den genannten Berufsfeldern tätig werden können (Die Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschland: »Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten«, September 2019, https://www.uni-kanzler.de/fileadmin/user_upload/05_Publikationen/2017_-_2010/20190916_Bayreuther_Erklaerung_der_Universitaet_skanzler_brpf.pdf, Zugriff am 17.02.2025).

12 Zum Verlauf des Reformprozesses vgl. Bahr, Amrei: »4+2 oder zurück zu 6? Weder noch!«, in: *Arbeit in der Wissenschaft*, <https://arbeitinderwissenschaft.substack.com/p/42-oder-zurueck-zu-6-weder-noch>, Zugriff am 24.04.2025.

Vorschlag sah konkret vor, die Höchstbefristungsdauer für Promovierte zunächst auf vier Jahre abzusenken, dann aber eine weitere Befristung von zwei Jahren zu ermöglichen, sofern diese mit einer Anschlusszusage auf Entfristung verknüpft ist. Das Instrument der Anschlusszusage könnte in der Tat greifen, wenn es frühzeitig genug implementiert wird. Im Anschluss an eine bedingungslose vierjährige Befristungsmöglichkeit jedoch ist es ein stumpfes Schwert: Es war zu erwarten, dass die Institutionen kaum derartige Verträge ausgestellt hätten, sondern stattdessen auf andere Befristungsoptionen ausgewichen wären, während sich der zeitliche Druck auf die Beschäftigten nur erhöht hätte.¹³

Nach dem Scheitern der festgefahrenen Reformbemühungen bietet sich der neuen schwarz-roten Bundesregierung, die das Thema wieder auf die Agenda gesetzt hat, nun die Chance, den Prozess neu zu starten und zu dem Systemwechsel und der großen Reform anzusetzen, die es dringend braucht, um die beschriebenen Probleme zu lösen und die deutsche Wissenschaft zukunftsfähig wie krisenfest zu machen. Zunächst ist zu betonen, dass es dazu eine mutige Entscheidung zu solchen großen Reformen braucht, um die noch etwas vagen Formulierungen im Koalitionsvertrag mit Leben zu füllen:

»Wir verbessern die Arbeitsbedingungen für Forschende, Lehrende und Studierende nachhaltig, machen Karrierewege verlässlicher und bilden dies in der Förderung des Bundes ab. Wir novellieren das Wissenschaftszeitvertragsgesetz bis Mitte 2026. Mindestvertragslaufzeiten vor und nach der Promotion werden wir einführen und Schutzklauseln auf Drittmittelbefristungen ausweiten. Mit einer Mittelbau-Strategie straffen wir die Projektförderung, sorgen grundsätzlich für längere Programmlaufzeiten, setzen Anreize für Departmentstrukturen und zur Entwicklung von Stellenprofilen. Wir bauen das Tenure-Track-Programm aus und verbessern die Rahmenbedingungen für mehr Dauerstellen. Wir wollen den Anteil von Frauen an wissenschaftlichen Führungspositionen weiter erhöhen – wir unterstützen das Kaskadenmodell und verstärken das Professorinnenprogramm. Wir gestalten die Regelungen zur Arbeitszeiterfassung an Hochschulen rechtssicher und praktikabel. Wir schaffen eine Regelung im

13 Vgl. unsere Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft vom Juli 2023, abrufbar unter: Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: »6 Forderungen von #IchbinHanna an die demokratischen Parteien im Bundeswahlkampf 2025«, <https://ichbinhanna.wordpress.com/stellungnahme/>, Zugriff am 16.11.2025.

Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), die Arbeitsverhältnisse während eines Studiums vom Anschlussverbot ausnimmt.«¹⁴

Es ist eine Frage des politischen Willens und der Entschlussbereitschaft, die eingefahrenen Wege zu verlassen, wenngleich sie einige von denen, die vom derzeitigen System noch individuell profitieren, nach wie vor verteidigen mögen. Denn der Widerstand gegen eine substantielle Verkürzung oder Abschaffung der Postdoc-Befristung kommt primär aus den Leitungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die das befristete Personal als Verhandlungsmasse nutzen. Das Wissenschaftssystem ist aktuell stark hierarchisch organisiert und fast ausschließlich auf die Professur ausgerichtet. Renommiertere Wissenschaftler*innen will man für Professuren gewinnen – und bietet ihnen deshalb als ›Wettbewerbsvorteil‹ neben finanziellen Zulaugen die Möglichkeit, ihr eigenes Personal auszuwählen. Unbefristete Stellen würden den Spielraum der Leitungen hier empfindlich beschneiden, aber eben auch die Macht der direkten Vorgesetzten, der berufenen Professor*innen selbst. Denn solange man eigenes Personal als ›Ausstattung‹ erhält und dieses aufgrund befristeter Anstellungsverhältnisse seine Rechte gegenüber Chef*innen eher nicht durchsetzt, um die eigene Karriere nicht zu gefährden, haben Führungskräfte eine enorme Macht über ihr Team und können jedes nicht gewünschte Verhalten sanktionieren, ohne dass eine übergeordnete Kontrollinstanz die Sanktionen prüfen kann.

In welchem Ausmaß befristetes wissenschaftliches Personal der Willkür von einzelnen Professor*innen ausgeliefert ist, zeigt sich, wenn die Übergriffe so krasser Natur sind, dass sie schließlich an die Medienöffentlichkeit gelangen. In den letzten Jahren haben immer wieder Fälle von sexualisierter Gewalt für Aufsehen gesorgt.¹⁵ Doch die anonymen Fälle, die das Netzwerk gegen Machtmissbrauch in der Wissenschaft (MaWi) auf seiner Homepage sammelt,¹⁶ zeigen ein viel breiteres Spektrum: Mitarbeiter*innen werden mit-

14 CDU/CSU/SPD: »Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode«, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf, Zugriff am 25.04.2025, S. 75.

15 Vgl. etwa Niemann, Heidi: »Doktorandinnen geschlagen und begripscht? Uni-Professor aus Göttingen vor Gericht«, in: *Göttinger Tageblatt* vom 06.06.2019, <https://www.goettinger-tageblatt.de/lokales/goettingen-lk/goettingen/doktorandinnen-geschlagen-und-begrapscht-uni-professor-aus-goettingen-vor-gericht-5AJHX2UMYCZG4D3KPJYCZBHO5Y.html>, Zugriff am 19.02.2025.

16 Siehe dazu: <https://www.netzwerk-mawi.de/>.

tels Sanktionsandrohungen zu unbezahlter Mehrarbeit gezwungen, auch im Urlaub und am Wochenende. Sie verzichten darauf, Verstöße gegen wissenschaftliches Fehlverhalten durch ihre Vorgesetzten (zum Beispiel Fälschung von Ergebnissen, Plagiate, Zuschreibungen eigener Autorschaft bei Texten, die faktisch von anderen geschrieben wurden) zu melden. Machtmissbrauch ist an Institutionen oft längst bekannt, wird aber kaum je offen angeprangert, weil die Betroffenen die Erfahrung gemacht haben, dass die Strukturen die Täter*innen schützen, während sie selbst mit Nachteilen rechnen müssen, sollten sie sich gegen Übergriffe zur Wehr setzen.¹⁷

Es braucht also, will man wirklich eine Verbesserung der Bedingungen erreichen, die Bereitschaft, die bestehenden Machtstrukturen aufzubrechen und das gesamte System zu enthierarchisieren. Dazu ist der Abbau von Befristung ein wichtiger Schritt, aber bei weitem nicht der einzige. Aus diesem Grund ist der neuen Bundesregierung ein Gesamtkonzept anzuraten, das auch die Einbindung der Länder berücksichtigt, in deren Verantwortung ein großer Teil der Hochschulpolitik liegt. An vielen Stellen ist die Debatte in der Vergangenheit ins Stocken geraten, weil einzelne Akteur*innen auf die Komplexität der Verantwortlichkeiten verwiesen haben. Diese ist für einen funktionierenden Reformansatz zweifellos zu berücksichtigen, darf aber nicht – wie bisher zu oft – als Ausrede herhalten, warum man letzten Endes doch alles beim Alten belässt. Es lassen sich Verbesserungen erreichen, doch dazu muss neben der nötigen Kompetenz in der Leitung des zuständigen Bundesministeriums auch diplomatisches Geschick und Durchhaltevermögen gegeben sein. Die Zeiten sind zu ernst, um Angst vor der eigenen Verantwortung zu haben. Damit lässt man Chancen ungenutzt und übersieht die eigenen Handlungsoptionen – das gilt für die allgemeine politische Bühne wie für die Wissenschaftspolitik im Speziellen.

Ein Gesamtpaket muss verschiedene Aspekte angehen. Um mit dem WissZeitVG zu beginnen: Selbstredend braucht es hier einen neuen Anlauf, mit mutigeren Entscheidungen. Promovierende sollten regulär auf 100-Prozent-Stellen angestellt sein und ihr Erstvertrag eine Laufzeit von mindestens vier Jahren umfassen. Wichtig ist an dieser Stelle, dass die direkt vom Bund

17 Vgl. dazu Muršov, Eva/Warnecke, Tilmann: »Sexuelle Belästigung in der Wissenschaft: ›Es gibt an Hochschulen eine Ignoranz-Kultur‹« (Interview mit Heike Pantelmann), in: *Tagesspiegel* vom 03.07.2023, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/sexuelle-belastigung-in-der-wissenschaft-es-gibt-an-hochschulen-eine-ignoranz-kultur-10255576.html>, Zugriff am 17.02.2025.

beeinflussbaren Fördergeber von Projektgeldern – allen voran das BMBF und andere Bundesministerien sowie die zum allergrößten Teil aus Mitteln von Bund und Ländern finanzierte Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – ihre Förderpraxis so ausgestalten, dass entsprechende Vertragskonstellationen auch aus Drittmitteln realistisch sind. Dies betrifft zunächst die Anpassung der Förderdauer (aktuell oft drei Jahre). Eine häufige (aber unnötige) weitere Hürde besteht darin, dass Projekte zu einem fixen Datum beginnen und dadurch bei einer verzögerten Stellenbesetzung nicht mehr die volle Laufzeit angeboten werden kann. Hier sollten die Förderinstitutionen schlicht flexibler agieren, wie es private Förderer teils bereits tun. 100-Prozent-Stellen werden als Regelfall in der Promotionszeit aktuell durch die Empfehlungen der DFG ausgebremst, die vielfach auch in nicht DFG-finanzierten Projekten als Maßgabe verwendet werden und eklatante Ungleichheiten zwischen den Fächern schaffen: Während für Promovierende in der Informatik selbstverständlich 100-Prozent-Stellen empfohlen werden, müssen sich ihre Kolleg*innen in anderen Fächern mit 65 oder 75 Prozent zufriedengeben – obwohl in der Regel von allen Vollzeitarbeit erwartet wird.¹⁸ Derartige Ungerechtigkeiten schlagen in interdisziplinären Projekten besonders durch, wo die Beschäftigten mit verschiedenen Stellenumfängen direkt aufeinandertreffen. Diese unfaire Festlegung von Stellenumfängen nach Fachdisziplin ist aufzugeben.

Bei einer Reform des WissZeitVG gilt es überdies zwingend den Qualifikationsbegriff zu schärfen und auf die Promotion zu begrenzen. Promovierte Wissenschaftler*innen haben ihre wissenschaftliche Ausbildung abgeschlossen; es besteht keine Rechtfertigung für eine weitere Abweichung vom allgemeinen Arbeitsrecht, das die unbefristete Beschäftigung als Normalfall betrachtet. Stattdessen braucht es Konzepte zur Etablierung unbefristeter Stellen in der Wissenschaft. Zwar kann man sich hier grundsätzlich am Papier orientieren, das Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Junge Akademie im Jahr 2024 vorgelegt haben und das zweifelsohne den Hochschulen, die von sich aus aktiv werden wollen, Rückendeckung verschafft.¹⁹ Verfährt man aber

18 Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: »Hinweise zur Bezahlung von Promovierenden«, DFG-Vordruck 55.02 – 10/24, <https://www.dfg.de/resource/blob/168400/d5af6551485925f9beb27f3735db79cd/55-02-de-data.pdf>, Zugriff am 19.02.25.

19 Hochschulrektorenkonferenz/Junge Akademie: »Leitlinien für unbefristete Stellen neben der Professur. Beschluss der Mitgliedergruppe der Universitäten in der Hochschulrektorenkonferenz vom 3.6.2024 und der Jungen Akademie vom 22.6.2024«, <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/leitlinien-fuer-unbefristete-stellen-an-universitaeten-neben-der-professur/>, Zugriff am 19.02.2024.

so wie derzeit üblich, besteht indes die Gefahr von ›Sackgassenstellen‹: Es werden aus aktueller Sicht Zuschnitte gewählt, die im Laufe der Zeit obsolet werden könnten. Momentan reagiert man auf solche Veränderungen in den Bedarfen durch Befristung: Man kann beim Personal- und Stellenwechsel Inhalte und Profile neu definieren. Damit Entfristung in der Breite also funktionieren kann, müssen die Stellenprofile – nicht ihre Inhaber*innen! – flexibler werden. Die bisherige Kopplung von Befristung und Weiterentwicklung sorgt dafür, dass auf unbefristeten Positionen – als Gegenpol zum sich bewährenden ›Nachwuchs‹ – keine echte Weiterentwicklung mehr vorgesehen ist. Das führt in der Tat zu einer zu starren Struktur, die letztlich auch für die Beschäftigten nicht attraktiv ist. Wer einmal auf einer Hochdeputatsstelle gelandet ist, hat kaum Chancen, sich weiterzuentwickeln und so auf andere (unbefristete) Stellen oder gar Professuren zu wechseln.

Es braucht also letztlich ein Personalkonzept, das eine regelmäßige Neuausrichtung der Stellenprofile in Absprache mit den Wünschen und Kenntnissen der Beschäftigten implementiert. So könnte es etwa im Abstand von fünf Jahren Gespräche über Arbeitsaufgaben, Lehrdeputate und Entwicklungsperspektiven geben. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen vor allem in den Landeshochschulgesetzen sind entsprechend auszugestalten, um eine solche Flexibilisierung der Stellenprofile zu ermöglichen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Beschäftigte können ihrer Arbeit mit mehr Motivation nachgehen und sich in Forschung, Lehre und Verwaltung weiterentwickeln. Die so ermöglichten Erfahrungen qualifizieren sie für andere Stellen und Leitungspositionen. Auf diese Weise wird eine Personalentwicklung hin zu Führungspositionen auf unbefristeten Stellen ermöglicht. Zudem dürfte eine solche Konstellation verstärkt dazu führen, dass Beschäftigte aus eigenem Wunsch Stellen wechseln. So wird einer ›Verstopfung‹ für Jahrzehnte effektiv vorgebeugt: Wenn es mehr attraktive unbefristete Stellen gibt, werden diese in gewissen Abständen auch wieder frei, womit nachkommende Wissenschaftler*innen die Option zum Einstieg haben. Dies gilt umso mehr, wenn ein Wechsel zwischen wissenschaftlichen und Stellen in anderen Branchen erleichtert wird, der aktuell (abgesehen von wenigen Ausnahmen wie Professuren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW), wo Berufserfahrung außerhalb der Hochschulen notwendig ist) nur in sehr geringem Maße stattfindet.

Um Befristung in der Wissenschaft nachhaltig abzubauen, ist aufgrund der starken Projektorientierung zwingend auch eine Begrenzung von Befristung bei Drittmittelbeschäftigten nötig. Wie bereits erwähnt, müssen Drittmittel nicht zwingend mit befristeten Anstellungen einhergehen; auch in

andere Branchen ist es durchaus üblich, dass Beschäftigte dauerhaft angestellt sind und nacheinander verschiedene Projekte bearbeiten. Damit dies funktioniert, müssen Einrichtungen die Möglichkeiten des Drittmittelpoolings ausloten und Auffangfinanzierungen bereitstellen, die eventuelle Ausfälle externer Geldgeber vorübergehend kompensieren können. Eindämmen lässt sich Befristung besonders effektiv mittels einer Befristungshöchstquote.²⁰ Hier wird eine bestimmte Quote an befristet Beschäftigten festgelegt, die eine Institution nicht überschreiten darf. Das Instrument ist verfassungskonform und könnte auch im WissZeitVG verankert werden, ebenso aber auch in Form von Tarifverträgen. Für Letzteres gibt es bereits ein Vorbild in Hessen.²¹

Eine große wichtige Aufgabe der nächsten Jahre wird der generelle Abbau von hierarchischen Machtstrukturen in der Wissenschaft. Eine deutliche Erhöhung unbefristeter Stellen wird diesem Ziel zuarbeiten, weil Beschäftigte sich so besser für ihre Rechte einsetzen sowie ihre Interessen und Perspektiven (zum Beispiel in Gremienarbeit) einbringen können. Zusätzlich gilt es, über die Einführung echter Departmentstrukturen die Abhängigkeiten der Beschäftigten von einzelnen Personen zu verringern. Ein nachahmenswerter Ansatz ist aus dem Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin bekannt, wo man sich entschieden hat, vormals einzelnen Lehrstühlen zugeordnete Stellen zu entfristen und formal der Institutsleitung zu unterstellen.²² Auch die Verteilung von Betreuung und Benotung von Qualifikationsarbeiten (insbesondere Promotionen) auf verschiedene Personen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, der international längst gängige Praxis ist. Nordrhein-Westfalen hat mit dem Entwurf zu seinem

20 Vgl. Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: »Quote für befristete Uni-Stellen. Und es gibt doch ein Leben nach dem Dr.«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 06.12.2023, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/quote-fuer-befristete-uni-stellen-reformbedarf-der-deutschen-wissenschaft-19359644.html>, Zugriff am 24.04.2025.

21 Vgl. Wiarda, Jan-Martin: »Eine Chance für die Quote?«, in: *Der Wiarda Blog* vom 18.03.2024; <https://www.jmwiarda.de/2024/03/18/eine-chance-f%C3%BCr-die-quote/>, Zugriff am 19.02.2025.

22 Vgl. Wagner, Gerald: »Institut ohne Mitarbeiter«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31.05.2024, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/das-philosophische-institut-der-hu-berlin-schafft-die-lehrstuehle-ab-19748320.html>, Zugriff am 19.02.2025.

neuen Hochschulstärkungsgesetz eine solche Neuregelung bereits ins Spiel gebracht.²³

Mittelfristig ist zwingend eine Umstellung weg von kurzfristigen Projekt- und Exzellenzgeldern²⁴ hin zu einer soliden Grundfinanzierung nötig. Nicht nur führt die zeitliche und thematische Bindung der Geldvergabe aktuell dazu, dass viele Projekte angefangen werden, aber kaum nachhaltige Wirkung entfalten; auch kostet das Schreiben (mehrheitlich erfolgloser!) Anträge Zeit und Geld – Ressourcen, die dringend besser eingesetzt werden sollten, zumal in Zeiten knapper öffentlicher Kassen. Denn die daraus entstehende Konkurrenzsituation führt mitnichten zur gewünschten ›Bestenauslese‹, sondern eher dazu, dass einige Fächer überfinanziert, andere notorisch unterfinanziert sind. Unsere Gesellschaft braucht aber die wissenschaftliche Arbeit *aller* Disziplinen gleichermaßen. Es ist Aufgabe des Staates, ihre grundsätzliche Arbeitsfähigkeit und ihre Unabhängigkeit von externen Einflüssen, Marktinteressen und Trends zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund gilt es nicht zuletzt die Problematik der bröckelnden Bausubstanz anzugehen, die aufgrund des Renovierungsstaus an vielen Hochschulen des Landes alltägliche Realität ist.

Ohne vernünftige infrastrukturelle Ausstattung in Form von Personal und Gebäuden und allen anderen Dingen, die zum Mindestmaß angemessener Arbeitsbedingungen gehören, ist die von der Politik vielbeschworene ›exzellente Forschung‹, die die Wissenschaft zu liefern habe, nicht zu leisten. Beim Personal könnten zumindest gute – beziehungsweise im Vergleich zum außerwissenschaftlichen Sektor *normale* Arbeitsbedingungen – dafür sorgen, dass die Wissenschaft im aufkommenden Fachkräftemangel nicht noch weiter ins Hintertreffen gerät. Dies wäre fatal für die Entwicklungsfähigkeiten des Landes.

Es ist noch nicht zu spät, das deutsche Wissenschaftssystem zeitgemäß und zukunftsfähig umzugestalten. Je mehr Jahre seit Beginn von #IchBinHanna ins Land gehen, desto mehr vielversprechendes potentiell Personal wendet sich jedoch von der deutschen Wissenschaft als Arbeitgeberin ab. Es ist ihr

23 Gesetzentwurf der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: »Gesetz betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz. Vom X. Monat 2025. Stand: 26.9.2024, §67 (3)«, https://www.mkw.nrw/system/files/media/document/file/reife_hochschulstaerkungsgesetz.pdf, Zugriff am 19.02.2025.

24 Vgl. dazu besonders Reitz, Tilman u.a.: »Hinter der Exzellenzfassade«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.11.2024, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/debatte-ueber-sinn-der-exzellenzstrategie-es-fehlt-am-problembewusstsein-der-ak-teure-110119741.html>, Zugriff am 19.02.2025.

daher zu wünschen, dass es bis zu einer grundlegenden Reform nicht weitere vier Jahre dauert.

Literatur

Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: *#IchbinHanna*, Berlin: Suhrkamp 2022.

Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: »Quote für befristete Uni-Stellen. Und es gibt doch ein Leben nach dem Dr.«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 06.12.2023, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/quote-fuer-befristete-uni-stellen-reformbedarf-der-deutschen-wissenschaft-19359644.html>, Zugriff am 24.04.2025.

Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: »6 Forderungen von #IchbinHanna an die demokratischen Parteien im Bundeswahlkampf 2025«, <https://ichbinhanna.wordpress.com/stellungnahme/>, Zugriff am 16.11.2025.

Bahr, Amrei: »4+2 oder zurück zu 6? Weder noch!«, in: *Arbeit in der Wissenschaft*, <https://arbeitinderwissenschaft.substack.com/p/42-oder-zuruck-zu-u-6-weder-noch>, Zugriff am 24.04.2025.

Bundesarbeitsgericht: »Urteil vom 2. Februar 2022 – 7 AZR 573/20«, <https://www.bundesarbeitsgericht.de/entscheidung/7-azr-573-20/>, Zugriff am 17.2.2025.

CDU/CSU/SPD: »Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode«, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf, Zugriff am 25.04.2025.

Deutsche Forschungsgemeinschaft: »Hinweise zur Bezahlung von Promovierenden«, DFG-Vordruck 55.02 – 10/24, <https://www.dfg.de/resource/blob/168400/d5af6551485925f9beb27f3735db79cd/55-02-de-data.pdf>, Zugriff am 19.02.25.

Deutscher Bundestag: »Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft«, Drucksache 20/11559, 29.05.2024, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011559.pdf>, Zugriff am 17.02.2025.

Deutscher Bundestag: »Überblick und Quellenhinweise zu ausgewählten Fragen betreffend die Drittmittelbefristung nach dem WissZeitVG«, <https://www.bundestag.de/resource/blob/919908/d50d52d3121cbooff06452af8988faad/WD-8-068-22-pdf>, Zugriff am 16.11.2025.

- Die Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschland: »Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten«, September 2019, https://www.uni-kanzler.de/fileadmin/user_upload/05_Publikationen/2017_-_2010/20190916_Bayreuther_Erklaerung_der_Universitaetskanzler_brfp.pdf, Zugriff am 17.02.2025.
- Europäische Kommission: »Europäischer Qualifikationsrahmen«, <https://europass.europa.eu/de/europass-tools/europaeischer-qualifikationsrahmen>; Zugriff am 17.02.2025.
- Gesetzentwurf der Landesregierung: »Gesetz betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz. Vom X. Monat 2025. Stand: 26.09.2024, §67 (3)«, https://www.mkw.nrw/system/files/media/document/file/reife_hochschulstaerkungsgesetz.pdf, Zugriff am 19.02.2025.
- Hochschulrektorenkonferenz/Junge Akademie: »Leitlinien für unbefristete Stellen neben der Professur. Beschluss der Mitgliedergruppe der Universitäten in der Hochschulrektorenkonferenz vom 3.6.2024 und der Jungen Akademie vom 22.6.2024«, <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/leitlinien-fuer-unbefristete-stellen-an-universitaeten-neben-der-professur/>, Zugriff am 19.02.2024.
- IchbinHanna-Kampagne: »Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft«, Juli 2023, <https://ichbinhanna.wordpress.com/stellungnahme/>, Zugriff am 17.02.2025.
- Konsortium BuWiK: *BuWiK 2025. Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase*, Bielefeld: wbv Publikation 2025.
- Muršov, Eva/Warnecke, Tilmann: »Sexuelle Belästigung in der Wissenschaft: ›Es gibt an Hochschulen eine Ignoranz-Kultur‹« (Interview mit Heike Pantelmann), in: *Tagesspiegel* vom 03.07.2023, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/sexuelle-belastigung-in-der-wissenschaft-es-gibt-an-hochschulen-eine-ignoranz-kultur-10255576.html>, Zugriff am 17.02.2025.
- Netzwerk gegen Machtmissbrauch in der Wissenschaft (MaWi): <https://www.netzwerk-mawi.de/>, Zugriff am 17.02.2025.
- Niemann, Heidi: »Doktorandinnen geschlagen und begripscht? Uni-Professor aus Göttingen vor Gericht«, in: *Göttinger Tageblatt* vom 06.06.2019, <https://www.goettinger-tageblatt.de/lokales/goettingen-lk/goettingen/doktorandinnen-geschlagen-und-begrapscht-uni-professor-aus-goettingen-vor-gericht-5AJHX2UMYCZG4D3KPJYCZBHO5Y.html>, Zugriff am 19.02.2025.

- Reitz, Tilman/Hölzel, Christina/Leising, Daniel/Mayer, Ruth/Meinecke, Katharina: »Hinter der Exzellenzfassade«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.11.2024, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/debatte-ueber-sinn-der-exzellenzstrategie-es-fehlt-am-problembewusstsein-der-akteure-110119741.html>, Zugriff am 19.02.2025.
- Statistisches Bundesamt: »Befristet Beschäftigte«, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-4/befristet-beschaeftigte.html>, Zugriff am 24.04.2025.
- Wagner, Gerald: »Institut ohne Mitarbeiter«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31.05.2024, <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/das-philosophische-institut-der-hu-berlin-schafft-die-lehrstuehle-ab-19748320.html>, Zugriff am 19.02.2025.
- Wiarda, Jan-Martin: »Eine Chance für die Quote?«, in: *Der Wiarda Blog* vom 18.03.2024; <https://www.jmwiarda.de/2024/03/18/eine-chance-f%C3%BCr-die-quote/>, Zugriff am 19.02.2025.

Dauerstellen für Daueraufgaben?

Wissenschafts- und tarifpolitische Perspektiven an Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Andreas Keller

2023 waren in Deutschland 7,5 Prozent der Arbeitnehmer*innen ab 25 Jahren befristet beschäftigt (Statistisches Bundesamt 2024). Diese Daten entsprechen dem Grundsatz des deutschen und europäischen Arbeitsrechts, wonach das unbefristete Beschäftigungsverhältnis die Regel, das befristete die Ausnahme darstellt. Ganz anders in der Wissenschaft. Nach Angaben des im Januar 2025 veröffentlichten Bundesberichts Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase (BuWiK) liegt der Anteil der Zeitverträge bei Promovierenden 99,7, bei Promovierten 90 Prozent; sogar habilitierte Wissenschaftler*innen sind zu 44 Prozent befristet beschäftigt.¹

Plumpe Argumentationen für die Befristungspraxis gibt es viele. Beispielsweise das denkwürdige Erklärvideo zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), mit dem das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Sommer 2021 unfreiwillig den Startschuss für den Twitter-Hashtag #IchBinHanna gab: »Damit auch nachrückende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Chance auf den Erwerb dieser Qualifizierungen haben und nicht eine Generation alle Stellen verstopft, dürfen Hochschulen und Forschungseinrichtungen befristete Verträge nach den besonderen Regeln des WissZeitVG abschließen.« Und ergänzte das zweite zentrale Begründungsmuster für die ausufernde Befristungspraxis: »So kommt es zu Fluktuation und die fördert die Innovationskraft.«²

1 Vgl. Konsortium BuWiK: *BuWiK 2025. Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase*, Bielefeld: wbv Publikation 2025, S. 12ff.

2 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): »Der Weg zum Traumjob Wissenschaft. Zehn Jahre Templiner Manifest«, Berlin 2020 (*DUZ Special*, Beilage zur *DUZ – Magazin für Wissenschaft & Gesellschaft*), <https://www.duz-special.de/media/baf43>

Fluktuation fördert Innovation? Dass es für diese These keine empirische Evidenz gibt, haben die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages auf Grundlage einer Auswertung von Studien festgehalten: »Eine Korrelationsanalyse oder gar eine Analyse eines kausalen Zusammenhangs zwischen Innovationsindikatoren und Befristungspraktiken in einem Hochschulsystem konnten im Zuge der vorliegenden Arbeit nicht gefunden werden.«³

Es gibt indes Belege dafür, dass sich der Zusammenhang genau umgekehrt darstellt: Fluktuation hemmt Innovation. Wer sich als Forscher*in von Kurzzeitvertrag zu Kurzzeitvertrag hangeln muss, hat regelmäßig und schnell Ergebnisse zu liefern, die eine Vertragsverlängerung begünstigen. Wer sich dabei mit dem Mainstream in der Wissenschaft anlegt oder viel Zeit für die Prüfung kühner Hypothesen aufwendet, riskiert, dass der Vertrag nicht verlängert wird. Befristung stärkt nicht etwa die Innovationskraft der Wissenschaft, sondern schwächt diese und fördert am Ende sogar Druckmäusertum. Empirische Belege dafür liefern Mathias Kuhnt, Tilman Reitz und Patrick Wöhrle in ihrer Evaluation des WissZeitVG. »Halten Sie sich im akademischen Feld (z.B. auf Tagungen oder in Publikationen) mit wissenschaftlicher Kritik zurück, weil Sie sich zukünftige Beschäftigungsperspektiven oder Karrierechancen nicht verbauen wollen?« Auf diese Frage antworteten 41 Prozent der von den Autoren befragten unbefristet beschäftigten Wissenschaftler*innen, dass sie dies »nie« tun würden, während dieser Anteil bei den befristet Beschäftigten nur 29 Prozent beträgt. Fast 40 Prozent der befristet Beschäftigten halten sich »teilweise«, »häufig« oder »immer« zurück, während der entsprechende Anteil bei den unbefristet Beschäftigten circa 27 Prozent beträgt.⁴

cd48414beeb49d9c0f10c201bffdc160028/be426257e5f8e6e98353deafcb366494660b5212.pdf, Zugriff am 05.07.2025. Siehe auch: Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: #IchBinHanna – Wie wir mit ein paar Tweets die deutsche Wissenschaft veränderten, in: Keller, Andreas/Frommont, Yasmin (Hg.), *Perspektiven für Hanna. Dauerstellen für Daueraufgaben in der Wissenschaft*, Bielefeld: wbv Publikation 2024, S. 231–242.

3 Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: »Sachstand. Zu befristeten Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft und Innovation. Innovation durch Fluktuation«, <https://www.bundestag.de/resource/blob/911754/c37e79b4ab0b84337740862b5cf95573/WD-8-061-22-pdf-data.pdf>, Zugriff am 05.07.2025, S. 9.

4 Vgl. Kuhnt, Mathias/Reitz, Tilman/Wöhrle, Patrick: *Arbeiten unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine Evaluation von Befristungsrecht und -realität an deutschen Universitäten*, Dresden 2022, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-805117>, Zugriff am 05.07.2025, S. 82ff.

Auch die Qualität der Lehre droht auf der Strecke zu bleiben, wenn Dozent*innen nach dem *Hire and Fire*-Prinzip eingestellt und wieder auf die Straße gesetzt werden. Diese können ihren Studierenden keine verlässliche Betreuung bieten. Hochschuldidaktische Fort- und Weiterbildungen haben für sie keine Priorität, da die einzige Währung, die zählt, um einen Anschlussvertrag und irgendwann den Sprung auf eine Dauerstelle zu ergattern, die Forschung ist. Aufgrund der hohen Fluktuation des Personals kann kein stabiler Lehrkörper aufgebaut werden, der einen kontinuierlichen kollegialen Austausch über gute Lehrpraxis organisiert oder gar eine gemeinsame Lehrstrategie entwickelt.

Die Vision vom »Traumjob Wissenschaft«

Gute Arbeit in Forschung und Lehre auf der einen Seite sowie gute Beschäftigungsbedingungen und berufliche Perspektiven auf der anderen Seite müssen aber zwei Seiten einer Medaille werden – das war die zentrale Botschaft der Kampagne für den »Traumjob Wissenschaft«, welche die GEW bereits vor 15 Jahren mit den zehn Eckpunkten des Templiner Manifests für eine Reform von Berufswegen und Personalstruktur in Hochschule und Forschung gestartet hatte.⁵ Herzstück der Reformvorschläge der GEW war die Forderung nach verlässlichen Perspektiven für Wissenschaftler*innen – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. »Dauerstellen für Daueraufgaben« lautete das eingängigste Mottos des Templiner Manifests und der GEW-Kampagne für den »Traumjob Wissenschaft«.

Bei der Promotionsförderung mussten tarifvertraglich geregelte und sozialversicherungspflichtige Stellen gegenüber Stipendien Vorrang haben, heißt

5 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Templiner Manifest. Traumjob Wissenschaft. Für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung*, Frankfurt a.M. 2010, <https://www.templiner-manifest.de>, Zugriff am 05.07.2025. Siehe auch Himpele, Klemens/Keller, Andreas/Ortmann, Alexandra (Hg.): *Traumjob Wissenschaft? Karrierewege in Hochschule und Forschung*, Bielefeld: wbv Publikation 2011; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Der Weg zum Traumjob Wissenschaft. Zehn Jahre Templiner Manifest*, Berlin 2020 (DUZ Special, Beilage zur DUZ – Magazin für Wissenschaft & Gesellschaft), <https://www.duz-special.de/media/baf43cd48414beeb49d9c0f10c201bffd1c60028/be426257e5f8e6e98353deafcb366494660b5212.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.

es weiter im Templiner Manifest. Dabei müsse der überwiegende Anteil der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifizierung der Doktorand*innen zur Verfügung stehen. Der Anteil von Frauen müsse auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn mit dem Ziel eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses erhöht werden. Darüber hinaus machte sich die Bildungsgewerkschaft im Templiner Manifest für eine familienfreundliche Hochschule stark, die Menschen mit und ohne Kindern die gleiche Möglichkeit gibt, im Gleichgewicht zu forschen, zu lehren und zu leben. Reguläre statt prekärer Beschäftigung für Lehrbeauftragte, gleichberechtigte Mitbestimmung auf Augenhöhe, bedarfsgerechter Ausbau der Hochschulen, Tarifverträge für alle und Anerkennung von Mobilitätszeiten waren weitere Eckpunkte des Manifests.

Ausgangspunkt des 2013 beschlossenen GEW-Aktionsprogramm zur Umsetzung des Templiner Manifests⁶ war die Einsicht der Bildungsgewerkschaft, dass es nicht den einen Hebel gibt, den es umzulegen gilt, um gute Arbeit in der Wissenschaft durchzusetzen, sondern auf unterschiedlichen politischen Ebenen Erfolge erzielt werden müssen: im Deutschen Bundestag für eine umfassende WissZeitVG-Reform, in den Länderparlamenten für eine Weiterentwicklung der Landeshochschulgesetze, im Bereich des kooperativen Föderalismus für eine Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung durch einen Ausbau der Grundfinanzierung und eine Begrenzung der Projekt- und Drittmittelfinanzierung, vor Ort an Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch Dienst- beziehungsweise Betriebsvereinbarungen mit den Personal- und Betriebsräten sowie Kodizes für gute Arbeit⁷ und nicht zuletzt in der tarifpolitischen Arena, in der die GEW gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern bessere Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für die Kolleg*innen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen durchsetzen kann.

Mit einem langen Atem ist es der GEW nicht nur gelungen, Bund und Länder, Hochschulen und Forschungseinrichtungen unter Druck zu setzen, sie hat

6 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Wege zum Traumjob Wissenschaft – Aktionsprogramm zur Umsetzung des Templiner Manifests*, Frankfurt a.M. 2014, <https://www.gew.de/wissenschaft/templiner-manifest/aktionsprogramm>, Zugriff am 05.07.2025.

7 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Herrschinger Kodex. Gute Arbeit in der Wissenschaft. Ein Leitfaden für Hochschulen und Forschungseinrichtungen*, Frankfurt a.M. 2012, <https://www.herrschinger-kodex.de>, Zugriff am 05.07.2025.

es auch geschafft, Wissenschaftler*innen und andere Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu aktivieren. Diese begannen, ihre Situation zu reflektieren und für Reformen einzutreten. Sie realisierten, dass es nichts Unanständiges, sondern in einer pluralistischen Demokratie etwas ganz Selbstverständliches ist, für die eigenen Interessen auf die Straße zu gehen und sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Dauerstellen für Daueraufgaben, verlässliche Berufsperspektiven für die Wissenschaft – diese Ziele lassen sich nur im Rahmen einer umfassenden Reform der Personalstruktur in Hochschule und Forschung realisieren. Eckpunkte einer solchen Reform buchstabierte die GEW 2017 modellhaft für Universitäten aus.⁸ Das Reformkonzept »Wissenschaft als Beruf« beruht auf zwei Grundlagen: zum einen auf der Differenzierung von Qualifikations- und Daueraufgaben in der universitären Personalstruktur, zum anderen auf der Abkehr von der bisherigen Ausrichtung der Personalstruktur auf die Professur. Infolgedessen fordert die GEW die Schaffung von Dauerstellen für Wissenschaftler*innen neben der Professur, die im Rahmen einer Ablösung des überkommenen Lehrstuhlmodells durch eine Department-Struktur nicht mehr Professuren zugeordnet sind, sondern eigenverantwortliches Forschen und Lehren ermöglichen. Viele dieser Forderungen hat der Wissenschaftsrat übrigens in seinem Positionspapier »Personalstrukturen im deutschen Wissenschaftssystem« vom Juli 2025 aufgegriffen⁹ – Wasser auf die Mühlen der GEW-Kampagne für Dauerstellen in der Wissenschaft.

Der Kampf ums Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)

Unter dem Druck der GEW-Kampagne für Dauerstellen für Daueraufgaben und der #IchBinHanna-Bewegung (siehe Kristin Eichhorn, Amrei Bahr und Sebastian Kubon in diesem Band) und kam die Bundespolitik in Zugzwang. 2020 präsentierte die GEW eine von ihrer Max-Traeger-Stiftung geförderte Evaluation

8 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Wissenschaft als Beruf. Personal- und Karrierestruktur an Universitäten. Ein Reformvorschlag der Bildungsgewerkschaft GEW*, Frankfurt a.M. 2017, <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/wissenschaft-als-beruf>, Zugriff am 05.07.2025.

9 Wissenschaftsrat: *Personalstrukturen im deutschen Wissenschaftssystem*, Köln: Wissenschaftsrat 2025, https://www.wissenschaftsrat.de/download/2025/2639-25.pdf?__blob=publicationFile&v=13, Zugriff am 05.07.2025.

der WissZeitVG-Novelle von 2016.¹⁰ In der WissZeitVG-Novelle von 2016 waren zwar wichtige Impulse des 2015 von der GEW vorgelegten eigenen Gesetzentwurfs für eine Novelle aufgegriffen worden, dabei wurde aber mit unbestimmten Rechtsbegriffen gearbeitet. So hatte der Gesetzgeber 2016 insbesondere auf eine Definition des Begriffs der wissenschaftlichen Qualifizierung verzichtet, welche die Befristung eines Arbeitsverhältnisses sechs Jahre vor und weitere sechs, in der Medizin sogar neun Jahre nach der Promotion zulässt.

Die von Freya Gassmann mit Vertreter*innen der Personalabteilungen und der Personalräte der Hochschulen geführten qualitativen Interviews legen offen, dass die Hochschulen bei der Anwendung des Gesetzes eine enorme Kreativität entwickelten, den Begriff der Qualifizierung sehr vielseitig zu füllen.¹¹ Eine Befristung wurde nicht nur für möglich gehalten, wenn die befristete Beschäftigung einer wissenschaftlichen Qualifizierung im Sinne einer Promotion, Habilitation oder einer vergleichbaren Leistung dient, sondern auch dann, wenn an Publikationen oder Forschungsprojekten oder deren Beantragung mitgearbeitet wird, wenn neue Forschungsmethoden oder -felder erarbeitet werden, wenn ein Labor oder ein Forschungsprojekt gemanagt wird, wenn Fähigkeiten und Kenntnisse im Projektmanagement erworben werden, wenn Lehraufgaben, einschließlich der Prüfungstätigkeit im Kontext der Forschung übernommen werden, wenn Forschungsergebnisse in die Praxis transferiert werden oder wenn eine Vorbereitung auf eine Karriere außerhalb der Wissenschaft erfolgt.

Diese Praxis wurde am 2. Februar 2022 durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts bestätigt.¹² Zwar betonte das Gericht, dass die Befristung eines Arbeitsvertrags gemäß § 2 Absatz 1 WissZeitVG nur zulässig sei, wenn die befristete Beschäftigung zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation erfolgte. Das sei aber »jenseits einer angestrebten Promotion oder Habilitation auch dann der Fall, wenn mit der befristeten Tätigkeit eine wissenschaftliche oder künstlerische Kompetenz gefördert wird, die

10 Vgl. Gassmann, Freya: *Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine erste Evaluation der Novellierung*, unter Mitwirkung von Groß, Jascha und Benkel, Cathrin, Frankfurt a.M. 2020, <https://www.gew.de/evaluationwisszeitvg>, Zugriff am 05.07.2025.

11 Vgl. Gassmann: *Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz*, S. 86ff.

12 Vgl. Bundesarbeitsgericht: »Urteil vom 2. Februar 2022, Siebter Senat – 7 AZR 573/20, Erfurt«, <https://www.bundesarbeitsgericht.de/wp-content/uploads/2022/05/7-AZR-573-20.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.

in irgendeiner Form zu einer beruflichen Karriere auch außerhalb der Hochschule befähigt.«¹³

Die GEW-Evaluation von 2020 zeigte schließlich auf, dass der ursprüngliche Zweck des WissZeitVG, einen sicheren Rechtsrahmen für die Befristung von Arbeitsverträgen in der wissenschaftlichen Qualifizierung zu schaffen, verfehlt wurde. So hat sich zwar die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an Universitäten in den zurückliegenden 25 Jahren mehr als verdoppelt, die Zahl der Promotionen ist aber im gleichen Zeitraum um nicht einmal ein Viertel angestiegen, die Zahl der Habilitationen ist nahezu unverändert.¹⁴ Es ist daher anzunehmen, »dass ein nicht unerheblicher Teil der befristeten Beschäftigten keine formale Qualifizierung während ihrer Beschäftigung an den Hochschulen erwirbt.«

Die im Dezember 2021 gebildete Ampel-Koalition stand mithin unter einem besonderen Erwartungsdruck, den Missständen entgegenzuwirken und ihre im Koalitionsvertrag von 2021 gefasste Vereinbarung, durch eine Reform des WissZeitVG »Dauerstellen für Daueraufgaben« zu schaffen, umzusetzen. Die GEW erhöhte im September 2022 mit der Präsentation ihres Dresdner Gesetzentwurfs für ein Wissenschaftsentfristungsgesetz im Rahmen ihrer 11. GEW-Wissenschaftskonferenz in Dresden »Perspektiven für Hanna: Dauerstellen für Daueraufgaben – Gleiche Chancen für alle« den Druck weiter.¹⁵

Es dauerte allerdings bis zum März 2024, ehe die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für die Reform des WissZeitVG vorlegen konnte¹⁶, der im Oktober 2024 vom Bundestag in erster Lesung beraten wurde. Dem vorausgegangen waren ein Jahr zuvor Eckpunkte für eine Reform¹⁷, die nach einem

13 Bundesarbeitsgericht: »Urteil vom 2. Februar 2022«, S. 1.

14 Vgl. Gassmann: *Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz*, S. 44.

15 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Tarifrecht im öffentlichen Dienst der Länder*, März 2023, Frankfurt a.M., https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Recht-und-Gehalt/Tarif/TV-L/Tarifvertrag_im_Wortlaut/GEW-TV-L-Broschue-re-Tarifrecht-Laender-2023.pdf, Zugriff am 05.07.2025. Siehe auch Keller, Andreas/Frommont, Yasmin (Hg.): *Perspektiven für Hanna. Dauerstellen für Daueraufgaben in der Wissenschaft*, GEW Materialien aus Hochschule und Forschung 128, Bielefeld 2024, <https://www.wbv.de/shop/Perspektiven-fuer-Hanna-l73569>, Zugriff am 05.07.2025.

16 Vgl. Deutscher Bundestag: »Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft, Drucksache 20/11559«, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011559.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.

17 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): »Referentenentwurf. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft«,

heftigem Shitstorm auf Twitter »zurück in die Montagehalle« beordert wurden, so die damalige und noch vor dem Koalitionsbruch im Zusammenhang mit der Fördergeldaffäre im BMBF entlassene Staatssekretärin Sabine Döring (FDP). Stein des Anstoßes war die in den Eckpunkten vorgesehene Verkürzung der Höchstbefristungsdauer für promovierte Wissenschaftler*innen von sechs auf drei Jahre, die danach im BMBF-Referentenentwurf vom Juni 2023¹⁸ und unverändert im Regierungsentwurf vom März 2024 auf vier Jahre gesetzt wurde.

An der umstrittenen Tarifsperre, die Arbeitgebern und Gewerkschaften untersagt, vom Gesetz abweichende Befristungsregelungen per Tarifvertrag auszuhandeln, hielt die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf, von halbherzigen Lockerungen abgesehen, fest. Die Tarifpartner sollten nur zu einzelnen Sachverhalten und teilweise innerhalb festgelegter Bandbreiten vom Gesetz abweichende Regelungen treffen können. Fortschritte enthielten allein die Regelungen für studentische Beschäftigte Regierungsentwurfs. Die Anhebung der Höchstbefristungsdauer von sechs auf acht Jahre hätte in vielen Fällen verhindern können, dass Studierende ausgerechnet in der Schlussphase des Studiums auf ihren Job an der Hochschule verzichten müssen. Die Mindestvertragslaufzeit von einem Jahr wäre eine Maßnahme gegen extreme Kurzzeitverträge gewesen. Schon vor dem Bruch im November 2024 war absehbar, dass die Ampelkoalition keine Kraft mehr haben würde, eine echte Reform des WissZeitVG durchzusetzen. Festhalten lässt sich somit einerseits, dass das Projekt einer WissZeitVG-Reform wie viele andere Vorhaben der Ampel gescheitert ist. Auf der anderen Seite kann sich die Politik nun aber auch nicht zurücklehnen, sondern steht nach der vorgezogenen Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 unter erheblichem Druck, einen zweiten Anlauf zu nehmen.

Tatsächlich haben sich Union und SPD in ihrem Koalitionvertrag vom April 2025 zur Bildung einer schwarz-roten Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz eine Novellierung des WissZeitVG bereits »bis Mitte 2026« vorgenommen.¹⁹ Als Ziele dafür haben die drei Parteien »Mindestvertragslauf-

<https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2023/03/230317-wisszeitvg.html>, Zugriff am 05.07.2025.

18 Vgl. BMBF: »Referentenentwurf«.

19 CDU/CSU/SPD: *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*, 21. Legislaturperiode, 2025, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, Zugriff am 05.07.2025, S. 75.

zeiten vor und nach der Promotion« sowie »Schutzklauseln auf Drittmittelbefristungen« benannt. Damit greifen Union und SPD Forderungen auf, die für die GEW und andere Beschäftigten- und Studierendenorganisationen zentral waren und sind. Wer zur Qualifizierung befristet beschäftigt wird, muss die Chance haben, die Qualifizierung vor Auslaufen des Vertrages abzuschließen. Für Promovierende bedeutet das aus Sicht der GEW eine Vertragslaufzeit von in der Regel sechs, mindestens aber vier Jahren. Und wer in Elternzeit oder Mutterschutz geht, Kinder betreut oder Angehörige pflegt, sich als Personalrat oder Gleichstellungsbeauftragte*r für Kolleg*innen engagiert, sollte einen Anspruch auf Vertragsverlängerung erhalten – egal ob die Stelle aus dem Hochschulhaushalt oder aus Drittmitteln finanziert ist.

Gleichwohl weist der Koalitionsvertrag in Sachen WissZeitVG große Leerstellen auf. Kein Wort findet sich zur Lage der Postdocs, die Dreh- und Angelpunkt der WissZeitVG-Debatte in der letzten Wahlperiode war. In Sachen Tarifsperre konnte sich die Union durchsetzen: Die im ersten Vertragsentwurf noch als strittig gekennzeichnete Aussage »Tarifliche Regelungen werden wir erlauben« findet sich im finalen Vertragstext gar nicht wieder – ein eklatanter Widerspruch zum Bekenntnis zur Tarifbindung, das die Koalitionspartner im Kapitel »Arbeit und Soziales« ablegen. Die GEW wird auch in der neuen Wahlperiode auf berechenbare Perspektiven für promovierte Wissenschaftler*innen – entweder durch Dauerstellen oder verbindliche Entfristungszusagen sowie auf eine Aufhebung der Tarifsperre pochen.

Es ist jedoch zweifellos ein erster Teilerfolg von GEW und Bündnispartner*innen, dass sich Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag überhaupt zum WissZeitVG festlegen und dies sogar, was nur bei ganz wenigen Gesetzgebungsvorhaben der Fall ist, mit einem konkreten Termin hinterlegen: Mitte 2026. Für die außerparlamentarische Bewegung für Dauerstellen für Daueraufgaben kommt es jetzt darauf an, nicht nachzulassen, sondern nachzulegen und die neue Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt Dorothee Bär (CSU) dazu zu bringen, nicht nur pünktlich zu liefern, was im Vertrag in Aussicht gestellt wird, sondern noch nachzulegen.

Nachlegen heißt aus Sicht der GEW auch, das Sonderbefristungsrecht für die Wissenschaft insgesamt in Frage zu stellen. »Dauerstellen für Daueraufgaben – weg mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz!« lautet die Überschrift des Beschlusses 3.38 des 30. ordentlichen Gewerkschaftstages der GEW, mit dem die 432 Delegierten nicht weniger als die Abschaffung des umstrittenen

WissZeitVG fordern.²⁰ Eine Abschaffung würde bedeuten, dass Befristungen in der Wissenschaft wie in allen anderen Branchen nur noch nach Maßgabe des allgemeinen Arbeitsrechts, insbesondere des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) zulässig wären, also in der Regel einen Sachgrund erforderten. Gleichzeitig erklärt sich die Bildungsgewerkschaft bereit, nach dem Wegfall der Tarifsperre im WissZeitVG, die Gewerkschaften und Arbeitgebern bisher verbietet, vom Gesetz abweichende Regelungen zu vereinbaren, mit den Arbeitgebern über gegebenenfalls erforderliche Anpassungen des allgemeinen Arbeitsrechts zu verhandeln, aber eben auf Grundlage eines Interessenausgleichs zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern.

Tarifpolitische Perspektiven

Es wäre also kurzfristig, sich auf einen Erfolg eines neuen Anlaufs für eine Reform des Sonderbefristungsrechts für die Wissenschaft zu verlassen. Die Gewerkschaften sind daher mehr denn je gut beraten, neben gesetzgeberischen Reformoptionen auf tarifpolitische Perspektiven zu setzen. Sie werden dann reüssieren können, wenn nicht nur über gute Argumente verfügen, sondern über eine kritische Masse an Beschäftigten, die sich gewerkschaftlich organisieren und, wenn es darauf ankommt, auf die Straße zu gehen und in den Ausstand zu gehen. Es geht darum, den »Arbeitskampf an die Hochschulen« zu tragen.²¹

Tatsächlich konnte die GEW gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bereits in der Vergangenheit tarifpolitische Erfolge für Beschäftigte in der Wissenschaft verbuchen. So sieht etwa § 40 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) Sonderregelungen für Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor, welche die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen wissenschaftsadäquat ausgestalten, flexible Arbeitszeitregelungen ermöglichen, eine mobilitätsfreundliche Anerkennung von Erfahrungszeiten gewährleisten und die Zahlung von

20 Die Beschlüsse des 30. GEW-Gewerkschaftstages werden in Kürze auf der GEW-Webseite veröffentlicht: <https://www.gew.de>.

21 Vgl. Hoffmann, Ann-Kathrin/Hopp, Marvin (Hg.): *Arbeitskämpfe an die Hochschulen! Beschäftigungsbedingungen und Strategien gewerkschaftlicher Gegenmacht*, Hamburg: VSA 2025.

Ziel- und Funktionszulagen für die Erfüllung besonderer Ziele beziehungsweise die Wahrnehmung besonderer Aufgaben vorsehen.²² In einer Niederschriftserklärung haben die Tarifvertragsparteien außerdem zu Protokoll gegeben, dass sie »eine verantwortungsbewusste Handhabung der Befristungen im Wissenschaftsbereich« fordern.²³

Für die Vereinbarung konkreter Maßnahmen zur Durchsetzung einer verantwortungsbewussten Handhabung der Befristungspraxis über »Erwartungen« hinaus sind den Tarifparteien aber aufgrund der im WissZeitVG verankerten Tarifsperre die Hände gebunden. Lediglich »für bestimmte Fachrichtungen und Forschungsbereiche« könnten gemäß § 1 Absatz 1 Satz 3 WissZeitVG begrenzte Verbesserungen ausgehandelt werden. Da die Flächentarifverträge des öffentlichen Dienstes für die Gewerkschaften ein hohes Gut darstellen, haben diese aber bisher darauf verzichtet, diese Option zu nutzen, und es gibt keine Gründe, von dieser Linie abzuweichen.

Dass aber auch unter den Bedingungen der Tarifsperre des WissZeitVG Maßnahmen gegen das Befristungsunwesen ergriffen werden können, zeigen die Ergebnisse der Tarifrunde 2024 für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H).²⁴ Das Land Hessen war 2004 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausgetreten. Das Kalkül der Landesregierung, ohne die TdL ließen sich für den Arbeitgeber günstigere Tarifverträge durchsetzen, ging seinerzeit nicht auf – die Abschlüsse zum TV-H folgen in der Regel den Abschlüssen zum TV-L für die übrigen 15 Länder – aus Beschäftigtenperspektive mit Abweichungen eher nach oben als nach unten. Im Tarifabschluss vom März 2024 schlossen Gewerkschaften und Land eine bislang bundesweit einzigartige schuldrechtliche Vereinbarung. Das Land verpflichtete sich verbindlich, bis 2020 400 zusätzliche Dauerstellen an den Hochschulen zu schaffen. Dem vorausgegangen waren zahlreiche Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen an den hessischen Hochschulen.

22 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Tarifrecht im öffentlichen Dienst der Länder*, März 2023, Frankfurt a.M., https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Recht-und-Gehalt/Tarif/TV-L/Tarifvertrag_im_Wortlaut/GEW-TV-L-Broschüre-Tarifrecht-Laender-2023.pdf, Zugriff am 05.07.2025, S. 73ff.

23 GEW: *Tarifrecht im öffentlichen Dienst der Länder*, S. 78.

24 Vgl. Claar, Simone/Heinrich, Mathis: »Hessen als Vorbild? Eindämmung von Befristung in den Tarifvertrag«, in: *Forum Wissenschaft* 4, 2024, S. 25–28.

Die Gewerkschaften waren in Hessen ursprünglich mit der Forderung nach einer Dauerstellenquote von zunächst 35 Prozent bis 2025 in die Verhandlungen gegangen. Dauerstellenquote oder eine feste Zahl an (zusätzlichen) Dauerstellen gelten als Maßnahmen zur Eindämmung des Befristungswesens, der die Tarifsperr des WissZeitVG nicht entgegensteht, weil sie einzelnen Beschäftigten keinen Anspruch auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag geben, sondern systemisch ansetzen: Die Arbeitgeber werden zu Neujustierung des Verhältnissen von befristeten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen angehalten. Rechtlich verpflichtet, die schuldrechtliche Vereinbarung durchzusetzen, ist im Falle des TV-H das Land Hessen, bei einer entsprechenden Vereinbarung zum TV-L wäre es die TdL als Arbeitgeberverband. Ein weitere tarifsperrkonforme Option ist die tarifvertragliche Vereinbarung einer Befristungszulage, welche die GEW seit Langem fordert. Sie gäbe den Wissenschaftsarbeitgebern einen Anreiz, auf vermeidbare Befristungen zu verzichten, und den Beschäftigten einen Ausgleich für das mit der Befristung verbundene Risiko, erwerbslos zu werden. Damit könnten Gewerkschaften und TdL an ihre Protokollnotiz zum TV-L von 2005 anzuknüpfen, mit der sich beide Seiten verständigt hatten zu prüfen, »ob und inwieweit aufgrund der erhöhten Mobilitätsanforderungen bei wissenschaftlichen Beschäftigten in Befristungsfällen [...] eine Überbrückungsleistung im Sinne einer Härtefallregelung gezahlt werden kann, wenn im Anschluss an eine befristete Beschäftigung keine zeitnahe Anschlussbeschäftigung erfolgt.«²⁵

Dass auch der TdL gewerkschaftliche Forderungen im Wissenschaftsbereich abgetrotzt werden können, zeigt der Kampf für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud). In der Länder-Tarifrunde 2023 kam es zu einer beispiellosen Mobilisierung an den Hochschulen – für faire Beschäftigungsbedingungen, Maßnahmen gegen den Befristungsmissbrauch und einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud).²⁶ Ein sichtbarer Erfolg des langfristigen und planmäßigen Organizingprozesses war der bundesweite Hochschulaktions- und streiktag am 20.11.2023, an dem sich 15.000 Hochschulbeschäftigte an rund 90 Hochschulstandorten beteiligten, an etwa 80 Hochschulen kam es zu Warnstreiks. Als wichtigen Schritt hin zum TVStud konnte mit der Tarifeinigung vom Dezember 2023 ebenfalls eine schuldrechtliche Vereinbarung durchgesetzt werden. Insbesondere die Festlegung einer Mindestvertragslaufzeit von in der Regel einem Jahr verbessert die

25 GEW: *Tarifrecht im öffentlichen Dienst der Länder*, S. 78.

26 Vgl. Hoffmann/Hopp: *Arbeitskämpfe an die Hochschulen!*

Beschäftigungsbedingungen und zugleich die Ausgangslage für die nächste Länder-Tarifrunde, die im Dezember 2025 starten wird und für die sich die Arbeitgeber zu weiteren Verhandlungen verpflichteten.

Die GEW hat sich auf ihrem 30. ordentlichen Gewerkschaftstag im Mai 2025 in Berlin mit dem Beschluss 5.15 nicht nur dazu verpflichtet, weiter für TVStud zu kämpfen, sondern hat auch anerkannt, »dass die Unterstützung der eigenständigen Tarifbewegung TVStud einen immanenten Bestandteil der gewerkschaftlichen Erneuerung darstellt«. In den kommenden Tarifrunden stellt sich verstärkt die Frage der Kampffähigkeit und Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften im Wissenschaftsbereich. Das gälte erst recht für den Fall einer Streichung der Tarifsperre aus dem WissZeitVG, für die sich Gewerkschaften und Beschäftigungsinitiativen stark machen. In Tarifaueinandersetzungen sind plausible Forderungen, gute Argumente und kluge Verhandlungen eine wichtige Erfolgsbedingung. Fehlen aber die Möglichkeiten, den Forderungen durch Proteste und Arbeitskampfmaßnahmen Nachdruck zu verleihen, sind sie nicht viel wert. Mitglieder zu gewinnen und binden, zu aktivieren und mobilisieren ist daher eine zentrale Herausforderung, der sich die GEW nicht nur, aber insbesondere im Wissenschaftsbereich verstärkt stellen muss und wird.

*Der Beitrag ist eine gekürzte und vollständig überarbeitete Version von folgendem Sammelbandbeitrag. Die Herausgeber*innen danken der GEW für die Erlaubnis des erneuten Abdrucks und Andreas Keller für die vollständige Überarbeitung: Keller, Andreas: »Dauerstellen für Daueraufgaben in Hochschule und Forschung – Leitplanken einer Reform«, in: Keller, Andreas/Gassmann, Freya (Hg.), Hochschule 2030. Alma Mater in der Transformation, Bielefeld: wbv Publikation 2025, S. 174–186.*

Literatur

- Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian: #IchBinHanna – Wie wir mit ein paar Tweets die deutsche Wissenschaft veränderten, in: Keller, Andreas/Frommont, Yasmin (Hg.), *Perspektiven für Hanna. Dauerstellen für Daueraufgaben in der Wissenschaft*, Bielefeld: wbv Publikation 2024, S. 231–242.
- Bundesarbeitsgericht: Urteil vom 2. Februar 2022, Siebter Senat – 7 AZR 573/20, Erfurt, <https://www.bundesarbeitsgericht.de/wp-content/upload/s/2022/05/7-AZR-573-20.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2023a): *Reform des WissZeitVG*, Berlin, <https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2023/230317-wisszeitvg.html>, Zugriff am 05.07.2025.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): »Referentenentwurf. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft«, <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2023/03/230317-wisszeitvg.html>, Zugriff am 05.07.2025.
- CDU/CSU/SPD: *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*, 21. Legislaturperiode, 2025, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, Zugriff am 05.07.2025.
- Claar, Simone/Heinrich, Mathis: »Hessen als Vorbild? Eindämmung von Befristung in den Tarifvertrag«, in: *Forum Wissenschaft*, H. 4, 2024, S. 25–28.
- Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: »Sachstand. Zu befristeten Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft und Innovation. Innovation durch Fluktuation«, <https://www.bundestag.de/resource/blob/911754/c37e79b4abob84337740862b5cf95573/WD-8-061-22-pdf-data.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.
- Deutscher Bundestag: »Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft, Drucksache 20/11559«, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011559.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gassmann, Freya: *Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine erste Evaluation der Novellierung*. Unter Mitwirkung von Jascha Groß und Cathrin Benkel. Gefördert von der Max-Traeger-Stiftung, Frankfurt a.M. 2020, <https://www.gew.de/evaluationwisszeitvg>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Templiner Manifest. Traumjob Wissenschaft. Für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung*, Frankfurt a.M. 2010, <https://www.templiner-manifest.de>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Herrschinger Kodex. Gute Arbeit in der Wissenschaft. Ein Leitfaden für Hochschulen und Forschungseinrichtungen*, Frankfurt a.M. 2012, <https://www.herrschinger-kodex.de>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Wege zum Traumjob Wissenschaft – Aktionsprogramm zur Umsetzung des Templiner Manifests*, Frankfurt a.M. 2014, <https://www.gew.de/wissenschaft/templiner-manifest/aktionsprogramm>, Zugriff am 05.07.2025.

- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Wissenschaft als Beruf. Personal- und Karrierestruktur an Universitäten. Ein Reformvorschlag der Bildungsgewerkschaft GEW*, Frankfurt a.M. 2017, <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/wissenschaft-als-beruf>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): »Der Weg zum Traumjob Wissenschaft. Zehn Jahre Templiner Manifest«, Berlin 2020 (DUZ Special, Beilage zur DUZ – *Magazin für Wissenschaft & Gesellschaft*), <https://www.duz-special.de/media/baf43cd48414beeb49d9c0f10c201bffd160028/be426257e5f8e6e98353deafcb366494660b5212.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.): *#IchBinHanna. Per Hashtag gegen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Dokumentation der GEW-Fachtagung und Aktiven-Vernetzung am 1. Juli 2021*, Frankfurt a.M. 2021, <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/ichbinhanna-dokumentation-des-gew-fachgespraechs>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.): *Dauerstellen für Daueraufgaben. Dresdner Gesetzentwurf für ein Wissenschaftsentfristungsgesetz. Vorschlag für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG)*, Frankfurt a.M. 2022, <https://www.gew.de/WissEntfristG>, Zugriff am 05.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): *Tarifrecht im öffentlichen Dienst der Länder*, Stand: März 2023, Frankfurt a.M., https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Recht-und-Gehalt/Tarif/TV-L/Tarifvertrag_im_Wortlaut/GEW-TVL-Broschuere-Tarifrecht-Laender-2023.pdf, Zugriff am 05.07.2025.
- Himpele, Klemens/Keller, Andreas/Ortmann, Alexandra (Hg.): *Traumjob Wissenschaft? Karrierewege in Hochschule und Forschung*, Bielefeld: wbv Publikation 2011.
- Hoffmann, Ann-Kathrin/Hopp, Marvin (Hg.): *Arbeitskämpfe an die Hochschulen! Beschäftigungsbedingungen und Strategien gewerkschaftlicher Gegenmacht*, Hamburg: VSA 2025.
- Keller, Andreas: *Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft vom 27. März 2024*, Frankfurt a.M. 2024, <https://www.bundesarbeitsgericht.de/wp-content/uploads/2022/05/7-AZR-573-20.pdf>, Zugriff am 05.07.2025.
- Keller, Andreas: »Dauerstellen für Daueraufgaben in Hochschule und Forschung – Leitplanken einer Reform«, in: Keller, Andreas/Gassmann, Freya (Hg.), *Hochschule 2030. Alma Mater in der Transformation*, Bielefeld: wbv

- 2025, S. 174–186, <https://www.wbv.de/shop/Hochschule-2030-I78724>, Zugriff am 05.07.2025.
- Keller, Andreas/Frommont, Yasmin (Hg.): *Perspektiven für Hanna. Dauerstellen für Daueraufgaben in der Wissenschaft*, Bielefeld (GEW Materialien aus Hochschule und Forschung 128), 2024, <https://www.wbv.de/shop/Perspektiven-fuer-Hanna-I73569>, Zugriff am 05.07.2025.
- Konsortium BuWiK: *BuWiK 2025. Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase*, Bielefeld: wbv Publikation 2025.
- Kuhnt, Mathias/Reitz, Tilman/Wöhrle, Patrick: *Arbeiten unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine Evaluation von Befristungsrecht und -realität an deutschen Universitäten*, Dresden 2022, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-805117>, Zugriff am 05.07.2025.
- Sommer, Jörn u.a.: *Evaluation des novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Bericht*, Berlin/Hannover 2022, https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/abschlussbericht-evaluation-wisszeitvg.pdf?__blob=publicationFile&v=2, Zugriff am 05.07.2025.
- Statistisches Bundesamt: *Personal an Hochschulen 2021*, Wiesbaden 2022, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/personal-hochschulen-2110440217004.pdf?__blob=publicationFile, Zugriff am 05.07.2025.
- Statistisches Bundesamt: *Befristete Beschäftigung*, Wiesbaden 2024, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-4/befristet-beschaefigte.html>, Zugriff am 05.07.2025.
- Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands: *Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten*, Bayreuth 2019, https://www.uni-kanzler.de/fileadmin/user_upload/05_Publikationen/2017_-2010/20190919_Bayreuther_Erklaerung_der_Universitaetskanzler_final.pdf, Zugriff am 05.07.2025.
- Wissenschaftsrat: *Personalstrukturen im deutschen Wissenschaftssystem*, Köln: Wissenschaftsrat 2025, https://www.wissenschaftsrat.de/download/2025/2639-25.pdf?__blob=publicationFile&v=13, Zugriff am 05.07.2025.

Organisierte Knappheit und autoritäre Steuerung

Wie Unterfinanzierung und Wettbewerb den Hochschulen schaden

Tobias Cepok & Simone Claar

Bundesweit beobachten wir massive Einschnitte in die Hochschulfinanzierung aufgrund von fehlenden Steuereinnahmen und anderer politischer Priorisierung. Dazu kamen in den letzten Jahren die hohe Inflation, die gestiegenen Energiekosten und allgemeine Kostensteigerungen, welche die Haushalte der Hochschulen bundesweit stark belasten. Diese Entwicklungen treffen auf ein systematisch unterfinanziertes Hochschulsystem, das in einer Stellung zwischen Autonomie und schrittweise zunehmender autoritärer Lenkung von oben durch Politik und Hochschulleitungen geprägt ist. Dazu kommt eine gestiegene Abhängigkeit von Drittmitteln und der Fokus auf wettbewerbsorientierte Verfahren, wie die Exzellenzinitiative und die Konkurrenz um Studierende. Der selektive Erfolg im Wettbewerb basiert dabei nicht nur auf den Arbeiten der Professor*innen, sondern vor allem durch befristet Beschäftigte in Wissenschaft und Verwaltung sowie studentischen Hilfskräften. Diese leisten unter prekären Bedingungen aufgrund massenhafter Befristungen (siehe *Andreas Keller* in diesem Band), gestützt durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (siehe *Amrei Bahr, Kristin Eichhorn und Sebastian Kubon* in diesem Band), oft in Zwangsteilzeit und ohne Arbeitszeiterfassung¹ unbezahlte Mehrarbeit.

In unserem Beitrag wollen wir die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen, die externe und interne Hochschulsteuerung und deren Aus-

1 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): »GEW-Argumentationshilfe. Arbeitszeiterfassung in der Wissenschaft«, <https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=142037&token=fac455ef57447834424e7c25bb9bf69d0e81c6df&download=&n=20240131-Argumentationshilfe-Arbeitszeiterfassung.pdf>, Zugriff am 12.07.2025.

wirkungen auf Arbeits- und Studienbedingungen beleuchten. Aufgrund unseres Hintergrundes² haben wir besonders Hessen im Blick, weiten aber die Perspektive auch auf andere Bundesländer. Dabei geben wir einen Ausblick, wie wir uns eine Hochschulfinanzierung vorstellen und wie eine finanzielle Stärkung der Hochschulen in demokratischer Selbstbestimmung aussehen könnte.

Finanzierungskrise und bürokratischer Staatswettbewerb

Die Corona-Pandemie, die hohe Inflation und Energiepreisstörungen im Zuge des Krieges in der Ukraine sowie – zwar nicht die Inflation komplett ausgleichend, aber gemessen an den Möglichkeiten und Erwartungen – dementsprechende Tarifsteigerungen haben die Hochschulhaushalte in den letzten fünf Jahren stark belastet. Zum einen aufgrund der erfolgreichen Verhandlungen und zunehmenden Streikbeteiligung der Gewerkschaften, zum anderen aber auch, um als attraktiver Arbeitgeber annähernd konkurrenzfähige Entgelte zu zahlen. Zur Wahrheit gehört dabei auch, dass sich die Tabellenentgeltwerte des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) auf dem Niveau der anderen Bundesländer im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bewegt und sich somit die Hoffnung einiger Teile der hessischen Landesregierung auf geringere Löhne durch den Austritt des Landes Hessen aus der Tarifgemeinschaft der Länder im Jahr 2004 nicht erfüllte. Im Gegenteil sind einzelne Vereinbarungen in Hessen sogar besser, hier gelang es den Gewerkschaften arbeitnehmerfreundlichere Ergebnisse zu erzielen – beispielsweise Kinderzuschläge oder das Landesticket für den öffentlichen Personennahverkehr. Aber nicht nur die Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte, sondern die zunehmende Digitalisierung, IT-Sicherheit und weitere gesellschaftliche Herausforderungen wie Nachhaltigkeit und der CO₂-neutrale Umbau der Landesverwaltungen fordern die Hochschulen und verlangen zusätzliche Investitionen. Hier hat Hessen deutlichen Nachholbedarf. Nach Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen liegt das Bundesland Hessen bei den Netto-Investitionen und dem Unterhalt pro Kopf der Studierenden nur im unteren

2 Simone Claar ist seit 2002 hochschulpolitisch aktiv und seit 2021 Stellvertretende Vorsitzende, und Tobias Cepok ist Referent für Hochschule, Forschung und Organisationsentwicklung bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen.

Mittelfeld im Bundesländervergleich seit 2007.³ Auch bei laufenden Ausgaben pro Studierenden verorten internationale Vergleichsuntersuchungen Deutschland insgesamt am Ende eines unteren Mittelfeldes.⁴ Nach Schätzung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) beläuft sich der Investitionsbedarf zur Modernisierung in die Gebäudeinfrastruktur der deutschen Hochschulen auf mindestens 90 Milliarden Euro.⁵ Der Bund und die Länder wären gut beraten, einen relevanten Teil des im März 2025 beschlossenen Sondervermögens in die Gebäude, aber auch in die digitale Infrastruktur der Hochschulen zu investieren. Dieser hohe Investitionsstau resultiert aus dem jahrzehntelangen Verschleppen notwendiger Modernisierungen.

Als alleiniger Erklärungsfaktor für die Unterfinanzierung reicht dies jedoch nicht aus. Zum Verständnis der strukturellen Defizite lohnt ein Blick auf die Entwicklung der Landesmittel und Drittmittelfinanzierung insgesamt. Nominal verdoppelten sich die Landesmittel von Ende der Neunzigerjahre bis 2022. Bei einer preisbereinigten Betrachtung (deflationiert) zeigt sich ein deutlich moderaterer Anstieg um immerhin 45 Prozent in 25 Jahren. Zu berücksichtigen ist jedoch die dritte Welle der Bildungsexpansion mit stark gestiegenen Studierendenzahlen. Auch wenn die Zahl der eingeschriebenen Studierenden in etlichen Bundesländern zuletzt leicht sank, stieg die Zahl der Studierenden im Zeitraum dieser 25 Jahre von circa 1,85 Millionen auf 3,5 Millionen. Wenn man die reale Entwicklung der Landesmittel seit 1997 bis 2022 pro Kopf der Studierenden betrachtet, ist das jährlich zur Verfügung stehende Geld pro Studierenden von circa 6.780 Euro auf 5.080 Euro gefallen.⁶ Damit liegen die Mittel deutlich unter den durchschnittlichen Jahreskosten

3 Eigene Berechnungen.

4 Vgl. Hofmann, Kathrin/Janger, Jürgen: »Ausgaben und Finanzierung von Universitäten im internationalen Vergleich. WiFO 2023«, <https://www.wifo.ac.at/publication/48683/>, Zugriff am 02.03.2025.

5 Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (HRK): »Sanierung und Modernisierung der Hochschulinfrastrukturen jetzt beginnen. 20. Mai 2025«, <https://www.hrk.de/presse/press-emitteilungen/pressemitteilung/meldung/sanierung-und-modernisierung-der-hochschulinfrastrukturen-jetzt-beginnen-5120/>, Zugriff am 12.06.2025.

6 Vgl. Statistisches Bundesamt: »Hochschulfinanzstatistik. Ausgaben der Hochschulen: Deutschland, Jahre, Hochschulart, Fächergruppen. 2024«, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/21371/table/21371-0001>, Zugriff am 15.05.2025; Deutsche Forschungsgemeinschaft: »Förderatlas 2024. Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland«, https://foerderatlas.dfg.de/wp-content/uploads/2025/01/foerderatlas_2024.pdf, Zugriff am 03.06.2025, Dohmen, Dieter/Krempkow, René: *Die Entwicklung der Hochschulfinanzierung – von 2000 bis 2025*, Sankt Augustin/Berlin:

für ein Bachelorstudium in Höhe von etwa 8.900 Euro.⁷ Die durchschnittlichen Studienplatzkosten beinhalten sowohl teure Studiengänge als auch Studiengänge an Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, welche günstiger als an Universitäten sind. Dennoch weist die Entwicklung der staatlichen Grundfinanzierung im Verhältnis zu den Kosten und der Studierendenzahlen in eine eindeutig negative Richtung.

Die aktuelle Entwicklung der Hochschulfinanzen steht vor dem Hintergrund rückläufiger Steuerschätzungen des Bundes unter keinen positiven Vorzeichen. Während in Bundesländern wie Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin Haushaltskürzungen anstehen, sind in einzelnen Bundesländern wie Niedersachsen oder Saarland Mittelzuwächse vorgesehen. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz behalten die vorgesehenen Ausgleiche von Kostensteigerungen der Hochschulen bei. In Hessen leisteten die Hochschulen über eventuelle Kürzungen hinaus einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung des Landes mittels Abschmelzung von Baurücklagen.⁸ Hier erfolgte die politische Zusage mit einem »Letter of Intent«, nachdem die Hochschulen die Gelder zurückerhalten sollen. Ob sich die politisch Verantwortlichen daran halten, wird sich in Zukunft zeigen. Grundsätzlich ist in Frage zu stellen, ob Sparmaßnahmen an der Hochschulbildung sinnvoll sind, denn bei dieser rentieren sich die Investitionen deutlich. Hochschulen sind wichtige Akteure für die regionale Wirtschaft. Sie bilden nicht nur Fachkräfte, sondern vergeben auch unzählige Aufträge an ansässige Unternehmen, die Beschäftigten und Studierenden tätigen einen Großteil ihrer Konsumausgaben in der Region.

Konrad-Adenauer Stiftung 2014, <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/die-entwicklung-der-hochschulfinanzierung-von-2000-bis-20251>, Zugriff am 14.05.2025.

- 7 Für die Landesmittel von 1997 sind im Vergleich die Grundlagen schwierig, viele nehmen daher eher Anfang der 2000er Jahre als Grundlage. Für vor 2000, siehe Deutscher Bundestag: »Bildungsfinanzierung in Deutschland. Wissenschaftliche Dienste«, <https://www.bundestag.de/resource/blob/710900/WD-8-015-20-pdf.pdf>, Zugriff am 02.04.2024; Statistisches Bundesamt: »Statistischer Bericht – Finanzen der Hochschulen – 2023«, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publicationen/_publikationen-innen-statistischer-bericht.html, Zugriff am 19.09.2024.
- 8 Vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur: »Haushaltsentlastung durch Baurücklagen. Pressemitteilung. 13.01.2025«, <https://wissenschaft.hessen.de/presse/haushaltsentlastung-durch-bauruecklagen>, Zugriff am 12.07.2025.

Schätzungsweise fließen für jeden investierten Euro mindestens eineinhalb Euro an das Land zurück. Eine Studie aus 2022 zu den Universitäten in Nordrhein-Westfalen kommt sogar zu dem Ergebnis, dass für jeden Euro vier Euro zurückfließen.⁹ Der positive Effekt der Reinvestitionsquote tritt auch binnen eines überschaubaren Zeitraums ein und kann sich innerhalb einer Legislaturperiode positiv auswirken. Einsparungen konterkarieren nicht nur die Investitionsvorhaben des Bundes im Zuge des Sondervermögens, sondern verstärken prozyklisch negative volkswirtschaftliche Effekte.

Neben den Landeszuschüssen stiegen auch die Drittmittel bundesweit nominell von 2,4 Milliarden Euro im Jahr 1997 auf 10,4 Milliarden Euro im Jahr 2022.¹⁰ Insbesondere seit Mitte der 2010er Jahre war ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen: Zwischen 2019 und 2022 stiegen die Drittmiteleinahmen um etwa 19 Prozent. Entsprechend erhöhte sich die Drittmittelquote (Anteil der Drittmittel an den Einnahmen) auf 28 Prozent im Jahr 2022. Die Bedeutung von Drittmitteln hat zugenommen und zeigt die strukturelle Abhängigkeit der Hochschulen von diesen. Jedoch ist der Anteil staatlicher Finanzierung innerhalb der Drittmittel, insbesondere im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, vergleichsweise hoch.¹¹ Besonders deutlich wird dies beim Blick auf die Zusammensetzung der Drittmittel. Über 60 Prozent der Drittmittel stammen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (seit 2025 Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt), Organisationen der Europäischen Union und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Hingegen ist der Anteil aus privatwirtschaftlichen Quellen seit einigen Jahren leicht rückläufig und beträgt 15 Prozent

-
- 9 Vgl. Schubert, Torben/Kroll, Henning: »Endbericht zum Projekt Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor. Stifterverband der deutschen Wissenschaft 2013«, https://www.stifterverband.de/wirtschaftsfaktor-hochschule/regionale_bedeutung_von_hochschulen.pdf, Zugriff am 17.12.2024; Glückler, Johannes/Janzen, Katrin/Zipf, Marius: *Die regionalökonomische Bedeutung der Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Studie im Auftrag der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in Nordrhein-Westfalen*. Heidelberg: Universität Heidelberg 2022, https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/31311/7/Glueckler_Janzen_Zipf_2022.pdf, Zugriff am 12.07.2025, S. 18.
- 10 Vgl. Förderatlas der DFG: »Grund- und Drittmittelfinanzierung von Hochschulen«. <https://foerderatlas.dfg.de/stories/grund-und-drittmittelfinanzierung-von-hochschulen/>, Zugriff am 21.05.2025.
- 11 Vg Greben, Svitlana/Parashchenko, Liudmyla/Salii, Bogdan: »Comparative analysis of funding of university education in EU Countries«, in: *Public Administration and Law Review* 1.17 (2024), S. 28–42.

aller Drittmittel. Nachdem in den 2000er Jahren Nachrichten von ALDI-Hörsälen¹² und der Ausverkauf staatlicher Hochschulen mittels weitergehender Privatisierung als Bedrohungsszenario durchaus möglich erschien, ist diese Entwicklung ins Stocken geraten. Der Anstieg von privatwirtschaftlichen Ausgaben bei Forschung und Entwicklung¹³ weist auf eine fortschreitende Privatisierung von Forschungsleistungen außerhalb der Hochschulen hin. Der Wettbewerb der Hochschulen und damit ihrer Beschäftigten geht also weniger mit einer allgemeinen unternehmerisch getriebenen Ökonomisierung einher, als dass dieser politisch gewollt und künstlich erzeugt wird. Die Einwerbung von Drittmitteln und damit die inhaltliche Ausrichtung eigener Forschungsvorhaben an einer wissenschaftspolitischen Marktgängigkeit ist längst zu einem obligatorischen Einstellungskriterium für Beschäftigte ab der Post-Doc-Phase und bei der Berufung auf eine Professur geworden. Insbesondere an Universitäten bei individuellen Leistungsvereinbarungen und »leistungsorientierten« Zulagen der W-Besoldung für Professor*innen spielt die Einwerbung von Drittmitteln eine nicht unbedeutende Rolle. Diese hohe Relevanz der staatlichen Drittmittelförderung gefährdet in ihrer impliziten Lenkungswirkung die Wissenschaftsfreiheit. Denn Wissenschaftler*innen orientieren sich nachvollziehbarer Weise an gegenwärtig förderungsfähigen Themen, die einer gewissen Wissenschaftsmode folgen, als an den Forschungsfragen, die sie selbst für vorrangig halten.¹⁴ Dies muss nicht, aber kann zu einer Verengung der Forschungsaktivitäten führen. Arbeitsverträge in Drittmittelprojekten sind fast ausschließlich befristet, haben eine Laufzeit von maximal der Projektlaufzeit – in der Regel drei Jahre – und erfordern eine Menge an Forscher*innen, die massiv dem Druck ausgesetzt sind, sich während des noch laufenden Projektes bereits um eine neue Anstellung zu bemühen oder sogar selbst für die Einwerbung der Gelder für ihre eigene

12 Siehe u.a. Deutschlandfunk Nova: »Gekaufte Hochschulen«, <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/hochschule-studieren-im-aldi-süd-hörsaal>, Zugriff am 20. 11.2025.

13 Vgl. Statistisches Bundesamt: »7 % mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2023. Pressemitteilung Nr. 084 vom 7. März 2025«, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_084_218.html, Zugriff am 15.05.2025.

14 Vgl. beispielsweise Schimank, Uwe/Hüther, Otto: *Forschungsfinanzierung und individuelle Wissenschaftsfreiheit. Balance von sicherer Grundfinanzierung und finanzieller Anreizsteuerung*, Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2022, S. 23ff.

Stelle zu sorgen. Es entsteht ein gewisses Paradoxon der Exzellenz: Im staatlichen Wettbewerb für hervorragende Forschung entstehen für Beschäftigte Drucksituationen, die wissenschaftlicher Innovation abträglich sind.

Den Drittmittel-Wettbewerb aufrecht zu erhalten ist zusätzlich mit kaum berechenbaren Kosten verbunden – schätzungsweise belaufen sie sich auf mehrere hundert Millionen Euro. Stundenlanges Erarbeiten von erfolglosen Förderanträgen und die bürokratische Bearbeitung und Verwaltung von Forschungsprojekten fordern die Frage heraus, ob ein solcher Prozess – fast ausschließlich mittels Steuergeldern finanziert – der Wissenschaft oder der gesellschaftlichen Entwicklung dient. Wer sich im Wettbewerb durchsetzt, hat nicht zwingend etwas mit der eigenen Forschungsleistung zu tun. Die Startvoraussetzungen sind sehr ungleich verteilt. Während sich in Westdeutschland deutlich mehr forschungsstarke Universitäten und Großkliniken sowie starke Industrie- und Transfercluster etablieren konnten, ist in Ostdeutschland – mit einigen wenigen Ausnahmen wie der TU Dresden oder der Charité Berlin – die hochschulische Infrastruktur deutlich geringer ausgeprägt. Dies spiegelt auch die regionale Verteilung der Drittmittel wider, über 50 Prozent aller Drittmittel fließen nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.¹⁵ Über alle Fächer hinweg haben westdeutsche Bundesländer mit der Ausnahme in den Sozialwissenschaften (Berlin) die Nase vorn. Selbst wenn das Volumen der Drittmittel auf die Zahl der Studierenden umgerechnet wird, landet zwar Sachsen aufgrund der TU Dresden auf dem ersten Platz eingeworbener Drittmittel pro Studierenden, aber an der sonstigen Rangfolge zugunsten westdeutscher Bundesländer ändert dies wenig. Die Beibehaltung und Verstärkung des staatlich organisierten Wettbewerbs scheinen gewollt und ein Ende vorerst nicht absehbar. Das wird auch dadurch deutlich, dass die Exzellenzinitiative von 2005 bis 2017 von der Exzellenzstrategie abgelöst wurde. Diese ermöglichte neben Graduiertenschulen und Exzellenzclustern ab 2017 auch Exzellenzuniversitäten zu beantragen und Forschungsverbünde zu etablieren.¹⁶ Die Strategie wird vom Bund und Land finanziert. Trotz Kürzungsplänen in Hessen und anderen Bundesländern wurde die Exzellenzstrategie aufrechterhalten und im Mai 2025 vergeben.

15 Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: »Förderatlas 2024«.

16 Mehr dazu hier: <https://www.exzellenzstrategie.de>.

Der Aufstieg autoritärer Steuerung

Die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen in einem staatlich erzeugten Forschungswettbewerb ist flankiert durch eine Veränderung der Hochschulsteuerung.¹⁷ Diese hat die Hochschulen nicht in Unternehmen verwandelt, sondern zu einer Mischung aus autoritärer Organisation, bürokratischem Apparat und unvollendeter semidemokratischer Autonomie geführt. Während in den 2000er Jahren wichtige demokratische Mitbestimmungsrechte, beispielsweise der Senate, beschnitten wurden und bis Mitte der 2010er Jahre ein verstärkter Trend zu mehr hochschulischer Autonomie vorliegt, ist seit gut zehn Jahren das Maß der Hochschulautonomie relativ unverändert. Fast alle Länderparlamente haben ihre Hochschulgesetze überarbeitet, um Detailsteuerung durch die Wissenschaftsministerien abzubauen und den Hochschulen mehr Gestaltungsspielräume einzuräumen. Diese sollten insbesondere der Profilbildung und der wettbewerbsorientierten Schwerpunktbildung dienen. In den letzten zehn Jahren hat sich der Entwicklungsstand der Hochschulautonomie verstetigt. Es haben sich in fast allen Bundesländern schriftliche Vereinbarungen zur externen Hochschulsteuerung zwischen Land und Hochschulleitungen etabliert.

In Hochschulpakten ist die Hochschulfinanzierung über mehrere Jahre festgeschrieben und in Ziel- und Leistungsvereinbarungen als externe Steuerungserwartungen festgelegt. Die Pakte sind ein politisches Instrument, das eine dauerhafte Finanzierung verspricht. Allerdings bedeutet das nicht zwingend finanzielle Sicherheit, weil beispielsweise das Land Berlin die verhandelten Hochschulverträge 2024 aufgekündigt hat und aufgrund von angeblichen Sparzwängen im Jahr 2025 neuverhandelt.¹⁸ In Hessen werden die Sparzwänge in der Ausgestaltung des Hochschulpaktes 2026 bis 2031 gleich mit verhandelt und langfristig eingeplant. Das Budget für 2026 und 2027 soll sogar unter das Niveau von 2025 sinken. »Aufwüchse von im Mittel 2,12 Prozent pro Jahr gegenüber 2025 über die gesamte Paktlaufzeit, die ab 2028 nachlaufend vorgesehen sind, erreichen keinen Ausgleich«, so die Frankfurt

17 Vgl. zu Änderung der Hochschulsteuerung exemplarisch Teichler, Ulrich: »Fünf Jahrzehnte des Experimentierens. Hochschulsteuerung und die Gestaltung der Hochschullehrerrolle. Teil 2«, in: *Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung* 29.2 (2020), S. 109–129.

18 Siehe u.a. Rauch, Geraldine: »Vereint in unserer Wut«, Interview, in: *Der Wiarda Blog*, <https://www.jmwiarda.de/2024/12/20/vereint-in-unserer-wut>, Zugriff am 20.12.2024.

University of Applied Science im Juni 2025.¹⁹ In Fällen wie Berlin oder Hessen wird deutlich, dass die Unterfinanzierung der Hochschulen fortgeschrieben und damit auch indirekt eine Steuerung vorgenommen wird, die langfristig zu weniger Studiengängen und Personal an den Hochschulen führen könnte.

Die Kürzungsprozesse werden vor allem durch die Leitungsorgane der Hochschulen umgesetzt, während die demokratischen Mitbestimmungsorgane wie Senat oder Personalrat kaum in die Prozesse eingebunden werden. Das passt in das Bild der grundsätzlichen Entwicklung der Einschränkung der Mitbestimmungsrechte von Selbstverwaltungsorganen zugunsten von Leitungsorganen. Dazu gehört die Einführung von zum Teil extern besetzten Hochschulräten, deren Aufgabe sowohl die Kontrolle als auch die Abgleichung und Unterstützung der Hochschulen bei gesellschaftlichen Entwicklungen und Erwartungen ist. Die externe Kontrolle ist jedoch keineswegs demokratisch. Nach Beobachtungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen bewegen sich die Hochschulräte zwischen reinen »Abnickgremien« und nicht legitimierten, politisch motivierten Eingriffen in die Hochschulen, wie zum Beispiel bei Präsidentschaftswahlen. In seiner Entscheidung zur Medizinischen Hochschule Hannover von 2014 hat das Bundesverfassungsgericht sich deutlich für eine Perspektive ausgesprochen, die betont, dass eine hinreichende Mitwirkung des Senats an der Bestellung und Abberufung des Präsidiums gegeben sein muss. Dies setzt der Zentralisierung innerhalb der Hochschulen gewisse Grenzen.²⁰ Dem setzen Studierendenvertretungen und Gewerkschaften seit etlichen Jahren eine deutlich weitergehende Vorstellung der demokratischen Hochschule entgegen, die alle Statusgruppen gleichermaßen an Entscheidungen beteiligen soll.

Gerade im Angesicht deutlicher Kürzungen bedarf es einer stärkeren Einbeziehung demokratisch legitimerter Organe, wie den Personalräten oder Senaten – auch wenn letztere aufgrund der rechtlich garantierten professoralen Mehrheit nur als semidemokratisch bezeichnet werden können. Gleichzeitig muss sich die Frage gestellt werden, was mit den Kürzungen politisch

19 Vgl. Frankfurt University of Applied Science: »Entwurf Hessischer Hochschulpakt 2026–2031. Hochschulen warnen vor struktureller Unterfinanzierung. 10. Juni 2025«, <https://www.frankfurt-university.de/de/news/n-frankfurt-uas-aktuelles/entwurf-hessischer-hochschulpakt-2026-2031-hochschulen-warnen-vor-struktureller-unterfinanzierung/>, Zugriff am 12.07.2025.

20 Vgl. Bundesverfassungsgericht: »Urteil vom 24. Juni 2024«, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2014/06/rs20140624_1bvr321707.html, Zugriff am 07.07.2024.

bezweckt wird und wie die Hochschulen ihrer Grundaufgabe der Lehre und Forschung gerecht werden können.

Negative Auswirkungen auf Studien- und Arbeitsbedingungen

Das Zusammenwirken von autoritärer Steuerung, künstlicher Wettbewerbsorientierung und struktureller Unterfinanzierung – vor allem, wenn zukünftig weniger staatliche Mittel zur Verfügung stehen, hat direkte Auswirkungen auf zentrale Aufgaben und die Qualität von Lehre und Forschung. Forschung ist dabei eine zentrale Aufgabe, sollte aber gerade vor dem Hintergrund großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel gleichrangig mit der Lehre betrachtet werden. Lehre hingegen ist nur in geringerem Maße drittmittelfähig – sie wird in leistungsorientierten Budgets eher als Kostenfaktor behandelt.²¹ Besondere Forschungsabhängigkeit und die Steuerungsweise der Hochschulen gepaart mit finanzieller Knappheit können sich als dysfunktional für das Studium beziehungsweise Ausbildung von Studierenden erweisen. Eine Auswirkung zeigt sich an der verschlechterten Betreuungsrelation zwischen 2007 und 2017.²² Insbesondere in den 2010er Jahren hat sich der Anteil atypischer, befristeter Beschäftigungsverhältnisse mit einer Benachteiligung von Frauen ausgeweitet und auf einem im Vergleich zu vielen anderen Branchen hohen Niveau etabliert.²³ Erst seit Gewerkschaften und Studierendenvertretungen auf dieses Problem aufmerksam machen, steuert die Politik dagegen, so dass sich die Betreuungsrelation, unter anderem mit dem Zukunftspakt Studium und Lehre durch den Bund, in den letzten Jahren wieder leicht verbesserte. Die finanzielle Steuerung ist ein Machtinstrument, welches auch zur Steuerung innerhalb der Hochschulen genutzt wird. Weniger staatliche Finanzierung bedeutet zwangsläufig interne Umstrukturierungsmaßnahmen, die langfristig Strukturen verändern und damit auch Lehre und Forschung beeinflussen. Für das Studium bedeutet

21 Vgl. beispielsweise Schimank/Hüther: *Forschungsfinanzierung und individuelle Wissenschaftsfreiheit*.

22 Zur Betreuungsrelation vgl. Hansen, Mads/Banscherus, Ulf/Cherier, Yasmin/Hoffmann, Jule/Müller, Helene: »DGB-Hochschulreport 2025. Zwischen Stagnation und Dynamik. Studien- und Arbeitsbedingungen an staatlichen und nicht-staatlichen Hochschulen in Deutschland«, https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/f_2025_DGB-Hochschulreport.pdf, Zugriff am 15.06.2025, S. 37.

23 Vgl. Hansen u.a.: »DGB-Hochschulreport«, S. 27.

dies, dass die Wirtschaftlichkeit von Studiengängen in Frage gestellt wird. Es werden weniger Studierende für einen Studiengang zugelassen und manche Studiengänge gar eingestellt. Besonders betroffen sind dabei strukturschwache Fächer wie kleinere Sprachstudiengänge, Studiengänge, die sich noch in der Etablierungsphase befinden oder Fächer mit hohem Betreuungsaufwand und praxisnahen Elementen wie Teilbereiche der Ingenieurwissenschaften.²⁴ Das führt zu Ungleichheiten der Studienbedingungen und die Verlässlichkeit, einen Studiengang am gewählten Standort zu Ende zu studieren, nimmt ab. Darüber hinaus entsteht ein selektiver Abbau von Unterstützungsinstrumenten. Dazu gehört zusätzliche Unterstützung rund um die Lehre wie Tutorien, in denen studentische Hilfskräfte arbeiten, aber auch Räume wie Lernzentren oder Bibliotheken, die gegebenenfalls ihre Öffnungszeiten einschränken müssen oder teilweise geschlossen werden. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten für Dienstreisen von wissenschaftlichen Beschäftigten eingeschränkt, wenn keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Andere Unterstützungsinstrumente wie Schlüsselkompetenzen oder Weiterbildungen für die berufliche Entwicklung könnten unter Umständen eingeschränkt stattfinden. Darüber könnte sogar auch die Gleichstellungsarbeit betroffen sein. Die Entwicklungen gefährden finanzierte Gleichstellungsmaßnahmen wie Mentoring-Programme oder familienfreundliche Infrastruktur.²⁵

Die wettbewerbsförmige Vergabe staatlicher Mittel hat längst ein für die Beschäftigten und das Hochschulsystem insgesamt schädliches Hamsterrad erzeugt.²⁶ Die arbeits- und zeitintensive Akquise und damit zusammenhänge

-
- 24 Es existiert keine bundesweite Statistik zur Schließung von Studiengängen bei Einsparungen. Grundsätzlich können diese auch in gewisser Weise »zufällig« erfolgen, da viel auch oft von der örtlichen Personalstruktur in Bezug auf Alter und Befristung der Beschäftigten abhängt. Zur Zufälligkeit, siehe dpa: »Hochschule stellt zwei Studiengänge ein«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.07.2025, <https://www.sueddeutsche.de/bildung/hochschulpakt-hochschule-stellt-zwei-studiengaenge-ein-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250710-930-783148>, Zugriff am 14.07.2025.
- 25 Zumindest skizzieren die hessischen Hochschulleitungen angesichts der dortigen Diskussion um Sparmaßnahmen solche Szenarien (vgl. Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten: »Entwurf Hessischer Hochschulpakt 2026–2031. Hochschulen warnen vor struktureller Unterfinanzierung. Gemeinsame Pressemitteilung der hessischen Hochschulpräsidenten«, <https://www.uni-marburg.de/de/aktuelles/news/2025/entwurf-hessischer-hochschulpakt-2026-2031-hochschulen-warnen-vor-struktureller-unterfinanzierung>, Zugriff: am 10.06.2025).
- 26 Jan Rogge beschreibt anschaulich die »Winner-takes-it-all«-Dynamik eines staatlich erzeugten Marktes (vgl. Rogge, Jan: »The winner takes it all? Die Zukunftsperspekti-

Antragspflicht untergräbt nicht nur wissenschaftliche Autonomie, sondern führt auch zu einer Abwertung langfristiger Forschungs- und Lehrverpflichtungen. Im Laufe eingeworbener Projekte müssen die Mitarbeitenden sich auf das Folgeprojekt oder sich auf die erfolgreiche Bewerbung einer weiteren befristeten Stelle konzentrieren, alles gepaart mit einem Drittmittelbeantragungsmarathon. Bei einer durchschnittlichen Bewilligungsquote von 33 bis 50 Prozent je nach Förderlinie lässt sich nur erahnen, wie ineffektiv das System ist. Eine genaue Bearbeitungsdauer zu beziffern und daraus den Umfang an Arbeitsstunden zu schätzen, die »erfolglos« investiert werden, ist nahezu unmöglich, insbesondere da es keine Arbeitszeiterfassung gibt. Aber eine Antragsstellung kann mehrere Monate dauern, in denen wöchentlich mehrere Stunden in Antragsbearbeitung und Besprechung mit möglichen Projektbeteiligten investiert werden. Es lässt sich vermuten, dass das System andauernder Massenansatzstellung überhaupt nur durch unzählige unbezahlte Überstunden funktioniert.

Kürzungen an den Hochschulen bedeutet den von Abbau befristeter Stellen. Im Falle einer Wegbewerbung oder dem Ende des Arbeitsvertrages wird die Stelle schlicht »gesperrt« und vorerst nicht wiederbesetzt. Nicht unüblich sind Stellensperren von sechs Monaten. Gleiches gilt für die Besetzung von Professuren, deren Wegfall im Falle der Pension droht, oder zumindest eine deutlich verzögerte Berufung. Gleichzeitig sprudelt Geld für erfolgreiche Exzellenzanträge, die von den Ländern mitfinanziert werden und nun mit finanziellen Ressourcen ausgestattet sind, während Grundlagen in Forschung und Lehre aufgrund der Kürzungen reduziert werden müssen. Das bedeutet, dass befristet Beschäftigte in der Wissenschaft auf Landessstellen wegfallen und gleichzeitig befristet Beschäftigte in der Wissenschaft auf Drittmittelnstellen wiedereingestellt werden. In der Praxis sind dies unterschiedliche Personen, und alle Verlängerungstatbestände nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz wie Mutterschutz und Elternzeit stehen den Beschäftigten nicht mehr zur Verfügung. Das gefährdet langfristig die Attraktivität des Systems. Die Annahme, dass erfolgreiche Gelder der Exzellenzinitiative der gesamten Hochschulen nützen, ist wahrscheinlich nicht haltbar. Weder der Reputationsgewinn durch den Status einer »Eliteuniversität« führt zu langfristig mehr Einschreibungen von Studierenden noch initiiert die Forschungsförderung bestimmter Teilfachgebiete universitätsweite, förderliche

ven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67.4 (2015), S. 685–707).

Veränderungsprozesse.²⁷ Auf soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten hat die Exzellenzförderung geringe Auswirkungen, vielmehr scheinen sich diese zu verfestigen.²⁸ Wahrscheinlicher ist, dass nicht geförderte Fächer derselben Hochschule eher benachteiligt werden.²⁹

Die Lücke an Mitarbeitenden in der Lehre wird mit Lehrbeauftragten gefüllt, die als Selbstständige nicht nur einen absoluten Bruchteil von regulär Beschäftigten verdienen und nicht in das Sozialsystem einzahlen, sondern über keine institutionelle Einbindung in die Hochschule verfügen. Lehrbeauftragte sollen nach den meisten Hochschulgesetzen ein zusätzliches Angebot und nicht grundlegende Seminare anbieten, haben sich aber zu einer unverzichtbaren Personalkategorie zur Aufrechterhaltung des Studienangebots entwickelt. Ihre Zahl stieg im letzten Jahrzehnt deutlich.³⁰ Gleichzeitig verdichtet sich die Arbeitsbelastung für die übrigen Beschäftigten. Dies geht mit einer sich ohnehin verändernden Arbeitswelt und Arbeitsverdichtung – Digitalisierung, Work-Life-Balance und vielem mehr – einher.³¹ Nur weil Stellen gestrichen werden oder zwischenzeitlich unbesetzt bleiben, heißt das nicht, dass die Arbeit nicht weiter anfällt. Damit steigt die Arbeitsbelastung aller anderen Beschäftigten und führt dazu, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Diese Instrumente haben die Hochschulen immer wieder genutzt, auch um einzelne Fachbereiche oder Fakultäten zu konsolidieren, wie beispielsweise

-
- 27 Vgl. Wohlrabe, Klaus/Bornmann, Lutz/Gralka, Sabine/de Moya Anegon, Felix: »Wie effizient forschen Universitäten in Deutschland, deren Zukunftskonzepte im Rahmen der Exzellenzinitiative ausgezeichnet wurden? Ein empirischer Vergleich von Input- und Output-Daten«, Ifo-working-paper 253, München 2018, <https://www.econstor.eu/handle/10419/176873>, Zugriff am 18.08.2025.
- 28 Vgl. Wagner, Andreas: »Fördert die Exzellenzinitiative soziale Ungleichheit bei der Hochschulwahl? Untersuchung sozialer Folgen einer Prestigedifferenzierung zwischen deutschen Universitäten«, in: *Zeitschrift für empirische Hochschulforschung* 2.2 (2018), S. 133–154.
- 29 Vgl. Forschung & Lehre: »Spitzenförderung fördert kooperative Vernetzung«, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/spitzenfoerderung-foerdert-kooperative-vernetzung-6220>, Zugriff am 09.06.2025.
- 30 Zur Situation der Lehrbeauftragten vgl. Hansen u.a.: »DGB-Hochschulreport«, S. 35f.
- 31 Vgl. Becker, Alexandra/Stang, Richard: »Perspektiven für den Hochschulstandort Deutschland. Resümee eines Projektes«, in: Dies. (Hg.), *Lernwelt Hochschule gestalten. Dimensionen der politischen Steuerung und Konzepte*, Berlin/Boston: De Gruyter 2024, S. 231–244.

se durch die Haushaltssperre am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Marburg in 2021.³²

Diverse Veröffentlichungen kommen zu dem Schluss, dass die Mitbestimmung der Mitarbeitenden – auch und gerade bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten – einen wichtigen Beitrag zum Erfolg und zur Zufriedenheit der Beschäftigten leisten kann.³³ Ein gelungenes, wenn auch bisher noch örtlich beschränktes Beispiel erfolgreichen Protests gegen die von Sparzwang und Wettbewerb getriebene Prekarisierung der wissenschaftlichen Beschäftigten ist der Betreuungstreik an der Universität Göttingen. Von Februar bis Mitte Juli betreuten die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen des Instituts für Soziologie aus Protest gegen Arbeitsbelastung und Dauerbefristung keine Abschlussarbeiten mehr. Mit dem Beschluss für vier weiteren unbefristeten Stellen ging diese Auseinandersetzung für die dortigen Aktiven von Uni Göttingen unbefristet und die Beschäftigten positiv zu Ende.³⁴ Langfristig braucht es eine Abkehr der Wettbewerbslogik und eine verlässliche Grundfinanzierung mit mehr demokratischer Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen.³⁵ Das bedeutet auch, dass sich das Wissenschaftssystem in seiner Struktur verändern muss, um Lehre und Forschung gleichberechtigter und auf Augenhöhe wieder verzahnt zu praktizieren.

32 Vgl. GEW Hessen: »Uni Marburg: Haushaltssperre unverantwortlich«, <https://www.gew-hessen.de/details/uni-marburg-haushaltssperre-unverantwortlich>, Zugriff am 12.07.2025.

33 Siehe exemplarisch Dahl, Holger/Göpfert, Burkard/Helm, Rüdiger (Hg.): *Erfolg durch Mitbestimmung. Konfliktlösungen in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten*, Frankfurt a.M.: Fachmedien Recht und Wirtschaft 2023.

34 Es gab eine umfangreiche mediale Berichterstattung, zum Beispiel Norddeutscher Rundfunk: »Hohe Arbeitsbelastung: Streik von Dozenten in Göttingen hat Erfolg«, https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/hohe-arbeitsbelastung-streik-von-dozenten-in-goettingen-hat-erfolg,aktuellbraunschweig-310.html, Zugriff am 14.07.2025.

35 Die GEW hat im Mai 2025 ein neues wissenschaftspolitische Programm beschlossen, welches u.a. die Gestaltung von Demokratie und Mitbestimmung in den Blick nimmt (vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: »Neue Finanzierungsmodelle für Hochschulen und Studium. Wissenschaftspolitisches Programm«, <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neue-finanzierungsmodelle-fuer-hochschulen-und-studium>, Zugriff am 08.06.2025).

Demokratie in Autonomie ausbauen: Hochschulfinanzierung anders gestalten

Wir zeigen mit unserem Beitrag: Das Hochschulsystem leidet unter einer strukturellen Unterfinanzierung, die durch einen politisch organisierten und zunehmend schädlichen Wettbewerb weiter verschärft wird. Diese strukturellen Defizite haben weitreichende, negative Folgen für Studien- und Arbeitsbedingungen, was sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen in Lehre, Forschung und Verwaltung, einer Verschlechterung der Betreuungsrelation und der Aushöhlung von Mitbestimmungsrechten zeigt. Dies geschieht zu Gunsten einer Mischung aus autoritärer Organisation, bürokratischem Apparat und unvollendeter, semidemokratischer Autonomie. Ob man nun eine Mittel-Zweck-Relation bemühen will (Standortlogik) oder nicht, die Verhältnisse an deutschen Hochschulen haben sich in der Tendenz verschlechtert – und werden es durch die Kürzungen weiterhin. Es ist an der Zeit, dass die Hochschulen mehr Demokratie wagen und auch die Gesetzgeber dies ermöglichen. Entscheidungsbefugnisse müssen von den Leitungsebenen zurück an die Kollektivorgane verlagert werden. Autonomie bedeutet auch Verantwortung. Diese muss demokratisch rückgebunden sein. Es kann nicht sein, dass bisher die Personalräte nicht für alle Beschäftigten zuständig sind und dass studentische Beschäftigte nicht Teil des kollektiven Tarifvertrags im öffentlichen Dienst, der Länder und Hessen sind. Diese brauchen konkrete Möglichkeiten der Mitbestimmung. Die Mitbestimmungstatbestände der Personalräte sowie der Umfang ihrer Freistellung sind zu stärken, mindestens eine Anhebung auf das Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes wäre sinnvoll. Ein Schritt für mehr Demokratie ist der Ausbau der Mitbestimmung und sich auch der Frage zu stellen, ob dafür grundsätzlicher Hierarchieabbau notwendig ist. Braucht es in allen Entscheidungsfragen zur Wahrung von Wissenschaftsfreiheit eine professorale Mehrheit oder lassen sich Wege finden, bei denen Studierende, Beschäftigte und Leitungsfunktionen gleichberechtigt an in einer demokratischen Hochschule mitbestimmen? Mitbestimmungsrechte zu stärken bedeutet auch eine ernsthafte Beteiligung der Studierenden und mehr Transparenz in Entscheidungsprozessen in den Gremien, aber auch durch die Leitungsorgane. Für die Umsetzung braucht es Veränderungen der Landeshochschulgesetze, die mehr Mitbestimmungsrechte gesetzlich festlegen müssen.

Die Aufwertung der Kollektivorgane braucht eine verlässliche Grundfinanzierung oberhalb von Inflation und Kostensteigerungen, damit Entschei-

dungen möglichst nicht auf Basis von wirtschaftlichem Druck gefällt werden. Gerade werden die Hochschulen durch Drittmittelabhängigkeit, Projektlogik und Zielvereinbarungen mehr fremdgesteuert, als dass sie selbst proaktiv gestalten können. Grundsätzlich brauchen die Hochschulen deutlich mehr Grundfinanzierung und viel weniger Drittmittelfinanzierung, damit langfristig und verlässlich für alle Beteiligten geplant werden kann. Das spielt gerade jetzt in Zeiten von Veränderungen der Sichtweisen auf Krieg, Frieden und Sicherheit eine zentrale Rolle, wenn nur noch Gelder für diese Bereiche im Wettbewerb vergeben werden. Das hat zur Folge, dass auch die Freiheit von Lehre und Forschung dadurch tangiert wird, weil es nicht mehr möglich ist auf Basis von Grundfinanzierung andere relevante Aspekte zu beforschen. Innerhalb ihrer Autonomie müssen die Hochschulen den Mangel verwalten und sind abhängig von der finanziellen Priorisierung des Bundes und der Länder und deren finanziellen Rahmen. Es fehlt zwar noch an wissenschaftlichen Auswertungen über die genaue Wirksamkeit, aber der Wissenschaftsrat hat die Gründung landeseigener Baugesellschaften vorgeschlagen, um den Investitionstau in diesem Bereich anzugehen. Österreich geht diesen Weg bereits, in mehreren Bundesländern ist dies in Planung oder wird Teil einer Debatte um die Zukunftsfähigkeit der Gebäudeinfrastruktur.³⁶ Durch mehr Mitbestimmung wäre es möglich, viel mehr kollektive Entscheidungen über die Verwendung von der Mittel herbeizuführen anstatt durch die Leitungsorgane alleine.³⁷ Der Staat wäre in der Lage – wenn er die Priorität auf unerlässliche Themen wie Bildung, Klima- und Energiewende, Fachkräftemangel setzt – die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Endeffekt ist die Grundfinanzierung von Hochschulen eine Verteilungsfrage, die beispielsweise durch eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer gelöst werden kann. Dabei geht es um nicht mehr oder weniger als um die Demokratisierung der Hochschulen als auch die Ausweitung demokratischer Teilhabe und Mitbestimmung in der gesamten Gesellschaft.

36 Vgl. Wissenschaftsrat: »Probleme und Perspektiven des Hochschulbaus 2030. Positionspapier, 2022«, https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/9470-22.pdf?__blob=publicationFile&v=12, Zugriff am 17.10.2024.

37 Vgl. Behrens, Martin: »Besser durch die Krise mit Tarif und Betriebsrat«, in: *WSI Policy Brief* 67, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2022.

Literatur

- Becker, Alexandra/Stang, Richard: »Perspektiven für den Hochschulstandort Deutschland. Resümee eines Projektes«, in: Dies. (Hg.), *Lernwelt Hochschule gestalten. Dimensionen der politischen Steuerung und Konzepte*, Berlin/Boston: De Gruyter 2024, S. 231–244.
- Behrens, Martin: »Besser durch die Krise mit Tarif und Betriebsrat«, in: *WSI Policy Brief* 67, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2022.
- Bundesverfassungsgericht: »Urteil vom 24. Juni 2024«, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2014/06/rs20140624_1bvr321707.html, Zugriff am 07.07.2024.
- Dahl, Holger/Göpfert, Burkard/Helm, Rüdiger (Hg.): *Erfolg durch Mitbestimmung. Konfliktlösungen in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten*, Frankfurt a.M.: Fachmedien Recht und Wirtschaft 2023.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft: »Förderatlas 2024. Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland«, https://foerderatlas.dfg.de/wp-content/uploads/2025/01/foerderatlas_2024.pdf, Zugriff am 03.06.2025.
- Deutscher Bundestag: »Bildungsfinanzierung in Deutschland. Wissenschaftliche Dienste«, <https://www.bundestag.de/resource/blob/710900/WD-8-015-20-pdf.pdf>, Zugriff am 02.04.2024.
- Deutschlandfunk Nova: »Gekaufte Hochschulen«, <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/hochschule-studieren-im-aldi-süd-hörsaal>, Zugriff am 20.11.2025.
- Dohmen, Dieter/Krempkow, René: *Die Entwicklung der Hochschulfinanzierung – von 2000 bis 2025*, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer Stiftung, 2014, <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/die-entwicklung-der-hochschulfinanzierung-von-2000-bis-20251>, Zugriff am 14.05.2025.
- dpa: »Hochschule stellt zwei Studiengänge ein«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.07.2025, <https://www.sueddeutsche.de/bildung/hochschulpakt-hochschule-stellt-zwei-studiengaenge-ein-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250710-930-783148>, Zugriff am 14.07.2025.
- Förderatlas der DFG: »Grund- und Drittmittelfinanzierung von Hochschulen«, <https://foerderatlas.dfg.de/stories/grund-und-drittmittelfinanzierung-von-hochschulen/>, Zugriff am 21.05.2025.
- Forschung & Lehre: »Spitzenförderung fördert kooperative Vernetzung«, <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/spitzenfoerderung-foerdert-kooperative-vernetzung-6220>, Zugriff am 09.06.2025.

- Frankfurt University of Applied Science: »Entwurf Hessischer Hochschulpakt 2026–2031. Hochschulen warnen vor struktureller Unterfinanzierung. 10. Juni 2025«, <https://www.frankfurt-university.de/de/news/n-frankfurt-u-as-aktuelles/entwurf-hessischer-hochschulpakt-2026-2031-hochschulen-warnen-vor-struktureller-unterfinanzierung/>, Zugriff am 12.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: »GEW-Argumentationshilfe. Arbeitszeiterfassung in der Wissenschaft«, <https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=142037&token=fac455ef57447834424e7c25bb9bf69doe81c6df&sdownload=&n=20240131-Argumentationshilfe-Arbeitszeiterfassung.pdf>, Zugriff am 12.07.2025.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: »Neue Finanzierungsmodelle für Hochschulen und Studium. Wissenschaftspolitisches Programm«, <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neue-finanzierungsmodelle-fuer-hochschulen-und-studium>, Zugriff am 08.06.2025.
- GEW Hessen: »Uni Marburg: Haushaltssperre unverantwortlich«, <https://www.gew-hessen.de/details/uni-marburg-haushaltssperre-unverantwortlich>, Zugriff am 12.07.2025.
- Glückler, Johannes/Janzen, Katja/Zipf, Markus: *Die regionalökonomische Bedeutung der Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Studie im Auftrag der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in Nordrhein-Westfalen*, Heidelberg: Universität Heidelberg 2022, https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/31311/7/Glueckler_Janzen_Zipf_2022.pdf, Zugriff am 09.09.2024.
- Greiben, Svitlana/Parashchenko, Liudmyla/Salii, Bogdan: »Comparative analysis of funding of university education in EU Countries«, in: *Public Administration and Law Review* 1.17 (2024), S. 28–42.
- Hansen, Mads/Banscherus, Ulf/Cherier, Yasmin/Hoffmann, Jule/Müller, Helene: »DGB-Hochschulreport 2025. Zwischen Stagnation und Dynamik. Studien- und Arbeitsbedingungen an staatlichen und nicht-staatlichen Hochschulen in Deutschland«, https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/f_2025_DGB-Hochschulreport.pdf, Zugriff am 15.06.2025.
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur: »Haushaltsentlastung durch Baurücklagen. Pressemitteilung. 13.01.2025«, <https://wissenschaft.hessen.de/presse/haushaltsentlastung-durch-bauruecklagen>, Zugriff am 12.07.2025.
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK): »Sanierung und Modernisierung der Hochschulinfrastrukturen jetzt beginnen. 20. Mai 2025«, <https://www.hr.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/sanierung->

- und-modernisierung-der-hochschulinfrastrukturen-jetzt-beginnen-5120 /, Zugriff am 12.06.2025.
- Hofmann, Kathrin/Janger, Jürgen: »Ausgaben und Finanzierung von Universitäten im internationalen Vergleich. WiFO 2023«, <https://www.wifo.ac.at/publication/48683/>, Zugriff am 02.03.2025.
- Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten: »Entwurf Hessischer Hochschulpakt 2026–2031. Hochschulen warnen vor struktureller Unterfinanzierung. Gemeinsame Pressemitteilung der hessischen Hochschulpräsidenten«, <https://www.uni-marburg.de/de/aktuelles/news/2025/entwurf-hessischer-hochschulpakt-2026-2031-hochschulen-warnen-vor-struktureller-unterfinanzierung>, Zugriff: am 10.06.2025.
- Norddeutscher Rundfunk: »Hohe Arbeitsbelastung: Streik von Dozenten in Göttingen hat Erfolg«, https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/hohe-arbeitsbelastung-streik-von-dozenten-in-goettingen-hat-erfolg,aktuellbraunschweig-310.html, Zugriff am 14.07.2025.
- Rauch, Geraldine: »Vereint in unserer Wut«, Interview, in: *Der Wiarda Blog*, <https://www.jmwiarda.de/2024/12/20/vereint-in-unserer-wut>, Zugriff am 20.12.2024.
- Rogge, Jan: »The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67.4 (2015), S. 685–707.
- Schimank, Uwe/Hüther, Otto: *Forschungsfinanzierung und individuelle Wissenschaftsfreiheit. Balance von sicherer Grundfinanzierung und finanzieller Anreizsteuerung*, Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2022.
- Schubert, Torben/Kroll, Henning: »Endbericht zum Projekt Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor. Stifterverband der deutschen Wissenschaft 2013«, https://www.stifterverband.de/wirtschaftsfaktor-hochschule/regionale_bedeutung_von_hochschulen.pdf, Zugriff am 17.12.2024.
- Statistisches Bundesamt: »Hochschulfinanzstatistik. Ausgaben der Hochschulen: Deutschland, Jahre, Hochschulart, Fächergruppen. 2024«, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/21371/table/21371-0001>, Zugriff am 15.05.2025.
- Statistisches Bundesamt: »Statistischer Bericht – Finanzen der Hochschulen – 2023«, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Pub>

- likationen/_publikationen-innen-statistischer-bericht.html, Zugriff am 19.09.2024.
- Statistisches Bundesamt: »7 % mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2023. Pressemitteilung Nr. 084 vom 7. März 2025«, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_084_218.html, Zugriff am 15.05.2025.
- Teichler, Ulrich: »Fünf Jahrzehnte des Experimentierens. Hochschulsteuerung und die Gestaltung der Hochschullehrerrolle. Teil 2«, in: *Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung* 29.2 (2020), S. 109–129.
- Wagner, Andreas: »Fördert die Exzellenzinitiative soziale Ungleichheit bei der Hochschulwahl? Untersuchung sozialer Folgen einer Prestigedifferenzierung zwischen deutschen Universitäten«, in: *Zeitschrift für empirische Hochschulforschung* 2.2 (2018), S. 133–154.
- Wissenschaftsrat: »Probleme und Perspektiven des Hochschulbaus 2030. Positionspapier, 2022«, https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/9470-22.pdf?__blob=publicationFile&v=12, Zugriff am 17.10.2024.
- Wohlrabe, Klaus/Bornmann, Lutz/Gralka, Sabine/de Moya Anegón, Felix: »Wie effizient forschen Universitäten in Deutschland, deren Zukunftskonzepte im Rahmen der Exzellenzinitiative ausgezeichnet wurden? Ein empirischer Vergleich von Input- und Output-Daten«, Ifo-working-paper 253, München 2018, <https://www.econstor.eu/handle/10419/176873>, Zugriff am 18.08.2025.

Teil III: Kritische Wissensproduktion, Bildungserfahrung & akademischer Exodus

Die Linke und die Hochschulen

Alex Demirović

Das Verhältnis der Linken zu den Hochschulen schwankt. Man merkt, es ist viel Enttäuschung im Spiel. Anders gesagt, es gab hohe Erwartungen. Was können solche Erwartungen sein: die Möglichkeit, sich mit kritischer Theorie und weltverändernder Praxis zu beschäftigen, die Autonomie der Wissenschaften, die Befassung mit Geistigem, die Teilnahme an einem universellen Prozess der Erkenntnis, die Logik der Wahrheit, die Unbescheidenheit der Herkunft, des Geschlechts, des Alters gilt. Kritik daran, dass solche Erwartungen nicht erfüllt werden, äußern eher die Jüngeren, die Studierenden.¹ Sie weisen auf Richtiges hin, aber ihre Erfahrungen sind lebensgeschichtlich und bedingt durch den studentischen Status begrenzt. Sie kennen wissenschaftliche Prozesse eher vom Ende her, nicht von der Seite der Produktion des Wissens. Mit den hochschulischen Prozessen sind sie nicht genauer und von innen her vertraut: also Rekrutierungsprozesse, akademische Erfolgsstrategien bei Forschungsmitteln oder Publikationen, Berufungen, Reputation, Lehre. Das vollzieht sich in der Regel auf einer anderen Bühne als jener, auf der sich die Studierende im Alltag der Lehrveranstaltungen, in Sprechstunden oder in Gesprächen mit Kommiliton*innen bewegen.

Soll man studieren? Wozu ist das gut? Kann man als Linker mit dem Wissen, das an den Hochschulen vermittelt wird, etwas anfangen und bewirken? Wird die Theorie relevant für die Praxis? Von welcher Theorie, von welcher Praxis sprechen wir? Solche Fragen sind Erfahrungsmomente von kritischen Studierenden, die zu Recht nach dem Sinn der bürgerlichen Wissenschaften, nach der Qualität des Wissens, nach der Funktion des Lehr- und Forschungsbetriebs fragen – und sich fragen, ob und in welchem Maße sie daran teilhaben wollen. Die Studierenden müssen für sich überlegen, welches

1 Vgl. Redaktion diskus: »Intro«, in: *diskus. Frankfurter Student_innenzeitschrift* 64.1 (2025), S. 2–9.

Wissen sie erwerben und welche Art von Wissenssubjekt sie sein wollen – oder anders und ökonomischer gesagt: welches Fach sie studieren, wie viel Lebenszeit sie auf das Studium verwenden wollen, ob es sich um lohnende geistige, zeitliche, materielle Investitionen handelt, die am Ende zu einer beruflichen Tätigkeit führen. Für kritische Studierende stellen sich diese Fragen in gesteigerter Form, denn für sie geht es darum, ob das Wissen, das sie erwerben, der Habitus, den sie einüben, tatsächlich der gesellschaftlichen Vernunft und Emanzipation dient. Die Studierenden müssen sich von der Zukunft her sehen: Interessiert sie das Wissen auch langfristig, gibt es ihnen einen Beruf, können sie den professionsspezifischen Leistungserwartungen entsprechen, wird ihnen die Tätigkeit gefallen, können sie für sich und ihre Partner*innen ein ausreichendes Einkommen erwarten? Anspruchsvolle Studierende können wünschen, eine akademische Laufbahn zu verfolgen. Das ist für manche auch naheliegend, weil es durchaus bequem ist, denn man weiß, wie man sich schulisch bewähren muss. Aber Studierende wissen zumeist noch nicht, ob ihnen die für den akademischen Beruf notwendigen Tätigkeiten liegen: das Lesen, das Schreiben, die Einsamkeit der Tätigkeit, die Konferenzen und sozialen Situationen, der Wettbewerb um neue Erkenntnisse, die Enttäuschungen der Nicht-Anerkennung, die Feindseligkeiten im akademischen Alltag, die Herausforderungen der Lehre, der Verwaltung, der Betreuung und Beurteilung von Abschlussarbeiten. Das kann man nur in der Praxis herausfinden. Viele wären sehr gute Wissenschaftler*innen, aber die Tätigkeiten und ihre persönlichen Motivlagen und habituellen Muster fügen sich nicht zusammen. Mit der neoliberalen Hochschulreorganisation hat sich das Tätigkeitsprofil der Wissenschaftler*innen verändert. Alles wird noch undurchschaubarer. Einerseits nehmen die Ansprüche an Wissenschaftlichkeit, an Publikationen, an Innovationen zu; andererseits werden extrafunktionale Tätigkeiten wichtiger: Management, Verwaltung, Drittmittelinwerbung, Kontakte.

Hochschulische Rekrutierungsmuster entziehen sich für Studierende dem Kalkül: Man wählt ein Fach, einen Studienort oder einen Hochschullehrer, besucht Lehrveranstaltungen und beweist seine Wissenskompetenz. Aber vielleicht wäre eine andere Universität, ein anderes Fach oder ein anderer fachlicher Schwerpunkt, eine andere Hochschullehrerin die bessere Wahl gewesen. Vielleicht gefällt dem Hochschullehrer die inhaltliche Position oder die Geste nicht. Zeigt man sich als Student*in enttäuscht, kann dies zum Scheitern einer möglicherweise in Aussicht stehenden akademischen Karriere führen; verhält man sich so, als stünde sie einem zu, kann dies diejenigen

abschrecken, die darüber entscheiden und vielleicht mehr Demut und Unterordnung erwarten. Die im Wissenschaftsbetrieb notwendige Sicht auf sich selbst schwankt zwischen Genie und Unfähigkeit. Die Gefühle und Erwartungen richtig zu kalibrieren ist eine Herausforderung. Verfolgt man eine akademische Karriere, fühlt sich »berufen« und investiert entsprechend: also Zeit, Geld, fachliche Kompetenzen und Wissen, Subjektivierungspraktiken, soziale Beziehungen. Dies kann eine Fehlinvestition sein, und die Enttäuschung – nicht nur die kurzfristige, sondern auch die lebensgeschichtliche, weil man eine entgangene oder gescheiterte Karriere vor Augen hat – kann recht groß werden. Auch als Linke kommt man nicht heraus aus dem Konkurrenzkampf um knappe Stellen, um diese Ambivalenz im Verhältnis zu sich selbst – noch verstärkt durch die Einschätzung, dass die, die angepasst dem Mainstream folgen, den Ansprüchen an Wissenschaft nicht entsprechen. Gefühle über die Enttäuschungen des Studiums zu kommunizieren, kann durchaus eine realistische Beschreibung der Lage sein. Denkbare sind aber auch zwei andere Praktiken: 1. Die kommunizierte negative Einschätzung kann der Versuch sein, vom Scheitern eigener größerer Ambitionen abzulenken. 2. Die politisch aufgeladene Kritik an den Hochschulen kann aber auch ein Strategem sein, eine Bemühung, mögliche Konkurrent*innen derart zu entmutigen, dass sie ihre Karriereambitionen aufgeben.

Ein Gegenstand der Kritik an den Hochschulen ist ihre soziale Selektivität, ihr die soziale Ungleichheit verstärkender Charakter. Das Studium kostet nicht nur Geld, sondern bedeutet auch einen Verlust an Einkommen und damit auch Anwartschaftszeiten bei der Arbeitslosenversicherung oder Rente. Die Qualifikationsphasen in der Forschung, wenn sie nicht mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen verbunden sind, werden nicht auf die Erwerbsarbeitszeiten für die Rente angerechnet (Kanzler Helmut Kohl ließ diese Ausfallzeiten abschaffen). Das bedeutet, dass neben dem Studium auch die Promotion oder die Habilitation, insgesamt eine Zeit von vielleicht fünfzehn Jahren, für die Sozialversicherungen nicht gezählt werden. Das kritische Argument, dass das Studium nur für Angehörige privilegierter sozialer Gruppen möglich ist – also Bürgertum und Kleinbürgertum, kaum Arbeiter*innenklassen –, stimmt. Das ist nicht neu. Dennoch gibt es erhebliche Veränderungen. Anders als in den 1950er Jahren studieren heute nicht etwa drei bis fünf Prozent, sondern die Hälfte eines Jahrgangs. Hinzu kommt, dass Frauen überparitätisch studieren. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung hat sich derart differenziert, dass hochqualifizierte Fachkräfte benötigt werden; und die Gesellschaft ist so reich, dass Familien und der Staat in erheblichem

Maße dazu beitragen können, dass Menschen über lange Zeit in den Bildungseinrichtungen verweilen und sich qualifizieren. Universitäten waren nie akademische Elfenbeintürme. Sie waren und sind auch heute zuständig für berufliche Ausbildung, sie tragen zur Qualifikation in einer Vielzahl von Berufen bei. Für die Struktur der arbeitsteiligen Ökonomie und die Einzelnen geht es um den Erwerb von Qualifikationen und staatlich gewährleistete und geprüfte Studienzertifikate und damit einen besseren Arbeitsmarktzugang. Das Arbeitsmarktrisiko von Hochschulabsolvent*innen ist geringer als das von Menschen mit oder gar ohne Facharbeiterausbildung. Die hochschulische Ausbildung und damit der längere Verbleib in Bildungseinrichtungen ist gesellschaftlich umstritten. 1. Da ist zum einen der heute nicht mehr so häufig zu hörende Einwand, dass das Bildungs- und Wissenschaftsniveau an den Hochschulen gesenkt wird. Indirekt wird es allerdings immer wieder vorgebracht, wenn die Berufsorientierung von Studierenden (Studium der Fächer BWL, Jura, Medizin, Lehramt) und das geringe Wissenschaftsinteresse, das geringe Engagement, die geringe Neugierde an Erkenntnis kritisiert, wenn beklagt wird, dass Studierende sich inhaltlich kaum engagieren, sondern letztlich nur an den ECTS, den benoteten Scheinen oder den Noten der Klausuren interessiert sind. Dieser Widerspruch zwischen den Funktionen von Ausbildung und Bildung gibt es seit langem. Das Bildungsbürgertum war deswegen eher für eine restriktive Zulassung zum Studium – natürlich auch, um die Konkurrenz gering zu halten. Es gibt demgegenüber gute Gründe, für eine breite Öffnung der Hochschulen zu sein. Aus linker Sicht ist es richtig zu fordern, dass einhundert Prozent der Menschen eines Jahrgangs akademisch qualifiziert werden. Diese Qualifikation sollte auch nicht als Investition in das eigene Humankapital missverstanden, sondern als eine Aufgabe der Gesellschaft für die Gesellschaft und ihre Zukunft begriffen werden. Dabei sollte es um anspruchsvolle Bildung gehen, die Teilhabe an den fortgeschrittensten Erkenntnissen und Theorien, über die unsere Gesellschaften verfügen. 2. Da ist zum anderen das Argument, dass die Vermittlung akademischen Wissens teuer ist und in vielen Fällen eine Fehlinvestition darstellt, wenn die ausgebildeten Individuen nicht entsprechend ihrer Ausbildung arbeiten. Gleichzeitig aber fehlen einer Gesellschaft die Arbeitskräfte für die handwerklichen Berufe oder für Dienstleistungsarbeit (also etwa Pflegekräfte, Bus- und Straßenbahnfahrer*innen).

Das will aus linker Sicht ernsthaft bedacht werden. Das Problem lässt sich nicht ignorieren. Aktuell löst die kapitalistische Gesellschaft das Problem durch Migration: Lohnarbeitskräfte werden auf einheimischen oder fernen

Arbeitsmärkten gekauft. Wenn es richtig ist, dass im Prinzip alle – auch im menschheitlichen Sinn – an der hochschulisch-wissenschaftlichen Ausbildung teilnehmen, und wenn gleichzeitig klar ist, dass die nationalistisch-neokoloniale Praxis – die körperlichen Arbeiten, einfach durch migrantische Arbeitskräfte bewältigen zu lassen – nicht weitergeführt werden soll, dann bedarf es einer Reorganisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit und einer anderen Einfügung von Wissenschaft, wissenschaftlicher Qualifikation und Forschung in die sonstigen Prozesse der gesellschaftlichen Selbsterhaltung und Reproduktion. Das hat zur Folge, dass alle in irgendeiner Form an wissenschaftlichen und Forschungsprozessen ebenso teilhaben können wie an anderen Formen gesellschaftlich nützlicher Arbeit. Wie diese Arbeiten zugeschnitten sein werden und wie sie miteinander koordiniert werden, wenn sie nicht mehr durch blinde Marktprozesse vermittelt werden, wird eine Herausforderung für zukünftige Formen demokratischer Planungsprozesse sein.²

Die soziale Selektivität des Zugangs zu Hochschulen stellt für Linke ein besonderes Problem dar, weil die wissenschaftliche Ausbildung höhere Einkommen und bessere berufliche Positionen verspricht. Die Hochschulen tragen zur Reproduktion der Klassengesellschaft bei, sie sind ein besonderer Herrschaftsapparat. Es handelt sich bei Hochschulen um ein autonomes soziales Verhältnis mit einer spezifischen Logik und sozialen Kämpfen. Die Linke hat immer wieder versucht, diese sozialen Auseinandersetzungen zu begreifen: Zum einen in Begriffen der Klasse. In diesem Fall sind die Hochschulen bestimmt durch die Klassenherkunft der Studierenden und der dort Lehrenden. Die Logik der akademischen Qualifikation und des wissenschaftlichen Wissens würde dieser Herkunftslogik folgen. Zum anderen gibt es Bemühungen, die Hochschulen durch ihren Bezug auf Wahrheit zu begreifen (wie dies in so unterschiedlichen Ansätzen wie denen von Niklas Luhmann, Jacques Derrida oder Jürgen Habermas der Fall ist). Demnach handelt es sich bei der akademischen Qualifikation um einen Prozess, in dem die Subjekte als wahrheitsfähige Subjekte formiert werden und sich formieren. Ihr Handeln wird sich somit an der Allgemeinheit wissenschaftlicher Wahrheit orientieren. Wahrheit wird zu einer Ethik praktischen Handelns. Das kann

2 Vgl. Demirović, Alex; »Bildung und gesellschaftliche Arbeitsteilung«, in: *Zeitschrift Luxemburg* 2 (2021), S. 78–85. Siehe auch: Demirović, Alex: »Wer entscheidet, was ich arbeite? Demokratische Planung und freie Kooperation«, in: *Zeitschrift Luxemburg* 1 (2024), S. 110–115.

durchaus formal bestimmt bleiben, es geht nicht um besondere Aktivitäten oder Wahrheiten. Diejenigen entsprechen am ehesten dem Anspruch von Intellektuellen, die sich universalistischen Wahrheitsnormen verpflichtet sehen. Insofern sind Universitäten und Wissenschaften Orte kritischen Denkens und demokratischer Verkehrsformen. Denn es gehört zur Logik des wissenschaftlichen Arguments, dass es einen Wahrheitswert unbeschaden der Person haben soll, die es vorbringt. Es muss, so Pierre Bourdieu, weit über die Wissenschaften hinaus blickend, einen universellen Zugang zu den Mitteln des Universellen geben. Kritische, linke Studierende und Wissenschaftler*innen stehen demnach vor dem Widerspruch, dass die Allgemeinheit der Erkenntnis immer die Gestalt konkreter Institutionen und Personen annimmt, die doch partikularen Interessen dienen: Kapitalinteressen, Karriereinteressen der Einzelnen, Eitelkeiten, sich selbst darzustellen, öffentlicher Einfluss als auch individuelle Macht, die auch sexistische Übergriffe erlaubt. Dies schließt Fehler, Einseitigkeiten, Ungenauigkeiten, Nicht-Wissen immer mit ein. Die Hochschulen oder ein akademisches Fach vermitteln also niemals das Ganze des Wissens, keines von ihnen bietet einen privilegierten Zugang. Wissenschaft ist keine magische Formel dafür, handstreichartig sich des Wesens der Dinge zu bemächtigen. Sie ist vielmehr harte, körperlich anstrengende Arbeit, Arbeit am empirischen Material, am Begriff, an Theorien, ein langsamer Prozess, der viel Zeit und Geduld benötigt und verlangt, sich die Kenntnisse vieler anderer Menschen anzueignen. Denn Wissenschaft besteht nicht aus der Aktivität genialer Einzelner und ihren Einfällen, aus einem Text, in dem alles enthalten, alles auf den Punkt gebracht ist, sondern aus Aufschüben, aus umfassender Kooperation mit anderen, die ihrerseits Erfahrungen, Einsichten und Theorien, die sie sich angeeignet haben, in die Forschungsprozesse einbringen. Wissenschaft ist ein offener Prozess – hinsichtlich der Zeit, des Gegenstands, der Teilnehmer*innen. Gleichzeitig ist sie nie schlechthin offen, sondern immer historisch spezifisch, kontextabhängig, situiert, ihre Erkenntnisse sind paradigmatisch bestimmt, wissenschaftliche Äußerungen müssen sich »im Wahren«³ bewegen. Immer ist die wissenschaftliche Arbeit auch vom Alltagsverstand, von spontanen Evidenzen, von Ideologien überdeterminiert, denn es werden immer wieder Begriffe, Subjekte und Gegenstände miteinander identifiziert, so dass sich die Individuen jeweils quasi-tautologisch in den Gegenständen wieder erkennen und bestätigt sehen. Ideologiebildung findet sich auch in der Wissenschaft aufgrund der Bedingungen, die Ergebnis

3 Foucault, Michel: *Die Ordnung des Diskurses*, München: Carl Hanser 1974, S. 24.

kapitalistischer Produktionsverhältnisse sind. Die Erkenntnis, der Autor, der Gegenstand müssen fixiert werden und einen Eigentumstitel ermöglichen: meine Erkenntnis, meine Theorie, mein Gegenstand, mein Patent. Das dient der Sicherung des Lebensunterhalts, der Zurechnung eines Wissens zu einem Individuum. Das reicht weiter bis zum Wettbewerb der Hochschulen um das Ranking, um die Drittmittel oder die Bewilligung einer Exzellenzinitiative, der Nationen um die Wettbewerbsfähigkeit durch Wissenschaften. Millionen wissenschaftliche Arbeitsstunden und finanzielle Ressourcen werden in dieser Konkurrenz »verbrannt«. Es handelt sich um ideologische Prozesse, die rationale und irrationale Momente durchdringen. Die Steuerung der wissenschaftlichen Erkenntnisuche mittels des Wahren und der Lüge gehen miteinander einher. Auch wenn man nicht mitmachen will, holen einen die Verhältnisse ein: an Erkenntnissen, kollektiv vermittelten Fragestellungen, Verschiebungen der wissenschaftlichen Problematik nicht teilzuhaben, bringt die Gefahr mit sich, überholt zu werden, zu provinzialisieren oder im Wissensprozess enteignet zu werden, weil andere sich die eigenen Erkenntnisse aneignen.

Wenn wissenschaftliche Prozesse mit Notwendigkeit niemals universell sein können, sondern es sich immer um situiertes Wissen handelt, dann stellt sich die Frage, wie partikulare Wissenschaftler*innen doch das Allgemeine verkörpern können. Es geht also um die Frage eines gelingenden, emanzipatorischen Repräsentationsverhältnisses, so dass Wissenschaftler*innen in ihrer Partikularität hier und jetzt die verbindlichen Begriffe, Theorien, Wahrheiten sprechen.

Antonio Gramscis Vorschlag zum Verständnis von Intellektuellen erscheint mir in diesem Zusammenhang hilfreich. Nach Gramsci geht es beim Verständnis der Widersprüche von linken Intellektuellen an den Hochschulen nicht um die Spannung: hier die soziale Herkunft, dort die Verpflichtung auf universelle Wahrheit jenseits der sozialen Klassen (oder Geschlechter). Es muss ja auch erklärt werden können, warum Akademiker*innen mit bürgerlicher und kleinbürgerlicher Herkunft, also etwa Karl Marx, Friedrich Engels, Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Michel Foucault, Angela Davis oder Donna Haraway, auf dem Feld der Wissenschaften radikale sozialistische Positionen vertreten können. Gramsci schlägt die Unterscheidung von organischen und traditionellen Intellektuellen vor.⁴ Dieser Überlegung folgend, sind viele der Hochschullehrer*innen als Physiker*innen, Jurist*innen,

4 Vgl. Gramsci, Antonio: »Heft 12«, in: *Gefängnishefte*, Bd. 7, Hamburg: Argument 1996.

Germanist*innen, Ökonom*innen, Psycholog*innen oder Mediziner*innen traditionelle Intellektuelle. Sie arbeiten das Verständnis der bürgerlichen Klasse von Gesellschaft, Natur, Mensch aus, eine bestimmte Haltung diesen gegenüber, ein Wissen-Wie im Umgang mit ihnen. Dieses Verständnis ist kein bewusstseinsförmiger, ideeller, mentaler Vorgang, sondern nimmt die Form von diskursiven Praktiken, Institutionen, gesellschaftlichen Vereinigungen und Aktivitäten (Fachzeitschriften, Verbände, Konferenzen), besondere Formen der Lehre, der Prüfungen an. Es geht dabei darum, das bürgerliche Wissen, die bürgerliche Weltauffassung, die herrschenden sozialen Verhältnisse zu erhalten und derart weiterzugeben, dass diese Verhältnisse sich auf erweiterter Stufenleiter reproduzieren. Was diese bürgerliche Weltauffassung ist, steht nicht von vornherein und ein für allemal fest. Allerdings sind ihre Elemente auch nicht beliebig. Im Durchschnitt der ideologischen Prozesse finden sich regelmäßige Muster wie Markt, Eigentum, Ordnung, Sicherheit, Integration, Rechtsstaat, Freiheit, Gleichheit, Ehe, Familie und so weiter. Es handelt sich um einen Suchprozess mit vielen institutionellen Konflikten um Ressourcen oder Personalauswahl, um Gewichtungen und fehlerhafte Entscheidungen hinsichtlich der Argumente und Theorien, um Einsichten, mit denen Intellektuelle auf dem Feld der wissenschaftlichen Diskussion mit anderen in Konflikt geraten, weil sie Grenzen der konventionellen Erkenntnis überschreiten. Daraus können spezifische Dynamiken des Bruchs im Repräsentationsverhältnis von herrschender Klasse und ihren Intellektuellen entstehen. Denn sie werden aufgrund ihrer Erkenntnisse und neu gewonnenen Überzeugungen nicht mehr anerkannt, stoßen auf Widerstände, werden marginalisiert und ignoriert. Dies muss nicht, aber kann zu neuartigen Bündnissen und zur Herausbildung eines organischen Verhältnisses zwischen diesen Intellektuellen und den Subalternen einer Gesellschaft führen. Diese werden zu organischen Sprecher*innen einer neuen Auffassung der Welt: einer anderen Art des Arbeitens, der Naturaneignung und der Gesetzmäßigkeiten der Natur, des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern, der demokratischen Koordination zwischen unterschiedlichen Interessen, der sprachlich-diskursiven oder künstlerischen Praktiken. Nach Gramscis Verständnis ist wohl nicht entscheidend, aus welcher Klasse die Studierenden oder Lehrenden kommen – die meisten kommen aus dem Bürgertum und Kleinbürgertum –, sondern wie sie sich auf dem Feld der gesellschaftlichen Kämpfe positionieren, wie sie dazu beitragen, dass sich die Subalternen das höchste Niveau der Begriffe und der Theorien aneignen können und schließlich, dass sie nicht zum Bürgertum zurückkehren, sondern den Bruch radikal

und langfristig vollziehen. Dazu ist eine Selbstabspaltung der traditionellen Intellektuellen erforderlich, eine kritische Selbstveränderung, eine neue, emanzipatorische Subjektivierung, die Erkenntnis zu einem Maßstab des sozialen Zusammenlebens macht. Die Hochschulen erlauben dies, sie schaffen vermittels Erkenntnis und Wahrheit durchaus emanzipatorische Bedingungen des Zusammenschlusses, der Kritik, der Transformation des Wissens. Deswegen werden vom Bürgertum Prozesse und Entscheidungen geschaffen, die solche emanzipationsfördernden epistemologischen Bedingungen blockieren und unterlaufen: Distanz zur Gesellschaft, Ablehnung des Wissens, positivistisch-wertneutrales Selbstmissverständnis der Wissenschaftler*innen, Abwertung der Abschlüsse, Wettbewerb in den Wissenschaften, immer höhere Arbeitsbelastung mit allen zerstörerischen Folgen.

Bürgerliches Wissen und wissenschaftliches Wissen können an vielen Orten der bürgerlichen Gesellschaft ausgearbeitet werden: in Verbänden, Medien, NGOs, Stiftungen, in Ministerien. Das gleiche gilt für die Produktion kritischen, nonkonformistischen Wissens. Es wird an vielen Orten erzeugt: in Zeitschriften, Gewerkschaften, Medien, Arbeitsgruppen, Frauenschulen, Organisationen und Diskussionszusammenhängen von sozialen Bewegungen. Die Hochschulen sind ein Ort unter vielen, aber sie haben auch die besondere Eigenschaft, ein ideologischer Staatsapparat zu sein.⁵ In der Form der Hochschulen, der Wissenschafts- und Forschungsministerien zieht der Staat die sozialen Kämpfe um Wissen und die mit diesem Wissen verbundene Macht auf sein Feld. Der Staat definiert in hohem Maße, was als legitimes, gültiges und wertvolles Wissen anzusehen ist. Das, was an Hochschulen betrieben wird, ist in vielen Hinsichten nicht wissenschaftlich: Jurisprudenz, Theologie, Medizin, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, um nur einige zu nennen. Es handelt sich um Ideologie – wissenschaftlich-rationale Momente und Momente der Herrschaft durchdringen sich in den Disziplinen, und das bedeutet, dass vieles, was in der Welt geschieht, verkannt, marginalisiert, gelehnet oder auch ausdrücklich bekämpft werden kann. Solche Kämpfe lassen sich gegenwärtig in den Auseinandersetzungen um Gender und Post Colonial Studies, um Klima- oder Impfforschung beobachten. Aber es kehren auch Dauerbrenner wieder, etwa der Kampf gegen den Marxismus oder »Kulturmarxismus«, gegen die kritische Rassismusforschung oder die Psychoanalyse. Manche Gebiete sind derart marginalisiert, dass sie nicht einmal Thema sind: etwa Genossenschaftsökonomie, Wirtschaftsdemokratie,

5 Vgl. Althusser, Louis: *Über die Reproduktion*, Hamburg: VSA 2012.

demokratische Planung. Die wissenschaftlichen Disziplinen konstituieren sich nicht aufgrund interner Entwicklung, sondern werden vielfach durch staatliche Regulierung als Fach formiert. Der Staat finanziert Fachgebiete, Forschungen sowie wissenschaftliche und Verwaltungsstellen, er bestimmt in Verhandlungen mit Wissenschaftler*innen, Fachverbänden, lokalen Behörden, Wirtschafts- oder Sozialverbänden und Unternehmen über Orte, Größe, die Ausstattung und das fachliche Profil der Hochschulen. Die Fachverbände und ihre Vertreter*innen an den Hochschulen geben sich dann in teilweise erbitterten internen Streitigkeiten Studien- und Prüfungsordnungen, die Fachverbände organisieren einen Fachkanon und kontrollieren die Rekrutierung des Wissenschaftspersonals.⁶

Da es sich um staatliche Apparate handelt, sind die Hochschulen von der Gesellschaft getrennt, und die staatlich organisierte wissenschaftliche Arbeit und das Studium sind auf spezifische Weise autonom. Es gibt Auseinandersetzungen darum, wer zum Studium zugelassen wird und unter welchen Bedingungen, wie viele und welche Fächer es gibt, wer als Hochschullehrer*in berufen wird, welches Wissen in welchem Umfang als wissenschaftlich gelten, in welchen Disziplinen es näher verfolgt werden darf (wenn wir an Feminismus, kritische Rassismusforschung, Marxismus und Psychoanalyse denken, so müssen diese sich in Disziplinen ein- und unterordnen und können sich nicht als eigenständige Wissenschaften konstituieren). Immer wieder zweifeln Linke daran, sich derart mit der Hochschule einzulassen, dass sie hier Wissenschaft betreiben. Marx und viele Wissenschaftler*innen der Arbeiter*innen- und sozialistischen Bewegung wurden nicht Hochschullehrer. Die Frauen wurden über Jahrtausende und weit ins 20. Jahrhundert hinein von der höheren Bildung ausgeschlossen. Eindrucksvoll weist Virginia Woolf in *Drei Guineen* auf diesen Skandal hin und zeigt, welche Folgen diese Usurpation des Wissens durch Männer für die Gewaltförmigkeit der bürgerlichen Gesellschaft hat.⁷ Das Bürgertum hat viele Anstrengungen unternommen, Subalterne von den Hochschulen fernzuhalten. Sofern das nicht möglich ist, weil es die wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräfte und die relativ offene wissenschaftliche Diskussion benötigt, gibt es umfangreiche Bemühungen,

6 Detailliert zu den Aktivitäten Theodor W. Adornos bei der Formierung der Soziologie in der Bundesrepublik und ihrer Bedeutung für die Neue Linke der 1960er Jahre, siehe Demirović, Alex: *Der Nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023.

7 Vgl. Woolf, Virginia: *Drei Guineen*, München: Frauenoffensive, 1987.

die Wissenschaften von innen zu schwächen: durch Unterfinanzierung und Unterausstattung, durch Begrenzung des fachlichen Angebots, methodologisch durch den Positivismus, institutionell durch die Organisation des Studiums, durch die Berufungspolitik, durch die Überlastung mit Verwaltung, durch ständige Leistungskontrollen. Das alles können Gründe sein, die Hochschulen zu kritisieren. Dennoch wäre es falsch, die Hochschulen aufzugeben. Sie sind durch Herrschaft bestimmte, privilegierte Orte der Ausarbeitung des Wissens. Doch als ein ideologischer Staatsapparat sehen sie sich gezwungen, auch Wissenspraktiken und -initiativen von unten aufzunehmen. Die historische Initiative ›Marx an die Uni‹, die 1968 propagiert wurde, ist weitgehend gescheitert, auch radikale Vorstöße zur Infragestellung der bürgerlichen Ökonomie, der Kindheits- und Erziehungsvorstellungen, der Psychiatrie oder der Strafjustiz. Aber die Hochschulen haben viele Initiativen in transformierter Gestalt aufnehmen müssen, weil solche Vorstöße historisch rational waren und sind. So konnten sie in den vergangenen Jahrzehnten in aller Widersprüchlichkeit zu Zentren der radikalen Opposition werden⁸ – und werden deswegen von der Rechten als Feinde identifiziert und massiv bekämpft. Die fortschrittliche Seite der Hochschulen hat ermöglicht, das Feld des Wissens zu erweitern, zu verändern und wissenschaftliche Innovationen oder gar Erkenntnisrevolutionen auszulösen. Ein gutes Beispiel ist die Kritische Theorie Max Horkheimers und Theodor W. Adornos, denen es nach der Rückkehr aus dem Exil gelang, kritische Gesellschaftstheorie als eine Wissensform zu institutionalisieren, der es immer wieder vollbrachte, die einzelwissenschaftlichen Disziplinen Philosophie, Soziologie, Sozialpsychologie, Ökonomie, die empirischen Kenntnisse alltäglicher gesellschaftlicher Prozesse und subjektiver Erfahrungen mit Kapitalismustheorie und Gesellschaftskritik zu verbinden – zu einer radikalen Gesellschaftskritik, die nicht aus Gesinnung, Moralismus und leeren Gesten besteht, sondern in der Sache fundiert ist und konkrete Perspektiven einer alle Lebensbereiche umfassenden Veränderung hin zu Formen eines selbstbestimmten Zusammenlebens in den Blick nimmt. Die Frauenbewegung hat wesentlich dazu beigetragen, Prozesse männlicher Herrschaft empirisch und theoretisch zu erschließen und Räume für Geschlechterforschung und Forschungen zur Diversität geschlechtlicher Orientierungen und Lebenspraktiken jenseits von

8 Vgl. Marcuse, Herbert: »Konterrevolution und Revolte«, in: *Schriften*. Bd. 9, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.

Heteronormativität und phallozentrischer Sexualität zu öffnen. Die Ökologiebewegung hat Forschungen zu weiten Bereichen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse angeregt und beigetragen, das Verständnis von natürlichen Kreisläufen zu revolutionieren und die Natur und ihre vermeintlichen Gesetze als besondere geschichtliche Prozesse verständlich zu machen. In vergleichbarer Weise haben die sozialen Protestbewegungen viele Diskussionen über neue, radikale Formen der Demokratie in Gang gebracht. Die Hochschulen stellen ein wichtiges Terrain der wissenschaftlichen Erkenntnis, der Möglichkeiten der Reflexion, der sozialen Kämpfe um Emanzipation dar, ein Terrain, das bei allen Einschränkungen nicht ohne Not und aus Enttäuschung aufgegeben werden sollte. Eher geht es darum, für umfassende Erkenntnis und Rationalität einzutreten. Der Satz Adornos, dass es kein richtiges Leben im falschen gäbe, stimmt ja. Diesen Widerspruch muss man aushalten und aushalten wollen und können. Die Hochschulen sind ein Ort, an dem es möglich ist, in einem gewissen Umfang, auf bestimmte Art und Weise zu emanzipatorischem Wissen beizutragen. Es handelt sich um eine Verantwortung, die mit langem Atem wahrgenommen werden muss: »In einer Gesellschaft, zu deren Struktur ungleicher Zugang zu Wissen und Information gehört, ist der Antagonismus zwischen den Erziehern und den zu Erziehenden unvermeidlich. Die bereits Gebildeten sind verpflichtet, ihr Wissen dazu zu verwenden, anderen Menschen zu helfen, ihre Fähigkeiten zu realisieren und zu genießen. Jede wirkliche Erziehung ist politische Erziehung; in einer Klassengesellschaft aber ist politische Erziehung undenkbar ohne eine durch die Theorie und Praxis radikaler Opposition erprobte und gebildete Führung.«⁹

Literatur

- Althusser, Louis: *Über die Reproduktion*, Hamburg: VSA 2012.
- Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015.
- Demirović, Alex; »Bildung und gesellschaftliche Arbeitsteilung«, in: *Zeitschrift Luxemburg* 2 (2021), S. 78–85.
- Demirović, Alex: *Der Nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Wien: Mandelbaum 2023.

9 Marcuse: »Konterrevolution und Revolte«, S. 52.

- Demirović, Alex: »Wer entscheidet, was ich arbeite? Demokratische Planung und freie Kooperation«, in: *Zeitschrift Luxemburg* 1 (2024), S. 110–115.
- Foucault, Michel: *Die Ordnung des Diskurses*, München: Carl Hanser 1974.
- Gramsci, Antonio: »Heft 12«, in: *Gefängnishefte*, Bd. 7, Hamburg: Argument 1996.
- Marcuse, Herbert: »Konterrevolution und Revolte«, in: *Schriften*. Bd. 9, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.
- Redaktion diskus: »Intro«, in: *diskus. Frankfurter Student_innenzeitschrift* 64.1 (2025), S. 2–9.
- Woolf, Virginia: *Drei Guineen*, München: Frauenoffensive, 1987.

Wissen, Kommunikation, Kooperation

Zur Inwertsetzung des Sozialen

Isabell Lorey

In der Geschichte des Kapitalismus hatte Wissen schon immer eine Bedeutung für die Wertschöpfung, ebenso die sozialen Beziehungen und die Kooperationen der Arbeiter*innen. Planmäßiges Vorgehen, die Abstimmung von Bedürfnissen, Zwecken und Interessen, die effiziente Verknüpfung von Angebot und Nachfrage, von Produzent*innen und Verbraucher*innen – all dies wäre nicht möglich ohne den ordnenden, vermittelnden und organisierenden Einsatz von Wissen. In der Analyse kapitalistischer Produktionsverhältnisse spielte das Wissen aber lange nur eine marginale Rolle. Wissensformen, die auf Affekten und Inventionen beruhen, blieben in der Regel unberücksichtigt und wurden in den Bereich des Unberechenbaren ein- und damit ausgeschlossen. Sie galten als unproduktiv und waren weiblich konnotiert.¹ Seit ein paar Jahrzehnten nun wird es immer offensichtlicher, dass für die aktuelle Form des neoliberalen Kapitalismus die verschiedenen Formen der Wissensproduktion von besonderer Relevanz sind.²

1 Vgl. Hausen, Karin: »Wissenschaftsgeschichte als Geschlechtergeschichte«, in: Jenny, Franziska/Piller, Gudrun/Rettenmund, Barbara (Hg.), *Orte der Geschlechtergeschichte. Beiträge zur 7. Historikerinnentagung*, Zürich: Chronos 1994, S. 271–288. Für eine ältere Version der Argumentation im vorliegenden Text siehe Lorey, Isabell/Neundlinger, Klaus: »Kognitiver Kapitalismus. Von der Ökonomie zur Ökonomik des Wissens. Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Kognitiver Kapitalismus*, Wien: Turia + Kant 2012, S. 7–56.

2 Vgl. Corsani, Antonella: »Wissen und Arbeit im Kognitiven Kapitalismus. Die Sackgasse der politischen Ökonomie«, in: Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.), *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire*, Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 156–174.

Wissen – überfließend und vermessen

Dieser kapitalistische Strang wird als kognitiver Kapitalismus bezeichnet. In den 1990er Jahren entstand diese Begrifflichkeit im Umfeld des *Postoperaismo* in Italien und wurde vor allem ab den 2000er Jahren international aufgenommen.³ Wichtig ist, gleich deutlich zu sagen: Von kognitivem Kapitalismus zu sprechen bedeutet nicht, dass die Produktion von Wissen nun zur einzigen kapitalistischen Produktionsweise geworden ist.

Schon 1994 hatte die Weltbank die Herausbildung einer wissensbasierten Ökonomie als wichtigsten Faktor der damaligen ökonomischen Entwicklung herausgestellt, dies allerdings in erster Linie im Bildungsbereich.⁴ Seit den 2000er Jahren verlagert sich der Fokus der Wissensproduktion immer mehr ins Internet: Wissen wuchert und existiert im Überfluss, weil es in unermesslichen Datenmengen durch die Kanäle der informations- und kommunikationstechnologischen Infrastruktur strömt.

Gleichzeitig wird Wissen gerastert, gemessen und in immer größeren Mengen gesammelt. Es wird versucht, Wissen quantifizierbaren, objektivierten und zum Teil automatisierten Bewertungsverfahren zu unterwerfen, seine Verbreitung zu steuern und den Wissensüberfluss möglichst durch die Verwandlung in private Güter zu verknappen oder zur staatlichen Kontrolle und Überwachung zu nutzen.

3 Vgl. Birkner, Martin/Foltin, Robert: *(Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude*, Stuttgart: Schmetterling 2006; Hardt, Michael/Negri, Antonio: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2003; Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2007.

4 Vgl. World Bank: *Higher Education. The Lessons in Experience*, Development in Practice Series, Washington D.C.: World Bank 1994. 2002 hieß es bereits: »Knowledge has become the most important factor in the economic development« (World Bank: *Constructing Knowledge Societies. New Challenges for Tertiary Education*, Washington D.C.: World Bank 2002, zitiert nach Caffentzis, George: »A Critique of ›Cognitive Capitalism‹«, in: Peters, Michael A./Bulut, Ergin (Hg.), *Cognitive Capitalism, Education and Digital Labor*, New York u.a.: Peter Lang 2011, S. 23–57).

Wandel in der Produktionsweise

Damit Wissen überhaupt in dieser Art produktiv werden konnte, war ein grundlegender Wandel in der Produktionsweise notwendig – darin, wie Waren und Dienstleistungen hergestellt werden, wie Arbeit organisiert wird und wie die Kapitalakkumulation verläuft. Zu beobachten ist dieser Wandel seit den 1970er Jahren. Mit der Krise des Fordismus wurde die Organisation von Arbeit nicht mehr auf das technisch-wissenschaftliche Vermessen von Bewegungsabläufen oder die zentral planbare Verteilung von Aufgaben reduzierbar. Wissens- und Handlungsformen gewannen an Bedeutung, die bis dahin nicht als Teil ökonomischer Rationalität betrachtet worden waren. Dabei handelt es sich um Tätigkeiten, die nicht nur dem kulturellen und künstlerischen Feld zugeordnet wurden, sondern auch unbezahlt, in erster Linie von Frauen, im Reproduktionsbereich ausgeführt wurden: Kommunikation, Koordination, Fürsorge, der empathische Austausch in sozialen Beziehungen, flexible Kreativität. Solche Tätigkeiten, solche Formen des sozialen Handelns, werden nicht zuletzt in der feministischen Forschung als affektive und emotionale Arbeit bezeichnet.⁵ Im Kontext der Debatten zu kognitivem Kapitalismus gelten sie auch als sogenannte immaterielle Tätigkeiten, die heute vor allem im Dienstleistungssektor gefordert sind: kreative, affektive und kommunikative Tätigkeiten, die nicht im klassischen Sinne ein Produkt oder eine Ware herstellen.⁶ Der Begriff des »Immateriellen« wird in diesem Zusammenhang heute nicht mehr verwendet, setzt er doch zu sehr Assoziationen frei, die Affekte nicht zum Bereich des ökonomisch Relevanten rechnen. Dabei schaffen Affekte ökonomische Beziehungen, Körper und Räume; sie sind wesentlich in Materialisierungsprozesse involviert.⁷ Im kognitiven Kapitalismus werden

5 Vgl. Precarias a la deriva: »Was ist dein Streik?« *Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, übers. von Birgit Mennel, Wien: Turia + Kant 2011.

6 Vgl. Lazzarato, Maurizio: »Immaterielle Arbeit. Gesellschaftliche Tätigkeit unter den Bedingungen des Postfordismus«, in: Negri, Antonio/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo, *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*, Berlin: ID-Verlag 1998, S. 39–52.

7 Vgl. Tsianos, Vassilis/Papadopoulos, Dimitris: »Prekarität: eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus. Oder: wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?«, in: *transversal* 11/2006, <https://transversal.at/transversal/1106/tsianos-papadopoulos/de>, Zugriff am 12.11.2025; siehe hierzu auch die queer-feministischen Diskurse zu New Materialism und Affekttheorie.

diese affektiven und emotionalen Tätigkeiten nun vor allem im wachsenden Dienstleistungsbereich in Wert gesetzt.⁸

Neue Materialitäten

Vor diesem Hintergrund benötigen wir einen neuen Begriff von ökonomischer Materialität. Wenn die Form der Arbeit zunehmend auf Kognition basiert, auf Wissen, Kommunikation und Affekt, dann wird tendenziell die ganze Person zur Arbeitskraft: ihr Körper und ihre intellektuellen Fähigkeiten. Die Produktivität dieser Form von Arbeit geht mit der Herstellung von Subjektivitäten einher. Produktionsprozesse im kognitiven Kapitalismus setzen aber nicht nur die Persönlichkeiten der Arbeitenden in Wert, kaum mehr unabhängig von ökonomischen Verwertungslogiken entstehen zugleich neue Weisen der Subjektivierung. Die Subjekte werden zu Rohstoff und Produkt des neuen Paradigmas der politischen Ökonomie: Im kognitiven Kapitalismus stellen Wissen und soziale Interaktionsfähigkeiten zentrale Ressourcen dar. Die Produktionsmittel sind nicht länger nur die Maschinen in der Fabrik, sondern die Körper der einzelnen Arbeitenden. Damit wird nicht erneut der Körper vom Geist getrennt, sondern diese Trennung wird vollkommen obsolet, da Körper und Wissen, die manuellen und intellektuellen Fähigkeiten, zugleich und untrennbar zum Rohstoff für den Produktionsprozess und zur Produktionskraft werden. In der Inwertsetzung des Wissens der Körpermaschinen entstehen neue Materialitäten in Form von Subjektivierungen und Sozialitäten.⁹ Subjektivität *und* soziale Beziehungen werden durch Kommunikation in Wert gesetzt.¹⁰ Für die Produktion von Mehrwert wird also der Austausch des Wissens, die intellektuelle und affektive Kooperation entscheidend. Damit verschieben sich sowohl die strategische Bedeutung der traditionell materiellen, maschinellen Produktionsmittel als auch die klassische Logik der Investition im Industriekapitalismus: Ein Teil der produktiven Funktionen

8 Vgl. Dowling, Emma/Nuñez, Rodrigo/Trott, Ben (Hg.): »Immaterial and Affective Labour: Explored« (Sonderausgabe), *Ephemera* 7.1 (2007), <https://www.ephemerajournal.org/issue/immaterial-and-affective-labour-explored>, Zugriff am 12.11.2025.

9 Vgl. Marazzi, Christian: »Capitalismo digitale e modello antropogenico del lavoro. L'ammortamento del corpo macchina«, in: Chicchi, Federico/Laville, Jean-Louis/La Rosa, Michele/Marazzi, Christian (Hg.), *Reinventare il lavoro*, Rom: Sapere 2005, S. 107–126.

10 Vgl. u.a. Lazzarato: »Immaterielle Arbeit«; Hardt/Negri: *Empire*.

wird auf die lebendigen Körper der Arbeitskraft übertragen.¹¹ Diese neuen Produktionsmittel der Maschinenkörper sind im kognitiven Kapitalismus zentrale Angelpunkte für eine spezifische Dynamik der Verknappung.

Verknappung

Wissen wird nicht nur durch permanentes Vermessen und Rastern künstlich verknappt, durch die Regulierung von Urheber*innenrechten, durch das Evaluieren und Modularisieren von Wissen im Bildungsbereich, vor allem in den Universitäten – auf die ich gleich noch einmal zurückkomme.¹² Die Verknappung in diesem ökonomischen Paradigma findet gesamtgesellschaftlich durch die Verknappung gesicherter Arbeitsverhältnisse statt, das heißt durch Prekarisierung.¹³

Mit der Ausbreitung dieser auf Kommunikation, Wissen und Affekten basierenden Produktionsweise hat sich eine Form des Regierens etabliert, die sich nicht dadurch legitimiert, dass sie den Sozialstaat für alle weiter ausbaut, sondern vielmehr durch soziale Unsicherheit und Prekarisierung gekennzeichnet ist. Regieren durch Prekarisierung bedeutet, dass die Prekären nicht mehr nur diejenigen sind, die an den Rändern der Gesellschaft marginalisiert werden können. Durch den individualisierenden Umbau des Sozialstaates, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse befinden wir uns derzeit in einem Prozess der Normalisierung von Prekarisierung, der auch größere Teile der Mittelschicht betrifft. In diesem Normalisierungsprozess ist Prekarisierung

11 Vgl. Marazzi, Christian: *Verbranntes Geld*, Zürich: Diaphanes 2011, S. 58. – Die Körper transformieren zu Maschinen weniger im Sinne von Cyborgs, vielmehr können sie im Guattari'schen Sinne als maschinisch verstanden werden: gleichzeitig als soziale Verkettung sowie als ökonomisch unterworfen und sich selbst unterwerfende Maschine (vgl. Guattari, Félix: »Maschine und Struktur«, in: Ders., *Psychotherapie, Politik und die Aufgaben der institutionellen Analyse*, übers. von Grete Osterwald, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1976, S. 127–138).

12 Siehe dazu die folgenden Ausgaben von *transversal*, dem multilingualen Webjournal des European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp): »knowledge production and its discontents«, *transversal* 8/2009, <https://transversal.at/transversal/0809>, Zugriff am 12.11.2025; »unsettling knowledges«, *transversal* 1/2012, <https://transversal.at/transversal/0112>; sowie »aufstand der verlegten«, *transversal* 6/2014, <https://transversal.at/transversal/0614>, Zugriff am 12.11.2025.

13 Vgl. Lorey, Isabell: *Die Regierung der Prekären*, Wien: Turia + Kant 2012.

zu einem politischen und ökonomischen Herrschaftsinstrument geworden. Soziale Absicherung wird mehr und mehr entkollektiviert, sie wird erneut privatisiert, aber nun der Selbstverantwortung der Einzelnen übergeben und kapitalisiert. Das hat zur Folge, dass Altersvorsorge, Gesundheit und Bildung für immer mehr Menschen nur durch Verschuldung finanzierbar sind. Gleichzeitig werden Menschen durch strukturelle Ungleichheit, durch Prekarität rechtlich, wirtschaftlich und sozial ausgegrenzt, was bedeutet, dass sie weniger geschützt sind als andere oder dass ihnen der Schutz gänzlich verwehrt wird.

Individualisierung finden wir nicht nur in der sozialen Absicherung, die Produktion von Wissen – Denken und auch Veröffentlichen – wird im Kapitalismus generell in die Logik von Individualität und Eigentum gepresst, als geistiges Eigentum geschützt und mit Copyright versehen – egal was die Autor*innen-Individuen dazu sagen.¹⁴ Die kollektiven Denkprozesse, die den individuellen Verstand übersteigen und unterwandern, werden gerastert, institutionalisiert, und das seit vielen Jahrhunderten. Die Institution der Universität diene seit ihrer Gründung in der Hauptsache der Absicherung und dem Ausbau von Herrschaft. Nach einer relativ kurzen experimentellen Phase der Jahrzehnte nach 1968, mit pädagogischen und organisationsorientierten Experimenten zwischen Selbstverwaltung und radikalen Reform-Universitäten, ist diese grundsätzliche herrschaftliche Ausrichtung der Universität wieder in aller Fülle zurück.

Neu dabei sind die extremen Transformationen der Bildungsinstitutionen, die spätestens seit der nun 25 Jahre alten Bologna-Reform die ökonomische Verwertbarkeit und Verfügbarkeit von Wissen als oberste Prinzipien einführen. Die auf Drittmittel setzende akademische Institution hat sich nach innen modularisiert und nach außen abgeschlossen und damit das Denken den Gesetzen einer durch und durch in Wert gesetzten Wissensproduktion ausgeliefert. Systeme des Rasterns und Messens finden sich auf allen Ebenen: Einführung und Erhöhung von Studiengebühren; klassenspezifischer Ausschluss und Verschuldung der Studierenden als direkte Konsequenz; Zerstückelung der Studienzeit durch allseitige Modularisierung; extreme Hierarchisierung von Forschung und Lehre, die Exzellenz und Prekarisierung – vor allem des Mittelbaus – in unmittelbare Nähe bringt; *peer reviews* als Systeme des Ein- und Ausschlusses; wachsendes Eindringen von Konzernen und

14 Vgl. European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp): »aufstand der verlegten«, *transversal* 6/2014, <https://transversal.at/transversal/0614>, Zugriff am 12.11.2025.

Stiftungen in die Bildungsinstitutionen; gleichzeitige Ausweitung des Geschäftsfeldes der Universitäten auf Immobilienmärkte, Infrastrukturpolitik und globales Franchising.¹⁵

Wenn Wissensaustausch und Formen der Zusammenarbeit als Produktivkräfte an Bedeutung zunehmen, breitet sich die Arbeit auf das gesamte Leben aus. Die Arbeitszeit hat kein klares Ende mehr und der Arbeitstag verlängert sich scheinbar unendlich. Das führt aber – wie gesagt – keineswegs zu gesteigerten Investitionen in Arbeitsplätze, sondern eher zur Steigerung von Aktienkursen und zum Ausbau von Digitalisierung. Die neue Wissensproduktion findet nicht selten abseits von Lohnarbeitsverhältnissen und sozialer Absicherung statt: Die kreativen, kommunikativen und affektiven Fähigkeiten der Arbeitskräfte, die oft außerhalb einer entlohten Anstellung entstehen, werden in den Unternehmen und Institutionen als nicht bezahlte Arbeit angeeignet. So wird der permanent wachsende Überschuss des Wissens auch durch die nicht oder nicht angemessen stattfindende Entlohnung verknappt. Gleichzeitig ist der potenzielle Reichtum der Zeit der Nicht-Lohnarbeit allein negativ konnotiert, als Faulheit oder individuelles Versagen. Anstatt Modelle zu erfinden, die solche Zwischenzeiten als kreative Zeiten ohne Lohnarbeitszwang zu überbrücken helfen, sind die individualisierten Einzelnen, die keinem Fabrikregime mehr unterworfen sind, zur disziplinierenden Selbstregierung angehalten, die letztlich nichts als Gehorsam sicherstellt.

Produktivität des gemeinsamen Wissens

Die Geschichte der Verknappung ist aber nicht die ganze Geschichte. Durch Verknappung kann die Fülle und die Permanenz der Wissensproduktion nie ganz gebändigt werden. Die Inwertsetzung der Kreativität und des Wissens kann nie ganz gelingen. Es gibt immer etwas, das ihr entgeht. Dies nicht zur Kenntnis zu nehmen, bedeutet das Fabrikparadigma mitsamt seiner Logik des Mangels zu reproduzieren, einer Logik, die die kapitalistischen Transformationen längst nicht mehr ausreichend beschreibt.

Wenn Wissen nicht einfach eine traditionelle Ware ist, dann ist das bisherige Verständnis der Schaffung von Wert unangemessen. Betrachten wir das

15 Siehe u.a. Raunig, Gerald: *Maschinen Fabriken Industrien*, Wien u.a.: transversal texts 2019, vor allem den Teil »Fabriken des Wissens«, S. 161–230.

wissenschaftliche Wissen, bleibt es auch im Zuge der neoliberalen institutionellen Umstrukturierung formell unabhängig. Es ist noch immer ein öffentliches Gut, das frei zugänglich ist – durch Bibliotheken, Bücherkauf, an vielen Stellen im Internet und teilweise auch in den sozialen Medien –, auch wenn die *relativ* freie Zugänglichkeit von akademischem Wissen umgekehrt keineswegs für den Zugang zu Bildung zutrifft.

Wissenschaftliches Wissen, wie Wissen im Allgemeinen, kann letztlich nicht privat angeeignet werden.¹⁶ Wissen ist keine klassische ökonomische Ressource: es ist nicht knapp; es ist weder in Stücke teilbar, noch zählbar; Wissen ist nicht einfach Mittel zum Zweck. Es entsteht permanent im Überfluss, denn es wird *immer gemeinsam produziert*: durch Kommunikation und Kooperation, in sozialen Beziehungen, durch die interagierenden Körpermaschinen, die mehr oder weniger prekarisierten Arbeitssubjekte.

Ungeachtet dieser gemeinsamen Produktion permanenten Überschusses nimmt die Privatisierung des Wissens durch Patente, Copyright und Lizenzen, aber auch die Privatisierung ganzer Zweige des öffentlichen Dienstes, beständig zu – Prozesse, in denen künstlich eine Knappheit am Gemeinsamen des Wissens geschaffen wird.¹⁷ Wissen wird abgetrennt, anderen vorenthalten und rein instrumentell verwendet. Der italienische Ökonom Christian Marazzi hat schon vor Jahren gezeigt, dass auch die Ausweitung der Finanzbranche seit den 1980er Jahren als Kehrseite der Herausbildung des kognitiven Kapitalismus betrachtet werden muss, denn in der Finanzialisierung findet permanent die Produktion und Enteignung des Gemeinsamen statt.¹⁸

Es lässt sich aber keineswegs sagen, dass die soziale Kooperation einfach instrumentalisiert wird – es wird nicht einfach angeeignet, was allen gehört. Im Gegenteil: Kooperation wird im kognitiven Kapitalismus gezielt gefördert und produziert. Es reicht deshalb nicht aus, statt der Verknappung von Wissen einfach dessen Verbreitung zu fordern, denn die ist längst Teil der Wissensökonomie. Während die Körpermaschinen in Kooperation produzieren, werden die Produkte in Wert gesetzt und dem Gemeinsamen entzogen. Dieser Entzug schafft wiederum Privilegien, die bestimmten Personen weiterhin Zugang zu den Produkten der Kooperation erlaubt. Im wissenschaftlichen Feld sind es die Universitätsangehörigen, die Zugang zu Konferenzen und Förde-

16 Vgl. Marazzi: *Verbranntes Geld*, S. 163.

17 Vgl. Marazzi: *Verbranntes Geld*, S. 119f.

18 Vgl. Marazzi: *Verbranntes Geld*, S. 119.

rungen haben, aber auch zu Journals und Online-Ressourcen, die ansonsten nicht ohne Bezahlung zugänglich sind.

Wie kann also die gemeinsame Produktion von Wissen aussehen, die nicht von ökonomischer Profitmaximierung getragen ist, sondern von gesellschaftlichen Übereinkünften und Regulierungen, so dass Wissen gemeinsam genutzt werden kann und die Subjekte nicht weiter an der gemeinsamen Aneignung dessen gehindert werden, was sie gemeinsam produzieren? Um diese Frage zu beantworten, braucht es ein Neudenken dessen, was Arbeit und angemessene Entlohnung heißt. Ein Neudenken, in dem die Möglichkeiten der Kritik und der Veränderung nicht mehr außerhalb der Subjekte liegen.

Netzwerkökonomien

Die Chance zur Veränderung entsteht in der Produktionsweise selbst, in einer Produktivität, die nicht automatisch kapitalisierbar ist. Die Innovation durch Wissen erwächst heute vor allem aus sozialen Beziehungen, aus Interaktion und Kommunikation, das heißt in der Regel durch nicht hierarchisch geplante *Kooperation*. Wenn aber die soziale Kooperation zu einem zentralen Aspekt der Wertschöpfung von Wissen wird, kommen die Subjekte der Wissensproduktion auf neue Weise ins Spiel. Sie sind keine isolierten Monaden mehr, wie in der neoklassischen Ökonomie angenommen, sondern Teil eines sozialen und technologischen Netzwerks oder Geflechts.

Um diese Weise der Wertschöpfung zu analysieren, muss man den *Aufwand* der Kooperation verstehen, das heißt *Kommunikation als Arbeit*, als ökonomischen Wert (und nicht als Kosten) betrachten. Dadurch verändert sich grundsätzlich das, was Arbeit bedeutet: Soziale Kooperation ist flexibel und reagiert auf Unvorhergesehenes. Sie folgt nicht einer vorgegebenen Arbeitsteilung, sondern sucht über Kommunikation immer auch eine je eigene Form, je nach den unvorhergesehenen Problemen und den neuen Situationen.

Was eine solche Analyse gegenwärtig allerdings erschwert, ist, dass nicht nur die ökonomische Theorie, sondern auch wir alle in unserem Alltagsverständnis und unseren *Selbstverhältnissen* noch dermaßen einem industriekapitalistischen Arbeitsbegriff anhängen, dass Kommunikation in enormem Maße unbezahlt in Wert gesetzt werden kann. Kommunikation als Austausch von Daten ist eine der grundlegenden Ressourcen in der Kapitalisierung des Digitalen, so dass in immer größeren Geschwindigkeiten Unmengen von Daten in Wert gesetzt werden. Der permanent stattfindende *unbezahlte*

Datenaustausch, das Teilen und die Produktion neuer Daten ist hier Gold wert. Konsument*innen werden gleichzeitig zu aktivierten Produzent*innen. Wenn die Konsument*innen im *Ranking* und *Profiling* aktiviert werden und mit ihrer Aktivität Wert erzeugen, muss man sie aber offensichtlich nicht bezahlen:¹⁹ »Freie Arbeit in freier Assoziation, aber zugunsten der Unternehmen der New Economy«, schreibt Gerald Raunig. »Und statt dass der dadurch produzierte Mehrwert in höhere Löhne investiert wird, hat die ›freie Arbeit‹ der freischaffenden [Wissensproduzent*innen] genau das Gegenteil zur Folge, nämlich die weitere Abwertung und Abschaffung bezahlter Arbeit.«²⁰

Globale Arbeitsteilung

Vor diesem Hintergrund müssen auch traditionelle Vorstellungen von internationaler Arbeitsteilung grundlegend überdacht werden. Die Aufspaltung in »kognitiv-kapitalistische« Zentren einerseits und Peripherien, in die die »schmutzige« Arbeit ausgelagert wird, andererseits ist allein schon angesichts der Migrationsbewegungen und migrantischen Kämpfe nicht mehr angemessen. Das bedeutet keineswegs, dass wir es mit homogenisierten Arbeitsformen zu tun haben, die keine Differenzierung mehr zulassen, vor allem in ihrem Grad an Ausbeutung. Allerdings befinden sich Produktionsverhältnisse, die ehemals in die einer »ersten« und einer »dritten« Welt unterschieden wurden, heute unter Umständen in der gleichen Metropole.

Neben den hierarchisierten Arbeitsteilungen in den globalisierten Metropolen findet gleichzeitig eine Verlagerung der Produktion in Länder statt, in denen die nicht-qualifizierte Arbeitskraft weiterhin billig zu haben und zu unterwerfen ist. Diese sogenannte andere Seite des Aufstiegs der Wissensarbeit und der Kapitalisierung der Kommunikation verschärft sich. Der Industriekapitalismus setzt in weiten Teilen der Welt – ohne Rücksicht auf grundlegende Rechte, Entwicklungschancen und zur Neige gehende Ressourcen – sein spezifisches extraktivistisches Zerstörungswerk fort. Gerade durch internationale geschlechtliche und rassifizierte Aufteilungen der Arbeit werden enorme Ungleichheiten reproduziert, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der ansteigenden wirtschaftlichen Akkumulation von Wissenschaft und Technologie

19 Vgl. Raunig, Gerald: *Dividuum. Maschinischer Kapitalismus und molekulare Revolution*, Wien u.a.: transversal texts 2015, S. 161.

20 Raunig: *Dividuum*, S. 162.

sogar weiter verstärkt werden. So nimmt parallel zum Kognitiv-Werden des Kapitalismus weltweit der Analphabetismus, vor allem unter Frauen, in gravierendem Maße zu.²¹ Dies ist insofern kein Widerspruch, als es zu den Logiken des Kapitalismus gehört, dass nicht alle, die am Akkumulationsprozess beteiligt sind, auf der gleichen Ebene Arbeit verrichten oder gar Zugang zu Wissen haben müssen.

Eine Analyse der zeitgenössischen kapitalistischen Logik muss also alle ökonomischen Verhältnisse betrachten. Es braucht nicht nur aus analytischen Gründen weitere Differenzierungen, um – angesichts der Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Wissensarbeiter*innen, Social-Media-Nutzer*innen, Reinigungsarbeiter*innen, Sicherheitskräften und all jenen in den informellen Ökonomien – die Verflechtungen und Austauschverhältnisse in der Verschiedenheit der Wissensformen, Wissensproduktionen und Wissenstraditionen zu verstehen. Es braucht auch aus politischen Gründen weitere Differenzierungen, um in den Kämpfen gegen das neue kapitalistische Paradigma weder von einheitlichen Gemeinsamkeiten noch von schlichten Dichotomien auszugehen, sondern erst herauszufinden, wie das Gemeinsame nicht nur als in Wert zu setzende Kooperation fungiert, sondern als Gemeinsam-Werden zu verstehen ist, das gegen seine Inwertsetzung gewendet werden kann. Die zentrale Frage ist hier, wie die subjektive Involvierung, die in ihrer Spezifität gewusst werden muss, dazu genutzt werden kann, den Zugang zu den gemeinsam produzierten Produkten zu sozialisieren und zu kommunalisieren, wie also die Produktion des Kognitiven das Gemeinsame mit sich bringen kann.²²

Dieser Text ist die bearbeitete Fassung eines am 7. September 2024 im Rahmen des Lau-sitz Festivals in Cottbus gehaltenen Vortrages.

21 Vgl. Caffentzis, George/Federici, Silvia: »Anmerkungen zur edu-factory und zum kognitiven Kapitalismus«, in: Lorey, Isabell/Neundlinger, Klaus (Hg.), *Kognitiver Kapitalismus*, Wien: Turia + Kant 2012, S. 88–102.

22 Zur Geschichte der Selbstorganisation siehe edu-factory: *Alle Macht der selbstorganisierten Wissensproduktion*, Wien u.a.: transversal texts 2019.

Literatur

- Birkner, Martin/Foltin, Robert: *(Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude*, Stuttgart: Schmetterling 2006.
- Caffentzis, George: »A Critique of ›Cognitive Capitalism‹«, in: Peters, Michael A./Bulut, Ergin (Hg.), *Cognitive Capitalism, Education and Digital Labor*, New York u.a.: Peter Lang 2011, S. 23–57.
- Caffentzis, George/Federici, Silvia: »Anmerkungen zur edu-factory und zum kognitiven Kapitalismus«, in: Lorey, Isabell/Neundlinger, Klaus (Hg.), *Kognitiver Kapitalismus*, Wien: Turia + Kant 2012, S. 88–102.
- Corsani, Antonella: »Wissen und Arbeit im Kognitiven Kapitalismus. Die Sackgasse der politischen Ökonomie«, in: Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.), *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire*, Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 156–174.
- Dowling, Emma/Nuñez, Rodrigo/Trott, Ben (Hg.): »Immaterial and Affective Labour: Explored« (Sonderausgabe), *Ephemera* 7.1 (2007), <https://www.ephemerajournal.org/issue/immaterial-and-affective-labour-explored>, Zugriff am 12.11.2025.
- edu-factory: *Alle Macht der selbstorganisierten Wissensproduktion*, Wien u.a.: transversal texts 2019.
- European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp): »knowledge production and its discontents«, *transversal* 8/2009, <https://transversal.at/transversal/0809>, Zugriff am 12.11.2025.
- European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp): »unsettling knowledges«, *transversal* 1/2012, <https://transversal.at/transversal/0112>, Zugriff am 23.11.2025.
- European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp): »aufstand der verlegten«, *transversal* 6/2014, <https://transversal.at/transversal/0614>, Zugriff am 12.11.2025.
- Guattari, Félix: »Maschine und Struktur«, in: Ders., *Psychotherapie, Politik und die Aufgaben der institutionellen Analyse*, übers. von Grete Osterwald, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1976, S. 127–138.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2003.
- Hausen, Karin: »Wissenschaftsgeschichte als Geschlechtergeschichte«, in: Jenny, Franziska/Piller, Gudrun/Rettenmund, Barbara (Hg.), *Orte der Geschlechtergeschichte. Beiträge zur 7. Historikerinnentagung*, Zürich: Chronos 1994, S. 271–288.

- Lazzarato, Maurizio: »Immaterielle Arbeit. Gesellschaftliche Tätigkeit unter den Bedingungen des Postfordismus«, in: Negri, Antonio/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo, *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*, Berlin: ID-Verlag 1998, S. 39–52.
- Lorey, Isabell: *Die Regierung der Prekären*, Wien: Turia + Kant 2012.
- Lorey, Isabell/Neundlinger, Klaus: »Kognitiver Kapitalismus. Von der Ökonomie zur Ökonomik des Wissens. Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Kognitiver Kapitalismus*, Wien: Turia + Kant 2012, S. 7–56.
- Marazzi, Christian: »Capitalismo digitale e modello antropogenico del lavoro. L'ammortamento del corpo macchina«, in: Chicchi, Federico/Laville, Jean-Louis/La Rosa, Michele/Marazzi, Christian (Hg.), *Reinventare il lavoro*, Rom: Sapere 2005, S. 107–126.
- Marazzi, Christian: *Verbranntes Geld*, Zürich: Diaphanes 2011.
- Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2007.
- Precarias a la deriva: »Was ist dein Streik?« *Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, übers. von Birgit Mennel, Wien: Turia + Kant 2011.
- Raunig, Gerald: *Dividuum. Maschinischer Kapitalismus und molekulare Revolution*, Wien u.a.: transversal texts 2015.
- Raunig, Gerald: *Maschinen Fabriken Industrien*, Wien u.a.: transversal texts 2019.
- Tsianos, Vassilis/Papadopoulos, Dimitris: »Prekarität: eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus. Oder: wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?«, in: *transversal* 11/2006, <https://transversal.at/transversal/1106/tsianos-papadopoulos/de>, Zugriff am 12.11.2025.

Ökologie als umkämpftes Feld

Rechte Diskursstrategien und die Verantwortung kritischer Wissenschaft

Daniela Gottschlich & Tobias Schmitt

Sonntagnachmittag. Wir sitzen mit unseren Laptops und Wassermelone in Lüneburg im Garten. Kater Isie leistet uns Gesellschaft bei einem Gespräch über Ökologie als umkämpftes Feld. Nach drei Stunden brechen wir ab – und setzen unseren Dialog schriftlich fort. Es ist eine andere Art des wissenschaftlichen Schreibens, es macht uns Freude, auf die Fragen des Gegenübers reagieren zu können: Wissenschaft als echter Dialog erscheint uns ein geeignetes Mittel gegen die Ökonomisierung von Wissenschaft.

Dannie: Toby, wir haben zugesagt, einen Artikel in dem Sammelband *Umkämpfte Universitäten. Organisierte Halbbildung und kritische Wissensproduktion in autoritären Zeiten* zu schreiben. Die gesellschaftlichen Verschiebungen nach rechts und das Erstarken autoritärer Akteure und Diskurse in den letzten Jahren treiben uns beide schon lange um. Daher fand ich es sehr schön, dass du mich gefragt hast, ob wir darüber gemeinsam im Hinblick auf unsere Wissenschaftspraktik und in Bezug auf ökologischen Themen nachdenken wollen. Nach der anfänglichen Euphorie über die Aussicht des Zusammenarbeitens stellten wir aber beide fest, dass unser Wissenschaftsalltag aufgrund von zahlreichen Verpflichtungen und Terminen so eng getaktet ist, dass ein gemeinsames Nach- und zusammen Denken gerade fast keinen Platz in unserem Leben hat. Nun haben wir uns (ausgerechnet) an einem Sonntag gemeinsam Zeit freigeschaufelt, um unser Nachdenken über autoritäre Tendenzen und Formierungen und die Ökologie als umkämpftes Feld zu beginnen und zu überlegen, welche Konsequenzen sich daraus für kritische Wissenschaft ergeben.

Steigen wir doch gleich mit einer Verständigung über Begriffe ein: Was ist kritische Wissenschaft eigentlich für dich?

Toby: Als Erstes stellt sich mir dabei die Frage, ob es überhaupt möglich ist, von einer kritischen Wissenschaft zu sprechen. Oder handelt es sich dabei nicht eher um eine Tautologie, da »wissenschaftliches Denken immer kritisches Denken ist«?¹

Dannie: Wenn ich nur an die Mainstream-Wirtschaftswissenschaften denke, dann reproduzieren sich durch sie bestehende Herrschaftsverhältnisse. Da ist von kritischem, reflexivem Denken wenig zu merken.

Toby: Richtig. Der Frankfurter Humangeograph Bernd Belina bringt für eine Unterscheidung zwischen kritischer und nicht-kritischer Wissenschaft beispielsweise Max Horkheimer ins Spiel, der danach fragt, ob Wissenschaft innerhalb der gegebenen Bedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse argumentiert und agiert und ob die »(Herrschafts/)Struktur der Gegenwart [...] den Maßstab [bildet]«² – oder eben nicht. Somit bedeutet kritische Wissenschaft für mich, momentane Verhältnisse zu hinterfragen und ihre gesellschaftliche Produziertheit aufzudecken. Auch ohne einen simplifizierenden Rückgriff auf eine feststehende, richtige Position besteht dabei die Möglichkeit der Kritik, die Möglichkeit, Naturalisierungsprozesse und Reproduktionsmechanismen zu dekonstruieren und über die scheinbare Gegebenheit der Verhältnisse hinauszudeuten.

In seinem Vortrag vor der Société française de philosophie von 1978 stellt Michel Foucault in Anlehnung an Immanuel Kants Text »Was ist Aufklärung?« die Frage: *Was ist Kritik?*³ Ihm zufolge ist Kritik »eine bestimmte Art zu denken,

1 Vgl. Markard, Morus: »Wissenschaft, Kritik und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse«, in: Kaindl, Christina (Hg.), *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus*, Marburg: BdWi 2005, S. 25, zitiert nach: Belina, Bernd: »Kritische Geographie. Bildet Banden! Einleitung zum Themenheft«, in: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 7.3 (2008), S. 336–349, hier: S. 343.

2 Vgl. Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, in: Ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt a.M.: Fischer 1988 [1937], S. 162–225, hier: S. 217, zitiert nach: Belina: »Kritische Geographie«, S. 343.

3 Ich finde es nicht einfach zu entscheiden, ob und wie mensch sich heute noch auf Foucault beziehen kann und soll. Zum einen ist er für mich einer der zentralen Denker und Ideengeber, gerade wenn man sich mit Diskursen und Machtverhältnissen beschäftigt – weshalb es wenig Sinn ergäbe, in diesem Zusammenhang lediglich auf andere Autor*innen zu verweisen, die sich wiederum ebenfalls auf Foucault beziehen. Zum anderen sind in den letzten Jahren Vorwürfe aufgekommen, wonach Foucault in Tunesien Minderjährigen Geld für Sex angeboten haben soll und somit seine Machtposition in

zu sagen, zu handeln auch, ein bestimmtes Verhältnis zu dem, was existiert, zu dem, was man weiß, zu dem, was man macht, ein Verhältnis zur Gesellschaft, zur Kultur, ein Verhältnis zu den anderen auch – etwas, was man die Haltung der Kritik nennen könnte.⁴

Im Anschluss daran dient Kritik für mich weder in erster Linie als Instrument der Unterscheidung zwischen wahr und falsch, noch als Instrument der Bewertung zwischen gut und schlecht. Vielmehr stellt die Kritik das System der Bewertung selbst in den Mittelpunkt und fragt nach dem Verhältnis zwischen Wissen und Macht.⁵ Es geht somit sowohl um die Konstitutionsbedingungen der Ordnung der Welt, als auch und ganz wesentlich um die Grenzen dieser Bedingungen, um die Bruchstellen, die innerhalb dieser Ordnung ausfindig gemacht werden können, und die ihre Veränderbarkeit offenbaren.⁶

Kritische Wissenschaft als eine produktive Unruhe im Denken⁷ zu verstehen ermöglicht dann auch, die Dinge immer wieder neu infrage zu stellen, neue Perspektiven einzunehmen und ernst zu nehmen, dass es auch ganz anders sein könnte. Diese grundsätzliche Transformationsmöglichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und die Betonung ihrer Widersprüchlichkeit, Heterogenität und Komplexität zielt darauf ab, zusätzliche Optionen in den Möglichkeitsraum einzuführen und marginalisierte Positionen stärker ins Zentrum zu rücken.⁸ Dies eröffnet den Raum für eine Vielzahl von Widerstands- und Handlungsmöglichkeiten. In diesem Sinne die natürlich

vielfacher Hinsicht missbraucht habe. Wie glaubhaft diese Vorwürfe sind, ist umstritten, und wie sehr dies an der Rezeption seines Werkes etwas ändert auch. Dennoch ist das Werk nicht vollständig vom Autor zu trennen, und eine Benennung solch möglicher Widersprüche ist für eine kritische Auseinandersetzung mit der historischen Figur Foucault meiner Meinung nach hilfreich.

- 4 Foucault, Michel: *Was ist Kritik?*, Berlin: Merve 1992, S. 8.
- 5 Vgl. Butler, Judith: »Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 50.2 (2000), S. 249–265, hier: S. 251.
- 6 Vgl. Butler: »Was ist Kritik?«, S. 259.
- 7 Vgl. Mecheril, Paul: »Geltung, Ort, Maß. Einführung in die Tagung »Migrationsforschung als Kritik?«, Vortrag, gehalten in Innsbruck 2010.
- 8 Vgl. Glasze, Georg/Mattissek, Annika: »Diskursforschung in der Humangeographie. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen«, in: Dies. (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Bielefeld: transcript 2009, S. 11–59, hier: S. 27.

erscheinenden, verkrusteten »Ordnungen zum Tanzen [zu] bringen«⁹ wäre meiner Meinung nach sogar mehr als die Welt nur neu zu interpretieren.

Dies als erste Annäherung. Was bedeutet kritische Wissenschaft denn für dich?

Dannie: Ich teile die von dir angesprochenen Aspekte, die kritische Wissenschaft ausmachen. Sie haben mir schon aus meiner wissenschaftlichen Seele gesprochen, als ich sie in deiner Dissertation gelesen habe.¹⁰ Ich bin am sozialwissenschaftlichen Fachbereich an der Universität Osnabrück über und mit der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule sozialisiert worden und gleichzeitig über zahlreiche kritische Theorieansätzen mit kleinem »k« wie Friedens- und Konfliktforschung, feministische Theorie(n) oder Nachhaltigkeitsforschung. Sie alle teilen den von Horkheimer formulierten normativen Anspruch, Herrschaftsverhältnisse, Hierarchien und Ungleichheiten zu analysieren und damit »alle Umstände, die Menschen versklaven, zu erklären und zu verändern«, um »eine Welt zu erschaffen, die den Bedürfnissen und Fähigkeiten [der Menschen] gerecht wird«.¹¹ Das Besondere an diesem Wissenschaftsverständnis der Kritischen Theorie ist, dass Theoriebildung selbst immer auch als emanzipatorische Praxis begriffen wird, von sozialen Bewegungen lernt und in der Auseinandersetzung mit ihnen weiterentwickelt wird. Das gilt zum Beispiel für feministische Theorie(n), aber auch für den Ansatz der Umweltgerechtigkeit. Der Gedanke, den die Politikwissenschaftlerin Tina Jung in ihrer Dissertation entfaltet hat, nämlich »Kritik als demokratische Praxis« zu begreifen, bietet meines Erachtens sehr viel Potenzial.¹²

Ich finde es als in der kritischen Wissenschaft verortete Wissenschaftlerin zudem immens wichtig, in der Lehre zu betonen, dass jede Form von Wissenschaft gesellschaftlich situiert und historisch geprägt ist – auch jene Wissenschaft, die sich selbst als neutral ausgibt. Wissenschaft hat immer

9 Vgl. Belina, Bernd/Dzudzek, Iris: »Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse. Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse«, in: Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Bielefeld: transcript 2009, S. 129–152, hier: S. 144.

10 Vgl. Schmitt, Tobias: *Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis. Die politische Ökologie des Wassers im Nordosten Brasiliens*, Stuttgart: Franz Steiner 2017, S. 59 ff.

11 Horkheimer, Max: *Critical Theory*, New York: Seabury Press 1982, S. 244.

12 Jung, Tina: *Kritik als demokratische Praxis. Kritik und Politik in Kritischer Theorie und feministischer Theorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot 2016.

gesellschaftliche Wirkungen, die herrschaftsstabilisierend oder auch transformierend sein können. Kritische Theorien bieten uns Werkzeuge, genau das zu verstehen. Genau darüber tragen sie nicht nur zum Verstehen von Welt, sondern zu ihrer Veränderung bei. Ich nutze in Seminaren immer wieder das Bild des »Hackbeils« des US-amerikanischen Geographen Paul Robbins.¹³ Mit diesem »Werkzeug«, das mir die Politische Ökologie gibt, kann ich die Praxis der Dekonstruktion üben, kann ich Mythen zertrümmern, und zugrundeliegende Annahmen – Menschenbilder, Verständnisse von Natur und Ökonomie und so weiter – aufdecken. Kritisches Denken ist radikal, weil es an die Wurzel geht und den Zusammenhang erschließen will, weil es Komplexitätsbewusstsein ermöglicht.¹⁴ Die Kritikperspektive etwa der feministischen sozial-ökologischen Ökonomie wirft zudem häufig auch Licht auf das »Andere«, auf das, was ausgegrenzt oder in den Schatten gedrängt wird, dessen Einbeziehung aber grundlegend für gesellschaftliche Entwicklung ist¹⁵ – wie die unbezahlte Carearbeit oder die Produktivität von Natur.

Von der Soziologin und Psychologin Gudrun-Axeli Knapp lässt sich lernen, dass dieses kritische Denken von kritischem Handeln zu unterscheiden ist.¹⁶ Trotz transformativem Anspruch ist Wissenschaft zwar politisch, aber nicht identisch mit Politik, denn es geht ihr nicht um strategische Abwägungen. Es ist gerade ein toller neuer Sammelband erschienen, der den Titel *Wozu noch kritische Wissenschaft* trägt.¹⁷ Die Frage kann für mich nur eine rhetorische sein angesichts der Krisen dieser Welt. Meines Erachtens müssten wir kritische Wissenschaft, die sich zur Welt hinwendet¹⁸ und die Verantwortung trägt, als das neue Normal, das an Universitäten gelehrt werden sollte, begreifen.

-
- 13 Vgl. Robbins, Paul: *Political Ecology. A Critical Introduction*, 2. Aufl., Chichester: Wiley-Blackwell 2012.
 - 14 Vgl. Knapp, Gudrun-Axeli: *Arbeiten am Unterschied. Eingriffe feministischer Theorie*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien-Verlag 2014.
 - 15 Vgl. Gottschlich, Daniela/Katz, Christine: »Kritik als unabdingbare gesellschaftliche Dienstleistung. Der Beitrag feministischer Theorie und Praxis zur Nachhaltigkeitsforschung«, in: *Jahrbuch Sozialer Protestantismus* 9 (2016), Gütersloh, S. 162–182.
 - 16 Vgl. Knapp: *Arbeiten am Unterschied*.
 - 17 Hawel, Marcus/Kalrmirng, Stefan/Schlosser, Nina (Hg.): *Wozu noch kritische Wissenschaft. Abschlussband aus der Reihe WORK IN PROGRESS | WORK ON PROGRESS. Beiträge kritischer Wissenschaft*, Hamburg: VSA 2025.
 - 18 Hochmann, Lars: »Wer dem Möglichen folgt, begreift die Welt politisch. Plädoyer für mehr Eigenschaften, in: Hochmann, Lars/Graupe, Silja/Korbun, Thomas/Panther, Stephan/Schneidewind, Uwe (Hg.), *Möglichkeitswissenschaften. Ökonomie mit Möglichkeits-sinn*, Marburg: Metropolis 2019, S. 231–252.

Wie siehst du das?

Toby: Wenn wir in die USA blicken, dann sehen wir, wie schnell sich der Wind drehen kann und wie schnell Wissenschaft, die einst als unverzichtbar für demokratische Debatten galt, zunehmend zum Feindbild stilisiert wird. Der Politikwissenschaftler Markus Wissen weist in dem von dir erwähnten Sammelband darauf hin, dass die Entwicklungen zeigen, dass kritische Wissenschaft auch als Gefahr begriffen werden kann: »Anders gesagt unterstreichen die Neoliberalen, Autoritären und Rechten ungewollt die Relevanz kritischen Denkens. Es lohnt sich deshalb weiterzukämpfen, solidarisch zu sein und Räume kritischen Denkens zu verteidigen«. ¹⁹

Solange kritische Wissenschaft im Mainstream verankert ist – in Professuren, Forschungsanträgen und Podien – ist es relativ einfach, sich als kritische*r Wissenschaftler*in zu positionieren. Doch was ist, wenn sich auch in Deutschland die autoritäre Formierung weiter zuspitzt? Was, wenn Gelder gestrichen und bestimmte Positionen marginalisiert werden? Eine Ahnung davon haben wir vielleicht mit den Entwicklungen in Bezug auf postkoloniale Studien nach dem 7. Oktober 2023 beobachten können: Plötzlich gerieten diese unter einen allgemeinen Antisemitismusverdacht und sahen sich einem bestimmten Rechtfertigungsdruck ausgesetzt (siehe *Peter Ullrich* in diesem Band).

Wenn du auf die aktuellen Entwicklungen in Deutschland schaust, siehst du da eine gewisse Zuspitzung gerade in den Bereichen, die uns am meisten umtreiben, also in Bezug auf rechte Positionen und ökologische Themen?

Dannie: Mir fallen sofort die Gender Studies ein, die in den letzten Jahren auch in Europa unter Druck geraten sind – nicht nur in Ungarn, sondern auch in Deutschland oder Österreich (siehe *Birgit Sauer* in diesem Band). Der antifeministische Versuch, die Hegemonie weißer Männlichkeit zu erhalten, geht mit einer Naturalisierung von gesellschaftlichen (Geschlechter-)Verhältnissen einher. Und die Behauptung einer vermeintlichen biologischen Unterlegenheit oder »Abnormalität« von FLINTA*-Personen geht häufig einher mit ei-

19 Markus Wissen in Schlosser, Nina/Brand, Ulrich/Wissen, Markus: »Kritische Wissenschaft in krisenhaften Zeiten. Ein Gespräch über ihren Beitrag zu emanzipatorischen Transformationen«, in: Hawel, Marcus/Kalrmring, Stefan/Schlosser, Nina (Hg.), *Wozu noch kritische Wissenschaft. Abschlussband aus der Reihe WORK IN PROGRESS | WORK ON PROGRESS. Beiträge kritischer Wissenschaft*, Hamburg: VSA 2025.

nem Festhalten an fossilen Brennstoffen, mit Klimawandelleugnung und Autoritarismus insgesamt.²⁰ Der von der Politikwissenschaftlerin Cara Daggett geprägte Begriff der »Petromaskulinität« beschreibt eben diese Verschränkungen, mit denen wir uns auf dem Weg in eine postfossile Gesellschaft auseinandersetzen müssen, um Hebelpunkte zur Bearbeitung zu finden.

Auch die *Alternative für Deutschland* (AfD) hat wie andere rechte Kräfte Antifeminismus als einen Markenkern, der sich mit Wissenschaftsfeindlichkeit insgesamt verbindet. Dazu gehört auch, Nachhaltigkeitspolitik wie auch Nachhaltigkeitsforschung als ein Elitenprojekt zu framen. Das klassische rechte Narrativ des »Wir« gegen »die Anderen«, das in der Rechtsextremismusforschung gut untersucht ist²¹, rechtfertigt dann auch die blockierende Haltung von rechten Akteur*innen gegen umweltpolitische Maßnahmen (in diesem Fall »die Eliten«, »die grünen Spinner«, die »Klimaterroristen«, die, die vermeintlich keine vernünftige Politik machen, und so weiter). Dieses Muster des Otherings, des ausschließenden, hierarchisierenden, binären Sortierens von Menschen finden wir bei den verschiedenen rechtsextremen Parteien in Europa, um emanzipatorische Klimapolitik zu stoppen, oder mindestens abzuschwächen und zu verwässern.²² Zusammen mit meinem Kollegen Walter Ötsch habe ich verschiedene Beispiele für diese »Klimaobstruktion«²³ gesammelt: Die Vorsitzende der postfaschistischen Partei *Fratelli d'Italia* und italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bezeichnete den Green Deal der EU, der das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich festschreibt, als »Klimafundamentalismus« und »die Ökologie [als] [...] von der Linken militärisch besetzt«.²⁴ Der französische *Rassemblement National* verwendet im Kulturkampf um Umweltpolitik Begriffe wie »Strafökologie«, »grüne Ayatollahs« oder »Öko-Terrorismus«. In der Klimapolitik seien, wie

20 Vgl. Daggett, Cara New: *Petromaskulinität. Fossile Energieträger und autoritäres Begehren*, übers. von David Frühauf, 2. Aufl., Berlin: Matthes & Seitz 2023.

21 Vgl. Ötsch, Walter/Horaczek, Nina: *Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung*, Frankfurt a.M.: Westend 2017.

22 Vgl. Schaller, Stella/Carius, Alexander: »Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe«, Studie der adelphi consult GmbH 2019, <https://www.adelphi.de/de/publikation/convenient-truths>, Zugriff am 18.11.2025.

23 Ekberg, Kristoffer/Forchtnier, Bernhard/Hultman, Martin/Jylhä, Kirsti M.: *Climate Obstruction. How Denial, Delay and Inaction Are Heating the Planet*, Abingdon/New York: Routledge 2023.

24 Meloni, zitiert nach: *Frankfurter Rundschau* vom 26.10.2022.

ein Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung sagte, »Klimamanager*innen« am Werk, die allen Menschen, die sich der Propaganda der »Globalisten-Progressiven« nicht unterwerfen wollten, ein schlechtes Gewissen machten.²⁵

Die eingenommene Haltung der Klimaobstruktion ist aber nur eine Seite der Medaille. Wir beobachten zugleich seit Jahren, wie rechtsextreme Parteien, nichtparlamentarische Organisationen, Netzwerke, Vereine und Bewegungen Umwelt- und Naturschutzthemen aufgreifen und Ökologie als ureigenes rechtes Projekt reklamieren. In einem Beitrag, den ich zusammen mit Lukas Nicolaisen, dem Leiter der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) des Verbands NaturFreunde Deutschlands, geschrieben habe, verweisen wir auf die besondere Rolle der seit dem Frühjahr 2020 vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *Die Kehre* innerhalb des rechten Ökologie-Diskurses.²⁶ Sie versteht sich als Sprachrohr für eine konservativ-völkische Umweltpolitik und hat das zuvor erschienene Ökomagazin *Umwelt & Aktiv*, das der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) nahestand, abgelöst. *Die Kehre* verbreitet in harmlos wirkender Aufmachung völkische Ideologie im Kontext von Natur- und Umweltschutz – inzwischen auch im stationären Buchhandel. Chefredakteur ist Jonas Schick, ein ehemaliger Aktivist der Identitären Bewegung. Gefördert wird das Magazin unter anderem vom rechten Netzwerk »Ein Prozent für unser Land« um Philip Stein, mit Verbindungen zum Institut für Staatspolitik, das 2024 aufgelöst wurde. Die Autor*innen stammen aus dem neurechten und AfD-nahen Milieu. In Interviews kommen auch prominente Vertreter wie Björn Höcke, Alexander Gauland und der französische neurechte Ideologe Alain de Benoist zu Wort. Die Strategie der Zeitschrift zielt darauf ab, durch ökologische Inhalte eine Anschlussfähigkeit über das extrem rechte Spektrum hinaus zu erreichen.

Ich weiß, dass du zusammen mit Studierenden Die Kehre diskurstheoretisch untersucht hast. Zu welchen Ergebnissen seid ihr gekommen?

Toby: Ich nutze die Zeitschrift *Die Kehre* für meinen Methodenkurs zur Diskursanalyse. Sie ist ein gutes Untersuchungsobjekt, um die Funktionsweise von

25 Zitiert nach *Frankfurter Rundschau* vom 11.07.2024.

26 Vgl. Gottschlich, Daniela/Nicolaisen, Lukas: »Die Verankerung von Ökologie am rechten Rand«, in: *Raumentwicklung – ARL-Journal für Wissenschaft und Praxis* 02/2025, S. 10–13.

Diskursen deutlich zu machen und zu vermitteln, wie diskursanalytisch gearbeitet wird und welchen Mehrwert eine solche Methode bietet. Dabei ist es wichtig zu verstehen: Es geht nicht darum, zwischen den Zeilen zu lesen, um das Unausgesprochene hermeneutisch aufzudecken. Ebenso wenig soll versucht werden, nach Wahrheiten zu suchen und rechte Diskurse als Fake News zu entlarven – also sich auf eine Art universelle Wahrheit zu beziehen. Darüber haben wir im Seminar – und übrigens auch bei uns im Institut für Geographie an der Universität Hamburg – immer sehr lebhafte und leidenschaftliche Diskussionen. Aus einer poststrukturalistischen Perspektive – und aus dieser arbeite ich diskursanalytisch – geht es vielmehr um die Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Wahrheiten konstituiert werden. Also, um die Frage: Wie wird etwas überhaupt zur Wahrheit gemacht? Was sind die Regeln, Legitimationsstrategien und Schließungslogiken, mit denen Wissen hergestellt wird? Und vor allem: Welche Machtverhältnisse und -dynamiken spielen bei diesen Prozessen eine Rolle? Dieses Herangehen lässt sich auf alle Formen der Wissensproduktion anwenden.

Doch gerade in Zeiten von Verschwörungserzählungen, Klimawandelleugnung und dem Erstarken von pseudowissenschaftlichen Institutionen, wie etwa dem von dir erwähnten Institut für Staatspolitik oder dem Europäischen Institut für Klima und Energie, kann eine solche Herangehensweise auf den ersten Blick unbefriedigend sein. Oftmals besteht das dringende Bedürfnis, durch mehr Fakten und Informationen klare Aussagen treffen zu können, auf die man sich in Auseinandersetzungen beziehen und mit denen man andere überzeugen kann. Gerade auch von Akteur*innen wie Fridays for Future wurde und wird Wissenschaft oftmals als Instanz angerufen, die in einem aufklärerischen Sinn »wahre Fakten« zum Klimawandel beisteuern soll. Doch eigentlich zeigt ja gerade der Klimawandeldiskurs, dass es eben nicht allein um mehr Fakten und besseres Wissen geht. Vielmehr geht es auch darum, dass Wissen auf eine bestimmte Art und Weise gerahmt wird, und wie bestimmte Logiken wirkmächtig gemacht werden. Um beispielsweise zu verstehen, wie rechte Akteure ökologische Diskurse für eine Anschlussfähigkeit strategisch nutzen und wie dadurch Legitimierungs- und Normalisierungsprozesse wirken, finde ich die Methode der Diskursanalyse hervorragend geeignet – gerade in Zeiten einer zunehmenden autoritären Formierung.

Dannie: Es ist ja auch spannend, das in einem historischen Kontext zu beleuchten.

Toby: Genau. Zwischen 1933 und 1945 führte der Philologe Victor Klemperer ein Tagebuch, in dem er die Veränderungen der deutschen Sprache sowie deren Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus und die Wechselwirkungen mit den gesellschaftlichen Veränderungen aufzeichnete.²⁷ Ohne die damaligen Verhältnisse mit der heutigen Situation gleichsetzen zu wollen, denke ich, dass wir auch heute genau hinschauen müssen, welche Wirkmacht von Begriffen wie »Remigration«, dem »Großen Austausch« oder »Ethnopluralismus« ausgeht, wie die Möglichkeiten des Denk- und Sagbaren merkbar und aktiv verschoben werden und wie das unter anderem auch in und über ökologische Diskurse funktioniert.

In meinem letzten Seminar haben Studierende beispielsweise die Verwendung und Funktionsweise des Begriffes »Ökofaschismus« in der *Kehre* untersucht, analysiert, welche Rolle der Heimatbegriff in Diskursen um Windkraftanlagen spielt, wie über eine Analyse der Funktionsweise der Blut-und-Boden-Ideologie eine rechte von einer linken Globalisierungskritik unterschieden werden kann und was genau eine rechte Wachstumskritik auszeichnet.²⁸ Abgesehen davon, dass ich bei solchen Seminaren auch unglaublich viel von den Arbeiten der Studierenden lerne, finde ich es sehr motivierend, wenn ich als Feedback von Studierenden erhalte, dass sie durch das Seminar wieder etwas mehr Handlungsfähigkeit gewonnen haben.

Ich denke, du könntest auch viele Beispiele aus deiner wissenschaftlichen Praxis nennen, bei denen die Universität zu einem Ort wird, an dem den autoritären Tendenzen etwas entgegengesetzt werden kann, oder?

Dannie: Handlungsfähigkeit ist ein Stichwort, das ich gerne aufgreife. Als Hochschullehrerin ist mein Maßstab für Theorien, ob sie anderen und mir Begriffe an die Hand geben, die helfen, die gesellschaftlichen Verhältnisse

27 Klemperer, Victor: *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Ditzingen: Reclam 2007 [1947].

28 Vgl. die folgenden Seminararbeiten am Institut für Geographie der Universität Hamburg: Ivanova, Raina/Ehrnsperger, Jödis: »Ökofaschismus. Diskursanalyse der Begriffskonstitution in *Die Kehre*«; Fetzer, Fenja/Hollender, Desiree: »Windkraft zwischen Heimat und Ideologie. Eine diskursanalytische Untersuchung rechter Narrative und Feindbildkonstruktionen in der Zeitschrift *Die Kehre*«; Götsche, Jolanda/Hentschel, Fryda/Gehring, Florian: »Braune Ökologie – Logiken der Neuen Rechte. Ein Diskurs zwischen Globalisierungskritik und der »Blut und Boden Ideologie««; Siggelkow, Marie/Land, Philippa/Krist, Philo/Felgenhauer, Balan: »Was zeichnet die Wachstumskritik der Neuen Rechten aus? Eine Diskursanalyse.«

zu verstehen und zu verändern. Anders formuliert geht es unter anderem um die Frage, über welche Theorien Studierende und Forschende sprachfähiger werden. Es braucht wissenschaftliche Werkzeuge, analytische Zugänge, Imaginationsübungen, um Kritik an ungerechten Verhältnissen verbinden zu können mit der Gestaltung einer gerechteren Zukunft. Genau diese Kombination macht für mich einen Aspekt impact-orientierter Lehre aus, die wir an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung (HfGG) versuchen, voranzutreiben. Sinn entsteht dort, wo Denken, Fühlen und Handeln zusammenkommen. Das heißt, es braucht eine neue Art zu lehren, damit Studierende in ihrem Studium Fähigkeiten erwerben, mit denen sie sich (nicht nur) an Krisen anpassen lernen, sondern (auch) Zukunft gestalten können. Ich wünsche mir von Universitäten, dass sie dafür zu Möglichkeitsorten werden, dass sie gezielt Räume für persönliche Entwicklung eröffnen, für die Erfahrung, dass sozial-ökologische Transformation durch *gemeinsames* Lernen und Handeln entsteht. Damit antworten wir auch auf die neoliberale Diskursverschiebung der Individualisierung. Wir fragen, wie wir Organisationen verändern, und wie wir durch kollektive Zusammenschlüsse Gestaltungsmacht (zurück) gewinnen können. Im Rahmen von Seminaren oder der Spring School lernen Studierende an der HfGG, rechtsextreme Denkmuster zu analysieren. Wir eröffnen zugleich einen Übungsraum, etwa dafür, Stammtischparolen zu kontern und Allianzen zu bilden. Solche Weiterbildungen bieten wir an der HfGG in Kooperation mit externen Partner*innen auch für Lehrkräfte und Unternehmen an.

Wieso ist es deiner Meinung nach wichtig, sich mit Themen wie Rechten Ökologien zu beschäftigen und inwiefern kann eine kritische Politische Ökologie eine Ressource für eine gesellschaftliche Transformation darstellen?

Toby: Zunächst einmal ist es wichtig, das Thema ernst zu nehmen und es als Teil aktueller gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu begreifen. Gerade in einem Fach wie der Geographie stellt das Verhältnis zwischen Raum beziehungsweise Natur und den gesellschaftlichen Verhältnissen ein zentrales Thema dar. Wenn wir jedoch die Disziplingeschichte betrachten, stellen wir fest, dass geodeterministisches, sozialdarwinistisches und biologistisches Denken lange Zeit wesentliche Bestandteile der geographischen Theorietradition waren. Ein Beispiel ist Friedrich Ratzel, der als Begründer der Anthropogeographie und der Politischen Geographie gilt. Seine Konzeption von Staaten als lebenden Organismen, die sich ausbreiten müssen, um zu überleben, bildete die

ideologische Grundlage für die Lebensraum- und die Blut-und-Boden-Ideologie des Nationalsozialismus. Es ist wichtig, solche Denkmuster zu erkennen, um sie benennen und dekonstruieren zu können. Wenn heute beispielsweise Björn Höcke vom »Lebensraum« spricht oder Marine Le Pen behauptet: »Ich finde, jeder Patriot muss ökologisch denken. Aus einem einfachen Grund: Ein Nomade kommt in eine Oase, er isst alle Datteln, trinkt das Wasser aus dem Brunnen, und wenn nichts mehr da ist, zieht er weiter. Wir aber sind sesshaft, verwurzelte Patrioten«²⁹, dann mag das erstmal recht harmlos klingen. Doch wenn wir uns die Geschichte des Begriffs »Lebensraum« bewusst machen – insbesondere seine Nutzung zur Legitimierung eines rassistisch und antisemitisch motivierten Vernichtungskrieges – wird deutlich, wie über bestimmte Sprachbilder und Begriffe Verschiebungen stattfinden und welche Normalisierungsprozesse dabei vorangetrieben werden. Wenn wir zudem die antisemitischen Denkmuster innerhalb der Blut-und-Boden-Ideologie betrachten, beispielsweise die Konstruktion jüdischer »parasitärer Nomaden« auf der einen Seite und »verwurzelter arischer Siedler« auf der anderen, wird deutlich, dass die Aussagen von Marine Le Pen kaum zufällig gewählt und alles andere als harmlos sind. Es bedarf also eines spezifischen Wissens sowie eines methodischen Werkzeugkastens, um solche Argumentationsmuster erkennen und angemessen einordnen zu können.

Dannie: Aber gleichzeitig braucht es auch eine Verankerung der theoretischen Diskussionen in den lebensweltlichen Realitäten...

Toby: Auf jeden Fall. Die Auseinandersetzung mit »Rechten Ökologien« sollte nicht auf eine abstrakte Theoriedebatte beschränkt bleiben, sondern muss auf konkrete empirische Beispiele bezogen werden. Eine Solawi (Solidarische Landwirtschaft), in der völkische Siedler*innen und Querdenker*innen auftauchen, kapitalismuskritische Debatten, in denen vom mächtigen Finanzkapital und einer von Wenigen gesteuerten Weltwirtschaft gesprochen wird, Diskurse um Neophyten, in denen eine Kritik an der Verdrängung von heimischen durch sogenannte invasive Arten unkritisch übernommen wird oder die Warnung vor der Gefahr einer Welle von »Klimaflüchtlingen« sind konkrete Fälle,

29 Le Pen, Marine: »Also ja, Politik ist Gewalt«, Interview von Joeres, Annika/Raether, Elisabeth, in: *ZEIT ONLINE* vom 07.05.2021, <https://www.zeit.de/2021/19/marie-le-pen-frankreich-front-national-praesidentschaft-rechtsextremismus-eu-klimawandel>, Zugriff am 25.04.2025.

die mit den eigenen Erfahrungen und Auseinandersetzungen verbunden und diskutiert werden können.

Dannie: Nur ein kleiner Einwurf: Sozialdarwinistisches, antisemitisches und biologistisches Denken finden wir nicht nur in der geographischen Theorie-tradition. Auch in anderen Studienfächern, etwa solche, die auf »grüne Berufe« vorbereiten, fehlt es bisweilen an systematischer Reflexion dazu, wie eine Studie der FARN und des Vereins diversu e.V. ergab.³⁰

Toby: Ja, das stimmt. Dabei kann ein Universitätsseminar dabei im Sinne von bell hooks' Ansatz des »Teaching to Transgress«³¹ eine Möglichkeit darstellen, einen inklusiven und emanzipatorischen Lernraum zu schaffen, in dem kritisches Denken und Reflexivität eingeübt werden können, die eigenen Erfahrungen und Sichtweisen gehört werden und das gemeinsame Lernen letztendlich zu Selbstermächtigung und Empowerment führt. Wenn es gelingt, dies in der universitären Lehre zumindest ansatzweise umzusetzen, haben wir schon viel erreicht.

Dannie: Unbedingt. Ich würde in diesem Zusammenhang gerne bell hooks hier direkt zitieren, deren Arbeit mich immer wieder euphorisiert:

»The academy is not paradise. But learning is a place where paradise can be created. The classroom, with all its limitations, remains a location of possibility. In that field of possibility we have the opportunity to labor for freedom, to demand of ourselves and our comrades, an openness of mind and heart that allows us to face reality even as we collectively imagine ways to move beyond boundaries, to transgress. This is education as the practice of freedom.«³²

30 Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)/ Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit (diversu e.V.): »Ist-Analyse unter Studierenden der grünen Berufe hinsichtlich des Themenfelds ›Natur-/ Umweltschutz und Rechtsextremismus‹. Hochschulumfrage im Rahmen des ›Demokratie leben!‹-Modellprojekts NaturSchutzRaum. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse«, FARN 2022, https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_diversu_doku-kurz_final.pdf, Zugriff am 30.06.2025.

31 hooks, bell: *Teaching to Transgress. Education as the Practice of Freedom*, New York/London: Routledge 1994.

32 hooks: *Teaching to Transgress*, S. 207.

Dieses Verständnis von Bildung als gelebte Freiheitspraxis und als Möglichkeitsraum, unseren Utopiemuskel für eine bessere Welt zu trainieren, motiviert mich auch an düsteren Tagen, nicht locker zu lassen und für eine kritische und engagierte Wissenskultur zu streiten, die gesellschaftliche Veränderungsprozesse aktiv unterstützt – gerade auch durch verstärkte Imaginationsarbeit.

Toby: Ja, und dabei kann gerade durch die Integration lebensweltlicher Realitäten in die akademische Lehre eine Brücke zwischen Theorie und Praxis geschlagen werden, die notwendig ist, um drängende ökologische und soziale Herausforderungen effektiv anzugehen. Dies erfordert jedoch einen kontinuierlichen Reflexionsprozess, größere Offenheit und eine Bereitschaft zu innovativen Lehrformaten, um den Studierenden Instrumente zu vermitteln, die sie befähigen, aktiv an gesellschaftlichen Transformationsprozessen teilzuhaben.

Dannie: Über innovative Lehrformate würde ich gerne an einer anderen Stelle mit dir ausführlicher sprechen. In der HfGG versuchen wir diese Idee, in die Praxis umzusetzen – genau wie in der AG Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten am geographischen Institut in Hamburg. Hochschulen müssen und können zu Orten werden, an denen nicht nur System-, Ziel- und Transformationswissen erarbeitet wird, sondern an denen Studierende und Lehrende auch persönlich schon im Studium erfahren dürfen, was Process Change, System Change und Mindset Change konkret bedeutet.

Literatur

- Belina, Bernd: »Kritische Geographie. Bildet Banden! Einleitung zum Themenheft«, in: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 7.3 (2008), S. 336–349.
- Belina, Bernd/Dzudzek, Iris: »Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse. Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse«, in: Glasze, Georg/Mattissek, Annika (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Human-geographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Bielefeld: transcript 2009, S. 129–152.
- Butler, Judith: »Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 50.2 (2000), S. 249–265.

- Daggett, Cara New: *Petromaskulinität. Fossile Energieträger und autoritäres Begehren*, übers. von David Frühauf, 2. Aufl., Berlin: Matthes & Seitz 2023.
- Eikberg, Kristoffer/Forchtnier, Bernhard/Hultman, Martin/Jylhä, Kirsti M.: *Climate Obstruction. How Denial, Delay and Inaction Are Heating the Planet*, Abingdon/New York: Routledge 2023.
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)/Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit (diversu e.V.): »Ist-Analyse unter Studierenden der grünen Berufe hinsichtlich des Themenfelds ›Natur-/Umweltschutz und Rechtsextremismus‹. Hochschulumfrage im Rahmen des ›Demokratie leben!‹-Modellprojekts NaturSchutzRaum. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse«, FARN 2022, https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_diversu_doku-kurz_final.pdf, Zugriff am 30.06.2025.
- Foucault, Michel: *Was ist Kritik?*, Berlin: Merve 1992.
- Glasze, Georg/Mattissek, Annika: »Diskursforschung in der Humangeographie. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen«, in: Dies. (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Bielefeld: transcript 2009, S. 11–59.
- Gottschlich, Daniela/Katz, Christine: »Kritik als unabdingbare gesellschaftliche Dienstleistung. Der Beitrag feministischer Theorie und Praxis zur Nachhaltigkeitsforschung«, in: *Jahrbuch Sozialer Protestantismus* 9 (2016), Gütersloh, S. 162–182.
- Gottschlich, Daniela/Nicolaisen, Lukas: »Die Verankerung von Ökologie am rechten Rand«, in: *Raumentwicklung – ARL-Journal für Wissenschaft und Praxis* 02/2025, S. 10–13.
- Hawel, Marcus/Kalrmring, Stefan/Schlosser, Nina (Hg.): *Wozu noch kritische Wissenschaft. Abschlussband aus der Reihe WORK IN PROGRESS | WORK ON PROGRESS. Beiträge kritischer Wissenschaft*, Hamburg: VSA 2025.
- Hochmann, Lars: »Wer dem Möglichen folgt, begreift die Welt politisch. Plädoyer für mehr Eigenschaften, in: Hochmann, Lars/Graupe, Silja/Korbun, Thomas/Panther, Stephan/Schneidewind, Uwe (Hg.), *Möglichkeitswissenschaften. Ökonomie mit Möglichkeitssinn*, Marburg: Metropolis 2019, S. 231–252.
- hooks, bell: *Teaching to Transgress. Education as the Practice of Freedom*, New York/London: Routledge 1994.
- Horkheimer, Max: »Traditionelle und kritische Theorie«, in: Ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt a.M.: Fischer 1988 [1937], S. 162–225.

- Jung, Tina: *Kritik als demokratische Praxis. Kritik und Politik in Kritischer Theorie und feministischer Theorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot 2016.
- Klemperer, Victor: *LTI: Notizbuch eines Philologen*, Ditzingen: Reclam 2007 [1947].
- Knapp, GudrunAxeli: *Arbeiten am Unterschied. Eingriffe feministischer Theorie*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag 2014.
- Le Pen, Marine: »Also ja, Politik ist Gewalt«, Interview von Joeres, Annika/Raether, Elisabeth, in: *ZEIT ONLINE* vom 07.05.2021, <https://www.zeit.de/2021/19/marie-le-pen-frankreich-front-national-praesidentschaft-recht-sextremismus-eu-klimawandel>, Zugriff am 25.04.2025.
- Mecheril, Paul: »Geltung, Ort, Maß. Einführung in die Tagung ›Migrationsforschung als Kritik?«, Vortrag, gehalten in Innsbruck 2010.
- Ötsch, Walter/Horaczek, Nina: *Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung*, Frankfurt a.M.: Westend 2017.
- Robbins, Paul: *Political Ecology. A Critical Introduction*, 2. Aufl., Chichester: Wiley-Blackwell 2012.
- Schaller, Stella/Carius, Alexander: »Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe«, Studie der adelphi consult GmbH 2019, <https://www.adelphi.de/de/publikation/convenient-truths>.
- Schlosser, Nina/Brand, Ulrich/Wissen, Markus: »Kritische Wissenschaft in krisenhaften Zeiten. Ein Gespräch über ihren Beitrag zu emanzipatorischen Transformationen«, in: Hawel, Marcus/Kalmring, Stefan/Schlosser, Nina (Hg.), *Wozu noch kritische Wissenschaft. Abschlussband aus der Reihe WORK IN PROGRESS | WORK ON PROGRESS. Beiträge kritischer Wissenschaft*, Hamburg: VSA 2025.
- Schmitt, Tobias: *Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis. Die politische Ökologie des Wassers im Nordosten Brasiliens*, Stuttgart: Franz Steiner 2017.

Frühling an der Universität

Heterotopie als Erfahrungsraum für Bildung?

Asena Dizbay, Lisa-Marie Harling, Lena Labuwy-Stark, Stefan Schüller,
Julia Weber & Nergis Yilmaz

»Mit ihr zur Ruhe zu kommen, war ein Ding der Unmöglichkeit, alles Feststehende in unserer Beziehung erwies sich früher oder später als doch nur vorläufig, im Nu verschob sich etwas in ihrem Kopf, das sie aus dem Gleichgewicht brachte und mich auch.«¹ – Elena Ferrante

Im Frühling des Jahres 2024 kamen Menschen aus universitären, aktivistischen, künstlerischen und anderen Kontexten in Wuppertal zusammen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen durch den Klimawandel zu diskutieren.² Den intensiven Diskussionen dieser drei Tage vorausgegangen waren eineinhalb Jahre der Planung, Organisation und inhaltlichen Vorbereitung. Im Herbst 2022 hatten wir uns als Studierende des erziehungswissenschaftlichen Masterstudiengangs »Bildungstheorie und Gesellschaftsanalyse« an der Bergischen Universität Wuppertal tiefgründiger mit den derzeitigen Veränderungen des globalen Klimas auseinandergesetzt.³ Dabei stellten wir uns die grundsätzliche Frage, wieso die Gesellschaft von der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass der menschengemachte Klimawandel kausal mit

-
- 1 Ferrante, Elena: *Die Geschichte der getrennten Wege*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2013, S. 283.
 - 2 Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei Rita Casale, Nora Welbers, Lukas Biehler, Margarete Kilian und Georg Winterseel für die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Akademie. Ein besonderer Dank gilt unseren zwei weiteren Mitorganisatorinnen, Khalat Ibrahim und Talina Nachtrab, ohne deren Beiträge die Veranstaltung nicht so geworden wäre, wie sie uns zusammen gelungen ist.
 - 3 Mit der Nutzung des Pronomens »wir« ist kein Kollektiv gemeint, das sich einem Ideal verschreibt, sondern ein *Wir*, das im Zusammenfinden die zu erhaltende Singularität aller Einzelnen mitdenkt.

ihrer (Re-)Produktionsweise zusammenhängt, im großen Stil unbeeindruckt bleibt. Ebenso wie wir uns damals als Einzelne dieser immer ernster werdenden Entwicklung gegenüber machtlos fühlten, sahen wir in Folge auch die in Nationalstaaten organisierte Weltgesellschaft als gewissermaßen ohnmächtig gegenüber ihren eigenen (Re-)Produktionsverhältnissen an. Denn deren Rationalität scheint trotz ihrer zerstörerischen Kraft gegenüber den Lebensbedingungen unseres Planeten weiterhin die zwischenmenschlichen Beziehungen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu diktieren. Im Zuge unseres Austausches kristallisierte sich für uns heraus, dass die Klimakrise als eine doppelte zu bestimmen ist: Die ökologische Klimatransformation ist mit den gegenwärtigen Herausforderungen des in ihrer Kälte erhitzten gesellschaftlichen Klimas verwoben.

Ausgehend von dieser Feststellung luden wir zur Frühlingsakademie mit dem Titel *Klima-Revolution!?* ein, um zu diskutieren, *wie sich der scheinbar gegenüber jeder tiefgreifenden Erschütterung immunisierte Trott der Gesellschaft erklären lässt und welche Auswege es aus diesem verhängnisvollen Lauf der Geschichte gibt*. Wir erhofften uns, möglichst viele Menschen und Perspektiven zu einem offenen und konstruktiven, transdisziplinären Dialog über *(un-)realisierte Möglichkeiten in der Geschichte sowie potentielle Handlungsalternativen in der Gegenwart* zusammenzubringen.⁴

Die Frühlingsakademie war dementsprechend getragen von dem Bestreben, sich mit der Ohnmacht der Gesellschaft gegenüber den zerstörerischen Tendenzen ihrer (Re-)Produktionsverhältnisse auseinanderzusetzen. Rückblickend erscheint sie uns zudem als Ausgangspunkt für die Reflexion von Möglichkeitsbedingungen einer Bildung im Sinne eines nachhaltigen gesellschaftlichen und ökologischen Klimas, in dem die kollektiven Lebensgrundlagen nicht durch Verleugnung und Verdrängung zerstört werden. Während der Klimawandel weiterhin vornehmlich als ein durch die Naturwissenschaften und die Technologie zu lösendes Problem diskutiert wird, wurde im Zuge der Reflexion der Akademie deutlich, dass der öffentliche Umgang mit dem Klima zugleich als Ausdruck einer Krise der Universität und ihrem Bildungsverständnis zu verstehen ist.

4 Vom 21. bis zum 23. März 2024 richteten wir die Frühlingsakademie *Klima-Revolution!?* aus. Impulse von Roger Behrens, Rita Casale, Klaus Dörre, Amadeo Kaus, Fabian Kessl, Tazio Müller, Eva von Redecker, Melanie Sehgal, Kira Vinke, Joseph Vogl und Oliver Wagner trugen zu einem transdisziplinären Dialog bei.

Um die Reflexion über konkrete Möglichkeiten sowie Elemente von Bildung in der Krise fortzuführen, wird in dem vorliegenden Beitrag die Krise von Universität und Bildung zunächst in ihrem Zusammenhang mit dem verhängnisvollen gesellschaftlichen Klima eingeordnet und mit Bezug auf den Kompetenzbegriff eingehender behandelt. Mit der Entstehung der Frühlingsakademie werden anschließend Orte und Räume an der Universität als konkrete Bedingungen von Bildung fokussiert. Hierbei tritt ein Widerspruch dieses Textes zutage, der sowohl die Verunmöglichung als auch die Möglichkeiten von Bildung durch Erfahrung akzentuiert. Daraufhin werden Aspekte solcher Bildung dargestellt, welche die Konstellation verschiedener Elemente sowie das Zusammenfinden unterschiedlicher Perspektiven erblühen lassen können. Abschließend wird mit dem Begriff der Heterotopie die Widersprüchlichkeit reflektiert, die die Akademie als eröffneter Erfahrungsraum repräsentierte, in dem im universitären Kontext zum Umgang mit der Klimakrise gestritten wurde.

In diesem Zuge versammeln sich in diesem Beitrag unsere Perspektiven auch im Hinblick auf die Frage, inwiefern die Akademie eine kritische Bildungserfahrung innerhalb unserer Gruppe ermöglicht hat. Eine Konstellation von Bildung scheint da auf, wo die unterschiedlichen Erfahrungen der Schreibenden in ihrer Abstraktion miteinander verwoben werden.⁵ Darin reflektiert der Beitrag sowohl die Akademie insgesamt als auch unsere singulären Erfahrungen, ohne diese in einer kollektiven, vereinheitlichenden Geste aufzulösen.

Im Auflesen von Lücken und Nischen für mögliche Bildungserfahrungen an der Universität entwirft der Beitrag hierbei ein widersprüchliches, fast schon utopisches Bild. Dabei intendieren wir weder, von unseren Erfahrungen auf eine Allgemeingültigkeit zu schließen, noch eine idealisierte Vorstellung von gelingender Bildungserfahrung an der Universität zu geben. Dennoch soll das Potenzial eines Zusammenfindens aufgezeigt werden, das die Möglichkeit von Kritik an einem bestimmten Bildungsverständnis der Universität enthält.⁶ Anstatt ein utopisches Bild zu zeichnen, ist es das Anliegen dieses

5 Nach Theodor W. Adorno verstehen wir eine Konstellation als einen erkenntnistheoretischen Zugang, der die Mannigfaltigkeit von Phänomenen bei ihrer gleichzeitigen begrifflichen Bestimmung aufrechtzuerhalten vermag (vgl. Adorno, Theodor W.: *Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit*, 9. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2020 [1966], S. 164).

6 Die Form dieses Beitrags soll dabei der Form unseres Zusammenfindens Ausdruck verleihen. Angelehnt an Michail Bachtins Konzept der *Dialogizität* geht solch ein Schrei-

Beitrages, eine Heterotopie vorzustellen, die es erlaubt, individuelle Erfahrungen von Bildung in der Lehre und im Studium, nicht nur erblühen, sondern auch gedeihen zu lassen.

Kritik der Universität zwischen Ohnmacht und Kompetenz

Das Klima gesellschaftlicher Ohnmacht: Die Wahrnehmung der Ohnmacht der Gesellschaft gegenüber der fortschreitenden Zerstörung von Leben sowie dessen Bedingungen bildete das grundsätzliche Motiv für die Akademie. Diesbezüglich ist davon auszugehen, dass der Umgang mit jener Ohnmacht gegenüber den zerstörerischen Tendenzen ihrer (Re-)Produktionsverhältnisse in der Gesellschaft mit einer Vielzahl an Stimmungen, Emotionen und Gefühlen einhergeht. Diese verorten sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Resignation in der Ohnmacht und ihrer Abwehr mittels lustvoller Beherrschung der Natur. Das durch die Aushandlung der Ohnmacht geschaffene gesellschaftliche Klima trägt so nicht zur Unterbrechung des verhängnisvollen Trotts der Gesellschaft bei. Vielmehr ist es analog zum »Klima der Halbbildung«⁷ als ein *Faktor* und *Indikator* der gesellschaftlichen Kräfte-, Beziehungs- und somit der Herrschaftsverhältnisse zu fassen.⁸ Dem Begriff der Halbbildung entsprechend dominieren in diesen Verhältnissen »warenhafte verdinglichte [...] Sachgehalte von Bildung«⁹, wodurch letztere auf die Vermehrung von Kapital und technischen Fortschritt reduziert wird. Das Vermögen, sich in ein kritisches Verhältnis zum Bestehenden, aber auch zum

ben über den Dialog zweier Sprechpartner*innen hinaus und zeichnet sich durch Mehrstimmigkeit als »innere Dimension einer Aussage« aus. Dialogisches Schreiben versammelt »Stimmen, die in ihm nachhallen«, und weitet den Blick dafür, »dass ich im Schreiben tatsächlich nie allein mit mir selbst sein kann.« (Lochner, Oona/Mehl, Isabella: »Lonzi lesen«, in: Lonzi, Carla/Zapperi, Giovanni (Hg.), *Selbstbewusstwerdung*, Berlin: bbooks 2021, S. 175–189, hier: S. 180) Die Begriffe, Überlegungen und Reflexionen dieses Textes sind somit nicht auf konkrete Personen zurückzuführen, vielmehr bricht sich in ihnen kaleidoskopisch das Licht der individuellen Betrachtungen der dreitägigen Akademie.

- 7 Adorno, Theodor W.: »Theorie der Halbbildung«, in: Busch, Alexander (Hg.), *Soziologie und moderne Gesellschaft: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin*, Stuttgart: Ferdinand Enke 1959, S. 169–191, hier: S. 176.
- 8 Für das Verhältnis von Begriff, Indikator und Faktor siehe Casale, Rita: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, Paderborn: Brill Schöningh 2022, S. 29f.
- 9 Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 29f.

Zukünftigen zu setzen, schwindet zunehmend. Dadurch wird sowohl die Ausbildung eines solchen Verhältnisses zum tendenziell endlos zerstörerischen Fortschritt als auch dessen Ausübung erschwert. Das *Klima gesellschaftlicher Ohnmacht* zeugt von diesem Umstand. Die verdinglichten Sachgehalte von Bildung haben nicht die nachhaltige Transformation der Gesellschaft zur Folge, sondern vielmehr die Perpetuierung der Ohnmacht ihrer Individuen gegenüber dem destruktiven Charakter der gesellschaftlichen Produktionsweise, die Zerstörung und Vernichtung von Leben(digem) impliziert. Diese Bestimmung der Halbbildung lebt unseres Erachtens im gegenwärtig dominierenden Kompetenzbegriff und den in Vereinzelung erkaltenden Beziehungen zwischen den Subjekten, auch an der Universität, fort.¹⁰

Während bildungspolitische Reformen die Universität zu einer Institution der Verwaltung von Individuum und Gesellschaft veränder(te)n, betrachten wir Bildung entgegen ihrer Entstellung durch die Qualifikations- und Kompetenzorientierung bereits als einen Begriff der *Aufklärung der Aufklärung*.¹¹ Damit schließen wir an die Analyse von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno an, der zufolge die Naturbeherrschung der Aufklärung ihren Ursprung in den Ohnmachtserfahrungen gegenüber der nicht beherrschbaren Natur findet. Animiert durch diese Ohnmacht bildeten sich historisch die kapitalistischen (Re-)Produktionsverhältnisse zur *zweiten Natur* heraus.¹² Innerhalb dieser machen sich die Individuen und Institutionen ihr auf Verdrängung und Verleugnung beruhendes Verhältnis zur Natur zu eigen: Sie (re-)produzieren ein identitär-verdinglichtes Selbst- und Weltverhältnis sowie ein Ideal von Freiheit, dessen Verfolgen in einem zerstörerischen »Kampf gegen das Leben selbst« mündet.¹³ Für Adorno und Horkheimer besteht der Ausweg aus diesen gesellschaftlichen Verhältnissen jedoch keineswegs in der Abkehr von der Aufklärung – sie ist die »petitio principii«¹⁴. Vielmehr bedarf es einer *Aufklärung der Aufklärung* hinsichtlich des Verhältnisses von erster und zweiter Natur. Das

10 Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, in: Tiedemann, Rolf (Hg.), *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, 12. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2019 [1951], S. 169–171.

11 Vgl. Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 69.

12 Vgl. Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, 25. Aufl., Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch 2020 [1944].

13 Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 59.

14 Horkheimer/Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, S. 3.

heißt, die »Aufklärung selbst soll dem Prozess der Aufklärung unterworfen werden«.¹⁵

Die Universitäten und andere Einrichtungen des Bildungswesens erscheinen vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Klimakrise im »Vielzuspätkapitalismus«¹⁶ strukturell als Orte der Halbbildung.¹⁷ In deren Klima streiten die Fakultäten und Senate der rationalisierten Universitäten nicht im großen Stil für eine nachhaltige Klimatransformation auf Grundlage einer kritischen Revision von Bildung als Vehikel für den Ausgang der Menschen aus ihren zerstörerischen (Un-)Mündigkeitsverhältnissen. Stattdessen agieren sie als verwaltende Organe einer Institution, die allein durch die massenhafte Ausbildung spezialisierter Arbeitskräfte an der rücksichtslosen (Re-)Produktion der kapitalistischen Gesellschaft teilhat. Auf dieser Tatsache beruhend ziehen Räume und Orte der Halbbildung die Kritik derjenigen auf sich, die das Gefühl ihrer Ohnmacht gegenüber der Zerstörung durch ihre zweite Natur problematisieren.

(Kompetenz-)Bildung als fixe Idee: Die gezielt für die Anforderungen der Wirtschaft und deren Wachstum *produzierten* Arbeitskräfte sind jedoch kein Phänomen deutscher Universitäten allein. Die Geschichte europäischer Hochschulreformen repräsentiert das Hervorbringen eines neoliberalen (Halb-)Bildungssystems, das sich über einen entleerten Bildungsbegriff legitimiert. Welche Konsequenzen zogen jene Hochschulreformen für das gegenwärtige Verständnis von Bildung nach sich? Ein Vierteljahrhundert nach der Vereinheitlichung des Hochschulraums Europas im Zuge des Bologna-Prozesses (seit 1999) und der Lissabon-Strategie (2000), die maßgeblich zur Herausbildung der *unternehmerischen Universität*¹⁸ beigetragen hat, ist die Institution Universität geprägt von zwei miteinander verwobenen Phänomenen, die sich im derzeit dominanten Bildungsverständnis widerspiegeln. Zum einen lässt sich ein immer stärkerer Abbau von Stellen und Kürzungen von Forschungsgeldern in den Geistes- und Sozialwissenschaften ausmachen; zum anderen ist die Wissenschaft als solche durch die völlige Hinwendung zum Positivismus gekennzeichnet. Diese Tatsache erklärt sich unter anderem

15 Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 60.

16 Hierse, Lin: »Menschenhandel. FDP-Vorschlag zu Klimaschutz«, <https://taz.de/FDP-Vorschlag-zu-Klimaschutz!/5912018/>, Zugriff am 12.06.2025.

17 Vgl. Adorno: »Theorie der Halbbildung«.

18 Vgl. Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011, S. 68–93.

durch den Wert, den die Wirtschaft, aber auch die Politik, den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern beimisst.¹⁹

Um sowohl den Abschwung der Geistes- und Sozialwissenschaften als auch den Aufschwung der MINT-Fächer zu legitimieren, benötigt es einen Bildungsbegriff, der sich dieser Logik beugt. Im Zuge der Reformprozesse äußerte sich dies auf europäischer Ebene konkret im Europäischen Qualifikationsrahmen (2008), welcher in Deutschland im Deutschen Qualifikationsrahmen (2013) seine Entsprechung findet. Mit dieser formalen und curricularen Umdeutung von Bildung gelang die völlige Entleerung des uneingelösten Bildungsbegriffs in seiner neuhumanistischen wie idealistischen Tradition. Formal dient der Qualifikationsrahmen der »angemessenen Bewertung und [...] Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa« und soll »die Orientierung der Qualifikationsprozesse an Lernergebnissen [...] fördern«.²⁰ Wie diese Vergleichbarkeit hergestellt werden soll, geht auf sogenannte Begriffsbestimmungen zurück, welche das Europäische Parlament bereits 2008 formulierte. Gefordert wurde »bei der Beschreibung und Definition von Qualifikationen einen Ansatz zu verwenden, der auf Lernergebnissen beruht«.²¹ Beispielhaft zu nennen ist der Begriff der *Qualifikation*, die der standardisierten Beurteilung des Lernprozesses dienen soll, welcher bei einer Person durch eine Institution festgestellt wird. *Lernergebnisse* wiederum geben »Aussagen« darüber, wozu eine Person bei einem abgeschlossenen Lernprozess fähig ist. Mit *Kenntnissen* ist »das Ergebnis der Verarbeitung von Information durch Lernen« gemeint. Der Begriff *Fertigkeiten* beschreibt die Fähigkeit, »Aufgaben« oder »Probleme« mit Kenntnissen »zu lösen«. Als letztes soll die *Kompetenz*

- 19 Rita Casale und Christian Oswald verorten diese »Vernaturwissenschaftlichung der Geisteswissenschaften und die Aufwertung der Naturwissenschaften« geschichtlich als eine Reaktion auf den sogenannten Sputnikschock (Casale, Rita/Oswald, Christian: »Bildung zum Humankapital«, in: Walgenbach, Katharina (Hg.), *Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert*, Frankfurt/New York: Campus 2019, S. 61–87, hier: S. 64). Der Start des ersten Satelliten durch die Sowjetunion im Jahr 1957 hatte damals weitreichende politische und gesellschaftliche Konsequenzen in den USA und Westeuropa.
- 20 Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR): »Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen«, 2011, https://www.dqr.de/dqr/shareddocs/downloads/media/content/der_deutsche_qualifikationsrahmen_fue_lebenslanges_lernen.pdf?__blob=publicationFile&v=3, Zugriff am 09.08.2025, S. 3.
- 21 Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union: »Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* C111/01 (2008).

genannt werden, welche die »nachgewiesenen Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten sowie persönliche, soziale und methodische Fähigkeiten [...] zu nutzen« meint und als »Übernahme von Verantwortung und Selbstständigkeit« beschrieben wird.²²

Diese sogenannten Begriffsbestimmungen sind zunächst als fixe Definitionen zu verstehen, mit denen politisch *ein* Ziel verfolgt wird: Die Durchsetzung eines rein empirischen Bildungsbegriffes, der nicht mehr als Bildung begriffen werden kann. Es handelt sich bloß noch um das, was von Rita Casale und Christian Oswald »Bildung zum Humankapital« genannt wird, bei der »die geschichtliche Einordnung wissenschaftlicher und künstlerischer Produktion sowie ihre Einbettung in eine Fachlogik« zweitrangig werden.²³ An den Begriffsbestimmungen wird weiterhin die »Transformation von Wissen in Kompetenz«²⁴ deutlich, die sich durch Qualifikationen zeigt und wettbewerbsfähig machen soll. Wissen wird so zu einer Ware,²⁵ die ohne Ausweichen konsumiert und als Mittel zum Zweck (des Abschlusses) angeeignet werden muss. Bildung dient dann einzig der Akkumulation von Humankapital, während als Wissen nur gilt, was der Wirtschaft dienlich ist. Zweck ist die Optimierung der Ware Arbeitskraft, die erstens das Wirtschaftswachstum voranbringen und zweitens Probleme und Aufgaben einer immer komplexeren Welt lösen soll. Damit reiht sich Bildung in eine Verwertungslogik ein, die weder die Chance für ein Links oder Rechts auf dem Pfad der Sammlung von Credit Points, noch einen anderen Zweck der Bildung zulässt als den der ökonomischen Logik. Diesem Bildungsverständnis wird der Gehalt der *Erfahrung* völlig entzogen.²⁶ Bildung wird als Kompetenz nicht mehr als Prozess der (Reflexion von) Erfahrung verstanden und das Wissen in Form von Qualifikation somit einer geschichtlichen Reflexion seiner Begründung entzogen. Stattdessen folgt Bildung, als Akkumulation und Besitz von Wissen im Modus der stetig geforderten Leistungssteigerung, bloß der Ausübung evidenter und effektiver Operationen im Sinne des technologischen Fortschrittes.²⁷

22 Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union: »Empfehlungen«.

23 Casale/Oswald: »Bildung zum Humankapital«, S. 61.

24 Casale/Oswald: »Bildung zum Humankapital«, S. 61.

25 Vgl. Adorno: »Theorie der Halbbildung«.

26 Vgl. Hegel, G. W. F.: *Phänomenologie des Geistes*, 5. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1981 [1807], S. 39 und 79. Die Bestimmung des Begriffs der Erfahrung wird in Anlehnung an Hegel im Zuge des Abschnitts *Bildung in Konstellation* konkretisiert.

27 Vgl. Casale, Rita; Oswald Christian: »Bildung zum Humankapital«, in Walgenbach, Katharina (Hg.), *Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Zur neoliberalen Neuordnung*

Dieses Prinzip der Leistungssteigerung wirkt sich unmittelbar auf die Qualität des Studiums aus. Die Regelstudienzeit und die Obsession mit dem Punktesystem bergen die Gefahr, das Studium als einen Ort der bloßen Akkumulierung von Zahlen und Daten sowie der Bewältigung von Prüfungen verstehen zu müssen und nicht als einen des Austausches und der Begegnung. Das Zeitproblem, das damit als weitere Komponente einhergeht, äußert sich unmittelbar als Geldproblem der Studierenden, aber auch der (geistes- und sozialwissenschaftlichen) Mitarbeitenden an der Universität, die um Gelder für ihre Projekte kämpfen müssen. Die Institution, die zu einem Ort der Anpassung geworden ist, ist in diesem Zuge längst auch Schauplatz der »Inszenierung von Wettbewerb und Konkurrenz«²⁸, in dem die anonyme Vereinzelung im Kapitalismus aufgeht. Der Glaube, dass erworbene Kompetenzen Menschen dazu befähigen, Verantwortung in der kapitalistischen Gesellschaft zu übernehmen und Probleme zu lösen, wird mit der Anrufung zur Anpassung an diese Gesellschaft zum Mythos und birgt ein regressives Potenzial im Klima der Ohnmacht.

Die Frage, die sich nun in Bezug auf die von uns organisierte Frühlingsakademie aufdrängt, ist, wie sich diese zum gegenwärtigen Bildungsverständnis verhalten hat. Entlang der Begriffe der Fertigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen hätten wir die Organisation der Akademie ebenfalls in Wert setzen können. Doch: Niemand fragte uns am Ende ab, was wir gelernt, und auch nicht, welche Fertigkeiten wir nun erlangt hatten, um in Zukunft Probleme oder Aufgaben lösen zu können. Schließlich haben wir unsere eigentlichen Semesterabgaben verschoben und keine Credit Points oder sonstige zertifizierte Qualifikation erhalten. Nach dem beschriebenen, gegenwärtig dominanten Verständnis von Bildung wäre die Akademie also keine zweckgebundene Tätigkeit gewesen. Ausgehend von der angeführten Kritik ist der Gegenstand unserer Auseinandersetzung mit ihr allerdings nicht die Frage, ob es sich bei der Akademie um einen verwertbaren Bildungsprozess handelte, sondern inwiefern sie als eine Erfahrung von Bildung betrachtet werden kann, die sich einer solchen Verwertungslogik entzieht. Um aber die Frage zu erörtern, ob Bildung

von Staat, Ökonomie und Privatsphäre, Frankfurt/New York: Campus 2019, S. 61–88, hier: S. 67.

28 Lessenich, Stephan: »Kritik der neoliberalen Universität. Eine Mythenjagd«, in: Gutjahr, Clara u. a. (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 211–221, hier: S. 214.

überhaupt noch innerhalb des Systems dieser Logik realisierbar ist, müssen zunächst ihre Möglichkeitsbedingungen dargelegt werden.

Die Akademie als Dazwischen

Trotz der Kritik am bestehenden universitären System sehen wir in der Universität zugleich das Potenzial eines Ortes von Bildung durch Erfahrung. Diese Möglichkeit, die dem System noch innewohnt, kommt ihm aber immer mehr abhanden. Innerhalb der oben nachgezeichneten gesellschaftlichen Verhältnisse bleiben *Lücken* und *Nischen* bestehen, die Bildungsmöglichkeiten auch im »beschädigten Leben«²⁹ beherbergen. So gibt es an der Universität als (historischem Austragungs-)Ort und Gegenstand verschiedenster Interessen und politischer Kämpfe, Räume und Momente der Kritik an ihren Verhältnissen. Diese Lücken und Nischen eröffnen an der Universität ein *Dazwischen*: Innerhalb dieser ermöglicht jenes Dazwischen die Entfaltung weiterer Zwischenräume, in denen Erfahrung sowie eigensinnige Bewegung noch möglich sind. Mit solchen Möglichkeiten von Bildung an der Universität im Blick möchten wir im Folgenden anhand der Entstehung der Frühlingsakademie die Bedeutung des eigentümlichen, reziproken Verhältnisses ihrer produktiven (Hörsäle, Seminarräume und Bibliotheken) und reproduktive Räume (Mensa, Cafeteria oder Studi-Cafés) hervorheben.

Ein solcher produktiver Raum war in unserem Fall ein Seminar – trotz Leistungsdruck und Konkurrenz – aus welchem eine solche »produktive Lücke[...]«³⁰ erwachsen konnte, aus der die Akademie hervorging. Insgesamt scheinen sich diese Lücken in unserem Studiengang besonders gut zu öffnen. Nicht nur wir, auch weitere Stimmen schreiben ihm ein besonderes Gefühl zu. Seminare und Vorlesungen in anderen Fachbereichen und außerhalb des vorgegebenen Studienverlaufsplans zu besuchen und dort Prüfungen abzulegen (oder nicht), ist bei vorhandenen inhaltlichen Anknüpfungspunkten möglich und vielmehr die Regel als eine Seltenheit. So dient der Studiengang nicht schlicht der Qualifizierung zu einem Beruf, sondern kann die Studierenden dazu befähigen, ihrem eigenen Interesse folgend selbstständig (inter-)disziplinär zu forschen. Aufgrund seiner gesellschaftsanalytischen Ausrichtung

29 Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia*.

30 Lochner/Mehl: »Lonzi lesen«, S. 176.

ermöglicht er statt einfacher Antworten Einblicke in komplexe Zusammenhänge. Das impliziert, die »Einrichtung der Welt« in ihrem »Unwesen« zu erkennen.³¹ Eine solche Enttäuschung der Illusion durch die Erfahrung der Wirklichkeit kann in Regression münden, steht sie doch dem Gestus der neoliberalen Bildung entgegen, die suggeriert, dass das Wissen über das Bestehende bloß einzuverleiben und auszuspucken – und damit beliebig zu reproduzieren – ist. Die Berührung durch das Gefühl, wird sie denn zugelassen, kann aber auch affizieren: »man agiert, weil man berührt, gestreift wird«.³² Unter der Anerkennung der eigenen Angewiesen- und Bedingtheit kann aus der Enttäuschung heraus der Wunsch nach weiterer Einsicht und Handlung entstehen.

Im Vorfeld der Akademie wurden die in den produktiven Räumen der Lehrveranstaltungen unseres Studiums hervorgerufenen Irritationen – unser Afiziert-Sein und unsere Berührtheit von den gesellschaftlichen Aspekten der Klimakrise – in den Nischen der reproduktiven Räume der Universität aufgefangen. Dort konnten sich unsere Gedanken und Gefühle im Zusammensein und Teilen mit anderen entfalten – anstatt durch einen vereinzelt Umgang möglicherweise in Regression umzuschlagen. Auf diese Weise wurden die produktiven und reproduktiven Orte der Erfahrung über ein Drittes vermittelt: die entstehende Frühlingsakademie. Das Einfangen und Herausragen unserer Gedanken und Gefühle aus dem produktiven Raum veränderte für uns die reproduktiven Räume: Statt diese lediglich als Orte des Konsums zu nutzen, die der Erholung und Wiederherstellung der Arbeitskraft dienen, nahmen wir sie nun als Möglichkeitsräume wahr.

In Karl Marx' Analyse der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse werden Räume der Reproduktion ausschließlich als Orte der Befriedigung »sog. notwendiger Bedürfnisse« verstanden.³³ Feminist*innen wie Silvia Federici kritisieren eine solche Auslegung der Reproduktion. Federici zufolge antwortet die Reproduktion nicht bloß auf die Produktion, in ihr liegen auch unerkannte Potenziale, sogar »Alternativen zum Kapitalismus«³⁴, verborgen,

31 Adorno: *Negative Dialektik*, S. 169.

32 Casale, Rita: »Verkörperter Bildung: Leidenschaft, Krankheit, Geschlechtlichkeit«, in: Casale, Rita/Rieger-Ladich, Markus/Thompson, Christiane (Hg.), *Verkörperter Bildung: Körper und Leib in geschichtlichen und gesellschaftlichen Transformationen*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2020, S. 10–21, hier: S. 16.

33 Marx, Karl: *Das Kapital*, Bd. 1 (MEW 23), Berlin: Dietz 1962 [1867], S. 185.

34 Federici, Silvia: »Marxismus, Feminismus und die Commons«, in: Dies. (Hg.), *Die Welt wieder verzaubern*, Wien/Berlin: Mandelbaum 2020, S. 221–254, hier: S. 221.

da sie die Möglichkeit des *Commoning* eröffnet, also das Einreißen von Isolation und Vereinzelung durch kooperative Formen des Miteinanders.³⁵ Im Fall der Frühlingsakademie entstand mit einem vermeintlich unscheinbaren Ort wie der Cafeteria eine Nische, in der über den bloßen Konsum hinaus *andere* Formen der Begegnung, der Zusammenkunft und des Austauschs entstanden. An diesem Ort, den für gewöhnlich Small-Talk durchhallt, führten wir Gespräche, die aus den produktiven Räumen im Modus der Erregung in den reproduktiven hineingetragen wurden und dort etwas Eigenes, Neues initiierten. Hier konnte das Aufeinanderstoßen von Leidenschaft und Freund*innenschaft etwas erblühen lassen, was uns als bereits verloren und verunmöglicht erschien: *Bildung durch Erfahrung an der Universität*.³⁶

In der Bewegung in den Räumen und in ihrem Dazwischen, sowie im Zuge der Beschäftigung mit einem durch diese Räumlichkeiten getragenen Gegenstand, wurde eine Erfahrung im Schatten der den Verwertungs- und Effizienzlogiken folgenden Bürokratie der Universität möglich. Die Lücken und Nischen, die es dafür brauchte, bewirkten nicht den Ausbruch aus dem System, doch sie zeigten, dass auch innerhalb seiner Verhältnisse eine widerstreitende Praxis möglich ist. Ein »richtiges Leben«³⁷ gibt es nicht jenseits des beschädigten – aber im Widerspruch zu ihm.

Die Frühlingsakademie konstituierte sich also nicht jenseits falscher Verhältnisse. Im Gegenteil: Die Universität war sowohl Bedingung für die Realisierung der Akademie als auch Gegenstand ihrer Kritik und letztlich auch der Ort, an dem sie Gestalt annahm. Durch bürokratische Prozesse (zum Beispiel bezüglich der Finanzierung) und die institutionelle Betreuung (seitens des Arbeitsbereiches der Allgemeinen Erziehungswissenschaft/Theorie der Bildung) war die Organisation der Akademie eng mit den universitären Strukturen verzahnt. Dementsprechend erachten wir ihr Stattfinden als aus denjenigen Möglichkeiten entsprungen, die in den Räumlichkeiten der Verunmöglichtung von Bildung beziehungsweise in den Strukturen der Verwirklichung von Halbbildung häufig unentdeckt und ungebraucht existieren. Als Raum ihrer Kritik machte sich somit, ausgehend von den Lücken und

35 Vgl. Federici: »Marxismus, Feminismus und die Commons«, S. 251.

36 Vgl. Ballast, Nikolai: »Universität ohne Erfahrung. Warum Universitäten aus Sicht der Kritischen Theorie spätestens mit der Bologna-Reform ihr emanzipatives Potenzial verloren haben«, in: Gutjahr, Clara u.a. (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 321–333, hier: S. 331.

37 Adorno: *Minima Moralia*, S. 43.

Nischen an der Universität, mit der Frühlingsakademie ein neuer und anderer Ort im kapitalistischen (Re-)Produktionszusammenhang auf – eine *eigene* Heterotopie.

Als Heterotopien bezeichnet Michel Foucault »Gegenräume«, die jenen Räumen gegenüberstehen, die sich durch die alltägliche Normierung der gesellschaftlichen Ordnung auszeichnen.³⁸ Als Gegenräume sind sie einerseits »reale[. . .] Negationen« dieser als Homotopien bezeichneten Räume, insofern in ihnen das und die von der Norm Abweichende(n) existieren.³⁹ Andererseits haben Heterotopien gegenüber diesen Homotopien eine »ordnungsstabilisierend[e]« Funktion. Schließlich wird die Art und Weise der Normierung in den Homotopien erst durch die Auslagerung des Abweichenden an einen anderen Ort, wie die Psychiatrie oder das Gefängnis, ermöglicht. Gerade deswegen lassen sich Heterotopien Markus Rieger-Ladich und Iris Laner zufolge auch als »Widerlager« akzentuieren.⁴⁰ Aufgrund der Ansammlung von Andersheit und Anderem sind sie »Orte, von denen aus die Kritik der herrschenden Ordnungen betrieben werden kann«⁴¹, und gleichzeitig »*Räume der Imagination*«⁴², in denen andere Vorstellungen von Beziehungsverhältnissen zirkulieren, die »nichtnormalisierte Weisen der Erfahrung«⁴³ ermöglichen. Die Akademie als heterotoper Raum ist also kein außerhalb der gesellschaftlichen Ordnung existierender Ort, sondern einer, der es erlaubt, ihr »Zwischen« auszukundschaften⁴⁴ und die in den Lücken und Nischen der universitären Ordnung zu findenden Zwischenräume zu erfahren.

Um zu veranschaulichen, dass die Frühlingsakademie einen solchen heterotopen Charakter trug und durch nichtnormalisierte Weisen der Erfahrung in solch *anderen* Räumen eine Möglichkeit der Bildung eröffnete, reflektieren

38 Foucault, Michel: *Die Heterotopien. Der utopische Körper. Zwei Radiovorträge*, Berlin: Suhrkamp 2013 [1966], S. 10.

39 Foucault: *Die Heterotopien. Der utopische Körper*, S. 11.

40 Laner, Iris/Rieger-Ladich, Markus: »Turm«, in: Burghardt, Daniel/Zirfas, Jörg (Hg.), *Pädagogische Heterotopien. Von A bis Z*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2018, S. 240–252, hier: S. 247.

41 Laner/Rieger-Ladich: »Turm«, S. 250.

42 Laner/Rieger-Ladich: »Turm«, S. 250, Hervorhebung i.O.

43 Laner/Rieger-Ladich: »Turm«, S. 247.

44 Casale, Rita: »Heterotopien statt Utopien: Michel Foucault als Kritiker der Utopien«, in: Engel, Gisela/ Marx, Birgit (Hg.) [Hg. im Auftr. der »Studiengruppe Entwicklungsprobleme der Industriegesellschaft« (STEIG e.V.), *Utopische Perspektiven*, Dettelbach: Röhl 1998, S. 59–72, hier: S. 61.

wir im nächsten Abschnitt einige Elemente derjenigen Erfahrungen, die wir gemacht haben. Diese Elemente begreifen wir in Konstellation stehend als Potenziale einer Bildung durch Erfahrung. Die Wahrnehmung von Lücken und Nischen ist dabei ein erstes Element und zugleich Voraussetzung für den aktiven Umgang mit den Möglichkeiten, die im Hochschulsystem existieren (können). Mit diesem System betreten Studierende ein Spannungsverhältnis, das einerseits von einem permanenten, auf Anpassung und Nivellierung drängenden Sog der herrschenden Sachzwänge geprägt ist, andererseits von Anlässen zur Irritation. Letztere zu (er-)spüren, ermöglicht Ersteren zu erkennen, um im Widerspruch zu agieren. Den Mut zu haben, den Stachel dieses Widerspruchs (miteinander) zu spüren und vor dessen Berührung nicht in das eigene Schneckenhaus zu flüchten, sollte Anspruch eines jeden Bemühens um Bildung sein, da ihre Subjekte ansonsten Gefahr laufen, zur defensiven Halbbildung überzugehen.⁴⁵

Bildung in Konstellation

Entgegen der Entstellung des Bildungsbegriffs durch seine Kürzung auf ein Verständnis als Kompetenz ist mit Bildung die kategoriale Bestimmung der Vermittlung von Ich und Welt nach Rita Casales Rezeption neuhumanistischer wie idealistischer Bildungstheorien nachzuvollziehen.⁴⁶ Jene Vermittlung findet hierbei in der Erfahrung statt. Als Erfahrung lässt sich mit Hegel eine Bewegung des Bewusstseins bezeichnen, die sich in der Begegnung mit der Welt begründet.⁴⁷ Die Welt, verstanden »als das Andere«, »das Nicht-Ich«, überwältigt das Bewusstsein: Die Konfrontation mit der Unzulänglichkeit seines erkenntnistheoretischen Zugangs und seines Selbstverständnisses mündet in

45 Vgl. Adorno: »Theorie der Halbbildung« S. 188.

46 Vgl. Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 92f. Zu Heinz-Joachim Heydorns Verhältnisbestimmung von neuhumanistischer sowie idealistischer Bestimmung des Bildungsbegriffs, deren zentrale Differenz in einem »unterschiedlichen Rekurs auf die Antike«, genauer des Verhältnisses von Bildung und Arbeit liege, siehe Casale, Rita: »Bildung nach der Krise der bürgerlichen Philosophie«, in: Stederoth, Dirk/Novkovic, Dominik/Thole, Werner (Hg.), *Die Befähigung des Menschen zum Menschen. Heinz-Joachim Heydorns kritische Bildungstheorie*, Wiesbaden: Springer VS 2020, S. 9–23, hier: S. 12.

47 Vgl. Hegel: *Phänomenologie des Geistes*, S. 39 und 79.

seiner Entfremdung.⁴⁸ Um zu neuer Erkenntnis zu gelangen, die nicht stehen bleibt beim bisher Bekannten und Geglaubten, und um sich der erfahrenen Entfremdung bewusst zu werden, muss das Bewusstsein sich auf die Fremdheit der Welt einlassen. Diese Auseinandersetzung mit der Fremdheit, der Alterität führt Hegel zufolge zu einer »Umkehrung des Bewusstseins«⁴⁹, die »zum Gegenstand der Analyse« zu machen ist, insofern die »Bedingungen der eigenen Erfahrungen« nachzuvollziehen sind.⁵⁰

In dem Wagnis, sich auf das Fremde sowie die Infragestellung der eigenen Gewissheiten einzulassen, liegt die Bedingung der Möglichkeit einer Bildungserfahrung. In diesem Sinne bedeutet Bildung also nicht ein sich in der Unmittelbarkeit vollziehendes, verdinglichendes Einordnen von Inhalten, das die Fremdheit und Komplexität derselben auf die eigenen Kategorien reduziert und somit in ihrer Eigenheit ignoriert. Sie setzt vielmehr einen unumgehbaren »Selbstverlust«⁵¹ voraus, eine Skepsis gegenüber den etablierten Kategorien, die sich erst durch das Einlassen auf die Erfahrung der Alterität, gar der Hingabe zu ihr ereignet. Nicht im herrschaftlich-instrumentellen *Einverleiben* des Gegenstandes, das sich ausschließlich in der Reproduktion des Gegebenen und dessen Zurechtstutzung auf eine eindeutige Form erschöpft, soll dem Anderen begegnet werden.⁵² Stattdessen ist sich auf dessen Fremdheit und somit auf das »Schwindelerregende« des Gegenstandes unter dem »Schock des Offenen« einzulassen.⁵³ Das Selbst ist damit im Sinne einer Bildungserfahrung auf das sich seinem unmittelbaren Zugang Entziehende angewiesen.

Beziehung bildet – Möglichkeiten von Differenz und Spontaneität: In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Beherrschung des Anderen der hegemoniale Modus des Selbst- und Weltverhältnisses. Das »narzisstische Bedürfnis« der »soveränen Inbesitznahme« ist deshalb auch für die Wissensproduktion und

48 Vgl. Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 93f.

49 Hegel: *Phänomenologie des Geistes*, S. 79.

50 Casale, Rita: »Bildung als Vermittlung«, in: Bünger, Carsten/Lütke-Harmann, Martina (Hg.), *unbedingte bildung: Perspektiven kritischer Bildungstheorie*, Wien: Löcker 2020, S. 123–127, hier: S. 125.

51 Casale: »Bildung als Vermittlung«, S. 124.

52 Vgl. Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 16f.; Adorno, Theodor W.: »Notiz über Geisteswissenschaft und Bildung«, in: *Unbedingte Universitäten* (Hg.), *Was ist Universität? Texte und Positionen zu einer Idee*, Zürich: Diaphanes 2010 [1955], S. 181–186, hier: S. 181f.

53 Adorno: *Negative Dialektik*, S. 42f.

Bildung bezeichnend.⁵⁴ Ricarda Biemüller stellt diesem eine Form der unreglementierten Erfahrung entgegen, die den *Schock des Offenen* zulässt und sich aus einem Moment der *Spontaneität* speist.⁵⁵ Dies ist konstitutiv für die Erfahrung des Anderen und Fremden als Erfahrung von *Differenz*.⁵⁶

In Abgrenzung zu einer musikalischen Erfahrung im häuslichen Umfeld, die Adorno hier als Beispiel bemüht, verweist er bereits 1966 auf die fehlende Spontaneität in Institutionen: »[D]as Institutionelle, also: die Vergegenständlichung solcher Erfahrungsbereiche«⁵⁷ verunmöglicht aufgrund ihrer starren, vorstrukturierten Regeln, denen lediglich gefolgt werden muss, ihre Erfahrung. Studierende durch Kompetenzorientierung in die Ecke des Outcomes und erworbene Fertigkeiten zu drängen, nimmt Bildung diesen Charakterzug. Die Universität macht sich als Institution daher verdächtig, sich der Möglichkeiten von Spontaneität zu entziehen; wo sie aber entstehen kann, ist Bildung eine andere. Im Gegensatz zu dem durch Selbstbeherrschung erziehenden Kompetenzbegriff, kann erst in der Spontaneität jene »Tiefe«⁵⁸ der Erfahrung möglich werden; eine, die sich dem kapitalistischen Wettbewerb an der Universität entzieht. Erfahrung kann schließlich nicht in einem »geregelten Prozeß beigebracht«⁵⁹ werden, sondern ihre Möglichkeit ist in Momenten enthalten, die nicht der Logik durchgetakteter Studienverlaufspläne und eingespielter Seminarabläufe folgen. Sie sind in deren Lücken und Nischen vorhanden und ermöglichen eine Bildung durch spontane Erfahrung, die getragen wird von Beziehungen an den (re-)produktiven Orten der Institution.

Bildung an der Universität anders zu denken, impliziert ein verändertes Verhältnis der Forschenden zu ihrem Gegenstand sowie der Beziehungen zwi-

54 Biemüller, Ricarda: *Das Hinzutretende Dritte. Über das Somatische in der Bildungstheorie Theodor W. Adornos*, Bielefeld: transcript 2022, S. 242.

55 Vgl. Biemüller: *Das Hinzutretende Dritte*, S. 236.

56 Casale unterscheidet den Begriff der Differenz als Voraussetzung von Bildung vom Begriff der Differenz als Heterogenität, vgl. Casale, Rita: »Der begriffsgeschichtliche Unterschied von Bildung und Differenz«, in: Groppe, Carola/Kluchert, Gerhardt/Matthes, Eva (Hg.), *Bildung und Differenz. Historische Analysen zu einem aktuellen Problem*, Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 21–38, hier: S. 30.

57 Adorno, Theodor W.: »Erziehung-Wozu?«, in: Kadelbach, Gerd (Hg.), *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1971, S. 105–119, hier: S. 112.

58 Adorno: »Erziehung-Wozu?«, S. 112.

59 Adorno: »Erziehung-Wozu?«, S. 112.

schen Studierenden und Lehrenden und zwischen den Studierenden selbst. Sowohl in der Philosophie als auch der Freund*innenschaft, in deren Verhältnis Casale eine *Verwandtschaft* erkennt, sieht sie eine bildende Dimension: In der Bezogenheit auf den Anderen ist das Selbst mit einem Gegenüber konfrontiert, das widerspricht und herausfordert. Die Differenz ist dabei das Verbindende zwischen dem *Anderen als Gegenüber* und dem *Anderen als Gegenstand* der Erkenntnis. Beide entziehen sich dem Selbst, lassen sich nicht vereinnahmen.⁶⁰ Gerade in diesem Entzug aber liegt die Möglichkeit der (Bildungs-)Erfahrung: Im Gestus von Zuneigung und Hingabe zur Differenz eröffnet sich im »offene[n] Vertrauensverhältnis« und »geteilte[n] Interesse für eine bestimmte Sache« der Raum für Unvorhergesehenes sowie die Möglichkeit von Kritik.⁶¹ Die Bedingung von Bildung durch Erfahrung der Differenz, die ihr (im Rahmen der Universität) das spontane Moment ermöglicht, liegt also in einer Beziehung, die den Narzissmus verschiebt. In seiner Bestimmung enthält der Bildungsbegriff bereits das Denken der Angewiesenheit. Ohne die Erfahrung der Differenz des Anderen kann es keine Form der (Selbst-)Erkenntnis geben. Was es aber braucht, ist das Bewusstwerden dieser Angewiesenheit. Mit Blick auf die Klimakrise lässt sich deren Verdrängung eindrücklich nachvollziehen: In dem Bestreben, die Natur zu beherrschen – mit dem Anspruch, sich aus ihr zu befreien und sie dadurch zu überwinden – verleugnet der Mensch, selbst Teil von ihr zu sein: Nicht fähig, die eigene Angewiesenheit auf dieselbe zu reflektieren, verhält er sich zu ihr als ein Anderes. Nicht Offenheit und Differenz, sondern (*Selbst*-)Disziplinierung und Unterdrückung bilden die Prinzipien des Umgangs. Freiheit beziehungsweise Autonomie als wesentlicher Aspekt des kapitalistischen Subjekts, ist in zerstörerischer Weise gerade in dieser Disziplinierung und Unterdrückung des und der Anderen begründet: »Die Menschen bezahlen die Vermehrung ihrer Macht mit der Entfremdung von dem, worüber sie die Macht ausüben.«⁶² Beherrscht wird insofern nicht die Natur als solche, sondern das Verhältnis des Menschen zu ihr.

Bildung, im hier ausgeführten Sinne, denkt den Stellenwert der Erfahrung von Differenz nicht nur als Bedingung der (Selbst-)Erkenntnis mit, sondern hebt sie als unhintergehbare Konstante des subjektiven Selbstverständnisses hervor. Mit dieser Bewegung von einem solipsistischen Autonomiebegriff hin zu einem Verständnis vom Subjekt, das fähig ist, sowohl die Notwendigkeit

60 Vgl. Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 15ff.

61 Vgl. Casale: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, S. 16.

62 Horkheimer/Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, S. 15.

seiner Emanzipation hin zur Autonomie als auch die eigene Angewiesenheit zu reflektieren,⁶³ wird das hier formulierte Bildungsverständnis schließlich feministisch weitergedacht.

Geteilte Erfahrungen – Bildung in Relation: In dieser Bezogenheit aufeinander äußert sich das Prinzip der Relation in Differenz, das einer Spur der feministischen Bewegung der 1970er Jahre folgt, als insbesondere italienische Feministinnen neue Arten des Miteinander-Seins in Selbstbewusstwerdungsgruppen erforschten: »Während der Sitzungen gab es keine zuvor festgesetzten Regeln, keine Leiterin, keine Kontrolle, sondern eine vorbehaltlose Offenheit dem Anderen gegenüber.«⁶⁴ Das Begehren nach neuen Erkenntniswegen erwuchs aus dem Unbehagen, Emanzipation *innerhalb* der männlichen Sphäre zu erlangen.⁶⁵ Der Bruch mit der Kultur des Wettkampfes galt dem Bestreben, »ihre Ideen [nicht] wieder in bereits etablierte Wissenskreisläufe einzuspeisen«.⁶⁶ Es ging darum, Möglichkeiten der Subjektivierung in Gang zu setzen, die das Bestehende nicht bloß reproduzieren, sondern das Potenzial bergen, es zu transzendieren.⁶⁷ Mit der Befähigung zur Beziehung bezeichneten Gruppen wie *Rivolta Femminile* die Fähigkeit, weder mit dem Gegenüber zu verschmelzen und die eigenen Erfahrungen zu synthetisieren, »noch sich in zwei auseinander liegende [zu] dividieren«.⁶⁸ Vielmehr ermöglicht das Sich-Aufeinander-Einlassen, die Singularität zu erhalten, die erst die Bedingung der Ausbildung von Autonomie ist. Der feministische Appell gilt somit einer Selbstbewusstwerdung, die in einer Gleichzeitigkeit von Differenz und Abgrenzung sowie Relation und Bezogenheit stattfindet. Carla Lonzi benennt

63 Vgl. Casale, Rita: »Über die Aktualität der Bildungsphilosophie«, in: *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik* 2 (2011), S. 322–332, hier: S. 322.

64 Zapperi, Giovanna: »Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Selbstbewusstwerdung. Schriften zu Kunst und Feminismus*, Berlin: bbooks 2021, S. 7–29, hier: S. 22.

65 Vgl. Lonzi, Carla: »Der Mythos der Kultur«, in: Zapperi, Giovanna (Hg.), *Selbstbewusstwerdung. Schriften zu Kunst und Feminismus*, Berlin: bbooks 2021 [1978], S. 151–170, hier: S. 157f.

66 Zapperi: »Einleitung«, S. 12.

67 Carla Lonzi – eine emblematische Figur dieser Gruppen – wird sich in Reflexion dieser gemeinsamen Erkenntniserfahrungen darüber bewusst, dass ihr das Gegenüber neue Wege des Selbstbewusstseins ermöglicht (vgl. Lonzi, Carla: *Taci, anzi parla. Diario di una femminista*, Mailand: Scritti di Rivolta Femminile 1978, S. 14).

68 Wehling, Anna: »Vom Reißen: Sittlichkeit in Differenz«, in: Mayer, Ralf/Schildknecht, Lukas/Sperschneider, Julia/Zulaica y Mugic, Miguel (Hg.), *Mit Hegel. Bildungs- und gesellschaftstheoretische Auseinandersetzungen*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2024, S. 240–258, hier: S. 256.

dies als Möglichkeit einer kollektiven und zugleich unvorhergesehenen Erfahrung, die nicht ideologisch ist, insofern sie sich nicht einem Ideal unterwirft oder das Einzelne in einer Einheit auflöst.⁶⁹

Das Prinzip der Relation in Differenz beinhaltet eine Kritik am atomaren Individualismus, der sich an der Universität durchgesetzt zu haben scheint. Anders als die *Rivolta Femminile*, die die Universität als einen Ort betrachtete, der durch patriarchale Machtstrukturen keine neuen Formen der Bezogenheit zulässt, geben wir die Universität als Ort sowie als Verhältnis nicht auf. In den heterotopen Lücken und Nischen, in denen das Bestehende kritisch infrage gestellt wird, versteckt sich das Potenzial der Verwirklichung des Unvorhergesehenen auch innerhalb der Universität. Insofern kann die Frühlingsakademie als *Dazwischen* als bewusste Entscheidung für die Wahrnehmung einer solchen Lücke in ihrem System gesehen werden. Die bedrohliche Lage des Klimawandels berührte uns und regte uns an, »die intensive Auseinandersetzung mit dem Gegenstand jenseits bereits etablierter Maßstäbe zu suchen«.⁷⁰ Diese in Beziehungen geteilte Erfahrung des Drohenden löste den spontanen Impuls aus, der Ohnmacht entgegenzutreten.⁷¹ In unserem Fall hieß das, im Modus der Kritik an einer rein naturwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel eine interdisziplinär angelegte, gesellschaftstheoretische Betrachtung desselben zu forcieren.

Relationalität in Differenz, in der sich die Gleichzeitigkeit von Abgrenzung und Bezogenheit äußert, kann nun also in doppelter Hinsicht bestimmt werden: Zum einen wäre die Verwirklichung eines solch großen Projektes nie ohne ein durch Differenz geprägtes Miteinander entstanden. Zum anderen zeigt die Wahl des Themas Klima selbst – sei es in gesellschaftlicher oder ökologischer Hinsicht – das Bedürfnis nach Relationalität innerhalb des Anderen, der Natur. Sie verweist auf die Notwendigkeit einer Bewusstwerdung dafür, dass sowohl das Verhältnis zur Natur als auch zwischenmenschliche Beziehungen neu gestaltet werden müssen, um destruktive Muster zu durchbrechen.

Bildung, wie sie hier nachvollzogen wurde, zeugt schließlich davon, was *Universität als Verhältnis* zu leisten hat: Räume zu schaffen, die sowohl eine Erfahrung der Entrückung und Entfremdung als auch der Relationalität und An-

69 Vgl. Lonzi: »Der Mythos der Kultur«, S. 164.

70 Lochner/Mehl: »Lonzi lesen«, S. 180.

71 Die Spontaneität des Impulses ist nicht mit »der Unmittelbarkeit einer affektiven Reaktion zu verwechseln« (Casale: »Verkörperter Bildung: Leidenschaft, Krankheit, Geschlechtlichkeit«, S. 15).

gewiesenheit samt deren Reflexion möglich machen. Um den Vorrang der Differenz zu erlauben und einem herrschaftlich-instrumentellen Verhältnis zwischen Menschen und Natur entgegenzuwirken, braucht es ein konstitutives Mitdenken der Relationalität in Differenz im Bildungsverständnis.

In Elena Ferrantes *Neapolitanische Saga*, aus der jenes dem Beitrag vorangestellte Zitat stammt, zeugt die Angewiesenheit der zwei Hauptfiguren, Lenú und Lila, von jener Bedeutung derselben für die Subjektivierung der jeweils Anderen. Die entfremdende Differenz ist dabei der Motor für einen nicht stillstehen wollenden Erkenntnisprozess und zugleich unweigerlich Quelle herausfordernder Momente von Beziehung. Dass das Selbst im Prozess einer solchen Bildung nie mit sich allein, sondern stets *in* Konstellation zu denken ist, spiegelt sich auch in unseren Erfahrungen wider:⁷²

»Die Unsicherheit teilen, gleichzeitig aber von den anderen angeregt werden und sie anzuregen. Das macht für mich auch am meisten die Konzipierung und Organisation der Akademie aus.«

»Diese Erfahrung hat mein bis dato vorherrschendes Verständnis von Universität als isolierter Erfahrung durchbrochen. [...] Ich habe Universität als kollektives, affektives Zusammenspiel erlebt, als einen Raum, der berühren kann.«

»Was wir also gemacht haben, ist, jede*r für sich, ein Stück von sich für etwas anderes zu geben – etwas, das nicht (unmittelbar) in Verwertbarkeit aufgeht.«

»Die Akademie war geboren aus zwei Beweggründen: der Sehnsucht nach intellektueller wie sozialer Verbundenheit und dem Wunsch, ein Thema zu verhandeln, das uns berührte. Ob Klima, Feminismus oder Antirassismus – das Thema war wichtig, aber es alleine war nicht entscheidend. Entscheidend war, dass wir es gemeinsam taten.«

»Die Reflexion der Akademie ist auch eine Reflexion meines Studiums, was ich unter Bildung verstehe, beziehungsweise was ich mir für ein Verständnis von Bildung wünsche.«

72 Die folgenden Zitate sind im Zuge der Reflexion der Frühlingsakademie entstanden. Sie zeugen von einem ersten Nachdenken über die je eigenen Erfahrungen der Organisator*innen beziehungsweise Schreibenden und stehen symbolisch für ein Denken in Relation.

Die Akademie als Weder-noch und Sowohl-als-auch

Die Frühlingsakademie als Dazwischen im universitären Verhältnis eröffnete ein Miteinander, das trotz geteilter Erfahrungen in sich different war und ist. Davon zeugen die verschiedenen Stimmen, die in den vorangegangenen Zitaten anklingen und zum Teil im Widerspruch zu ihrer Reflexion in diesem Beitrag stehen. Gleichzeitig verweisen sie auf ein nicht-einheitliches Erleben, das die Singularität jeder Erfahrung hervorhebt. Dieses Spannungsverhältnis ist nicht nur nachträglich erkennbar, sondern war von Beginn konstitutiv für die Akademie. Auch für ihre Besucher*innen war ein Spannungsverhältnis spürbar, das die Veranstaltung vom ersten Tag an prägte und am letzten Tag in einem Streit um die Frage kulminierte: Wie umgehen mit der (gesellschaftlichen) Klimakrise? Die Diskussion über die Mittel des Einsatzes für ein menschliches Klima entfachte im Raum eine ganz eigene Hitze, einen Moment des Schocks und der Offenheit. Während die einen die Möglichkeit der technischen Beherrschbarkeit der Natur durch die Gesellschaft verfroren verteidigten, loderte auf der anderen Seite die Erfahrung der Ohnmacht gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen auf. Das Podium zur Diskussion über die Art und Weise des Einsatzes in der Klimakrise nahm nach diesem Ereignis mehr die Form eines die Hitze reflektierenden Austauschs an. Der drängenden Frage nach einer »Klima-Revolution?!« wurde mit der Betonung der Bedeutung eines kooperativen und zärtlichen Verhaltens begegnet sowie mit einem Plädoyer, sich *die Zeit zu nehmen, die wir nicht haben*.⁷³

Das Aufflammen von Emotionen im Streit über den Umgang mit dem Klima der Ohnmacht hätten wir erwarten können. Dennoch überraschte und überforderte uns die von uns zunächst gewünschte Prägnanz und Schärfe der vielen über die drei Tage hinweg in den Raum eingebrachten Positionen. Rückblickend stellt sich uns dieser Raum als Ort voller Widersprüche dar, dessen Charakter schwer zu greifen ist. Denn die Frühlingsakademie war weder ein Raum der Universität, noch die Versammlung einer Akademie der Künste oder einer Stadtgesellschaft. Sie war trotz ihrer zeitweiligen Anspannung weder nur bitterer Ernst, noch war sie lediglich ein Ort des spielerischen Probehandelns im Geiste. Sie war weder Klimarevolution noch Klimaschutz, weder Arbeit noch Muße, weder unendliche Mühe noch Entspannung, weder

73 Mit dieser Formulierung beendete Fabian Kessl seinen Beitrag in der Podiumsdiskussion.

etwas ganz anderes noch das ewig Gleiche. Die Akademie war sowohl neurotisch, laut und kontrovers, als auch sachlich, leise und reserviert. Ihr ambiges *weder noch und sowohl als auch*⁷⁴ fand Ausdruck in einem Dazwischen, das Differentes und Widerstrebendes in einem offenen Raum versammelte. Als Ort der Kritik war die Akademie dabei nicht einfach die ordentliche Fortsetzung der die Ohnmacht ihrer Individuen stimulierenden klimatischen Verhältnisse. Als Ort der Repräsentation dieser Verhältnisse war sie allerdings auch nicht ein absolut disparater Gegenraum. Ihr Anspruch lag weder in der Formulierung eines vermeintlich »richtigen« Umgangs mit der Klimakrise noch in der Entsagung von Kooperation und Einigung in geteilten Realitätsverhältnissen. Sie stellte einen Zusammenhang her, durch den im differenten Miteinander offen nach möglichen Auswegen aus dem Klima der Ohnmacht gesucht wurde. Die so geschaffene Öffentlichkeit brach nicht mit ihrer Umwelt, sondern konstituierte sich als zeitweilige Heterotopie, die die Widersprüchlichkeiten gerade in ihrer Verwiesenheit zu ihr erfahrbar machte.

Literatur

- Adorno, Theodor W.: »Erziehung-Wozu?«, in: Kadelbach, Gerd (Hg.), *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1971.
- Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, in: Tiedemann, Rolf (Hg.), *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, 12. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2019 [1951].
- Adorno, Theodor W.: *Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit*, 9. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2020 [1966].
- Adorno, Theodor W.: »Notiz über Geisteswissenschaft und Bildung«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), *Was ist Universität? Texte und Positionen zu einer Idee*, Zürich: Diaphanes 2010 [1955], S. 181–186.

74 Diese Betrachtung der Frühlingsakademie ist angelehnt an Anna Wehlings Reflexion zu einer (Begriffs-)Bildung, mit der die mehrdeutige Realität samt ihrer Zerrissenheit wahrnehmbar (gemacht) wird (vgl. Wehling, Anna: »Gerissene Bildung«, in: Casale, Rita/Rieger-Ladich, Markus/Thompson, Christiane (Hg.), *Verkörpernte Bildung. Körper und Leib in geschichtlichen und gesellschaftlichen Transformationen*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2020, S. 53–76.).

- Adorno, Theodor W.: »Theorie der Halbbildung«, in: Busch, Alexander (Hg.), *Soziologie und moderne Gesellschaft: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin*, Stuttgart: Ferdinand Enke 1959, S. 169–191.
- Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR): *Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen*, 2011, S. 3.
- Ballast, Nikolai: »Universität ohne Erfahrung. Warum Universitäten aus Sicht der Kritischen Theorie spätestens mit der Bologna-Reform ihr emanzipatives Potenzial verloren haben«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 321–333.
- Biemüller, Ricarda: *Das Hinzutretende Dritte. Über das Somatische in der Bildungstheorie Theodor W. Adornos*, Bielefeld: transcript 2022.
- Casale, Rita: »Bildung als Vermittlung«, in: Bünger, Carsten/Lütke-Harmann, Martina (Hg.), *unbedingte bildung: Perspektiven kritischer Bildungstheorie*, Wien: Löcker 2020, S. 123–127.
- Casale, Rita: »Bildung nach der Krise der bürgerlichen Philosophie«, in: Stederoth, Dirk/Novkovic, Dominik/Thole, Werner (Hg.), *Die Befähigung des Menschen zum Menschen. Heinz-Joachim Heydorns kritische Bildungstheorie*, Wiesbaden: Springer VS 2020, S. 9–23.
- Casale, Rita: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, Paderborn: Brill Schöningh 2022.
- Casale, Rita: »Heterotopien statt Utopien: Michel Foucault als Kritiker der Utopien«, in: Engel, Gisela/Marx, Birgit (Hg.) [Hg. im Auftr. der »Studiengruppe Entwicklungsprobleme der Industriegesellschaft« (STEIG e.V.), *Utopische Perspektiven*, Dettelbach: Röhl 1998, S. 59–72.
- Casale, Rita: »Über die Aktualität der Bildungsphilosophie«, in: *Vierteljahrschrift für wissenschaftliche Pädagogik* 2 (2011), S. 322–332.
- Casale, Rita: »Verkörpernte Bildung: Leidenschaft, Krankheit, Geschlechtlichkeit«, in: Casale, Rita/Rieger-Ladich, Markus/Thompson, Christiane (Hg.), *Verkörpernte Bildung: Körper und Leib in geschichtlichen und gesellschaftlichen Transformationen*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2020, S. 10–21.
- Casale, Rita/Oswald, Christian: »Bildung zum Humankapital«, in: Walgenbach, Katharina (Hg.), *Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert*, Frankfurt/New York: Campus 2019, S. 61–87.
- Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union: »Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Einrich-

- tung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* C111/01 (2008).
- Federici, Silvia: »Marxismus, Feminismus und die Commons«, in: Dies. (Hg.), *Die Welt wieder verzaubern*, Wien/Berlin: Mandelbaum 2020, S. 221–254.
- Ferrante, Elena: *Die Geschichte der getrennten Wege*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2013.
- Foucault, Michel: *Die Heterotopien. Der utopische Körper. Zwei Radiovorträge*, Berlin: Suhrkamp 2013 [1966].
- Hegel, G. W. F.: *Phänomenologie des Geistes*, 5. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1981 [1807].
- Hierse, Lin: »Menschenhandel. FDP-Vorschlag zu Klimaschutz«, <https://taz.de/FDP-Vorschlag-zu-Klimaschutz/!5912018/>, Zugriff am 12.06.2025.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, 25. Aufl., Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch 2020 [1944].
- Laner, Iris/Rieger-Ladich, Markus: »Turm«, in: Burghardt, Daniel/Zirfas, Jörg (Hg.), *Pädagogische Heterotopien. Von A bis Z*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2018, S. 240–252.
- Lessenich, Stephan: »Kritik der neoliberalen Universität. Eine Mythenjagd«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 211–221.
- Literaturwissenschaft-online: »Dialogizität«, <https://www.litwiss-online.uni-kiel.de/glossary/dialogizitaet/>, Zugriff am 13.06.2025.
- Lochner, Oona/Mehl, Isabell: »Lonzi lesen«, in: Lonzi, Carla/Zapperi, Giovanni (Hg.), *Selbstbewusstwerdung*. Berlin: bbooks 2021, S. 175–189.
- Lonzi, Carla: »Der Mythos der Kultur«, in: Zapperi, Giovanna (Hg.), *Selbstbewusstwerdung. Schriften zu Kunst und Feminismus*, Berlin: bbooks 2021 [1978], S. 151–170.
- Lonzi, Carla: *Taci, anzi parla. Diario di una femminista*, Mailand:: Scritti di Rivolta Femminile 1978.
- Marx, Karl: *Das Kapital*, Bd. 1 (MEW 23), Berlin: Dietz 1962 [1867].
- Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin: Suhrkamp 2011.
- Wehling, Anna: »Gerissene Bildung«, in: Casale, Rita/Rieger-Ladich, Markus/Thompson, Christiane (Hg.), *Verkörperter Bildung. Körper und Leib in geschichtlichen und gesellschaftlichen Transformationen*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa 2020, S. 53–76.

- Wehling, Anna: »Vom Reißen: Sittlichkeit in Differenz«, in: Mayer, Ralf/Schildknecht, Lukas/Sperschneider, Julia/Zulaica y Mugic, Miguel (Hg.), *Mit Hegel. Bildungs- und gesellschaftstheoretische Auseinandersetzungen*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2024, S. 240–258.
- Zapperi, Giovanna: »Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Selbstbewusstwerdung. Schriften zu Kunst und Feminismus*, Berlin: bbooks 2021, S. 7–29.

Die verlassene Universität

Versuch, den akademischen Exodus zu verstehen

Ricarda Biemüller

Ende der 1980er Jahre stellte der Religionsphilosoph Klaus Heinrich mit Blick auf die politische und intellektuelle Lage der Universität einen Zustand allgemeiner Verdrossenheit gegenüber der Institution fest.¹ Der Universität gegenüber verdrossen zu sein, heißt unfähig zu sein, noch sagen zu können, worin der Zweck der Universität jenseits ihrer gesellschaftlichen Funktion und ihres Nutzens für das individuelle Fortkommen ihrer Mitglieder besteht. Heinrich führt diese Erfahrung zurück auf eine »totale Enterotisierung«² der Beziehung der Universitätsmitglieder zu ihrer Institution. Der Begriff der Enterotisierung versucht eine Situation zu erfassen, in der die

»Universität nicht mehr Haß- und Liebesobjekt [ist], so wie zuletzt noch für die Generation der Studentenbewegung der 60er Jahre, die ihr unter heftigem Rütteln und Schütteln eine Liebeserklärung machte, die sie als Institution nicht verstand, und sie wird auch nicht mehr mit der Bitterkeit der Unverstandenen verteidigt. Es gibt keine Universitätsutopisten mehr, und immer weniger Universitätsutopisten werten dies als das Charakteristikum einer Umbruchszeit. Folgerichtig ist die Universität mit ihren Problemen auch dem öffentlichen Interesse abhandengekommen, das über erotische Identifikation mit den Beteiligten viele Jahre lang an dem Scheitern dieser ihrer letzten Liebesbeziehung teilgenommen hatte. Und die Enterotisierung ist so komplett, daß nicht einmal der Schoßcharakter, den Institutionen sonst bieten, und mütterlicher Nährfunktion, die den Brüsten der Alma mater über

1 Dieser Beitrag basiert auf Überlegungen, die in einem Vortrag am 15. Dezember 2023 an der Universität Bielfeld im Rahmen einer Veranstaltung zur »Kritischen Theorie der Bildung und der Hochschule« vorgestellt wurden.

2 Heinrich, Klaus: »Zur Geistlosigkeit der Universität heute«, in: Ders., *Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben*. Frankfurt a.M.: Stroemfeld 1998, S. 69–87, hier: S. 70.

Jahrhunderte hinweg verklärend angedichtet worden war, zurückgeblieben ist.«³

In der Auflösung jener leidenschaftlichen Anbindung an die Universität verdichtet sich die Ermüdung der Studierenden, deren Protest für eine innere Demokratisierung der Hochschule und eine Politisierung der Wissenschaft als progressive und emanzipative Kraft mit technokratischen Struktur- und Verwaltungsreformen beantwortet wurden. Es manifestiert sich darin auch die ermattete Bitterkeit der Lehrenden und Forschenden, deren Ringen um die Wiederherstellung der Möglichkeitsbedingungen wissenschaftlicher Forschung zugunsten von Aufgaben in Lehre, Selbstverwaltung und Wissensmanagement zurückgedrängt wurden. Die Folgen dieser doppelten Zurückweisung sind Heinrich zufolge für die Universität verhängnisvoll, denn sie führen nun dazu, »daß die Studierenden auf ihren Besuch verzichten, [...] daß sie sie längst *innerlich* verlassen haben«, wobei »hier die Lernenden das Verhältnis der Lehrenden zu ihrer Institution getreulich spiegeln«⁴.

Über vierzig Jahre nach Heinrichs Diagnose stellt sich die Frage: Kann noch einmal eine Vorstellung von Universität gewonnen werden, die jenseits von politischen Verwertungsinteressen und individuellen Nutzenkalkül eine institutionelle und intellektuelle Bindungskraft entwickelt? Sind die Studierenden und Lehrenden zur Universität zurückgekehrt oder haben sie die Institution tatsächlich dauerhaft verlassen? Mit Blick auf die reformierte Hochschule der Gegenwart kündigt sich ein Zustand an, der mit dem Begriff des akademischen Exodus gefasst werden kann. Der Begriff soll das Paradox beschreiben, dass zwar die Zahl der Universitätsangehörigen stetig steigt, sich gleichzeitig jedoch ein beträchtlicher Anteil der Studierenden und des wissenschaftlichen Personals grundsätzlich von der Universität als »Liebesobjekt« abgewendet hat. Die Mehrheit der Ausgezogenen besucht zwar weiterhin Lehrveranstaltungen und verfasst ihre Prüfungsleistungen, sie geht täglich in ihre Büros, wo sie die Aufgaben in Lehre und Verwaltung (möglichst) effizient bewerkstelligt, um genug Zeit zu haben, Forschungsvorhaben in drittmittelfähige Anträge zu verwandeln und am eigenen Auftritt zu feilen⁵. Alle Ichs sind noch da

3 Heinrich: »Geistlosigkeit«, S. 70f.

4 Heinrich: »Geistlosigkeit«, S. 70f., Herv. d. Verf.

5 Etzemüller, Thomas (Hg.): *Der Auftritt. Performanz in der Wissenschaft*, Bielefeld: transcript 2019.

und ihre Zahl wird in einer auf Wachstum verpflichteten akademischen Organisation auch weiter steigen. Aber sie haben sich *in* der Universität *von* der Universität verabschieden müssen, weil diese die Voraussetzung für eine freie, unabhängige Wissenschaft und Bildung nicht mehr bieten kann.

Der Beitrag versucht, die historischen und gegenwärtigen Gründe und Voraussetzungen dieses akademischen Exodus⁶ zu verstehen. Die Ursachen für diese abwesende Anwesenheit werden nicht unmittelbar und nicht ausschließlich bei ihren Mitgliedern gesucht, wenngleich jene abwesende Anwesenheit »mit verantwortet [ist] durch diejenigen, die heute [wie damals; d. Verf.] in der Universität unter den gegebenen Bedingungen arbeiten«⁶ und studieren. Vielmehr werden sie in Zusammenhang mit dem Wandel der politisch-institutionellen und epistemischen Bedingungen universitärer Bildung und Forschung untersucht⁷. Kennzeichnend für diesen Wandel ist seine immanente Dialektik, die sich zwischen dem sukzessiven Verlust der Autonomie der Universität als wissenschaftlicher Institution und den wiederkehrenden politischen und normativen Versuchen ihrer Bewahrung und Wiederherstellung entfaltet. Nachfolgend wird es darum gehen, die verschiedenen historischen Etappen dieses Wandels in Zusammenhang mit der Transformation der politischen und erkenntnistheoretischen Prämissen,

6 Haß, Ulrike/Müller-Scholl, Nikolaus: »Vorwort«, in: Dies. (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 7–10, hier: S. 7.

7 Es ist weit verbreitet, den Begriff Neoliberalismus heranzuziehen, um die Probleme und Transformationen der Universität im Spannungsfeld zwischen Staat, Markt und Privatsphäre zu dechiffrieren und zu kritisieren. Da der Beitrag den kategorialen Akzent auf die Dynamik zwischen symbolischer und institutioneller Veränderung der Universität legt, wird der bereits äußerst ausdifferenzierte Diskurs zum Zusammenhang von Neoliberalismus und Hochschule sowie zur ökonomischen Überformung und staatlichen Regulierung zentraler Dimensionen und Aspekte der universitären Lehre und Forschung nur selektiv thematisiert. Siehe weiterführend exemplarisch Riesman, David: *On Higher Education. The Academic Enterprise in an Era of Rising Student Consumerism*, San Fransisco: Jossey Bass 1980; Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Frankfurt a.M.: Campus 2011; Ptak, Ralf: »Mehr und bessere Bildung durch Markt und Wettbewerb? Thesen zur politischen Ökonomie der Bildungsdebatte«, in: Lohmann, Ingrid/Mielich, Sinah/Muhl, Florian/Pazzini, Karl-Josef/Rieger, Laura/Wilhelm, Eva (Hg.), *Schöne neue Bildung? Zur Kritik der Universität der Gegenwart*, Bielefeld: transcript 2001, S. 105–120; Höhne, Thomas: *Ökonomisierung und Bildung. Zu den Formen ökonomischer Rationalisierung im Feld der Bildung*, Wiesbaden: Springer VS 2015; Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015.

die die Autonomie der Wissenschaft begründen, zu erörtern. Hierfür werden zunächst zentrale Etappen dieses Wandels, der zu Formveränderungen in nationalistisch-kulturalistischer, modernistischer und bürokratischer Hinsicht geführt hat, abgesprochen. Anschließend wird es um die Rationalisierung der Forschung und des Erkenntnisprozesses vor dem Hintergrund der Krise der Autonomie der Wissenschaft gehen. Der dritte Schritt befasst sich mit den Konsequenzen dieser Krise im Hinblick auf die Veränderung der epistemischen und sozialen Voraussetzungen der Wissensproduktion.

Verhältnis der Universität zur Politik

Worin besteht der eigenständige Anspruch der Universität gegenüber der Politik? Ideengeschichtlich wurde das Verhältnis zwischen Politik und Universität bestimmt über die »Idee der Universität als Institution eines nationalen Staates [...], die nur dank ihrer Autonomie ihre staatliche Funktion ausüben kann«⁸. Dieses institutionelle Verhältnis wird in Wilhelm von Humboldts bürgerlich-liberaler Konzeption der Universität durch die Autonomie der Wissenschaft legitimiert und gewährleistet. Daraus folgt, dass die Universität nicht unmittelbar dem Staat dienen solle, vielmehr ist es der Staat, der die Freiheit der Universität ermöglichen müsse⁹. Die Wissenschaft, das heißt Forschung, Lehre und Bildung, versteht sich als unabhängig »von dem ökonomischen Diktat der Nützlichkeit, ohne ihre entscheidende Bedeutung für Politik und Ökonomie zu negieren«.¹⁰ Dieser normative Bezugspunkt, der die Differenz zwischen Wissenschaft und Staat, zwischen Wissenschaft und Ökonomie garantiert, wird in der deutschen Geschichte der neuzeitlichen Universität bereits Mitte des 19. Jahrhunderts in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht in Frage gestellt. Angesichts der sozialen und ökonomischen Modernisierung im Zeichen von Industrialisierung und Technologisierung sowie einer Kritik an dem Ausschluss von Frauen und Arbeiter*innen treten

8 Casale, Rita: »Verstaatlichung der Erziehung und Entstaatlichung der Bildung. Anmerkungen zur Krise der Komplementarität von Staat und Familie«, in: Aubry, Carla/Geiss, Michael/Magyar-Haas, Veronika/Miller, Damian (Hg.), *Positionierungen. Zum Verhältnis von Wissenschaft, Pädagogik und Politik*, Weinheim/Basel: Juventa 2012, S. 128–139, hier: S. 134.

9 Vgl. Casale, Rita: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, Paderborn: Brill Schöningh 2022, S. 102.

10 Casale: *Bildungsphilosophie*, S. 103.

wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Ansprüche und Interessen unmittelbar an die Universität heran¹¹. Die Spezialisierung der Wissenschaften, die Expansion naturwissenschaftlicher Wissensbestände und der Aufstieg der Industrieforschung verändern die innere Struktur der Wissenschaft und somit auch die Bildungs- und Forschungsstruktur der Universität:

»Mit der Vielheit der Wissenschaften anstelle der Einheit der Wissenschaft wird die alte Idee einer Einheit im Medium der philosophischen Reflexion vollends obsolet. Freilich verliert die Philosophie schon seit 1840 ihre zentrale Stellung im Geistesleben. [...] Besonders aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird mit dem Ausbau der Universitäten, vor allem der Institute und Kliniken, wird mit Positivismus und Spezialisierung die Idee einer einheitlichen ›Bildung‹ durch die Praxis widerlegt.«¹²

Der ökonomische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Funktionswandel führt nicht nur zu einer Krise der Philosophie als Bedingung der Einheit der Wissenschaft, sondern zieht auch eine Ausweitung der Universität hinsichtlich ihrer Mitglieder und Aufgaben nach sich. Auf diese Transformationen reagieren die Universitätsgelehrten mit einer »Flucht vor Interessenpolitik«¹³, die in eine nationalchauvinistische Auslegung des universitären Selbstverständnisses mündet. Geleitet von der Vorstellung der Überlegenheit des deutschen Geistes versucht die Professorenschaft die Autonomie der Universität durch eine Verankerung der Wissenschaft in der nationalen Kultur und durch die Verknüpfung der akademischen Bildung und Forschung mit dem Konzept der Geistesaristokratie wiederherzustellen¹⁴. Von besonderer Bedeutung für die Bewahrung der Unabhängigkeit der »Deutschen Universität«¹⁵ ist die begriffliche Differenzierung zwischen Kultur und Zivilisation.

11 Glaser, Edith: »Sind Mädchen studierfähig? Vorurteile gegen das Frauenstudium, in: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hg.), *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. Bd. 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M.: Campus 1996, S. 299–309.

12 Bollenbeck, Georg: *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S. 242f.

13 Ringer, Fritz K.: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933*, Stuttgart: Klett Cotta 1983, S. 126.

14 Vgl. Bollenbeck: *Bildung und Kultur*, S. 216–221.

15 Vgl. Haupt, Selma: *Das Beharren der Rektoren auf die »Deutsche Universität«*, Julius Klinkhardt: Bad Heilbrunn 2018, S. 119–125.

Die Zivilisation wird betrachtet »als das Geringwertige, Äußerliche, Seelenlose und Mechanische, Nivellierende, Internationale, Gesellschaftliche, bloß Nützliche und Technische. [...] Die Kultur aber wird hochgeschätzt als das Innerliche, Lebendige, Seelenvolle, Individuelle, Gemeinschaftliche, Nationale, Zweckfreie und Geistige«¹⁶.

Auf diese Differenzierung bezieht man sich auch im Rahmen einer ideellen und institutionellen Rehabilitierung der universitären Selbstbestimmung nach 1945. Diese erfolgt primär über den Rückgriff auf die als überzeitlich postulierte neuhumanistische Universitätsidee sowie durch eine Wiedereinsetzung der aus der Weimarer Republik eingeführten Hochschulverfassungen. Damit kann auch der liberal-demokratische Anspruch auf Öffnung und Pluralisierung sowie auf Modernisierung des Studiums und der Forschungsorganisation zunächst zurückgedrängt werden¹⁷.

Seit Beginn der 1960er Jahre gerät das Modell einer nationalstaatlich und kulturell begründeten Autonomie der Universität politisch, ökonomisch und gesellschaftlich unter Druck. Angesichts wissenschaftlich-technologischer Fortschrittsprozesse und einer sich in sozialliberale Richtung transformierenden Gesellschaft kann »die Essenz des Humboldtschen Wissenschaftsbegriff [...], nämlich frei von möglichen Verflechtungen mit dem politischen Leben und unbeschwert von gesellschaftlichen Anforderungen zu forschen, unter den Bedingungen einer zunehmenden Durchdringung von Wissenschaft und Gesellschaft als Maxime nicht mehr genügen«¹⁸. Die in den 1960er und 1970er Jahren konzipierten und partiell umgesetzten Hochschulreformpläne kreisen um die Aspekte Studienreform, Wissenschaftsreform und Demokratisierung. Eine zentrale Stellung nehmen hierbei die soziale Öffnung und Durchlässigkeit der Institution und der damit verbundene Kapazitätsausbau im tertiären Bildungssektor ein. Die Ausweitung und die Integration neuer Bevölkerungsteile unter dem Leitbild von Chancengerechtigkeit und Ausbildungsförderung führen zu einem raschen quantitativen Ausbau von Studienplätzen, jedoch

16 Bollenbeck: *Bildung und Kultur*, S. 271.

17 Vgl. Paletschek, Sylvia: »Die deutsche Universität im und nach dem Krieg. Die Wiederentdeckung des Abendlandes«, in: Martin, Bernd (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen: Ereignisse – Auswirkungen – Reflexionen*, Freiburg/Berlin: Nomos 2006, S. 231–249.

18 Rudloff, Wilfried: »Die Gründerjahre des bundesdeutschen Hochschulwesens. Leitbilder neuer Hochschulen zwischen Wissenschaftspolitik, Studienreform und Gesellschaftspolitik«, in: Franzmann, Andreas (Hg.), *Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945*, Berlin: Akademie-Verlag 2007, S. 77–101, hier: S. 93.

»ohne eine entsprechende Erweiterung des Lehrkörpers. [...] Die Folge ist eine strukturelle Unterfinanzierung der Universitäten, die bis heute anhält«¹⁹. Die Diskrepanz zwischen Bedarf und Kapazität führt nicht nur zu einer Überlastung der Hochschulen mit Lehrverpflichtung und Forschungsaufgaben, sondern auch zu einer veränderten Bedeutung von Bürokratie und Management für Aufbau und Ausgestaltung von Lehre und Forschung – Masse und Mangel müssen nun verwaltet und gemanagt werden. Angesichts dessen liegt der Schluss nahe, die Verfestigung und Normalisierung der bürokratischen Herrschaftsform an den Einzug der katholischen Arbeitermädchen vom Lande zurück zu koppeln – ein *Kurzschluss*, der gerne von einem in der Bedeutungslosigkeit verschwundenen Bildungsbürgertum und einer weitgehend einflussarmen Kulturelite getätigt wird, die die Entwicklung der Universität von einer exklusiven und elitären Kulturstätte zur rationalisierten Massenuniversität nur als Untergangsszenario deuten können. Zwar steht die soziale Öffnung der Universität in einem zeitlichen und strukturellen Zusammenhang mit dem Aufstieg der administrativen Organisationsform, dieser Zusammenhang ist aber keiner der Kausalität. In seiner Schrift *University in Ruins* bringt der US-amerikanische Komparatist Bill Readings den Aufstieg der verwalteten Universität mit zwei anderen Entwicklungen in Verbindung: dem Niedergang des Nationalstaats²⁰ und dem Bedeutungsverlust der Idee einer nationalen Kultur als konstitutive und normative Bezugspunkte der europäischen und der deutschen Universität²¹. Verschwindet ihre orientierende und strukturleitende Funktion, verändern sich auch das Verständnis und die Gestalt der Universität, ihr gesellschaftlicher Auftrag sowie die institutionellen Bedingungen von Bildungsprozessen. Readings beschreibt diese Veränderung als Übergang von einer traditionellen in eine posthistorische, von einer neo-humboldtianischen in eine post-humboldtianischen Universität.

-
- 19 Ash, Mitchell C.: »Warum Universität? Funktionswandlungen einer ›alten‹ Institution im internationalen Zusammenhang seit 1932«, in: Weckenmann, Johanna/Preiß, Jennifer/Rüger, Kristina (Hg.), *Universität verstehen. Universität kritisieren! Universität weiterdenken?* Frankfurt a.M.: Goethe-Universität, FB 04 – Dekanat 2019, S. 19–39, hier: S. 32.
- 20 Die Feststellung, dass Gesellschaften konstitutionell weiterhin nationalstaatlich formatiert sind, setzt die Beobachtung einer fortgeschrittenen postnationalen Hochschulpolitik, die sich an den staatlich finanzierten Universitäten programmatisch, strukturell und zunehmend curricular niederschlägt, nicht grundlegend außer Kraft.
- 21 Readings, Bill: *The University in Ruins*, Cambridge: Harvard University Press 1997.

Dieser Wandel prägt auch den institutionellen und pädagogischen Horizont der Bologna-Reform²². Die institutionelle Veränderung manifestiert sich in der Transformation der Universität von einer staatlichen Institution in eine autonome Organisation, die in ihrem Aufbau und in ihren Abläufen der Form transnationaler Konzerne ähnelt. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist die Selbstanpassung der Universität an die Logik von Nutzen und Verwertung und an die Logik der Verwaltung, die nun die Gestalt des Rechnungswesens annimmt. Diese bürokratische und buchhalterische Umordnung hat »das Prinzip der Hochschulautonomie, der Wissenschaftsfreiheit und der Bildung, die mehr ist und weiter geht als bloße Ausbildung, [...] in ungekanntem Maße ausgehöhlt und aufgelöst«²³ und zu einer Neuausrichtung des universitären Forschungs- und Bildungsauftrags geführt. Statt Fragen zu formulieren, die abwegig sind, statt Forschung zu betreiben, die langwierig ist, deren Nutzen nicht unmittelbar auszuweisen ist und deren Erfolg nicht garantiert ist, werden Fragen formuliert »als wüsste man schon, was man herauszufinden erhofft«²⁴. Bei gleichzeitiger Behauptung von Innovation werden Forschungsanliegen auf das Ziel ihrer Förderungsfähigkeit konzipiert, es wird versprochen, Wissen zu generieren, das wirkt.

Im »Sog der Nutzenanwendung«²⁵ und der Bürokratisierung verändert sich nicht nur die Logik der Forschung, sondern auch die pädagogische Konstellation der Universität. Die Unterordnung universitärer Bildung unter den Aspekt der Verwaltung stellt die Grundidee einer Bildung im Medium der Wissenschaft sowie im Medium nationaler Kultur in den Hintergrund. Readings argumentiert, dass jene Unterordnung auch »die Dialektik von Lehre und Forschung ersetzt, so dass Lehre und Forschung als Aspekte des Berufslebens un-

22 Vgl. Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.): *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024; Ricken, Norbert/Koller, Hans-Christoph/Keiner, Edwin (Hg.): *Die Idee der Universität – revisited*, Wiesbaden: Springer 2014; Haß, Ulrike/Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.): *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009; Christof, Eveline/Ribolits, Erich/Zuber, Johannes: *Uniland ist abgebrannt. Zur Kontroverse um Bildung und Ausbildung an Universitäten*, Innsbruck: Studien-Verlag 2010.

23 Haß/Müller-Scholl: »Vorwort«, S. 7.

24 Haß/Müller-Scholl: »Vorwort«, S. 18.

25 Waldenfels, Bernhard: »Universität als Grenzzort«, in: Haß, Ulrike/Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 11– 25, hier: S. 15.

ter die Verwaltung subsumiert werden«²⁶. Dies führt zu einer Restrukturierung von Studium und Lehre inklusive Standardisierung von Lehrinhalten, Modularisierung des Studienverlaufs, Ausrichtung der Lehre auf die Vermittlung und die Kontrolle von Prüfungswissen.

Eine solche Auffassung von Forschung, Lehre und Studium überlässt es Indikatoren und Kennziffern, die nach den Prinzipien von Effizienz und Output geordnet werden, Nutzen und Qualität zu bemessen und zu kontrollieren²⁷. Der Erfolg der Lehre wird durch Evaluationen bestimmt²⁸, Bildung als Lernen in Zeiteinheiten erfasst und die Relevanz von Forschung an ihren *impact* und ihre Verwertbarkeit, an die Erfolgsaussichten, mit Projekten Drittmittel zu akquirieren, und an die Anmeldung von Patenten gekoppelt²⁹.

Die Planung, Steuerung und Kontrolle des universitären Outputs und *impacts*, der Nutzbarkeit von Lehre und Forschung beziehen sich nicht allein auf Studierende und ihre Abschlüsse oder auf Wissenschaftler*innen und ihre Forschungsergebnisse an sich. Verwaltet wird nun vor allem Exzellenz: »Dasjenige, das gelehrt oder erforscht wird, ist weniger wichtig als die Tatsache, dass es exzellent gelehrt oder erforscht wird.«³⁰ Keine national und international erstklassige und erstrangige Universität kommt ohne eine Strategie zur Förderung und Gewinnung von »High-Potentials«, Spitzenforscherinnen und außergewöhnlich talentierten Studierenden aus.³¹ Gleichwohl die Exzellenz des Studiums gegenüber der Exzellenz der Forschung in Status und Wertigkeit eher zweitrangig behandelt zu werden scheint.

Es ist nicht zu betrauern, aber es lässt sich auch nicht leugnen: Die Freiheit der transnational agierenden, exzellenten und unternehmerisch agierenden Bildungsorganisationen hat sich von der überlieferten Autonomie der Wissenschaft ebenso unabhängig gemacht wie von der Bedeutung von Autonomie

26 Readings: *University in Ruins*, S. 125 [eigene Übersetzung].

27 Vgl. Muller, Jerry Z.: *The Tyranny of Metrics*, Princeton/Oxford: Princeton University Press 2018.

28 Thompson, Christiane: »Evaluations and the Forgetfulness of Paedagogical Relations. Remarks on Educational Authority«, in: *Educational Theory* 63 (2013), S. 238–298.

29 Vgl. Readings: *University in Ruins*, S. 311f.; Mayer, Alexander: *Universitäten im Wettbewerb. Deutschland von den 1980er Jahren bis zur Exzellenzinitiative*, Stuttgart: Franz Steiner 2019; Gingras, Yves: *Bibliometrics and Research Evaluation. Uses and Abuses*, Cambridge/London: MIT Press 2016.

30 Readings: *University in Ruins*, S. 13 [Herv. d. Verf.; eigene Übersetzung].

31 Vgl. Alt, Peter-André: *Exzellent!? Zur Lage der deutschen Universität*, München: C. H. Beck 2021.

im Sinn von Mündigkeit, kritischer Urteilsfähigkeit und wissenschaftlicher Selbstreflexion. »Der neue Begriff der Autonomie«, so die Bildungsphilosophin Rita Casale, »steht für finanzielle Autonomie und autonome Organisation. Ihre epistemische Bedeutung (Autonomie im Urteil) ist zweitrangig geworden«³². Mit der bürokratischen Umdeutung der institutionellen und erkenntnistheoretischen Einheit der Universität im Autonomiebegriff verbunden ist auch eine grundlegende Veränderung des akademischen Anspruchs an die epistemische Matrix ihrer Bildungs- und Forschungsprozesse.

Wissen ohne Begehren und ohne Öffentlichkeit

In einem Vortrag aus dem Jahr 1987 befasst sich Heinrich mit den Konsequenzen des Bedeutungsverlust des modernen Wissenschaftsverständnisses für die Wissensform universitärer Bildung und Forschung im Anschluss an die Hochschulreformen der 1960er und 1970er Jahre. Wie Readings stellt Heinrich eine Verknüpfung zur universitären Dominanz von Verwaltung, Forschung und Planung her, deutet diese Entwicklung jedoch nicht in institutionengeschichtlicher, sondern in erkenntnistheoretischer Hinsicht und im Hinblick auf die soziale Verankerung der Wissensproduktion innerhalb der Universität.

Ausgangspunkt der Analyse bildet der Verlust einer libidinös besetzten und geistig vermittelten Beziehung zur Universität, die mit dem Aufstieg eines rationalisierten Verständnisses von Bildung und Forschung in Verbindung gebracht wird:

»Geist ist ein Triebbegriff, ein zunächst weiblich konzipierter, später männlich okkupierter [...]. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn wir [...] den Geist vermissen – er lässt sich einem toten Behälter auch nicht implantieren. Die Enterotisierung des Verhältnisses zur Universität ist nur ein anderer Ausdruck für Geistlosigkeit. Natürlich gibt es für das, was wir vermissen, Ersatz, und daß es sich da um eine Ersatzbefriedigung, richtiger: ein Ersatz für entgangene Befriedigung handelt, sehen wir an den Vorgängen der Fetischisierung, die die Ersatzwahl begleiten. Zwei Fetischpaare vor allem sind es, die der Ministerialbürokratie der Länder und den großen, um die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses bemühten Gesellschaften vorweisenswert er-

32 Casale: *Bildungsphilosophie*, S. 121.

scheinen: die Forschung und das Forschungsvorhaben, die Planung und die planerische Effizienz.«³³

Technisierung und Rationalisierung der Forschung durch ihre Verknüpfung mit Planung und Effizienz und die Delegation der reflexiven Arbeit an die Methode werden als szientifische Kompensationen einer Verdrängung der Subjektivität aus Bildung und Forschung betrachtet. Die Verdrängung zeigt sich darin, »daß das Vitalsubjekt draußen[bl[eibt] und das Reflexionssubjekt um seine emotionalen und affektiven Qualitäten – noch einmal: Geist ist ein Triebbegriff, denn er steht für das Lebendige, das eine Richtung hat – beschnitten«³⁴ wird. Für Heinrich vermittelt sich in Erkenntnisprozessen das Begehren von Triebsubjekten mit der Tätigkeit der Vernunft. Die Vermittlung zeigt sich in der Erfahrung, affiziert zu werden und in der Fähigkeit, sich in den Gegenstand zu versenken. Die Erfahrung entspringt dem Vermögen, die Lust und Unlust, die in der sinnlichen und geistigen Auseinandersetzung mit dem Stoff entsteht, nicht zu verdrängen, sondern zuzulassen und begrifflich zu vermitteln³⁵. Diese Auffassung von Erkenntnis ist Ausdruck einer Form des Wissens, die die Differenz und Grenze des Gegenstands zum kontinuierlichen Ausgangspunkt seiner Hinwendung macht, dessen Begehren sich in der Öffnung zu einem Gegenstand und im urteilenden beziehungsweise begreifenden Objektbezug realisiert. Das technologisch-bürokratische Paradigma von Erkenntnis und Forschung macht diese Form der Erkenntnis weitgehend obsolet. Es praktiziert einen instrumentellen und technizistischen Zugang zum Wissen und koppelt die Wahrheitsfähigkeit eines wissenschaftlichen Urteils daran, dass es gemessen und berechnet werden kann, dass es sich definieren, ordnen und klassifizieren lässt. Zwar führt die Verengung der Erfahrung auf Registration und Methode nicht zwangsläufig zu einer vollständigen Abwesenheit der Lust zum Denken innerhalb der Universität. Aber letztere ist gegenwärtig nicht selbstverständlich und auch nicht sonderlich verbreitet, insofern sie auf eine epistemische Formation verweist, die im Gegensatz steht zu der hegemonialen Auslegung wissenschaftlichen Wissens als Information. Die »*Informatisierung des Wissens*«³⁶ bildet nicht nur die Vor-

33 Heinrich: »Geistlosigkeit«, S. 72.

34 Heinrich: »Geistlosigkeit«, S. 81.

35 Biemüller, Ricarda: *Das hinzutretende Dritte. Über das Somatische in der Bildungstheorie Theodor W. Adornos*, Bielefeld: transcript 2022, S. 235f.

36 Casale: *Bildungsphilosophie*, S. 112.

aussetzung jener planerischen Logik der Forschung, sondern auch, wie Casale herausstellt,

»das Ende der Möglichkeit der Erfahrung eines Erkenntnisprozesses, der mit dem Begriff der Bildung bezeichnet werden kann. Aus der Sicht des post-modernen Zustands des Wissens – das heißt ausgehend von dessen Reduktion auf Information, auf zirkulierende Ware – erweisen sich die modernen Zusammenhänge von Wissen und Spekulation und von Wissen und Emanzipation ausschließlich als zwei in die Jahre gekommene Legitimationsformen.«³⁷

Ich möchte diesen Aspekt im Folgenden nicht weiter verfolgen, aber darauf hindeuten, dass die Fragmentierung des Wissens zum einen in Zusammenhang mit der Transformation von Bildung in Kompetenz zu betrachten ist³⁸. Zum anderen schlägt sie sich, wie Lisa Marie Münster feststellt, nieder in der studentischen Realität: »Das studentische Individuum ist heute fragmentiert in seine Kompetenzen, es lernt entlang von Modulen, Leistungspunkten und Prüfungen. Die traditionellen Ansprüche der Bildung sind zu einem Pausbild ihrer Bedeutung verkommen, heißt Vernunft im Studium doch die effiziente Planung der Karriere und Freiheit, zwischen Studiengängen, zwischen Veranstaltungen zu wählen oder Prüfungen in das nächste Semester zu schieben.«³⁹

Das Ende des spekulativen und somatischen Charakters des Erkenntnisprozesses betrifft auch dessen soziale Praxis innerhalb der Universität. In einem weiteren, bereits 1970 gehaltenen Vortrag zu *Widerspruch und Verantwortung in der Hochschule* verknüpft Heinrich den epistemischen Transformationsprozess nicht mit der Entkopplung von Wissen und Begehren beziehungsweise von Wissen und Subjektivität, sondern mit dem Verlust einer universitären Öffentlichkeit. Zu Beginn des Vortrags stellt er fest, dass die Wissenschaft ihre Glaubwürdigkeit verloren habe, da ihr trotz fortgeschrittener Methodologie

37 Casale: *Bildungsphilosophie*, S. 113.

38 Casale, Rita/Oswald, Christian: »Bildung zum Humankapital«, in: Walgenbach, Katharina (Hg.), *Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus 2019, S. 61–87.

39 Münster, Lisa Marie: »Was ist Organisierte Halbbildung? Eine Annäherung an die Realität von Studierenden heute«, in: Cutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 29–42, hier: S. 31.

und elaborierter Methoden, trotz kontinuierlichen szientifischen Fortschritts der Bezug zu einem allgemeinen Zweck abhandengekommen sei:

»Der Prozeß der Wissenschaft und der Prozeß der Selbstbefreiung des Menschengeschlechts sind, im europäischen Wissenschaftsbegriff, tendenziell einer, Universität, in ihrem Selbstverständnis, war der Ort, an dem nicht nur unterrichtet und geforscht und nebenbei ein klassenspezifischer Bildungskanon vermittelt wurde, sondern das Zentrum eines für die ganze Gesellschaft verbindlichen, substantiellen Bildungsprozesses. Ob Wissenschaft noch einmal diesen Anspruch wird erheben können, ob Universitäten noch einmal eine Rolle in einem substantiell zu nennenden Bildungsprozeß der menschlichen Gesellschaft spielen können, das ist ganz ungewiß.«⁴⁰

Heinrich zieht die Gewissheit *gesellschaftlicher* Bildung in jenem historischen Moment in Zweifel, als sich die Universitäten gerade für jene Bevölkerungskreise geöffnet haben, denen sie traditionell den Zugang versperren. Wie lässt es sich erklären, dass Heinrich trotz einer sozialen Öffnung der Hochschulen befürchtet, dass diese ihren Zweck des gesellschaftlichen Bildungsprozesses dauerhaft verfehlen könnten? Für Heinrich bleibt der unter den Leitbegriffen Durchlässigkeit und Öffnung vollzogene institutionelle Fortschritt begrenzt, wenn er nicht zugleich einen sozialen Fortschritt ermöglicht – sowohl in der Universität als auch für die Gesellschaft.

Der Ort und der Kontext, an dem beziehungsweise in dem sich ein solcher »für die ganze Gesellschaft verbindlicher und substantieller Bildungsprozesses« vollziehen könnte, stellt die universitäre Öffentlichkeit dar. Diese ist nicht beschränkt auf den gemeinsamen Kommunikationsraum von Lehrenden und Lernenden oder auf eine spezifische Redepraxis⁴¹. Heinrich zufolge bezieht sie sich auf das »Vermögen der Wissenschaft, Öffentlichkeit herzustellen, eine öffentlich wirksame Vernunft zu stiften«⁴². Die Vermittlungsfigur einer öffentlich wirksamen Vernunft repräsentiert den Zweck der Universität und die Aufgabe der Wissenschaft, durch den öffentlichen Diskurs der verschiedenen Disziplinen, Zugänge, theoretischen und methodologischen Perspektiven nicht nur wissenschaftlichen, sondern auch und *insbesondere* sozia-

40 Heinrich, Klaus: »Widerspruch und Verantwortung in der Hochschule«, in: Ders., *Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben*, Frankfurt a.M.: Stroemfeld 1998, S. 31–54, hier: S. 40.

41 Vgl. Waldenfels: »Grenzort«, S. 12.

42 Heinrich: »Widerspruch«, S. 46.

len Fortschritt hervorzubringen. Diesen Anspruch verbindet Heinrich mit der Aufgabe von Bildung und Wissenschaft, »*der Gesellschaft ein Bewusstsein ihrer selbst*«⁴³ zu geben.

Die Verwirklichung einer solchen Vorstellung universitärer Öffentlichkeit scheint damals wie heute blockiert, nicht nur aufgrund der Diskrepanz zwischen den funktionalen und politischen Erwartungen an die Institution und den tatsächlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten ihrer Realisierung. Der tieferliegende Grund scheint darin zu bestehen, dass der Universität nach dem Ende des Bildungsversprechens und der »Krise der Autonomie der Wissenschaft«⁴⁴ ein soziales und epistemologisches Allgemeines fehlt. Eine solche dritte Instanz wäre aus sich heraus in der Lage, einen individuellen und gesellschaftlichen Aufklärungs- und Bildungsprozess zu stützen beziehungsweise zu begründen⁴⁵:

»Solange die reale Freiheit [...] nicht eingeht in die wissenschaftliche Fragestellung, welcher Wissenschaft auch immer [...], so lange wird sie viele bedeutsame Erfolge vorweisen können, [...] aber ein singularischer Gebrauch des Wortes Wissenschaft wird nicht mehr gerechtfertigt sein. Das Aufbegehren der Studenten hat dies nicht weniger deutlich gemacht, als das Ausweichen der auf ihre Freiräume bedachten Lehrer, die in von der Universität unabhängige Forschungsstätten abwandern wollen.«⁴⁶

Das Fehlen eines auf gesellschaftliche Bewusstwerdung und Emanzipation ausgerichteten akademischen und wissenschaftlichen Selbstverständnisses deutet auf das tendenzielle Ende der Universität als *Institution* freiheitlicher Forschung und wissenschaftlicher Bildung, nicht jedoch als autonomer *Organisation*. Als solche definiert sie die Freiheit der Wissenschaft weder als Unabhängigkeit noch als Emanzipation, sondern praktiziert sie als vermeintlich freiwilliges Kontroll- und Karrieresystem.

43 Heinrich: »Widerspruch«, S. 32.

44 Casale: *Bildungsphilosophie*, S. 113.

45 Vgl. Casale, Rita: »Krise der Repräsentation: Zur Sittlichkeit des Staates und Autorität des Vaters«, in: Dies./Koller, Hans-Christoph/Ricken, Norbert (Hg.), *Das Pädagogische und das Politische. Zu einem Topos der Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, Paderborn: Schöningh, S. 207–224.

46 Heinrich: »Widerspruch«, S. 45.

Zwischen Elfenbeinturm und Filterblase

In sozialer Hinsicht führen diese Entwicklungen unter anderem zu einer Rückkehr des Elfenbeinturms unter veränderten Vorzeichen. Historisch symbolisiert der Elfenbeinturm das Studierzimmer der Gelehrten, die ihr Leben zurückgezogen, in Einsamkeit und Freiheit dem Studium der Wissenschaften und Künste widmen. Die Einsamkeit und Freiheit im Elfenbeinturm der Gegenwart ist jedoch von einer anderen Art als ihr historisches Pendant. Während sich letzteres aus der Vorstellung speist, dass Freiheit und Einsamkeit es ermöglichen, sich auf einen Gegenstand zu fokussieren, beschreibt ersteres den Zustand der Zurückgezogenheit der Universitätsmitglieder *in sich selbst*. Diese Form des Elfenbeinturms ist nicht mit Isolation zu verwechseln, insofern nicht nur der öffentliche Auftritt, die Inszenierung und Performanz⁴⁷, sondern auch die Bildung von Gruppen, Netzwerken und anderen nützlichen Beziehungsgeflechten die zentralen Voraussetzungen wissenschaftlichen Erfolgs sind. Als Folge der übermäßigen Ausrichtung wissenschaftlicher Tätigkeit auf Performanz und Außenwirkung versammelt man sich in wissenschaftlichen Gruppen, häufig in außeruniversitären Forschungsstätten oder in Forschungskollegs, man trifft sich in Intellektuellenzirkeln und Hinterzimmern, in Lerngruppen, man hält Sitzungen in Präsidien und in Hochschulräten ab. Kennzeichnend für diese Form der Sozialität ist nicht nur ihr funktionaler, ihr exklusiver und häufig auch ihr elitärer Charakter, sondern paradoxerweise auch ihr immanenter Zug zur Atomisierung, der sich aus einem systemimmanenten Zwang zur Singularisierung ergibt. Im Diskurs der Exzellenz, der die soziale und organisationale Formation der posthistorischen Universität prägt, können nur wenige herausragend sein und die Konkurrenz im mehr oder weniger enthemmten Wettbewerb um Macht, (finanzielle) Förderung und Reputation übertreffen und überragen⁴⁸. Im, unter die Maßgabe von Einzigartigkeit und Vortrefflichkeit gestellten, Erfolgsstreben und Konkurrenzkampf erarbeitet man sich eine »kleine Festung aus Wissen, Methoden und Gegenstandsbereichen. Diese Festung wird unter Professoren im Sinn einer falsch verstandenen Kollegialität nicht mehr ris-

47 Vgl. Etzemüller: *Der Auftritt*.

48 Vgl. Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp 2020.

kiert«⁴⁹ – auch wenn sie in institutionelle und persönliche Atomisierung der Einzelnen unter Vielen mündet. Hierbei unerfüllt bleiben muss der Wunsch – wenn er denn gehegt wird – nach einer »intellektuellen Freundschaft« als einer Form der akademischen Vergesellschaftung, »die sich in zahlreichen privaten Gesprächen, Beratungen, gegenseitigen Besprechungen und in der Resonanz äußerte, die die Auseinandersetzung mit dem Anderen in der eigenen wissenschaftlichen Produktion erhielt[e]. Diese Form der intellektuellen Freundschaft [...] [ist] nicht mit Komplizenschaft oder, wie man heute sagen würde, [...] Netzbildung zu verwechseln«⁵⁰. Oder noch einmal anders formuliert: Die Logik eines wissenschaftlichen Allgemeinen im Sinn einer universitären Öffentlichkeit und die Logik des Singulären im Sinn universitärer Exzellenz koinzidieren nicht. Da sich Universitätsverwaltungen und -leitungen auf letzteres fokussieren, ohne sich um ersteres zu bemühen, ist die in ihr vorherrschende Existenzweise eine von Ehrgeiz, Konkurrenz und Überbietungswillen beeinflusste Einsamkeit.

In *epistemologischer* Hinsicht scheint ein Zusammenhang zu bestehen zwischen der Akzeptanzkrise eines epistemischen Allgemeinen, das in der Moderne durch die Vernunft repräsentiert wird, und einer zunehmenden Pluralisierung des Wissens⁵¹. So stellen Autor*innen wie Anna Kornbluh⁵² und Albrecht Koschorke⁵³ einen Problemzusammenhang zwischen der Krise einer epistemisch vermittelnden Instanz und der Relevanzsteigerung einer Rationalität

49 Haß, Ulrike: »Gründungen/Generationen«, in: Dies./Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 107–124, hier: S. 122.

50 Casale, Rita/Dingler, Catrin: »Die verlorene Universität. Randbemerkungen zur Dokumentation von Virginie Linhart«, in: Baader, Meike Sophie/Freytag, Tanja/Sager, Christine (Hg.), 1968. *Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer kulturellen Revolte*, Frankfurt a.M.: Campus 2021, S. 269–290, hier: S. 277.

51 Die Akzeptanzkrise hat mittlerweile eine über die epistemologische und sozialhistorische Kritik an den patriarchalen und rassistischen Voraussetzungen des modernen Vernunftbegriffs hinausgehende Bedeutung. Sie betrifft maßgeblich die Frage danach, wie ohne eine vermittelnde Form von Öffentlichkeit und von politischen und gesellschaftlichen Institutionen überhaupt noch ein nicht-autoritärer gesellschaftlicher Zusammenhang gestiftet werden kann.

52 Kornbluh, Anna: *Immediacy, or The Style of Too Late Capitalism*, London/New York: Verso, S. 152.

53 Koschorke, Albrecht: »Identität, Vulnerabilität und Ressentiment. Positionskämpfe in den Mittelschichten«, in: *Leviathan* 50 (2022), S. 469–486; Koschorke, Albrecht: »Binden durch Repräsentieren. Probleme des Liberalismus nach dem Bürgertum«, in: Deitel-

und Kultur der Unmittelbarkeit her. Ohne die Verpflichtung auf ein Drittes, das als von vielfältigen und partikularen Interessen unabhängig gedacht wird, gewinnen zunehmend Wissensformen an Bedeutung, die sich von dem Anspruch einer unabhängigen Instanz unberührt zeigen und stattdessen einen unmittelbaren und identifikatorischen Zugang zum Wissen und auf eine Vielfalt von Wahrheiten geltend machen. Eine solche Vervielfältigung und »individuation of epistemology«⁵⁴ trägt einerseits emanzipatorische Potentiale in sich, weil sie den jahrhundertlang auf die männliche und weise Vernunft beschränkten Diskurs des Wissens sozial und epistemisch öffnet und erweitert. Andererseits ist sie Ausdruck des symbolischen Niedergangs des Modells vernunftbasierter Vermittlung, das die politische und pädagogische Ordnung des 19. Jahrhunderts charakterisierte und in Gestalt einer Erziehung zur Mündigkeit und kritischer Urteilsfähigkeit noch bis in die 1970er Jahre hinein fortbestanden hat.

Kornbluhs Analyse der Kultur- und Wissensproduktion im »Too Late Capitalism« bringt die Abkehr von der Logik des Dritten in Verbindung mit dem Aufstieg einer Ökonomie der Unmittelbarkeit. Letzteres ist in einem doppelten Sinn zu verstehen: als spezifische Signatur der kapitalistischen Produktionsweise sowie als *kategoriale* Matrix, die die Hervorbringung von Wissen, Politik und Kultur in spezifischer Weise reguliert⁵⁵. Im Zentrum der Ökonomie der Unmittelbarkeit steht die für das einundzwanzigste Jahrhundert charakteristische Konzentration auf kulturelle Manifestationen des Selbst-Ausdrucks und der Selbst-Identifikation sowie die Zirkulation dieser Manifestationen, die als reibungsloser Fluss (»smooth flow«) von Kulturprodukten beschrieben wird⁵⁶. Diese Form der Zirkulation führt zur zunehmenden *Popularisierung* einer Logik der Wissens- und Kulturproduktion, welche die Prinzipien von Repräsentation und Vermittlung zugunsten der Vollzugsweisen der Immanenz und Immersion ablehnt. Bezogen auf das Feld der Theoriebildung stellt Kornbluh eine Zunahme von Unmittelbarkeitstheorien fest, die etwa ein fließendes Kontinuum von Körper-Erfahrung-Wissen postulieren und reflexive, leidenschaftliche

hoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt a.M.: Campus 2020, S. 54–72.

54 Kornbluh: *Immediacy*, S. 152.

55 Kornbluh spricht daher auch von Unmittelbarkeit als Hauptkategorie (»master category«) und dominante Logik in Politik, Ökonomie, Kultur und Privatheit, vgl. Kornbluh: *Immediacy*, S. 6f.

56 Vgl. Kornbluh: *Immediacy*, S. 30 [eigene Übersetzung].

Bindungen gegenüber rationalitätsbasierten Auseinandersetzungen mit dem Gegenstand als legitimer erachten⁵⁷.

Die Rationalität der Unmittelbarkeit schlägt sich zunehmend auch in geistes- und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung im universitären Raum nieder, wo sich »immediacy theory«⁵⁸ und »auto-theory«⁵⁹ im Sinn einer Kultur der Personalisierung von Forschung in den letzten Jahren verstärkt Geltung verschaffen konnten. Als populäres Beispiel einer solchen Weise der Theoriebildung betrachtet Kornbluh Sara Ahmeds *Living a Feminist Life*⁶⁰.

Die Betonung der Unmittelbarkeit für die Generierung von Wissen hat auch Konsequenzen für *die soziale* Formation der Theoriebildung. Diese betreffen zunächst die Verknüpfung eines »verallgemeinerten Kampfes um Gruppenvorrechte«⁶¹ mit einer »relativistische[n] Erkenntnislehre, die Wahrheit nicht mehr als Angemessenheit an die Sache, sondern als Effekt von Definitionsmacht«⁶² versteht. Eine solche auf der Definitionsmacht einer spezifischen Gruppe gründende Wissensproduktion klammert die Dimension des Allgemeinen, die Vermitteltheit, Abstraktheit und Geschichtlichkeit des Wissens, die Frage der Geltung und Wahrheitsfähigkeit zugunsten der unmittelbaren Wahrhaftigkeit und Wirksamkeit des Wissens aus. Das Bedürfnis der Epistemologie nach Unmittelbarkeit weist Koschorke zufolge *Tendenzen* zu einer Tribalisierung der Wissensform und -produktion auf. Eine solche *tribal epistemology* beschreibt David Roberts wie folgt:

»Informationen werden nicht danach bewertet, ob sie gemeinsamen Standards der Beweisführung oder einem gemeinsamen Verständnis der Welt entsprechen, sondern danach, ob sie die Werte und Ziele des Stammes unterstützen und von den Stammesführern gewürdigt werden. ›Gut für unsere Seite‹ und ›wahr‹ beginnen ineinander zu verschwimmen.«⁶³

57 Vgl. Kornbluh: *Immediacy*, S. 165.

58 Kornbluh: *Immediacy*, S. 152; vgl. die Kritik Susanne Lettows an Theorien des Vitalismus und des neuen Materialismus: Lettow, Susanne: »Sehnsucht nach Unmittelbarkeit: Zur Konjunktur des politischen Vitalismus«, in: *Femina Politica* 23 (2014), S. 97–106.

59 Kornbluh: *Immediacy*, S. 158.

60 Ahmed, Sara: *Living a Feminist Life*, Durham: Duke University Press 2017.

61 Koschorke: »Identität«, S. 472.

62 Koschorke: »Identität«, S. 471.

63 Roberts, David: »Donald Trump and the Rise of Tribal Epistemology. Journalism Cannot Be Neutral Toward a Threat to the Conditions that Make It Possible«, <https://www.vox.com/policy-and-politics/2017/3/22/14762030/donald-trump-tribal-epistemology>, Zugriff 09.05.2025 [eigene Übersetzung].

Was den Tribalismus vom Traditionalismus der bürgerlichen Moderne unterscheidet, ist in erkenntnistheoretischer Hinsicht die Ablehnung von Wissensinstanzen, die sich im bürgerlichen Sinn als Vollzugsorgane eines Allgemeinen verstehen. Eine solche ablehnende Haltung zeichnet sich beispielsweise bei Geoffroy de Lagasneries ethischer Rechtfertigung der Wahrheit ab: »Wahrheit ist Wahrheit – sie bestätigt sich selbst. Sie muss nicht beglaubigt, sondern lediglich anerkannt werden. [...] Dementsprechend müssten Autonomie und Authentizität die Werte sein, die im Herzen zeitgenössischer Forschung zu verankern wären.«⁶⁴ Werden Wahrheit und Wahrhaftigkeit gleichgesetzt, werden Wahrheitsfragen zu bloßen Anerkennungsfragen. Wahrheit ist insofern nur partikular satisfaktionsfähig und selbstreferentiell diskutierbar. Das Ringen um Wahrheit findet dann vornehmlich in sich selbst setzenden und bestätigenden Wissensgemeinschaften statt. Welche Reichweite und Signifikanz diese Form einer tribalistisch funktionierenden Wissensproduktion an der Universität aktuell besitzt, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Tendenzen zur »Blasenbildung« und den Rückzug in die eigene abgeschlossene Wissensgemeinschaft beziehungsweise tribes lassen sich jedoch in verschiedenen theoretischen Lagern beobachten⁶⁵.

Schlussbemerkung

In dem Beitrag *Ungeliebte Universität* nimmt der Literaturwissenschaftler Jochen Hörisch die Motive der »mangelnde[n] Universitäts-Liebe«⁶⁶ und akademischen »Enterotisierung«⁶⁷ zwar ohne Verweis auf die Analyse Heinrichs, aber mit einem verwandten Anliegen wieder auf: den emotionalen Zustand zu beschreiben, der aus den verschiedenen Universitätsreformen der jüngeren Zeit folgte. Das Bild, das Hörisch von der im Zeichen von Bologna und *New Public Management* reformierten Hochschule, hervorkehrt, spiegelt die eingangs

64 De Lagasnerie, Geoffroy: »Die Universität und ihre Kritiker: Einige Bemerkungen über Antiakademismus und Wahrheit«, in: *Mittelweg* 36 26 (2017), S. 14–29, hier: S. 29.

65 Auch bei denjenigen, die für sich eine explizit non-konformistische Position in Anspruch nehmen.

66 Hörisch, Jürgen: »Die ungeliebte Universität«, in: Haß, Ulrike/Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 35–43, hier: S. 37.

67 Hörisch: »Die ungeliebte Universität«, S. 42.

des Beitrags beschriebene Verlassenheit der Universität in ähnlicher Weise wider:

»Es überrascht nur hartnäckige Alma-Mater-Romantiker, dass der Bologna-Prozess von vielen Studierenden nicht etwa angefeindet, sondern vielmehr nüchtern akzeptiert und grundsätzlich begrüßt wird. [...] Den heutigen Universitäten, die sich aus philologisch gutem Grund selbst zumeist als Schulen bezeichnen, begegnen die Studierenden äußerst sachlich. Da wird keine Alma Mater mehr verehrt [...]. Doch nicht nur Studierende, auch die Dozenten haben heute ein, um zurückhaltend zu formulieren, sachlich-distanziertes Verhältnis zu der Körperschaft, der sie angehören. Das ist ganz wörtlich zu verstehen: viele Professoren [...] legen Wert darauf, möglichst weit weg von ihrer Universität zu leben.«⁶⁸

Die sich veränderten Bedingungen des Lernens, Lehrens und Forschens lösen seitens der Universitätsmitglieder kaum noch eine Gegenreaktion aus. Die Beziehung zur Institution, zu Bildung, Forschung und Lehre hat sich bis zu dem jetzigen Zeitpunkt also nicht grundlegend gewandelt. Warum sollte sie auch? Unter dem Regime von Buchhaltung und Kennzahlen, von Exzellenz und Verschulung, von universitärer Exekutive und Erfolgskontrolle und ohne eine afizierende Vorstellung von Universität bleiben die symbolische Identifikation und das Begehren nach Wissen, Bildung und intellektuellen Beziehungen vorerst blockiert.

Literatur

- Ahmed, Sara: *Living a Feminist Life*, Durham: Duke University Press 2017.
- Alt, Peter-André: *Exzellent!? Zur Lage der deutschen Universität*, München: C. H. Beck 2021.
- Ash, Mitchell G.: »Warum Universität? Funktionswandlungen einer ›alten‹ Institution im internationalen Zusammenhang seit 1932«, in: Weckenmann, Johanna/Preiß, Jennifer/Rüger, Kristina (Hg.), *Universität verstehen. Universität kritisieren! Universität weiterdenken?* Frankfurt a.M.: Goethe-Universität, FB 04 – Dekanat 2019, S. 19–39.
- Biemüller, Ricarda: *Das hinzutretende Dritte. Über das Somatische in der Bildungstheorie Theodor W. Adornos*, Bielefeld: transcript 2022.

68 Hörisch: »Die ungeliebte Universität«, S. 42.

- Bollenbeck, Georg: *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996.
- Casale, Rita: *Einführung in die Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, Paderborn: Brill Schöningh 2022.
- Casale, Rita: »Krise der Repräsentation: Zur Sittlichkeit des Staates und Autorität des Vaters«, in: Dies./Koller, Hans-Christoph/Ricken, Norbert (Hg.), *Das Pädagogische und das Politische. Zu einem Topos der Erziehungs- und Bildungsphilosophie*, Paderborn: Schöningh, S. 207–224.
- Casale, Rita: »Verstaatlichung der Erziehung und Entstaatlichung der Bildung. Anmerkungen zur Krise der Komplementarität von Staat und Familie«, in: Aubry, Carla/Geiss, Michael/Magyar-Haas, Veronika/Miller, Damian (Hg.), *Positionierungen. Zum Verhältnis von Wissenschaft, Pädagogik und Politik*, Weinheim/Basel: Juventa 2012, S. 128–139.
- Casale, Rita/Oswald, Christian: »Bildung zum Humankapital«, in: Walgenbach, Katharina (Hg.), *Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus 2019, S. 61–87.
- Casale, Rita/Dingler, Catrin: »Die verlorene Universität. Randbemerkungen zur Dokumentation von Virginie Linhart«, in: Baader, Meike Sophie/Freytag, Tanja/Sager, Christine (Hg.), 1968. *Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer kulturellen Revolte*, Frankfurt a.M.: Campus 2021, S. 269–290.
- Christof, Eveline/Ribolits, Erich/Zuber, Johannes: *Uniland ist abgebrannt. Zur Kontroverse um Bildung und Ausbildung an Universitäten*, Innsbruck: Studien-Verlag 2010.
- De Lagasnerie, Geoffroy: »Die Universität und ihre Kritiker: Einige Bemerkungen über Antiakademismus und Wahrheit«, in: *Mittelweg* 36 26 (2017), S. 14–29.
- Demirović, Alex: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*, Hamburg: VSA 2015.
- Gingras, Yves: *Bibliometrics and Research Evaluation. Uses and Abuses*, Cambridge/London: MIT Press 2016.
- Glaser, Edith: »Sind Mädchen studierfähig? Vorurteile gegen das Frauenstudium«, in: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hg.), *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. Bd. 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M.: Campus 1996, S. 299–309.
- Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.): *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024.

- Etzemüller, Thomas (Hg.): *Der Auftritt. Performanz in der Wissenschaft*, Bielefeld: transcript 2019.
- Haß, Ulrike: »Gründungen/Generationen«, in: Dies./Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 107–124.
- Haß, Ulrike/Müller-Scholl, Nikolaus: »Vorwort«, in: Dies. (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 7–10.
- Haß, Ulrike/Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.): *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009.
- Haupt, Selma: *Das Beharren der Rektoren auf die »Deutsche Universität«*, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt 2018.
- Heinrich, Klaus: »Zur Geistlosigkeit der Universität heute«, in: Ders., *Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben*, Frankfurt a.M.: Stroemfeld 1998, S. 69–87.
- Heinrich, Klaus: »Widerspruch und Verantwortung in der Hochschule«, in: Ders., *Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben*, Frankfurt a.M.: Stroemfeld 1998, S. 31–54.
- Höhne, Thomas: *Ökonomisierung und Bildung. Zu den Formen ökonomischer Rationalisierung im Feld der Bildung*, Wiesbaden: Springer VS 2015.
- Hörisch, Jürgen: »Die ungeliebte Universität«, in: Ulrike Haß/Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 35–43.
- Kornbluh, Anna: *Immediacy, or The Style of Too Late Capitalism*, London/New York: Verso.
- Koschorke, Albrecht: »Identität, Vulnerabilität und Ressentiment. Positionskämpfe in den Mittelschichten«, in: *Leviathan* 50 (2022), S. 469–486.
- Koschorke, Albrecht: »Binden durch Repräsentieren. Probleme des Liberalismus nach dem Bürgertum«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt a.M.: Campus 2020, S. 54–72.
- Lettow, Susanne: »Sehnsucht nach Unmittelbarkeit: Zur Konjunktur des politischen Vitalismus«, in: *Femina Politica* 23 (2014), S. 97–106.
- Mayer, Alexander: *Universitäten im Wettbewerb. Deutschland von den 1980er Jahren bis zur Exzellenzinitiative*, Stuttgart: Franz Steiner 2019.
- Muller, Jerry Z.: *The Tyranny of Metrics*, Princeton/Oxford: Princeton University Press 2018.

- Münch, Richard: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Frankfurt a.M.: Campus 2011.
- Münster, Lisa Marie: »Was ist Organisierte Halbbildung? Eine Annäherung an die Realität von Studierenden heute«, in: Gutjahr, Clara/Münster, Lisa Marie/Geisler, Lukas/Morley, David/Richter, Moritz (Hg.), *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Bielefeld: transcript 2024, S. 29–42.
- Paletschek, Sylvia: »Die deutsche Universität im und nach dem Krieg. Die Wiederentdeckung des Abendlandes«, in: Martin, Bernd (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen: Ereignisse – Auswirkungen – Reflexionen*, Freiburg/Berlin: Nomos 2006, S. 231–249.
- Ptak, Ralf: »Mehr und bessere Bildung durch Markt und Wettbewerb? Theesen zur politischen Ökonomie der Bildungsdebatte«, in: Lohmann, Ingrid/Mielich, Sinah/Muhl, Florian/Pazzini, Karl-Josef/Rieger, Laura/Wilhelm, Eva (Hg.), *Schöne neue Bildung? Zur Kritik der Universität der Gegenwart*, Bielefeld: transcript 2001, S. 105–120.
- Readings, Bill: *The University in Ruins*, Cambridge: Harvard University Press 1997.
- Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp 2020.
- Ricken, Norbert/Koller, Hans-Christoph/Keiner, Edwin (Hg.): *Die Idee der Universität – revisited*, Wiesbaden: Springer 2014.
- Riesman, David: *On Higher Education. The Academic Enterprise in an Era of Rising Student Consumerism*, San Francisco: Jossey Bass 1980.
- Rudloff, Wilfried: »Die Gründerjahre des bundesdeutschen Hochschulwesens. Leitbilder neuer Hochschulen zwischen Wissenschaftspolitik, Studienreform und Gesellschaftspolitik«, in: Franzmann, Andreas (Hg.), *Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945*, Berlin: Akademie-Verlag 2007, S. 77–101.
- Thompson, Christiane: »Evaluations and the Forgetfulness of Paedagogical Relations. Remarks on Educational Authority«, in: *Educational Theory* 63 (2013), S. 238–298.
- Waldenfels, Bernhard: »Universität als Grenzort«, in: Haß, Ulrike/Müller-Scholl, Nikolaus (Hg.), *Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierete Institution*, Bielefeld: transcript 2009, S. 11–25.

Danksagung

Dieser Band hätte ohne die vielfältige Unterstützung zahlreicher Menschen nicht entstehen können. In unserem Wissenschaftssystem bleibt insbesondere die Arbeit im Hintergrund oft unsichtbar. An dieser Stelle möchten wir deshalb zumindest einen Teil dieser Arbeit sichtbar machen.

Unser besonderer Dank gilt zunächst den Herausgeber*innen des Sammelbands *Organisierte Halbbildung. Studieren 25 Jahre nach der Bologna-Reform*, Clara Gutjahr, Lisa Marie Münster, David Morley und Moritz Richter, sowie allen Autor*innen der Beiträge. Der Sammelband bildete nicht nur die inhaltliche Grundlage für unsere gemeinsame Auseinandersetzung mit dem Thema, sondern legte auch in organisatorischer Hinsicht ein Fundament für unsere weitere Arbeit.

Gemeinsam mit Moritz Richter und Johanna Fankel entstand aus diesem Projekt heraus eine Konferenz mit über 1.000 Konferenzteilnehmer*innen, die im Oktober 2024 in Frankfurt a.M. stattfand. Wir sind sehr dankbar dafür, dieses Projekt gemeinsam mit euch entwickelt und umgesetzt zu haben. Organisatorische Unterstützung bei der Konferenz haben wir unter anderem von Eva Fleischmann und Alexander Kern vom Institut für Sozialforschung (IfS) erhalten. Sowohl ihnen als auch Stephan Lessenich, der die Konferenz ideell unterstützte, danken wir an dieser Stelle herzlich. Darüber hinaus unterstützten uns zahlreiche Freund*innen und Genoss*innen bei der Umsetzung. Weitere Kooperationspartner*innen waren der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs), der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Goethe-Universität Frankfurt sowie das nd als Medienpartnerin.

Finanziell unterstützt wurden sowohl die Konferenz als auch dieser Band durch Projektmittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (QSL) der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Brigitte Horvath-Popp danken wir herzlich für die unkomplizierte, verlässliche und engagierte Abwicklung. Ein besonderer Dank gilt außerdem Daniela Charlesworth, die

uns jederzeit geduldig und mit großem Überblick durch die universitäre Bürokratie begleitet hat, die vollständige Abrechnung der Mittel übernahm und uns beratend bei der Umwidmung der Gelder zur Seite stand, sodass sowohl eine Website als auch dieser Band realisiert werden konnten. Ohne ihre Unterstützung hätte weder die Konferenz noch der Band entstehen können.

Darüber hinaus gilt unser Dank dem AK kritische Gesellschaftstheorie. Über drei Jahre hinweg war dies ein studentischer Arbeitszusammenhang an der Goethe-Universität Frankfurt, der kritische Lehre und Veranstaltungen organisiert hat. So wurde unter anderem im akademischen Jahr 2023/24 eine Gastprofessur durchgeführt, die Alex Demirović und Birgit Sauer jeweils für ein Semester innehatten. Wir freuen uns sehr, dass wir beide auch als Autor*innen für diesen Band gewinnen konnten. Sowohl die gewachsenen Kontakte als auch das institutionelle Wissen aus diesem Zusammenhang waren für die Realisierung des Sammelbands eine zentrale Ressource.

Für die den Band begleitende und die Konferenz dokumentierende Website danken wir Burkhard Lang und Stefan Vohs vom designkollektiv frankfurtwest. Die Website bietet eine Plattform für kritische Wissensproduktion und für eine kritische Auseinandersetzung mit der Universität auch über diesen Sammelband hinaus. Darüber hinaus werden dort ausgewählte Texte dieses Bandes veröffentlicht.¹

Zuletzt danken wir Emma Rotermund für das sorgfältige Korrektorat sowie dem transcript Verlag für die Bereitstellung dieses Bandes im Open Access, die eine breite Zugänglichkeit der Beiträge ermöglicht.

1 Die Website findet sich unter <https://organisierte-halbbildung.org/>.

Autor*innen und Mitwirkende

AG Arbeitsunsinn beschäftigt sich politisch und forschend mit der These der »Bullshit-Jobs«, insbesondere an Universitäten. Zuletzt erschien ihre Publikation »Arbeitsunsinn an der Universität«.

Amrei Bahr ist seit 2022 Juniorprofessorin für Philosophie der Technik und Information an der Universität Stuttgart. Sie hat 2017 in Münster zu Kopierethik promoviert, forscht aktuell u.a. zu KI und digitaler Autonomie und ist Mitinitiatorin von #IchBinHanna und #95vsWissZeitVG.

Jonathan Beullens studiert Physik an der Goethe-Universität Frankfurt und ist aktiv in der dortigen Zivilklausel-Initiative sowie in der Hochschulgruppe Die Linke.SDS. Er arbeitet nach dem Motto: »Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen.« (Martin Löwenberg)

Ricarda Biemüller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt a.M., wo sie ein DFG-Projekt zur Bildungsforschung als ein Projekt des Frankfurter Instituts für Sozialforschung leitet. Sie promovierte 2021 an der Bergischen Universität Wuppertal mit einer Arbeit über die Bildungstheorie Theodor W. Adornos.

Tobias Cepok ist Referent für Hochschule, Forschung und Organisationsentwicklung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Landesverband Hessen und beschäftigt sich seit zwei Jahrzehnten mit der Entwicklung der Hochschulen in Hessen und der Bundesrepublik.

Simone Claar ist stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen und seit September 2025 Professorin für sozialökologische Transformation in der Sozial-

len Arbeit an der Hochschule Hannover. Sie befasst sich seit über 20 Jahren mit hessischer und bundesweiter Hochschulpolitik und Befristungspraxis an Hochschulen.

Asena Dizbay studierte Alt- und Lateinamerikanistik, Deutsch als Fremdsprache und Erziehungswissenschaft in Bonn und Wuppertal. In ihrer Masterthesis beschäftigt sie sich mit der Bestimmung des relationalen Subjektbegriffs als Revolte in Carla Lonzis Leben und Werk.

Alex Demirović ist außerplanmäßiger Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Arbeitsgebiete: kritische Gesellschaftstheorie, Staats- und Demokratietheorie, politische Epistemologie. Jüngere Veröffentlichungen: *Der nonkonformistische Intellektuelle*, Wien 2023 (2. Aufl.), *Marx als Demokrat*, Berlin 2025. Host des Theorie-Podcasts: too long, didn't read der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Kristin Eichhorn vertritt seit 2021 eine Professur für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Stuttgart. Sie hat 2013 in Kiel promoviert, 2020 in Paderborn habilitiert und ist Mitinitiatorin von #IchBinHanna und #95vs-WissZeitVG.

Daniela Gottschlich leitet den Studiengang Ökonomie – Nachhaltigkeit – Gesellschaftsgestaltung an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz. Sie beschäftigt sich mit Themen der Politischen Ökologie und feministischen Ökonomik, insbesondere mit Nachhaltigkeit als mehrdimensionalem Gerechtigkeitskonzept, Care als sozial-ökologischem Transformationsprinzip sowie Ökologie und Rechtsextremismus.

Lukas Geisler lebt in Frankfurt a.M. und arbeitet in der Schnittstelle von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zu (Anti-)Rassismus und Migration, der Klimakrise und dem Recht auf Stadt sowie zu kritischer Wissensproduktion innerhalb und außerhalb des akademischen Betriebs.

Lisa-Marie Harling studierte Kindheitspädagogik in Düsseldorf und Erziehungswissenschaften in Wuppertal und beschäftigte sich in ihrer Masterarbeit mit dem Potenzial Theodor W. Adornos für eine kritische Theorie weiblicher Subjektivität.

Lars Hebisch studierte Volkswirtschaftslehre, Philosophie und politische Theorie in Bayreuth und Frankfurt a.M. Er beschäftigt sich mit kritischen Theorien der kapitalistischen Gesellschaft.

Andreas Keller ist seit 2007 Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Davor war in Lehre und Forschung (Philipps-Universität Marburg), Wissenschaftsmanagement (Charité – Universitätsmedizin Berlin) und Politikberatung (Deutscher Bundestag tätig).

Baha Kirlidokme ist Redakteur im Ressort Frankfurt/Rhein-Main der Frankfurter Rundschau. Er studierte im Bachelor Ressortjournalismus mit dem Schwerpunkt Politik und Wirtschaft an der Hochschule Ansbach sowie im Master Journalismus am Journalistischen Seminar der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Sebastian Kubon ist KI-Referent am Historischen Seminar der LMU München. Er ist promovierter Historiker und forscht zu KI und Geschichte sowie dem Mittelalter in der digitalen Welt. Mitinitiator von #IchBinHanna und #95vsWissZeitVG.

Lena Labuwy-Stark studierte Kindheitspädagogik in Düsseldorf und Erziehungswissenschaften in Wuppertal. Ihre Masterthesis behandelt eine Konstellation politischer Erwachsenenbildung nach 1945 in Auseinandersetzung mit Theodor W. Adorno und Max Horkheimer.

Isabell Lorey ist politische Theoretikerin, Mitherausgeberin der multilingualen Publikationsplattform transversal.at, Mitglied des European Institute for Progressive Cultural Policies (eipcp) und Professorin für Queer Studies in Künsten und Wissenschaft an der Kunsthochschule für Medien Köln. Aktuellstes Buch im Deutschen: Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart, Berlin: Suhrkamp 2020.

Tilman Reitz ist Soziologe und Philosoph. Er lehrt Wissenssoziologie und Gesellschaftstheorie am Institut für Soziologie der Universität Jena. Seine Arbeitsgebiete umfassen politische Theorie und Ideologiekritik, die Soziologie und Epistemologie der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie die Ökonomie von Wissen und Informationen.

Emma Rotermund ist Redakteurin in der Kulturredaktion des Tagesspiegels. Sie studierte Soziologie und Germanistik in Freiburg sowie Angewandte Literaturwissenschaft in Berlin.

Birgit Sauer war bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2022 Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie forscht zu materialistisch-feministischer Staatstheorie, Politik und Emotionen sowie zur autoritären politischen Rechten und Geschlechterverhältnissen.

Helena Schäfer hat Philosophie und Volkswirtschaftslehre in Bayreuth sowie Politische Theorie in Frankfurt a.M. studiert. Sie arbeitet an und mit Texten, zurzeit als Volontärin beim Suhrkamp Verlag, zuvor als freie Journalistin.

Tobias Schmitt arbeitet in der Arbeitsgruppe Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten am Institut für Geographie der Universität Hamburg. Er beschäftigt sich mit Themen der Politischen Ökologie, verbunden mit post- und dekolonialen Theorien, und analysiert aktuelle Diskurse rechter Akteure zu ökologischen Themen aus einer diskursanalytischen Perspektive.

Stefan Schüller studierte Erziehungswissenschaft in Tübingen und Wuppertal und untersucht in seiner Masterthesis den Anti-Realismus als Facette der poetischen Praxis und des bildungstheoretischen Programms Alexander Kluges.

Julia Weber studierte Erziehungswissenschaft in Köln und Wuppertal und hat ihre Masterthesis zur Neubestimmung des Klassenbegriffs nach Silvia Federici vor wenigen Monaten erfolgreich abgeschlossen und ist seit April 2025 als Doktorandin an der Bergischen Universität Wuppertal tätig.

Peter Ullrich ist Soziologe und Kulturwissenschaftler an der Technischen Universität Berlin, Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung und Senior Researcher am Zentrum Technik und Gesellschaft. Er ist Mitherausgeber des Bandes Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft (Göttingen 2024).

Nergis Yilmaz studierte Germanistik und Erziehungswissenschaft in Wuppertal und verfasste ihre Masterarbeit zur Konstellation autosozio-biografi-

scher Texte bei Annie Ernaux als im Schreiben aufgehobene Formen zerrissener Subjektivität.

Aram Ziai ist Professor für Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien an der Universität Kassel.

